A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

JUNI 6/7 1970

Sozialstaatsillusion
Produktive und unproduktive Arbeit
Neuere Jmperialismustheorien
Minihandbuch des Stadtguerilleros
Methodik der Konjunkturanalyse
Zionismus-Kritik
Kuba: 10 Millionen Tonnen
Nationalbourgeoisie in Lateinamerika

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Abendroth

SOZIALISTISCHE POLITIK

2. Jahrgang Nr. 6/7 Juni 1970

			Seite
Editorial			1
Aufsätze	Wolfgang Müller, Christel Neusüß	Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital	4
	Joachim Bischoff, Heiner Ganßmann, Gudrun Kümmel, G. Löhlein	Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse	69
	Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI	Neuere Imperialismustheorien	91
	Paulo R. Schilling	Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf II	112
Dokumente		Materialien zum revolutionären Kampf in Brasilien	
	Carlos Marighella	Brief an Candido Aragao	133
	Carlos Marighella	Dem brasilianischen Volk	135
	Carlos Lamarca	Eine politisch-militärische Arbeit mit den Massen	138
	Carlos Marighella	Minihandbuch des Stadtguerilleros	143
Diskussion		Zur Methodik der Konjunkturanalyse Anmerkungen zum Aufsatz von E. Altvater, SOPO 5:	
	Joachim Bischoff		168
	Klaus Grenzdörffer, Alex Schubert		176
	Elmar Altvater	Replik zu K. Grenzdörffer und A. Schubert	182
	Siegrun Marks	Zur Auseinandersetzung mit dem Zionismus	185
	Alex Schubert	Kuba: 10 Millionen Tonnen	191
	Alex Schubert	Zur Rolle der Nationalbourgeoisie in Lateinamerika	200

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK
1 Berlin 41, Postfach 270
Postscheckkonto Berlin-West 62010
Anzeigenpreisliste 2/70
1. - 8. Tausend Juni 1970

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut vom Redaktionskollektiv:
Bernard Langfermann, Susanne Piening, Sigrid Richter, Alex Schubert, Frank Stern, Hella Stern, Frank Unger, Gudrun Wossidlo

Einzelheft DM 3,–, Doppelheft DM 6,–; Jahresabonnement (4 Hefte) incl. Porto DM 12,–; ermäßigtes Abonnement DM 8,– (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Nachweis). Abonnementlieferungen nur direkt über die Redaktion.

Nachdruck ist nach Absprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Cover Gil Funccius
Satz Hannes Schwenger Westberlin
Druck Verlag + Druck Westberlin

Beilagenhinweis
Dieser Auflage liegt insgesamt oder teilweise Werbung folgender Verlage bei:
Diskussion, Links, Marxistische Blätter, Wagenbach, Westdeutscher Verlag, Das Europäische Buch.

Editorial

Dem verabsolutierenden Verstand erscheint seit jeher ein grundsätzliches Charakteristikum der revolutionären Praxis als unlösbarer Widerspruch: die in dieser Praxis selbst liegende und immer wieder herzustellende Einheit von subjektivem Faktor und objektiven Bedingungen. Auch in der Geschichte der sozialistischen Bewegungen wurde häufig nicht begriffen, daß diese Einheit durch die revolutionäre Praxis zu schaffen ist. Dies führte in der Folge zu abstrakt-verabsolutierenden Fraktionen von 'linken' Anarchisten und Spontaneisten, 'rechten' Opportunisten und Ökonomisten, die sich in erbitterter Feindschaft gegenüber standen und unfähig waren, die Folgen ihres praktischen Verhaltens zu begreifen, bzw. aus den praktischen Konsequenzen ihrer verkehrten Theorie zu lernen.

Die Geschichte der Studentenrebellion ist gekennzeichnet von einer einseitigen Verabsolutierung des subjektiven Faktors. Eine wichtige Rolle bei der Konstituierung des zunächst anti-autoritären Bewußtseins – die im wesentlichen als psychologischer Bildungsprozeß ablief – spielte dabei der Antisowjetismus, der als 'Revisionismus-Vorwurf' getarnt, den antiautoritären Studenten half, sich antikapitalistisch zu engagieren, ohne deswegen sofort den in ihrer Sozialisationsgeschichte weit früher und damit tiefer liegenden Antikommunismus-Komplex zu berühren. Inzwischen hat sich gezeigt, daß der abstrakte Antisowjetismus seine historische Funktion, Geburtshelfer des anti-autoritären Bewußtseins gewesen zu sein, durchaus überlebt hat. Er erscheint als offen linker Antikommunismus in einigen sich als besonders revolutionär gebärdenden Fraktionen und Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Reste der liquidierten Studentenbewegung.

Auf der anderen Seite ist es falsch, jede Form der Kritik an Theorie und Praxis der sozialistischen Länder abstrakt als 'linken Antikommunismus' zu diffamieren, wie es nicht selten geschieht. Sonst wird der Vorwurf des 'linken Antikommunismus' gerade auch ausgedehnt auf diejenigen, die eine politisch begründete Kritik an Theorie und Praxis der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien vorzubringen haben, und dabei wird die Diskussion nicht als politische geführt, sondern vielmehr durch psychologische Unterstellungen einfach abgewürgt. Denn die Rolle der sozialistischen Länder gegenüber einzelnen revolutionären Bewegungen, ist zwiespältig, teilweise in ihrer Wirkung konterrevolutionär. Niemand weiß das besser als die kubanischen Kommunisten selbst, die die bewaffneten Befreiungsbewegungen in Lateinamerika rückhaltlos unterstützen und sich dabei in einer ständigen Auseinandersetzung mit den Kommunistischen Parteien dieser Länder befinden. Dennoch fällt es den kubanischen Kommunisten nicht ein, deshalb eine abstrakt antisowjetische Position zu beziehen und etwa die objektiven Verdienste der Sowjetunion und der übrigen

sozialistischen Länder um die Befreiung der Welt vom Kapitalismus in Vergangenheit und Gegenwart einfach in Abrede zu stellen. Jüngstes Beispiel dieser einzig richtigen revolutionären Einstellung ist die Rede Fidel Castros vom 22.4.1970:

> "Ohne die Oktoberrevolution von 1917 hätte Kuba nicht zum ersten sozialistischen Land Lateinamerikas werden können. Wir wären genauso revolutionär gewesen, unser Land wäre zweifellos bis zu den letzten Konsequenzen gegangen. Aber auch die größten Opfer, die heroischsten Entschlüsse hätten sich gegenüber den Konsequenzen der Macht des Imperialismus, der 90 Meilen von unseren Küsten entfernt ist, nicht durchsetzen können. Sie hätten sich nicht gegen die Konsequenzen seines kriminellen wirtschaftlichen Schlages, seiner politischen Schläge und seiner militärischen Schläge durchsetzen können.
>
> Auf der Welt gibt es erbärmliche Personen, das ist bekannt. In einigen Zirkeln von Intellektuellen gibt es manchmal diese erbärmlichen Personen im Überfluß, und leider hat der Imperialismus es verstanden, in einigen Zirkeln das zu schaffen, was wir ein tiefes antisowjetisches Gefühl nennen können. In einigen Zirkeln. Es sind jene Zirkel, die mit jener wohlbekannten imperialistischen Technik verschwägert sind, die versucht hat, die Rolle Lenins (durch geschichtliche Fälschungen, RK) zu mindern.
>
> Es ist bekannt: heute gibt es theoretische Superrevolutionäre, Superlinke, wirkliche Supermen, wenn man so will... die den Imperialismus in zwei Sekunden zerfleischen können – mit Worten! Superrevolutionäre, die nicht die leiseste Ahnung von der Realität haben, von den Problemen und Schwierigkeiten der Revolution. Zusammen mit diesem Gefühl, das vom Imperialismus gut genährt wird, empfinden sie einen fürchterlichen Haß. Es ist so als wollten sie nicht verzeihen, daß die Sowjetunion existiert. Und dies von linken Positionen aus. Sie wünschen sich eine nach ihrem Ebenbild, nach ihren lächerlichen Idealisierungen modellierte Sowjetunion. Diese Strömung vergißt die unglaublichen anfänglichen Schwierigkeiten, auf die wir uns vorhin bezogen, die unglaublichen Probleme, die die Blockade hervorrief, die Isolierung, die faschistische Aggression. Alles das meinen sie vergessen zu können... Sie halten es für eine Art von Verbrechen, daß die Sowjetunion existiert. Und alles von linken Positionen aus. Es ist eine absolute Unehrenhaftigkeit. Sie vergessen die Probleme Kubas, Vietnams, der arabischen Welt, also aller Teile, wo der Imperialismus seine Hiebe verteilt... Aber dort gibt es noch ein Land, einen Staat, der Waffen in den notwendigen Mengen sendet, damit die Völker sich gegen diesen Imperialismus verteidigen können. Unser Fall: 1.500 Millionen Pesos in Waffen, die wir von der Sowjetunion erhalten haben. Und wir glauben auf keinen Fall, daß wir diejenigen sind, die das meiste bekommen haben..."

Diese Absage Fidel Castros an jene, die sich um historische Realitäten und Schwierigkeiten nicht zu scheren brauchen, da ihnen allmorgendlich der Weltgeist persönlich den letzten Stand all der Kriterien, anhand derer man den jeweiligen absoluten Grad der revisionistischen Abweichung genau bestimmen kann, ins Ohr flüstert, ist von außerordentlicher Bedeutung für die Situation der revolutionären Linken in Westdeutschland und Westberlin. Nur im untrennbaren Zusammenhang mit ihr ist jenes Dokument zu lesen und zu begreifen, das wir in dieser Ausgabe als unmittelbare Ergänzung zum zweiten Teil des Aufsatzes von P.R. Schilling und den anderen Dokumenten veröffentlichen: das MINI-HANDBUCH DES STADTGUERILLEROS von Carlos Marighella. Denn es ist ebenso als ein Dokument der kubanischen Position gegenüber dem revolutionären Kampf in Lateinamerika zu verstehen. Das MINI-HANDBUCH DES STADTGUERILLEROS ist ein unmittelbarer Ausdruck des bewaffneten Kampfes in Brasilien auf der bis Mitte 1969 erreichten Stufe und daher von unerhörter Bedeutung. Seitdem hat sich der revolutionäre Krieg in Brasilien weiterentwickelt und eine neue Stufe erreicht. Diese neue Stufe drückt sich unter anderem darin aus, daß seit Ende April dieses Jahres bereits von der brasilianischen Regierung mit Einverständnis der USA im eigenen Land die Politik der verbrannten Erde betrieben wird: ein Gebiet in der Nähe von Sao Paulo wurde mit Napalm bombardiert und von den Überlebenden 200 Personen verhaftet. Die Revolutionäre in Brasilien wissen, was sie riskieren – dennoch ist aus dem HANDBUCH insbesondere zu lernen, wie gerade die 'subjektive' Entscheidung zum bewaffneten Kampf von der Analyse und politischen Beurteilung der objektiven Situation herstammt und nicht etwa einer irrationalen, abstrakt verabsolutierenden Dezision entspringt.

Einigen, von denen Fidel Castro sprach, mag es unmöglich sein, eine Verbindung zu ziehen zwischen dem HANDBUCH und den theoretischen Beiträgen, z.B. den Aufsätzen über die 'Sozialstaatsillusion' und über das 'Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit'. Beides sind Arbeiten, deren theoretische (und damit im weiteren Sinne) politische Absicht die Klärung von Begriffen ist. In beiden Aufsätzen wird eine Auseinandersetzung geführt mit Vorstellungen vom 'neuen' Charakter des sogenannten 'Spätkapitalismus' im Vergleich zum 'alten Konkurrenzkapitalismus', mit der bekanntlich der 'rechte' opportunistische Reformismus wie auch der 'linke' anarchistische Radikalismus (der anti-autoritären Phase der Studentenbewegung) untrennbar verbunden sind. Ihre Legitimation und politische Bedeutung als theoretische Beiträge erhalten sie aus dem Stand der revolutionären Bewegung in Westdeutschland und Westberlin, der dadurch gekennzeichnet ist, daß der Überbetonung des subjektiven Faktors der anti-autoritären Revolte ein relatives Gegengewicht geschaffen werden muß.

Da z.B. im Beitrag zur 'Sozialstaatsillusion' politische Auseinandersetzungen als rein theoretische geführt und Gegensätze aus der Vergangenheit reduziert werden auf theoretisches Unverständnis und begriffliche Unklarheit, kann dort nicht die Frage beantwortet werden, ob die revisionistische Praxis eine Folge der revisionistischen Theorie oder ob nicht vielmehr umgekehrt die revisionistische Theorie eine Folge der revisionistischen Praxis ist. Denn sie so zu beantworten, hieße sie praktisch zu beantworten. Dazu ist aber die sozialistische Bewegung in Westdeutschland und Westberlin gegenwärtig noch nicht in der Lage. Doch kann es bei dieser Feststellung nicht bleiben, soll sie nicht zur Rationalisierung einer neuen Form von Theorie werden, die nur noch ständig die Betonung auf die notwendigen objektiven Voraussetzungen gegenüber den eitlen Hoffnungen der 'subjektivistischen' Studentenrevolte legt und diese somit bloß ständig abstrakt negiert. Auf diese Gefahr der bloß abstrakten Negierung stößt man auch im Aufsatz über 'produktive und unproduktive Arbeit'. Hier tritt die Tendenz zur Reduzierung politischer Gegensätze auf theoretische noch klarer hervor. Die Gefahr, daß sich die relativ berechtigte Tendenz der verstärkten Betonung der richtigen Theorie und damit Hand in Hand die Bedeutung der objektiven Bedingungen bei der Bestimmung der revolutionären Situation zu einer Verabsolutierung dieser Momente verselbständigt, sollte dem Leser bewußt sein.

Redaktionskollektiv

EKKEHART KRIPPENDORFF
Die amerikanische Strategie
Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik. 496 Seiten. Ln. DM 38.- / Kt. DM 24.-
Neu im SUHRKAMP VERLAG

Wolfgang Müller, Christel Neusüß

Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital

Die folgenden Überlegungen sind aus Diskussionen zur Vorbereitung einiger Aufsätze entstanden, in denen konkret sogenannte sozialstaatliche Eingriffe des bürgerlichen Staates in der BRD untersucht werden und die in loser Folge in der SOZIALISTISCHEN POLITIK erscheinen sollen. Bei der Arbeit am empirischen Material – Wohnungspolitik, Sozialgesetzgebung, Bildungspolitik –, aber auch bei der Untersuchung konjunktur- und wirtschaftspolitischer Eingriffe des Staates, ergab sich die Notwendigkeit, die Kategorien zur Bestimmung des Verhältnisses von Kapitalverwertungsprozeß und bürgerlichem Staat zu klären, wobei sich vor allem eine Auseinandersetzung mit den revisionistischen Theorien zu dieser Frage als notwendig erwies. Es handelt sich im folgenden also zunächst um eine Zusammenfassung verschiedener Spielarten der revisionistischen Staatsauffassung, sodann um ihre Charakterisierung und um die Entwicklung ihrer inneren Tendenzen. Weiter werden Ansätze der Kritik entwickelt, vor allem an der Verselbständigung der Sphäre der Einkommensdistribution von der Produktionssphäre und an der Darstellung der Durchsetzung einer spezifischen sozialstaatlichen Funktion, wie sie Marx am Beispiel der Fabrikgesetzgebung gegeben hat. Erst auf der Basis dieser Vorüberlegungen kann der Versuch unternommen werden, die konkreten Erscheinungsformen der sozial- und wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit in empirischen Untersuchungen auf den Kapitalverwertungsprozeß und seine widersprüchliche Entwicklung zu beziehen. An den Diskussionen waren außer den Verfassern u.a. Elmar Altvater, Bernhard Blanke, Kristina Blunck, Ulrich Huttenlocher und Alex Schubert beteiligt, ohne daß in allen Fragen Übereinstimmung erreicht wurde. In den Zusammenhang dieser Diskussion gehört auch die von Elmar Altvater verfaßte Konjunkturanalyse in SOPO 5/70; er war zudem an der Ausarbeitung des III. Teils direkt beteiligt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerken wir noch folgendes: der vorliegende Aufsatz befaßt sich mit den revisionistischen Theorien vom Sozialstaat, gibt also keineswegs eine Realanalyse des heutigen Sozialstaats – dies wird erst in der Untersuchung einzelner Bereiche geschehen. Daher wird auch nur am Rande behandelt, wie sich die Sozialstaatsillusion entwickelt, wie sie notwendig in den materiellen Verhältnissen und ihrer historischen Entwicklung begründet ist; im ganzen erscheint die Geschichte der Theorie also abgelöst von der Geschichte des Kapitals. Als erster Schritt der Kritik und Vorstufe zur Untersuchung erschien uns jedoch die Auseinandersetzung mit der Verselbständigung des Staates bzw. der Einkommensverteilung in der revisionistischen Theorie unerläßlich.

I. Zur politischen Relevanz revisionistischer Staatstheorien

Die theoretische Einschätzung des Verhältnisses von Staat und kapitalistischer Gesellschaft war in der Geschichte der Arbeiterbewegung eines der wesentlichen Momente in der Auseinandersetzung um die richtige politische Strategie und Organisationsform der Arbeiterklasse. Revolutionäre und revisionistische Positionen lassen sich in diesen Auseinandersetzungen nach ihrer Einschätzung der Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden.

Die Auffassung des Staates als einer gegenüber den Widersprüchen in der Gesellschaft mehr oder weniger selbständigen Institution war und ist die Voraussetzung für alle revisionistische Strategie und Praxis. Die revisionistische Strategie behauptet zunächst, daß sie den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzen wolle, aber eben auf dem Wege gesetzlicher Reformen auf der Basis der bestehenden Gesellschaft, durch schrittweise Übernahme der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse (auf diese Begriffe aus der Klassenbewegung der Arbeiter verzichten die revisionistischen Theoretiker erst allmählich; sie sprechen dann z.B. nicht mehr von der Arbeiterklasse, sondern von den "demokratischen Kräften"). Aber diese Entscheidung für eine kontinuierliche "Revolution von oben" (1) (auch hier ist die revolutionäre Sprache als Phrase beibehalten) hat in der bisherigen Geschichte der Arbeiterbewegung noch immer damit geendet, den Sozialismus als politisches Ziel ganz ausdrücklich aufzugeben. "Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten." (2)

Eine Strategie, die den bürgerlichen Staat zum Subjekt gesellschaftlicher Änderung erhebt, kann nur dann als erfolgversprechend eingeschätzt werden, wenn der Staat als ein "geheiligtes Gefäß" verstanden wird, in das man je nach der historischen Situation einen kapitalistischen oder sozialistischen Inhalt einfüllen kann, und wenn der Staat die Formen produziert, in der die Gesellschaft die Reproduktion ihres Lebens vollzieht. Demgegenüber sagt Marx, daß die "Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates" (3) erfolge, daß die "bestehende Gesellschaft ... als Grundlage des bestehenden Staates" (4) aufzufassen sei, daß also der bürgerliche Staat das Resultat der entwickelten warenproduzierenden, also der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer auf dieser Form der Produktion beruhenden Widersprüche sei, und daher auch eine durch diese Widersprüche geprägte Institution (5). Die Revision dieser Staatsauffassung in den revi-

1 Vgl. P. Lapinski: "Der Sozialstaat. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung", UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, 1928, 2. Jg., S. 383, wieder abgedruckt in: GEGEN DEN STROM, I. Jg. - Nr. 1, Aug. 1969, S. 39.

2 Rosa Luxemburg: SOZIALREFORM ODER REVOLUTION, in: dies.: POLITISCHE SCHRIFTEN, Frankfurt 1966, Bd. I, S. 114. Vgl. dort insgesamt II. 3: Die Eroberung der politischen Macht.

3 Marx: GRUNDRISSE, Berlin (DDR) 1953, S. 29. Vgl. auch: DEUTSCHE IDEOLOGIE, in: Marx-Engels: WERKE (MEW) Berlin-DDR, Bd. 3, S. 62: "Da der Staat die Form ist, in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen und die ganze bürgerliche Gesellschaft eine Epoche in sich zusammenfaßt, so folgt, daß alle gemeinsamen Institutionen, die durch den Staat vermittelt werden, eine politische Form erhalten. Daher die Illusion, als ob das Gesetz auf dem Willen, und zwar auf dem von seiner realen Basis losgerissenen, dem freien Willen, beruhe." – Alle Zitate aus den Arbeiten von Marx und Engels werden nach der Ausgabe der MEW zitiert, soweit sie darin erschienen sind. Bei Zitaten aus dem KAPITAL wird vor dem Schrägstrich jeweils die Seitenzahl der braunen Volksausgabe (Berlin 1947, u.ö.) angegeben; Stellen aus dem ersten Band des KAPITAL werden mit den bloß in der Volksausgabe aufgenommenen Hervorhebungen von Marx' Hand zitiert, die den Sinn oft deutlicher werden lassen.

4 Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 28. Vgl. auch: Marx: "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Kritik des Hegelschen Staatsrechts", MEW Bd. 1, S. 304 f, 306: "... was ist der Inhalt ... des politischen Zweckes, was ist der Zweck dieses Zweckes? ... Welche Macht übt der politische Staat über das Privateigentum ... aus? Daß er es isoliert von der Familie und der Sozietät, daß er es zu seiner abstrakten Verselbständigung bringt. Welches ist also die Macht des politischen Staates über das Privateigentum? Die eigne Macht des Privateigentums, sein zur Existenz gebrachtes Wesen. Was bleibt dem politischen Staat im Gegensatz zu diesem Wesen übrig? Die Illusion, daß er bestimmt, wo er bestimmt wird." "Die 'Unveräußerlichkeit' des Privateigentums ist in einem die 'Veräußerlichkeit' der allgemeinen Willensfreiheit und Sittlichkeit. Das Eigentum ist hier nicht mehr, insofern 'ich meinen Willen darin lege', sondern mein Wille ist, 'insofern er im Eigentum liegt'. Mein Wille besitzt hier nicht, sondern ist besessen." Vgl. ebda. S. 231 ff, 303 ff.
Marx zeigt also in seinen frühen Schriften, daß gerade der bürgerliche Staat den Schein seiner Selbständigkeit in besonderem Maße erzeugt, und daß die kapitalistische Produktionsweise die Grundlage der Staatsillusion ist. Er zeigt gleichzeitig, daß diese Illusion von der uneingeschränkten Handlungsfähigkeit des Staates schon bei der Fiktion von der Willensfreiheit des Privateigentümers, des Kapitalisten, beginnt.

5 Daß die Widersprüche der Gesellschaft als Widersprüche des Staates selbst sich niederschlagen, stellt Marx schon sehr früh am Beispiel der Administration, der staatlichen Bürokratie dar, in: "Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen", MEW Bd. 1, S. 401 f. "Den Widerspruch zwischen der Bestimmung und dem guten Willen der Administration einerseits, und ihren Mitteln wie ihrem Vermögen andrerseits, kann der Staat nicht aufheben, ohne sich selbst aufzuheben, denn er beruht auf diesem Widerspruch. Er beruht auf dem Widerspruch zwischen dem öffentlichen und dem Privatleben, auf dem Widerspruch zwischen den allgemeinen Interessen und den Sonderinteressen. Die Administration muß sich daher auf eine formelle und negative Tätigkeit beschränken, denn wo das bürgerliche Leben und seine Arbeit beginnt, eben da hat ihre

sionistischen Theorien implizierte folgerichtig auch die Ablehnung der Auffassung, daß die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise nicht durch den Staatsapparat, sondern allein von der revolutionären Arbeiterklasse selbst vollzogen werden könne (6).

Die Bestimmung des bürgerlichen Staates als Produkt der entwickelten warenproduzierenden, der kapitalistischen Gesellschaft und die daraus folgende Bestimmung der Strategie der Arbeiterbewegung macht es notwendig, die Kritik des Revisionismus nicht als isolierte Kritik der Auffassung von den politischen Institutionen zu betreiben. Auf dieser Ebene jedoch bewegte sich mit Vorliebe die bisher politisch relevant gewordene Auseinandersetzung mit revisionistischen Staatstheorien seitens der Linken in der BRD und West-Berlin, die Parlamentarismuskritik. In der Diskussion über die Beteiligung an den Bundestagswahlen, in der sich der SDS vor allem mit der politischen Funktion einer sozialistischen Partei im bürgerlichen Parlament unter monopolkapitalistischen Bedingungen auseinanderzusetzen hatte, wurde die Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus von Marx, Engels, Pannekoek und anderen rezipiert; zusammen mit Agnolis TRANSFORMATION DER DEMOKRATIE (Berlin-West 1967) diente die so entwickelte Auffassung als Begründung dafür, daß das Parlament nicht zur 'Tribüne des Klassenkampfes' tauge, und schon gar nicht ein Instrument zur Einführung des Sozialismus sei, wie in der DKP noch angenommen (7). In der gegenwärtigen Unsicher-

Macht aufgehört. Ja, gegenüber den Konsequenzen, welche aus der unsozialen Natur dieses bürgerlichen Lebens, dieses Privateigentums, dieses Handels, dieser Industrie, dieser wechselseitigen Plünderung der verschiedenen bürgerlichen Kreise entspringen, diesen Konsequenzen gegenüber ist die Ohnmacht das Naturgesetz der Administration. Denn diese Zerrissenheit ... der bürgerlichen Gesellschaft, ist das Naturfundament, worauf der moderne Staat ruht ... Wollte der moderne Staat die Ohnmacht seiner Administration aufheben, so müßte er das jetzige Privatleben aufheben. Wollte er das Privatleben aufheben, so müßte er sich selbst aufheben, denn er existiert nur im Gegensatz zu demselben." Dagegen heute z.B. in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: "Es wurde darauf hingewiesen, daß sich die Monopole vermittels des Staates eines Instrumentes bedienen müssen, das unter Umständen gegen sie ausgenutzt werden kann." In: BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS, hrsg. Herbert Meißner, Berlin (DDR) 1967, S. 422. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vergißt, auch wenn sie an den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft verbal weiter festhält, daß sich diese Widersprüche auch im Staatsapparat und seinen politischen Aktionsmöglichkeiten niederschlagen und dieser daher auch kein einheitliches Instrument sein kann, das an sich neutral und deshalb von jeder Klasse in ihrem Interesse benutzbar ist.

6 Lenin: STAAT UND REVOLUTION. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution. (Geschrieben Aug./Sept. 1917) In: ders.: AUSGEWÄHLTE WERKE, Berlin (DDR) 1961, Bd. 2, S. 315-420. (Vgl. aber die unten gemachten Einschränkungen.) Marx selbst hat zum erstenmal in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in der Kritik also am Hegelschen Staatsmystizismus, in welchem der Staat als Inkarnation der Vernunft erschien, herausgestellt, daß nur das Proletariat als Widerspruch zur bürgerlichen Gesellschaft Subjekt der Aufhebung ihrer Widersprüche sein könne. Dazu Karl Polak: "Karl Marx über Staat, Eigentum und Recht", in: KARL MARX, BEGRÜNDER DER STAATS- UND RECHTSTHEORIE DER ARBEITERKLASSE, Berlin (DDR) 1968, S. 35 ff. In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie hat Marx erkannt, "daß der Widerspruch, der Klassenkampf das beherrschende Prinzip der Wirklichkeit ist, daß die politische Macht, also der Staat, Ausdruck dieses Widerspruchs und Kampfes ist." (S. 51) Und: "Die Jakobinerdiktatur war der Versuch, durch politische Macht die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft zu meistern; er mißlang und mußte mißlingen." (S. 42) Vgl. ausführlich: A. Gurland: PRODUKTIONSWEISE – STAAT – KLASSENDIKTATUR, Diss. Leipzig 1928.

7 Vgl. dazu die Aufsätze von F. Deppe und J. Agnoli in der Neuen Kritik, VIII (1967) Nr. 44, S. 48-66, IX (1968) Nr. 47, S. 24-33, sowie Pannekoek/Lukacs/Friedländer/Rudas, PARLAMENTARISMUSDEBATTE, Berlin-West 1968.
Die FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl haben sich in ihrer Veröffentlichung: DKP – EINE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (Parlamentarismusdebatte 2, Berlin 1969) mit dieser Diskussion auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang auch die Tradition der revisionistischen Staatstheorie und ihre heutigen Erscheinungsformen, sowie deren politisch-strategische Konsequenzen dargelegt und kritisiert. Sie zeigen dabei Analogien auf zwischen dem Revisionismus der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich während der zwanziger Jahre (Otto Bauer, Karl Renner, Rudolf Hilferding, Eduard Bernstein, Karl Kautsky u.a.; These vom 'organisierten Kapitalismus' als neuer und potentiell krisenfreier

heit der Einschätzung des Handlungsspielraumes der SPD-Regierung und ihrer Möglichkeit zur 'Krisenmanipulation' innerhalb der Linken zeigt sich jedoch, daß die Parlamentarismuskritik, also die politische Kritik einer politischen Institution, nur ein Moment der Revisionismuskritik sein kann und daß diese Kritik, nimmt sie sich selber ernst, zur Kritik der Entwicklung der verschiedenen Funktion des heutigen Staates – seines 'Instrumentariums' zur Steuerung der 'Wirtschaft' und zur 'Befriedigung' der Gesellschaft – und seiner konkreten Schranken und Widersprüche übergehen muß. Denn Darstellung und Kritik der staatlichen Institutionen als Manipulationsinstrumente der herrschenden Klasse lassen die Grenzen dieser Manipulation nicht sichtbar werden. Diese können erst durch eine Analyse aufgezeigt werden, die die Notwendigkeiten und Schranken staatlicher Eingriffe aus den Widersprüchen des kapitalistischen Produktionsprozesses, als Arbeits- und Verwertungsprozesses, im einzelnen aufweist. (Dafür ist dieser Aufsatz eine Vorbereitung; vgl.auch Elmar Altvaters Konjunkturanalyse in SOPO 5/70.)

In diesem Sinn ist z.B. Lenins Imperialismustheorie relevanter für die Einschätzung des bürgerlichen Staates und seiner Funktionen für den Prozeß der Kapitalverwertung als Lenins Darlegung der marxistischen Staatstheorie in STAAT UND REVOLUTION. Hier neigt Lenin nämlich dazu, vom Staat im allgemeinen, unabhängig von der besonderen Form, die er in verschiedenen historischen Entwicklungsphasen der Organisation der materiellen Reproduktion der Gesellschaft annimmt, zu sprechen. So verblassen in dieser aktuellen polemischen Auseinandersetzung mit den Menschewiki und der revisionistischen deutschen Sozialdemokratie kurz vor der Oktoberrevolution die Unterschiede zwischen feudalem und bürgerlichem Staat. Dies entspringt folgerichtig der von Lenin in STAAT UND REVOLUTION verfolgten Absicht, eine politische Kritik der politischen Institutionen mit dem Ziel durchzuführen, die Notwendigkeit des Sturzes und der Zerschlagung des Staatsapparates durch die revolutionäre Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die Frage ist in STAAT UND REVOLUTION: Welche politische Strategie soll die Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation gegenüber der politischen Institution Staatsapparat einschlagen? Geht es allerdings darum, den Handlungsspielraum und die Perspektive für Aktionsstrategien einer sich erst neu konstituierenden sozialistischen Bewegung zu bestimmen, so hilft eine marxistische Staatstheorie im Sinne von Lenins STAAT UND REVOLUTION wenig weiter, die ganz allgemein von der Notwendigkeit der Zerschlagung des Staatsapparates spricht, aber keine Handhaben zur Einschätzung der Effektivität und Reichweite staatlicher Eingriffe in den Kapitalverwertungsprozeß gibt. (Daher ist die Schrift auch nicht als Einführungsschrift in 'die' marxistische Staatstheorie geeignet, wozu sie vielfach bei der Schulung herhalten muß.) Zur Entwicklung von Strategien ist es heute aber vor allem notwendig, Kriterien zu erhalten, wieweit die manipulativen Möglichkeiten des Staatsapparates reichen, wo sie aufhören, wo sie neue Widersprüche hervorbringen, wo sie in kapitalistischer Form Elemente einer wirklichen Vergesellschaftung der Produktion enthalten (z.B. bei der Standardisierung der Produktionselemente) usw. Es geht also nicht um eine allgemeine marxistische Staatstheorie, sondern um die Frage nach den spezifischen Funktionen des Staates für die Sicherung des Kapitalverwertungsprozesses im entwickelten Kapitalismus und um die Schranken dieser staatlichen Funktionen.

Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise), der heutigen DKP-Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie der politischen Soziologie von Habermas und Offe, die sowohl die Tradition der sozialdemokratischen Staatstheorie der Weimarer Republik als auch der bürgerlichen Soziologie seit Max Weber fortführen. Auf Seite 65 bis 119 des Buches sind die verschiedenen Formen und Inhalte der hier zunächst nur in großen Zügen gekennzeichneten revisionistischen Staatstheorie genauer nachzulesen. Vgl. ebenso: den Einleitungsaufsatz zur Neuausgabe von P. Lapinski u.a. in: GEGEN DEN STROM, vgl. oben Anm. 1. Die dort ebenso wie im DKP-Buch immer wieder erhobene Forderung nach "historisch-genetischer" Analyse des kapitalistischen Staates wird in diesen Veröffentlichungen selbst noch nicht eingelöst (was wohl auch noch nicht beabsichtigt war). Beim Versuch, einen Gesamtüberblick der revisionistischen politischen Vorstellungen zu geben, setzt die Kritik immer wieder im einzelnen an, ist dort auch durchaus zutreffend, indem sie sich auf die Tradition der Revisionismuskritik in der Arbeiterbewegung stützt; dabei geht aber immer wieder der systematische Zusammenhang der revisionistischen Theorien verloren, ebenso wie der Zusammenhang der Kritik an ihnen. So kommt es auch, daß es schwer ist, aufgrund dieser Ausführungen theoretische Ansätze für eine wirklich materialistische Kapitalismus- und Klassenanalyse zu finden.

Der Revisionismus ist die Form, in der der Klassengegner sich innerhalb der Arbeiterbewegung selbst festsetzt, in der die Ideologie der herrschenden Klasse sich als herrschende Ideologie auch in der Arbeiterklasse verbreitet. Diese Verbreitung erfolgt natürlich nicht 'auf dem Rücken der bloßen Idee', sondern auf der Grundlage tatsächlicher Erfahrungen, die beidem: der revisionistischen Theorie und dem falschen Bewußtsein der Arbeiter, gemeinsamer Hintergrund ist. Wesentlich für die Herausbildung des Revisionismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Erfahrung von 'sozialpolitischen' Gesetzen des bürgerlichen Staates, die bestimmte Formen der Ausbeutung der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb einschränken und die materielle Existenz der Lohnabhängigen für Zeiten, in denen sie ihre Arbeitskraft nicht als Ware auf dem Markt verkaufen können (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit), auf der Basis eines Existenzminimums sichern (Arbeiterschutzgesetzgebung und Sozialversicherungssysteme). Diese Gesetze konnten leicht als Einschränkung der Herrschaft des Kapitals über die lebendige Arbeit erscheinen, zumal ihre Durchsetzung immer auch vermitteltes Ergebnis der Klassenkämpfe war. Der Staat konnte so in den Augen der Arbeiterklasse, insbesondere aber ihrer Organisation (8) als ein Instrument erscheinen, mit dessen Hilfe man sich auf dem Wege der 'Salamitaktik' stückweise die politische und gesellschaftliche Herrschaft aneignen könne. So schreibt Sering richtig: "Dem Entwicklungsgrad dieser Staatsfunktion (Verkehr, Bildung, Sozialpolitik) pflegt übrigens bis zu einem gewissen Grad die Stärke des Reformismus parallel zu gehen." (9) Zunehmende wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe des Staates, Konzentration des Kapitals und längere Prosperitätsphasen, vor allem vor dem 1. Weltkrieg und nach dem 2. Weltkrieg (10), bilden die hauptsächliche Erfahrungsbasis für die von der Möglichkeit der schrittweisen Überführung des Kapitalismus m i t t e l s des staatlichen Apparates. Sie erscheint im Gewande der Bernsteinschen Theorie vor dem 1. Weltkrieg, der Theorie vom organisierten Kapitalismus und der Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik (Hilferding, Naphtali usw.) und am Anfang der BRD (Münchner Programm des DGB 1949); auch in den Theorien, die die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Entwicklung als staatsmonopolistischen Kapitalismus bestimmen (z.B. "Imperialismus heute"); und schließlich in der Theorie vom Wohlfahrts- und Interventionsstaat im Sinne der Frankfurter Schule (Habermas, Offe u.a.).

Der Zusammenhang zwischen dem empirischen Bewußtsein der Arbeiter (und auch der Studenten) und der revisionistischen Theorie besteht darin, daß die Theorie die Erfahrungen noch begründet,

8 Entspricht nicht die revisionistische Theorie vor allem dem Bewußtsein jener Funktionäre der bereits bürokratisierten Arbeiterorganisationen, die nicht mehr den Konflikt mit dem Kapital am eigenen Leibe erfahren, sondern wesentlich durch ihre teilweise erfolgreiche Vermittlungstätigkeit zu "Spitzenverbänden" und staatlicher Verwaltung geprägt sind? Hat dagegen die Masse der Arbeiter nicht vielmehr jenes 'dichotomische Bewußtsein' ('die da oben'), das nach zahlreichen Untersuchungen bis heute vorherrscht? Ist im vorliegenden Text nicht das Bewußtsein der Organisierten und das des organisierenden Apparats allzu umstandslos gleichgesetzt? Kann man überhaupt die Ausbildung eines revisionistischen Bewußtseins erklären, ohne darzustellen, durch welche Organisationsform vermittelt der Klassenkampf tatsächlich abläuft? Kann man von 'tatsächlichen Erfahrungen' ohne Berücksichtigung der organisatorischen Ebene und des genauen gesellschaftlichen Ortes, wo solche Erfahrungen gemacht werden, sprechen? Wir formulieren diese Fragen, um anzudeuten, was wir hier offen lassen. Vgl. dazu auch unten II. 4.

9 P.Sering: "Wandlungen des Kapitalismus", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISMUS, Prag 1935, Nr. 22/23, S. 717.

10 Für den gewerkschaftlichen Apparat war sicher das Erlebnis der Unentbehrlichkeit, der 'erfolgreichen' Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat im 1. Weltkrieg (bis zur Denunziation unbotmäßiger Arbeiter) und danach von entscheidender Bedeutung. Wichtig für die Illusionen vom "organisierten Kapitalismus" war die Erinnerung an den sogenannten Kriegssozialismus, der staatlich (d.h. wesentlich von den Interessevertretern der großen Rüstungskonzerne) organisierten Kriegswirtschaft; das gilt z.B. für Wissel und Hilferding. Vgl. dazu den schon angeführten Aufsatz von Lapinski, der sich ausführlich mit der Entstehung institutionalisierter Zusammenarbeit der Klassen während des 1. Weltkriegs beschäftigt und ihre Fortführung in der Weimarer Republik zeigt. Die Bildung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im November 1918 zum Zweck der (aus verschiedenen Motiven) gemeinsamen Abwiegelung der Revolution ist hier nur ein Höhepunkt. Vgl. auch Deppe/Freyberg/Kievenheim/Meyer/Werkmeister: KRITIK DER MITBESTIMMUNG, Frankfurt/Main 1969, sowie FU-Projektgruppe DKP/Rabehl, a.a.O. S. 74.

rechtfertigt und ihnen damit noch den Schein der Notwendigkeit anheftet. (11) Das bedeutet zweierlei: E r s t e n s kann politische Agitation in der Arbeiterklasse nicht ohne Berücksichtigung einer langen reformistischen Tradition stattfinden. Für die Agitation der Studenten an der Universität ist die Kritik der reformistischen Vorstellungen womöglich noch wichtiger, da ihre Situation enger als die der Lohnabhängigen an den Staat gebunden ist. Diese Auseinandersetzung kann nur geführt werden, wenn die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Verhältnissen und den politischen Formen, zwischen ökonomischem und politischem Kampf jeweils im einzelnen aufgezeigt werden. Z w e i t e n s muß daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, daß Revisionismus und falsches Bewußtsein endgültig nicht bloß theoretisch destruiert werden können, sondern hierzu soziale Kämpfe und Klassenkämpfe notwendig sind.

II. Zur Theorie vom Sozialstaat

1. Die Souveränität des Staates bei der Verteilung des Sozialprodukts

Eines ist den meisten revisionistischen mit den politologischen sowie vielen nationalökonomischen Theorien gemeinsam: sie gehen davon aus, daß der Staat im Kapitalismus die Möglichkeit zu umfassender und bewußter Regulierung ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Prozesse hat. Dabei ist das eigentliche Terrain, auf dem der Staat als 'Sozialstaat' sich als selbständig gegenüber der kapitalistischen Produktion erweisen soll, die Sphäre der 'Verteilung des Sozialprodukts'. Hier soll er seine Hebel zur Verbesserung oder gar schrittweisen Überführung der kapitalistischen Gesellschaft in Richtung auf den Sozialismus ansetzen können. Eine solche Vorstellung schließt also die Annahme ein, "daß die Distribution als selbständige, unabhängige Sphäre neben der Produktion haust"(12). Die Produktion und die sie beherrschenden Gesetze sollen also der 'Verteilung' (13) keine grundsätzlich nicht manipulierbaren Schranken setzen. Eine derartige Auffassung läßt sich in den revisionistischen ebenso wie in zahlreichen bürgerlichen (vor allem politologischen) Theorien ausmachen, wie an einigen Beispielen gezeigt werden soll.

11 Vgl. aber das oben (Anm. 8) bezeichnete Problem.

12 Marx: GRUNDRISSE, S. 11.

13 Bereits der Begriff der 'Verteilung' bzw. 'Distribution' ist in der bürgerlichen Wissenschaft von vornherein auf die Ebene des Nettosozialprodukts bzw. des 'Volkseinkommens' beschränkt; die Möglichkeit der Verteilung auf anderer Ebene, z.B. auf der der Produktionsagenzien – Arbeitskraft/Produktionsmittel –, ist so bereits erledigt. Vgl. dazu Teil III. – Es fällt in diesem Zusammenhang regelmäßig der Hinweis, daß der vom Staat verteilte Teil des Sozialprodukts immer weiter anwachse. Dazu zunächst einige Angaben: der vom Staat in Gestalt von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung beanspruchte Teil des Bruttosozialprodukts betrug 1913 11,8 % (8,9 + 2,9 %), 1929 23,1 % (16,7 + 5,6 %), 1963 34,4 % (25,1 + 9,3 %), Deutsches Reich bzw. Bundesrepublik und West-Berlin (nach: K. Elsholz: "Strukturänderung der Sozialpolitik", KLEINE SCHRIFTEN ZUR SOZIALPOLITIK UND ZUM ARBEITSRECHT, 4. Folge, Heft 10, München o.J. (1963), S. 36. Abgesehen davon, daß in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Verlangsamung des Wachstums des Staatshaushalts in seinem Anteil am BSP zu beobachten ist, ändert auch der gestiegene Anteil nichts an der Tatsache, daß vor dem staatlichen Steuer- und Sozialabgabeneinzug die 'Verteilung' des Sozialprodukts im direkten Gegenüber der beiden Klassen erfolgt, konkret in Tarifverhandlungen, bzw. den dahinter stehenden latenten oder offenen Klassenkämpfen. Bei den Abgaben zur Sozialversicherung (1963 9,3 %) kann schon auf den ersten Blick von einer staatlichen Umverteilung kaum gesprochen werden, da es sich hier um nichts anderes, als um eine staatlich garantierte V e r s i c h e r u n g handelt, und niemand auf die Idee käme, etwa eine Privatversicherung als Eingriff in die kapitalistische Verteilung zu betrachten. Es handelt sich bei der Sozialversicherung bloß um eine Umverteilung innerhalb der Lohnquote, und im ganzen gesehen, gehören sowohl die sofort ausgezahlten wie die erst nach der Verwertung der Arbeitskraft als Rente ausgezahlten Summen zum Wert der Arbeitskraft. Da zu diesem Wert auch ihre 'Bildungskosten' gehören (z.B. die Kosten für Volksschulen), so ist auch der entsprechende Teil der staatlichen Ausgaben letzten Endes ein Teil des vom Gesamtkapital vorgeschossenen variablen Kapitals, der freilich nicht als individueller Lohn zirkuliert. Ein sehr beträchtlicher Teil der Staatsausgaben fällt so unter die Kategorie des variablen Kapitals bzw., ungefähr gesprochen, der Lohnquote. Ebenso müßte man einen Teil des gesamtgesellschaftli-

So unterscheidet z.B. der von der Linken in der BRD in den letzten Jahren gern zitierte Otto Kirchheimer (1930) zwischen der "Direktionssphäre" und der "Verteilungssphäre", wobei die Direktionssphäre "der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung" unterliegt, während die Verteilungssphäre "dem freien Spiel der politischen Kräfte vorbehalten ist" (14). Der autonom durch staatliche Manipulationen regulierbaren Verteilungssphäre wird eine "Direktionssphäre" gegenübergestellt, die für Kirchheimer identisch ist mit der kapitalistischen Produktion. Bei Paul Sering, an dessen Schrift JENSEITS DES KAPITALISMUS (1946) sich eine ganze Generation von Linksgewerkschaftlern und Linkssozialdemokraten in der BRD geschult hat, tritt die Loslösung der Distribution von der Produktion deutlich zutage: es werde "immer sichtbarer, daß die tatsächliche Einkommensverteilung nicht durch unveränderliche ökonomische Gesetze entschieden wird, sondern durch den politischen Kampf um den Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Regierung geändert werden kann" (15). Wie es für den von Lenin gegeißelten Ökonomismus typisch ist, ökonomische Prozesse als letztlich die politische Sphäre determinierend anzusehen, so erscheint die konträre Spielart des Revisionismus als "Politizismus", der die politischen Möglichkeiten des Staates gegenüber den ökonomischen Gesetzen verabsolutiert, indem er die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft säuberlich in Sphären trennt, unter denen die politische hervorragt als diejenige, in der wesentliche gesellschaftliche Veränderungen möglich seien, ohne daß an der ökonomischen Sphäre etwas Wesentliches geändert würde. Dies versucht man gerade am Beispiel sozialpolitischer Maßnahmen des kapitalistischen Staates zu zeigen; so etwa Bernstein, nach dessen Auffassung sich "der klassische Begriff des Kapitalismus gewöhnlich auf drei getrennte Gebiete (bezieht): die Produktionsform, die Verteilungsform und die gesetzlichen Beziehungen. Nur die erste sei in der vorangegangenen Zeit nicht wesentlich verändert worden; die beiden anderen seien großen Veränderungen unterworfen gewesen" (16).

Diese absolute Trennung der beiden Sphären, in der die Verselbständigung des Staatsapparates unvermittelt zur Autonomie des Staats gegenüber der kapitalistischen Produktionsform führt, kommt auch in der Theorie vom 'politischen Lohn' zum Ausdruck, wie sie von Rudolf Hilferding (1927) formuliert worden ist. Danach wird der Lohn nicht mehr durch ökonomische Gesetze, sondern

chen Mehrwerts einzelnen Sparten des Staatshaushalts zuordnen können, wo er teils bloß auf bestimmte Kapitalzweige umverteilt wird (Subventionen, Steuervergünstigungen), teils zur ideologischen, militärischen usw. Sicherung des Kapitalverhältnisses ausgegeben wird. Die Vorstellung von der Umverteilung würde sich sehr reduzieren. Dies als Hinweis auf eine der Aufgaben der Realanalyse des Sozial- und Interventionsstaates.

14 O. Kirchheimer: "Weimar und was dann? " (1930) In: ders.: POLITIK UND VERFASSUNG, Frankfurt 1964, S. 42 f. Schon Tugan-Baranowski erschien die Verteilung als reines Machtproblem, während er die Produktion durch ökonomische und technische Gesetze bestimmt sah (vgl. E. Preiser in: HANDWÖRTERBUCH DER SOZIALWISSENSCHAFTEN, Stichwort: Distributionstheorie, (Band VIII), S. 623.

15 Sering: JENSEITS DES KAPITALISMUS. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung. Nürnberg 1946[1], 1948[3], S. 59. Eine Auflage von mehreren tausend Exemplaren wurde von der IG-Metall aufgekauft; Fritz Vilmar (RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG, Frankfurt/Main 1965) z.B. stützt sich stark auf Sering. Rudi Dutschke zitierte gern aus Sering, vorzugsweise allerdings aus den Aufsätzen der dreißiger Jahre.

16 Peter Gay: DAS DILEMMA DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS, Nürnberg 1954, referiert hier das Konzept einer Rede Bernsteins aus dem Jahre 1925, S. 270 (keine Hervorhebung im Original) Vgl. schon Marx' Kritik an John Stuart Mill, KAPITAL Bd. 3, S. 884 f. Demgemäß schon Rosa Luxemburgs Kritik an Bernstein in "Sozialreform oder Revolution" a.a.O. S. 105: "Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer 'gerechten', 'gerechteren', ja einer 'noch gerechteren' Verteilung... Die Sozialdemokratie will die sozialistische Verteilung durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft auf diesem Wege allmählich die sozialistische Produktionsweise herbeizuführen."

Die im Jahrgang 1969 erschienenen Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK liegen sämtlich in 2. Auflage vor. Bestellungen an unseren Vertrieb werden sofort erledigt, wenn gleichzeitig der Betrag von DM 3,– pro Exemplar (zuzügl.Porto) auf PSchK Bln/West 62010 überwiesen wird.

durch die Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments bestimmt (17). Die Regulierbarkeit des ökonomischen Antagonismus im 'Generalkartell' findet ihre Entsprechung in der politischen Regulierung der Masseneinkommen, nun aber unabhängig von den ökonomischen Gesetzen. Ganz in diese Tradition revisionistischer Verklärungsversuche gehört denn auch die These von Claus Offe (1969), das Individualeinkommen unterliege heutzutage "politischen Regulationen" und lasse sich nicht mehr aus der kapitalistischen Produktionsweise, sondern aus den soziologisch-politischen Konstellationen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen erklären (18).

Die Verteilung erscheint also nicht mehr als notwendiges Moment des Produktions- und Zirkulationsprozesses des Kapitals, sondern als Feld für politisch bestimmte Staatsakte. In welche Portionen die produzierte Warenfülle, der "Kuchen des Sozialprodukts" (Erhard) vom Staat verteilt wird, das ist abhängig von der Intensität und Vehemenz, in der die verschiedenen sozialen Gruppen ihre 'Interessen' gegenüber dem Staat vertreten, von der Kampfstärke der Arbeiterklasse, vom Stand des politischen Bewußtseins der 'Bürger', von der Sorge des Staates ums 'Systemgleichgewicht', davon, ob der politische Willensbildungsprozeß demokratisch oder autoritär erfolgt, von der Effizienz der Verwaltung, vom Sieg der einen oder anderen Partei bei den Wahlen, vom Grad der politischen Beteiligung usw. (19), also von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen, die, da von ökonomischen

17 PROTOKOLL DES SPD-PARTEITAGES IN KIEL 1927, S. 170. Hilferding, der in der Weimarer Republik zum Revisionismus überwechselt, ging schon im Finanzkapital, wo er unter weitgehender Absehung vom Produktionsprozeß primär die Zirkulationssphäre behandelt, davon aus, daß der Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Produktion auf die Bildung eines Generalkartells hinauslaufe, und damit auf die Beseitigung der Anarchie der Produktion. Für die sozialistische Revolution galt es dann vor allem noch, die Ungleichheiten in der Verteilung zu beseitigen. Er schränkte damals ein, eine solche Entwicklung sei zwar ökonomisch möglich, jedoch nicht politisch und sozial. (Vgl. FINANZKAPITAL, 1910, Neudruck Frankfurt/Main 1968, S. 322 und 403). Auf der Basis dieser Vorstellungen entwickelte er in der Weimarer Republik seine Theorie vom 'organisierten Kapitalismus' und im Zusammenhang damit seine Vorstellung vom 'politischen Lohn'. Zur Kritik dieser Theorie: M. Kriwizki: "Die Lohntheorie der deutschen Sozialdemokratie", in: UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, III (1928/29, S. 381 ff), neu abgedruckt in: GEGEN DEN STROM, a.a.O. S. 75 ff; vgl. auch W. Gottschalch: STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHES HANDELN IN DER LEHRE VON RUDOLF HILFERDING, Berlin-West 1962.

18 Vgl. Claus Offe: "Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: Kress/Senghaas: POLITIKWISSENSCHAFT, Frankfurt/Main 1969, S. 176 f. Habermas spricht (in: Habermas/Friedeburg/Oehler/Weltz: STUDENT UND POLITIK, Neuwied 1961) von tiefen Eingriffen des Staates ins "System der Güterherstellung und -verteilung" (S. 22), muß dann aber doch zugestehen, daß "weiterhin die private Verfügung über Produktionsmittel Grundlage... des Wirtschaftsprozesses sei" (S. 23), und hält sich bei seiner Sozialstaatstheorie vor allem an die Explikation der Souveränität der Staatsgewalt als verteilender gegenüber dem kapitalistischen Produktionsprozeß, was vor allem bei seinen Thesen über die Determinanten politischen Handelns der Staatsgewalt sichtbar wird. (Vgl. unten II, 4.: Sozialstaat und pluralistische Demokratie.)

19 Dies ist ein kurzer Überblick über die Momente, die in den Sozialstaatstheorien von Hilferding, Sering, Offe, Habermas, Hennis u.a. entscheidend sind für den Verteilungsschlüssel, nach dem das Sozialprodukt auf die verschiedenen 'sozialen Gruppen' aufgeteilt wird, und für die Inhalte der Verteilungstätigkeit des Staates (Sozialkonsum/Sozialinvestitionen/Rüstung). Was den Begriff des Sozialstaats angeht, so sei hier noch folgendes angemerkt: Der Unterschied zwischen solchen Staatstheorien, die den gegenwärtigen kapitalistischen Staat schon als Sozialstaat bezeichnen (Habermas, Offe), und solchen, die davon ausgehen, daß durch langsame Zurückdrängung der Macht der Monopole, durch Mitbestimmung und demokratische Kräfte im Parlament, der Sozialstaat allmählich Boden gewinnen könne, liegt vor allem darin, daß die letzteren von einem unmittelbaren Einfluß der Monopole auf den Staat ausgehen, ihn als Instrument der Monopole betrachten, während die ersteren davon ausgehen, daß es heutzutage "problematisch" sei, "die Abhängigkeit der politischen Aktionen von den ökonomischen Interessen" zu unterstellen. (Habermas: THEORIE UND PRAXIS, Neuwied/Berlin 1963, S. 200. Ebenda S. 163 ausdrücklich vom "Stadium des organisierten Kapitalismus", wo der "Bereich des Warenverkehrs" bereits weitgehend "politisch vermittelt" werde.)

Gesetzmäßigkeiten unabhängig, dem "gesellschaftlichen Zufall" unterworfen sind (20). Wenn auch die "ökonomische Tendenz zur Ungleichheit" nicht einfach geleugnet wird, so wird doch gerade aufgrund der "Verselbständigung" der politischen Sphäre dem Staat die Möglichkeit zur "politischen Kompensation" der naturwüchsig dem Produktionsprozeß entspringenden Ungleichheit eingeräumt. Dem Staat stehen aufgrund dieser behaupteten Selbständigkeit der "politischen gegenüber der ökonomischen Macht" die Schlüssel zur Verteilung des 'Sozialprodukts' zur Disposition (21).

Kapitalistische Produktion und Verteilung, sowohl der für die Erweiterung der Produktion als auch der für den individuellen Konsum bestimmten Waren, haben sich durch das Dazwischentreten der Staatsgewalt voneinander gelöst. Der Staat erscheint als gegenüber den Produktionsverhältnissen autonomes Subjekt. So erhält er in der bürgerlichen Theorie konsequent die Bezeichnungen "Verteilerstaat", "Wohlfahrtsstaat", "Interventionsstaat", "Dienstleistungsstaat", "Gefälligkeitsstaat", kurzum "Sozialstaat" (22). Denn der Sozialstaat zeichnet sich ja nach dieser Auffassung dadurch aus, daß er über einen wachsenden Anteil am Sozialprodukt verfügt und diesen nach politischen und sozialen Gesichtspunkten in Form von Sozialleistungen, Subventionen und öffentlichen Aufträgen zur Produktion von Schulen, Krankenhäusern, Straßen oder von Raketen, Bomben und Granaten verwenden und verteilen kann. Die Entstehung des zu Verteilenden, des "Sozialprodukts", also der Produktionsprozeß, existiert nicht als Problem der Verteilung. Daher können die

Da aber auch die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem hierin auf der Ebene politischer Einflußnahmen argumentiert, wird kein deutlicher Zusammenhang zwischen Staat und Kapitalverwertungsprozeß sichtbar (eben im Unterschied zur bloßen 'Abhängigkeit' von 'ökonomischen Interessen').

20 Marx: GRUNDRISSE, S. 8: "Die Produktion soll... im Unterschied von der Distribution etc. eingefaßt in von der Geschichte unabhängige ewige Naturgesetze dargestellt werden, bei welcher Gelegenheit dann ganz unter der Hand bürgerliche Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze der Gesellschaft in abstracto unterschoben werden... Bei der Distribution dagegen sollen die Menschen in der Tat allerlei Willkür sich erlaubt haben." Marx deutet hier und im folgenden an, wie durch die "rohe Auseinanderreißung" von Produktion und Distribution der Produktionsprozeß als Naturprozeß erscheint, und der Distributionsprozeß damit zu einem Vorgang wird, der allein durch "gesellschaftliche Gesetze" (S. 10) (was in diesem Zusammenhang synonym ist mit "gesellschaftlichem Zufall", S. 11) bestimmt wird. Die Unfähigkeit, die kapitalistische Produktion als Kreislaufprozeß des Kapitals zu begreifen, resultiert in der Loslösung der Distribution aus diesem Zusammenhang; daher dann die Illusion von der staatlichen Umverteilung auf der Ebene der 'Einkommen'. Der Revisionismus knüpft von Anfang an an grundsätzliche Denkmuster der bürgerlichen Ökonomie an (was nicht verhindert, daß er weit größeren Illusionen verfällt). Dies kritisiert Marx hier. Vgl. dazu auch: Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 25 f: "Der Vulgärsozialismus hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen." Die eigentliche Entwicklung dieser Kritik ist natürlich im 'Kapital' enthalten.

21 Vgl. dazu Habermas: STUDENT..., a.a.O. S. 42 und 50, desgleichen schon Bernstein, Kautsky, Cunow, Renner u.a., nachzulesen bei: I. Fetscher, Hrsg.: DER MARXISMUS, SEINE GESCHICHTE IN DOKUMENTEN, Bd. III, München 1965, S. 41-56.
Im GODESBERGER PROGRAMM der SPD, Bonn 1959, ist nachzulesen: "Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung: dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik." (S. 16)
Vgl. auch Otto Brenner: "Technischer Fortschritt und Gewerkschaften", in: AUTOMATION UND TECHNISCHER FORTSCHRITT IN DEUTSCHLAND UND DEN USA, Frankfurt/Main 1963, S. 308 ff: "Automation und technischer Fortschritt ermöglichen mehr Wohlstand für alle' Inwieweit die Arbeitnehmer jedoch an diesem Wohlstand teilhaben, hängt davon ab, wie das erhöhte Volkseinkommen verteilt wird... Das erklärte Ziel der Gewerkschaften war es und wird es bleiben, den Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen zu erhöhen." (S. 312)

22 Ebenso wie der 'eigentliche Revisionismus sehen heutzutage politologische, staatsrechtliche usw. Apologeten des Kapitals in den verteilenden Tätigkeiten der Staatsgewalt ihre neue und sie bestimmende Qualität, nur mit dem Unterschied, daß sie diese Funktionen der Staatsgewalt, weil gegen das Leistungsprinzip und Markteinkommen verstoßend, mit Begriffen wie

staatlichen Maßnahmen als bloß politische, als von den politischen Machtverhältnissen und nicht von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft abhängig aufgefaßt werden.

Die nationalökonomischen Theorien haben demgegenüber im ganzen eine realistischere Vorstellung von diesen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und daher den Schranken der Staatstätigkeit. Das kommt schon in der terminologischen Unterscheidung der "primären", "spontanen" von der "sekundären", "politischen" Verteilung zum Ausdruck. Vielfach (und das gilt besonders für die konservativen Varianten) werden daher die in den "Erfordernissen eines gesunden Wirtschaftsablaufs" liegenden Schranken der staatlichen Redistribution deutlicher gesehen (regelmäßig z.B. in den sachverständigen Warnungen vor einer "überschäumenden Sozialpolitik" und der Empfehlung, die beste Sozialpolitik liege in einer guten Wirtschaftspolitik). Doch ist auch hier der wirkliche Zusammenhang von Produktion und Distribution nicht erfaßt, und es kann auch nicht anders sein. Vom bürgerlichen Standpunkt aus kann die Distribution der Produkte bzw. der Einkommen nicht als bloßes Moment des Kapitalkreislaufs und der in ihm enthaltenen Distribution der Produktionsagentien begriffen werden, weil mit dem Begriff des kreislaufenden und sich verwertenden Kapitals zugleich die Produktionssphäre als Ort der Produktion von Mehrwert begriffen wär. Auf die Differenzen in der Einschätzung der staatlichen Umverteilung, wie sie z.B. im Rahmen der Distributionstheorie zum Ausdruck kommen, werden wir noch genauer eingehen (vgl. unten Teil III).

Auch wenn in den revisionistischen Theorien im Anschluß an Marx noch von 'kapitalistischer' Organisation der Produktion gesprochen wird, wie bei Habermas und Offe zum Beispiel – von den vorfaschistischen Vertretern des Revisionismus ganz zu schweigen; sie konnten noch unschuldig mit dem Begriff 'Kapitalismus' operieren – entgeht ihnen gerade das Spezifikum kapitalistischer Produktionsweise: daß die Basis der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft der Kreislauf des Kapitals ist und die Sphäre der Verteilung der Einkommen lediglich ein Moment im Kapitalkreislauf darstellt. So ist der 'politische Lohn' vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet eben variables Kapital, das vorgeschossen werden muß und mit seiner Größe die Profitrate beeinflußt. Schon von diesem – noch genauer auszuführenden – Aspekt her erweist sich die Betrachtung der kapitalistischen Form der Produktion und der verteilenden Tätigkeit des Staates als voneinander gelöster Momente der kapitalistischen Gesellschaft als unrichtig.

2. Unfähigkeit, den Produktionsprozeß in seinem Doppelcharakter zu begreifen

Selbstverständlich tritt die Überschätzung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in den Verteilungsmechanismus, wie bereits angedeutet, in jeweils modifizierten Formen in den verschiedenen Theorien auf. Sie reichen von der völligen Aussparung der Produktionssphäre bis zu ihrer beschränkten Berücksichtigung, nämlich im Rahmen der innerhalb der bürgerlichen Wissenschaften vorgegebenen Arbeitsteilung. Die neueren Sozialstaatstheorien, die nicht mehr an einer politischen Praxis der Arbeiterbewegung orientiert (und insofern nicht mehr im eigentlichen Sinn revisionistisch) sind, begreifen sich vorwiegend als politisch-soziologische Theorien und überlassen die Analyse der 'Wirtschaft' der ökonomischen Theorie, aus der sie dann auch die Sätze übernehmen, die am ehesten in ihr Konzept hineinpassen: Habermas stützt sich auf Joan Robinson zur 'Widerlegung' der Marx-

"Gefälligkeitsstaat", Staat als "ungeheure Ausgleichskasse" etc. denunzieren. Vgl. dazu: Ernst Forsthoff: "Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats", Veröffentlichungen der Vereinigung der Staatsrechtslehrer, Heft 12, Berlin-West 1954, S. 8 ff; Werner Weber: SPANNUNGEN UND KRÄFTE IM WESTDEUTSCHEN VERFASSUNGSSYSTEM, Stuttgart 1951. Wenn im folgenden wiederholt auf die Analogien in der Analyse der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zwischen Revisionisten und bürgerlich-reaktionären Wissenschaftlern hingewiesen wird, so deshalb, um zu zeigen, daß eben kein dritter Weg zwischen marxistischer und bürgerlicher Gesellschaftsanalyse möglich ist, sondern daß revisionistische Theorien notwendig auf bürgerliche hinauslaufen. Man kann nicht einfach, wie Habermas z.B. dies immer wieder tut, auf der Basis der 'wissenschaftlichen' Ergebnisse von Forsthoff bis Hennis eine völlig andere gesellschaftskritische Konsequenz herleiten. Dies bleibt dann in der Tat (moralisierende) Kritik.

schen Werttheorie (23), Offe auf Shonfield (24) und alle insgesamt auf die Keynesianischen Spielarten innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. Sie begreifen daher nicht mehr, daß bereits in der Arbeitsteilung der einzelwissenschaftlichen Theoriebildung die Verabsolutierung einzelner Segmente der Totalität kapitalistischer Produktionsweise impliziert ist und daß auch die Zusammenfassung von Aussagen über die einzelnen Segmente keinen Begriff des Ganzen ergeben kann. Eines ist jedoch dem Revisionismus seit Bernstein gemeinsam, daß der Produktionsprozeß selbst dort, wo er explizit Berücksichtigung findet, nicht als widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß begriffen werden kann, sondern als bloßer Arbeitsprozeß erscheint, der sich allein durch seine besonderen juristischen und organisatorischen Formen noch als kapitalistischer ausweist.

Rosa Luxemburg kritisiert schon an Bernstein zu Recht, er verstehe "unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion, sondern des Eigentumsrechts, nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit. ... Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen in die Eigentumsverhältnisse überträgt ... überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit in das Verhältnis von reich und arm." (25) Hier wird deutlich, wie die Reduktion der Kapitalismuskritik auf die Frage der 'gerechten Verteilung' bei Bernstein, die wiederum die Basis seiner reformistischen Strategie ist – der Staat als Subjekt der gesellschaftlichen Umwandlung – seiner bloß soziologisch-juristischen Bestimmung des Kapitalverhältnisses entspringt. Diese aber ist nur möglich, wenn der Produktionsprozeß nicht in seinem Doppelcharakter begriffen wird, sondern als bloßer Arbeitsprozeß, dem die kapitalistischen Bestimmungen nur als zufällige anhaften, die daher bei gutem Willen des Kapitalisten und unter entsprechendem Druck der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus beseitigt werden können.

Jeder Begriff davon geht verloren, daß der Produktionsprozeß als Verwertungsprozeß des Kapitals bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliegt, die sich hinter dem Rücken der Individuen durchsetzen und den einzelnen Kapitalisten zu ihrem Vollzugsorgan machen. Zwar wird das Wort 'kapitalistische Produktion' im Munde geführt, wobei man im Sinne von Marx zu sprechen glaubt, doch der spezifische Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses wird dabei unterschlagen. Jeder Produktionsprozeß ist Arbeitsprozeß, unabhängig von den Produktionsverhältnissen; es wird in ihm nützliche Arbeit geleistet, deren Zweck die Herstellung von Gebrauchsgütern ist. "Im Arbeitsprozeß bewirkt also die Tätigkeit des Menschen durch das Arbeitsmittel eine von vornherein bezweckte Veränderung des Arbeitsgegenstandes. Der Prozeß erlischt im Produkt. Sein Produkt ist ein Gebrauchswert, ein durch Formveränderungen menschlichen Bedürfnissen angeeigneter Naturstoff." (26 a) Demgegenüber ist der Verwertungsprozeß dadurch gekennzeichnet, daß er nicht die Gebrauchswerte um ihrer selbst willen, sondern als Träger von Tauschwert herstellt. Der Kapitalist "will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern Mehrwert." (26 b) Der kapitalistische Produktionsprozeß findet nur statt, wenn zum einen in ihm mehr Wert erzeugt wird, als der Kapitalist beim Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft in ihn hineingesteckt hat, und wenn zum anderen die erzeugten Produkte als Waren auf dem Markt verkauft werden können, ihre Umwandlung in Geldform zu gelingen verspricht.

23 Vgl. hierzu W. Müller: "Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie", SOPO 1/69, S. 40-44. Die beliebige Verwendung der Begriffe 'Sozialprodukt', 'gesellschaftlicher Reichtum', auch einmal 'Warenfülle', dann wieder 'Produkte' bei den Revisionisten zeigt schon, daß hier das Problem nicht mehr gesehen wird, das Marx gleich zu Anfang des 'Kapitals' ausspricht, daß nämlich der gesellschaftliche Reichtum im Kapitalismus als ungeheure Warenfülle erscheint. Schon durch die beliebige Verwendung der Begrifflichkeit gibt man zu erkennen, daß man die spezifische Problematik der Form der gesellschaftlichen Produktion übersieht, wie sie sich darstellt im Doppelcharakter der Ware als Tauschwert und Gebrauchswert, und dementsprechend der Doppelcharakter der Arbeit und des Produktionsprozesses.

24 A. Shonfield: MODERN CAPITALISM. The Changing Balance of Public and Private Power. Royal Institute of International Affairs. London 1965. Deutsche Ausgabe: GEPLANTER KAPITALISMUS – WIRTSCHAFTSPOLITIK IN WESTEUROPA UND USA. Mit einem Vorwort von Karl Schiller. Köln usw. 1968.

25 R. Luxemburg: SOZIALREFORM..., a.a.O. S. 93 f.

26a Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 189-195.

26b Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 194-201.

Sämtliche Methoden und Organisationsformen der Ausbeutung, die in der Geschichte des Kapitalismus praktiziert worden sind, zusammen mit den Krisen und dem mit ihnen verbundenen Elend der Gesamtbevölkerung, entspringen dem Zwang, unter dem jeder einzelne Kapitalist steht, sein Kapital verwerten zu müssen als Bedingung seiner Existenz. Der gesamte Produktionsprozeß ist vom Verwertungszwang des Einzelkapitals geprägt, von der hierarchischen Organisation des Betriebes über die technische Gestaltung der Maschinen und die Gestaltung der Fabrikräume bis hin zu den Antreibermethoden aller Art, die die für den Kapitalisten allergünstigste, d.h. bestmögliche Ausnutzung und Auffüllung aller Poren des Arbeitstages, der gekauften Arbeitszeit des Arbeiters ermöglichen sollen. Die Arbeitskraft muß, darüber wacht der Kapitalist, in dem gewöhnlichen Durchschnittsmaß der Anstrengung, mit dem gesellschaftlich üblichen Grad an Intensität verausgabt werden." (26 c)

Die besonderen juristischen und organisatorischen Formen des kapitalistischen Produktionsprozesses sind nichts anderes als der notwendige Ausdruck für den Doppelcharakter des Produktionsprozesses im Kapitalismus als Arbeits- und Verwertungsprozeß. Von den Revisionisten dagegen werden sie nahezu durchgehend als bloß zufällige Akzidenzien angesehen. Dies zeigt sich vor allem an der Bestimmung der Rolle des Kapitalisten gegenüber dem Arbeiter. Dieses Verhältnis wird in der revisionistischen Theorie nicht aus dem ökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, also aus ihrer Beziehung innerhalb des Verwertungsprozesses des Kapitals, im unmittelbaren Produktionsprozeß, erklärt. Es wird nicht mehr gesehen, daß der einzelne Kapitalist und der einzelne Lohnarbeiter ökonomische Charaktermasken des Kapitalverhältnisses sind. In dieser Blindheit haben auch die Ideologien von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung ihre Wurzeln. So heißt es bei Fritz Naphtali (1929) (26 d): "Im Betrieb stehen Unternehmer oder überhaupt Leiter des Betriebes und Arbeiter einander gegenüber; hier bedeutet die Überwindung der unternehmerischen Despotie das Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter, die nicht mehr als rechtlose Objekte behandelt werden sollen." Die Despotie des Kapitalisten entspringt demnach bloß seiner Willkür und ist auf der organisatorischen Ebene – Schaffung von Mitbestimmungsgremien innerhalb des kapitalistischen Betriebes – zu beseitigen. Der Sozialismus wird zur ethischen Forderung, der Kapitalismus zu einer Frage der Unternehmermoral. (Zur genaueren Kritik dieser Auffassung vgl. den Abschnitt über die Fabrikgesetzgebung in diesem Aufsatz.)

Eine andere Variante der Negation des Doppelcharakters des kapitalistischen Produktionsprozesses finden wir in Paul Serings Theorie von der Produktionshierarchie. Der kapitalistische Betrieb erscheint ihm als rationale Organisation, in der die "Produktionsintelligenz" (Techniker, Marktexperten) "unermüdlich für weiteren Fortschritt und für die Schaffung kooperativer Formen technischer und wirtschaftlicher Organisation" arbeitet und in der die Manager "in erster Linie Menschen" sind, "die die Fähigkeit erworben und erwiesen haben, Entscheidungen über das Inganghalten einer komplizierten Organisation zu treffen und durchzusetzen." "... der einzige Punkt, wo die alte Einheit der Unternehmerfunktion erhalten bleibt, wo die Leitung der Produktion tatsächlich vom persönlichen Profitinteresse des Eigentümers abhängt, ist die Spitze der Pyramide – die monopolistische und finanzielle Oligarchie. Und diese Oligarchie verwächst, wie wir gesehen haben, zunehmend mit den Organen der staatlichen Wirtschaftspolitik." (27)

Es wird hier also vom Doppelcharakter des (kapitalistischen) Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß abgesehen. Im kapitalistischen Betrieb ist aber der Leiter der Produktion immer auch Mehrwerterpresser. (28) Damit ist die Unterwerfung der lebendigen unter die tote Arbeit, die Mehrwertauspressung und die Ökonomie (d.h. Sparsamkeit) des Kapitals, die darin besteht, daß sie "bei aller Knauserei durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial umgeht", (29) aus der Organisation der Produktion im kapitalistischen Betrieb verschwunden. Dieser wird als

26c Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 204-210.

26d Fritz Naphtali: WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, 1928, Neudruck mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt/Main 1966, S. 23.

27 Vgl. Sering: JENSEITS..., a.a.O. S. 47-49.

28 Vgl. dazu besonders Marx: KAPITAL Bd. 1, S. 346-48/350-52.

29 KAPITAL, Bd. III, S. 107-197.

eine technisch-rationale Anstalt aufgefaßt; kapitalistisch ist nur noch die oberste organisatorische Spitze. Zur Einführung des Sozialismus bedarf es dann nur noch der Auswechslung des Personals an der Spitze, der Zurückdrängung des Einflusses der kapitalistischen Oligarchie auf die Wirtschaftspolitik durch eine starke sozial-demokratische Regierung und die allmähliche Absetzung der Spitzen und ihr Ersatz durch Planungsfachleute. Die gegenwärtig von der DKP im Anschluß an die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus vertretene Strategie zur friedlichen Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus beruht auf ebensolchen Vorstellungen. Von zwei Seiten soll die Macht des Monopolkapitals eingeschränkt werden: durch Mitbestimmung im Betrieb und durch die Entfaltung eines demokratischen Programms der Wirtschaftspolitik im Kampf gegen die Monopole. Es geht um die allmähliche Übernahme des "Apparates zur Lenkung und Leitung der Wirtschaft" und seine "Unterordnung unter die Interessen des Volkes".

"Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Übergang zum Sozialismus liegt die Etappe der Erkämpfung, Errichtung und Entfaltung der gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichteten Demokratie..." (30)

3. Erfolgreiche Konjunkturpolitik als Voraussetzung der Sozialpolitik

Die Annahme von der Autonomie staatlicher Verteilungspolitik gegenüber den Verwertungsgesetzen kapitalistischer Produktion kann auf eine Voraussetzung nicht verzichten: die 'Wirtschaft' muß weitgehend k r i s e n f r e i funktionieren, die ökonomische Reproduktion der Gesellschaft muß in kontinuierlichem W a c h s t u m ablaufen. Ohne diese Voraussetzung ist die Annahme von der Autonomie der Verteilungspolitik unhaltbar. Denn alle Kategorien der 'Verteilung' (immer: der Einkommen) und damit auch der an ihnen ansetzenden Politik sind – wie für den 'politischen Lohn' schon angedeutet wurde – zugleich und vor allem Kategorien des Kapitalkreislaufs und werden folglich auch durch jede Stockung des Kapitalkreislaufs beeinflußt. Arbeitslosigkeit und ein stagnierendes oder gar sinkendes Sozialprodukt machen schließlich jede Verteilungspolitik unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten illusorisch. Folgerichtig gehen auch alle sozialpolitischen Pläne und Prognosen der Bundesregierungen von einem mehr oder weniger kontinuierlichen Zuwachs des Sozialproduktes aus. (31) Die Voraussetzung der Krisenfreiheit muß allerdings begründet werden; und in den Begründungen unterscheiden sich die Sozialstaatstheorien.

Für Bernstein ebenso wie für die Theorien des 'organisierten Kapitalismus' in den 20er Jahren (32) waren es Kapitalkonzentration und Ausbildung des Finanzkapitals, die die Krisen zum Verschwinden bringen sollten; sie sollten – im Gegensatz zum 'Konkurrenzkapitalismus' und der 'Anarchie des Marktes' – dem Kapital unter Hilfestellung des demokratischen Staates, die Planung der Produktion ermöglichen. Die revisionistischen Theorien nach der Weltwirtschaftskrise mußten andere Erklärungsmodelle entwickeln. Denn durch die Weltwirtschaftskrise war die Annahme der Krisenfreiheit als Folge einer ungesteuerten Entfaltung der Gesetze kapitalistischer Akkumulation selbst ad absurdum geführt worden. Seit dieser Zeit gehen beinahe alle bürgerlichen und revisionistischen Theoretiker – von den Wohlfahrtsstaatstheorien über den Neoliberalismus bis zu den rechts- und linkskeynesianischen Ablegern in der heutigen Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften – davon aus, daß durch staatliche Eingriffe die ökonomische Basis gefestigt werden kann, über die der Staat sich als Sozialstaat dann frei zu erheben vermag. Es ist heute nicht mehr möglich, in ökonomischer Unschuld das Verschwinden der Krisen den naturwüchsigen Mechanismen kapitalistischer Akkumulation selbst anzurechnen. Vielmehr soll heute versucht werden, die Krisenfreiheit der gesamten Produktion durch bewußte Eingriffe des Staates herzustellen, und das heißt: durch ein Subjekt, das in die zu regulierenden Abläufe nicht verwickelt ist. So bedingen sich Politik des Krisenmanagements und Verteilungspolitik des Staates wechselseitig: die krisenverhindernden Interventionen des Staates sind Voraussetzung für seine sozialpolitischen Maßnahmen; die Autonomie des Staates in der Sphäre der Einkommens-Verteilung wiederum ist Voraussetzung für seine 'Krisenvermeidungsstrategien'.

Das läßt sich an folgendem Beispiel sehr leicht zeigen: Die in der Vorstellung vom 'politischen Lohn' implizierte Annahme, der Lohn könne politisch geregelt werden, wird den bürgerlich-technokratischen Vorstellungen von der Möglichkeit der Regulierung der Volkswirtschaft mittels 'Einkommenspolitik', 'konzertierter Aktion' bzw. 'Lohnleitlinien' zugrundegelegt. Der 'politische Lohn' als Ausdruck staatlicher Autonomie in der V e r t e i l u n g s s p h ä r e soll nun unvermittelt als ökonomisches Manipulierungsinstrument dienen, um die P r o d u k t i o n antizyklisch zu stabilisieren. Der Staat setzt also in der Sphäre der Verteilung an, um hier in der Weise in den Kapitalkreislauf einzugreifen, daß ökonomische Krisen 'entschärft' werden. Die Voraussetzung für die Regulierungstätigkeit des Staates von der Verteilungssphäre aus ist demnach, daß die angenommene Autonomie in dieser Sphäre doch nicht so weit geht, daß sich die hier vorgenommenen Eingriffe nicht auf den Produktionsprozeß auswirkten (33). Somit erweist sich die Trennung von Produktion und Verteilung unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr als totale, sondern als e i n s e i t i g e: Es wird zwar angenommen, daß die Verteilungs p o l i t i k von den Gesetzmäßigkeiten und Grenzen des Kapitalverwertungsprozesses unabhängig sei. Aber es wird zugleich angenommen, daß der Akkumulationsprozeß – jetzt neutral mit der Phrase vom 'stetigen Wirtschaftswachstum' belegt – sehr wohl durch Verteilungspolitik als Krisenvermeidungspolitik beeinflußt werden könne. Damit werden gleichzeitig die relative Autonomie des Staates in der Verteilungssphäre und damit in der Verteilungspolitik und zugleich seine Möglichkeit zur "Krisenvermeidungsstrategie" (34) begründet; das eine wird zur Voraussetzung des anderen und beides läßt sich durch das gleiche Subjekt gewährleisten. Der Akkumulationsprozeß und seine Eigengesetzlichkeit ist somit erst recht als Problem beseitigt bzw. obsolet, insbesondere da in den vergangenen 20 Jahren in der BRD scheinbar die Wirksamkeit staatlicher Politik und die Richtigkeit der auf diesen Annahmen beruhenden Theorien erwiesen worden ist.

Auf diese Weise werden die Widersprüche zwischen kapitalistischer Produktion und Sozialpolitik weitgehend eliminiert. Am deutlichsten wird dies in den linkskeynesianischen bzw. gewerkschaftlichen Vorstellungen von der Möglichkeit des erfolgreichen 'Krisenmanagements' durch Lohnsteigerungen, da diese ja als Kaufkraftsteigerungen die effektive Nachfrage ankurbeln sollen. So sagte schon 1928 Fritz Tarnow: "In diesem Zusammenhang handelt es sich nicht um das Soziale, sondern um die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, einen stärkeren Gebrauch an Konsumgütern zu erzwingen, um den Weg zu vergrößertem Verbrauch und vergrößerter Produktion freizulegen."

30 IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin 1968[5], S. 239 und 727, hier besonders wichtig das Kapitel "Die demokratische Alternative gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus", S. 724-751; vgl. auch Kritik dazu: Projektgruppe DKP-Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 67 ff.

31 So ist für den Staatssekretär Auerbach beim Bundesarbeitsministerium die wirtschaftliche Deckungsmöglichkeit der Renten- und Krankenversicherung nur dann gewährleistet, wenn bis 1985 eine jährliche Steigerung der Bruttolohn- und Gehaltssumme um 5,8 % erfolgt. Nach DER TAGESSPIEGEL, 23.12.69. Vgl. auch: SOZIALENQUETE, Soziale Sicherung in der BRD, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, o.J. (1966), S. 143 ff; besonders S. 153, wo gezeigt wird, daß jedes Sozialversicherungssystem, vor allem aber die Arbeitslosenversicherung angesichts einer Massenarbeitslosigkeit total versagen würde.

32 Vgl. dazu die Kritik im Aufsatz von Eugen Varga: "Probleme der Monopolbildung und die Theorie vom 'organisierten Kapitalismus', in: ders.: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt/Main 1969, S. 11-41. Vgl. auch: Projektgruppe DKP/Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 97 ff.

33 Hier liegt eines der Probleme, über die wir in den Diskussionen keine volle Übereinstimmung erreichen konnten. Welche praktische Bedeutung hat die Illusion von der Autonomie der Distributionssphäre bzw. vom politischen Lohn heute, z.B. in der antizyklischen Konjunkturpolitik? Inwieweit wird hier nicht die Abhängigkeit der Verteilung von der Produktion und der in ihr gesetzten Verteilung de facto anerkannt? Haben etwa die Ökonomen (auch innerhalb der SPD oder der gewerkschaftlichen Wirtschaftsinstitute) hier einen größeren Realismus als die Politologen revisionistischen Erbes? Wie weit geht dieser Realismus? Vgl. dazu auch unten Teil III.

34 J.M. Gillman (PROSPERITÄT IN DER KRISE, dt. Frankfurt/M. 1968) zeigt, wie in den Welfare-State Theorien der New-Deal Epoche Sozialversicherung als Krisenregulierungsmechanismus angesehen wurde (S. 132). Im folgenden unterzieht Gillman diese These einer Überprüfung anhand der zyklischen Bewegungen des Kapitals in den USA und zeigt, daß es sich hierbei nur um zweitrangige, nicht entscheidende Faktoren wirtschaftlicher Stabilisierung handeln kann.

(35) Und im Gefolge dieser bequemen Tradition des bloßen Appells an den Staat und an die 'Vernunft' der Kapitalistenklasse anstatt der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf revolutionäre Praxis empfiehlt z.B. die IG Metall 1967 dem Staat, den Arbeitern mit "Investitionskrediten die Anschaffung eines PKW zu erleichtern und so gleichzeitig die Automobilindustrie anzukurbeln"; zugleich beklagte sie die mangelnde Moral der Unternehmer, die aus lauter Böswilligkeit und gegen ihre bessere Einsicht, daß doch erst der Massenkonsum den Absatz ihrer Waren gewährleiste, Sozialausgaben und Löhne in der Krise kürzen (36). Tarnow sah immerhin noch das hier bestehende Problem, wenn er schreibt: "Der einzelne Unternehmer kann zwar nach wie vor so rechnen, daß er von einer Herabsetzung der Löhne nichts anderes als Vorteil hat. Für die Unternehmer im ganzen aber könnte diese Manipulation nicht mehr vorgenommen werden, ohne die Kapitals- und Profitinteressen des Unternehmertums selbst schwer zu verletzen." (37) Daher plädiert er für die Verteilung der Gesamtkaufkraft in einem richtigen Verhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation, die die Basis eines prosperierenden Kapitalismus darstellen solle, in dem die Gesamtinteressen des Kapitals und der Arbeiterklasse harmonisch zusammenfallen. Als Garant solcher Harmonie kann natürlich nur der Staat fungieren. Aber zu solchen Vorstellungen schreibt bereits Marx: "Mit Ausnahme seiner eigenen Arbeiter, erscheint jedem Kapitalisten gegenüber die Gesamtmasse aller andren Arbeiter nicht als Arbeiter, sondern als Konsumenten. ... Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der andren Kapitalisten als möglichst große Konsumenten seiner Ware. Aber das Verhältnis jedes Kapitalisten zu seinen Arbeitern ist das Verhältnis überhaupt von Kapital und Arbeit, das wesentliche Verhältnis." (38) Die Praxis der staatlichen Krisenmanipulation im Jahre 1967 hat gezeigt, daß es auch dem 'Sozialstaat' geboten ist, dieses "wesentliche Verhältnis" zu berücksichtigen: er kürzte die Sozialleistungen und mußte es zulassen, daß die Löhne stagnierten und zum Teil sogar gesenkt wurden.

35 Fritz Tarnow: WARUM ARM SEIN? Berlin 1928, S. 71 und 49. Vgl. zur Kritik auch neben Kriwizki ("Die Lohntheorie..."), UNTER DEM BANNER..., a.a.O.): Erika König: VOM REVISIONISMUS ZUM DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS, Berlin-DDR 1964, S. 158ff.

36 METALL, Nr. 16, 1967, und: WEISSBUCH DER IG METALL, 1968. In der Zeitschrift METALL ist auch nachzulesen, wie Brenner 1967 und 1968 die Theorie von der Regulierung der Krise durch Erhöhung der Masseneinkommen vertritt.

37 Tarnow: WARUM ARM SEIN ? A.a.O. S. 53.

38 Marx: GRUNDRISSE, S. 322. Vgl. S. 323: "... Das Kapital selbst betrachtet dann die Nachfrage durch den Arbeiter – i.e. das Zahlen des Salärs, worauf diese Nachfrage beruht – nicht als Gewinn, sondern als Verlust. D.h. das immanente Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit macht sich geltend. Es ist hier wieder die Konkurrenz der Kapitalien, ihre Gleichgültigkeit gegeneinander und Selbständigkeit voneinander, die dazu führt, daß das einzelne Kapital sich zu den Arbeitern des totalen übrigen Kapitals nicht als Arbeitern verhält: Hinc über die richtige Proportion hinausgetrieben wird." Und im 2. Band des KAPITAL (S. 414/409 f): "Will man aber dieser Tautologie" (Krisen entstehen aus Mangel an zahlungskräftiger Nachfrage) "einen Schein tiefrer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil davon empfängt, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält. Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt jener Ritter vom gesunden und 'einfachen' (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise." Vgl. auch M. Kriwizki (LOHNTHEORIE..., a.a.O.), der zeigt, daß die Theorie vom politischen Lohn auf der Annahme beruht, der Kapitalist könne beim konstanten Kapital Einsparungen vornehmen, und diese dem Arbeiter zuschanzen. "Während wir also bei Marx auf die Gegenüberstellung des variablen Kapitals oder des Arbeitslohns mit dem Mehrwert stoßen, wird in allen von uns angeführten Fällen der Arbeitslohn dem konstanten Kapital gegenübergestellt und seine Änderungen mit den Änderungen des konstanten Kapitals verbunden. Es folgt also eine Aufhebung der Spaltung des neugeschaffenen Werts in Wert der Arbeitskraft und Mehrwert. Dadurch wird jenes Kampffeld beseitigt, auf dem der Zusammenstoß der zwei Klassen stattfindet... Es ist die gleiche Verlegung der Analyse von den grundlegenden Produktionsverhältnissen weg zur Technik, die als außerhalb des sozialen Verhältnisses stehend betrachtet wird." (S. 97 f)

Daß das Kapital nur als einzelnes existiert, der Staat als Vertretung der gesamten Kapitalistenklasse demnach ein Interesse des Gesamtkapitals nur insoweit vertreten kann, als es auch das Interesse der Kapitale als Einzelkapitale – zumindest aber ihrer mächtigeren Fraktion – ist, wird dabei unterschlagen. Das im Kapitalverhältnis gesetzte widersprüchliche Interesse jedes Einzelkapitalisten an größter Konsumtionskraft aller Arbeiter mit Ausnahme der von ihm angewendeten und an möglichst niedrigem Lohn seiner eigenen Arbeiter, kann auch der Staat nicht überspringen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß die 'spontane' Verteilung zwischen Lohn und Profit gar nicht vom Staat geregelt wird, sondern in direkter Konfrontation der 'Tarifpartner'. (Seine Tätigkeit beschränkt sich, knapp zusammengefaßt, auf die Umverteilung innerhalb der Lohneinkommen ('Sozialleistungen', Ausbildungskosten der Arbeitskraft) und auf eine gewisse Umverteilung des Profits zwischen verschiedenen Kapitalgruppen (Subventionen, Investitionsanreize usw.) Vgl. auch oben Anm. 13.) Die Annahme von der gegenseitigen Ergänzung der krisenmanipulierenden und der sozial-politischen Funktion des Staates läßt sich also nicht halten. Es bleibt eine Unmöglichkeit für den Staat im Kapitalismus, die krisenfreie ökonomische Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse, d.h. des Kapitalverhältnisses, auch nur zu versuchen und gleichzeitig die politische Aufhebung dieses Verhältnisses zu betreiben. Eine Milderung dieses allgemeinen Widerspruchs wird nur insofern versucht, als zur Reproduktion des Kapitalverhältnisses auch ein bestimmtes Minimum an sozialer "Stabilität" als Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf des Kapitalverwertungsprozesses jeweils gesichert sein muß. Diesem Zweck dient die Sozialpolitik als Befriedungspolitik; sie bleibt auch dabei Moment der Sicherung der stetigen Reproduktion des Kapitalverhältnisses, stellt also das gerade Gegenteil von politischer Autonomie des Staates dar, wie noch ausführlicher zu zeigen sein wird.

Die bürgerliche Wissenschaft ist auch in dieser, aber auch nur in dieser Hinsicht weniger illusionär als die revisionistischen Gewerkschaftstheoretiker seit der Weimarer Republik. Die sozialstaatlichen Aufgaben sind demnach der primären Aufgabe der Wachstums- und Wohlstandssicherung unterzuordnen. Dabei wird auch durchaus der Konflikt zwischen diesen beiden Staatsfunktionen gesehen, aber die Übereinstimmung wird dann doch wieder mit der Behauptung hergestellt, daß die beste Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik sei, die durch Sicherung des Wachstums erst dem Staat die Mittel zur sozialen Verteilertätigkeit zur Verfügung stelle und zudem 'Erwerbslosigkeit' verhindere. In diesem Sinne geht z.B. die im Auftrag der Bundesregierung (von zumeist den damaligen Regierungsparteien nahestehenden Professoren) ausgearbeitete SOZIALENQUETE (1966) davon aus, daß im Hinblick auf die Aufgabe der Sozialpolitik, nämlich die Erfüllung des Sicherungs- und Versorgungsbedürfnisses der Bevölkerung, im ganzen eine Identität mit den Zielen der Wirtschaftspolitik bestehe. (39) Eine Wirtschaftspolitik, welcher die Sozialpolitik nicht durch Ausgabenerhöhungen zur unrechten Zeit (und die Zeit ist schließlich immer unrecht (40)) in die Quere kommt, soll danach in der Lage sein, wirtschaftliches Wachstum und 'Vollbeschäftigung' (41) zu

39 Vgl. SOZIALENQUETE, a.a.O. S. 140 f.

40 Vgl. ebda., S. 153 f, wonach in der Hochkonjunktur Erhöhungen der Sozialleistungen inflationär wirken, in der Krise dagegen zwar ökonomisch möglich und vielleicht auch sinnvoll seien (hier die gleiche Illusion wie bei den Gewerkschaften), aber aufgrund politischer Tatbestände nicht zu empfehlen, da solche Maßnahmen später schwer rückgängig zu machen seien, ohne die Gefahr sozialen Unfriedens' heraufzubeschwören.

41 Immer wieder wäre es notwendig, die die Wirklichkeit oft ganz offensichtlich verhüllenden Begriffe der bürgerlichen Wissenschaft zu umgehen oder wenigstens durch Anführungszeichen zu kennzeichnen. So ist nach der herrschenden Auffassung in der 'Vollbeschäftigung' eine amtliche Arbeitslosenquote von 'bloß' 3 bis 5 % eingeschlossen. Die Zahlen der amtlichen Statistik zur 'Erwerbslosigkeit' sind ihrerseits verhüllend (besonders in der 'Rezession' oder 'Talsohle'), denn sie erfassen nicht die infolge Arbeitslosigkeit vorzeitig 'verrenteten' Arbeiter (besonders Arbeiterinnen), heimgereiste 'Gastarbeiter' usw.; hinter diesen Zahlen versteckt sich also eine viel größere industrielle Reservearmee, wie der kapitalistischen Wirklichkeit adäquate Begriff lautet. Mit dieser Bemerkung soll erneut darauf hingewiesen werden, daß man sich innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft ständig zwischen Attrappen bewegt, die aber vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Wissenschaft notwendig die einzige Wirklichkeit sind und das Handeln der Kapitalagenten und der Staatsfunktionäre tatsächlich bestimmen. Vgl. dazu auch Teil III.

garantieren. "Sozialpolitik im Ganzen ist ihrer Natur nach längerfristig orientiert und ist rational nur durchführbar, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, übermäßige Konjunkturschwankungen zu verhindern". (42) Daraus ergibt sich dann die Notwendigkeit der Ausrichtung und Unterordnung der Sozialpolitik unter die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, soweit dies ohne Gefährdung des "sozialen Friedens" möglich sei. Die Erhaltung des "sozialen Friedens" ist somit ein Bestimmungsfaktor für die untere Grenze der Sozialleistungen (neben der Erhaltung der "Arbeits- und Leistungsfähigkeit, Berufserziehung und Mobilität"). "Preisstabilität" und "Investitionsbereitschaft der Unternehmer" definieren die obere Grenze (43). Dies ist der Spielraum, in dem sich nach der Einschätzung der Verfasser der SOZIALENQUETE die redistributiven sozialpolitischen Maßnahmen des Staates bewegen dürfen.

4. Sozialstaat und pluralistische Demokratie

Die theoretische Trennung der ökonomischen Bedingungen von Produktion und Distribution hat politische Konsequenzen. Historisch ist natürlich die Theorie Konsequenz revisionistischer Praxis, nicht ohne diese weiter zu bestätigen: der Versuch der Sozialdemokratie zur wissenschaftlichen Begründung ihrer nicht-revolutionären Politik, ihrer Zusammenarbeit mit Kapital und bürgerlichem Staat, führte zu immer erneuten Anläufen, einen gegenüber Marx' Zeiten grundsätzlich veränderten Kapitalismus und vor allem ein qualitativ verändertes Verhältnis zwischen kapitalistischem Produktionsprozeß und Staat nachzuweisen. Dieser Nachweis sollte dazu dienen, die tatsächlich verfolgte politische Strategie der Zusammenarbeit der Klassen im bürgerlichen Staat zu legitimieren. Dabei bilden die Souveränität des Staates bei der Verteilung des Sozialprodukts und das Verschwinden der kapitalistischen Krisen, sei es als Ergebnis naturwüchsiger Prozesse der kapitalistischen Entwicklung, sei es als Folge staatlichen Krisenmanagements, für die revisionistischen Staatstheorien wesentliche Voraussetzung einer allmählichen Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus, des bürgerlichen Staates in einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Nachdem die sozialdemokratischen Theoretiker von Bernstein bis Habermas den Sozialstaat auf den festen Grund einer dauerhaft wachsenden 'Güterfülle' gestellt haben, stehen der Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft auch keine unüberwindlichen Hindernisse mehr entgegen: "Der Konflikt der Klassen verliert in dieser Perspektive seine revolutionäre Gestalt; eine fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft ist auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht von vornherein ausgeschlossen." (44)

Bernstein wollte eine nicht-revolutionäre Strategie für die Arbeiterklasse fomulieren: Sozialreformen statt Revolution. Die Behauptung, ein revolutionärer Kampf der Arbeiterklasse habe sich historisch erübrigt, über den Staat lasse sich der Sozialismus schon durch die Arbeiterparteien und unter kräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften einführen, führte zur Herausarbeitung der Vorstellung, der Staat stehe den Bedingungen der kapitalistischen Produktion unabhängig gegenüber. Da der Staat im weiteren Verlauf der Entwicklung (Weimarer Republik) seine Eingriffe in die Gesellschaft vor allem auf dem Verteilungssektor entwickelt (wachsender Anteil des Sozialprodukts, der vom Staat verteilt wird) (45), und zwar vermittelt über die parlamentarischen Auseinandersetzungen, kommt es dazu, daß die staatliche Verteilungstätigkeit als die Sphäre der Unabhängigkeit der Staatsgewalt gegenüber der Kapitalakkumulation aufgefaßt wird. Das ist der Ursprung der Theorie

42 SOZIALENQUETE, a.a.O. S. 153.

43 Ebda., S. 144. Auf die hier im ganzen richtig angedeuteten Grenzen der Sozialpolitik wird weiter unten noch näher eingegangen. Allerdings kann der Staat, siehe gegenwärtig USA, auf die untere Grenze weitaus weniger Rücksicht nehmen. Sie gilt nur für Prosperitätsphasen des Kapitals. Vgl. auch S. 145. Es heißt dort weiter: "... die Investitionsbereitschaft der Unternehmer ist sowohl im Interesse des Wachstums der Gesamtversorgung als auch im Interesse der Vollbeschäftigung erforderlich" ... "Das Exportvolumen kann im Interesse der dauernden internationalen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht gekürzt werden" ... "Eine Ausweitung des Sozialbudgets konkurriert also in erster Linie mit einer Steigerung der realen Lohneinkommen." (Hervorhebung: M./N.)

44 J. Habermas: THEORIE UND PRAXIS, Neuwied-Berlin 1963, S. 196 f (Hervorhebungen v. Verfasser).

45 Vgl. oben Anm. 13.

vom politischen Lohn bei Hilferding und der entsprechenden Auffassungen bei Kirchheimer, Sering und anderen sozialdemokratischen Theoretikern.

Nach Hilferding werden die politischen Stärkeverhältnisse der Klassen im demokratischen Staat durch die Wahlen dauernd gemessen. Diese Kräfte werden unmittelbar über das Parlament in die Bildung des Staatswillens umgesetzt, der in der Demokratie Resultat des Willens der Staatsbürger sei. So ergebe sich eine "Anschmiegsamkeit der Staatsmacht an die wechselnden Stärkeverhältnisse", aus der sich folgerichtig ein Steigen des bestimmenden Einflusses der Arbeiterpartei ergeben müsse – der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung wächst (46). Dem müsse ein Ansteigen des Lohnes nachfolgen, da der Lohn politisch und nicht ökonomisch bestimmt sei. "Die Arbeiterschaft betrachtet nunmehr den Staat als das politische Instrument zum Aufbau des Sozialismus." (47) Wahlen und Parlament sollen als Mittel für die friedliche Austragung der Kämpfe von Lohnarbeit und Kapital dienen.

Als die SPD im Jahre 1949 dem Grundgesetz für die BRD im Parlamentarischen Rat zustimmte, war sie von der Vorstellung bestimmt, der provisorische Charakter des neuen Staatswesens, die Offenheit der Verfassung in Richtung auf Sozialisierung der großen Industrie (Art. 15), die starke Stellung der Regierungspartei und des Kanzlers nach dem Grundgesetz, die Kompetenzen des Bundesgesetzgebers und die grundgesetzlich fixierte Sozialstaatsklausel (Art. 20) – also sämtlich Sicherungen im Bereich staatlicher Machtausübung – genügten, um die Umwandlung der zu dieser Zeit bereits restaurierten kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische zu ermöglichen.

Mit parlamentarischer Mehrheit – die SPD rechnete damals fest mit einem Wahlsieg – gedachte sie, durch die Übernahme der Staatsmacht ihre gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen zu realisieren. Revolutionäre Massenaktionen und Kämpfe der Arbeiterschaft waren in diesem Konzept nicht vorgesehen, wie die ambivalente bis ablehnende Haltung der SPD in den Verfassungsverhandlungen zum politischen Streikrecht, wie auch das Fehlen jeglicher Absicherung plebiszitärer Aktionen in der Verfassung selbst deutlich machen.

Aber auch die Inhalte ihrer politischen Vorstellungen handeln weniger von der Arbeiterklasse als historischem Subjekt gesellschaftlicher Prozesse als vielmehr vom Staat. Der Gegensatz zwischen CDU/CSU und SPD hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kulminierte darin, daß die CDU/CSU dem Staat nur eine subsidiäre, nachträglich korrigierende Rolle gegenüber der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung zusprach, Sozialpolitik also als problemlos sich ergebendes Abfallprodukt eines auf kapitalistischer Basis sich ungehemmt entfaltenden ökonomischen Wachstums sah, während demgegenüber die SPD die staatliche Verantwortlichkeit gegenüber den gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen, die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit durch Eingriffe des Staates in die Ökonomie, durch Planung und Sozialisierung auf dem Gesetzeswege hervorhob. Angelpunkt der politischen Konzeption der SPD für das Deutschland nach dem Faschismus war der Soziale Staat; gesellschaftliches Ziel, "daß man den Menschen herausnimmt aus der großen Objektsituation" (Carlo Schmid) historischer Akteur die SPD als Partei im Parlament und Schumacher als Bundeskanzler mit Richtlinienkompetenz, Einführung des Sozialismus also durch eine "gewisse Revolution von oben" (48).

Die Aufgabe des Sozialismus als Ziel im Godesberger Programm und das praktische Einschwenken auf die sozialpolitischen Vorstellungen der CDU seit der Großen Koalition ist also nichts anderes als die Entfaltung dessen, was in der politischen Konzeption der SPD unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Faschismus schon enthalten war: diese Konzeption wiederum ist wesentlich eine Erneuerung des revisionistischen Traditionsbestandes der Weimarer Republik.

46 Vgl. R. Hilferding: "Probleme der Zeit", in: DIE GESELLSCHAFT, 1. Jg. 1924, Bd. 1, S. 13.

47 Ders.: "Realistischer Pazifismus", in: DIE GESELLSCHAFT, 1. Jg. 1924, Bd. 2, S. 111. Vgl. dazu auch: W. Gottschalch: STRUKTURVERÄNDERUNGEN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHES HANDELN IN DER LEHRE VON RUDOLF HILFERDING, Berlin-West 1962, S. 198-218.

48 Vgl. zu diesem ganzen Komplex: H.-H. Hartwich: SOZIALSTAATSPOSTULAT UND GESELLSCHAFTLICHER STATUS QUO, Berlin 1969, (bisher als Manuskript vorliegend), S. 1-66.

Immerhin wird in der revisionistischen Theorie nach dem Kriege noch ein weiterer Schritt vollzogen, der die immanente Logik ihrer Ansätze vor dem Faschismus voll entwickelt – dies aber eben aufgrund besonderer historischer Entwicklungen: dem Zurücktreten der SPD als erklärter Vertretung der Arbeiterklasse, ihre Neugeburt als Volkspartei. Im Zuge dieser Entwicklung wird nun nicht mehr allein der Staat als unabhängig vom Kapitalverwertungsprozeß aufgefaßt, sondern die Gesellschaft selbst als eine in eine Vielzahl von Interessengegensätzen sich auseinandersetzende, als pluralistische Gesellschaft verstanden.

Der Logik einer Theorie folgend, der der antagonistische Konflikt zwischen Kapital und Arbeit lediglich als Konflikt um die Verteilung knapper Mittel erscheint, verschwindet für den modernen Revisionismus der Klassengegensatz überhaupt: mit abnehmender Knappheit aufgrund eines wachsenden Sozialprodukts wird der Klassengegensatz zur pluralistischen Auseinandersetzung um einen immer größer werdenden Kuchen: "Die industriell-fortgeschrittenen Gesellschaften haben, auf einem hohen und immer erhöhten Stand der Produktivkräfte, eine Expansion des gesellschaftlichen Reichtums erreicht, angesichts derer die Erwägung nicht unrealistisch ist, daß ein fortbestehender, wenn nicht vervielfältigter Pluralismus der Interessen die antagonistische Schärfe konkurrierender Bedürfnisse im Maße der absehbaren Möglichkeit ihrer Befriedigung verlieren kann." Eine 'Gesellschaft im Überfluß' erübrigt "einen von knappen Mitteln diktierten Ausgleich." (49) Die Klassentheorie hat sich damit zur Pluralismustheorie gewandelt. Der vom Revisionismus in der Weimarer Republik verbal noch aufrechterhaltene 'Kampf der Klassen' ist zum Ausgleich der pluralistischen Interessen über konkurrierende Verbände und Volksparteien geworden. (50) Ging die Sozialdemokratie der Weimarer Republik noch davon aus, daß die für die politische Willensbildung relevanten gesellschaftlichen Interessen nach wie vor durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich konstituieren, dieser Gegensatz aufgrund von Entwicklungen der Ökonomie im Abnehmen begriffen sei und demzufolge auch der Staatsapparat, insbesondere das Parlament, zum Instrument einer allmählichen Einführung des Sozialismus tauge, so vollzieht der Revisionismus nach dem 2. Weltkrieg einen weiteren Schritt fort von der Marxschen Theorie. Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ist danach das Ergebnis von Interessenauseinandersetzungen pluralistischer gesellschaftlicher Gruppen. Wenn die Sozialstaatstheorie die Souveränität des krisenregulierenden und verteilenden Staates gegenüber der (kapitalistischen) Produktionssphäre behauptet, so kennt sie eine entsprechende Souveränität nicht gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen. Im Gegenteil: der Staat wird in dieser Theorie als ausführendes oder bloß vermittelndes Instrument gesellschaftlicher Interessen und Interessengruppen begriffen, die demzufolge auch die Inhalte staatlicher Politik bestimmen können. Eine solche Auffassung, die den Staat einerseits als a b h ä n g i g von den gesellschaftlichen Interessengruppen (zunächst mit Vorrang von Lohnarbeit und Kapital), andererseits aber als s o u v e r ä n gegenüber dem 'wirtschaftlichen Prozeß' begreift, führt notwendig auch zu einer Auseinanderreißung des Zusammenhangs zwischen dem Produktionsprozeß und der Konstituierung gesellschaftlicher Interessengegensätze. Wo der Staat real oder zumindest der Möglichkeit nach als Subjekt der Verteilung des 'Sozialprodukts' und der Regulierung des Wirtschaftsprozesses begriffen wird, wo ihm die Gesetze der Verteilung und Regulierung nicht als Gesetze des Kapitalverwertungsprozesses prinzipiell vorgegeben sind, muß auch der Zusammenhang zwischen den bloß noch als 'gesellschaftlich' erscheinenden Interessengegensätzen und der kapitalistischen Produktionsweise abgestritten werden. Kann nämlich der Staat die Verteilung des 'gesellschaftlichen Reichtums' ändern, ohne das Kapitalverhältnis aufzuheben, so können auch gesellschaftliche Interessenwidersprüche beim Kampf um die Verteilung nicht mehr als bloße Resultate des Kapitalverhältnisses begriffen werden. Die Sphäre der Gesellschaft verselbständigt sich zum Kampfplatz von Interessen, dessen Börse der Staat ist (51).

Bedarf der Staat lediglich "positiv einer Anweisung, wie Gerechtigkeit im sozialstaatlichen Eingriff zu verwirklichen ist", so können es nicht prinzipiell die Gesetze der Kapitalverwertung sein, die diese positive Anweisung im gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Gesellschaften und Staaten verhindern, sondern hier müssen Hindernisse am Werk sein, die sich auf einer von der materiellen Reproduktion losgelösten gesellschaftlichen Ebene konstituieren. So wird für den zeitgenössischen Revisionismus die Frage nach dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zur Frage nach seinem demokratischen Potential, zur Frage nach der "politischen Mündigkeit des Volkes" (52), zur Frage nach den demokratischen und friedliebenden Kräften, deren Stellung im Produktionsprozeß man nur noch durch das Beiwörtchen "antimonopolitisch" zu definieren versucht. Mit der Erweiterung des demokratischen Potentials, mit dem Entstehen politischen Bewußtseins müssen sich automatisch auch die Handlungsspielräume der Staatsgewalt in Richtung auf die Realisierung sozialer Gerechtigkeit erweitern. Ein kontinuierlicher Übergang in eine Gesellschaft, die die Regulierung ihres Lebens selbst in die Hand nimmt, ist also in dem Maße möglich, in dem ein wachsendes demokratisches Potential auf den Staatsapparat eindringt und ihn als Instrument der Herstellung einer gerechten und vernünftigen Sozialordnung benutzt. Denn da der Staat zum "Träger der Sozialordnung avanciert" (53) ist, hängt es vom Bewußtsein derer, die ihn benutzen ab, welche Sozialordnung er realisiert. Mit dieser Begründung untersuchten Soziologen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung gegen Ende der 50er Jahre die Studenten: sie sind für diese Theorie als d e m o k r a t i s c h e s (!) Potential deshalb besonders relevant, weil sie später die leitenden Positionen in "den großen Apparaten der Industrie" und die höheren Beamten stellen (54). Das politische und gesellschaftliche B e w u ß t s e i n der Manager und hohen Staatsbeamten ist danach ein wesentlicher Bestimmungsgrund für Vernunft oder Unvernunft des 'ökonomischen und politischen Prozesses' und der Formen und Inhalte der Bedürfnisbefriedigung. Die gesellschaftlichen Widersprüche reduzieren sich letztlich auf das Bewußtsein der Individuen, auf den guten oder bösen Willen der Kapitalisten bzw. ihrer Manager, auf das reaktionäre oder fortschrittliche Bewußtsein der Staatsbeamten, auf die Frage zum Beispiel, aus welchen gesellschaftlichen Schichten sich die Elite regeneriert, womit man bereits bei Dahrendorf angelangt ist (55).

49 J. Habermas: STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT, Neuwied 1962, S. 254 f. Parallelen ergeben sich hier zu folgendem Erhard-Wort: "Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus der Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen." in: Erhard: WOHLSTAND FÜR ALLE, Düsseldorf 1957, S. 10. Rabehl hat darauf hingewiesen, daß in der "Soziologie des Staates" "nicht Klassenkämpfe diese monopolistische Gesellschaft bestimmen, sondern daß der demokratische Kampf der 'Unterprivilegierten' um staatliche Anerkennung und Unterstützung diese Epoche trägt." (FU-Projektgruppe-Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 93). Diese politische Vorstellung beruht eben auf der Reduktion der kapitalistischen Widersprüche aufs Verteilungsproblem. Unterprivilegierte sind die sozialen Gruppen, denen vom Staat kein genügend großer Happen in den Mund geschoben wird. Ihre Unterprivilegierung endet mit der Vergrößerung des Happens. Folgerichtig Offe: "Generell bemißt sich der r e p r e s s i v e, d.h. Herrschaftsverhältnisse befestigende Charakter eines politisches Systems daran, ob ... a) ... b) die verschiedenen Kategorien der miteinander in Widerspruch stehenden gesellschaftlichen I n t e r e s s e n, Bedürfnisse und Ansprüche in gleicher oder nur in verzerrter, spezifisch gewichtiger Weise die C h a n c e p o l i t i s c h e r B e r ü c k s i c h t i g u n g g e n i e ß e n." (A.a.O. S. 162). Hier haben sich die unterprivilegierten Gruppen zu unterprivilegierten Bedürfnissen verfeinert.

50 E. Fraenkel: "Strukturanalyse der modernen Demokratie", in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, Beilage zur Wochenzeitung: DAS PARLAMENT, 6.12.69, S. 23: "Der Pluralismus ist die Staatstheorie des Reformismus. Er lehnt implicite die These ab, daß der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, dessen Existenz er nicht in Zweifel zieht, mit geschichtlicher Notwendigkeit dazu führen muß, daß er in der klassenlosen Gesellschaft 'aufgehoben' wird." Vgl. auch: ders.: DEUTSCHLAND UND DIE WESTLICHEN DEMOKRATIEN, Stuttgart 1964, sowie unten Teil IV.

51 P. Sering: "Der Faschismus", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISMUS, Nr. 24/25, 26/27 (1935) S. 775.

52 Habermas...: STUDENT..., a.a.O. S. 35 und 45.

53 Ebda., S. 35.

54 Ebda., S. 52 f.

55 In dieser Richtung läuft auch die kritische Eliteforschung, wie sie z.B. in den Analysen von Helge Pross (MANAGER UND AKTIONÄRE IN DEUTSCHLAND, Frankfurt/M. 1965) und W. Zapf (WANDLUNGEN DER DEUTSCHEN ELITE, München 1965) vorliegt. Vgl. dazu auch die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (sowie die entsprechenden zahlreichen zeitgeschichtlichen Untersuchungen in der DDR-Geschichtswissenschaft), die aus p e r s o n e l l e n Identitäten zwischen der faschistischen und der bundesrepublikanischen Oberschicht den besonders reaktionären und aggressiven Charakter der Monopole und des Staates in der BRD nachzuweisen versucht. Das wichtigste Argument für die These, daß der Bonner Staat ein Staat der Monopole sei, ist nach dieser Auffassung die personelle Identität in der ökonomischen und politischen Führungsschicht.

Die Frage nach Vernunft oder Unvernunft der Organisation der Produktion und der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung wird, ebenso wie die Frage nach der Vernunft politischer Entscheidungen, zur Frage des Inhalts in den Köpfen (und vor allem den Köpfen der Eliten). Demokratie wird zur Frage nach der iedologischen und politischen Orientierung der herrschenden Eliten: Demokratietheorie verkümmert zur Elitetheorie. Mag auch die historische Herleitung des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes und der gegenwärtigen Formen der politischen Willensbildung in differenzierteren soziologischen Kategorien erfolgen, so endet die Analyse doch dabei, sich von einer personellen Neubesetzung des Herrschaftsapparates durch Individuen kritischen Bewußtseins den Beginn des 'Abbaus von Herrschaft' zu versprechen.

Eine illusionslose, nicht mehr am Begriff gesellschaftlicher Emanzipation orientierte Konsequenz der Habermasschen Sozialstaatstheorie ist Offes Konstruktion des Wohlfahrts- und Interventionsstaates, die den Klassengegensatz als bewegende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung ausschaltet und die Kritik der politischen Ökonomie ausdrücklich als theoretischen Ansatz zur Aufschlüsselung der Bewegungsformen und Gesetze der monopolkapitalistischen Gesellschaft ablehnt. "Unter den Bedingungen des wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus (ist) die Herrschaft von Menschen über Menschen weithin abgelöst worden durch die Dominanz weniger gesellschaftlicher F u n k t i o n s b e r e i c h e gegenüber den anderen. Der Bruch, der in den früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung z w i s c h e n den großen Positionsgruppen" (gemeint sind Klassen) "verlief, verlagert sich gleichsam in die Individuen hinein" (56).

Gleichsam illusionsloser ist Offes Konstruktion deshalb, weil für sie die Barrieren, die den "Aktionsspielraum des politisch-administrativen Zentrums" (57) umgrenzen, und die die Staatsgewalt auf gesellschaftlich-irrationales Handeln festlegen, nahezu unüberwindbar erscheinen. Der in sich festgefahrene und erstarrte Prozeß, die Formen, in denen politische Willensbildung stattfindet, die gesellschaftlichen Mechanismen der Bedürfnisartikulation und die Selbstdefinition der Staatsgewalt als Garant des Systemgleichgewichts hindern ein praktisches, d.h. vernünftiges Tätigwerden der Staatsgewalt. Die Barrieren, die zu überwinden sind, liegen in den erstarrten Formen, in denen die Gesellschaft ihre Bedürfnisse formuliert.

Ändern sich diese Formen, so allerdings auch die Handlungen der Staatsgewalt. Der Weg zur Änderung ist eine Revolution der individuellen Bedürfnisse, denn nur eine solche ermöglicht eine Änderung der Gestalten und Organisationsformen, die bisher den Prozeß politischer Willensbildung bestimmen. Dies wenigstens wäre die Konsequenz aus Offes Ansatz. Sie wird allerdings zu Recht nicht formuliert. Denn woher sollte auch den Individuen ein Anlaß dazu gegeben sein, ihr Bewußtsein und ihre Bedürfnisse zu revolutionieren, wenn der Staat bei seiner "Krisenvermeidungsstrategie" Erfolg hat und scharfe gesellschaftliche Widersprüche von vornherein mit der Aussicht auf 'Erfolg' ausgeschaltet werden können? (Offes Terminologie bringt seine theoretischen Ausgangspunkte auf den Begriff).

Auch für Offe gilt ebenso wie für Habermas: Zu einer grundsätzlichen Änderung der Inhalte und Formen der Verteilungstätigkeit der Staatsgewalt – die einem Vernünftigwerden der gesamten Prozesse der gesellschaftlichen Reproduktion gleichgesetzt wird – ist keine grundlegende Umwälzung der Produktionsverhältnisse nötig, sondern allein Änderungen im Prozeß politischer Willensbildung, Abbau der 'Herrschaftsmechanismen', die ihn gegenwärtig determinieren. Dazu gehören nach Offe vor allem die Prozesse, die politische Willensbildung innerhalb der Parteien bestimmen (Zwang zum Ausgleich von partialen Gruppeninteressen) (58) sowie das "pluralistische" Verbandssystem. Denn dieses bewirkt, daß nur Partialinteressen an den Staat herangetragen werden, da nur diese organisierbar und konfliktfähig seien. Nur sie können den Staat, dessen Funktion die Erhaltung des Systemsgleichgewichts durch Konfliktvermeidungsstrategie ist, zum Handeln bewegen. Sie bestimmen, in welcher Form und zu welchem Zweck das Sozialprodukt vom Staat verteilt wird. Aufträge zum Bau von Schulen und Krankenhäusern und zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrssystems werden danach also deshalb vom Staat nicht in genügendem Maße vergeben, weil sie nur allgemein-gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, die durch organisierbare und konfliktfähige Partialinteressen nicht formuliert werden. (59) Es ist die Organisation der Gesellschaft in

56 Claus Offe: "POLITISCHE HERRSCHAFT...", a.a.O. S. 178.
57 Ebda., S. 186. 58 Ebda., S. 165 f. 59 Ebda., S. 168.

einem pluralistischen Verbandssystem und dessen spezifische Einwirkung auf die staatliche Willensbildung, die ein rationales Handeln der Staatsgewalt mit dem Ziel der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse verhindern.

Was die Analyse der Situation angeht, so treffen sich hier schließlich, trotz aller Vorbehalte gegen den autoritären Staat, die 'linken' mit den rechten Sozialstaatstheoretikern. Der konservative Sozialstaatstheoretiker – als Beispiel sei hier Hennis genommen (60), der sich heutzutage zur SPD hingezogen fühlt – geht davon aus, daß der Staat, gerade weil er heute wesentlich verwaltet, versorgt und verteilt, sich von den 'Zufälligkeiten' demokratischer Willensbildung befreien müsse, um sein Geschäft e f f i z i e n t und im Sinne einer a l l s e i t i g befriedigenden Versorgung der Staatsbürger wahrnehmen zu können. In seinem Staatszweck, der Wohlstandssicherung und Versorgung, liege seine demokratische Legitimation; dazu sei eine Organisation seines institutionellen Apparates auf 'sachgesetzliche Forderungen' hin erforderlich. Um also demokratisch im Sinne seiner Legitimation sein zu können, müsse er sich von allen Formen vorstaatlicher Willensbildung emanzipieren, um bei der Erfüllung seiner demokratischen Aufgaben nicht durch gesellschaftliche Interessenauseinandersetzungen gestört zu werden. Dabei spielen die von Erhard empfohlenen 'Spezialisten fürs Gemeinwohl' eine zunehmende Rolle, wenn auch unter wechselnden Namen: Hennis z.B. spricht von "institutionalisierten Augen und Ohren", die den Staat gegenüber dem Druck der Gruppeninteressen an seine allgemeinen Aufgaben zu erinnern haben. Politologen sollen hier endlich eine würdige Aufgabe finden. Der Umgestaltung des Staatsapparates in Richtung auf autoritäre Formen politischer Willensbildung entspreche die Notwendigkeit, das Volk "regierungsfähig" (Hennis) zu machen, deutlicher ausgedrückt: "Die Reife einer Gesellschaft entspricht heute dem Grad ihrer Manipulierbarkeit". "Und von der wissenschaftlichen Forschung her, die hier bestens im Fortschritt ist, gibt es für diese Manipulierbarkeit weder faktische noch normative Grenzen." (Rüdiger Altmann, Ideologe der sog. Formierten Gesellschaft) (61) Formierte und informierte Gesellschaft gehören nach der Regierungserklärung von Erhard im Jahre 1965 zusammen. Autoritärer Sozialstaat und Manipulation der versorgten 'Bürger' sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Die Argumentation kann also folgendermaßen zusammengefaßt werden: Will der Staat demokratisch sein, d.h. will er den Wünschen der 'Staatsbürger' entgegenkommen, für ihr Wohl sorgen, so muß er seine Arbeit möglichst auf der organisatorischen Ebene 'effektivieren', er muß sich zum autoritären Staat transformieren. Da der gesellschaftliche Interessenpluralismus, also die Ebene 'gesellschaftlicher Interessenformulierung', den Staat bei einer effektiven Organisation der Verteilung behindert (z.B. bei der Schwergewichtsverlagerung von 'Sozialkonsum auf Sozialinvestitioneu', (62) also Bildung, Straßen usw. notwendig zur weiteren Sicherung des 'wirtschaftlichen Wachstums'), ist er zu beseitigen, einzuschränken oder korporativistisch zu organisieren. Eine Folgerung, die auch aus Offes Analyse der Hindernisse für eine rational handelnde Staatsgewalt gezogen werden könnte. Denn warum sollten nach dieser Analyse nicht auch aufgeklärte Staatsmänner, denen es gelingt, ihren Handlungsspielraum durch Liquidierung des den Staat bestimmenden und beschränkenden Interessenpluralismus zu erweitern und die ihr aufgeklärtes Ohr einer die Politik beratenden Wissenschaft leihen, zur Einrichtung einer besseren Gesellschaft beitragen, also zur Berücksichtigung jener Bedürfnisse nach "Wohnung, Gesundheit, Verkehr, Bildung, bürgerlicher Rechtsordnung, Freizeit", die durch die gegenwärtige Organisation der Bedürfnisformulierung in Verbänden und in den durch Wahlen immer wieder auf die Vertretung von Parteiinteressen festgelegten Parteien unberücksichtigt bleiben müssen.

Demgemäß sieht auch Habermas in den Wissenschaftlern, die als Politikberater auftreten und die sich durch Veröffentlichung ihrer Ergebnisse aufgeklärte Massen verschaffen, um so ihrer aufgeklärten Beratung einen entsprechenden politischen Druck verliehen, eine Möglichkeit zur 'Rationalisierung' der politischen Entscheidungen (63). Die 'Staatsbürger' bilden dabei Objekte 'massen-

60 Vgl. zum folgenden: W. Hennis: "Aufgaben einer modernen Regierungslehre", in: POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT, VI. Jg. (1965) S. 422-441.
61 R. Altmann: SPÄTE NACHRICHT VOM STAAT, Stuttgart o.J. (1969) S. 51.
62 Der Ausdruck wurde zuerst in Unternehmerpublikationen und in der Regierungserklärung Erhards 1965 verwendet.
63 Vgl. J. Habermas: "Wissenschaft und Politik", in: OFFENE WELT, Nr. 86, 1964, S. 413-423.

hafter Aufklärung' durch die wissenschaftlichen Eliten. Der technokratische Bildungsökonom und -planer Widmayer stützt sich folgerichtig auf Habermas und Offe, wenn er wissenschaftliche Beratung der Politik und Zurückdrängung des Einflusses der Verbände und der durch Wahlen korrumpierten Parteien auf den Staat als Heilmittel aller Schäden dieser Gesellschaft anempfiehlt (64).

Für die rechten Sozialstaatstheoretiker liegt das Problem klar auf der Hand. Sozialstaat heißt Vorsorge im Doppelsinn der Sicherung des Lebens und der Entmündigung der Versorgten. Wachsender Wohlstand läßt sich nur auf der Basis einer zunehmenden Manipulation der Versorgten sichern. So ist es konsequent, daß die konservative Sozialstaatsauffassung ihr Modell des Verteilerstaats an die Organisationsprinzipien des kapitalistischen Industriebetriebs anlehnt. Als 'Gesamtunternehmer' im hochorganisierten kapitalistischen 'Gesamtbetrieb' ist er auf Effektivität hin orientiert, wobei sich das Ausmaß seiner Wirksamkeit "nach dem Grade seiner organisatorisch-instrumentalen Adaption an die neue Lage" bestimmt (65). Für den Industriebetrieb gilt in der bürgerlichen Wissenschaft und natürlich bei den Kapitalisten, daß das Bedürfnis der Bürger als Konsumenten nach wachsender Warenmasse bei freier Konsumwahl die Diktatur des Kapitalisten über die Lohnabhängigen im Betrieb zur Voraussetzung hat. Die Bedürfnisse der Produzenten nach verbesserten Arbeitsbedingungen lassen sich nur insoweit berücksichtigen, als sie der Wirtschaftlichkeit des Betriebes keinen Abbruch tun: "Wenn der Mensch sich in die Produktionsstätten eingliedert, unterstellt er sich damit zwangsläufig den dort herrschenden Gesetzen der Wirtschaftlichkeit. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck und der Mensch ist nicht etwa Mittel zum Zweck. Sinn der Wirtschaft ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen, damit er auf diese Weise frei wird für seine höheren geistigen und sittlichen Ziele. Das ist aber nur möglich, wenn der Mensch sich in den Produktionsprozeß eingliedert, wobei er sich den Betriebszielen unterordnen muß und insofern Mittel zum Zweck wird. Das ist gewiß ein innerer Widerspruch, der aber in der Natur der Sache liegt." (66) Im Jargon der wissenschaftlichen Apologeten des Kapitals besteht ein unauflöslicher Widerspruch zwischen den Bedürfnissen des Lohnarbeiters als konsumierendem und geistig-sittlichem Wesen und seinem Bedürfnis nach Aufhebung seiner Existenz im Betrieb als bloßes 'Mittel zum Zweck'. Grundsätzlich stehen sich diese Bedürfnisse entgegen, was Mitbestimmung im Industriebetrieb auch nur soweit zuläßt, als sie "die Beziehungen zwischen dem menschlichen Leistungsfaktor und der Unternehmung so gestaltet, daß die Ziele der Unternehmung in möglichst vollkommener Weise erreicht werden. ... Der einzelne Arbeiter und Angestellte soll den Eindruck gewinnen, daß er nicht bloßes Objekt, sondern daß er irgendwie an der Gestaltung seines eigenen

64 H.P. Widmayer: "Aspekte einer aktiven Sozialpolitik. Zur politischen Ökonomie der Sozialinvestitionen", Vortrag vor der Gesellschaft für Wirtschafts- und Socialwissenschaften, Verein für Socialpolitik (Manuskript 1969).

65 Hennis: a.a.O. S. 429; vgl. S. 427: "Wenn es erlaubt ist, in der Regierungslehre so etwas wie eine Betriebswirtschaftslehre des modernen Staates zu sehen, so erweckt unser Fach (die politische Wissenschaft) den Eindruck einer Betriebswirtschaftslehre, deren einziges Thema die Mitbestimmung ist." Das Ganze wurde zum erstenmal werbewirksam in der Ideologie von der formierten Gesellschaft (Voegelin usw.) formuliert, worauf auch einige kritische Linke hereingefallen sind.

66 Karl Hax: PERSONALPOLITIK UND MITBESTIMMUNG, Köln-Opladen 1969, S. 16. Vgl. dazu Marx: KAPITAL I, S. 374/377: "Es ist sehr charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde." Die frühbürgerlichen Ökonomen waren nicht so kühn, vom Lohnarbeiter totale Unterwerfung in der Arbeitszeit zu fordern, damit er für "seine höheren geistigen und sittlichen Ziele" frei werde; sie verteilten vielmehr diesen "inneren Widerspruch" weise auf verschiedene Klassen. So pries H.F. von Storch (1815) die Vorzüge der kapitalistischen Gesellschaft: "Der Fortschritt des gesellschaftlichen Reichtums erzeugt jene nützliche Klasse der Gesellschaft ... welche die langweiligsten, gemeinsten und ekelhaftesten Beschäftigungen ausübt, in einem Wort alles, was das Leben Unangenehmes und Knechtendes hat, auf ihre Schultern nimmt und ebendadurch den andren Klassen die Zeit, die Heiterkeit des Geistes und die konventionelle Charakterwürde verschafft ..." (Zitiert nach Marx: KAPITAL Bd. I, S. 682 f/ 677.)

betrieblichen Schicksals mitwirken kann." (67) Allerdings setzen die Kapitalisten diesen forschen Empfehlungen ihrer wissenschaftlichen Apologeten, Mitbestimmung als Manipulationsinstrument zur Effektivitätssteigerung zu benutzen (von denen sich die Versuche der Gewerkschaften, dem Kapital die Mitbestimmung schmackhaft zu machen, heute kaum noch unterscheiden), nach wie vor ihr Argument von der effektivitätsmindernden Wirkung der Mitbestimmung entgegen. Die Diktatur im Industriebetrieb scheint ihnen ein zuverlässigeres Mittel zur Auspressung des Mehrwerts als die Manipulation (68).

Um was es hier aber geht: der entscheidende Widerspruch besteht danach nicht zwischen Kapital und Lohnarbeit, sondern zwischen dem Bürger als Konsumenten und als Arbeitnehmer. Seine Freiheit und gute Versorgung als Konsument erfordert seine Versklavung als Produzent. Produktion und Konsumtion stehen sich danach in der Person j e d e s e i n z e l n e n Arbeiters – für den Kapitalisten besteht das Problem natürlich nicht – als unversöhnliche Widersprüche gegenüber. Auch die Sozialstaatstheorie, sei sie nun revisionistisch oder konservativ, kommt am Ende dazu, die Widersprüche, an denen die rationale Organisation der Gesellschaft scheitert, 'gewissermaßen' in die Individuen selbst hineinzuverlagern. 'Linke' Sozialstaatstheoretiker beschreiben den Interessenwiderspruch im Individuum als Ergebnis historischer Prozesse und als vermittelt über die Ebene gesellschaftlicher Interessenformulierung. Rechte Sozialstaatstheoretiker begreifen ihn als Naturkonstante. Daraus ergibt sich der Unterschied in der politischen Strategie. Massenhafte Aufklärung, verabfolgt von einer aufgeklärten Elite, oder Manipulation. In beiden Fällen sind die Massen Objekte der Behandlung durch die Eliten.

Daraus ergibt sich dann auch die Verschiedenheit des politischen Ziels. Ist für den Konservativen der autoritäre Staat eine unumgängliche Notwendigkeit, so für den Revisionisten (69) ein historisch entstandenes und damit auch veränderbares Institut. Daß aber auch für die Revisionisten gesellschaftliche Veränderungen nur als 'Revolution von oben' infrage kommen, wobei ihr Postulat – Abschaffung von Herrschaft – leere Formel bleibt, das läßt sich daraus herleiten, w i e sie die historischen Bedingungen, unter denen sich das gegenwärtige politische Bewußtsein der 'Staatsbürger' gebildet hat, darstellen, und wie sie den Prozeß der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft fassen. Da der kapitalistische Wohlfahrtsstaat in Zukunft keine Krisen mehr zulassen wird, da er ökonomische Krisen manipulieren kann, wird es für die Lohnabhängigen in Zukunft nicht mehr möglich sein, aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen zum Bewußtsein der Widersprüche der Gesellschaft zu kommen. "Das Verhältnis der Leistungsempfänger zum Staat ist... nicht politische Beteiligung, sondern eine allgemeine Forderungshaltung, die Versorgung erwartet, aber nicht eigentlich Entscheidungen durchsetzen will." (70) Wie sollen also die Individuen von selbst zu einer Änderung ihres Bewußtseins kommen, wenn der Staat ihnen die Versorgung gewährt, wenn sich also am gegebenen Zustand nichts ändert, bzw. der gegebene Zustand sich sogar noch verbessert, indem quantitative Steigerung der staatlichen Versorgungsleistungen in Aussicht steht, wenn der Kapitalismus seine Krisen durch seinen Staat regulieren kann, wenn sich also die kapitalistischen Widersprüche abstumpfen? "Was wir auf diesem Wege erhalten, ist eine Begründung des sozialistischen Programms durch 'reine Erkenntnis', das heißt, einfach gesagt, eine idealistische Begründung, während die objektive Notwendigkeit durch den Gang der materiellen Entwicklung da-

67 Dazu als Beleg das allbekannte und nach wie vor schlagende Zitat "Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie die Demokratisierung von Schulen, Kasernen und Zuchthäusern" aus dem INDUSTRIEKURIER im Jahre 1965.

68 Hax, a.a.O. S. 24 und S. 16.

69 Wenn wir in diesem Aufsatz auch neuere Autoren aus der BRD unter dem Begriff des Revisionismus zusammenfassen, so liegt hier ein Problem, das hier wenigstens angedeutet werden soll, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang einer von ihren eigenen Organisationen auf den Staat orientierten Arbeiterbewegung mit den d a z u g e h ö r i g e n Theoretikern. Während dieser Zusammenhang z.B. bei Hilferding und Tarnow auf der Hand liegt, ist er bei Habermas und Offe nicht ohne weiteres ersichtlich; bei anderen Frankfurter Soziologen im Umkreis einiger Gewerkschaftszentralen ist er allerdings unbestreitbar. Andrerseits ist zu klären, inwieweit es richtig ist, bei der gegenwärtigen Rolle der Gewerkschaften und der SPD noch von Reformismus zu sprechen, auf den sich eine gegenüber dem revolutionären Marxismus revisionistische Theorie beziehen würde.

70 Habermas: STUDENT..., a.a.O. S. 32.

hinfällt" (71). Die Einführung des Sozialismus aber durch "reine Erkenntnis", durch Aufklärung der Massen ist bei Habermas folgerichtig eine Sache der aufgeklärten Eliten (72).

Da zudem bei den zeitgenössischen Revisionisten der Produktionsprozeß aus der gesellschaftlichen Analyse entweder vollends herausfällt, oder aber als Ort der Ausbeutung, der Produktion von Mehrwert (z.B. durch die 'wertschaffende Potenz der Wissenschaft') in Fortfall gekommen ist, kann sich das Bewußtsein der Individuen nur an der Verteilungssphäre orientieren. Politisches Bewußtsein bezieht sich in dieser Begrifflichkeit vor allem auf den Staat, auf die Politik; seine Kritik als 'kritisches Bewußtsein' beschränkt sich auf die Normen der Verteilung von 'Einkommen' und 'Lebenschancen': gerecht oder ungerecht, ausreichend oder unzureichend.

Eine wissenschaftliche Methode, die beim Staat als Untersuchungsobjekt ansetzt, aus seinen Erscheinungsformen seine Souveränität gegenüber dem Produktionsprozeß ableitet, ihn zum Träger der Sozialordnung werden läßt, und dann auch die gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr durch die besondere Weise der gesellschaftlichen Produktion konstituiert sieht, löst schließlich den gesamten gesellschaftlichen Prozeß in verschiedene Sphären auf und kommt dabei zu dem Ergebnis, auch das Individuum selbst in verschiedene Sphären aufzuteilen. Dies zeigt sich in der zeitgenössischen revisionistischen Theorie am Begriff des politischen Bewußtseins, der allein auf das Verhältnis des 'Staatsbürgers' zum Staat bezogen wird. Auf dieser Basis kann dann auch schnell vom unpolitischen Bewußtsein des deutschen Proletariats gesprochen werden, nachdem dieses sich nicht wie ein Mann in den Kampf gegen die Notstandsgesetze – eine hochpolitische Angelegenheit – führen ließ, um den 'demokratischen Staat' zu verteidigen. Kämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital im Betrieb werden dann als 'bloß ökonomisch' und an falschen Konsumbedürfnissen orientiert abgetan. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital kommt dann überhaupt nicht mehr als Erfahrungsbasis für die Ausbildung politischen Bewußtseins in Frage. Die Klagen über das mangelnde politische Bewußtsein des Proletariats machen es den Klagenden leicht zu vergessen, daß sie selbst es sind, die an der Legitimierungsideologie des kapitalistischen Staates eifrig mitarbeiten.

Die Geschichte der 'Industriegesellschaft' erscheint ihnen vor allem als Geschichte des Kapitals und seines Staates, nicht aber als Geschichte der Arbeiterklasse, ihrer Kämpfe und Niederlagen (73). Sie zeigen diese Geschichte in der bürgerlichen Verkehrung, wo die tote über die lebendige Arbeit herrscht, und in dieser Verkehrung ist ihr Bewußtsein befangen. Die Arbeiterklasse erscheint schon immer als bloßes Objekt der Entwicklung. Mit der praktischen und theoretischen Liquidierung des revolutionären Kampfes des Proletariats durch die sozialdemokratischen Organisationen werden die tatsächlichen Kämpfe des Proletariats aus dem Geschichtsbewußtsein verdrängt (74). Wenn diese intellektuellen Kritiker heute beklagen, daß der Sozialstaat aufgrund der 'Passivität des Proletariats' sich zum autoritären Staat zu entwickeln drohe, so sollten sie nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft spätestens seit der Novemberrevolution von der SPD (und seit ihrer Legalisierung zunehmend auch von einer Partei, die sich selbst als kommunistische versteht) auf den bürgerlichen

71 Luxemburg: SOZIALREFORM..., a.a.O.

72 Hier ist wieder auf die schon von Rosa Luxemburg gekennzeichnete Folgerichtigkeit von nichtrevolutionären Rezepten gegen den Kapitalismus hinzuweisen; sie zeigt, wie schon gesagt, am Beispiel Bernsteins, daß der nichtrevolutionäre Weg auch zu einem anderen Ziel, nämlich der Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung mit einigen Verbesserungen führt, wobei man sagen muß, daß diese innere Logik von Habermas sehr flott in die äußere Erscheinung umgesetzt worden ist.

73 Vgl. dagegen z.B. die ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REVOLUTION (Berlin 1929, Nachdruck Frankfurt/Main 1968), in der häufig die eigene Erinnerung der Kämpfenden zu Wort kommt.

74 FU-Projektgruppe DKP/Rabehl: DIE DKP..., a.a.O. S. 154: "Da er (der Reformismus) den monopolkapitalistischen Staat als Garantie der Einführung des Sozialismus in die Gesellschaft verstand, fixierte er die Arbeiter an die demokratische Verfassung, d.h. er erzog sie in der Phase der Krise zur Passivität." In dieser ganzen Schrift wird allerdings nicht recht deutlich, warum der an ihren Folgen richtig kritisierten positiven Fixierung auf den Staat in der Geschichte der Sozialdemokratie eine negative Fixierung auf denselben Staat als einziges politisches Heilmittel entgegenzusetzen sei. So schreibt Rabehl auf Seite 106: "Die revolutionäre Theorie wird zur Aktionsstrategie, die zwar der Widerspruchsebene der kapitalistischen und monopolkapitalistischen Produktion folgt, der Disproportionalität zwischen den industriellen Abteilungen, den Stagnations- und Teilkrisen, dem Prozeß der Auflösung und Bildung der Klassen ...diese latenten oder offenen Gegensätze und Widersprüche aber durch die Aktionen der Klasse zum Ausbruch bringt oder verstärkt. Das verlangt den andauernden Angriff auf die einzelnen staatlichen Organe, die die Aufgabe der Lenkung von gesellschaftlichen Teilbereichen haben (Ausbildung, Erziehung, Gesundheitswesen, Justiz, Polizei, Armee etc.), um die Funktion des Staates zu entlarven und zu verhindern, daß er sich als konterrevolutionäres Machtmittel konsolidiert." (S. 106; Hervorhebung: M/N) Wenn die Widerspruchsebene auf der Ebene der kapitalistischen Produktion zu orten ist, d.h. in bezug auf die Beteiligten: auf der Ebene des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, wird nicht einsichtig, warum die Betroffenen vor allem gegen den kapitalistischen Staat und nicht gegen das Kapital selbst ihre Aktionsstrategie entfalten sollen. Diese negative Fixierung auf den Staat (statt auf das Kapital und erst dadurch vermittelt auf den Staat, der ihm zu helfen versucht) trägt die Gefahr in sich, den richtigen Gegner aus dem Auge zu verlieren. Das zeigt sich z.B. daran, daß die Illusion einer grundsätzlichen Veränderung entsteht, sobald die staatliche Gewaltausübung oberflächlich gemildert wird (Amnestie, Verminderung von Polizei- und Justizterror; überhaupt die Illusionen über die SPD-Regierung). Das zeigt sich auch in den rein politischen Organisationsvorstellungen, die von dieser Staatsvorstellung bestimmt sind und die Notwendigkeit einer Fundierung in 'ökonomischen' Klassenkämpfen höchstens verbal zugestehen. Vgl. dazu auch Teil V.

Staat als den Hauptadressaten ihrer Forderungen gelenkt worden ist, daß ihre Selbsttätigkeit von der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, oft in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, immer wieder unterdrückt worden ist, und nicht zuletzt: daß solches Bewußtsein der Arbeiterschaft (träfe die Beschreibung wirklich zu) auch das Resultat dieser historischen Erfahrung und ihrer theoretischen Bestätigung durch die Arbeit der sozialdemokratischen Theoretiker seit Bernstein ist. Sie fühlen sich von der Arbeiterklasse verlassen und weben doch eifrig an der Legitimierung und Ideologie des bürgerlichen Staates. Die Ideologie vom Sozialstaat und die Unterdrückung der Arbeiterklasse als handelndes Subjekt der Geschichte durch ihre Organisationen hängen in der Geschichte der Arbeiterbewegung eng miteinander zusammen.

Indem der 'Wohlstand für alle' zur Legitimationsbasis der Staatsgewalt und ihrer Institutionen wird, erscheint er als etwas, über das die Staatsgewalt im Verein mit der ökonomisch herrschenden Klasse, der 'Wirtschaft', verfügen kann, das den Massen zu gewähren ist und das umgekehrt die Massen von der Staatsgewalt erwarten und fordern. Die Massen erscheinen hier als fordernde, mit Rechtsansprüchen ausgestattete Objekte staatlicher Daseinsvorsorge, der Staat als gewährendes Subjekt – die 'Güter' fallen sozusagen vom Himmel. Doch eine Gesellschaftstheorie, die wissenschaftlich vorgeht, muß davon ausgehen, daß die Masse der Produkte, bevor sie verteilt werden kann, von denen, an die sie (und zwar nur zum Teil) verteilt wird, von den Massen insgesamt produziert worden sind. Die Massen sind also nicht erst als Behandelte, allenfalls Fordernde in die Theorie einzuführen, sondern bereits als unter bestimmter Form der Produktion arbeitende und produzierende, und das heißt, konkret: vom Kapital angewendete Subjekte, also, oder vielmehr, Objekte des Subjekts Kapital. Und der Staat kann nicht erst als 'Verteiler' –, 'Wohlfahrts' – und 'Sozialstaat' untersucht werden, sondern seine Funktionen müssen unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß die Waren, bevor sie verteilt werden, zunächst einmal produziert werden müssen, daß also der Staat gerade auch als 'Sozialstaat' für den Reproduktionsprozeß des Kapitals aufgrund seiner widersprüchlichen geschichtlichen Entwicklung in bestimmten historischen Entwicklungsstufen jeweils besondere Funktionen übernimmt. Eine marxistische Analyse muß daher die 'Verteilung des Volkseinkommens' als in den Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals eingeschlossenes Moment betrachten und die Funktionen des Staates von da aus zu begreifen suchen.

III. Einkommensverteilung und Kapitalkreislauf

Wir haben gesehen, daß die Verselbständigung der Verteilung der Einkommen als eigenständige Sphäre neben der Produktion, d.h. neben der in dieser vorausgesetzten Verteilung der Produktionsmittel, eine entscheidende theoretische Annahme ist, die in den revisionistischen Staatsauffassungen gemacht werden muß, um grundlegende Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Verteilung der Einkommen begründen zu können. Die Vorstellung vom 'Kuchen des Sozialprodukts' (75),

75 Es handelt sich bei der Kuchenvorstellung um eine äußerst beliebte und populäre Betrachtungsweise, der sich auch die 'Großen' der bürgerlichen Ökonomie gern hingaben. So z.B. Keynes: DIE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN DES FRIEDENSVERTRAGES, München und Leipzig 1921, S. 14: "... Einerseits begnügten sich die arbeitenden Klassen aus Ungewiß-

der nach dem Ergebnis der Kämpfe der Interessenten stückweise und losgelöst von den Produktionsbedingungen verteilt wird, setzt voraus, daß das Kapital, nachdem es die Waren produziert hat, diese der Gesellschaft 'zur freien Verfügung' überläßt, daß es in interesselosem Wohlgefallen dem Kampf der Interessenten um die Kuchenstücke zuschaut und sich damit zufrieden gibt, was ihm seine eigenen Interessenvertreter, also die Kapitalistenverbände (BDI, BdA, DIHT usw.) erkämpfen. Danach besteht keine ökonomische, sondern nur eine politische Verbindung zwischen der kapitalistischen Produktion als Produktion von Waren und Kapital einerseits und der Verteilung der daraus 'entspringenden' Einkommen andererseits.

1. Primärverteilung und staatliche Umverteilung

So einfach allerdings machen es sich die bürgerlichen ökonomischen Verteilungstheorien doch nicht. Nach ihnen ist der Zusammenhang zwischen Verteilung und Umverteilung durchaus ökonomisch bestimmt und nicht nur durch politische Gesetzmäßigkeiten geregelt. Die staatliche Umverteilungspolitik erscheint dabei als s e k u n d ä r e Korrektur der p r i m ä r sich ergebenden Verteilung aufgrund von 'Faktorentlohnungen'. Die nachträgliche Korrektur der primären Verteilung kann nicht mehr willkürlich oder nach den politischen Gesetzen des Machtausgleichs, sondern nur auf der Basis der primär erfolgten Verteilung durchgeführt werden. Die Macht könne, wie Preiser schreibt (76), innerhalb der Primärverteilung nur noch als Bestandteil des 'Datenkranzes' des ökonomischen Systems einwirken, da in den die Verteilung bestimmenden ökonomischen Gesetzen der Einfluß der Macht enthalten sei. Diese Bedeutung der ökonomischen Gesetze bei der Verteilung der Einkommen erscheint in dezidierter Form in den Kreislauftheorien der Verteilung, in denen "die Lohnzahlungen und die Gewinne... die einkommensmäßige Grundlage der Konsum- und Investitionsausgaben (bilden), die wiederum die Erlöse darstellen, aus denen in der nächsten Runde die Löhne gezahlt werden und die Gewinne entstehen." (77) Damit wird die Verteilung tatsächlich als ein Moment in den allgemeinen Kreislaufzusammenhang der Reproduktion gestellt; sie verliert also ihren Charakter als selbständiger und politisch zu manipulierender Vorgang. (78)

heit oder Machtlosigkeit mit einer Lage, in der sie nur ein ganz kleines Stück des Kuchens ihr eigen nennen konnten, den sie, die Natur und die Kapitalisten zusammen herstellten (!) ...Auf der anderen Seite durfte die Kapitalistenklasse den besten Teil des Kuchens ihr eigen nennen..." Und auch heute, in der "modernen Industriegesellschaft", werden von einem Volk von Konditoren Kuchen gebacken: "Dieses Volkseinkommen ist die tatsächliche Wertschöpfung der westdeutschen Volkswirtschaft. Das ist der 'große Kuchen', die Summe, die für Arbeits- und Kapitaleinkommen, für Grundrenten und Staatsausgaben zur Verfügung steht. – Jeder versucht von diesem Kuchen ein möglichst großes Stück zu ergattern..." (Kurt Walter und Arnold Leistico: ANATOMIE DER WIRTSCHAFT – EINE EINFÜHRUNG IN DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Reinbeck bei Hamburg 1969, S. 42. An diesem Buch ist bemerkenswert, daß es (1) im dritten Fernsehprogramm gesendet worden, also doch immerhin breitgetreten worden ist, (2) von dem 'fortschrittlichen' Dr. Gerhard Szcesny herausgegeben wurde, (3) von dem Leiter der Kammergemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern und dem wissenschaftlichen Berater des Generals für das Erziehungs- und Bildungswesen im Heer geschrieben worden ist und (4) im 'linken' Rowohlt-Verlag seinen Verbreiter fand). Um diese Kuchenvorstellung auf die dritte Welt zu übertragen, müßte man zu Grimms Märchen greifen: "Knusper knusperknäuschen, wer knuspert an meim Häuschen? " – "Der Wind, der Wind – das Imperialistengesind'!"

76 Erich Preiser: "Distribution: (I) Theorie", in: HANDWÖRTERBUCH DER SOZIALWISSENSCHAFTEN, Band 2, S. 624. Damit wird von Preiser die Auffassung zu bezeichnen versucht, daß 'Macht' zwar eine politische und soziale Kategorie aber auch ökonomisch relevant sei, da ja die ökonomischen Kategorien und 'reinen' Gesetze die politische und soziale Macht notwendig auch reflektierten. Auf diese formale Weise wird auszudrücken versucht, daß Macht eine 'ökonomische Potenz' ist. Vgl. Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 791/799.

77 Wilhelm Krelle: VERTEILUNGSTHEORIE, Tübingen 1962, S. 110.

78 Es wird hier darauf verzichtet, die verschiedenen Verteilungstypen (personelle, funktionelle, sektorale Verteilung) zu diskutieren (wenn einfach von 'Verteilung' die Rede ist, ist stets 'Verteilung von Einkommen' zu verstehen). Vgl. dazu Erich Preiser, a.a.O., und Leo Kowalski: EINKOMMENSVERWENDUNG, EINKOMMENSVERTEILUNG UND VERMÖGENSVERTEILUNG, Tübingen 1967, wo die neueren Ansätze der bürgerlichen Ökonomie referiert werden. Im vorliegenden Aufsatz geht es nicht um Verteilung an sich, sondern um den Zusammenhang von Verteilung und Kapitalverwertungsprozeß.

Oder anders ausgedrückt: Politische Umverteilungsmaßnahmen haben mit bestimmten angebbaren Gegenwirkungen zu rechnen. Dies drückt sich wiederum politisch als Zielkonflikt aus, da nun die ökonomischen Gegenwirkungen die Verwirklichung anderer politischer Ziele gefährden.

Ein solcher 'Zielkonflikt' zwischen Wachstum und Verteilung stellt sich folgendermaßen dar: Man kann "von einer Untergrenze der Kapitalverzinsung (ausgehen), bis zu der Investition und Beschäftigung gerade noch erhalten bleiben, bei deren Überschreiten jedoch der marktwirtschaftliche Wachstumsprozeß nicht mehr funktioniert. Diese Untergrenze der Kapitalverzinsung ist gleichzeitig die Obergrenze für den Reallohn. Wird die Obergrenze der Kapitalverzinsung, die mit der Untergrenze des Reallohns identisch ist, überschritten, so wird eine 'soziale Revolution' ausgelöst, und das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem bricht zusammen." (79) In solchen politischen Zielkonflikten drücken sich an der Oberfläche die zugrundeliegenden ökonomischen Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital aus, die nun allerdings als die bewegenden Momente dieser Konflikte von der bürgerlichen Ökonomie nicht begriffen werden. So zeigt sich auf der einen Seite ein typischer Unterschied zwischen ökonomischer und politischer Einschätzung staatlicher Einkommensumverteilung. Während die revisionistischen und politologischen Theoretiker eine sehr große staatliche Manipulationsfähigkeit annehmen, sind die nationalökonomischen Theorien grundsätzlich sehr viel skeptischer. Auf der anderen Seite bleiben aber auch die ökonomischen Verteilungstheorien im Anschein staatlicher Manipulierungsfähigkeiten verhaftet. Sie sind deshalb auch lediglich in der Lage, mögliche Zielkonflikte zu beschreiben und Methoden anzugeben, wie bei widersprüchlichen Zielen optimale Verwirklichungskomplexe in der 'rationalen' Wirtschaftspolitik zu gestalten seien. Information über solche Konflikte und Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen widersprüchlichen Zielen erscheinen der bürgerlichen Ökonomie als Methoden, mit Konflikten fertigzuwerden. Voraussetzung für eine solche idealistische Annahme bleibt natürlich, genau wie in den revisionistischen und politologischen Theorien, ein Staat, der sich als übergreifendes Subjekt ökonomischen Bezugssystem konstituiert und wirklich nur der immer weiter verbesserten Informationen (gerade über Konfliktsituationen) und Manipulationsinstrumente bedarf, um der Anforderung an eine rationale Wirtschaftspolitik gerecht werden zu können: "Rationale Politik muß zielbewußt und sachgerecht sein." (80)

Aus der Beobachtung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ergibt sich folglich der Realismus ökonomischer Verteilungstheorien in bezug auf politische Umverteilungsmöglichkeiten. Krelle kommt in seiner "Verteilungstheorie" zu dem desillusionierenden Ergebnis, daß kurzfristige Umverteilungsmaßnahmen innerhalb einer "Marktwirtschaft" aufgrund langfristiger Gegenwirkungen "korrigiert" werden (81). Auch im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Gesundpredigern der kapitalistischen Vermögensverteilung mit Placebos wie der 'Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand' kommt die bürgerliche Ökonomie zu dem konkreten Ergebnis, daß eine Umverteilung durch Vermögensbildung gar nicht möglich ist. Wie Föhl und Hennies das Blatt auch drehen und wenden: als Ergebnis ihrer Abhandlung finden sie wieder das, was bisher durch alle Gutachten bestätigt worden ist: daß eine "echte Umverteilung" des Vermögens nicht zu erreichen ist. (82) Entweder sinken als Folge von Umverteilungsmaßnahmen Einkommen, Beschäftigung und Wachstumsrate, oder es findet Kapitalflucht statt, oder es erfolgt nur eine Umverteilung zwischen "staatlichem Sektor" und "Privatwirtschaft", nicht aber zwischen Kapital und Arbeit, wenn versucht wird, die Vermögens- und Einkommensverteilung zugunsten der Lohnarbeit zu verändern. Kurz gesagt: "Wer hat, dem wird gegeben!" (83) Im Akkumulationsprozeß des Kapitals, und daran kann die bürgerliche Ökono-

79 Georg H. Küster: UNTERSUCHUNGEN ZUR EINKOMMENSVERTEILUNG IM WIRTSCHAFTSWACHSTUM, Berlin 1969, S. 15. Hierbei beruft sich Küster auf Wilhelm Krelle: "Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Wirtschaft", in: W.G. Hoffmann (Hrsg.): EINKOMMENSBILDUNG UND EINKOMMENSVERTEILUNG, Berlin 1957.

80 H. Giersch: ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK, Grundlagen, Wiesbaden 1960, S. 23.

81 "Überblicken wir das Ergebnis (der Verteilungstheorie – Verf.) als Ganzes, so zeigt sich eine ganz unerwartete Stabilität eines marktwirtschaftlichen Systems. Fast alle Änderungen kurzfristiger Art rufen langfristige Gegenwirkungen hervor, die sie wieder rückgängig machen..." (Wilhelm Krelle: VERTEILUNGSTHEORIE... a.a.O., S. 257).

82 Carl Föhl und Manfred Hennies: VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Pfullingen 1966.

83 Carl Föhl: KREISLAUFANALYTISCHE UNTERSUCHUNGEN DER VERMÖGENSBILDUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND DER BEEINFLUSSBARKEIT IHRER VERTEI-

mie nicht vorbei, polarisiert sich auf der einen Seite der gesellschaftlich produzierte Reichtum als privater in Kapitalform und auf der anderen Seite die Armut des Lohnarbeiters, der auch in der 'modernen Industriegesellschaft' immer noch nicht mehr auf den Markt zu tragen hat als seine Arbeitskraft. Wer hat, dem wird gegeben und wer nichts hat, der muß arbeiten, um zu leben, mit der Folge, daß denen, die haben, noch mehr gegeben wird.

Der Realismus allerdings, der in einem solchen Ergebnis liegt, ist nichts anderes als der Realismus des 'gesunden Menschenverstandes', der auch ohne Rückgriff auf ökonomische Zusammenhänge einfach festzustellen in der Lage ist, daß denen, die haben, und nicht denen, die nicht haben, gegeben wird. Daher hört der Realismus der ökonomischen Theorien sofort auf, wenn sie in Empfehlungen für die staatliche Politik ausmünden. Denn wird nicht gerade Vermögensbildung von dem ökonomischen 'Sachverstand' seit Jahren empfohlen (84)? Dies kann man doch schließlich nur, wenn man mit der Möglichkeit einer solchen Umverteilung rechnet. Die Konsequenz aus den ökonomischen Kreislaufbetrachtungen, daß Umverteilung im Kapitalismus längerfristig oder gar dauerhaft eine pure Illusion ist, und die Erkenntnis, daß der im Kapitalismus auf immer erweiterter Stufenleiter wiederhergestellte Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital den für die störungsfreie Erneuerung des Kapitals absolut notwendigen Klassenfrieden gefährdet, geraten in Widerspruch zueinander. Auf zwei Weisen kann sich der bürgerliche Wissenschaftler nun aus der Affäre ziehen: Erstens kann er sich aus dem Entscheidungsprozeß auf staatlicher Ebene zurückziehen und dem politischen Dezisionismus das Feld überlassen, und zweitens kann er Umverteilung von Einkommen und Vermögen vorschlagen, wenn sie "behutsam" (das heißt im Klartext: im Ganzen wirkungslos) vorgehe, und zwar mit dem Ziel, die Lohnarbeiter über ihre wirkliche Lage hinwegzutäuschen. (85)

LUNG, Tübingen 1964, S. 40. Es handelt sich bei dieser Aussage um nichts anderes als eine Verballhornung des Akkumulationsgesetzes. Karl Marx: DAS KAPITAL, Band I, S. 680 f/ 674 f: "Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß... Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert."

84 Vgl. dazu als Beispiel für viele die gesammelten Stellungnahmen der bürgerlichen Wissenschaft in: Georg Leber: VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Wissenschaftliche Beiträge, Dokumentation, Frankfurt/Main 1965, die alle auf das hinauslaufen, was Georg Leber im Vorwort von ihnen erwartet: "Schritte zur Veränderung einer ungerechten und überholten Einkommensstruktur auch auf dem sicheren Boden wissenschaftlicher Erkenntnisse (unternehmen zu können)".

85 Die beiden Autoren, die im HANDWÖRTERBUCH SOZIALWISSENSCHAFTEN die beiden Teile des Artikels zur Distribution geschrieben haben, nämlich Erich Preiser und Gerhard Weisser, polarisieren sich auf den beiden Vorgehensweisen, nach denen sich bürgerliche Wissenschaftler aus der Affäre ziehen: Erich Preiser stellt die Konsequenz in einem Aufsatz gleich dreimal klar: "Wenn wir das Problem (der Vermögensbildung – Verf.) überhaupt diskutieren wollen, so müssen wir also annehmen, beide Parteien (die 'Tarifpartner' – Verf.) seien guten Willens, wobei für die Unternehmer zwar eine Gewinneinbuße, nicht aber eine Existenzgefährdung herauskommen dürfte..." Und: "Die Aussichten der Investivlohnpolitik (bzw. der Vermögenspolitik) sind umso besser (!), je behutsamer sie vorgeht." Erich Preiser: "Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik", abgedruckt in Georg Leber, a.a.O , S. 34, 38, 41. Wie sieht aber 'Behutsamkeit' praktisch aus? Gerhard Weisser: "Distribution: (II) Politik" (in: HdSW, Bd. 2, S. 645) hat eine Antwort: "...Aber die verteilungspolitischen Korrekturen stehen zum Teil in Spannung mit der Kompatibilitätsregel. Extreme Maße dürften zu groß sein, als daß dabei die Marktwirtschaft funktionsfähig bliebe. Wer sich um der optimalen Autonomie der Wirtschaftsteilnehmer willen für eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung entscheidet, muß also irgendwelche Grenzen für die Verteilungskorrekturen anerkennen. Selbstverständlich kann an dieser Stelle nicht versucht werden, diese Grenze generell oder für die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen. Die Wissenschaft dürfte auch in diesem Bereich nicht dahin kommen können, daß der

Der Zielkonflikt enthüllt sich auf diese Weise als innerer Widerspruch der Gesellschaft, der sich im Realismus ökonomischer Verteilungstheorien und in der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Umverteilung gleichermaßen darstellt. Dieser auf theoretischer Ebene reproduzierte gesellschaftliche Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital wird allerdings als bloße Folge von Verhüllungsabsichten nicht auf den Begriff gebracht, sondern seine Verhüllung ist in der Realität kapitalistischer Warenzirkulation selbst verankert. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist Warenproduktion, d. h. es werden Waren für die Zirkulation produziert. In der Zirkulation kann man es der einzelnen Ware nicht ansehen, aus welchen Wertbestandteilen sie sich zusammensetzt; und das heißt: welchen Verteilungsnotwendigkeiten der durch den Verkauf der Waren realisierte Wert unterliegt. Woher stammt aber das Geld, gegen das die Ware ausgetauscht und in dem der Warenpreis realisiert wird? Ein Teil dieses Geldes stammt aus den Händen der Arbeiter, die ihren Lohn im Austausch gegen Waren verausgaben. Hier, in der Zirkulation sind die Arbeiter nur Konsumenten, die mit Geld ausgestattet sind, um deren Kaufkraft die Warenverkäufer, die Unternehmer, konkurieren. Der Lohn erscheint bloß als nachfragewirksames Einkommen, das gegen Waren ausgetauscht wird, denen man ihre Herkunft aus kapitalistischer Produktion und damit ihre Wertzusammensetzung, nämlich daß in ihnen variables Kapital (für den Arbeiter sich darstellend als Lohn), Mehrwert und konstantes Kapital enthalten ist, nicht ansieht. In dieser Sphäre sind die Illusionen von den Verteilungsmöglichkeiten begründet; im Rahmen solcher Illusionen gibt es die Möglichkeit, der als Folge von Umverteilungsmaßnahmen sich ergebenden Kaufkraftumverteilung und deren negativen Auswirkungen staatlichen gegenzusteuern.

Diesen aus dem Zirkulationszusammenhang begründeten Illusionen steht auf der anderen Seite durch die Hereinnahme der Produktionssphäre in die ökonomische Analyse von Verteilungsvorgängen die realistische Einsicht in die engen Grenzen staatlicher Umverteilungsmaßnahmen entgegen. So kommt aufgrund dieses ökonomischen Zusammenhangs von Produktion und Zirkulation der oben bezeichnete Widerspruch zustande. Seine Lösung kann nur in der genauen Analyse der doppelten Funktion jenes Wertteils liegen, der für den Kapitalisten variables Kapital, für den Arbeiter Einkommen (Lohn) ist. (86) Wenn wir dies vereinfacht als 'Doppelcharakter des Lohns' ausdrücken, so können wir sagen: Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist schon in der Kategorie des Lohns enthalten und daher schon in der Verteilungstheorie impliziert, wenn sie die einzelnen Einkommenskategorien (Lohn, Gewinn, Rente) diskutiert, also schon bevor sie sich dem Verhältnis von Löhnen und Gewinnen zuwendet. In den ökonomischen Verteilungstheorien kehren also die beiden Seiten bürgerlicher Kapitalismusanalyse wieder: einerseits wird die kapitalistische Produktion von Waren als einfache Produktion von Gütern aufgefaßt, die wesentlich den natürlichen Bedingungen des industriellen Arbeitsprozesses unterliegt und keine gesellschaftlichen Widersprüche einschließt ('moderne Industriegesellschaft'); andrerseits beruht

---

politischen Praxis das Wagnis abgenommen wird..." (Ähnliche Äußerungen finden sich übrigens auch in der SOZIALENQUETE, a.a.O.) Wie gehabt: Behutsam überläßt der bürgerliche Wissenschaftler das Feld dem Politiker, wohl wissend, daß nun die Funktionsfähigkeit der 'Marktwirtschaft' sicherlich erhalten bleibt.
Daß das eigentliche Ziel der Vermögenspolitik die Befriedung der Lohnarbeiter ist, wird von zahllosen Vertretern "unserer demokratischen Ordnung" unverhüllt ausgesprochen, vgl. z.B. Georg Leber, nach dem sie die Aufgabe hat, "Freiheit und Eigentum als tragende Elemente unserer demokratischen Ordnung zu sichern..." (Leber, "Die Gretchenfrage ist gestellt", in: DIE ZEIT, 2.10.1964, abgedruckt in ders., VERMÖGENSBILDUNG IN ARBEITNEHMERHAND, Dokumentation Bd. 2, Frankfurt/Main 1965, S. 63). Weitere Äußerungen dieser Art bei E. Altvater: "Gewerkschaften und Vermögenspolitik", in: HEIDELBERGER BLÄTTER Nr. 12/13, April-Oktober 1968, S. 61 ff, und bei W. Müller: "Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft", in: DER CDU-STAAT, hrsg. Nedelmann/Schäfer, Frankfurt 1969[2].

86 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 940/890: "Die sogenannten Verteilungsverhältnisse entsprechen also, und entspringen aus historisch bestimmten, spezifisch gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses und der Verhältnisse, welche die Menschen im Reproduktionsprozeß ihres menschlichen Lebens untereinander eingehn. Der historische Charakter dieser Verteilungsverhältnisse ist der historische Charakter der Produktionsverhältnisse, wovon sie nur eine Seite ausdrücken. Die kapitalistische Verteilung ist verschieden von den Verteilungsformen, die aus andren Produktionsweisen entspringen, und jede Verteilungsform verschwindet mit der bestimmten Form der Produktion, der sie entstammt und entspricht."

ihre Theorie wesentlich auf der Zirkulation der Waren und Geldeinkommen ('Güter- und Geldströme'); dadurch erhält sie einen Eindruck von den Rückwirkungen der Widersprüche innerhalb der Produktionssphäre, wie sie sich in den Zirkulationsbewegungen manifestieren. Nur in dieser verkehrten Form ist sie fähig, richtige Voraussagen über die Schranken von Umverteilungsmaßnahmen auf der Ebene von Einkommen zu machen. Soll die bürgerliche Wissenschaft aber sachverständige Empfehlungen erteilen, so wird sie sich auf Behutsamkeit oder auf politische Dezisionismus zurückziehen müssen. Der Widerspruch in den ökonomischen Verteilungstheorien ist in der kapitalistischen Wirklichkeit selbst verankert.

Der Schlüssel zur Aufdeckung der Verteilungsverhältnisse auf der Ebene der 'Einkommen' liegt in der Analyse der historisch gesellschaftlichen Bestimmtheit der Verteilungsverhältnisse auf der Ebene der Produktion, also in der Analyse des Kapitalverhältnisses, (87) wo die Produktionsmittel als Kapital der 'freien', nämlich von Produktionsmitteln freien Lohnarbeit gegenübertreten. Wir müssen also der Frage nachgehen: Wie sieht der Zusammenhang beider Verteilungsverhältnisse aus? Inwiefern ist das eine bloß ein Moment des anderen? Hier kann diese Frage nur in Umrissen beantwortet werden; in ihrer ausführlichen Gestalt wäre sie Kern der Analyse des Kapitals und der von ihm produzierten Fetische sowie der ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen in der ökonomischen Theorie.

2. Netto- und Bruttosozialprodukt: Volkseinkommen und Kapitalerhaltung

In der bürgerlichen Theorie stellt die Summe der verschiedenen Einkommensarten ('Einkommen aus unselbständiger Arbeit'; 'Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen') das 'Volkseinkommen' dar. (88) Danach entspricht das Volkseinkommen der Gesamtheit der Kosten für die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital, die im Verlauf eines Jahres von den Unternehmen aufgewendet worden sind. Daher wird auch das Volkseinkommen dem Nettosozialprodukt zu Faktorkosten gleichgesetzt. Was für die Unternehmer Kosten sind, stellt sich demnach in gleicher Höhe für die 'Besitzer der Produktionsfaktoren' als Einkommensstrom dar. (89) Der geleisteten Arbeit entspringt der Arbeitslohn, dem zur Verfügung gestellten Boden die Grundrente (Pacht und z.T. Mieten) und dem Kapital der Profit. Gegenstand der funktionellen Verteilungstheorie ist demzufolge auch "die Verteilung des Volkseinkommens auf die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden, Kapital, denen die Einkommensarten Lohn, Grundrente und Profit entsprechend ihrem produktiven Beitrag und ihrer wirtschaftlichen Macht zufließen." (90) Monsieur le Capital und Madame la Terre (91) treten also in den bürgerlichen Theorien immer noch, ungeachtet aller Modernisierungsversuche, in schöner Eintracht mit 'der' Arbeit als die Schöpfer des 'Reichtums der Nation' auf. Was als Volkseinkommen in der Hand der Besitzer dieser 'Faktoren' gezählt wird, erscheint in den Unternehmen als volkswirtschaftliche Wertschöpfung. Dem Volkseinkommen als der Summe aller Wertschöpfung entspricht das Nettosozialprodukt (zu Faktorkosten) als der Summe von Konsumtion und Nettoinvestitionen.

87 Vgl. im II. Band des KAPITAL insbes. S. 443 ff/437 ff.

88 Von der durch die spezifischen Formen staatlicher Verteilertätigkeit infolge der Erhebung indirekter Steuern und der Zahlung von Subventionen bedingten statistischen Unterscheidung von Nettosozialprodukt zu Marktpreisen und Volkseinkommen wird hier abgesehen, da dies für den Gang der Argumentation nicht von Bedeutung ist.

89 "Das Entgelt für die in Unternehmungen erbrachten Faktorleistungen stellt für die Empfänger ('Faktorhaushalte') Einkommen dar." A. Paulsen: VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Bd. III, Berlin 1965, S. 9.

90 Dr. Gablers WIRTSCHAFTSLEXIKON, Taschenbuchausgabe, Band 6, Frankfurt/Main 1969, Spalte 2955.

91 "Im Kapital – Profit oder noch besser Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere, und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben." Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 884/838.

Bis hierher haben wir es nur mit den Definitionen der bürgerlichen Ökonomie zu tun. In ihnen werden die Einkommen, da sie allesamt 'Leistungen' der drei 'Produktionsfaktoren' entspringen, gleichgesetzt. Bei näherem Hinsehen entdecken wir allerdings in dieser Gleichsetzung einen Zirkelschluß. Dieser Zirkelschluß resultiert aus der doppelten Betrachtung der Einkommen, nämlich einmal von ihrem 'Bezieher' her, und zum zweiten von ihrem 'Schöpfungsprozeß' her. Alle Einkommen werden ja in den Produktionsstätten der Volkswirtschaft geschöpft. Sie sind demnach in erster Instanz bloße Einkommen. Erst danach werden sie auf verschiedene 'Beziehergruppen' verteilt: Arbeiter – Lohn; Kapitalisten – Gewinn. Dies ist zunächst die offensichtliche Tatsache in der kapitalistischen Wirtsch-ft (von der Bodenrente wollen wir hier absehen). Was wird aber daraus gefolgert? Das Kapital ist produktiv, weil es ein Einkommen erhält und es erhält ein Einkommen, weil es produktiv ist. Alle weitere Begründung wird lediglich zur Vervollkommnung dieser Tautologie, sei es mit Hilfe der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung oder irgendeiner anderen theoretischen Variante. (92) Es bietet sich daher als Vorgehensweise die Betrachtung dieses Zirkels nach seinen beiden Seiten hin an; nach der Seite der 'Wertschöpfung' und nach der Seite des 'Bezugs von Einkommen'.

Wenden wir uns zunächst der Seite der Wertschöpfung zu, d.h. der Frage, in welchen Formen die Begründung der Annahme von der Produktivität des Kapitals liegt. Das Grundproblem besteht darin, daß die zu verteilenden Werte produziert werden müssen, bevor sie überhaupt irgendwelchen 'Faktoren' als Einkommen zugerechnet werden können; daher muß auch die Analyse der Verteilung beim Produktionsprozeß beginnen. Dieser Produktionsprozeß ist in seiner kapitalistischen Form von doppeltem Charakter, d.h. zugleich Arbeits- und Verwertungsprozeß. Die erzeugten Produkte sind für den kapitalistischen Leiter des Produktionsprozesses nur insoweit allerdings von Bedeutung, als sie als Gebrauchswerte auch Träger von Wert sind, d.h. auf dem Markt gegen Geld ausgetauscht werden können. Als zusätzliche Bestimmung muß nun aber noch hinzutreten, daß der Kapitalist das von ihm für den Produktionsprozeß vorgeschossene Kapital und einen Überschuß darüber hinaus zurückerhält. Da dieser Überschuß nicht aus dem Warenaustausch stammen kann – der Überschuß, den der Verkäufer erhält, ist ein Abzug beim Käufer; und da jeder sowohl als Käufer als auch als Verkäufer auftritt, saldieren sich Überschüsse und Abzüge zu null –, muß er im Produktionsprozeß selbst produziert worden sein. Die Frage ist nun, auf welche Weise. Die Antwort der bürgerlichen Ökonomie ist eindeutig: durch die produktiven Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden. Sie stützt sich dabei auf die Tatsache, die bei oberflächlichster Betrachtung irgendeines Betriebes zutagetritt: daß Grund und Boden, Maschinen, Arbeiter zur Produktion von Waren kombiniert sind. Die natürlichen Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses, daß Arbeit nur in Kombination mit Produktionsmitteln, bei historisch gegebenem technischem Entwicklungsstand, produzieren kann, werden in die Theorie umgemünzt, daß infolgedessen den beteiligten Faktoren 'Einkommen' zufließen muß. Dabei wird von der bürgerlichen Ökonomie nicht beachtet, daß durch diese Art der Faktorenkombination zwar Produkte entstehen, aber noch lange nicht ein kapitalistischer Produktionsprozeß, dessen Ergebnis in Waren, und – wenn der Verkauf der Waren gelingt – in Geld besteht. Zum zweiten fällt bei dieser Betrachtungsweise unter den Tisch, daß Maschinen und Rohstoffe sich nicht von selbst in neue Produkte verwandeln – und dies ist ja der Sinn des Produktionsprozesses –, sondern als unnütze Dinge liegenbleiben, werden sie nicht von der lebendigen Arbeit in Bewegung gesetzt und verwandelt. Demgegenüber hat die Betriebswirtschaftslehre, die sich intensiv mit dem Produktionsprozeß selbst befaßt, immerhin einen wenn auch verschwommenen Begriff vom Doppelcharakter des Produktionsprozesses, wenn sie zwischen Betrieb und Unternehmung, zwischen Produktivität (im technischen Sinne) und Rentabilität (im Sinne der Verwertung des eingesetzten Kapitals) unterscheidet. Dies alles fällt aber aus der Produktionsfaktorentheorie heraus (oder wird noch um einige Grade unschärfer reflektiert, wenn nämlich bei der Untersuchung 'optimaler Faktorkombinationen' deren technisches Verhältnis wie auch deren Preisrelation auf der gleichen Ebene behandelt werden).

Betrachten wir zuerst den vom Kapitalisten vorgeschossenen Kapitalteil. Er wird verausgabt zum Kauf von Produktionsmitteln (Maschinen, Rohstoffe usw.) und zum Kauf der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Wie alle Waren wird auch der Wert der Ware Arbeitskraft (im Durchschnitt, über einen Zyklus hinweg, jedenfalls) vom Arbeiter realisiert, also vom Kapitalisten bezahlt wer-

92 Vgl. zur Darstellung dieser Theorien Erich Preiser: "Distribution: (I) Theorie", a.a.O.

den müssen. Der Arbeiter "realisiert ihren Tauschwert und veräußert ihren Gebrauchswert". (93) Dieser Gebrauchswert der Arbeitskraft, die Arbeit selbst, aber gehört nun nicht mehr dem Arbeiter, sondern dem Kapitalisten, der ihn gekauft hat; folglich gehört dem Kapitalisten auch das Ergebnis der Anwendung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft des Arbeiters. Aufgrund der Tatsache, daß z.B. "ein halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten", ist die Bedingung erfüllt, die Mehrwertproduktion überhaupt erst möglich macht: "Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedne Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte. Ihre nützliche Eigenschaft, Garn oder Stiefel zu machen, war nur eine conditio sine qua non, weil Arbeit in nützlicher Form verausgabt werden muß, um Wert zu bilden. Was aber entschied, war der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert als sie selbst hat..." (94) Nun erfolgt zwar die Wertbildung bei der Kombination von Produktionsmitteln mit der Arbeit, aber die "verschiednen Faktoren des Arbeitsprozesses nehmen verschiednen Anteil an der Bildung des Produktenwerts." (95) Während der Wert der Produktionsmittel im Arbeitsprozeß lediglich erhalten wird durch die bloße Übertragung des Werts auf den Wert des gerade produzierten Produkts,"bildet jedes Moment ihrer (der Arbeitskraft – Verf.) Bewegung zusätzlichen Wert, Neuwert." (96) Es ist also nicht so, daß in der Arbeit zuerst der Wert der Produktionsmittel übertragen, und dann erst der Neuwert gebildet wird, sondern dies geschieht zugleich, vermöge des Doppelcharakters der Arbeit als konkreter, nützlicher und abstrakter, wertbildender. Denn soll die Arbeit ihre wertbildende Kraft wirklich entfalten können, dann muß sie zugleich konkret, als Verausgabung konkreter Qualifikationen des Arbeiters und unter konkreter Verwendung der Produktionsmittel verrichtet werden. So wird notwendig im Wertbildungsprozeß durch den dabei erfolgenden Gebrauch der Produktionsmittel deren Wert auf das Produkt übertragen. "Der Arbeiter kann neue Arbeit nicht zusetzen, also nicht neuen Wert schaffen, ohne alte Werte zu erhalten, denn er muß die Arbeit immer in bestimmter nützlicher Form zusetzen, und er kann sie nicht in nützlicher Form zusetzen, ohne Produkte zu Produktionsmitteln eines neuen Produkts zu machen, und dadurch ihren Wert auf das neue Produkt zu übertragen. Es ist also eine Naturgabe der sich betätigenden Arbeitskraft, der lebendigen Arbeit, Wert zu erhalten, indem sie Wert zusetzt..." (97)

Der Kapitalist muß Kapital sowohl für den Ankauf der Arbeitskraft als auch der Produktionsmittel vorschießen. Der Teil des vorgeschossenen Kapitals, dessen Wert lediglich übertragen, nicht aber größenmäßig verändert wird, wird von Marx konstantes Kapital (c) genannt; im Gegensatz zu dem für Arbeitskraft verauslagten Kapital, das seinen Wert im Produktionsprozeß sehr wohl verändert und variables Kapital (v) genannt wird. Während der Kapitalist also c+v für den Produktionsprozeß vorschießt, kommt am Ende Ware heraus, deren Gesamtwert größer als c+v ist, nämlich c+v+m, wobei m den im Verwertungsprozeß vom Arbeiter produzierten Mehrwert vorstellt. Die im Produktionsprozeß geschaffenen Werte, und von dieser Problemstellung sind wir ausgegangen, sind Produkt der lebendigen Arbeit. Die 'produktive Funktion' des Kapitals besteht lediglich darin, Arbeitskraft und Produktionsmittel anzukaufen, um beide im Arbeitsprozeß zu kombinieren, damit Werte und vor allem Mehrwert, also ein Überschuß über den Kapitalvorschuß, produziert werde.

Wenn in der Produktionsfaktorentheorie dem toten Kapital und der lebendigen Arbeit gleichermaßen produktive Kraft zugesprochen wird, so eben auch deshalb, weil in der Tat der von allen Produktionsmitteln entblößte Arbeiter darauf angewiesen ist, daß der Kapitalist seine Ware Arbeitskraft kauft und sie mit dem toten Kapital, den Produktionsmitteln kombiniert, will er überhaupt produktiv tätig werden. Auf Grund der antagonistischen Verteilungsverhältnisse – dem Kapitali-

93 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I. S. 202/208.
94 Ebenda.
95 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 207/214.
96 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 216/223.
97 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 215/221.

sten gehören die Produktionsmittel, dem Arbeiter seine Arbeitskraft – (98) entsteht der Schein, als sei die Arbeit eine produktive Kraft neben anderen: neben Boden und Kapital. Zwar kann der Kapitalist keine Waren produzieren ohne den Arbeiter, aber auch der Arbeiter ist zu produktiver Tätigkeit unfähig, stellt ihn der Kapitalist nicht an seine Produktionsmittel. Und es ist auch deutlich geworden, daß der in Produktionsmitteln angelegte Kapitalwert durchaus nicht wertbildend ist, sondern nur im Arbeitsprozeß als Wert auf das Produkt übertragen wird. "Eine Maschine, die nicht im Arbeitsprozeß dient, ist nutzlos. Außerdem verfällt sie der zerstörenden Gewalt des natürlichen Stoffwechsels. Das Eisen verrostet, das Holz verfault. ... Die lebendige Arbeit muß diese Dinge ergreifen, sie von den Toten erwecken, sie aus nur möglichen in wirkliche und wirkende Gebrauchswerte verwandeln. Vom Feuer der Arbeit beleckt, als Leiber derselben angeeignet, zu ihren begriffs- und berufsmäßigen Funktionen im Prozeß begeistert, werden sie zwar auch verzehrt, aber zweckvoll, als Bildungselemente neuer Gebrauchswerte, neuer Produkte..." (99)"Diese Naturkraft der Arbeit erscheint als Selbsterhaltungskraft des Kapitals, dem sie einverleibt ist, ganz wie ihre gesellschaftlichen Produktivkräfte als seine Eigenschaften, und wie die beständige Aneignung der Mehrarbeit durch den Kapitalisten als beständige Selbstverwertung des Kapitals. Alle Kräfte der Arbeit projektieren sich als Kräfte des Kapitals..." (100)

Indem das Geheimnis der Wert- und Mehrwertbildung aufgedeckt wird, wird zugleich auch gezeigt, warum sich dies notwendig verkehrt darstellt, nämlich als 'produktiver Beitrag des Faktors Kapital' zum Wertschöpfungsprozeß. Die Bestandteile des jeweiligen Neuwerts – d.h. des Produktenwerts (c+v+m) abzüglich des bloß übertragenen Wertteils c – erscheinen demnach im bürgerlichen Bewußtsein als Beiträge der 'Faktoren' und werden in unbewußter Verhüllung als 'Volks'einkommen (101) bezeichnet. Daß die Wertschöpfung alleiniges Resultat der Arbeit ist, entgeht diesem Klassenbewußtsein, das eben nicht allein aufgrund 'ökonomischer Interessen' sich konstituiert, sondern durch die besondere Form der Produktion selbst.

Nachdem wir also den oben bezeichneten Zirkelschluß von der 'Wertschöpfungsseite' her betrachtet haben, wollen wir ihn jetzt von der 'Einkommenseite' her untersuchen. Wenn nämlich die Naturkraft der Arbeit im Produktionsprozeß als Selbsterhaltungskraft des Kapitals erscheint (und diesem zudem die Fähigkeit zur 'Einkommensschöpfung' zugesprochen wird), so wird zu analysieren sein, wie die Gratisgabe der lebendigen Arbeit auf der Ebene der Einkommen erscheint und wie die Erfahrung solcher Erscheinungen von der bürgerlichen Ökonomie verallgemeinert und 'wissenschaftlich' systematisiert wird.

Der Kapitalist zeichnet sich gegenüber dem Arbeiter dadurch aus, daß er über die Produktionsmittel verfügt, mit denen allein der Arbeiter unter den gegenwärtigen technologischen Bedingungen zu produzieren vermag. Sie sind innerhalb des Gesamtkapitals (102) also ein wichtiger Aktivposten,

98 "Allerdings kann gesagt werden, daß das Kapital... selbst schon eine Verteilung voraussetzt: die Expropriation der Arbeiter von den Arbeitsbedingungen, die Konzentration dieser Bedingungen in den Händen einer Minorität von Individuen..." Diese Verteilungsverhältnisse "bestimmen den ganzen Charakter und die ganze Bewegung der Produktion." Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. III, S. 935/886.
99 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 191/198.
100 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. I, S. 637 f/633 f.
101 Um der Illusion vorzubeugen, v+m sei der marxistische Audruck für die bürgerliche Kategorie 'Volkseinkommen', sei darauf hingewiesen, daß die bürgerliche Statistik und Theorie alles als Einkommen zählt, was irgendeiner natürlichen oder juristischen Person zufließt. In v+m ist jedoch nur der neu geschaffene Jahreswert bezeichnet, der statistisch schon dadurch aufgebläht werden kann, daß die Lohn- und Gewinneinkommen gezählt werden und diesen die Beamteneinkommen hinzugefügt werden, obwohl der Anteil des Staates aus v+m stammt. Zu diesem Problemkreis, der so schwierige Komplexe wie das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit enthält, wäre eine eigenständige Arbeit notwendig. An dieser Stelle sei daher lediglich darauf verwiesen, daß es nicht möglich ist, einfach für 'Volkseinkommen' v+m zu setzen.
102 Das Gesamtkapital des Kapitalisten schließt auch den für den Ankauf der Arbeitskraft verausgabten Teil ein. Auch die Käufe von Rohstoffen, Hilfsstoffen usw. stellen Verausgabung von Geldkapital und seinen Formwechsel in Produktivkapital dar. Der Unterschied zwischen dem länger als eine Produktionsperiode fungierenden Produktivkapital und dem anderen, nur

dessen kontinuierliche Erhaltung und Ausdehnung für den Kapitalisten lebenswichtig ist. Für die Produktionsmittel gilt genau wie für die anderen Teile des konstanten Kapitals (Rohstoffe, Hilfsstoffe usw.), daß ihr Wert im Arbeitsprozeß lediglich übertragen wird, daß sie zwar ganz in den Arbeitsprozeß eingehen (der Arbeiter arbeitet immer mit der ganzen Maschine), aber nur zum Teil in den Verwertungsprozeß eingehen, nämlich nur mit dem Teil, der anteilig im Arbeitsprozeß verschlissen wird durch den Gebrauch des Produktionsmittels. Dieser Teil wird nun aus Gründen der Kapitalerhaltung in Gestalt der Abschreibungen zuerst einmal in Abzug gebracht.

Vom Nettosozialprodukt bzw. dem größengleich gesetzten Volkseinkommen unterscheidet sich – innerhalb der bürgerlichen Kategorienbildung – das Bruttosozialprodukt in diesem entscheidenden Punkt. Es schließt auch die Summe der Abschreibungen ein, die den Wert des Verschleißes der dauerhaften (länger als eine Produktionsperiode, d.h. ein Jahr, gebrauchten) Produktionsmittel während eines Jahres ausdrücken. Die Abschreibungen sind daher auch gleich der Summe aller Ersatzinvestitionen in einem Jahr, die dazu dienen, das fixe Kapital, die kapitalistische Gestalt der dauerhaften Produktionsmittel, zu erhalten. Während also das Nettosozialprodukt nur den während eines Jahres neu geschaffenen Wert umschreibt, schließt das Bruttosozialprodukt auch die 'Kosten' ein, die im Verlauf des Jahres zur Erneuerung des im Produktionsprozeß verbrauchten Anlagekapitals entstehen. Anders ausgedrückt: Das Nettosozialprodukt, das schließlich als Volkseinkommen verteilt wird, enthält nicht die Aufwendungen zur Erneuerung des verbrauchten fixen Kapitalteils. Im bürgerlichen Begriff der jährlichen Wertschöpfung als Resultat der 'Leistung der drei Faktoren' ist der Wert der abgenutzten und ersetzten Produktionsmittel nicht enthalten, obwohl doch auch dieser Wert produziert werden muß. Und jeder Kapitalist, der Produktionsmittel produziert, weiß erstens gar nicht, ob diese für den Kapitalersatz oder für die Kapitalakkumulation verwendet werden, und zweitens würde er die Produktion sehr bald einstellen, wenn dabei nicht auch Werte 'geschaffen' würden. Während als Schöpfer des Nettosozialprodukts und des Volkseinkommens die drei Produktionsfaktoren erscheinen, wird die Erzeugung des Ersatzes der verbrauchten Produktionsmittel aber als quasi-naturbedingte Begleiterscheinung des Produktionsprozesses vorausgesetzt. Die Gratisgabe der Arbeit, 'Wert zu erhalten, indem sie Wert zusetzt', wird in der bürgerlichen Theorie reflektiert, indem diese Gratisgabe tatsächlich nicht im Volkseinkommen, im Nettosozialprodukt aufgeführt wird.

Seinen Ausdruck findet dies in den Definitionen des Kapitals, der Investitionen und des Einkommens innerhalb der bürgerlichen Ökonomie. Von A.C. Pigou, dessen Bedeutung als einer der Väter der Wohlfahrtsökonomie auch heute noch unbestritten ist, wird das Kapital einem See verglichen, "in den eine mannigfaltige Vielzahl von Dingen, die die Früchte von Ersparnis sind, kontinuierlich hineingeworfen werden. Wenn diese Dinge einmal in den See gelangt sind, überleben sie dort für verschiedene Perioden, ganz entsprechend ihrer jeweils verschiedenen Natur und dem jeweiligen Schicksal, das sie erleiden." (103) Aber alles, was in den See hineinfließt, verläßt ihn auch wieder. Um nun den 'Wasserspiegel' zu halten, müssen folglich die Zuflüsse zum Kapitalsee eine bestimmte Größe haben. Sie müssen mindestens so groß sein, wie die Abflüsse, wie der Verbrauch von Kapital. Was aber ist Kapitalverbrauch? Pigou rechnet dazu nur "die gewöhnliche Abnutzung, der Maschinen und Fabrikgebäude im Prozeß ihres Funktionierens unterliegen." (104) Die Notwendigkeit

kurzfristig vorzuschießenden Kapitalteil ist für den fungierenden Kapitalisten von großer praktischer Bedeutung und drängt daher zur begrifflichen Fixierung in den Kategorien des fixen und des zirkulierenden Kapitals. Diese Unterscheidung entspricht ungefähr der Unterscheidung von Anlage- und Umlaufvermögen in der Betriebswirtschaftslehre. Dagegen spielen die Kategorien des konstanten und variablen Kapitals keine solche praktische Rolle und tauchen folglich auch in der bürgerlichen Ökonomie nicht auf. Sie können es auch nicht, da sie den Klassencharakter der kapitalistischen Produktion aussprechen, nämlich die Produktion des Mehrwerts.

103 A.C. Pigou: THE ECONOMICS OF WELFARE, London 1932, repr. 1960, S. 43 (Übersetzung d. Verf.).

104 A.C. Pigou, a.a.O.; vgl. S. 46: "Maintenance of capital intact in our sense is thus equivalent to maintenance in an absolute sense save only that provision must not be made against destruction by 'act of God or the King's enemies.'" So etwas schrieb Pigou im Jahre 1932, als Kapitaldestruktion größten Ausmaßes im Verlauf der Weltwirtschaftskrise stattfand. Aber wahrscheinlich war die Wirtschaftskrise ein vom lieben Gott und dem Proletariat in unheiliger Allianz angezettelter 'Notstand'.

der Erhaltung des Kapitals wird mit der Überlegung begründet, daß im Falle der Nicht-Ersetzung des 'abfließenden' Kapitals nicht nur der Kapitalstrom selbst nach und nach versickern und der See austrocknen würde. "Vielmehr wird an diesem Ereignis die Menschheit kein Interesse mehr nehmen, da dem Abgang der letzten Kapitaleinheit ganz sicherlich der Abtritt des 'letzten Menschen' vorhergegangen sein wird." (105) Daher, so schlußfolgert Pigou, muß erst einmal der Wert zum Ersatz des 'abgeflossenen' Kapitals in Abzug gebracht werden, bevor die "national dividend" an die Produktionsfaktoren verteilt werden kann. Zur Verteilung steht also nur das Volkseinkommen, nicht aber das Bruttosozialprodukt. Das Bruttosozialprodukt wird verwendet, aber nicht verteilt. So kann es kommen, daß im Jahre 1968 in der BRD zwar 404,91 Mrd. DM v e r t e i l t werden konnten, aber 530,80 Mrd. DM v e r w e n d e t worden sind.

Vor jeder Verteilung von 'Einkommen' aufgrund spezifischer 'Leistungen' der einzelnen Faktoren (106) findet die Reproduktion des verbrauchten, in Produktionsmitteln ausgelegten Kapitals statt. Das Kapital hat also das Recht, zumindest mit ungeschmälerter Substanz aus jeder Produktionsrunde hervorzugehen. (107) Nur das was darüber hinausgeht, kann daher als "Wohlfahrtssteigerung" bestimmt werden. "Das Sozialeinkommen (oder Sozialprodukt) ist definitionsgemäß der Nettoausstoß einer Wirtschaft. Aber 'netto' hat zwei unvermeidliche Implikationen. Die eine ist die, daß das Kapital funktionsfähig bleibt. Die zweite ist die, daß 'Kapital' klar von Endprodukten unterschieden werden kann, so daß die Konsumtion von Produkten im Verlauf eines Jahres in letzter Verwendung nicht mit Konsumtion innerhalb des Produktionsprozesses verwechselt werden kann. Definitionsgemäß ist dann das Sozialeinkommen ein Maß des Ausstoßes des gesamten Nettoausstoßes und nicht der letzten Verwendung oder irgendeiner anderen größeren oder kleineren Summe. ... Wir müssen in Begriffen der gegenwärtigen Wohlfahrt auch solche Teile bewerten, die einen Nettozuwachs zum Kapital des Landes repräsentieren..." (108) Nur das Nettoergebnis der Jahresarbeit dient der Wohlfahrt. Da jedoch auch die verbrauchten Produktionsmittel produziert werden müssen, wird auf diese Weise eine Zweiteilung der Jahresarbeit einer konkreten Gesellschaft vorgenommen. Der Teil der Arbeit, der dazu verwendet wird, das verbrauchte Kapital zu ersetzen, steigert die Wohlfahrt nicht. Der andere Teil der Jahresarbeit jedoch, der Konsumtionsmittel und Nettoinvestitionsmittel herstellt, dient gerade diesem Zweck. Das Kapital kann nach dieser Kategorienbildung also verlangen, erst einmal seinen Anspruch auf Ewigkeit befriedigt zu bekommen, seinen Anspruch, ewig wie die Natur (aus der daher Pigou und Samuelson ihre Analogien beziehen) nicht nur zu gelten, sondern auch zu sein. Die Erhaltung der A r b e i t jedoch figuriert bereits unter der Konsumtion in der Kategorie des 'Sozialeinkommens'.

So erweist sich die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettosozialprodukt nicht nur als eine statistisch-technische, sondern als die Form, in der die Gratisproduktivkraft der Arbeit, im Prozeß der Neuwertbildung den Wert der Produktionsmittel durch Übertragung auf das Produkt zu erhalten, als Natureigenschaft des Kapitals zurückgespiegelt wird. Gleichzeitig bedingt diese Unterscheidung, daß der Verteilung des Nettosozialprodukts zuerst einmal die Kapitalerhaltung vorausgesetzt wird. So wird in jedem Produktionsprozeß zunächst einmal die einfache Reproduktion sichergestellt, die daher auch logisch der erweiterten Reproduktion vorangeht (weshalb von Marx am Ende des 2. Bandes des 'Kapital' auch die einfache und die erweiterte Reproduktion getrennt dargestellt

105 A.C. Pigou, a.a.O., S. 49.

106 "Die Unternehmerleistung besteht in der faktischen Leistung des Unternehmens (!) und – jedenfalls in einem Familienbetrieb (!) – in der Bereitstellung von Kapital, Grundstücken und Gebäuden..." Aus Walter und Leisticos Schatzkästlein, S. 44, vgl. oben Anm. 75.

107 Daß die gesellschaftliche und historische Bedingtheit dieser Prozesse absolut nicht in den mit bürgerlichen Vorstellungen gefüllten Kopf gehen kann und folglich als Naturnotwendigkeit ihm erscheinen muß, macht auch der große Paul A. Samuelson (VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Bd. I, Köln 1967, S. 242) deutlich: "Was würde man von einem Statistiker halten, der das Bevölkerungswachstum schätzt, ohne dabei die Todesfälle in Rechnung zu stellen? Sicherlich nicht allzu viel. Denn zählte er nur die Geburten zusammen, ohne die Sterbefälle abzuziehen, käme er zu übertriebenen Vorstellungen, was die Nettozunahme der Bevölkerung betrifft. Dasselbe gilt aber auch von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Auch ihre Nettoveränderung ergibt sich aus Kapitalgeburt (!) und -tod (!) (in diesem Falle Abschreibung)...".

108 Simon Kuznets: "On the Valuation of Social Income – Reflections on Professor Hicks Article", Part I, in: ECONOMICA, N.S., Vol. XV, 1948, S. 13. Kuznets gilt als einer der führenden Einkommenstheoretiker in der bürgerlichen Ökonomie. (Übersetzung d. Verf.)

werden). Erstes Resultat des Produktionsprozesses, wie es sich in dieser Unterscheidung herstellt, ist die Reproduktion des Kapitals; zweites Resultat ist das Nebeneinander von Lohn und Kapitaleinkommen; das eine dient der Reproduktion der lebendigen Arbeitskraft – womit die Reproduktion der beiden Seiten des Kapitalverhältnisses, des Kapitals und der Lohnarbeit vollendet ist –, das andere dient der ständigen Erweiterung der Kapitalproduktion, der Akkumulation. Dies alles erscheint nun aber als 'Selbstverständlichkeit', die nur noch technische Probleme der Abgrenzung zwischen 'brutto' und 'netto' aufwirft – womit denn auch die nationalökonomischen Lehrbücher vollgestopft werden. (109)

Die Gratisgabe der Arbeit, im Prozeß der Wertbildung auch den Wert des konstanten Kapitals zu erhalten, was auf der Ebene der Wertbildung als Selbsterhaltungskraft des Kapitals erscheint, drückt sich also auf der Ebene des Bezugs der Einkommen als aller Einkommensverteilung vorausgehender Ersatz des verbrauchten Kapitals aus.

Daß die Unterscheidung von Brutto- und Nettosozialprodukt nicht eine bloß technische, sondern von fundamentaler Bedeutung ist, wenn es um den Konjunkturzyklus geht, wird nun allerdings wieder in die bürgerliche Ökonomie hereingenommen. In der Keynes'schen Theorie spielt bekanntlich die Konsumneigung ("propensity to consume") eine entscheidende Rolle für die kurzfristige Höhe von Einkommen und Beschäftigung. Je mehr die Konsumenten aus ihrem Einkommen konsumieren, desto größer die effektive Nachfrage, desto besser die Auftragslage, desto größer auch die Beschäftigung und folglich das Gesamteinkommen – so lautet verkürzt die Argumentationskette. Wenn nun aber nur aus dem N e t t o sozialprodukt, dem 'Volks'einkommen konsumiert werden kann, dann gewinnt plötzlich die Größe der Ersatzinvestitionen zur Wiederherstellung der verbrauchten dauerhaften Produktionsmittel höchste Bedeutung. Denn nun hängt der tatsächliche Konsum bei gegebener Konsumneigung auch von der Größe der Abschreibungen ab. "...Es ist wichtig, die Größe des Abzugs zu betonen, der vom Einkommen einer Gesellschaft gemacht werden muß, die bereits einen großen Kapitalstock besitzt, bevor wir das Nettoeinkommen erhalten, das gewöhnlich für die Konsumtion verfügbar ist. Denn wenn wir dies übersehen, könnten wir den schweren Druck auf die Konsumneigung unterschätzen, der auch unter Bedingungen vorhanden ist, unter denen das Publikum einen sehr großen Teil seines Nettoeinkommens zu konsumieren bereit ist." (110) Und Keynes beklagt daher (ebenda, S. 100) die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, in der sich die Tendenz jedes Einzelkapitalisten zum Aufschub von Erneuerungsinvestitionen als krisenverschärfendes Moment für das Gesamtkapital auswirken mußte. Nicht nur, daß der Investitionsmultiplikator mangels Masse geringer wurde, auch die Tatsache, daß die Abschreibungsbeträge vom fungierenden Kapital in Gestalt von Geldkapital bis zur Erneuerung der Produktionsmittel zurückgehalten werden, wirkte als krisenverschärfendes Moment. "Sie verringern die laufende Effektivnachfrage und heben sie erst in dem Jahr an, in dem der Kapitalersatz tatsächlich vorgenommen wird. Wenn der diesbezügliche Effekt noch durch 'finanzielle Klugheit' verschlimmert wird, d.h. dadurch, daß es ratsam erscheint, die Anfangskosten schneller 'abzuschreiben' als die Ausrüstungen tatsächlich abgenutzt werden, dann wird das kumulierte Ergebnis wahrhaft sehr ernst sein." (111) So führt nach Keynes die "finanzielle Klugheit" der E i n z e l kapitalisten, indem sie höhere, vorsichtige Abschreibungsbeträge ansetzen, zur Krise der kapitalistischen Ökonomie insgesamt. Denn Abschreibungen ohne Ersatzinvestitionen verringern die Gesamtnachfrage, indem die Produktionskosten steigen (Abschreibungen sind schließlich Kosten, die der Kapitalist im Preis erstattet haben will), ohne daß neue Einkommen infolge der Investitionstätigkeit geschaffen würden. Je höher nun diese Abschreibungen, desto niedriger auch die für die Konsumtion 'zur Verfügung stehenden' Einkommen. So führt der Zwang zur Erhaltung jedes E i n z e l kapitals zur Verschärfung der Krise des G e s a m t kapitals.

Was der Verteilungstheoretiker nicht begreifen kann, wenn er sich auf die Nettogrößen bezieht, wird nun voll sichtbar. Seine Verteilungstheorie hängt in der Luft und wird durch das Abschreibungs- und Investitionsverhalten der Kapitalisten immer wieder auf den 'Boden der Tatsachen' gezogen. Die Verteilung wird tangiert, wenn die Kapitalverwertung es erfordert. Die Größe des 'zur

109 Vgl. dazu auch Erich Schneider: EINFÜHRUNG IN DIE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Tübingen 1958, vor allem Band I: THEORIE DES WIRTSCHAFTSKREISLAUFS.

110 John Maynard Keynes: THE GENERAL THEORY OF EMPLOYMENT' INTEREST AND MONEY, London (repr.) 1964, S. 104.

111 John Maynard Keynes, a.a.O., S. 100.

Verfügung gestellten Kuchens' hängt davon ab, inwieweit die Voraussetzungen der Kapitalverwertung gewährleistet sind. Insofern übersehen alle Verteilungstheorien, die davon ausgehen, daß durch eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen die Konsumneigung steige (aus größeren Einkommen wird ja prozentual mehr gespart als aus kleineren Einkommen) und daher auch die effektive Nachfrage zunehme, gerade das Moment der Kapitalverwertung. Nicht die effektive Nachfrage ist entscheidend, sondern die Kapitalverwertung ausgedrückt in der Größe der Profitrate auf das vorgeschossene Kapital. Und daher konstatiert Keynes zu Recht das Absinken der effektiven Nachfrage als Konsequenz der "finanziellen Klugheit" der Kapitalisten; sie müssen sich eben klug, d.h. als Charaktermasken des Kapitals verhalten, gleichgültig, was aus der effektiven Nachfrage und der Verteilung wird.

Dies geht auch aus den betriebswirtschaftlichen, also den einzelkapitalistischen Abschreibungsregeln hervor, die vom 'ehrbaren Kaufmann' gerade die sich gesamtkapitalistisch so verheerend auswirkende "finanzielle Klugheit" verlangen. "Oberstes Prinzip bei der Bewertung in der Bilanz ist der Grundsatz kaufmännischer Vorsicht. Er soll verhindern, daß der Gewinn zu hoch ausgewiesen und durch Ausschüttung des Gewinns die betriebliche Substanz vermindert wird..." (112) Daher wird das Niederstwertprinzip aufgestellt, das besagt, daß von zwei möglichen Wertansätzen – dem Tageswert und dem Anschaffungswert – stets der niedrigere verwendet werden muß. Vor allem gilt es also, die betriebliche Substanz, das Kapital, zu erhalten. Solange keine tatsächlichen Verluste gemacht werden und ein Mindestkonsumtionsstandard der Kapitalistenklasse gehalten werden kann, sind vorsichtige, d.h. überhöhte Aufwendungen zur Kapitalerhaltung und als 'Residuum'ausgewiesene Gewinne zwar nicht in der Statistik, wohl aber für den Einzelkapitalisten verschiedene Summanden einer gleichbleibenden Summe. Ob die Gewinne ausgewiesen oder gleich als Rücklagen oder Rückstellungen verbucht werden, ist wirklich nur eine Frage der jeweiligen "finanziellen Klugheit". Abschreibungen richten sich auch nach der Preisentwicklung der Produktionsmittel. Steigen die Wiederbeschaffungskosten, so müssen die Abschreibungen höher, sinken sie, so können sie niedriger als die Anschaffungskosten sein, wenn eine tatsächliche Wiederbeschaffung mit Hilfe der durch Abschreibungen amortisierten Geldbeträge möglich sein soll (112). Und in der amtlichen Statistik wird diesem Prinzip Rechnung getragen, indem bei der Berechnung des Nettosozialprodukts die "zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen" vom Bruttosozialprodukt abgezogen werden (113). So wird vom Einzelkapitalisten in seiner Kalkulation bereits die Unterscheidung zwischen Kapitalerhaltung und Wertschöpfung, zwischen Kapitalersatz und Verteilung vollzogen, ohne daß damit irgendeine Bosheit beabsichtigt wäre. Er verhält sich lediglich als Kapitalist, "finanziell klug". Und als Kapitalist kümmert ihn die Verteilung der Einkommen a l s E r g e b n i s seines Handelns nicht, wohl aber a l s V o r a u s s e t z u n g seiner Dispositionen zur Kapitalverwertung.

Kapitalverwertung drückt sich nun aus in quantitativer Steigerung des vorgeschossenen Kapitals. Der Kapitalist will den Wert, den er in Geldform verauslagt hat, vergrößert zurückerhalten, und nur wenn dies der Fall ist, wird er den Produktionsprozeß aufrechterhalten. Die Höhe des Lohnes ist für den Kapitalisten entscheidend. Denn davon wird die Höhe des von ihm für den Ankauf der Arbeitskraft vorzuschießenden variablen Kapitalteils bestimmt. Die 'Produktionskosten' steigen mit steigenden Lohnkosten, und folglich sinkt bei sonst gleichbleibenden Umständen die Profitrate. Weil also die Verteilung der Einkommen für den E i n z e l kapitalisten als Voraussetzung seiner Kapitalverwertung höchst relevant ist, kann überhaupt erst der schon diskutierte Widerspruch von Umverteilung und Wirtschaftswachstum auftauchen. In diesem Schluß, der sich in der bürgerlichen Ökonomie zum Zielkonflikt kristallisiert, ist allerdings als vermittelndes Glied die Annahme impliziert, daß der Profit dazu da sei, um akkumuliert zu werden. Denn wie könnte ein Widerspruch zwischen Umverteilung der Einkommen und Wirtschaftswachstum formuliert werden, wenn nicht unter der Bedingung, daß das Wachstum gerade aus den Profiten getragen würde? Diese Annahme begründet sich aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis selbst. Das Kapital als ununterscheidbare Qualität kann sich nur in quantitativer Hinsicht verändern, durch Wachstum. Alle

112 Günter Wöhe: ALLGEMEINE BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE, Berlin und Frankfurt 1962, S. 389

112 Günter Wöhe, a.a.O., S. 403.

113 STATISTISCHES JAHRESBUCH für die Bundesrepublik Deutschland 1969, Vorbemerkung zu den Statistiken der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, S. 485.

Zwänge der Konkurrenz drängen dem Kapitalisten als Charaktermaske des Kapitals die Notwendigkeit auf, diesem Imperativ gerecht zu werden: "Akkumuliere! Das ist Moses und die Propheten." Akkumulation aber geht über die bloße Kapitalerhaltung hinaus; sie wird aus dem Wertprodukt, das wir zur Vereinfachung dem Nettosozialprodukt bzw. Volkseinkommen gleichsetzen (vgl. Anm. 101), getätigt, also aus dem Nettosozialprodukt, das als 'Volkseinkommen' angeblich der Verteilung offensteht. Der in der bürgerlichen Ökonomie als Zielkonflikt zwischen Verteilung und Wachstum formulierte Widerspruch ist also nichts anderes als unbegriffener Reflex der Widersprüche des Akkumulationsprozesses selbst. Für die sogenannte Verteilung ergibt sich allerdings daraus die Konsequenz, daß nicht nur der Zwang zur Kapitalerhaltung, der sich als jeder Verteilung schon immer vorausgegangener Abzug der Abschreibungen vom zu verteilenden Kuchen darstellt, sondern auch der Akkumulationszwang des Kapitals die Vorstellung von der Verteilung als einer Sphäre, in der ein Kuchen zu verteilen ist, geradezu lächerlich macht. Wenn also der Abzug der Abschreibungen überhaupt schon jeder Verteilung vorausgeht, wenn die Verteilung des Übriggebliebenen, nämlich des Lohns und des Profits, nicht nach Gesetzen der verselbständigten Verteilungssphäre, sondern nach den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals vollzogen wird – was bleibt dann von Vorstellungen über eine mögliche Umverteilung überhaupt noch übrig?

Der sogenannte Sozialstaat hat demnach gar nicht 'zur Verfügung', was er zwischen den Klassen umverteilen könnte. Seine Möglichkeiten und Maßnahmen bewegen sich – dies ist bereits ausgeführt worden, bedürfte aber sehr konkreter Analysen – in der Sphäre der Umverteilung innerhalb der Klassen. Nur in den Fällen, wo die Reproduktion der Arbeitskraft wirklich nicht mehr gesichert ist, wenn das Maß des Lohns den Akkumulationsgesetzen allein überlassen bleibt, wird der Staat, aus Gründen der Erhaltung der Arbeitskraft als Basis kapitalistischer Ausbeutung, auch eine Umverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital erzwingen können. (Vgl. dazu Teil IV). Das Prinzip, daß die Gesetze der Verteilung die Gesetze der Akkumulation und Zirkulation des Kapitals sind, wird dadurch nicht berührt. Wir sind damit aus der Konsequenz der Sache an dem Punkt angelangt, wo die Untersuchung der verteilenden Macht des Sozialstaats in die Analyse der erweiterten Reproduktion des Kapitals mündet. Im vorliegenden Zusammenhang, der Kritik der Illusionen der Sozialstaats- und Verteilungstheorien, müssen wir an diesem Punkt abbrechen.

Der illusorische Charakter der revisionistischen Sozialstaatstheorien wird also erst durch die Zurückführung der Verteilungsverhältnisse in der Einkommensebene auf die Verteilung in der kapitalistischen Produktion wirklich klar. Es wird damit auch klar, daß die revisionistische Staatstheorie direkt aus jenen verkehrten Formen abgeleitet ist, die der kapitalistische Produktionsprozeß selbst im Bewußtsein der Kapitalagenten und der darauf beruhenden ökonomischen Wissenschaft erzeugt. Sowohl die bürgerlichen wie die revisionistischen Auffassungen sind nicht einfach Verhüllungen oder Ideologien im landläufigen Sinn, sondern notwendige Produkte der Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses. Dieses wesentliche Grundverhältnis, das die gesellschaftliche Produktion (in ihrer kapitalistischen Form) bestimmt, erscheint eben nicht als solches, sondern ganz verkehrt in der Sphäre der Zirkulation, von der die Verteilung der Einkommen ein Moment ist. Hier ist der Ursprung der bürgerlichen Freiheitsillusionen, angefangen von der Freiheit des Individuums als 'Einkommenbezieher' und 'Konsument' bis hin zur Fähigkeit der 'neuen Wirtschaftspolitik' zur 'Globalsteuerung der Wirtschaft' oder zur 'Umverteilung durch Vermögenspolitik'.

Das Ziel der Veränderung der bestehenden (wie verbal zugegeben wird, immer noch kapitalistischen Gesellschaft ist auch heute noch für die revisionistischen Organisationen eine 'humane' oder 'humanere' Gesellschaft, und mit diesem Ziel wird die Beteiligung am bestehenden bürgerlichen Staat begründet. Wie sehr dieser Staat überhaupt erst auf der Grundlage kapitalistischer Produktion entsteht und neue Funktionen übernimmt, wie sehr andrerseits diese Grundlage die Eingriffe dieses Staates in 'die Wirtschaft' bis ins einzelne bestimmt und begrenzt, wird in der revisionistischen Theorie aus den ausgeführten Gründen nicht begriffen. Die Beteiligung am bürgerlichen Staat, der mehr oder weniger starke Anschluß der historischen Organisationen der Arbeiterschaft bedeutet zunächst eine enorme Stärkung der Autorität dieses Staates (vgl. zuletzt die Illusionen vieler Linken über die SDP-FDP-Regierung). Andererseits ist der volle Anschluß an die bürgerlichen Illusionen zugleich der erste Schritt zur Zerstörung dieser Illusionen. Ein wichtiger Schritt bei dieser Desillusionierung ist die theoretische Kritik dieser Illusionen, der Aufweis des inneren Zusammenhangs mit der Grundlage, auf der sie beruhen, mit der kapitalistischen Form der Produktion.

Diese Kritik kann dazu beitragen, die Beschränktheit jenes 'staatlichen Handelns', das auf der Grundlage jener notwendigen Illusionen einzig möglich ist und das die revisionistischen Hoffnungen und Versprechungen nicht erfüllen kann, nicht einfach bloß zu konstatieren, sondern zu begreifen und daraus praktische Folgerungen zu ziehen, die auf eine wirkliche, nicht scheinbare Veränderung hinzielen.

IV. Die Notwendigkeit von Staatseingriffen zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft

1. Die Durchsetzung der Arbeiterschutzgesetzgebung nach Marx

Wir haben gesehen, daß die revisionistischen Theorien eines gemeinsam haben: sie begreifen den Staat in seinen verschiedenen Funktionen, insbesondere aber der Sozialpolitik, als "selbständiges Wesen", losgelöst vom Produktionsprozeß als kapitalistischem Verwertungsprozeß. Dagegen ist nach der marxistischen Auffassung die "Grundlage des bestehenden Staats" "die bestehende Gesellschaft", (114) ist aus dieser und ihrem widersprüchlichem Grundverhältnis ihre "Zusammenfassung... in der Form des Staates" (115) zu entwickeln, und zwar jeweils in ihren konkreten historischen Erscheinungsformen. Nur in einem solchen Sinn könnte man von einer marxistischen Staatslehre sprechen; im Sinne eines feststehenden Lehrgebäudes ist sie also nicht möglich. Es ist daher nicht zufällig, daß Marx in sämtlichen Planskizzen seiner Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt vom Grundverhältnis ausgeht, das die Sphäre der Produktion kennzeichnet, also vom Kapitalverhältnis, und daß erst für eine etwaige Fortsetzung der Analyse dieser Basis unter anderen auch ein Buch über den Staat vorgesehen war (das er allerdings für so wichtig hielt, daß er sich seine Ausführung im Unterschied zu anderen Büchern selbst vorbehielt). Jedoch überschreitet er schon im ersten Band des KAPITAL an verschiedenen Stellen die hier wie im zweiten Band beibehaltene Abstraktionsebene des 'Kapitals im allgemeinen' und entwickelt aus grundlegenden Widersprüchen des Arbeits- und Verwertungsprozesses bestimmte Formen, in denen der bürgerliche Staat tätig wird. Als eine solche Entwicklung einer bestimmten staatlichen Funktion soll Marx' Darstellung der Entstehung und Durchsetzung der Fabrikgesetzgebung im ersten Band des KAPITAL im folgenden resümiert und charakterisiert werden. Es soll also die Ableitung des "bestehenden Staats" aus der "bestehenden Gesellschaft" an einem konkreten Beispiel vorgeführt werden, um zu zeigen, was Marx unter "Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft" verstanden hat.

Es kann sich allerdings nicht darum handeln, die von Marx gegebene (teilweise sehr detaillierte) "historische Skizze" einfach als solche aus der Darstellung des KAPITAL herauszulösen und ohne Bezeichnung ihres systematischen Ortes zu referieren. Die bloße Übernahme der isolierten historischen Tatsachen und die brutale Desinteressiertheit für ihren Stellenwert (d.h. ihren Zusammenhang mit der Darstellung der Bewegung des 'Kapitals im allgemeinen') ist nämlich gerade charakteristisch für die revisionistische Marx-Rezeption – nicht zuletzt auch bei der Einschätzung der Fabrikgesetzgebung und des staatlich begrenzten Normalarbeitstags. Wenn Marx bei der Einführung des Zehnstundentags von einem "Sieg des Prinzips" sprach, so wurde dieser Satz in der Sozialdemokratie immer wieder so verstanden, daß damit eine schrittweise Durchsetzung sozialistischer Prinzipien innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eingeleitet worden sei. Nach Bernstein stellten die Fabrikgesetze ein Stück "gesellschaftlicher Kontrolle" und damit ein Stück Sozialismus dar (116), für Sering eine "Regulierung der Gesellschaft nach menschlichen Notwendigkeiten statt nach automatischen Marktgesetzen." (117) Zunächst muß also wenigstens angedeutet werden, an welcher Stelle der systematischen Entwicklung des Kapitalbegriffs Marx auf die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages zu sprechen kommt.

---

114 Marx, "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 28.
115 GRUNDRISSE, a.a.O. S. 29.
116 Vgl. R. Luxemburg, "Sozialreform oder Revolution?" A.a.O. S. 72.
117 P. Sering, JENSEITS DES KAPITALISMUS, a.a.O. S. 50 f. Vgl. KAPITAL Bd. I, S. 309/312, sowie weiter unten in diesem Abschnitt. Vgl. auch F. Naphtali, WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, a.a.O. S. 19, wo von einer bedeutenden Einschränkung der kapitalistischen Willkür (!) die Rede ist.

Marx beginnt die dialektische Darstellung des Kapitals von jener Grundkategorie aus, von der sich alle übrigen Kategorien (und damit alle Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsform) ableiten lassen, nämlich von der widersprüchlichen Form, die das Arbeitsprodukt beim Austausch erhält: der Ware. Er entwickelt, wie sich der in der Ware gesetzte Widerspruch von Gebrauchswert und Wert, und damit der Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, in der Form des Geldes darstellt. Noch im I. Abschnitt des I. Bandes entwickelt er auch die verschiedenen Funktionen des Geldes. Erst im II. Abschnitt wird der Übergang vom Geld zum Kapital vollzogen; es wird herausgearbeitet, daß die Zirkulation des Geldes als Kapital sich von der einfachen Zirkulation (Abschnitt I) grundsätzlich unterscheidet. Während die einfache Zirkulation in der Konsumtion der Waren endet, im Gebrauchswert der Waren also ihr Ziel findet, liegt der Zweck der Kapitalzirkulation in ihr selbst; ihr Zweck liegt in der Vermehrung des Kapitals, der Selbstverwertung des Werts, der Auspressung von mehr Wert aus der Arbeitskraft. Die Quelle des Mehrwerts kann nicht in der Zirkulation selbst liegen, wenn man den Austausch von ungleichen Werten ausschließt und sich jede Ware zu ihrem Wert ausgetauscht vorstellt. Sie kann nur in der Produktion selbst stattfinden. Dazu muß allerdings eine Voraussetzung erfüllt sein: der Geldbesitzer muß auf dem Markt die Ware Arbeitskraft und die übrigen Produktionsbedingungen kaufen können; vorausgesetzt ist also der von den Produktionsmitteln 'befreite', der freie Lohnarbeiter. (Dieses Verhältnis unterscheidet die kapitalistische von allen anderen Gesellschaftsformen; entweder sind die sachlichen Produktionsbedingungen in der Hand der Produzenten, oder diese Produzenten sind bloßes Zubehör zu diesen Produktionsbedingungen – 'an die Scholle gebundener Leibeigener' z.B. – und zusammen mit diesen in der Hand einer Herrenklasse.) Der Wert der Ware Arbeitskraft ist gleich dem aller andren Waren, nämlich gleich der Summe der in seine Produktion eingehenden Arbeitszeit (was die Erhaltung der "Arbeiterrasse" (118) insgesamt, ihre Ausbildung und für die Kulturstufe eines Landes normale Existenz einschließt). Ihr Gebrauchswert, ihre Anwendung im Produktionsprozeß selbst (dies der Gegenstand des ersten Bandes) gehört rechtmäßig dem Käufer, der als Werkzeug des Kapitals aus der Arbeitskraft möglichst viel Mehrwert herauszupressen versucht. Für den Kapitalisten ist der Sinn des Produktionsprozesses die Produktion von Mehrwert, nicht die Befriedigung von Bedürfnissen (obwohl die Ware nicht nur Wert, sondern auch Gebrauchswert im Hinblick auf bestimmte Bedürfnisse hat – ohne Gebrauchswert taugt sie nicht zum Träger von Wert). Für ihn ist der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, mehr Wert zu schaffen als in sie bei ihrer Produktion an Wert eingegangen ist. Dazu stehen dem Kapitalisten zwei Möglichkeiten zur Verfügung. Er kann die Arbeitskraft möglichst lange über die Zeit hinaus in der Produktion anwenden, die zur Ersetzung ihres von ihm vorgeschossenen Wertes notwendig ist. Diese Verlängerung des Arbeitstages über das notwendige Maß hinaus schafft den absoluten Mehrwert; er wird im III. Abschnitt des ersten Bands des KAPITAL behandelt. Die Produktion des relativen Mehrwerts andrerseits ist das Resultat der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, d.h. durch die Revolutionierung der technischen Prozesse der Arbeit und ihrer Organisation im Betrieb, außerdem auch das Resultat einer Steigerung der Intensität der Arbeit (z. B. Erhöhung der Bandgeschwindigkeit; MTM-System). Die relative Mehrwertproduktion wird im IV. Abschnitt des ersten Bandes des KAPITAL behandelt. Absolute und relative Mehrwertproduktion bilden natürlich im Verwertungsprozeß immer schon eine Einheit; sie werden getrennt behandelt, um ihre Besonderheit rein herausarbeiten zu können. Die Reihenfolge der Behandlung ist aber nicht willkürlich; bis zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages ist die absolute Mehrwertproduktion die Hauptform. Sie wird vom Kapital derart extrem betrieben, daß das Eingreifen des Staates unvermeidlich wird, worauf sich dann das Kapital mit umso größerem Heißhunger auf die relative Mehrwertproduktion wirft, die nun zu seiner eigentlichen, aber nicht einzigen Form wird. (Immer wieder und vor allem in den Phasen der Hochkonjunktur sucht das Kapital den Arbeitstag nach seinem Bedürfnis zu verlängern.)

Die maximale Verlängerung des Arbeitstages ist natürlicher Trieb des Kapitals und daher auch des Kapitalisten als des personifizierten Kapitals; sie ist sein natürliches Recht, da er ja die Arbeitskraft für den Gebrauch während eines Tages nach den Gesetzen des Äquivalententauschs zu ihrem Wert gekauft hat und daher über ihren Gebrauchswert wie über den jeder andren Ware verfügen darf. Die Verkürzung des Arbeitstags, z.B. durch Ausruhen, ist Diebstahl am Eigentum des Kapitalisten. Der

118 Dieser von Marx häufig gebrauchte Begriff meint im Unterschied zu 'Arbeiterklasse' die Gesamtheit der Arbeiter als einzelner Verkäufer der Ware Arbeitskraft.

Arbeiter als Verkäufer seiner Ware, der Arbeitskraft, erkennt das Gesetz des Warenaustauschs an, jedoch hat es für ihn einen andren Inhalt: die übermäßige Verlängerung des Arbeitstages über ihr normales Maß hinaus verhindert die normale Regeneration seiner Arbeitskraft, hat also die vorzeitige Abnutzung des einzigen Vermögens des Arbeiters zur Folge. Für den Arbeiter ist daher die über den Normalarbeitstag hinaus verlängerte Arbeitszeit Diebstahl. Das Recht des Verkäufers steht gegen das Recht des Käufers. "... von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andrerseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse." (119)

Der Kampf zwischen den beiden Klassen ist in der Natur des Verhältnisses selbst angelegt, das diese Klassen konstituiert (einerseits die Eigentümer des bloßen Arbeitsvermögens, andrerseits die Eigentümer der gegenständlichen Produktionsbedingungen). In diesem Verhältnis gibt es keine "rationale Lösung", sondern nur vorläufige Entscheidungen nach gewaltsamer Auseinandersetzung. Dieser Widerspruch erzwingt den Klassenkampf (unabhängig von den politischen Formen, in denen er etwa ausgetragen oder in denen seine Formierung versucht wird; Marx charakterisiert an keiner Stelle diesen Klassenkampf als bloß "ökonomisch"; vgl. dazu den letzten Abschnitt dieses Aufsatzes). Das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital erweist sich also als ein Verhältnis innerhalb der warenaustauschenden Gesellschaft, das der normalen Form der Regulierung in dieser Gesellschaft nicht unterliegt, nämlich der den Austausch der Waren, des Privateigentums regelnden allgemeinen Gesetze. Die Arbeiterklasse, gerade indem sie auf dem Gesetz des Warenaustauschs besteht, fällt aus dem durch Gesetze regulierbaren gesellschaftlichen Zusammenhang heraus.

Wie diese Antinomie sich historisch geltend macht, wird von Marx dann ausführlich an der Geschichte des Kapitals in England belegt. Zwei Bewegungen sind dabei zu unterscheiden. (120) Der maßlose Trieb des Kapitals zur Verlängerung des Arbeitstags setzt sich gegen vielfache hergebrachte Schranken und vor allem gegen den Widerstand der Arbeiter selbst durch. Eine wesentliche Unterstützung sind dem Kapital dabei von ihm durchgesetzte Zwangsgesetze des Staates zur Verlängerung des Arbeitstages, wie sie die Epoche seiner Entstehung und Durchsetzung seit dem späten Mittelalter begleiten (ursprüngliche Akkumulation); hier wird der Staat von der Kapitalistenklasse unmittelbar als Instrument gebraucht. "Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags." (121) Die kapitalistische Produktion produziert also "die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst" (122), und damit beseitigt sie auch tendenziell die Quelle der Verwertung. Sie gerät also zu sich selbst in Widerspruch. Das Kapital und der Kapitalist verhalten sich nach dem Prinzip 'Nach mir die Sintflut'. Aber andrerseits ruft diese Bewegung der Selbstzerstörung eine Gegenbewegung zur Erhaltung der Bedingungen weiterer Kapitalverwertung hervor, und zwar wesentlich durch den Widerstand der in ihrer Existenz als besondre Sorte von Warenbesitzern bedrohten Arbeiter. Über komplizierte Vermittlungen allmählich und immer wieder von Rückschlägen bedroht, setzt sich eine "bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses" (123) durch. Als negativer Ausdruck des Heißhungers nach Mehrarbeit werden die Fabrikge-

119 KAPITAL Bd. 1, S. 243/249.
120 KAPITAL Bd. 1, S. 282 ff/286 ff.
121 KAPITAL Bd. 1, S. 276/280.
122 KAPITAL Bd. 1, S. 277/281.
123 KAPITAL Bd. 1, S. 505/504. Selbstverständlich ist hier nicht die Gesellschaft an sich, sondern die kapitalistische gemeint. Vgl. das folgende Zitat.

setze eingeführt; sie "zügeln den Drang des Kapitals nach maßloser Aussaugung der Arbeitskraft durch gewaltsame Beschränkung des Arbeitstags von Staats wegen, und zwar von seiten eines Staats, den Kapitalist und Landlord beherrschen." (124)

Marx vergleicht diese Gegenbewegung mit der Notwendigkeit, die die englischen kapitalistischen Pächter zwang, die durch blinden Raubbau erschöpfte natürliche Produktivkraft des Bodens durch künstliche Düngung zu erneuern. Die Fabrikgesetzgebung ist nach ihm "ebensosehr ein notwendiges Produkt der großen Industrie, als Baumwollgarn, Selfactors und der elektrische Telegraph." (125) Aber diese Notwendigkeit setzt sich deshalb keineswegs automatisch durch, sondern die Fabrikgesetze sind das Resultat eines langwierigen, mehr oder weniger offenen Klassenkampfes zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse, vermittelt durch eine Vielzahl von politischen Auseinandersetzungen auch unter einzelnen Fraktionen der herrschenden Klassen selbst und unter Beteiligung relativ entfernter Gruppen. Erst die gewissermaßen politologische Darstellung (126), wie sich diese vom Interesse der Erhaltung der Kapitalverwertung selbst diktierte Notwendigkeit im einzelnen mehr oder weniger unbewußt auf der Ebene der Interessenkämpfe schließlich, und niemals wirklich endgültig durchsetzt, kann diese zunächst bloß abstrakt entwickelte Notwendigkeit konkret belegen. Andrerseits ist die dazu notwendige empirische Analyse erst dann marxistisch zu nennen, wenn sie sich bewußt und methodisch klar auf die widersprüchliche Bewegung des Kapitals selbst bezieht; andernfalls wäre sie eine politologische, soziologische usw. Untersuchung, wie sie gang und gäbe sind. (127) Im folgenden ist daher die auf diesem Hintergrund von Marx entworfene "historische Skizze" nachzuzeichnen. (Dem Leser wird die Lektüre im KAPITAL selbst empfohlen.) Sodann ist der Prozeß dieser Durchsetzung einer staatlichen Funktion aus dem Kapitalprozeß zusammenfassend zu charakterisieren.

Seit der Entstehung der großen Industrie war der Arbeitstag mit größter Gewaltsamkeit immer weiter verlängert worden, nachdem er in den Jahrhunderten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bereits auf 12 Stunden und mehr ausgedehnt worden war. "Das Kapital feierte seine Orgien. – Sobald die vom Produktionslärm übertölpelte Arbeiterklasse wieder einigermaßen zur Besinnung kam, begann ihr Widerstand, zunächst im Geburtsland der großen Industrie, in England. Während drei Dezennien jedoch blieben die von ihr ertrotzten Konzessionen rein nominell. Das Parlament erließ fünf Arbeits-Akte von 1802 bis 1833, war aber so schlau, keinen Pfennig für ihre zwangsmäßige Ausführung, das nötige Beamtenpersonal usw. zu votieren. Sie blieben ein toter Buchstabe." (128) Erst das Fabrikgesetz von 1833 setzt einen Normalarbeitstag von 12 Stunden fest, freilich nur für Jugendliche. Für Kinder von 9 bis 13 Jahren wurde er auf 8 Stunden beschränkt; gegen die tatsächliche Durchsetzung dieser Bestimmung "eröffnete das Kapital ... eine mehrjährige und geräuschvolle Agitation" (129), mit dem Ziel, die Grenze zwischen Jugendlichen und Kindern zu seinen Gunsten zu verschieben. Jedoch unter dem drohenden außerparlamentarischen Druck verweigerte das Unterhaus eine Abänderung des Gesetzes. Das Kapital fand zahlreiche andere Möglichkeiten zu seiner Umgehung; "... die offiziellen Berichte der Fabrikinspektoren strotzten von Klagen über die Unmöglichkeit seiner Ausführung." (130) "Unterdes hatten sich aber die Umstände sehr geändert. Die Fabrikarbeiter, namentlich seit 1838, hatten die Zehnstundenbill zu ihrem ökonomischen, wie die Charter zu ihrem politischen Wahlaufruf gemacht. Ein Teil der Fabrikanten selbst, der den Fabrikbetrieb dem Akt von 1833 gemäß geregelt hatte, überwarf das Parlament mit Denkschriften über die unsittliche "Konkurrenz" der "falschen Brüder" (131), denen größere Frechheit oder glücklichere Lokalumstände den Gesetzesbruch erlaubten. Zudem, wie sehr immerhin der einzelne Fabrikant der alten Raubgier den Zügel frei schießen lassen mochte, die Wortführer und politischen Leiter der Fabrikantenklasse geboten eine veränderte Haltung und veränderte Sprache gegenüber den Arbeitern. Sie hatten den Feldzug zur Abschaffung der Korngesetze eröffnet und bedurften der Hilfe der Arbeiter zum Siege! Sie versprachen daher nicht nur Verdopplung des Laibes Brot" (d.h. Verbilligung des Brots durch Abschaffung der Getreideeinfuhrzölle, die den Großgrundbesitz schützten), "sondern Annahme der Zehnstundenbill unter dem tausendjährigen Reich des Free Trade. Sie durften also um so weniger eine Maßregel bekämpfen, die nur den Akt von 1833 zur Wahrheit machen sollte. In ihrem heiligsten Interesse, der Grundrente, bedroht, donnerten endlich die Torries entrüstet philanthropisch über die "infamen Praktiken" ihrer Feinde." (132)

Aufgrund von Klassenkämpfen, die in ihrer Wirkung durch die Kämpfe der Fraktionen der herrschenden Klassen untereinander verstärkt wurden, kam 1844 der Zusatz zum Fabrikgesetz zustande, durch den Frauen in der gleichen Weise wie bisher Jugendliche geschützt wurden. "Zum ersten Mal sah sich die Gesetzgebung also gezwungen, auch die Arbeit Volljähriger direkt und offiziell zu kontrollieren." (133) Zur Verhinderung zukünftiger Umgehung traf das Gesetz zahlreiche Detailbestimmungen, die Marx teilweise genau referiert; darauf faßt er zusammen: "Man hat gesehn: diese minutiösen Bestimmungen, welche die Periode, Grenzen, Pausen der Arbeit so militärisch uniform nach dem Glockenschlag regeln, waren keineswegs Produkte parlamentarischer Hirnweberei. Sie entwickelten sich allmählich aus den Verhältnissen heraus, als Naturgesetze der modernen Produktionsweise. Ihre Formulierung, offizielle Anerkennung und staatliche Proklamation waren Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe." (134)

Die Jahre 1846/1847 bringen einerseits die Einführung des Freihandels, zum anderen ein neues Fabrikgesetz, das wesentlich ein Ausdruck des Höhepunkts der Chartistenbewegung und der Zehnstundenagitation war, im Parlament auch die Unterstützung der über den Sieg der Freihändler erbosten Konservativen fand. Das Kapital versucht die tatsächliche Einführung des Zehnstundentags für Jugendliche und Arbeiterinnen durch einen Klassenfeldzug zu verhindern. Nach den Lohnausfällen als Folge der Krise von 1846/47 wurde zur Einleitung und Begleitung der allmählichen Arbeitszeitverkürzung der Lohn um insgesamt etwa 25 % gekürzt. "Unter so günstig vorbereiteten Chancen begann man die Agitation unter den Arbeitern für Widerruf des Akts von 1847. Kein Mittel des Betrugs, der Verführung und der Drohung wurde dabei verschmäht, aber alles umsonst." (135) Dieser erste Feldzug mißglückte also, und am 1. Mai 1848 trat der Zehnstundentag in Kraft (nicht für männliche Arbeiter). "Unterdes hatte jedoch das Fiasko der Chartistenpartei, deren Führer eingekerkert und deren Organisation zersprengt, bereits das Selbstvertrauen der englischen Arbeiterklasse erschüttert. Bald darauf vereinigte die Pariser Juni-Insurrektion und ihre blutige Erstickung, wie im kontinentalen Europa so in England, alle Fraktionen der herrschenden Klassen, Grundeigentümer und Kapitalisten, Börsenwölfe und Krämer, Protektionisten und Freihändler, Regierung und Opposition, Pfaffen und Freigeister, junge Huren und alte Nonnen, un-

124 KAPITAL Bd. 1, S. 247/253.

125 KAPITAL Bd. 1, S. 505 f/504 f. Vgl. S. 247/253, 295 f/299. Ist der Vergleich der Arbeiter mit dem Boden nicht eigentlich falsch, da Erschöpfung seines Bodens jedenfalls den langfristiger kalkulierenden kapitalistischen Pächter zur Einsicht zwingt (wie die Zugrunderichtung seiner Sklaven den Sklavenhalter, sofern nicht billiger Nachschub auf dem Sklavenmarkt dies erlaubte oder gebot)? Der Boden kann nicht selbst als handelndes Subjekt auftreten, auch gibt es keinen Bodennachschub wie bei der Arbeiterbevölkerung. Steht Marx hier nicht in Widerspruch zu seiner sonstigen Darstellung, in der er zeigt, wie diese Notwendigkeit sich eben gerade durch Klassenkämpfe vermittelt durchsetzt?

126 Marx selbst bezeichnet seine Darstellung als "historische Skizze" (KAPITAL Bd. 1, S. 312/315).

127 Vgl. Abschnitt III.4, sowie E. Altvater über die Probleme einer marxistischen Konjunkturanalyse, in: SOZIALISTISCHE POLITIK 5/70. Die politologische Lehre vom Pluralismus ist in Deutschland nicht zufällig von einigen jener revisionistischen Theoretiker begründet und formuliert worden, die solche Interessenkämpfe innerhalb von Gewerkschaft und Partei miterlebt und mitvollzogen hatten. Von ihnen wurde zuerst die mehr oder weniger verselbständigte Untersuchung solcher 'Konflikte' zu einer Disziplin erhoben und theoretisch begründet. Sie zogen damit die ideologische Konsequenz aus dem praktischen Selbstverständnis ihrer 'Interessenverbände' spätestens seit dem ersten Weltkrieg, freilich oft noch in marxistischer Terminologie. Sehr deutlich sagt Ernst Fraenkel: "Der Pluralismus ist die Staatstheorie des Reformismus." (Fraenkel, "Strukturanalyse der modernen Demokratie", in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE, a.a.O. S. 23) Fraenkel hatte bereits 1928 die wesentlichen Elemente der pluralistischen Auffassung unter dem Titel "Kollektive Demokratie" dargestellt (abgedruckt in: ARBEITSRECHT UND POLITIK, Quellentexte 1918-1933, hg. Th. Ramm, Neuwied u. Berlin 1966, S. 79-95). Vgl. auch etwa F.L. Neumann: BEHEMOTH. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944, Oxford 1944^2, S. 8 ff, 13 ff, 403 ff; sowie auch den bereits erwähnten Otto Kirchheimer, und insgesamt oben Teil I und II.

128 KAPITAL Bd. 1, S. 291/294.

129 KAPITAL Bd. 1, S. 293/296.

130 KAPITAL Bd. 1, S. 293/297.

131 Vgl. auch die unten zitierten Stellen.

132 KAPITAL Bd. 1, S. 294/297 f.

133 KAPITAL Bd. 1, S. 295/298.

134 KAPITAL Bd. 1, S. 295 f/299.

135 KAPITAL Bd. 1, S. 297/300 f.

ter dem gemeinschaftlichen Ruf zur Rettung des Eigentums, der Religion, der Familie, der Gesellschaft! Die Arbeiterklasse wurde überall verfemt, in den Bann getan, unter das 'loi' des suspects' "(Notstandsgesetz)" gestellt. Die Herren Fabrikanten brauchten sich also nicht zu genieren. Sie brachen in offne Revolte aus nicht nur wider das Zehnstundengesetz, sondern wider die ganze Gesetzgebung, welche seit 1833 die 'freie' Aussaugung der Arbeitskraft einigermaßen zu zügeln suchte." (136) Marx schildert ausführlich (137), wie das Kapital im offenen Klassenkampf terroristisch und zynisch alle Mittel gegen die früheren Kompromisse mit der Arbeiterklasse anwendet, etwa die Entlassung großer Teile der unter das Gesetz fallenden Arbeiter, die Kürzung der gesetzlichen Essenspausen, die Aufsplitterung der täglichen Arbeitszeit der Kinder, ausdrücklich angekündigte Nichtbeachtung bestimmter Gesetzesklauseln. Unterstützung fanden die Fabrikanten bei den vielfach von ihnen selbst besetzten Gerichten. Dazu wies der Innenminister die Fabrikinspektoren an, bei Gesetzesübertretungen in bestimmten Fällen nicht einzuschreiten. Schließlich kam noch das Urteil eines Gerichts der höchsten Instanz, nach dem die Gesetzbrüche der Fabrikanten zwar gegen den Sinn des Fabrikgesetzes von 1844 verstießen, dieses Gesetz jedoch gewisse Worte enthalte, die es selbst sinnlos machten.

"Mit diesem scheinbar definitiven Sieg des Kapitals trat aber sofort ein Umschlag ein. Die Arbeiter hatten bisher passiven, obgleich unbeugsamen und täglich erneuten Widerstand geleistet. Sie protestierten in laut drohenden Meetings in Lancashire und Yorkshire... Die Fabrikinspektoren warnten dringend die Regierung, der Klassenantagonismus sei zu einer unglaublichen Höhe gespannt." (138) (Staatliche Überwachungsbeamte erfüllen also hier direkt am Ort des Klassenkampfes die Funktion, die heute vielfach Funktionäre von Gewerkschaften ausführen – oder ausführen sollen). Selbst ein Teil der Fabrikanten beschwerte sich über die willkürliche Anwendung der Fabrikgesetzgebung, die die Gleichheit der Konkurrenzbedingungen aufhebe. "Unter diesen Umständen kam es zu einem Kompromiß zwischen Fabrikanten und Arbeitern, der in dem neuen zusätzlichen Fabrikakt vom 5. August 1850 parlamentarisch besiegelt ist." (139) Dieses Gesetz hatte zum Inhalt einerseits eine gewisse Verlängerung des Zehnstundentags, andrerseits beseitigte es die besonders verbreitete Umgehung des Gesetzes durch das Relaissystem. (140)

Mit der Durchsetzung in den großen Industriezweigen hatte nach Marx "das Prinzip gesiegt" (141), nämlich die Gegenbewegung gegen die Zerstörung der "Arbeiterrasse" (und damit der Quelle des Mehrwerts, der Kapitalverwertung) durch die maßlose und zerstörerische Verlängerung des Arbeitstags. Das Ergebnis war im Aufschwung von 1853-1860 und in der "physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter" (142) offensichtlich, und zwar auch den Fabrikanten

136 KAPITAL Bd. 1, S. 298/302.
137 Vgl. KAPITAL Bd. 1, S. 298/302 bis 305/308.
138 KAPITAL Bd. 1, S. 305/309.
139 KAPITAL Bd. 1, S. 306/309.
140 Das Gesetz galt nur für Frauen und Jugendliche, und nur im Bereich der kapitalistisch voll entwickelten "großen Industrie". Das Relaissystem: die Verteilung des gesetzlichen Arbeitstags von z.B. 10 Stunden auf eine viel längere Zeit durch Zwischenschiebung zahlreicher Pausen, die für den Arbeiter ganz willkürlich, für seinen Anwender aber durchaus sinnvoll waren. Vgl. KAPITAL Bd. 1, S. 292/296, 293 f/297, 300 ff/303 ff.
141 KAPITAL Bd. 1, S. 309/312. Marx versteht also diese Gegenbewegung keineswegs im Sinne der späteren revisionistischen Deutung (vgl. den Anfang dieses Abschnitts mit Anmerkungen 3 und 4) als "Regulierung der Gesellschaft nach menschlichen Notwendigkeiten" (P. Sering, JENSEITS DES KAPITALISMUS, a.a.O. S. 50 f; Hervorhebung durch W.M./Ch.N.). Er spricht in diesem Zusammenhang auch von der "politischen Ökonomie der Arbeiterklasse" (im Rahmen einer politischen Debatte in der Internationalen Arbeiterassoziation, vgl. F. Naphtali, WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE, a.a.O. S. 19). Was damit gemeint ist, wird im Zusammenhang der Darstellung der Fabrikgesetzgebung erst wirklich deutlich: daß nämlich auch das Kapital als Herrschaft der toten Arbeit über die lebendige nicht umhin kann auf die Tatsache praktisch Rücksicht zu nehmen, daß es aus der lebendigen Arbeit Wert schöpft. Schließlich ist diese "der allgemeine Reichtum gegenüber dem Kapital" (GRUNDRISSE, S. 302). Gewisse Rücksichtnahme auf den 'Leistungsfaktor Mensch', eine Beschränkung des verschwenderischen Umgehens mit der Arbeitskraft wird dem Kapital, vermittelt über die Klassenkämpfe, als Bedingung seiner eigenen Weiterexistenz aufgezwungen.
142 KAPITAL Bd. 1, S. 309/312.

selbst samt ihren wissenschaftlichen Apologeten, die sich nunmehr mit der Unvermeidlichkeit einer gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages abfanden. Zum Sieg des Prinzips gehört auch die allmähliche Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung auf alle Industriezweige, nämlich in dem Maß, in dem diese sich von den Vorformen Handwerk, Manufaktur, Hausarbeit zur großen Industrie entwickeln. Zwei Umstände vermitteln die Notwendigkeit dieser Verallgemeinerung von einem Ausnahmegesetz für einzelne, industriell besonders entwickelte Branchen zu einem "Gesetz aller gesellschaftlichen Produktion": "erstens die stets neu wiederholte Erfahrung, daß das Kapital, sobald es der Staatskontrolle nur auf einzelnen Punkten der gesellschaftlichen Peripherie anheimfällt, sich um so maßloser auf den andern Punkten entschädigt, zweitens der Schrei der Kapitalisten selbst nach Gleichheit der Konkurrenzbedingungen, d.h. gleichen Schranken der Arbeitsexploitation." (143) Diese Verallgemeinerung des Schutzes der Arbeiterklasse beschleunigt zugleich die Vernichtung der Vorformen der großen Industrie und die Konzentration des Kapitals bzw. die Alleinherrschaft des Fabrikregimes, damit aber auch die damit verbundene Herausbildung des Klassenantagonismus. (144)

Durch die maßlose Verlängerung des Arbeitstags produziert das Kapital die vorzeitige Erschöpfung der Arbeitskraft, die Zerstörung der Gesundheit der lebenden und der kommenden Arbeitergeneration; es ist die Ursache seelischer Verkrüppelung und Brutalisierung, verkürzter Lebensdauer, ja von Epidemien, die die gesamte Bevölkerung einschließlich der herrschenden Klassen bedrohen. Das Kapital droht seine eigene Existenzgrundlage zu vernichten; zumindest aber erhöht es den Wert der Arbeitskraft und damit die Kosten des variablen Kapitalteils durch zu schnellen Verschleiß. "Der Wert der Arbeitskraft schließt ... den Wert der Waren ein, welche zur Reproduktion des Arbeiters oder zur Fortpflanzung der Arbeiterklasse erheischt sind. Wenn also die naturwidrige Verlängrung des Arbeitstags, die das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach Selbstverwertung notwendig anstrebt, die Lebensperiode der einzelnen Arbeiter und damit die Dauer ihrer Arbeitskraft verkürzt, wird rascherer Ersatz der verschlissenen nötig, also das Eingehen größerer Verschleißkosten in die Reproduktion der Arbeitskraft, ganz wie der täglich zu reproduzierende Wertteil einer Maschine um so größer ist, je rascher sie verschleißt. Das Kapital scheint daher durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen." (145) (Zum Wert der Ware Arbeitskraft gehören natürlich nicht nur die Lebensmittel im eigentlichen Sinn, die der Arbeiter mit seiner Familie von seinem Nettolohn kauft, sondern auch jene "Bildungskosten" (146), die der Qualifikation der Arbeitskraft dienen, weiter die Kosten für die Reparatur erkrankter Arbeitskraft und schließlich die Aufwendungen für die (meist sehr erbärmliche) Lebendigerhaltung der nicht mehr verwertbaren Arbeitskraft bis zu deren natürlichem Tod. Dieser Teil des Wertes der Arbeitskraft wird von öffentlichen Institutionen wie staatlichem Volks- und Berufsschulsystem, Kranken- und Rentenversicherung umverteilt; es ist dies wesentlicher Bestandteil der sozialpolitischen Umverteilungstätigkeit des Staates – einer Umverteilung innerhalb der Lohneinkommen.)

Das Kapital scheint also durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen. Diesem Schein entspricht der fiktive, nämlich nicht wirkliche Gesamtkapitalist. Denn "in seiner praktischen Bewegung" wird das Kapital "durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung

143 KAPITAL Bd. 1, S. 516/514 f.
144 "Wenn die Verallgemeinerung der Fabrikgesetzgebung als physisches und geistiges Schutzmittel der Arbeiterklasse unvermeidlich geworden ist, verallgemeinert und beschleunigt sie andrerseits, wie bereits angedeutet, die Verwandlung zerstreuter Arbeitsprozesse auf Zwergmaßstab in kombinierte Arbeitsprozesse auf großer, gesellschaftlicher Stufenleiter, also die Konzentration des Kapitals und die Alleinherrschaft des Fabrikregimes. Sie zerstört alle altertümlichen und Übergangsformen, wohinter sich die Herrschaft des Kapitals noch teilweise versteckt, und ersetzt sie durch seine direkte, unverhüllte Herrschaft. Sie verallgemeinert damit auch den direkten Kampf gegen diese Herrschaft. Während sie in den individuellen Werkstätten Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung und Ökonomie erzwingt, vermehrt sie durch den ungeheuren Sporn, den Schranke und Regel des Arbeitstags der Technik aufdrücken, die Anarchie und Katastrophen der kapitalistischen Produktion im großen und ganzen, die Intensität der Arbeit und die Konkurrenz der Maschinerie mit dem Arbeiter. ..." KAPITAL Bd. 1, S. 528/525 f.
145 KAPITAL Bd. 1, S. 277/281.
146 Vgl. etwa KAPITAL Bd. 1, S. 206/212, oder schon "Lohnarbeit und Kapital", MEW Bd. 6, S. 406 f.

der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne." (147) Der einzelne Kapitalist, als Kapitalist bloß Personifizierung des Kapitals, kann sich den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion nicht entziehen; in der Konkurrenz zwingen sie sich ihm von außen als Zwangsgesetze auf. "Im großen und ganzen" hängen "physische und geistige Verkümmerung, vorzeitiger Tod, Tortur der Überarbeit" "nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend." (148) Es hängt also nicht vom Kapitalisten als moralischem Individuum ab, in welchem Grad er die Arbeiter ausbeutet, wie sehr er an der Zerstörung der Gesellschaft und seiner eigenen Existenzgrundlage mitarbeitet bzw. die Mitarbeit verweigert. Daher ergibt sich aus dem Kapitalverwertungsprozeß selbst auch keine moralische Schranke. Als Kapitalist, als personifiziertes Kapital ist er zur maßlosen Ausbeutung gezwungen. Ein Handeln als moralisches Individuum ist für ihn nur möglich, wenn er seine Existenz als Kapitalist aufgibt. Wenn ein Kapitalist bei gesellschaftlicher Durchschnittsarbeitszeit von 12 Stunden nur 6 Stunden arbeiten läßt, macht er pleite, d.h. er hört auf Kapitalist zu sein. (149)

Wie kommt es trotzdem zum allgemeinen Zwangseingriff "der Gesellschaft", der allein dieser Tendenz einen Riegel vorschieben kann? Wie kommt es zur gewaltsamen und mehr oder weniger wirksamen Beschränkung des Arbeitstages durch den von Kapitalist und Grundeigentümer beherrschten Staat, wenn der vernünftige Gesamtkapitalist, wie Marx gründlich darstellt, eine Fiktion ist? "Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist... das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse" (150) (also nicht dem vereinzelten Arbeiter, dem Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft – wieweit auch das Ausbleiben solchen kollektiven Widerstands als historische Möglichkeit im Einzelfall zu erwägen ist, welche Folgen dies für die Fortexistenz bzw. die Verfaulung der kapitalistischen Produktion hat, wäre noch zu erörtern). Zunächst: der Widerstand der Arbeiter als Klasse gegen ihre eigene Zerrüttung und Vernichtung entsteht aus der "maßlosen Bewegung des Kapitals selbst. Die Arbeiterbewegung ist nach Marx "instinktiv aus den Produktionsverhältnissen selbst" (151) erwachsen; der Arbeiter muß in dieser Form um seine Existenz als Arbeiter kämpfen. In diesem Sinn, und nicht als moralischer Aufruf, ist der berühmte Satz am Ende des Kapitals über den Arbeitstag zu verstehen: "Zum 'Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen." (152) Die Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise selbst erfordert die Organisation der Arbeiter als Klasse, denn als vereinzelte Verkäufer der Ware Arbeitskraft könnten sie ihre Existenz nicht sicherstellen. Von diesem Punkt aus ist sowohl die

147 KAPITAL Bd. 1, S. 281/285 (keine Hervorhebung im Original).
148 KAPITAL Bd. 1, S. 282/286, vgl. dort Anmerkung 114, sowie "Brief an Kugelmann" vom 17.3.1868, MEWBd. 32, S. 541.
149 Auch die bisher von 'Wirtschaftswunder' und 'Sozialpartnerschaft' verbrämte Ausbeutung in der BRD wird zunehmend an die 'internationalen Maßstäbe' erinnert. Das innere Gesetz des Kapitals, das erst in seiner Aktion auf dem Weltmarkt ganz hervortritt, macht sich in der BRD immer mehr geltend, vermittelt z.B. durch die Agenten des eindringenden US-Kapitals.In einer vom US-Kapital übernommenen großen westdeutschen Elektrofirma schlug der amerikanische Direktor in der letzten Krise der deutschen Geschäftsleitung zu deren Entsetzen vor, ein Drittel der Belegschaft zu entlassen. Damit würde ein Drittel der Lohnkosten eingespart und durch gesteigerte Arbeitsmoral (d.h. Angst vor weiteren Entlassungen) die gleiche Leistung wie bisher erbracht. In der nächsten Krise (bzw. 'Talsohle' in Schillers Beschwörungsdeutsch) wird das Überleben für viele Einzelkapitale davon abhängen, ob sie auf solche Weise 'energisch eine Kostensenkung durchführen'. Die Konkurrenz diktiert so das Verhalten der Kapitalagenten.
150 KAPITAL Bd. 1, S. 313/316.
151 KAPITAL Bd. 1, S. 315/319.
152 KAPITAL Bd. 1, S. 316/320.

Entstehung sozialpolitischer Funktionen des Staates wie die Ausbildung und die Anerkennung von Gewerkschaften wie auch die Entstehung des Reformismus in der Arbeiterbewegung zu begreifen." (153)

Das Kapital "in seiner praktischen Bewegung", bei der Mehrwertproduktion, ist jedoch weit entfernt, diese Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter als Klasse einzusehen; sie wird ihm vielmehr in langwierigen Kämpfen aufgezwungen. Die maßlosen Ausschreitungen des Kapitals gegen Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiter rufen die gesetzliche Kontrolle in Gestalt der Fabrikgesetze zunächst jahrzehntelang bloß als Ausnahmegesetzgebung hervor, die bloß für die voll ins Fabriksystem eingetretenen Industriezweige gilt. Sie wird zunächst so ungenau formuliert, daß ihre Umgehung durch die Fabrikanten bereits vorgesehen scheint. (154) Erst nach und nach werden in die Fabrikgesetzgebung Klauseln eingefügt, die die amtliche Kontrolle über ihre Einhaltung durch bezahlte staatliche Inspektoren vorsieht; zunächst jedoch ist deren Zahl ganz ungenügend. Die wirkliche Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften wird ebenfalls erst allmählich durchgesetzt; jedoch erweisen sich z.B. die vorgesehenen Strafandrohungen als unwirksam, weil die Gerichte von den Vertretern der angeklagten Klasse besetzt sind; auch sind die angedrohten Sanktionen vergleichsweise schwach. Aber auch die bereits bestehenden Gesetze sind vor dem Gegenangriff der Kapitalistenklasse nicht sicher, besonders in Zeiten politischer Schwäche der Arbeiter als Klasse. Und umgekehrt ist die relative Stärke der Arbeiterklasse zu bestimmten Zeiten Grund für Zugeständnisse des Kapitals.

Die praktische Durchsetzung der Fabrikgesetzgebung, die Anerkennung des Arbeiterschutzes als Funktion des Staates ist in der historischen Wirklichkeit also nicht das Resultat eines ununterbrochenen, kontinuierlichen Prozesses, in dem die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse ihren Willen einfach aufzwingt (noch weniger natürlich das Ergebnis 'sozialpolitischer Eingriffe' 'des' Staates). Vielmehr ist dieser Prozeß durch vielfältige Auseinandersetzungen vermittelt, durch Fortschritte und Rückschläge, durch Koalitionen und Kompromisse usw. Die ökonomische und politische Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse ist dabei von verschiedenen Momenten bestimmt. Eine wichtige Rolle spielen die Konflikte mit den Resten vorkapitalistischer Herrenklassen, die nicht unbedingt schon ganz ins Kapitalverhältnis einbezogen und damit zu einer bloßen Fraktion der Kapitalistenklasse geworden sein müssen: vor allem die Grundeigentümer ("Landlords"). Bekanntlich macht sich ihr Gewicht besonders im Staatsapparat geltend (vgl. den Doppelcharakter des Bismarck-Staates). Bedeutender sind die Auseinandersetzungen unter verschiedenen Fraktionen innerhalb des Kapitals, z.B. über die Frage der Abschaffung von Zöllen auf bestimmte Waren. Privilegien für bestimmte Gruppen, etwa zur Nichtbeachtung gesetzlicher Bestimmungen, werden von den andren Gruppen abgelehnt, die die Einhaltung im Interesse gleicher Konkurrenzbedingungen verlangen. Solche Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen können das Gewicht der Arbeiterklasse zeitweise erheblich verstärken. Abgeschwächt gilt entsprechendes für das Kleinbürgertum (Kleinwarenproduzenten, Händler, auch Ärzte usw.); sofern die Ideologieproduzenten ("Pfaffen, Professoren", Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten usw.) nicht direkt von den herrschenden Klassen in Dienst genommen sind, folgen sie meist kleinbürgerlicher Bewußtseinsausrichtung. Im Zusammenhang mit der Fabrikgesetzgebung spielen diese Gruppen eine nicht unbedeutende Rolle, etwa durch Stellungnahmen in der Presse oder Ausarbeitung von Gutachten und Untersuchungsberichten im Rahmen von 'Königlichen Kommissionen' (155). Sie haben diese 'Unabhängigkeit' freilich nur soweit die Auseinandersetzungen zwischen den entscheidenden Klassen ihnen einen Spielraum gewähren – damit ist zugleich die von Liberalen regelmäßig überschätzte (156) und

153 Vgl. dazu Teil V.
154 Entsprechendes gilt heute für die gesetzlichen Unfallvorschriften in den Betrieben, für das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz und andere Schutzbestimmungen für die Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital.
155 Vgl. z.B. KAPITAL Bd. 1, S. 520 f/519: "Die Untersuchungskommission von 1840 hatte so schauderhafte und empörende Enthüllungen gemacht, und einen solchen Skandal vor ganz Europa hervorgerufen, daß das Parlament sein Gewissen salvieren mußte durch den Mining Act von 1842, worin es sich darauf beschränkte, die Arbeit unter Tag von Weibern und Kindern unter 10 Jahren zu verbieten."
156 Vgl. J. Habermas. STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied u. Berlin-West 1962.

zum bewegenden Moment der Geschichte des bürgerlichen Staates erhobene Bedeutung der bürgerlichen Öffentlichkeit anerkannt und eingeschränkt. Zahllose der von Marx herangezogenen Berichte der Fabrikinspektoren sind jahrzehntelang ohne Wirkung in den Archiven verschwunden; die Aufklärung hatte keine Konsequenz in der Wirklichkeit. Diese Öffentlichkeit hat eine wichtige Funktion: es kann sich in ihr ein bürgerlich-kritisches Bewußtsein entwickeln, das auf die Probleme aufmerksam macht, die dem Kapital in seiner praktischen Geschäftigkeit notwendig entgehen müssen. Dieser über den direkten Interessen stehenden öffentlichen Meinung tritt auf dem gleichen Terrain aber auch die Tätigkeit der einfach gekauften Auftragsforscher und Meinungsmacher einzelner Fraktionen des Kapitals gegenüber, die deren Interessen durch Pressekampagnen, Gutachten für Parlamentsausschüsse usw. vertreten. Die Wirkung aller der hier aufgezählten Momente auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse ist immer vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Fabrikgesetzgebung im damaligen England einerseits notwendig war, um die Arbeiterrasse als Quelle der Kapitalverwertung zu erhalten, und daß sie andrerseits dem Kapital auf seinem damaligen Entwicklungsstand erträglich war, also seine Existenz nicht ernsthaft gefährdete. (157)

Eine besonders wichtige Funktion der unabhängigen Öffentlichkeit ist es, auf die Bedrohung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft, d.h. ihrer kapitalistischen Form, und auf drohenden offenen Klassenkampf aufmerksam zu machen. Marx erwähnt die Warnungen über den "unglaublich gespannten Klassenantagonismus", die die Fabrikinspektoren an die Regierung übermitteln; sie haben damit eine ähnliche Aufgabe wie heute die Gewerkschaftsfunktionäre, die die Stimmung unten nach oben weitergeben sollen, um etwa erforderliche Zugeständnisse einzuleiten. Die Befriedung durch Sozialpolitik ist eine wichtige Seite bei der Erhaltung der Arbeitskraft als Wertquelle; bekanntlich hat Bismarck ganz bewußt neben der Peitsche der Sozialistengesetze das Zuckerbrot der Sozialversicherung verordnet und damit, gegen den Willen der politischen Vertreter des Kapitals, wesentlich zu der folgenschweren Orientierung der deutschen Arbeiterklasse auf den Staat beigetragen. (158) Jedoch ist hier vor der verbreiteten Auffassung zu warnen, der Staat greife als weiser Vertreter der Interessen des Kapitals in seine unerschöpfliche Zaubertasche, um nach Belieben das Proletariat durch Sozialpolitik zu manipulieren. Die Schranken der sozialpolitischen Eingriffe des Staates sind eng gezogen, und selbst die auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe möglichen Eingriffe (so weise sie an sich wären) werden im allgemeinen erst nach langwierigen Auseinandersetzungen und angesichts tatsächlicher oder drohender Klassenkämpfe durchgeführt.

Die oben erwähnte Antinomie zwischen dem Recht des Kapitalisten als dem Käufer und dem Recht des Arbeiters als dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft wird nach Marx durch Gewalt entschieden; sie konstituiert zugleich den Staat in einem doppelten Charakter. Einerseits werden die sozialpolitischen Funktionen des Staates überhaupt erst durch die wirklichen oder drohenden Kämpfe der Arbeiter als Klasse durchgesetzt (159); ohne sie wäre seine Existenz als ideeller Gesamtkapitalist und

157 Vgl. dazu auch den Anfang des letzten Teils.

158 So war die Begründung zum Unfallversicherungsgesetz, es sollten "die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" notwendig gemacht hätten, auch "durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen" bekämpft werden. Vgl. O. Vossler: BISMARCKS SOZIALPOLITIK, Darmstadt 1961, S. 17. Sozialpolitik "drainiert die Ziele der Arbeiterbewegung, indem sie eine Alternative zu radikalen Lösungen entwickelt hat", ist nach wie vor die Auffassung der bürgerlichen Wissenschaft. Vgl. Ch. Ferber: SOZIALPOLITIK IN DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT, Hamburg 1967, S. 46. Gegenüber den bürgerlichen Parteien stellte Bismarck im Reichstag (26.11.1884) fest: "Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge von Leuten sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren." (Diese und andere Äußerungen bei P. Peschke: GESCHICHTE DER DEUTSCHEN SOZIALVERSICHERUNG. Der Kampf der unterdrückten Klassen um soziale Sicherung. Berlin (DDR) 1962; hier S. 278.).

159 Vgl. die in der vorigen Anmerkung zitierte Äußerung Bismarcks. An historischen Beispielen fehlt es nicht: der größte sozialpolitische Schub fand in Deutschland 1918/1919 angesichts der drohenden Revolution statt; in Italien wurden 1969 nach zwei Generalstreiks usw. die Renten von 65 auf 74 % des Endverdienstes erhöht, bis 1976 sollen sie auf 80 % steigen (BRD: ca. 45 %). Die Frage ist aber, wie weit Zugeständnisse auf dem einen Gebiet durch

scheinbar selbständige Instanz nicht möglich. Andrerseits konstituieren diese Klassenkämpfe immer auch die Arbeiter als Klasse im Sinne eines handelnden Subjekts, damit aber auch die Tendenz zur Aufhebung des Kapitalverhältnisses und seines Staates; dieser Tendenz entspricht wiederum die militärische Unterdrückungsaufgabe des Staates. Wäre nicht die Arbeiterklasse von Zeit zu Zeit gezwungen, für ihr Recht als Warenverkäufer zu kämpfen oder damit zu drohen, so wäre Polizei usw. überflüssig. Andererseits würde die 'sozialpolitische Aufgabe' des Staates (nämlich die Aufgabe der Befriedung) 'unglaubwürdig', wenn dieser immer vorhandene Zwangscharakter des Klassenstaates zur Unzeit offenbar würde. Das Janusgesicht des Staatsapparates, 'Fürsorge' und Unterdrückung, ist notwendiger Ausdruck der Antinomie des kapitalistischen Verwertungsprozesses selbst, wie sie als Recht gegen Recht beim Tausch der Ware Arbeitskraft auftritt. (160)

2. Das Kapital als Bedingung der Besonderung des Staates (161)

Es ist die besondere Eigenart der auf dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit beruhenden Form der gesellschaftlichen Produktion, daß hier die Menschen ihren eigenen Lebenserhaltungsprozeß nicht von vornherein überschauen und planmäßig gestalten können, sondern daß die im Kapitalverhältnis angelegte widersprüchliche innere Tendenz, und zwar durch das Handeln der Kapitalagenten vermittelt, zu Folgen führt, die die einzelnen Funktionäre des Kapitals selbst nicht bewußt wollen und gegen die sie als Einzelkapitalisten nichts unternehmen können. Zwar ist der Staat um des Privateigentums, um des Kapitals willen da, zwar ist er "weiter Nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben." (162) Aber damit ist der Staat eben nicht einfach mit dem Kapital, mit dieser besonderen Form der gesellschaftlichen Produktion identisch. Vielmehr charakterisiert den bürgerlichen Staat gerade die Tatsache, daß er auf der Loslösung des Eigentums als Privateigentum aus der ursprünglichen Einheit des Gemeinwesens beruht (163) und daß er auf dieser Grundlage zu "einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden" ist (164).

Es ist wichtig hervorzuheben, daß diese Besonderung zur Existenz "neben und außer" der bürgerlichen Gesellschaft auf deren Grundlage stattfindet, also auf der in sich widersprüchlichen Basis der kapitalistischen Produktion. Die wirkliche Besonderung auf dem Grund dieses Widerspruchs führt dann zu der "verkehrten", "mystifizierten", idealistischen (165) Auffassung, nach der der Staat 'der' Gesellschaft selbständig gegenübersteht, das wirkliche Subjekt ist, dessen Objekt 'die Gesellschaft' ist; Marx kritisiert diese Auffassung in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts. (Letzten Endes ist darin bereits, wenn auch in abstrakter Weise, die Kritik an der revisionistischen Staatstheorie enthalten, die zwar verbal am Primat der Gesellschaft, des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital festhält, aber die Fähigkeit des Staates zur Regulierung des gesellschaftlichen Widerspruchs behauptet, den Staat zum Subjekt erhebt.) Den Lesern des KAPITAL ist diese Entwicklung des Staates als "besondere Existenz neben und außer

Sozial- und Lohnabbau auf anderen Gebieten notwendig ihr Gegengewicht finden – notwendig infolge des Mechanismus der kapitalistischen Akkumulation, wie er über den Weltmarkt auf die einzelnen Kapitale wirkt. Es ist bekannt, wie die Zugeständnisse an die französische Arbeiterklasse im Sommer 1968 über Preiserhöhungen usw. teilweise wieder abgebaut wurden.

160 Vgl. auch P. Lapinski: "Der 'Sozialstaat'. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung." In: UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS, II (1928) S. 380; vgl. Nachdruck in: GEGEN DEN STROM, Nr. 1, S. 36

161 Wir wählen diesen zunächst schwer verständlichen Titel, da sich in der Diskussion gezeigt hat, daß die scheinbar leichter verständliche Fassung "besondere Existenz des Staates" die Vorstellung der Selbständigkeit des Staates hervorrufen kann. Was gemeint ist, wird sich in der Darstellung klären.

162 Marx, DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW Bd. 3, S. 62. Die Formulierung in dieser frühen Schrift schließt das Mißverständnis nicht völlig aus, daß die Bourgeois als Bourgeois etwas anderes als bloße Charaktermasken des Kapitals seien (daß sie also sich diese Form der staatlichen Organisation bewußt gäben).

163 Dies wird weiter unten noch ausgeführt.

164 Marx, DEUTSCHE IDEOLOGIE, a.a.O. S. 62.

165 Diese Ausdrücke werden von Marx immer wieder gebraucht, vgl. weiter unten.

der bürgerlichen Gesellschaft" leicht verständlich, wenn sie sich an die dialektische Entwicklung der Wertform, weiter der Geldform aus dem in der Ware gesetzten Widerspruch von Wert und Gebrauchswert erinnern (166). Dieser im Doppelcharakter des Arbeitsprodukts als Ware enthaltene Widerspruch kann nur dadurch erscheinen, daß er sich in einer besonderen Ware, der Geldware, darstellt; daß sich die Wertform der Ware, die sich in ihrer eigenen Gebrauchsform nicht ausdrükken kann, in der Gebrauchsform einer besonderen Ware ausdrückt und diese dadurch zum Geld macht. Das Geld e r s c h e i n t nun als selbständiges Ding, dem die besondere, historisch-gesellschaftliche Eigenschaft des Wertes als n a t ü r l i c h e oder auch als von Menschen durch bewußte Ü b e r e i n k u n f t definierte Eigenschaft anhaftet. Der gleiche 'Fetischismus' ist beider Form des Staates festzustellen. Nach der bürgerlichen Auffassung hat es entweder den Staat immer schon gegeben, ist der Mensch 'v o n N a t u r auf den Staat hin geschaffen', bzw. ist der Staat für ein menschliches (d.h. bürgerliches) Leben unentbehrlich, oder aber er wird durch V e r t r a g s s c h l u ß bewußt begründet (167). Daß er bloß Besonderung dieser spezifischen, der kapitalistischen Produktionsweise ist, ist in dieser Verkehrung auf den Kopf gestellt. Diese Verdinglichung und Verselbständigung des Staates ist auf der Basis der bürgerlichen Produktionsweise eine ebenso notwendige Illusion, wie es die Formen des Geldes, des Kapitals, des Arbeitslohns, des Profits, der Produktionsfaktoren bzw. der Einkommen usw. sind, die sich durch den besonderen Mechanismus dieser Produktionsform ihren Agenten aufdrängen und deren Handeln wirklich bestimmen.

Daher ist der bürgerliche Staat eben auch nicht "w i r k l i c h e r Gesamtkapitalist", sondern "ideeller", "fiktiver Gesamtkapitalist" (168). E r s t n a c h t r ä g l i c h und angesichts drohenden Untergangs der Grundlage dieser Produktionsweise kann sich das Interesse des Kapitals auf Erhaltung seiner Existenzbasis durchsetzen. Das wesentliche, für das wirkliche Verhalten des Kapitals bestimmende Verhältnis ist das Verhältnis des Einzelkapitals zu seiner individuellen Mehrwertquelle, den von ihm angewendeten Arbeitern. (169) "W a s k ö n n t e d i e k a p i t a l i s t i s c h e P r o d u k t i o n s w e i s e b e s s e r c h a r a k t e r i s i e r e n a l s d i e N o t w e n d i g k e i t, i h r d u r c h Z w a n g s g e s e t z v o n S t a a t s w e g e n d i e e i n f a c h s t e n R e i n l i c h k e i t s - u n d G e s u n d h e i t s v o r r i c h t u n g e n a u f z u h e r r s c h e n?" (170) Der Prozeß dieser allmählichen, durch Katastrophen und Auseinandersetzungen, Siege und Niederlagen vermittelten 'Aufherrschung' konstituiert jeweils erst den 'Sozialstaat', den 'Interventionsstaat' usw. als besondere, dem Kapital an sich äußerlich gegenübertretende Zwangsgewalt. Dieser Prozeß erzeugt auch erst jene Kämpfe der verschiedenen Gruppen von 'Interessen' und ihre verfestigten Institutionen im Staat selbst wie in seinem Vorfeld, der 'politischen Willensbildung' (als welche sie dann, aus ihrem Entstehungszusammenhang losgelöste Erscheinungen, das Objekt der politischen Wissenschaft bilden). Und weil die Eingriffe in den immanenten Zwang zur Kapitalverwertung dem Kapital als Zwangsgesetze, von einer ihm äußerlichen Institution aufgedrängt werden müssen, muß diese Institution mit Kontrollbefugnissen und einer wirksamen Sanktionsgewalt, kurz: mit einem ungeheuren und wachsenden bürokratischen Zwangsapparat ausgerüstet sein. Die bloße Tatsache dieses 'Staatsapparats' befestigt wiederum die Illusion der Selbständigkeit des Staates, seiner Fähigkeit zur 'Intervention' in 'die Wirtschaft'. Dabei besagt die Tatsache der Existenz dieses Apparats ja noch keineswegs, daß er wirklich wirksam eingreifen kann (ganz abgesehen von der systematischen Errichtung von Gegenapparaten zur Umgehung oder zum Widerstand gegen diese Zwangsgewalt – Unternehmerverbände und -lobbies, Steuer'beratungs'büros usw.).

Diese besondere Existenz des Staates ist also nicht selbstverständlich – nicht einmal für Klassengesellschaften. Erst die Privatisierung der in vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen von vornherein umfassend-gesellschaftlichen Sphäre der Lebenserhaltung, erst die Herausbildung des privaten im Unterschied zum kommunalen Eigentum macht überhaupt diese besondere Existenz einer ausschließlich politischen Zwangsinstitution, des Staates, möglich und notwendig. Bereits in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts (1843) beschrieb Marx den bürgerlichen "Mystizismus", der "das w i r k l i c h e Verhältnis von Familie und bürgerlicher Gesellschaft", also der "eigentlich Tätigen zum Staat auf den Kopf stellt, die Voraussetzung zum Bedingten macht, das "Produzierende... als das Produkt seines Produkts" setzt. (171) "Es versteht sich, daß da erst die politische Verfassung als solche ausgebildet ist, wo die Privatsphäre", das "Eigentum, der Vertrag, die Ehe, die bürgerliche Gesellschaft", eine selbständige Existenz erlangt haben. Wo Handel und Grundeigentum unfrei, noch nicht verselbständigt sind, ist es auch noch nicht die politische Verfassung. ... Die Abstraktion des S t a a t s a l s s o l c h e n gehört erst der modernen Zeit, weil die Abstraktion des Privatlebens erst der modernen Zeit gehört. ... Im Mittelalter gab es Leibeigene, Feudalgut, Gewerbekorporation, Gelehrtenkorporation etc., d.h., im Mittelalter ist Eigentum, Handel, Sozietät, Mensch p o l i t i s c h; der materielle Inhalt des Staates ist durch seine Form gesetzt; jede Privatsphäre hat einen politischen Charakter oder ist eine politische Sphäre, oder die Politik ist auch der Charakter der Privatsphären. ... Im Mittelalter ist Volksleben und Staatsleben identisch." (172) Was Marx hier vom Mittelalter sagt, gilt für jede vorbürgerliche Gesellschaftsformation, wie er danach für die antiken Stadtstaaten andeutet und später in den Vorarbeiten zum 'Kapital' wiederholt ausführt. (173) In den alten 'Gemeinwesen', dem 'Stamm', der 'Gemeinde' oder 'commune', existiert der Staat nicht als "eine b e s o n d e r e Wirklichkeit neben dem wirklichen Volksleben", sondern die 'politische' Organisation, die Stammeszugehörigkeit z.B., ist Voraussetzung und Garantie für die Aneignung der objektiven Lebensbedingungen in der Arbeit. Diese Arbeit ist auf die Herstellung der Gebrauchswerte gerichtet, deren die Mitglieder der Gemeinschaft bedürfen (wobei Sklaven oder Leibeigne als eine besondere Art von Arbeitstieren nicht Gemeindemitglieder sind, jedoch als Arbeitsinstrumente mehr oder weniger viel vom Arbeitsertrag erhalten – werden sie von ihrem Herrn zugrundegerichtet, so weiß dieser, was er tut: er schadet sich selbst, nicht anders als wenn er sich in den Fuß hackt oder seinen Tragesel verhungern läßt (so begründet Aristoteles die Unmöglichkeit einer ethischen Beziehung zwischen Herr und Knecht). Das Verhalten der arbeitenden Individuen zum Boden, also ihrer Werkstatt und ihrem Rohstoffvorrat, den objektiven Bedingungen ihrer Arbeit, "ist sofort vermittelt durch das naturwüchsige, mehr oder minder historisch entwickelte, und modifizierte Dasein des Individuums als M i t g l i e d s e i n e r G e m e i n d e" (174) (ganz elementar zunächst in der friedlichen oder gewaltsamen Inbesitznahme dieses Bodens, die nur im Gemeindeverband möglich ist). 'Eigentum' an den objektiven Bedingungen der Arbeit existiert nicht als

166 Vgl. KAPITAL Bd. 1, I. Abschnitt, besonders 1. Kapitel.

167 Das ist bis heute die Fiktion bei jeder Verfassung, auch z.B. beim Grundgesetz, wo freilich diese Fiktion besonders durchsichtig ist, da alle die Gesellschaft betreffenden Grundentscheidungen dem Grundgesetz vorausgegangen waren, nämlich die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse; vgl. oben II.4.

168 Vgl. z.B. Engels, ANTI-DÜHRING, MEW Bd. 20, S. 260: "Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."

169 GRUNDRISSE, S. 322 f; vgl. oben Teil II, Anm. 24.

170 Marx, KAPITAL Bd. 1, S. 506 f/505 (keine Hervorhebungen im Original). Wie unverändert aktuell im wörtlichsten Sinn diese Charakterisierung ist, zeigen die umständlichen Versuche zur Durchsetzung von Gesetzen zur 'Reinerhaltung von Luft und Gewässern', die schwachen Regungen gegen die weitere Steigerung des Dauerlärms durch Autos, Flugzeuge usw. Kürzlich wurde von einem Gutachten berichtet, nach dem allein die bisher bereits projektierten Kernkraftwerke am Rhein dessen Temperatur bei vollem Betrieb auf 50 Grad Celsius steigern werden, nebst Zerstörung von Klima und Uferlandschaften, Vernichtung der Fische, Luftverpestung usw. Sind derartige 'Projekte' z.B. in der DDR vorstellbar?

171 Marx: "Kritik des Hegelschen Staatsrechts", MEW Bd. 1, S. 206 f. Vgl. auch die im I. Teil, oben Anm. 5 zitierten Stellen aus Marx' Randglossen zum Artikel eines Preußen.

172 Ebenda S. 233, 232. Vgl. insgesamt die Dissertation von A. Gurland: PRODUKTIONSWEISE – STAAT – KLASSENDIKTATUR, a.a.O.

173 Vgl ausführlich Marx: GRUNDRISSE, a.a.O. S. 375 ff; hier wird die ursprüngliche, durch das Gemeinwesen vermittelte E i n h e i t der Arbeit mit ihren sachlichen Voraussetzungen ihrer T r e n n u n g im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital gegenübergestellt.

174 GRUNDRISSE, a.a.O. S. 385.

Privateigentum, sondern von vornherein nur als gesellschaftlich vermitteltes Eigentum. Die 'politische' Gemeinsamkeit der Mitglieder solcher vorkapitalistischer Gemeinwesen äußert sich besonders in der gemeinsamen Organisierung der Aufgaben, die für die weitere Existenz im Verband der Gemeinde notwendig schienen: Flußregulierung, Wegebau, Anlegung von Vorräten, auch die Aneignung neuen Bodens durch die gemeinschaftliche Arbeit des Krieges, Kult der die Einheit der Gemeinde darstellenden Götter usw. Diese Gemeinschaftsaufgaben sind hier nicht eine sich n a c h t r ä g l i c h als notwendig erweisende, von besonderen politischen Institutionen und erst nach komplizierten Auseinandersetzungen in den von der Kapitalverwertung gesetzten Grenzen allmählich übernommene Aufgabe, sondern sie sind v o n v o r n h e r e i n Teil der gesellschaftlichen Lebenserhaltung durch Arbeit (zu dieser gehört hier auch die Produktion der nächsten Generation). (175)

Wie sehr in vorkapitalistischen Gemeinwesen der g e s a m t e Lebenserhaltungsprozeß einschließlich der Produktion der materiellen Gebrauchsgüter eine Einheit ist, läßt sich am anschaulichsten am selbstwirtschaftenden Bauernhof oder am adeligen Gut klarmachen. Die Grundstruktur solcher Einheiten der gesellschaftlichen Lebensproduktion vom Großen Haus des Pharao bis zum Zelt des Erzvaters Abraham oder dem Hof des freien Bauern, ist die gleiche; unterschiedlich ist nur, ob das Gemeinwesen sich in einer einzigen Person oder in der Gemeinschaft einer mehr oder weniger großen Zahl Freier und Gleicher darstellt (Monarchie, Oligarchie oder Demokratie). Unterhalb des jeweiligen Herrn stehen die Mitglieder der 'Familie', darunter auch leibeigene Knechte usw. Unabhängig von den besonderen Formen beruhen alle diese Einheiten auf dem 'Grundeigentum', d.h. hier auf der Aneignung der Früchte der Erde durch gesellschaftliche Arbeit. (176) Die alten Handbücher der Hauswirtschaftslehre (= 'Ökonomie') lassen erkennen, was alles zu einem solchen 'Haushalt' oder 'Hof' gehörte.Ein solches Handbuch aus dem 17. Jahrhundert (177) leitet den Hausherrn u.a. zu folgenden Aufgaben an (die er natürlich delegieren kann, für die er jedoch die letzte Verantwortung trägt und die er also auch im voraus planen muß): zunächst das Verhältnis zu Gott (diese Aufgabe kann er einem Priester übertragen), zu Frau und Kindern, zum Gesinde und den Leibeigenen – dieses Verhältnis der Herrschaft schließt die Anleitung, Erziehung und Züchtigung ein; das Verhalten bei Seuchengefahr, die Beobachtung des Kalenders mit den Terminen für die verschiedenen Arbeiten ('Martini man die Gänse schlachtet'), die Wetterkunde; unter den besonderen Aufgaben der Hausherrin werden erwähnt: Erziehung vor allem der Töchter, Kochen, Backen, Herstellung von Lebensmittelvorräten durch Einmachen, Trocknen, Pökeln usw., Herstellung und Reparatur von Kleidung, die Apotheke und die Krankenversorgung, Küchen-, Arznei- und Blumengarten. Weiter werden genannt: Weinbau- und Kellerwirtschaft, Obstzucht, Ackerbau samt Brauerei, Müllerei usw., Pferde-, Rinder- und Schafhaltung; Bienen- und Seidenraupenzucht; Wasserversorgung, Bachregulierung (zum Antreiben der Mühlen), Fischzucht; Forstwirtschaft und Jagd; Mühlen, Ziegeleien, Steinbrüche und Minen. So disparat diese Aufzählung für die bürgerliche Wissenschaftsaufteilung erscheinen muß, nach der dieser Zusammenhang in die Einzeldisziplinen der Theologie, Ethik, Pädagogik, Medizin, Meteorologie, Soziologie, Betriebswirtschaftslehre usw. usw. aufgesplittert wird, so sehr kann diese Aufzählung einen Begriff von jener T o t a l i t ä t d e r g e s e l l s c h a f t l i c h e n L e b e n s e r h a l t u n g geben, die erst nach der Abschaffung des Kapitalverhältnisses wieder als solche gestaltet und geplant werden kann. Eine Trennung von Gesellschaft und Staat, von Ökonomie und Politik gibt es hier nicht; der Hausherr übt die, allerdings durch Tradition genau festgelegte, totale Herrschaftsgewalt in abgestufter Rangfolge über Frau, Kinder und Knechte aus, bis zum Recht der körperlichen Bestrafung, ja der Todesstrafe (selbstverständlich hat sich diese Tradition allmählich aus den besonderen Bedingungen der Produktion des Lebens heraus entwickelt, nicht

175 Begriffe wie Gemeinschaft, Gemeinschaftswerk dienen ideologischen Zwecken, wenn sie aus ihrem vorbürgerlichen Zusammenhang umstandslos auf die vom Kapitalverhältnis beherrschte Gesellschaft übertragen werden ('Volksgemeinschaft', 'Deutsches Gemeinschaftswerk' und dgl.). Dagegen können sie in gewisser Weise beim Aufbau des Kommunismus ihren ursprünglichen Sinn wiedergewinnen.

176 Vgl. GRUNDRISSE, S. 375 ff über die verschiedenen Formen, in denen sich dieses Grundverhältnis realisiert.

177 Hohberg: "Georgica curiosa", 1682; zitiert nach O. Brunner, Das "ganze Haus" und die alteuropäische "Ökonomik", in: ders., NEUE WEGE DER SOZIALGESCHICHTE, Göttingen 1956, S. 33-61, bes. S. 35.

ohne ein gewisses Beharrungsvermögen). Wenn der Hausherr nicht der einzige Herr, der Herrscher ist (wie der Inka in Peru), so kann er einen Teil seiner Rechte und Pflichten an niederigere Herren verleihen (Feudalsystem). Oder er übt einige dieser Rechte und Pflichten gemeinsam mit anderen, gleichberechtigten Herren aus, z.B. im Senat oder auch der Volksversammlung (zum Volk gehören grundsätzlich nur die freien Hausherren auf eigenem Grund); wichtigste dieser Aufgaben ist die Kriegführung (vgl. das germanische Thing, wo zu diesem Zweck der 'Herzog', der Heerführer, gewählt wurde).

Katastrophen treten für solche vorkapitalistischen Gemeinwesen entweder als wirkliche Naturkatastrophen oder beim Zusammenstoß mit anderen Gemeinwesen auf, nicht jedoch als gesellschaftliche Naturkatastrophen wie in der verkehrten Welt des Kapitals. Und es ist notwendiger Ausdruck der im Kapital enthaltenen Konsequenz, wenn Marx im KAPITAL nach der Entwicklung der Kategorie des absoluten Mehrwerts sogleich zur Darstellung der Katastrophen kommt, die die Mehrwertproduktion für die lebendige Arbeitskraft zur Folge hat, und von daher die Besonderung des Staates in der Fabrikgesetzgebung ableitet. Solange die Arbeit auf die Produktion von Gebrauchswerten, auf die Lebenserhaltung der gesellschaftlichen Individuen gerichtet ist, wird keine gesonderte Kontroll- und Zwangsorganisation nötig, die zu verhindern sucht, daß die Individuen und die Gesellschaft sich durch ein Übermaß an Arbeit selbst zugrunderichten. Erst die kapitalistische Warenproduktion zerreißt diesen Zusammenhang und erzeugt das Problem der Selbstzerstörung der Gesellschaft. Die Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates, ihre Zusammenfassung also in einer Institution, die ihr selbst als äußerlich erscheint, die über ihr als 'besondere Existenz' zu schweben scheint, ist deshalb notwendig, weil nur so die Existenz der Gesellschaft (nämlich als kapitalistischer) überhaupt gewährleistet werden kann. Weil der direkte Zweck der Produktion nicht die gesellschaftliche Lebenserhaltung, sondern der Mehrwert ist, weil deshalb der Produktionsprozeß von Gesetzmäßigkeiten vorwärtsgetrieben wird, die dem bewußten Willen der Individuen verborgen sind und sich hinter ihrem Rücken, aber durch ihr eigenes Handeln durchsetzen, ist eine solche gesonderte gesellschaftliche Institution notwendig, die der Gesellschaft als produzierender gegenübertritt. Diese nachträgliche und notdürftige Kontrolle des Staates über die naturwüchsige Gestalt des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ist notwendig zur Erhaltung der Produktion von Mehrwert, dieser besonderen Form der Aneignung der Mehrarbeit einer Klasse durch eine andere Klasse. Diese Kontrolle soll also den Klassencharakter dieser Gesellschaft erhalten; sie ist eine der Funktionen, die der Staat in dieser Klassengesellschaft übernehmen muß (die Funktion der d i r e k t e n Unterdrückung wird in unserem Zusammenhang nicht behandelt, da sie für diese besondere Gesellschaftsform gerade nicht in e r s t e r Linie typisch ist – die Verkennung dieser grundlegenden Tatsache verführt vielfach zu falschen Folgerungen im Hinblick auf die revolutionäre Umwälzung und ihre Organisation; vgl. Teil V). Bis in die alltäglichen Einzelheiten hinein hat daher die 'Sozialpolitik' (also eine Staatstätigkeit, die in die Gesellschaft nachträglich eingreift und deren 'soziale Frage' zu lösen versucht) den Charakter einer die Produzenten entmündigenden Überwachung, Kontrolle bzw. 'Fürsorge' (das spürt jeder Arbeiter, wenn er vor dem 'Vertrauensarzt', dem Sozialbürokraten hinter dem Schalter der AOK in der Schlange der Wartenden antritt, um seine Arbeitskraft möglichst schnell reparieren zu lassen). So sehr also einerseits die staatliche Sozialpolitik dem einzelnen Produzenten eine gewisse Sicherheit bei teilweisem oder völligem Verlust seiner Arbeitsfähigkeit bietet, so wenig hat die Sozialpolitik andrerseits mit einer bewußten und planvollen Vorsorge für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch den Gesamtarbeiter, die assoziierten Produzenten selbst zu tun. Eine solche b e w u ß t e V o r s o r g e wird in der kommunistischen Gesellschaft von vornherein bloß ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses sein; sie wird eine ö f f e n t l i c h e Aufgabe wie die übrige Lebenserhaltung der Gesellschaft und ihrer Glieder, nicht aber der Gegenstand der abstrakten bürokratischen Tätigkeit einer besonderen p o l i t i s c h e n Organisation sein. (178)

178 Vgl. Marx/Engels: KOMMUNISTISCHES MANIFEST, Ende des II. Abschnitts, MEW Bd. 4, S. 482 ("Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern.").

Elemente einer Zurücknahme der staatlichen Funktionen in die Gesellschaft sind z.B. in der DDR bereits deutlich zu erkennen, obwohl dies dort vielfach durch den überlieferten Namen des Staates ('Staatliche Plankommission') verdeckt ist. Denn dieser Staat beansprucht die Entscheidung über a l l e wesentlichen Fragen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Für unseren Zusammenhang besonders interessant sind jene Bereiche dieses Prozesses, die im bürgerlichen Staat notdürftig und unvollständig als Sozialpolitik am Rande der 'eigentlichen' Produktion besorgt werden. Dazu gehört etwa die planmäßige Qualifikation der Arbeitskraft in Übereinstimmung mit der Entwicklung der gegenständlichen Produktionsbedingungen (die Erfolge der DDR auf diesem Gebiet, die keineswegs bloß Vorsprung, sondern qualitativ anders sind, brauchen nicht erläutert zu werden). Dazu gehört auch die planmäßige Vorsorge für die Gesundheit des Gesamtarbeiters durch ein umfassendes Netz von Polikliniken und Ambulatorien, Beratungen, Vorbeugeuntersuchungen und Impfungen, aber auch durch die strenge Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften im Betrieb oder durch die Ermöglichung von Urlaubsreisen für alle Arbeiter (in der BRD kann bekanntlich nur ein Bruchteil der Arbeiter im Urlaub auch wirklich verreisen); daß auch auf diesem Gebiet die DDR der BRD mit ihrem 'hohen Lebensstandard' überlegen ist, dafür lassen sich zahlreiche statistische Angaben beibringen (179). Der Staat beansprucht hier, in dieser umfassenden Weise zu planen, und er hat auch die Macht dazu; insofern unterscheidet er sich grundsätzlich vom bürgerlichen Staat. Andrerseits ist er immer noch Staat, insofern nämlich, als diese gesamtgesellschaftliche Planung des Produktions- und Lebenserhaltungsprozesses den vereinzelten Produzenten noch weitgehend verselbständigt gegenübertritt. Das zeigt sich auch daran, daß die noch nicht wirklich assoziierten, sondern noch weitgehend einzelnen Produzenten mit individuellen materiellen Anreizen, wie bewußtlose Maschinenelemente durch Hebel, zu höherer Arbeitsleistung angetrieben werden. (Wenn im Zusammenhang damit die Verfügung der Einzelbetriebe und VVBs über das Produkt der eigenen Mehrarbeit sogar soweit erweitert wird, daß sie damit auch ihren Produktionsmittelbestand ausbauen können, so liegt hier eine Möglichkeit zur Verselbständigung der Betriebe und damit der Schwächung der gesellschaftlichen Planung). Der Weg zum Aufbau des Kommunismus schließt aber die Revolutionierung des Bewußtseins der Produzenten, das Begreifen, aktive Beherrschen und Planen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses durch die assoziierten Individuen ein. Erst dann kann der Staat seinen politischen Charakter verlieren und wirklich zur 'öffentlichen Gewalt' werden. Die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft setzt die volle Entwicklung der gegenständlichen u n d d e r m e n s c h l i c h e n Produktivkräfte voraus, also die Steigerung der materiellen Produktivkraft ebenso wie die allseitige Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Individuen. Ja, die umfassende Weiterentwicklung der gegenständlichen Produktivkräfte erfordert gerade immer mehr ihre umfassende Beherrschung durch die assoziierten, selbstbewußten, voll entwickelten gesellschaftlichen Individuen; die größte Produktivkraft ist der Mensch selbst. Zu dieser umfassenden Beherrschung gehört auch die Seite des gesellschaftlichen Lebenserhaltungsprozesses, die das Kapital bei der Produktion von Mehrwert nicht interessiert und die von seiner Besonderung im Staat nur notdürftig und in den vom Kapital gesetzten Grenzen besorgt wird.

179 Nur einige Beispiele: 1968 gab es in der DDR auf je 10.000 Einwohner 6,9 Neuerkrankungen an Tbc (1950: 50,4), in der BRD 36,8. Im gleichen Jahr, also nur sieben Jahre nach der Schließung der Grenze nach Westdeutschland bzw. West-Berlin und damit dem Ende des Abwanderung von Ärzten, lag die Zahl von Einwohnern pro Arzt in der DDR kaum noch unter der in der BRD (751 gegenüber 677); dabei ist zu berücksichtigen, daß in der BRD-Zahl eine große Zahl von Ärzten enthalten ist, die sich als kosmetische, Kur-Modeärzte usw. vor allem mit der bequemen Versorgung der Bourgeoisie bzw. mit dem Ergattern eines Teils des Mehrwerts befassen. In den industriell teilweise 'unterentwickelten' Ländern des sozialistischen Lagers ist die ärztliche Versorgung wesnetlich besser als in Westeuropa. Daß die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz in der DDR wesentlich geringer ist als in der BRD (40 % der Fälle in der BRD), sagt einiges über die wirkliche Situation der Produzenten gegenüber den Produktionsmitteln aus: die dauernde Umgehung oder Nichtbeachtung der Vorschriften des 'Arbeiterschutzes' in westdeutschen Betrieben bestätigt immer noch die Marxschen Feststellungen im KAPITAL. Vgl. WO LEBT MAN BESSER? Lebensstandard in der DDR. Hrsg. Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin-DDR 1970[7], bes. S. 57; STATISTISCHES JAHRBUCH DER BRD 1969, S. 35; G. Tittel: DIE LEGENDE VON DER BONNER SOZIALSTAATLICHKEIT, Berlin-DDR 1967, S. 72 ff.

V. Zum Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf der Arbeiterklasse

Im folgenden wollen wir einige Folgerungen darlegen, die sich für uns aufgrund der in I-IV entwickelten Überlegungen ergaben, und die vor allem der Problematisierung einiger besonders verbreiteter Auffassungen über das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf dienen sollen. Wenn dabei eine Seite besonders hervorgehoben wird, so liegt dies gerade an dieser Absicht der Problematisierung. Die Überlegungen haben insofern vorläufigen Charakter, als sie allein auf der Kritik der Sozialstaatsillusion basieren, während die Funktion des Staates für die Durchsetzung der expansiven Interessen des Kapitals, die imperialistische Politik des kapitalistischen Staates also, unberücksichtigt blieb. Da diese Staatsfunktion – wie sich in der Imperialismusauseinandersetzung in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem ersten Weltkrieg deutlich zeigt – eine wesentliche Rolle für das Verhältnis der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat spielt, bleibt die Frage offen, inwieweit die ausschließlich an der Sozialstaatsproblematik entwickelte Bestimmung des Verhältnisses Staat-Arbeiterklasse nicht wesentlich neue Gesichtspunkte durch die Hineinnahme der imperialistischen Staatsaufgaben erhalten würde. (180)

1. Materialistische Begründung der Staatsillusion

Die Tendenz des Kapitals in seiner praktischen Bewegung zur Zerstörung der lebendigen Arbeitskraft, d.h. zur Zerstörung seiner selbst als Kapital durch die Zerstörung seiner Existenzgrundlage, wirkt der Kampf der Arbeiter um den Preis für den Verkauf ihrer Arbeitskraft und, dementsprechend, um den Normalarbeitstag, der die normale Erhaltung ihrer Arbeitskraft ermöglicht, entgegen. Die Klassenkämpfe der Arbeiter sind zunächst einmal Momente der Bewegung des Kapitals selbst und insofern auch seiner Existenzsicherung.

Klassenkämpfe können also dem Dilemma nicht entgehen, daß sie als Kämpfe der Arbeiterklasse um Erhaltung ihrer Arbeitskraft gleichzeitig "systemerhaltende Funktion" haben können. Dieses Moment der Klassenkämpfe können die Arbeiterklasse und ihre Organisationen nicht einfach voluntaristisch überspringen. Die Unterscheidung zwischen systemweitertreibenden und systemsprengenden Kämpfen der Arbeiterklasse ist auf dieser Ebene zunächst idealistisch. Ob ökonomische Auseinandersetzungen auf der Ebene subjektiver Forderungen systemerhaltenden oder systemsprengenden Charakter haben, das kann nur in dem Fall eindeutig entschieden werden, wenn wie bei der Konzertierten Aktion Gewerkschaften und Unternehmer sich von vornherein darüber einigen, auf welche Weise am besten der Profit zu sichern sei, wenn also die Organisationen der Arbeiterschaft nichts weiter anstreben, als die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu sichern, das bedeutet, daß

180 Abgesehen von der Frage, wie sich der Imperialismus auf die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder auswirkt, ist im Zusammenhang der Frage nach dem Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf für die Auswirkungen des Imperialismus auf die Völker der unterentwickelt gehaltenen Länder folgendes zu sagen: Auch die politischen Bewegungen in diesen Ländern beruhen auf den Bewegungen des Kapitals. Doch ergibt sich hier von vornherein ein anderes Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf, als für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. Dies gilt vor allem für die Länder, die erst relativ kürzlich in den direkten Einflußbereich des Kapitals geraten sind, die also eine kaum gebrochene vorkapitalistische Tradition haben. Denn hier wird das Eindringen des Kapitals (wozu immer auch das Eindringen entsprechender Formen des Überbaus gehört, z.B. die Erzeugung bürgerlicher Individuen in den Missionsschulen, die dann als 'zuverlässige', kalkulierfähige Agenten des Kapitals in der eigenen Umgebung wirken können) aufgefaßt als Angriff auf die alte Einheit dessen, was in der kapitalistischen Gesellschaft als Staat und Gesellschaft auseinandergerissen ist, als Angriff auf die nationale Würde, die eigene Kultur, auf die Formen kollektiver Lebenserhaltung usw. Daher beruht der antiimperialistische Kampf (der eben mehr ist als ein Kampf einer vom Kapital selbst erzeugten Klasse gegen die Klasse des Kapitals) auf der Aufnahme von Elementen dieser eigenen Geschichte, auf der 'nationalen Befreiung' des 'Volkes'. Diese Kämpfe sind daher von vornherein 'politischer', nämlich in dem Sinn, daß sie gar nicht auf der Trennung von Ökonomie und Politik, kapitalistischer Produktion und besonderer Existenz des Staates beruhen. Dieser besondere Charakter politischer Kämpfe erlaubt es aber auch nicht, die in diesen Kämpfen gewonnenen Erfahrungen und die aus ihnen entwickelten Formen u n v e r m i t t e l t auf die Gesellschaften zu übertragen, in denen das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeiterklasse voll entwickelt ist.

auch sie die Arbeitenden bloß als durch das Kapital angewendete Objekte behandeln. Doch selbst die Konzertierte Aktion ist Rest von institutionalisiertem Klassenkampf, dahinter droht der offene Kampf. Demgegenüber bewegen sich auch sogenannte 'ökonomistische' Forderungen, wie etwa: '15 % und kein Prozent weniger', auf der Ebene der von Marx bezeichneten Antinomie von Recht wider Recht, Recht der Lohnarbeit gegen Recht des Kapitals, die beide gleich durch die Gesetze des Warenaustauschs besiegelt sind. Diese Antinomie kann durch Gesetze nicht entschieden werden, sie bildet den Kern der Klassenkämpfe.

Der widersprüchliche Charakter der Klassenkämpfe – sie s t a b i l i s i e r e n möglicherweise vorübergehend die Verwertung des Kapitals – bringt in der Geschichte der Klassenkämpfe Veränderungen der Organisation der Arbeiterschaft selbst hervor. Da die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die Erfahrung macht, daß im Gefolge dieser Kämpfe d e r S t a a t sozialpolitische Funktionen übernimmt indem er dem Kapital Zwangsgesetze aufherrscht, also als 'besonderes Wesen' gegenüber dem Kapital in Erscheinung tritt, entsteht die I l l u s i o n d e r K l a s s e n n e u t r a l i t ä t der Staatsgewalt und damit der bürgerliche Reformismus in der Arbeiterklasse und die revisionistische Theorie. Das nachträgliche Zusammenfallen von Interessen des Kapitals und Interessen der Lohnarbeit (siehe Fabrikgesetzgebung), hergestellt durch staatliche Zwangsgesetze, und zwar entgegen der 'praktischen Bewegung des Kapitals', aber doch seine Existenz sichernd, bildet die Basis der Illusion von der möglichen Versöhnung der Klassengegensätze, von der allmählichen Transformation der Gesellschaft durch das Subjekt Staat.

Andererseits haben sich die Kapitalisten und der bürgerliche Staat, eben aufgrund ihrer in sich widersprüchlichen Interessen, auch dazu bereitgefunden, die Organisationen der Arbeiterklasse anzuerkennen und die Schlichtung der Antinomie zwischen Lohnarbeit und Kapital auf der Verhandlungsebene zu versuchen. Die Bereitschaft dazu ist vor allem aufgrund der Erfahrung des Kapitals und seines Staats entstanden, daß die Bewegungsgesetze des Kapitals die Arbeiterklasse als Widerspruch im Schoße der eigenen Gesellschaft erzeugen, und daß dieser Widerspruch, eben weil er durch die kapitalistische Produktion entsteht, nicht politisch, nicht terroristisch, auf die Dauer aufgehoben, sondern eben nur durch Institutionalisierung kontrolliert werden kann – in gewissen Grenzen, was sich besonders deutlich an der Entwicklung der Organisationen der Arbeiterklasse in der BRD zeigt.

Indem aber die Kapitalisten und der bürgerliche Staat zur Anerkennung der Organisation der Lohnarbeit als Verhandlungspartner neigen – für sie der einfachste Weg der politischen Konfliktregulierung – sind die Organisationen der Arbeiterklasse wiederum dazu veranlaßt, im Staat ein neutrales, ihnen nicht feindliches, sondern am Allgemeinwohl interessiertes Subjekt und zugleich Instrument zur weitgehenden Durchsetzung der Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu sehen. Das revolutionäre Ziel muß dann allerdings zunächst zurückgestellt werden, was nur die Vorwegnahme seiner endgültigen Aufgabe ist (181). Sobald die Sozialdemokratie Sozialreform als Ziel ihrer Politik begreift, fixiert sie sich und die Arbeiterschaft notwendigerweise auch an das bestehende Staatswesen und an den Kapitalismus, da ja wie gesagt Sozialreformen nur durch den kapitalistischen Staat durchgeführt werden können. Damit ist auch das in den 'Versorgungsstaatstheorien' auf den Begriff gebrachte passive Verhältnis zwischen Bürger und Staat, die 'Konsumentenhaltung' im Kern schon in der frühen revisionistischen Theorie angelegt. Mit der revolutionären Zielsetzung, dem Ziel des Sturzes der alten Ordnung und der politischen Machtergreifung des Proletariats, wird auch der selbsttätige politische Kampf als Voraussetzung der Änderung der Lebensverhältnisse aufgegeben. Ist das Ziel soziale Besserstellung, größere Gerechtigkeit in der Verteilung, Sozialreform, so kann dies auch stellvertretend von den Organisationen der Arbeiterschaft, von Gewerkschaften und politischer Partei wahrgenommen werden. Der Weg ist vorgeschrieben als der Weg der Zusammenarbeit der Klassen durch Zusammenarbeit ihrer gesellschaftlichen und politischen Organisationen. Ja, es gibt gar keinen anderen Weg, da man ja die Hoffnung hat, den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat mit ihrem eigenen Einverständnis etwas von ihrer Macht und ihrem Reichtum abzuzwacken und an die arbeitende Klasse zu verteilen.

181 R. Luxemburg; "Sozialreform...", a.a.O., S. 114 f; vgl. oben Anfang von Teil I.

2. Politischer und ökonomischer Kampf

Die Fabrikgesetzgebung war Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe. Bei der Darstellung der Fabrikgesetzgebung trifft Marx keine Unterscheidung in der Weise, daß er nur solche Kämpfe als Klassenkämpfe bezeichnet, die unmittelbar die Staatsgewalt zum Adressaten der Forderungen des Proletariats haben. Als Klassenkampf erscheint hier vielmehr zunächst der g e m e i n s a m e Kampf der Arbeiter gegen die Gewalttätigkeiten des Kapitals, in der sich die Forderung nach staatlicher, d.h. allgemeiner und durch Sanktionen verbindlich gemachter Beschränkung des Arbeitstags durch den Staat im Verlauf der Kämpfe selbst entwickelt.

Die Allgemeinheit der Forderung entspringt wiederum der Erfahrung des Proletariats, daß, wenn das Kapital nur an einer Stelle beschränkt wird, es sich an einer anderen doch wieder schadlos hält. Auch kann nicht behauptet werden, daß Marx hier nur als Klassenkampf bezeichnet, was von einer bewußten politischen Organisation des Proletariats getragen ist. Die Fabrikgesetzgebung (Zehnstundentag) kam zu einer Zeit zustande, als die Chartistenbewegung zerschlagen und dennoch nach den Berichten der Fabrikinspektoren der "Klassenantagonismus zu einer unglaublichen Höhe gespannt" war. Es ist demnach ganz klar: Marx geht hier auf keinen Fall so weit zu behaupten, Klassenkampf finde nur dort statt, wo das Proletariat unter der Führung einer bewußten politischen Organisation steht. Vielmehr sind die Organisationen des Proletariats selbst wesentlich Ergebnis der Kämpfe, die sich aus dem antagonistischen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital im Kapitalverwertungsprozeß entwickeln.

In einem Brief an Bolte 1871 schreibt Marx noch einmal zusammenfassend zu dieser Frage: "Das political movement (die politische Bewegung) der Arbeiterklasse hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der political power (politischen Macht) für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkt entwickelte previous organisation der working class (vorher vorhandene Organisation der Arbeiterklasse) nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst.

Andererseits ist aber jede Bewegung worin, die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch pressure from without (Druck von außen) zu zwingen sucht, ein political movement. Z.B. der Versuch, in einer einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung; dagegen die Bewegung, ein Achtstunden- etc. G e s e t z zu erzwingen, ist eine p o l i t i s c h e Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine p o l i t i s c h e Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der K l a s s e, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt. Wenn diese Bewegungen eine gewisse previous Organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenso sehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation...

Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug in ihrer Organisation fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt, der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug (zu) unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden durch fortwährende Agitation gegen die (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen. ..." (182)

Um die Marxsche Auffassung noch einmal zusammenzufassen: Die politische Bewegung der Arbeiterklasse wächst aus ihren ökonomischen Bewegungen hervor: ihre politische Organisation als Klasse, die nicht mehr nur gegen den einzelnen Unternehmer, sondern gegen die Kapitalistenklasse gerichtet ist, wird nicht einfach von außen an sie herangetragen, sondern entsteht im Zusammenhang der ökonomischen und politischen Kämpfe. Die politischen Organisationen der Klasse haben dann allerdings die Aufgabe, die Kämpfe der Arbeiter weiterzutreiben, indem sie das Proletariat dahingehend schulen, daß der Gegner nicht allein der einzelne Unternehmer, sondern die Klasse der Kapitalisten und der Klassenstaat sind, damit gleichzeitig das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des Proletariats als Klasse über den einzelnen Betrieb hinaus erzeugen.

Verfolgt man nun in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Funktionen, die der von Marx hier als politisch bezeichnete Kampf hat – Kämpfe um die Erzwingung allgemeiner Gesetze durch den Staat, wobei der Staat Adressat der Forderungen des Proletariats ist – so ist es nicht mehr möglich, eine einfache Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf in der Weise

182 Marx: "Brief an Bolte", 23.11.1871, MEW 33, S. 332 f.

zu treffen, daß ökonomischer Kampf ausschließlich ökonomischer Kampf ist und immer in der Gefahr schwebt, den Opprotunismus aus sich zu entlassen, während politischer Kampf als Auseinandersetzung mit dem Staat als auf den Staat gerichtet begriffen wird und als revolutionärer Kampf bestimmt werden kann. Es zeigen sich vielmehr auch gegenteilige Tendenzen: daß nämlich die Ausrichtung der Kämpfe auf den Staat auch die Basis der Staatsillusion in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein kann, die Basis der Illusion, der politische Staat könne durch Zwangsgesetze die Macht des Kapitals brechen. Die Eroberung der politischen Macht als Endzweck der Bewegung ergibt sich nicht kontinuierlich und ungebrochen aus dem politischen Kampf der Arbeiterklasse um die Durchsetzung allgemeiner Gesetze zu ihrem Schutz vor den Gewalttätigkeiten des Kapitals. Dieser Kampf kann vielmehr, wie die ganze Geschichte des Revisionismus zeigt, die Diktatur des Proletariats und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates als Ziel aus dem Auge geraten lassen.

Nun ist wohl auch der oben zitierte Brief an Bolte nicht so zu verstehen, daß nur der Kampf, der den Staat unmittelbar ins Auge faßt, als politischer Kampf zu werten sei. Die Fabrikgesetzgebung wird hier nur als Beispiel genannt für eine Form des Kampfes, in der das Proletariat als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt. Dagegen ist in der gegenwärtigen Diskussion innerhalb der Linken die Vorstellung typisch: "Klassenkampf war nach Marx und Lenin politischer Kampf gegen das als Klasse organisierte und vom Staat unterstützte Kapital, Kampf gegen die Staatsmacht." (183) Dabei ist die in diesem Zusammenhang erfolgende Berufung auf die Marxsche Unterscheidung zwischen politischem und ökonomischem Kampf irreführend. Und auf die Darstellung im Kapital kann sich eine solche These erst recht nicht stützen. Dort wird nämlich (was durchaus zu kritisieren ist) ein gewissermaßen naturwüchsiger Prozeß der Konstituierung des Proletariats als Klasse aus den Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise behauptet: "Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung. der Ausbeutung, aber auch Empörung, der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten und organisierten Arbeiterklasse." (184)

Sieht Marx also auf der einen Seite nicht, und konnte es damals wohl nicht sehen, daß der Kampf der Arbeiterklasse um rein negative Schutzeingriffe des Staates wesentliche Quelle der bürgerlich-reformistischen Strategien und theoretischer Vorstellungen für die Organisation der Arbeiterklasse ist, so erscheint auf der anderen Seite die Vorstellung von der quasi automatischen Konstituierung der Arbeiterklasse als historisch handelndem Subjekt als mechanistisch. Dies wird gegenwärtig vor allem an der Entwicklung in den USA deutlich. Möglicherweise hängen beide Fehleinschätzungen in der Weise miteinander zusammen, daß Marx durchaus richtig die Notwendigkeit der Entstehung einer Organisation der Arbeiterklasse aus ihren ökonomischen Kämpfen einschätzte, andererseits aber die Gefahr der reformistischen Versumpfung solcher Organisationen damals nicht vorauszusehen vermochte. Daß die Arbeiterklasse als Bedingung ihrer Existenz notwendigerweise sich gegen die allgemeinen und tagtäglichen Übergriffe des Kapitals zur Wehr setzen muß, und daß dieser Kampf Organisationen hervorbringt, ist eine historische Tatsache. Daß in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse aber den Kapitalismus immer wieder in seiner Existenz sichert, wenn auch langfristig in seiner Widersprüchlichkeit weitertreibt, trägt zur Deformation der Organisationen des Proletariats bei, die sich nicht ohne weiteres einfach (wie Rosa Luxemburg noch annahm) durch neue spontane Kämpfe des Proletariats, die es entgegen den Absichten seiner Organisationen führt, umlenken lassen. Dies gilt sowohl für die auf den ökonomischen Kampf sich beschränkenden, als auch für die politischen Organisationen. Sie bilden eine reale Fessel für das Proletariat und können auch zeitweise, indem sie einzelne Forderungen der Lohnabhängigen noch zur Geltung bringen, deren selbsttätigen und solidarischen Kampf gegen das Kapital niederhalten. Andererseits können sie eine solche Fessel nur dadurch sein, daß sie diese Forderungen teilweise durchsetzen und ver-

183 ROTE PRESSE KORRESPONDENZ, Nr. 48 1970, S. 2. Der Brief an Bolte, der hier als Beweismittel für diese These herangezogen wird, wird dabei in bezeichnender Verkürzung zitiert.

184 KAPITAL, Bd. I, S. 803/790 f.

treten – das gilt selbst für die faschistische Deutsche Arbeitsfront (DAF). (185) Und ohne teilweise Zugeständnisse der Kapitalisten können sie diese Aufgabe der Befriedung nicht erfüllen; solche Zugeständnisse sind aber keineswegs vom guten Willen der Kapitalagenten abhängig.

Demgegenüber ist die Forderung, einer heruntergekommenen politischen Organisation eine neue revolutionäre Organisation einfach entgegenzusetzen, ohne daß diese selbst wieder ihre Begründung in den notwendigen Kämpfen des Proletariats findet, voluntaristisch. Die Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital sind die Basis für die Begründung wirksamer, d.h. im Proletariat verankerter politischer Organisationen.

3. Abnehmende Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital

Marx ging davon aus, daß die staatlichen Eingriffe zum Schutz der Ware Arbeitskraft wesentlichen Anteil an der Ausbildung des Kapitals zur vollen Reife haben. Die Fabrikgesetzgebung wirkt in der Richtung der Konzentration des Kapitals und zerstört die altertümlichen sowie die kleinbürgerlichen Formen der Produktion. "Sie verallgemeinert damit auch den direkten Kampf gegen diese Herrschaft. Während sie in den individuellen Werkstätten Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, Ordnung der Ökonomie erzwingt, vermehrt sie durch den ungeheuren Sporn, den Schranke und Regel des Arbeitstags der Technik aufdrücken, die Anarchie und Katastrophen der kapitalistischen Produktion im großen und ganzen, die Intensität der Arbeit und die Konkurrenz der Maschinerie mit dem Arbeiter." (186)

Das bedeutet zum einen, daß im entwickelten Kapitalismus der Kampf der Lohnarbeit gegen das einzelne Kapital, das jetzt in der Tat große Teile der nationalen oder auch internationalen Produktion in der Hand hat, nicht einfach bloß mehr ökonomischer Kampf im alten Sinn ist, sondern hier treten sich in der Tat die Arbeiterklasse als Klasse und das Kapital als herrschende Klasse gegenüber. Die Verallgemeinerung des Kampfes, seine Qualität als politischer Klassenkampf, ist nicht mehr daran gebunden, daß diese Allgemeinheit über den Staat als Gegner oder auch Adressat vermittelt werden muß. Ein Streik in einem Großkonzern oder einer Branche setzt heutzutage in der Tat das Kapital politisch unter Druck, schon allein durch seine Bedeutung für die Reproduktion des Gesamtkapitals. Bei der Verflechtung der Produktion und ihrer Zentralisation betrifft er große Teile des Kapitals überhaupt.

Aber noch ein anderes Moment ist hier von Bedeutung. Die generellen Regelungen der Arbeitszeit, so sehr sie auch heute noch vom Kapital immer wieder durchbrochen werden. (187) Vor allem in

185 Tim Mason, "Der Primat der Politik", in: ARGUMENT, Heft 41, S. 485 f. "Es war für das nationalsozialistische System, mindestens bis weit in den Krieg hinein, eine unabdigbare Notwendigkeit, der positiven Anteilnahme der Masse der Bevölkerung an seiner Weltanschauung und an allen seinen Maßnahmen sicher zu sein; der Versuch, die Arbeiterschaft durch Propaganda, Verbesserung der betrieblichen Sozialeinrichtungen, KdF usw. soweit zu bringen, war nachweislich gescheitert – also mußte ihre Zustimmung zum System durch hohe Löhne, bezahlte Feiertage usw. erkauft werden... Der Deutschen Arbeitsfront war die Aufgabe gestellt worden, die Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus zu gewinnen – nichts, selbst nicht das ungestörte Funktionieren der Rüstungswirtschaft, durfte der Erfüllung dieser Aufgabe zuwiderlaufen, auch wenn sich die DAF in verkappter Form, aber nach 1936 in zunehmendem Maße als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse betätigte."

186 KAPITAL, Bd. I, S. 528/526. Keine Hervorhebung im Original.

187 Schon die zyklischen Schwankungen in der Bewegung des Kapitals verhindern die Durchsetzung eines generell und genau begrenzten Arbeitstags. Wochenarbeitszeiten bis zu 60 Stunden in der Hochkonjunktur und von 30 Stunden in der Krise (infolge von Kurzarbeit) sind auch heute keine Ausnahme. Hier zeigt sich wieder, daß auch generelle staatliche Gesetze, 'Eingriffe in die Produktion' nicht soweit gehen dürfen, daß sie die naturwüchsigen Bewegungen des Kapitals und die damit verbundene spezifische Anwendung der Arbeitskraft stören. Da der Kapitalist außer den Lohnzuschlägen für Überstunden Zwangsmittel aller Art in der Hand hat, um Verlängerung des Arbeitstags durchzusetzen, bedeuten 'Errungenschaften' wie die 40-Stundenwoche in der Hochkonjunktur für die Lohnabhängigen nicht viel mehr als eine Lohnerhöhung.

der Hochkonjunktur, boten sich ihrer inhaltlichen Natur nach als a l l g e m e i n e Forderung der Arbeiterklasse an, und zwar als Forderung, die der bürgerliche Staat in der Form allgemeiner Gesetze erfüllen konnte. Der Achtstundentag hat nichts mit der besonderen Natur der Produktionsmittel und der Organisation des Produktionsprozesses im einzelnen Unternehmen zu tun. Er ist als allgemeines Gesetz durchsetzbar. Diese allgemeine Beschränkung der absoluten Mehrwerterzeugung durch den Staat lenkt nun den Appetit des Kapitals auf die Produktion des relativen Mehrwerts, die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Veränderungen in der technischen Struktur der Produktionsmittel und der organisatorischen Struktur des Betriebes, sowie der "Ausfüllung aller Poren des Arbeitstages" durch Intensivierung der Arbeit. "Sobald die Verkürzung des Arbeitstages, welche zunächst die subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit schafft, nämlich die Fähigkeit des Arbeiters, mehr Kraft in gegebener Zeit flüssig zu machen, zwangsgesetzlich wird, wird die Maschine in der Hand des Kapitals zum objektiven und systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen. Es geschieht dies in doppelter Weise: durch e r h ö h t e G e s c h w i n d i g k e i t d e r M a s c h i n e n und e r w e i t e r t e n U m f a n g der von demselben Arbeiter zu überwachenden Maschinerie oder seines Arbeitsfeldes. Verbesserte Konstruktion der Maschinerie ist teils notwendig zur Ausübung des größeren Drucks auf den Arbeiter, teils begleitet sie von selbst die Intensifikation der Arbeit, weil die Schranke des Arbeitstages den Kapitalisten zu strengstem Haushalt der Produktionskosten zwingt." (188)

Mit der Verlagerung von der Form der absoluten auf die Form der relativen Auspressung des Mehrwerts verändern sich auch notwendigerweise die Formen, in denen sich der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital primär abspielt, in denen das Kapital die lebendige Arbeit als bloßes Objekt anwendet und die normale Erhaltung der Arbeitskraft in Frage stellt. Intensifikation der Arbeit und absolute Unterordnung des Arbeiters unter die Maschinerie, seine Degradierung zum bloßen Anhängsel der Maschine, sind die Formen, in denen unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus primär die Übergriffe des Kapitals erfolgen. Schutz gegen diese Übergriffe können die Lohnarbeiter nicht mehr von einem allgemeinen Gesetz, das dem Kapital vom Staat aufgeherrscht wird, erwarten. Macht die Arbeiterklasse doch schon auf dem Gebiet der Regelung der Arbeitszeit die Erfahrung, daß die von den Gewerkschaften erkämpften Einschränkungen in allgemeiner Form (40-Stundenwoche) vom Einzelkapital je nach den schwankenden Bedürfnissen des Kapitalverwertungsprozesses immer wieder umgangen oder durchbrochen werden, was in ähnlicher Weise auch für andere allgemeine Staatsgesetze, wie Achtstundentat, Mutterschutz, Jugendschutz usw. gilt. (189) Aufgrund solcher Erfahrungen muß den Arbeitern auch die Beschränkung der gewerkschaftlichen Schutzforderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Urlaubserhöhung, so wichtig diese nach wie vor sind, als ungenügend erscheinen, da sie die für die Lohnarbeiter um schärfsten spürbaren u n m i t t e l b a r e n Übergriffe des Kapitals nicht verhindern können, ja z.T. direkter Anlaß zu weiteren Verschärfungen des Arbeitstempos sind. (190)

---

188 KAPITAL, Bd. I, S. 432/434.

189 Das System von Sanktionen und Belohnungen, das dem Kapitalisten gegenüber dem Arbeiter zur Verfügung steht, um diese zur Leistung von Überstunden zu bringen, führt zusammen mit der Tatsache, daß auch heute der tarifliche Lohn zusammen mit der tariflichen Arbeitszeit nur einen sehr knappen Unterhalt ermöglicht, dazu, daß die Kapitalisten immer wieder auf die Bereitwilligkeit der Arbeiter zu Überstunden hinweisen können.

190 Die richtige Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit wird heute von den Gewerkschaften völlig affirmativ begründet. Auf den IG-Metalltagungen wird sie dem Kapital schmackhaft zu machen versucht, indem die Gewerkschaften einen idealen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung, hohen Löhnen und technischem Fortschritt herstellen. So etwa Otto Brenner in: AUTOMATION UND TECHNISCHER FORTSCHRITT IN DEUTSCHLAND UND DEN USA, Frankfurt/Main 1963, S. 313: "Die Unternehmer und auch Wirtschaftsminister Schiller sollten uns dankbar sein, daß die gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik ihnen steigende Umsätze und eine wachsende Wirtschaft sichert."
Desgleichen der Gewerkschaftsideologe Theodor Prager: WIRTSCHAFTSWUNDER ODER KEINES, Wien/Köln/Stuttgart/Zürich 1963, S. 100. "Also je höher das Lohnniveau, umso höher der Grad der Mechanisierung und der Produktivität... Vollbeschäftigung, Erhöhung der Produktivität und Steigerung der Löhne sind untrennbar miteinander verbunden! Eine Steigerung der Produktivität ist auf die Dauer nur dort durchzuführen, wo der Arbeiter als ihr Träger durch Lohnerhöhungen an ihr interessiert wird. Gleichzeitig wirkt die Lohnerhöhung als der Stachel, der die Unternehmer zum technischen und organisatorischen Fortschritt zwingt. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit einem Stocken des technischen Fortschritts. S. 101 "Gleichzeitig gilt aber nach wie vor, daß die Produktivität ihren Vorsprung gegenüber den Löhnen beibehalten und sich rascher entfalten konnte, als diese." Hier wird weder gesehen, daß Verkürzung der Arbeitszeit die Unterwerfung des Arbeiters unter die Maschinerie verschärft, den Kapitalisten zu Erhöhung der Intensität der Arbeit des Arbeiters zwingt, wie sie andererseits selbst schon als Notwendigkeit aus der Intensivierung der Arbeit entspringt (vgl. dazu KAPITAL I, 438/440). Noch ist auch nur die Spur einer Vorstellung davon vorhanden, daß die mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit steigende organische Zusammensetzung des Kapitals den tendenziellen Fall der Profitrate bedeutet und damit eine Basis der Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Gesellschaft ist. So erscheint dann ein ideales Zusammenfallen von Interessen der Lohnarbeit und des Kapitals gegeben. Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit und ihre Unterwerfung unter die Maschinerie werden nicht mehr erhoben. Zu fragen ist, ob dieses Terrain der Ausbeutung von den Gewerkschaften dem Kapital deshalb nicht bestritten wird, weil die Gewerkschaften als zentralisierte und bürokratisch organisierte Institutionen unfähig sind, an spezifische Arbeitsprozesse im Betrieb gebundene Ausbeutungsformen überhaupt noch wahrzunehmen.

Den sachlichen und organisatorischen Veränderungen der Gestalt des Produktionsprozesses und der Intensivierung der Arbeit als wichtigste primäre Formen, in denen sich das Kapital die Arbeit unterwirft, läßt sich nicht durch generelle Bestimmungen begegnen – es sei denn, man stelle sich ein ganz ungeheures Gesetzeswerk vor, das solche Einschränkungen in tausenden von Paragraphen und Bestimmungen beschreiben müßte, das aber trotzdem schon im Augenblick seiner Fertigstellung überholt sein würde und neue Lücken hätte, die sogleich vom Kapital ausgenützt werden könnten. Hinzu käme die Notwendigkeit einer ebenso ungeheuren Bürokratie, die die Einhaltung der Bestimmungen an jedem Arbeitsplatz überwachen müßte. (Abgesehen von der Form der Ausbeutung, die eine absolute Grenze gegen allgemeine regulierende Staatseingriffe setzt, ist diese Grenze auch inhaltlich gegeben. Denn wohin soll sich der Appetit des Kapitals noch wenden, wenn ihm nach der Begrenzung des Arbeitstags auch noch die Produktion des relativen Mehrwerts begrenzt würde?) Die Form der Kontrolle, die dieser Form der Ausbeutung entgegenzusetzen wäre, läßt sich auf jeden Fall nur noch vorstellen als direkte Kontrolle der Produzenten über den Produktionsprozeß, womit sie sich als Kontrolle einer dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß äußerlichen Gewalt selbst aufheben würde.

Wir können, was mit diesem veränderten Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln gemeint ist, vermutlich am ehesten klarmachen, wenn wir das Verhältnis der Gebrauchswertstruktur, der technischen Seite des Arbeitsprozesses, zur Gebrauchswertstruktur, zur besonderen Qualifikation der Arbeitskraft betrachten. Ein rationelles Verhältnis zu den vergegenständlichten Arbeitsmitteln könnten die Produzenten in der kommunistischen Gesellschaft nur in der Weise herstellen, daß sie selbst v o n v o r n h e r e i n die technische Struktur des Arbeitsprozesses unter dem Blickwinkel i h r e r Fähigkeiten und Möglichkeiten und deren Entwicklung sowie ihrer konkreten Bedürfnisse gestalten. Beispielsweise würden die Produzenten im Rahmen eines Betriebes oder eines ganzen Produktionszweiges zusammen mit den Spezialisten die Verbesserung eines bestimmten Produktionsprozesses oder überhaupt eine Neufassung in gemeinsamer Arbeit planen und zuwegebringen. (191) V o n v o r n h e r e i n wird dann das Maschinensystem eben nicht die lebendige Arbeit bloß noch als Lückenbüßer anwenden, sondern die Produzenten organisieren planmäßig die Kooperation, das Zusammenwirken der gegenständlichen und der lebendigen Seite des Arbeitsprozesses.

---

191 Aufgabe eines dieser Spezialisten wäre z.B., die langfristigen Auswirkungen bestimmter Arbeitsvorgänge auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter zu erforschen, bzw. entsprechende Änderungen schon bei der Konstruktion des technischen Apparates vorzuschlagen. Eben diese Tätigkeit wurde von einem Mediziner, der Teilnehmer am Professorenkolleg im DDR-Fernsehen im März 1970 (1. Programm) war, im einzelnen vorgetragen. Selbstverständlich erfordert eine derartige Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, daß die Produktion im Rahmen eines gesellschaftlichen Gesamtplans weiterentwickelt wird, und nicht, wie im Kapitalismus aufgrund der zyklischen Bewegungen des Kapitals und der zufälligen Bewegungen der Konkurrenz.

Das Zurücknehmen der Funktionen des Staates in die Gesellschaft wird offenbar vom Produktionsprozeß her notwendig. Der Staat als abgehobene Institution, die durch allgemeine Gesetze einen gewissen Schutz der Arbeitskraft herbeiführen kann, wird zunehmend untauglich, da der Arbeitsprozeß selbst sich allgemeinen Regelungen immer mehr entzieht. Durch diese Entwicklung der Produktion und des stofflichen Charakters der Produktionsmittel und der Arbeitskraft, durch die Methoden, die von da her dem Kapital zur übermäßigen Aussaugung von Mehrarbeit einfallen und an die Hand gegeben sind, fällt also wenigstens in dieser Hinsicht zunehmend die Basis hinweg, auf der der Staat sich als illusorische Gemeinschaft der Gesamtgesellschaft konstituieren konnte und damit zur Fessel des Klassenbewußtseins wurde.

Dabei ist natürlich die Frage zu stellen, ob es gerechtfertigt ist, hier von einer besonderen Form der Ausbeutung zu sprechen, die erst für die gegenwärtigen und zukünftigen Klassenkämpfe von Relevanz sein wird. Schließlich begleitet die Produktion des relativen Mehrwerts die ganze Geschichte des Kapitalismus; sie ist als Entwicklung der Produktivkräfte sein wesentliches Merkmal, unvergleichlich wichtiger wenigstens, als die Produktion des absoluten Mehrwerts. Dazu ist zu sagen, daß es sich in diesem Zusammenhang nur um den Versuch der Darstellung einer historischen Tendenz handeln kann, und als solche verweist sie in der Tat die Lohnarbeiter in zunehmendem Maße auf die Notwendigkeit der Kontrolle der Produktion durch die Produzenten. Zum zweiten wäre zu untersuchen, inwieweit nicht in der Tat von Phasen in der konkreten historischen Entwicklung des Kapitalismus gesprochen werden kann, in denen es unter dem Druck sich verschärfender Konkurrenz (heute auf dem Weltmarkt), der nichts als der Ausdruck sich verschärfender Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals ist, in besonderem Maße auf die Erhöhung des relativen Mehrwerts verwiesen wird. So erfolgt das vehemente Vorantreiben der 'Rationalisierung' der Produktion der BRD ganz deutlich seit der Krise 1967, einer Rationalisierung, die neben der technischen Entwicklung der Produktionsmittel vor allem in die Richtung der Intensivierung der Arbeit geht. (Entlassungen von 'überflüssigen' Arbeitskräften; strenges Durchkalkulieren der Organisationsstruktur des Betriebes und der Struktur der Arbeitsplätze nach Möglichkeiten der Arbeitsersparnis, was noch verbliebene Freiräume der Arbeitsgestaltung und der Arbeitszeitgestaltung durch den einzelnen Lohnabhängigen einschränkt – dies gilt besonders für die Angestellten; die Büroarbeit, aber auch für die Facharbeiter –, Akkorderhöhungen; Arbeitsplatzbewertungsverfahren; MTM-System usw.). Der umfassende und tiefgreifende Charakter dieser 'Rationalisierungskampagne' läßt sich eigentlich nur mit der Phase zwischen 1924 und 1929 vergleichen, in der die Gewerkschaften ebenso euphorisch vom technischen Fortschritt des Kapitalismus als gleichzeitigem Fortschritt für die Möglichkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse schwärmten, wie dies heute Prager und Brenner tun. (192)

Jedenfalls ist festzuhalten, daß die Produktion des relativen Mehrwerts nicht kontinuierlich gesteigert wird und auch nicht einen kontinuierlich steigenden Druck auf die Lohnarbeit ausübt, sondern daß hier Phasen verstärkten Drucks auf die Arbeiterklasse zu beobachten sind, die nicht zufällig mit wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zusammenfallen, und daß das Kapital sich gegenwärtig in einer solchen Phase befindet. Zum dritten ist hier wichtig, daß anhand dieser Entwicklungen die Arbeiter auf die selbsttätige Wahrnehmung ihrer Interessen verwiesen werden, und daß hier ein wesentlicher Grund für den Verlust des Einflusses der bürokratisch organisierten und auf Integration ins kapitalistische System bedachten Gewerkschaften liegt. Dies zeigen sowohl die Anlässe zu wilden Streiks in den USA, die primär sich gegen Intensifikation der Arbeit und totale Unterordnung unter die Maschinerie richten (193), als auch die wilden Streiks in Schweden, deren Kernpunkt neue Akkordfestsetzungen zusammen mit schikanierenden Antreibermethoden waren, das zeigten die großen Streikbewegungen bei Fiat und Pirelli in Italien (bei Fiat z.B. war die Auspowerung der Arbeiter durch Bandgeschwindigkeiten und Antreiberei soweit fortgeschritten, daß viele Arbeiter einige Tage im Monat krankfeiern mußten, um überhaupt weiterarbeiten zu können und sich nicht total zugrunde zu richten), das zeigt aber auch die Streikbewegung im September in der BRD, wo die Empörung der Arbeiter über stagnierende Löhne und flotte Gewinnmacherei ihre Vehemenz aus der gleichzeitigen Verschärfung des Arbeitsdrucks in den Betrieben erhielt.

192 Vgl. Anm. 190. Zur Rationalisierung nach 1924, vgl.: Otto Bauer: KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS NACH DEM WELTKRIEG, 1. Bd. Rationalisierung und Fehlrationalisierung SOZIALISMUS NACH DEM WELTKRIEG, 1. Bd. Rationalisierung und Fehlrationalisierung, Berlin 1931. Was die technische Seite der Rationalisierung angeht, so ist hier festzuhalten, daß seit der Krise 1967 die Einführung von elektronischer Datenverarbeitung in den Betrieben einen qualitativen Sprung vorwärts gemacht hat.

193 Vgl. dazu LEVIATHAN, Nr. 1, 1969 (eine Zeitschrift der US-amerikanischen Linken).

Indem der Staat jedenfalls für Forderungen der Arbeiter wie die Verringerung des Arbeitstempos, Gegenwehr gegen die Erhöhung der Akkordsätze, Kampf gegen weitere Intensivierung der Arbeit, gar nicht mehr als Adressat in Frage kommt, sondern die Auseinandersetzungen hier ausschließlich auf der Ebene zwischen Lohnarbeit und Kapital erfolgt, fällt auch immer mehr die Basis jener Illusion des Bewußtseins fort, daß der Staat es sei der die Verbesserung der Situation der Arbeiter innerhalb des Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital zu betreiben habe. (194)

Unter diesem Aspekt müßten die Kämpfe der norditalienischen Arbeiter seit dem letzten Sommer genau untersucht werden, bei denen der Staat im wesentlichen als hilflose Gestalt im Hintergrund blieb. Im Angesicht dieser Kämpfe schwindet der Schein, als ob der Staat aus einer Zaubertüte immer neue sozialpolitische Befriedungsmittel zur Manipulation der Massen hervorziehen könnte. Als Mittel der Herrschaftssicherung des Kapitals bleibt ihm dann in der Tat nichts als die Staatsgewalt: Polizei, Heer, Strafjustiz. Dagegen ist eine materielle Grundlage für Sozialstaatsillusionen in den zunehmenden 'Aufgaben' des Staates auf dem Gebiet der 'Bildungspolitik' zu sehen. Bei der Anwendung der bereits qualifizierten Arbeitskraft in der Produktion findet der Kampf immer direkter zwischen Arbeitgeber und Arbeitsanwender, zwischen Lohnarbeit und Kapital statt; bei der Qualifikation der Arbeitskraft dagegen nimmt die Rolle des Staates immer weiter zu. In den im Ausbildungsbereich aufbrechenden Konflikten erscheint der Staat, der 'Staatsapparat', als wesentlicher, ja einziger und einheitlicher Gegner. Hier liegt die materielle Basis für enorme Überschätzung der Rolle des Staates im 'Spätkapitalismus', die für einen großen Teil der Studenten- und Schülerbewegung kennzeichnend ist. Und zwar ist die Erfahrungsgrundlage dieser Illusion nicht nur das Erlebnis von Polizeischlachten und Justizverfolgungen, sondern zugleich die Tatsache der errungenen Zugeständnisse und der gewährten Reformen, der 'Modernisierung des Bildungswesens'. Wie sehr diese Reformen aus den Widersprüchen der Kapitalverwertung selbst heraus notwendig werden, wie sie nur in langwierigen Auseinandersetzungen und meist in Halbheiten durchgesetzt werden, und vor allem wie es für alle staatlichen Bildungsreformpläne äußerst reale Schranken, die Antastung des Mehrwerts gibt, das bleibt denen leicht verborgen, die immer nur den 'Staatsapparat' als Gegner erleben. Ein neuer Revisionismus könnte so bei denen entstehen, die aufgrund der schroffen Trennung des Bildungs- vom Produktionsbereich in der kapitalistischen Gesellschaft vergessen, daß sie nur ausgebildet werden, um den Appetit des Kapitals adäquat zu befriedigen. Diese Einsicht zu verhindern sind die gegenwärtigen politischen Maßnahmen der SPD – Amnestie, Herabsetzung des Wahlalters und der Wehrdienstzeit – besonders geeignet. Kann dagegen diese Einsicht schon den Schülern und Studenten (natürlich nicht denen, die sich bewußt auf den Dienst bei den Unterdrückungsapparaten vorbereiten) vermittelt werden, indem sie ihre Auseinandersetzungen mit dem Staat nicht als Kampf um ständige Privilegierungen, sondern im Zusammenhang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital begreifen und daraus Konsequenzen für die politische Praxis ziehen, so kann der Kampf gegen die staatliche Produktion der Arbeitskraft im Dienst des Kapitals zu einer Nebenfront des Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital werden.

194 Zu fragen ist dabei, ob die Gewerkschaften in der Lage sind, dieser Entwicklung durch Herausstellung von Forderungen, die durch generelle Regelungen zu befriedigen sind (Krankengeld, Rentenerhöhung und Lohnforderungen) auf die Dauer entgegenzuwirken. Wenigstens läßt sich zeigen, daß scheinbare Erfolge in dieser Richtung, wie die Verabschiedung des Gesetzes zur 'Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall' im Sommer 1969, keine wirkliche Besserung der Situation der kranken Arbeiter bewirkt hat, da Kautelen in den Gesetzestext eingebaut sind, die eine Umgehung der Zahlungen ermöglicht, so daß z.T. die Unsicherheit der Arbeiter für den Krankheitsfall sogar gestiegen ist. (vgl. dazu: ROTE KOMMENTARE, Hrsg.: SDS Heidelberg, 20.3.70).

Aufgrund des Umfanges können von diesem Aufsatz keine kostenlosen Sonderdrucke zur Verfügung gestellt werden.

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

Heft 1 des ‚Marxismus – Digest' hat zum Thema:
„Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung – Inhalt, Formen, Methoden"
Es enthält u.a. folgende Beiträge:

L. Alter
Wesen, Methoden und Widersprüche der Regulierung und Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft

Jean Launay
Die Bedeutung des gegenwärtigen französischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Antonio Pesenti
Bermerkungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und zur Planifikation unter spezieller Berücksichtigung der italienischen Erfahrungen

R. Oganow/B. Jaroschewskij
Einige moderne Konzeptionen der Programmierung in den USA

Heft 2 des ‚Marxismus – Digest' hat zum Thema:
„Neokolonialismus"
Es enthält u.a. folgende Beiträge:

Hartmut Schilling
Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus

M. Lawritchenko
Wer ist für die ökonomische Rückständigkeit der „dritten Welt" verantwortlich?

Jean Marcel
Die neokolonialistische „Entwicklungshilfe" des französischen Imperialismus

Harry Magdoff
Ökonomische Aspekte des US-Imperialismus

Der ‚Marxismus – Digest' erscheint als Vierteljahreszeitschrift jeweils zum 15. Januar, April, Juli, Oktober eines Jahres. Der Umfang der Hefte beträgt ca. 160 Seiten im Format 15x23 cm.
Die Hefte können sowohl einzeln als auch im Abonnement bezogen werden. Die Mindestdauer eines Abonnements ist ein Jahr (4 Hefte).

Preise:
Einzelheft DM 8,–
Jahresabonnement DM 26,–

Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5,– für das Einzelheft, DM 16,– für das Jahresabonnement.

I M S F

Bezug über den Buchhandel oder direkt über
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6
(Studentenabonnements nur über IMSF)

Joachim Bischoff, Heiner Ganßmann, Gudrun Kümmel, G. Löhlein

Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse

1. Studentenrevolte und Klassenkampf

Erst im politischen Niedergang der Studentenbewegung wird den mittlerweile untereinander zerstrittenen Gruppierungen die Frage nach ihrer Organisationsform aufgezwungen. Im Verfaulungsprozeß des antiautoritären Bewußtseins verschwindet spurlos das Grunddogma der Bewegung von der Notwendigkeit des spontanen, unorganisierten Emanzipationskampfes und macht endlosen Strategiediskussionen Platz. Mit der Suche nach Organisationsmodellen löst sich die den Höhepunkt der Bewegung chrakterisierende Theoriefeindlichkeit auf und an ihre Stelle tritt in Anlehnung an das Lenin'sche Diktum: "ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben", (1) die Reflexion "der politischen Verlaufsform (der) antiautoritären Aktionsgeschichte" (2). Obwohl in den verschiedenen Ansätzen (3) zur Theorie der Studentenbewegung die Glorifizierung der Vergangenheit bestimmendes Moment ist, enthalten sie ein gewisses Maß an Selbstkritik. (4) Diese Selbstkritik läuft darauf hinaus, daß die diffuse, antiinstitutionelle Strategie ersetzt werden soll durch theoretisch begründete revolutionäre Arbeit. Das impliziert, daß an Stelle eines bloß moralischen Apells an die Bevölkerung zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Einsicht tritt, daß "die Bevölkerung ... eine Abstraktion (ist), wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen. Z.B. Lohnarbeit, Kapital etc." (5) Weil die Studentenbewegung sich nicht mehr als revolutionäres Subjekt begreifen kann, erinnert sie sich der schon tot geglaubten Arbeiterklasse. Insofern wird das Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterklasse zum zentralen Topos der Diskussionen um die Organisationsmodelle. Zur Bestimmung dieses Verhältnisses werden verschiedene Theoriefragmente herangezogen. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Konzeptionen, daß über eine Bestimmung des Stellenwerts der Wissenschaft als Produktivkraft im Spätkapitalismus eine systematische Zuordnung von Studentenbewegung und Arbeiterklasse vorgenommen werden soll. Die Kontroverse über die Funktion der Wissenschaft im Verwertungsprozeß vollzieht sich vor dem Hintergrund der verschiedenen Einschätzungen einerseits der ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft (Bedeutung des Monopols) und andererseits des Verhältnisses von Ökonomie und Politik (Problem des 'autoritären Staats'). Dabei lassen sich grob zwei Positionen unterscheiden: einmal (6), ausgehend von der Marx'schen These der Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit (reelle Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital) wird die Studentenbewegung tendenziell als Form des Klassenkampfes einer Fraktion des produktiven Gesamtarbeiters dargestellt; dagegen (7) wird die These von der Studentenbewegung

1 W.I. Lenin: WERKE Bd. 5, S. 379; ferner: RPK, 2. Jg. Nr. 52 1970, S. 2; Marxismus-Kollektiv: "Die ML-Kritik am Intellektuellen ist eine logische Unmöglichkeit", in: M. Horkheimer: KRITISCHE THEORIE DER GESELLSCHAFT Bd. III, Raubdruck, S. XXV.

2 H.J. Krahl: "Zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein", in: SDS-INFO, Nr. 26&27, Dez. 1969.

3 Vgl. Krahl, a.a.O.; Marxismus-Kollektiv, a.a.O.; K.H. Roth: "J. Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse", in: APO-PRESS, Nr. 22/23; J. Schmierer: "Zur Analyse der Studentenbewegung", in: ROTES FORUM 5; ders.: "Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste der bürgerlichen Ideologie entschieden bekämpfen!", in: ROTES FORUM; alle Aufsätze außer dem des Marxismus-Kollektivs sind in einer gesonderten Broschüre zusammengefaßt, die ohne Titel in Berlin 1970 erschienen ist und aus der im folgenden zitiert wird.

4 Vgl. Roth: "Meines Erachtens können wir heute ruhig zugeben, daß ein gerüttelt Maß unserer Forderungen bis hin zum Westberliner OSI-Modell der neuen Verwertungsstruktur des großen Kapitals konform gewesen ist", a.a.O., S. 34.

5 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 21.

6 Vgl. Krahl, a.a.O., Marxismus-Kollektiv, a.a.O., Roth, a.a.O.

7 Vgl. dazu die oben angeführten Aufsätze von Schmierer.

als Keimform einer gesamtgesellschaftlichen revolutionären Bewegung als zu pauschale Einschätzung abgelehnt und statt dessen der Intelligenz nur, wenn sie ihre eigne Klasse verläßt und sich dem Proletariat anschließt, eine Bedeutung in der revolutionären Arbeit zugemessen (8). In der letzten Konzeption wird eine Kritik an der These von der Erweiterung im Begriff der produktiven Arbeit und der damit gegebenen "neuen Vergesellschaftungsqualität des Kapitals" (9) formuliert. Als Argumente werden vorgetragen, daß "die gegenwärtige Studentenbewegung in Westdeutschland ... sich nicht unmittelbar aus der Verwissenschaftlichung der Produktion" (10) erklären lasse, weil der Prozeß der Verwissenschaftlichung kein Spezifikum der modernen kapitalistischen Produktionsweise sei, weil die gesamte Intelligenz keineswegs dem produktiven Gesamtarbeiter zuzurechnen sei, weil selbst die Zugehörigkeit zum produktiven Gesamtarbeiter nicht automatisch ein adäquates Klassenbewußtsein garantiere und weil Produktionssphäre und Ausbildungssektor strikt unterschieden werden müssen. Diese Erörterungen des Verhältnisses von produktiver Arbeiter und wissenschaftlicher Intelligenz bleibt oberflächlich, da der systematische Zusammenhang, in dem der Begriff der produktiven Arbeit in der Kritik der Politischen Ökonomie steht, nicht entwickelt wird und daher die Schlußfolgerung für eine politische Strategie willkürlich bleiben.

2. Die Theorie vom 'allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein'

Die Konzeption, die die Studentenbewegung als integralen Bestandteil des Klassenkampfes darstellt, basiert auf der Einschätzung, daß im Spätkapitalismus "der Begriff der unmittelbaren Produzenten und damit der arbeitenden Klasse sich insgesamt verändert" (11) habe. Anknüpfend an die Marx'sche Theorie soll "der Strukturwandel der an sich seienden Klassenlage durch die Expansion produktiver Arbeit im Monopolkapital" (12) auf den Begriff gebracht werden, womit über die Bestimmung der Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz im Klassenkampf ein Zusammenhang zwischen Studentenbewegung und Arbeiterklasse hergestellt werden soll. Zunächst wird dabei das Argument aufgegriffen, daß im Kapitalverhältnis die formelle und reelle Subsumtion des Arbeitsprozesses unter den Verwertungsprozeß unterschieden werden kann. Was bei Marx in der Entfaltung des Begriffs vom Kapital im allgemeinen zur Bestimmung der Produktion von absolutem und relativem Mehrwert einen systematischen Stellenwert hat, wird hier zur differentia specifica von Konkurrenz- und Monopolkapitalismus. Die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital beinhaltet die Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit und die Verwissenschaftlichung der Produktion.

Der durch das Kapital gesetzte gesellschaftliche Charakter der Arbeit stellt sich dar als Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit, wodurch die Trennung von manuellen und geistigen Potenzen der Arbeit ausgedrückt ist. Dieser Dissoziationsprozeß der Elemente des Arbeitsvermögens ist die Basis der Entwicklung der Wissenschaft.

> "So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilizing influence of capital, seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle frühren nur als l o k a l e E n t w i c k l u n g e n der Menschheit und als N a t u r i d o l a t r i e erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit, hört auf als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen." (13)

8 G. Lukacs: "Zur Organisationsfrage der Intellektuellen", in: KOMMUNISMUS, Jg. 1, H. 3 1920, S. 17.
9 Krahl, a.a.O., S. 10.
10 Schmierer: "Zur Analyse der Studentenbewegung", a.a.O., S. 2.
11 Krahl: a.a.O., S. 11.
12 ebda., S. 10.
13 K. Marx: GRUNDRISSE, a.a.O., S. 313.

Wenn die Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion Voraussetzung für Wissenschaft ist, so ist er zugleich Bedingung ihrer Anwendung: "es ist nur diese vergesellschaftete Arbeit, die fähig ist, die a l l g e m e i n e n Produkte der menschlichen Entwicklung, wie Mathematik etc. auf den u n m i t t e l b a r e n Produktionsprozeß anzuwenden, wie andrerseits die Entwicklung dieser Wissenschaften eine bestimmte Höhe des materiellen Produktionsprozesses voraussetzt." (14) Die so umrissene Entfaltung der Wissenschaft vollzieht sich immer schon einerseits unter der direkten Regie des Einzelkapitals, das sich die Träger wissenschaftlicher Arbeit als Lohnarbeiter unterordnet, andererseits im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, wo die wissenschaftlichen Arbeiter als Element der allgemeinen Arbeits- und Produktionsbedingungen aus der Revenue (14 a) bezahlt werden.

In der hier kritisierten Theorie von der Bedeutung der wissenschaftlichen Intelligenz im Spätkapitalismus bleibt der von Marx entfaltete Zusammenhang vollkommen unbegriffen. Wissenschaft fällt erst im Monopolkapital vom Platonischen Ideenhimmel und verschmilzt mit dem Kapital. "Daß Wissenschaft zur ersten unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, meint folgendes: Wissenschaft tritt n i c h t m e h r in bloßer Idealität auf, sondern ist vergegenständlicht in sachlichen Arbeitsbedingungen." (15) Demnach soll "die Wissenschaft bis zum Ende der konkurrenzkapitalistischen Periode ihren relativ eigenständigen Charakter" (16) behalten. Die angeblich erst im Spätkapitalismus einsetzende Verwissenschaftlichung der Produktion und die Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital soll den für das Kapitalverhältnis an sich konstitutiven Begriff der produktiven Arbeit verändern. "Die technologische Umsetzung der Wissenschaft ins kapitalfixierte Maschinensystem – systematisch seit Ende des 19. Jahrhunderts betrieben – und die Tendenz zur Automation haben das verändert, was Marx als die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital bezeichnet hat." (17) Es ist falsch zu behaupten, erst im Monopolkapitalismus werde durch wissenschaftliche Technologie der Begriff der produktiven Arbeit "als die arbeitsteilige Totalität zur Erscheinung gebracht, die er im unentfalteten Prinzip schon immer war." (18) Die Entfaltung des Prinzips macht sich angeblich darin geltend, daß "manuelle und geistige Arbeit, bis tief in die monopolkapitalistische Reproduktionsperiode hinein voneinander getrennt, ... tendenziell wieder – wenn auch nur in Formen koordinierter Arbeitsteilung – zur produktiven Gesamtarbeit verschmolzen" werden. (19) Wenn nicht begriffen wird, daß die Trennung von manuellen und geistigen Potenzen der Arbeit Produkt des Kapitals ist und daß ein Teil der geistigen Arbeiter schon immer direkt unter das Einzelkapital subsumiert ist, dann kann Marx ein obsoleter Begriff von Proletariat unterschoben und behauptet werden, daß "produktive Arbeit ... nicht mehr allein vom Industrieproletariat repräsentiert" werde. (20) Das Unverständnis der Stellung der Wissenschaft in der kapitalistischen Produktionsweise impliziert einen falschen Begriff vom Indsutrieproletariat und nötigt zur Reformulierung einer Revolutionstheorie. "Wenn die Wissenschaften nach Maßgabe ihrer technischen Umsetzbarkeit und ihre Träger, die geistigen Arbeiter, in den produktiven Gesamtarbeiter integriert sind, dann ist nicht anzunehmen, daß sozialrevolutionäre Strategien sich in der klassischen Weise nahezu ausschließlich aufs Industrieproletariat beziehen können!" (21) Erst im 20. Jahrhundert muß demnach jede Revolutionsstrategie das Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und Klassenkampf berücksichtigen, weil "ein auf die technologische Klassengesellschaft be-

14 K. Marx: RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, Frankfurt 1969, S. 50.
14a Marx gebraucht den Begriff Revenue in einem doppelten Sinne: "erstens um den Mehrwert als periodisch aus dem Kapital entspringende Frucht, zweitens um den Teil dieser Frucht zu bezeichnen, der vom Kapitalisten periodisch verzehrt oder zu seinem Konsumtionsfond geschlagen wird." (K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, a.a.O., S. 618, Anmerkung 33) Hier wird Revenue stets im zweiten Sinne verwandt.
15 Marxismus-Kollektiv: a.a.O., S. XXXIII, "nicht mehr" von uns hervorgehoben.
16 Roth: a.a.O., S. 38.
17 Krahl: a.a.O., S. 11. Im verunglückten Ausdruck wie "kapitalfixiertes Maschinensystem" zeigt sich die begriffslose Vermengung von Wertzirkulation und stofflichen Bestimmungen des Arbeitsprozesses.
18 Krahl: a.a.O., S. 11.
19 Roth: a.a.O., S. 29
20 Marxismus-Kollektiv: a.a.O., S. XXXVI.
21 Krahl: a.a.O., S. 11 und Marxismus-Kollektiv: a.a.O., S. XXXVI.

zogenes Klassenbewußtsein ... nun nicht mehr allein vom partikularisierten Industrieproletariat verbürgt" (22) wird.

Die geistigen Arbeiter müssen die Mystifikation, daß Wissenschaft Produktivkraft des Kapitals sei, zerschlagen, um das revolutionäre Klassenbewußtsein des produktiven Gesamtarbeiters zu inaugurieren. "Die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz muß zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden – das ist der Sinn ihrer Praxis." (23)

Die im Begriff des Kapitals eingeschlossene Veränderung der technischen und gesellschaftlichen Struktur des Arbeitsprozesses ist kein Charakteristikum des Monopolkapitalismus. Der in der Theorie von der wissenschaftlichen Intelligenz als integralen Bestandteil des produktiven Gesamtarbeiters enthaltenen falschen Rezeption des Begriffs der produktiven Arbeit im System der Kritik der Politischen Ökonomie korrespondiert insgesamt eine fragwürdige Vorstellung vom Monopolkapitalismus. "Der Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus führt, wie in der Kritik der politischen Ökonomie von Marx und Engels selbst angedeutet, zu einer Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise selber und zu einer Vergesellschaftung der produktiven Arbeit auf dem Boden der Lohnarbeit." (24) Die in der Form des zinstragenden Kapitals (Kredit) angelegte Auflösung des Privateigentums innerhalb der Schranken der kapitalistischen Produktionsweise selbst soll sich weiter entwickelt haben zum permanenten Staatsinterventionismus, wodurch die Zirkulationssphäre "als legitimationsideologisches Reich der bürgerlichen Sittlichkeit" (25) zerstört worden sei und die Herrschaft der Kapitalistenklasse nur mehr durch außerökonomische Gewalt garantiert werden könne. "Aber im Zuge der aktienstrukturellen Vergesellschaftung des Kapitals, im Prozeß der Monopolkapitalisierung, wurde die von Marx partialisierte außerökonomische Zwangsgewalt, staatsinterventionistisch, ökonomische Potenz in Permanenz." (26) Welche Einflußmöglichkeiten dem Staat auf den Reproduktionsprozeß durch die Form des Kredits gegeben und welche Grenzen ihm gesetzt sind, wird nicht abgeleitet; der Zusammenhang von Aktiengesellschaft, Monopol und Staatsinterventionismus bleibt bloße Versicherung und die Horkheimer'sche Theorie vom autoritären Staat wird anhand einiger Marx-Zitate aufpoliert, abgesehen von der praktischen Wirksamkeit dieser Theorie vom autoritären Staat läuft sie letztlich darauf hinaus, die Kritik der politischen Ökonomie für obsolet zu erklären. Die "gegenwärtige Theorie der Emanzipation unterdrückter Massen ... (ist) im Rahmen von Lohnarbeit und Kapital ganz bestimmt nicht mehr heimzuholen." (27) Durch die These vom Staatsinterventionismus als einer zweiten Natur der kapitalistischen Produktionsweise wird die Widersprüchlichkeit dieser Theorie von der wissenschaftlichen Intelligenz unübersehbar: einerseits wird in Anknüpfung an die Marx'sche Theorie – wenn auch auf Basis einer völlig falschen Rezeption – die moderne kapitalistische Produktionsweise interpretiert, andererseits soll durch das neue Verhältnis von Ökonomie und Politik die Wirklichkeit im kategorialen Rahmen der Kritik der Politischen Ökonomie nicht mehr begreifbar sein. Dieser Widerspruch macht deutlich, daß der Rückgriff auf die Bestimmung der produktiven Arbeit, also der Anschluß an die Marx'sche Theorie, letztlich die Funktion hat, der bloß moralisierenden Kritik am Spätkapitalismus den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu geben. Zwar wird keine ernstzunehmende Kritik spätkapitalistischer Verhältnisse die Bedeutung solcher Phänomene wie monopolistische Preisbildung, Staatsinterventionismus, Expansion unproduktiver Arbeit etc. bestreiten, jedoch dürfen diese Phänomene nicht aus dem Konnex des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs herausgelöst und in ihrer Bedeutung verabsolutiert werden. Andernfalls muß sich notwendig der Widerspruch entwickeln, daß einerseits vom Wertbegriff abgerückt und andererseits zur Interpretation wenigstens partiell an ihm festgehalten wird. Die Wissenschaftlichkeit der Gesellschaftskritik und die theoretische Begründung revolutionärer Aktion bemißt sich auch daran, welches Maß an Bewußtheit in der Auseinandersetzung mit der Kritik der Politischen Ökonomie erreicht wird.

22 Marxismus-Kollektiv: a.a.O., S. XXXVI.
23 Krahl: a.a.O., S. 18.
24 ebda., S. 10.
25 ebda.
26 Marxismus-Kollektiv: a.a.O., S. X.
27 ebda., S. IV.

Weil in der Theorie von wissenschaftlicher Intelligenz im Spätkapitalismus unreflektiert am Begriff der produktiven Arbeit festgehalten und dieser zur zentralen Kategorie der Begründung gegenwärtiger Formen revolutionärer Tätigkeit wird, muß er im Konnex des Systems der Kritik der Politischen Ökonomie entwickelt werden. Zugleich muß gefragt werden, welche Bedeutung die Differenzierung zwischen unproduktiven und produktiven Arbeitern für die Bewegung der Klasse an sich zur Klasse für sich haben kann.

3. Produktive Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozeß (28)

Die Ware ist die Elementarform des bürgerlichen Reichtums, das einfachste ökonomische Konkretum der bürgerlichen Gesellschaft. Sie stellt sich dar als Doppeltes. Zum einen ist sie ein äußerer Gegenstand, durch dessen Konsumtion menschliche Bedürfnisse irgendwelcher Art befriedigt werden. Er ist dem Menschen auf irgendeine Art und Weise nützlich, was seinen Gebrauchscharakter ausmacht. Der Gebrauchswert ist die Naturalform der Ware und bildet den "stofflichen Inhalt des Reichtums". (29) Zugleich bilden aber die Gebrauchswerte in der kapitalistischen Warenproduktion die stofflichen Träger des Tauschwerts. Die Produkte "erscheinen daher nur als Waren, oder besitzen nur die Form von Waren, sofern sie Doppelform besitzen, Naturalform und Wertform." (30) Marx geht bei der Formanalyse des gesellschaftlichen Reichtums der kapitalistischen Produktionsweise aus von dem quantitativen Verhältnis, als das sich der Tauschwert zunächst darstellt. Er betrachtet Wertsubstanz und deren immanentes Maß, wobei die hauptsächlichen Gesichtspunkte des der Doppelform der Ware unterliegenden zwieschlächtigen Charakters der Arbeit entwickelt werden. "Daß die Substanz des Tauschwerts ein von der physisch-handgreiflichen Existenz der Ware oder ihrem Dasein als Gebrauchswert durchaus Verschiedenes und Unabhängiges, zeigt ihr Austauschverhältnis auf den ersten Blick" (31), denn es ist gerade durch die Abstraktion vom Gebrauchswert charakterisiert. (32) Die Wertgegenständlichkeit der Ware ist notwendig abstrakte Gegenständlichkeit. "Man mag daher eine einzelne Ware drehen oder wenden wie man will, sie bleibt unfaßbar als Wertding." (33) Ihr Wert ist bloß gegenständlicher Reflex von verausgabter menschlicher Arbeit ohne sich in seiner eigenen Naturalhaut zu reflektieren. Da ihre "Wertgegenständlichkeit also rein gesellschaftlich ist, so versteht sich auch von selbst, daß sie nur im gesellschaftlichen Verhältnis von Ware zu Ware erscheinen kann." (34) Weil die Substanz des Werts gesellschaftliche Arbeit ist, sich die Aneignung der Natur in und vermittels der Gesellschaft vollzieht, kann diese Substanz nur sinnlichen Ausdruck durch Beziehung zwischen Waren erhalten. Der Wert einer Ware muß als eine Gegenständlichkeit erscheinen, welche von ihrer Naturalform "selbst dinglich verschieden und ihr zugleich mit andrer Ware gemeinsam ist." (35) Die einfachste Erscheinungsform des Werts ist gegeben, sobald eine Ware sich durch direkte Beziehung einer anderen Ware gleichsetzt.

"Die Warenproduktion unterstellt die Warenzirkulation, und die Warenzirkulation unterstellt die Darstellung der Ware als Geld, die Geldzirkulation, die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld

28 Zu den folgenden Ausführungen vgl. G. Löhlein: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Gesellschaftskritik", Diplomarbeit Berlin 1970.
29 K. Marx: DAS KAPITAL I, Berlin 1964, MEW Bd. 23, S. 50. Der stoffliche Inhalt des Reichtums fällt zunächst ganz aus der Betrachtung der politischen Ökonomie heraus, die es nur mit den gesellschaftlichen Formbestimmungen des Reichtums zu tun hat. Nur soweit der Gebrauchswert "modifiziert wird durch die Formverhältnisse oder als sie modifizierend erscheint" (ders.: GRUNDRISSE... a.a.O., S. 736), wird er zum Gegenstand der politischen Ökonomie. Vgl. R. Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN 'KAPITAL', Bd. 1, Frankfurt 1968, S. 98-124; H. Grossmann: MARX, DIE KLASSISCHE NATIONALÖKONOMIE UND DAS PROBLEM DER DYNAMIK, Raubdruck Berlin 1969, S. 36 ff.
30 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 62.
31 K. Marx: DAS KAPITAL I, Kap. 1 der 1. Aufl., Hamburg 1867, in: K. Marx & F. Engels: STUDIENAUSGABE Bd. 2, Hrsg. von I. Fetscher, Frankfurt 1966, S. 217.
32 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 51.
33 Ebda., S. 62.
34 Ebda.
35 Ebda., S. 66.

ist ein Gesetz der Darstellung des Produkts als Ware." (36) Wie sich diese Verdopplung notwendig aus dem einfachen Wertausdruck entwickelt und welche weiteren Bestimmungen dieser Wertform die Warenmetamorphose einschließt, soll hier nicht näher erläutert werden. Der Warenaustausch ist, wenn er in reiner Gestalt vorsichgeht, ein Austausch von Äquivalenten und schließt damit die Möglichkeit der Wertvergrößerung aus, da in ihm kein Wert geschaffen wird. Vergrößerung des Werts, Schaffung von Mehrwert und damit die Verwandlung von Geld in Kapital kann nicht in der Zirkulation stattfinden. Betrachtet man aber den Warenbesitzer außerhalb der Zirkulation, so ist die einzige Wechselbeziehung, die für ihn noch besteht, die mit seiner eigenen Ware. Die Wertgröße dieser Ware ist ein nach bestimmten gesellschaftlichen Gesetzen gemessenes Quantum seiner Arbeit. Letztere stellt sich aber nicht dar im Wert der Ware und einem Überschuß über ihrem Wert. Der Warenbesitzer kann einem bestehenden Wert neuen Wert durch neue Arbeit zusetzen, aber dadurch hat sich der ursprüngliche Wert nicht als solcher vergrößert, d.h. er hat sich nicht verwertet. Einerseits kann das Kapital weder in der Zirkulation noch außerhalb von ihr entspringen, dennoch zeigt die nähere Betrachtung des Zirkulationsprozesses andererseits eine Kreislaufform G - W - G', in welcher der maßlose Trieb des Werts, seine Selbstverwertung als bestimmendes Moment der Tauschoperation ausgedrückt ist. "Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandner Geldbesitzer muß die Waren zu ihrem Wert kaufen, zu ihrem Wert verkaufen, und dennoch am Ende des Prozesses mehr Wert herausziehen als er hineinwarf. Seine Schmetterlingsentfaltung muß in der Zirkulationssphäre und muß nicht in der Zirkulationssphäre vorgehen." (37) Die Wertänderung kann nicht im Austausch stattfinden, da Äquivalente getauscht werden, sondern sie muß aus der Konsumtion einer Ware und damit ihrem Gebrauchswert entspringen.

Es muß also auf dem Markt eine Ware geben, deren Gebrauchswert so beschaffen ist, daß sich ihre Konsumtion zugleich als Quelle von Wert erweist. "Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Ware vor – das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft." (38) Der Arbeiter ist der Eigentümer dieser seiner Ware, des Arbeitsvermögens, das allerdings nicht als Ding außer ihm, sondern nur in seiner lebendigen Leiblichkeit existiert. Der Gebrauchswert seiner Ware, die der Arbeiter dem Kapitalisten zum Kauf anbietet, ist nicht in einem Produkt materialisiert, sie hat außerhalb der Leiblichkeit des Arbeiters überhaupt keine Existenz und besteht nur der Möglichkeit nach, als seine Fähigkeit. Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten nicht Arbeit, sondern seine Fähigkeit zu arbeiten, die Disposition über seine Arbeitskraft. (39) Es müssen jedoch, damit der Arbeiter sein Arbeitsvermögen als Ware auf dem Markt anbietet, verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Wie bei jeder Ware muß ihr Besitzer, um sie verkaufen zu können, als freier Eigentümer über sie verfügen können. Der Arbeiter tritt somit, als Besitzer des Arbeitsvermögens, dem Käufer seiner Ware Arbeitskraft als ebenbürtiger Warenbesitzer gegenüber. Er überläßt den Gebrauch seiner Ware immer nur für einen bestimmten Zeitraum und verzichtet niemals durch ihre Veräußerung auf sein Eigentum an ihr. Eine weitere Bedingung für das Vorhandensein der Ware Arbeitskraft auf dem Markt ist, daß der Arbeiter nicht über die zur Herstellung von anderen Waren nötigen Produktionsmitteln verfügt, da er sonst von seiner Arbeitskraft unterschiedene Waren verkaufen könnte. "Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als Ware verfügt, daß er andererseits andere Ware nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen." (40) Diese Freiheit ist aber kein naturgeschichtliches und auch in dem Sinne kein gesellschaftliches Verhältnis, daß es allen Gesellschaften gemeinsam wäre, sondern Ergebnis spezifischer, der kapitalistischen Produktionsweise vorausgegangener, historischer

36 K. Marx: DAS KAPITAL II, Berlin 1963, MEW Bd. 24, S. 355.
37 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 180 f.
38 Ebda.
39 Diesen elementaren Zusammenhang übersieht R. Damus (Habermas und der heimliche Positivismus bei Marx, in: SOPO 4, Dez. 69, S. 28 und 46). Auf ihre Thesen kann hier nicht näher eingegangen werden. Damus weist mit Recht auf die Seichtheit der Habermas'schen Marx-Rezeption hin, dennoch zeigt dieser Fehler, daß sie selbst Arbeit verdinglicht begreift.
40 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 183.

Prozesse. (41) Bei der Analyse der Ware Arbeitskraft deckt Marx auf, das diese spezifische Ware — wie jede andere auch – Doppelcharakter besitzt, also sowohl Gebrauchswert als auch Wert hat. Dieser Wert muß bestimmt werden. Wie im Allgemeinen der Wert einer Ware nicht durch ihren Gebrauchswert bestimmt wird, d.h. nicht durch den Nutzen, den der Käufer aus der Ware zieht, sondern durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, so wird auch der Wert der Arbeitskraft nicht durch das Arbeitsquantum bestimmt, das der Arbeiter zu leisten imstande ist, sondern durch das zur Produktion und Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendige Arbeitsquantum. Als Wert ist die Arbeitskraft wie jede andere Ware Resultat eines abgeschlossenen Bildungsprozesses, dessen Effekt der Wert ist. Die Ursache des Nutzens, den die Ware ihrem Käufer, dem Kapitalisten, bringt, liegt also nicht im Wert der Ware. Da aber die Arbeitskraft nicht außerhalb der Person des Arbeiters existiert, fallen ihre Produktionskosten mit den Lebens- und Unterhaltskosten des Arbeiters zusammen. "Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel." (42) Der Arbeiter muß als Eigentümer der Arbeitskraft denselben Arbeitsprozeß jeden Tag von neuem beginnen können, daher müssen die Lebensmittel ausreichen, ihn in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Dieser normale Lebenszustand ist aber selbst Produkt historischer Entwicklungen und hängt zu einem großen Teil von der Kulturstufe eines Landes ab. "Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element." (43) Wie der Arbeiter den Arbeitsprozeß jeden Tag von neuem beginnen können muß, so müssen, damit das Erscheinen von Eigentümern der Arbeitskraft auf dem Markt kontinuierlich ist, die durch Abnutzung oder Tod aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Arbeiter immer mindestens durch die gleiche Menge neuer Arbeitskräfte ersetzt werden. In den Lebensmitteln, die zur Produktion der Arbeitskraft notwendig sind, müssen daher die Lebensmittel für die nächste Generation von Arbeitern enthalten sein. Da in bestimmten Arbeitszweigen ein entwickeltes Geschick der Arbeitskraft verlangt wird, bedarf es vor ihrem Einsatz einer bestimmten Bildung oder Erziehung, für die ein bestimmtes Quantum von Warenäquivalenten aufgebracht werden muß. Diese Kosten gehen auch ein in die zur Produktion der Arbeitskraft aufgebrachte Arbeitszeit. Der Wert des Arbeitsvermögens löst sich also auf in den Wert der notwendigen Lebensmittel des Arbeiters, oder in die Arbeitszeit, die notwendig ist, um die im weitesten Sinne des Wortes notwendigen Lebensmittel des Arbeiters und seiner Familie zu produzieren. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft, der im Austausch in die Hand des Geldbesitzers übergegangen ist, zeigt sich erst bei ihrem Verbrauch, und dieser vollzieht sich wie bei jeder Ware nicht in der Zirkulationssphäre. "Der

41 Marx stellt den Tauschverkehr als "reale Basis aller Gleichheit und Freiheit" in der bürgerlichen Gesellschaft dar. Als Voraussetzung der Gleichheit und Freiheit der sich im Warenverkehr gegenübertretenden Warenbesitzer erscheint in der klassischen Ökonomie "das Gesetz der Aneignung durch die eigene Arbeit". Indem Marx diesem Gesetz der "ursprünglichen Appropriation" und der daraus folgenden "ursprünglichen Akkumulation" die Geschichte der "ursprünglichen Expropriation" entgegensetzt, entlarvt er die Zirkulationssphäre als die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, deren Voraussetzung die Trennung der Masse der Individuen von den Produktionsmitteln ist. Vgl. K. Marx: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 151-162, 901-918; ders.: DAS KAPITAL Bd. 1, a.a.O., 24. Kapitel: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, S. 741-791.
Warum freilich die unmittelbaren Produzenten diesem Schein der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aufsitzen, erklärt Marx nicht durch bloßen Verweis auf die realen Kapitalien (Konkurrenz), wie ihm Krahl in theoretischer Brüderschaft mit den Vertretern der kritischen Theorie unterschiebt. Wer jedoch die Notwendigkeit der Verkehrung von Subjekt und Objekt im Kapitalverhältnis durch die Wertformen nicht begriffen hat, der kann Zirkulation und Konkurrenz zum "legitimationsideologischen Reich der bürgerlichen Sittlichkeit" erklären, das neuerdings durch den Staatsinterventionismus zerstört worden sei. In der Theorie vom autoritären Staat ist eben nie untersucht worden, wie sich die Harmonien der Zirkulationssphäre notwendig im Bewußtsein durchsetzen, wie dieser Prozeß vermittelt ist.
42 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 185.
43 Ebda.

Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft ist zugleich der Produktionsprozeß von Ware und Mehrwert." (44) Der Mehrwert, der vom Geldbesitzer als Kapitalist angeeignet wird, entspringt, wie dargelegt wurde, nicht aus dem Akt des Austausches selbst. Die Zirkulation kann überhaupt nicht Wert setzen, soweit ihr nicht Wert vorausgesetzt ist, sondern in ihr wird nur die Form des Werts gesetzt. Der Austausch der Arbeitskraft gegen Geld ist daher nur die Voraussetzung der Verwertung des Gelds als Kapital, die mit der Nutzung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft und daher mit neuer Wertschöpfung zusammenfällt und in der Produktionssphäre vor sich geht. Der Kauf und Verkauf des Arbeitsvermögens ist dabei jedoch unerläßliche Bedingung für die Verwertung des Kapitals, d.h. für die Aneignung fremder Arbeit ohne Äquivalent.

Das Kapital hat sich durch Austausch von Äquivalenten, zwischen Kapitalist und Arbeiter, die lebendige Arbeit selbst angeeignet. Der Kapitalist verfügt nun über die Arbeitskraft, die sich durch ihre Betätigung, durch Arbeit im Produktionsprozeß, als Produktivkraft des Reichtums erweisen muß. Es soll nun die Marxsche Analyse des Produktionsprozesses als Konsumtionsprozeß der Ware Arbeitskraft unter dem Aspekt der Stellung von produktiver Arbeit in diesem Prozeß betrachtet werden.

Der Produktionsprozeß des Kapitals stellt sich unter doppeltem Aspekt dar: "Der früher aus der Analyse der Ware gewonnene Unterschied zwischen der Arbeit, soweit die Gebrauchswert, und derselben Arbeit, soweit sie Wert schafft, hat sich jetzt als Unterscheidung der verschiedenen Seiten des Produktionsprozesses dargestellt." (45) Der Produktionsprozeß erscheint einmal als Arbeitsprozeß, d.h. als materieller Produktionsprozeß schlechthin, wie er allen Gesellschaftsformen eigen ist und eine ewige Existenzbedingung der Gesellschaft bildet, und andererseits als Wertbildungsprozeß und verlängerter Wertbildungsprozeß, als Verwertungsprozeß. Der Kapitalist als Käufer der Ware Arbeitskraft konsumiert diese, indem er den Arbeiter zur Produktion von Waren für sich arbeiten läßt. Der Arbeiter muß daher einen Gebrauchswert schaffen, um seine Arbeit in Ware darzustellen. "Die Produktion von Gebrauchswerten, oder Gütern, ändert ihre allgemeine Natur nicht dadurch, daß sie für den Kapitalisten und unter seiner Kontrolle vorgeht. Der Arbeitsprozeß ist daher zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form zu betrachten." (46)

Im Arbeitsprozeß macht die lebendige Arbeit vergangene Arbeit zum Gegenstand neuer Produktion und erzeugt ein Produkt, das ein bestimmtes menschliches Bedürfnis befriedigt. Zur Herstellung eines bestimmten Gebrauchswerts ist es notwendig, daß der unmittelbare Produzent noch alle Fähigkeiten in sich vereinigt, deren Aktualisierung den konkret nützlichen Charakter seiner Arbeit ausmacht. Zu diesem subjektiven Faktor des Arbeitsprozesses, der zweckmäßigen lebendigen Arbeit, kommt notwendig als objektiver Faktor noch der Arbeitsgegenstand und das Arbeitsmittel hinzu. Arbeitsgegenstand ist zunächst der im Hinblick auf die Zwecke der Tätigkeit des Arbeiters ungeformt vorgefundene Naturstoff. Neben diesen unmittelbaren in der Natur vorgefundenen Arbeitsgegenständen gibt es noch solche, die bereits eine durch menschliche Arbeit vermittelte Formveränderung erfahren haben, das Rohmaterial. Zweites Moment des objektiven Faktors ist das Arbeitsmittel, "ein Ding oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen." (47) Ist der Arbeitsprozeß schon entwickelt, so sind die Arbeitsmittel Produkte früherer Arbeit. Tritt ein Produkt als Arbeitsmittel in einen neuen Arbeitsprozeß, so verlöscht sein Produktcharakter und es ist nur noch gegenständlicher Faktor der lebendigen Arbeit. Die Konsumtion des Rohstoffs und der Arbeitsmittel im Arbeitsprozeß durch die lebendige Arbeit führt diese lebendige Arbeit aus der Form der Bewegung, der Tätigkeit, über in die der Gegenständlichkeit. "Die Arbeit hat sich mit ihrem Gegenstand verbunden. Sie ist vergegenständlicht, und der Gegenstand ist verarbeitet." (48) Der Arbeitsprozeß als zweckmäßige Tätigkeit, die sich mit Hilfe des Arbeitsmittels des Arbeitsgegenstandes bemächtigt, wird von Marx als eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens begriffen. (49) "Betrachtet man den ganzen Prozeß

44 Ebda., S. 189.
45 Ebda., S. 211.
46 Ebda., S. 192.
47 Ebda., S. 194.
48 Ebda., S. 195.
49 Ob sich aus dieser Bestimmung des Arbeitsprozesses bereits ableiten läßt, daß Marx das "Verhältnis der Gattung zur umgebenden Natur" (J. Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, Frankfurt 1968, S. 49) als invariantes aufgefaßt hat, "das durch den Funktionskreis instrumentalen Handelns festgelegt ist" (ebda.), wie es Habermas tut, mag angesichts des Stellenwerts solcher Abstraktionen bei Marx bezweifelt werden. Objektivität der Erfahrung konstituiert sich für Marx nicht vonvornherein "innerhalb eines durch anthropologisch tiefsitzende Handlungsstrukturen bestimmten Auffassungsschemas" (ebda.), sondern gerade indem für Marx die gesellschaftliche F o r m der Produktion und des Reichtums zum Gegenstand wird, wird das angeblich "invariante Verhältnis der Gattung zur umgebenden Natur" (ebda.) aufgesprengt. Zur Kritik des Gattungsbegriffs vgl. K. Marx & F. Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, Berlin 1958, MEW Bd. 3, S. 37, wo Marx dagegen polemisiert, daß der Geschichtsprozeß "nun wieder spekulativ-idealistisch, d.h. phantastisch als 'Selbsterzeugung der Gattung' (die 'Gesellschaft als Subjekt') gefaßt und dadurch die aufeinanderfolgende Reihe von im Zusammenhange stehenden Individuen als ein einziges Individuum vorgestellt werden (kann), das das Mysterium vollbringt, sich selbst zu erzeugen."
50 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 196.
51 Ebda., Anm. 7.
52 Ebda., S. 207 f.
53 Ebda., S. 209.

vom Standpunkt seines Resultats, des Produkts, so erscheinen beide, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand, als Produktionsmittel und die Arbeit selbst als produktive Arbeit." (50) Produktive Arbeit bestimmt sich also vom einfachen Arbeitsprozeß her als die Arbeit, die sich in einem Produkt, d.h. da es sich hier um die Betrachtung des Arbeitsprozesses in waren-produzierender Form handelt, in einer Ware realisiert. "Diese Bestimmung produktiver Arbeit, wie sie sich vom Standpunkt des einfachen Arbeitsprozesses ergibt, reicht keineswegs hin für den kapitalistischen Produktionsprozeß." (51) Wie die Bestimmung produktiver Arbeit modifiziert wird, muß die Betrachtung der anderen Seite des kapitalistischen Produktionsprozesses, des Verwertungsprozesses zeigen.

Verengung des Begriffs der produktiven Arbeit

Handelte es sich im Arbeitsprozeß bei der Arbeit um eine bestimmte produktive, zweckmäßige Tätigkeit zur Schaffung eines bestimmten Gebrauchswertes, so handelt es sich beim Wertbildungsprozeß nicht mehr um die Qualität einer bestimmten Arbeit, sondern nur noch um ihre Quantität. Die Arbeit gilt hier nur soweit sie überhaupt Verausgabung von Arbeitskraft ist und nicht soweit sie einen bestimmten Gebrauchswert setzt. Aber nicht nur die Arbeit, auch die Produktionsmittel erscheinen vom Standpunkt des Wertbildungsprozesses in einer anderen Bedeutung. Sie stellen ein bestimmtes Quantum vergegenständlichter Arbeit dar. Was im Arbeitsprozeß als Erhalten der Qualität der vorangegangenen Arbeit erscheint, erscheint im Wertbildungsprozeß als Erhalten der Quantität der schon vergegenständlichten Arbeit. Im Wertbildungsprozeß muß der Wert der vernutzten Produktionsmittel auf das Produkt übertragen werden und in diesem wiedererscheinen. Den im Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses wiedererscheinenden Wert hat die Arbeit nicht im gegenwärtigen Produktionsprozeß geschaffen, er ist vielmehr Produkt eines vorangegangenen Produktionsprozesses und wird als Wert der Produktionsmittel, weil diese der Produktion vorausgesetzt sind und keine neue Arbeit erfordern, auf das Produkt übertragen. Der Neuwert des Produkts wird geschaffen durch den Zusatz von neuer lebendiger Arbeit. Der Wert des Produkts setzt sich demnach aus dem übertragenen Wert der vernutzten Produktionsmittel und dem Wertzusatz der vergegenständlichten, lebendigen Arbeit zusammen. "Aber die vergangene Arbeit, die in der Arbeitskraft steckt, und die lebendige Arbeit, die sich leisten kann, ihre täglichen Erhaltungskosten und ihre tägliche Verausgabung, sind zwei ganz verschiedene Größen. Die erste bestimmt ihren Tauschwert, die andere bildet ihren Gebrauchswert." (52) Der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist es, mehr Wert zu schaffen als ihr eigener Wert beträgt. Der Kapitalist als Käufer der Ware Arbeitskraft zahlt den Tageswert der Arbeitskraft und erhält dafür die Verfügung über den Gebrauch derselben während des ganzen Tages. Indem der Neuwert, der durch den Gebrauch der Arbeitskraft während eines Tages geschaffen wird, größer ist als ihr Tageswert, hat sich der Wertbildungsprozeß in einen Verwertungsprozeß verwandelt. Dauert der Wertbildungsprozeß "nur bis zu dem Punkt, wo der vom Kapital gezahlte Wert der Arbeitskraft durch ein neues Äquivalent ersetzt ist, so ist er einfacher Wertbildungsprozeß. Dauert der Wertbildungsprozeß über diesen Punkt hinaus, so wird er Verwertungsprozeß." (53) Die darin eingeschlossene Bildung von Mehrwert ist der unmittelbare Zweck, und der Mehrwert das eigentliche Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses.

Mit dem kapitalistischen Charakter des Produktionsprozesses verengt sich der Begriff der produktiven Arbeit, wie er sich vom Standpunkt des einfachen Arbeitsprozesses ergibt. Wesentliches Merkmal der kapitalistischen Produktion ist nicht die Produktion von Waren, sondern die Produktion von Mehrwert, und deshalb ist auch nur die Arbeit produktiv, die Mehrwert für den Kapitalisten schafft, unmittelbar das Kapital verwertet. Vom Standpunkt des einfachen Arbeitsprozesses erschien alle Arbeit produktiv, die sich in einem Produkt realisiert. Diese allgemeine Bestimmung durch den einfachen Arbeitsprozeß wird nicht dadurch aufgehoben, daß der Arbeitsprozeß in der kapitalistischen Produktionsweise nur Mittel für den Verwertungsprozeß des Kapitals wird. Im kapitalistischen Produktionsprozeß werden Waren produziert, und insofern bleibt die Arbeit produktiv, die sich in Waren, als Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert, vergegenständlicht. Aber der kapitalistische Produktionsprozeß ist nicht bloß Produktion von Waren, sondern wesentlich Produktion von Mehrwert. Von daher ist nur die Arbeit produktiv, die sich unmittelbar gegen Kapital austauscht und in ihrem Produkt mehr Arbeitszeit vergegenständlicht, als in den Waren vergegenständlicht ist, die ihren Träger den produktiven Arbeiter als solchen am Leben erhalten. Die Lohnarbeit als produktive Arbeit ist Bedingung des Kapitals, auf ihr beruht seine Existenz. Das Kapital tauscht sich direkt mit dem Arbeitsvermögen aus. "Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukt ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis, welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt." (54) Diese Eigenschaften des Arbeitsvermögens, Verwertungsmittel des Kapitals zu sein, macht seinen Gebrauchswert für das Kapital aus.

Produktive Arbeit ist daher eine Bestimmung der Arbeit, die absolut nichts zu tun hat mit ihrem bestimmten Inhalt oder dem konkreten Gebrauchswert, worin sie sich darstellt, sondern vielmehr mit der bestimmten gesellschaftlichen Form, worin sie sich verwirklicht. Es kann daher Arbeit desselben Inhalts sowohl produktiv als auch unproduktiv sein. "Der Gebrauchswert der Ware, worin sich die Arbeit eines produktiven Arbeiters verkörpert mag von der futilsten Art sein. Diese stoffliche Bestimmung hängt mit dieser ihrer Eigenschaft gar nicht zusammen, die vielmehr nur ein bestimmtes gesellschaftliches Produktionsverhältnis ausdrückt. Es ist eine Bestimmung der Arbeit, die nicht aus ihrem Inhalt oder ihrem Resultat, sondern aus ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form stammt." (55) Weil in der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion von Mehrwert bestimmendes Moment ist, ist "nur der Arbeiter ... produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient." (56) Zu untersuchen bleibt, wieweit dieser – der allgemeinen Bestimmung der kapitalistischen Produktion als Mehrwertproduktion – korrespondierende Begriff der produktiven Arbeit bei näherer Betrachtung des kapitalistischen Produktionsprozesses und seiner Entwicklung modifiziert werden muß.

Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit

Die Produktion und Aneignung des Mehrwerts ist das treibende Motiv, der Zweck und Inhalt der kapitalistischen Produktion und bestimmt alle Verhältnisse und wesentlichen Entwicklungsprozes-

54 Ebda., S. 532.

55 K. Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT I, Berlin 1965, MEW Bd. 26.1, S. 128. Die Abstraktion vom konkret nützlichen Charakter der Arbeit und ihrem Produkt, die das Kapital vornimmt, überträgt sich unter Bedingungen der entfremdeten Arbeit auch auf den Lohnarbeiter: "In fact ist ja dieser 'produktive' Arbeiter gerade ebenso interessiert an dem Scheißdreck, den er machen muß, wie der Kapitalist selber, der in anwendet, und der auch den Teufel nach dem Plunder fragt." (K. Marx: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 184) Diese Abstraktion entspricht dem Begriff des Werts. Kapital, der prozessierende Wert kann nur als Bewegung und nicht als ruhendes Ding begriffen werden. Hier zeigt sich jedoch, daß der bürgerliche Verstand die Welt des Scheins nicht zu durchstoßen vermag. Denn die dem Wert eigentümliche Abstraktion oder Gleichgültigkeit gegen den Gebrauchswert bleibt im Bewußtsein der Produktionsagenten falsche Abstraktion, weil letztlich Kapital doch aus den stofflichen Bestimmungen des Arbeitsprozesses abgeleitet wird. Die Sucht bei der Analyse der kapitalistischen Produktionsform den Wert und seine Formen aus dem Gebrauchswert abzuleiten, zeigt sich auch bei der Bestimmung der produktiven Arbeit. Später wird auf dieses Problem näher eingegangen.

56 K. Marx: DAS KAPITAL I, a.a.O., S. 532.

se der kapitalistischen Produktionsweise. Das Kapital kann sich aber nur verwerten, weil der von allen Produktionsmitteln freie Lohnarbeiter gezwungen ist, über die zur Erzeugung seines Lebensunterhalts nötige Zeit zu arbeiten. Der Arbeitstag teilt sich auf in den zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Teil und in einen Teil, in welchem Mehrarbeit geleistet wird. Die Aneignung dieser Mehrarbeit wird zum Selbstzweck und damit die ständige Vergrößerung derselben zur unerläßlichen Bedingung des Produktionsprozesses. Es gibt zwei Möglichkeiten den Anteil der Mehrarbeit am Arbeitstag zu vergrößern. Einmal kann dies durch eine Verlängerung der Dauer des Arbeitsprozesses, d.h. durch eine absolute Verlängerung des Arbeitstages, erreicht werden. Zum anderen kann bei gegebener Länge des Arbeitstags eine Vergrößerung des Anteils der Mehrarbeit, durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit erzielt werden. Die absolute Verlängerung des Arbeitstags ist charakteristisch für die Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise, in der sich das Kapital den Arbeitsprozeß in seiner historisch überlieferten Gestalt unterwirft. Das Kapital hat sich den Arbeitsprozeß nur formell subsumiert und noch keine Veränderung der technischen und gesellschaftlichen Struktur desselben hervorgerufen. Erst die kapitalistische Produktionsweise ist gekennzeichnet durch die ständige Revolutionierung der technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit, die die ursprüngliche Grenze der notwendigen Arbeitszeit immer weiter zurückdrängt und damit den Anteil der Mehrarbeit am Arbeitstag immer mehr ausdehnt. Die Größe der notwendigen Arbeit und damit auch die Größe der Mehrarbeit, bei gegebener Größe des Arbeitstags, wird bestimmt durch den Wert der Arbeitskraft. "Mit dem Wert dieser Lebensmittel ist der Wert seiner Arbeitskraft, mit dem Wert seiner Arbeitskraft ist die Größe seiner notwendigen Arbeitszeit gegeben. Die Größe der Mehrarbeit aber wird erhalten durch Subtraktion der notwendigen Arbeitszeit vom Gesamtarbeitstag." (57) Eine Verringerung der notwendigen Arbeit resultiert also aus einer Verringerung des Werts der Arbeitskraft, die Ergebnis einer Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit und damit einer Veränderung im Arbeitsprozeß ist. "Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehn wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozeß, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleineres Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größres Quantum Gebrauchswert zu produzieren." (58)

Es muß näher bestimmt werden, wie das Kapital die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses verändert, um die Produktivkraft der Arbeit und damit den Anteil der Mehrarbeit gegenüber der notwendigen Arbeit zu steigern, und wie sich dabei die Bestimmung von produktiver Arbeit verändert.

Der einzelne Arbeiter verkauft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft und wird von diesem bezahlt für diese seine individuelle, vereinzelte Arbeitskraft. Im Produktionsprozeß aber arbeitet er nicht als Einzelner, sondern als Glied eines werktätigen Organismus, wodurch seinem Arbeitsvermögen neue, gesellschaftliche Potenzen anwachsen. "Die Form der Arbeit vieler die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben – und miteinander arbeiten, heißt Kooperation." (59) Schon dieses einfache Zusammenwirken von Arbeitskräften aber bedeutet keineswegs eine bloße Addition derselben, es kommt dabei vielmehr eine Steigerung an Produktivkraft zustande, die aus dem gemeinsamen Charakter der Arbeit entspringt. Unter "allen Umständen ist die spezifische Produktivkraft des kombinierten Arbeitstags gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit oder Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit. Sie entspringt aus der Kooperation selbst." (60)

Diese Art der Vermehrung der Mehrarbeit gegenüber der notwendigen Arbeit durch Steigerung der Produktivität beruht also vor allem auf den gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit, die durch die Kombination vieler Arbeiter unter dem Kapital freigesetzt werden. "Weil die gesellschaftliche Produktivität der Arbeit dem Kapital nichts kostet, weil sie andererseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft." (61)

57 Ebda., S. 332.

58 Ebda., S. 333.

59 Ebda., S. 344.

60 Ebda., S. 349.

61 Ebda., S. 353.

Bei der Kooperation handelt es sich nur um ein Zusammenwirken einer größeren Anzahl von Arbeitern unter demselben Kapital und noch nicht um eine Veränderung der Produktionsweise innerhalb eines Betriebes. Das Kapital aber beschränkt sich nicht auf die Produktivitätssteigerung durch ein bloßes Zusammenwirken von mehreren Arbeitern in der Kooperation. Dennoch setzt jede Produktion auf größerer Stufenleiter ein solches Zusammenwirken voraus, und in diesem Sinne bleibt die einfache Kooperation die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise.

Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit besteht nicht nur aus der Konzentration vieler Arbeiter an demselben Ort, sondern er schließt notwendig auch eine Differenzierung in der Herstellung des Produkts ein, die auf einer Teilung der Arbeit in einzelne bestimmte Teiloperationen beruht. Historisch erscheint diese Form der gesellschaftlichen Produktion als kapitalistische Manufaktur. "Aus dem individuellen Produkt eines selbständigen Handwerkers, der vielerlei tut, verwandelt sich die Ware in das gesellschaftliche Produkt eines Vereins von Handwerkern, von denen jeder fortwährend eine unterschiedliche Teiloperation verrichtet." (62) Das Prinzip der Teilung der Arbeit innerhalb eines Betriebs stellt jedoch ein bleibendes Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses dar und ist nicht an die Form der kapitalistischen Manufaktur gebunden. In der Manufaktur aber wird nicht nur eine immer weitergehende Teilung der Arbeit des Produktionsprozesses angestrebt, sondern auch früher in einzelne Handwerke geschiedene Prozesse werden unter einem Dach kombiniert. Doch immer stellt sich die Manufaktur als ein einheitlicher Produktionsmechanismus dar, dessen einzelne Organe, die bestimmte Teilarbeiten verrichtenden individuellen Arbeiter sind. Durch das Festlegen des einzelnen Arbeiters auf immer die gleiche Detailarbeit, steigert sich die Virtuosität des Detailarbeiters, und das hat eine Verbesserung und Vermannigfachung der Arbeitswerkzeuge durch deren Anpassung an die ausschließlichen Sonderfunktionen der Teilarbeiter zur Folge. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit, und damit die Erhöhung des Mehrwerts beruht demnach auf der Kooperation und der Teilung der Arbeit innerhalb des Produktionsprozesses. Aus dem Produkt eines einzelnen Arbeiters wird das Produkt eines Gesamtarbeitskörpers, der dem Kapital einverleibt ist. "Wie in der einfachen Kooperation ist in der Manufaktur der funktionierende Arbeitskörper eine Existenzform des Kapitals. Der aus vielen Teilarbeiten zusammengesetzte gesellschaftliche Produktionsmechanismus gehört dem Kapitalisten. Die aus der Kombination der Arbeiten entspringende Produktivkraft erscheint daher als Produktivkraft des Kapitals." (63) Die Grundlage der Manufaktur aber bleibt trotz aller Entwicklung der Arbeitsteilung das Handwerk selbst. Diese enge technische Basis aber tritt nach einer gewissen Entwicklung dem Streben des Kapitals nach immer weitergehender Steigerung der Produktivität der Arbeit – zur Erhöhung des Anteils der Mehrarbeit am Gesamtarbeitstag – als Schranke gegenüber. Erst die auf Maschinenbetrieb gegründete moderne Industrie kann diese Schranke überwinden. "Die Umwälzung der Produktionsweise nimmt in der Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt, in der großen Industrie das Arbeitsmittel." (64)

An die Stelle des einfachen Handwerkzeugs tritt die Maschine, als das am weitesten entwickelte Arbeitsmittel, und damit tritt auch eine Änderung in der Beziehung zwischen Arbeiter und Arbeitsmittel im Arbeitsprozeß ein. Die Maschinerie erscheint als automatisches System und in keiner Weise als Arbeitsmittel des einzelnen Arbeiters, das die Tätigkeit des Arbeiters auf das Objekt vermittelt. Die Tätigkeit des Arbeiters wird vielmehr bestimmt und geregelt durch die Bewegung der Maschinerie und nicht umgekehrt. "Der Produktionsprozeß hat aufgehört Arbeitsprozeß in dem Sinne zu sein, daß die Arbeit als die ihn beherrschende Einheit über ihn übergriffe." (65) Der einzelne Arbeiter ist subsumiert unter dem Gesamtprozeß der Maschine, er ist nur noch ein Glied dieses Systems, dessen Einheit in der aktiven Maschinerie gesetzt ist. Im Arbeitsprozeß ist jetzt die vergegenständlichte Arbeit in Form der Maschine die beherrschende Macht über die lebendige Arbeit. Erst wenn das Arbeitsmittel innerhalb des Produktionsprozesses der Arbeit als Maschine gegenübertritt, findet die volle Entwicklung des Kapitals statt. Der ganze Produktionsprozeß erscheint dann nicht mehr der unmittelbaren Geschicklichkeit des Arbeiters unterworfen, sondern als technologische Anwendung der Wissenschaft. "Der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben daher die Tendenz des Kapitals und die unmittelbare Arbeit herabgesetzt zu einem bloßen Moment

62 Ebda., S. 357 f.
63 Ebda., S. 381.
64 Ebda., S. 391.
65 K. Marx: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 585.

dieses Prozesses." (66) Die früher während des Arbeitsprozesses auf einen Arbeiter vereinten geistigen und manuellen Fähigkeiten haben sich getrennt und sind auf einzelne spezialisierte Arbeiter übertragen worden. Da der Produktionsprozeß immer zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals ist, dient die Maschine innerhalb des Produktionsprozesses immer nur als Mittel zur Steigerung der Produktion von Mehrwert. Sie vermehrt aber den Wert in diesem Prozeß nur, soweit sie selbst Wert hat, d.h. selbst ein bestimmtes Quantum vergegenständlichter Arbeit ist, und soweit sie das bestehende Verhältnis von notwendiger Arbeit zu Mehrarbeit so verändert, daß die letztere immer mehr zunimmt auf Kosten der ersteren. (67) Die Maschine wird daher nur dann vom Kapital im Produktionsprozeß angewandt, wenn sie den Arbeiter befähigt, den Teil seiner Zeit, in dem er Mehrarbeit leistet, zu vergrößern und den Teil, in dem er zur Reproduktion notwendige Arbeit leistet, zu verringern; also durch Vermehrung der Produktivkraft der Arbeit eine größere Masse zum Unterhalt des lebendigen Arbeitsvermögens nötiger Produkte in kürzerer Zeit herzustellen. (68)

66 Ebda., S. 587.

67 Der Wert der Maschine wird dabei nur in aliquoten Teilen auf das Produkt übertragen und sie wird nur eingesetzt, soweit ihr eigener Wert geringer ist als die von ihr ersetzten Arbeitskräfte. Vgl. ebda., S. 653 f.: "Es kann sich leicht eingebildet werden, die Maschine als solche, weil sie als Produktivkraft der Arbeit wirkt, setze Wert. Wenn die Maschine aber keiner Arbeit bedürfte, würde sie den Gebrauchswert vermehren können; aber der Tauschwert, den sie schüfe, wäre nie größer als ihre eignen Produktionskosten, ihr eigner Wert, die in ihr vergegenständlichte Arbeit. Nicht weil sie Arbeit ersetzt, schafft sie Wert, sondern nur insofern sie ein Mittel ist, die Surplusarbeit zu vermehren, und nur diese selbst ist sowohl das Maß, wie die Substanz des Mehrwerts, der mit Hilfe der Maschine gesetzt."
Gegen diese Argumentation ist angesichts der sog. wissenschaftlich-technischen Revolution immer wieder eingewandt worden, daß die Wertbestimmung durch Arbeitszeit mit dem ungeheuren Einsatz von "arbeitssparenden Maschinen" obsolet geworden sei. So geht z.B. Habermas' Einwand dahin, daß in den "arbeitssparenden Maschinen" selbst Wissenschaft und Technologie vergegenständlicht sei. Er fordert daher eine Revision der Mehrwerttheorie unter zwei Aspekten. Einerseits muß "in den Wertausdruck für das aufgestockte konstante Kapital auch der darin umgesetzte 'advance in technical knowledge' explizit" eingehen. Andererseits sollten "Rationalisierungsarbeiten als produktive Arbeit zweiter Ordnung verstanden und gewertet werden ... – als eine zwar unselbständige, weil auf produktive Arbeit erster Ordnung angewiesene, aber zusätzliche Quelle der Wertbildung. Diese Arbeiten sind einerseits nicht produktiv in dem Sinne der unmittelbaren Gütererzeugung; gleichwohl verändern sie deren Voraussetzung derart, daß aus ihr nicht mehr nur mehr Mehrwert, sondern insgesamt mehr Tauschwerte hervorgehen" (J. Habermas: "Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik", in: THEORIE UND PRAXIS, Neuwied und Berlin 1963, S. 188-197). Das erste Argument liefe darauf hinaus, für den Wert einer Maschine theoretisch mehr zu veranschlagen als sie den Kapitalisten kostet. Im zweiten Argument unterstellt Habermas Marx einen vulgärmaterialistischen Begriff von Produktiver Arbeit. Ähnlich: T.W. Adorno: "Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag", Frankfurt 1968, (Hekt. Manuskript) S. 5; H. Marcuse: DER EINDIMENSIONALE MENSCH, Neuwied und Berlin 1967, S. 48; J. Habermas: "Technik und Wissenschaft als Ideologie", in: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS IDEOLOGIE, Frankfurt 1968, S. 79 f; ders.: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 59-87; J. Robinson: AN ESSAY ON MARXIAN ECONOMICS, 5. Aufl. London 1967, S. 18-22 und 35-42.
Letzteres ist nur allgemeines Resultat der Aktionen vieler einzelner Kapitalisten, die jeder für sich den Zweck verfolgen, mit dem Einsatz der Maschinerie den Wert ihrer Produkte unter den gesellschaftlich durchschnittlichen Wert zu senken und so einen Extramehrwert zu erzielen. "Die Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft wirkt als potenzierte Arbeit oder schafft in gleichen Zeiträumen höhere Werte als die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit derselben Art... Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft" (K. Marx: DAS KAPITAL Bd. 1, a.a.O., S. 337).

68 Letzteres ist nur allgemeines Resultat der Aktion vieler einzelner Kapitalisten, die jeder für sich den Zweck verfolgen, mit dem Einsatz der Maschinerie den Wert ihrer Produkte unter dem gesellschaftlich durchschnittlichen Wert zu senken und so einen Extramehrwert zu erzielen. "Die Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft wirkt als potenzierte Arbeit oder

Der Begriff der produktiven Arbeit muß mit der Veränderung des Arbeitsprozesses durch dessen reelle Subsumtion (69) unters Kapital modifiziert werden. Im kapitalistischen Produktionsprozeß werden die spezifisch gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelt und auf großer Stufenleiter findet die Anwendung von Wissenschaft und Maschinerie auf die unmittelbare Produktion statt. Es ist jetzt nicht mehr der einzelne Arbeiter, sondern mehr und mehr das gesellschaftlich kombinierte Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses. Die verschiedenen Arbeitsvermögen, die in diesem Prozeß ein produktives System bilden, nehmen dabei in sehr verschiedener Weise am unmittelbaren Prozeß der Produktbildung teil. Somit fallen immer mehr Funktionen einzelner lebendiger Arbeitsvermögen unter den Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger werden, soweit sie dem Verwertungsprozeß des Kapitals dienen, zu produktiven Arbeitern. Im Produktionsprozeß verwirklicht sich jetzt der gesellschaftliche Gesamtarbeiter durch seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in einem Gesamtprodukt und dabei ist es gleichgültig, ob die Tätigkeit des individuellen, vereinzelten Arbeiters, der nur ein Glied dieses Gesamtarbeiters bildet, der unmittelbaren Handarbeit näher oder ferner steht.

> "Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen. Die obige ursprüngliche Bestimmung der produktiven Arbeit, aus der Natur der materiellen Produktion selbst abgeleitet, bleibt immer wahr für den Gesamtarbeiter, als Gesamtheit betrachtet. Aber sie gilt nicht mehr für jedes seiner Glieder, einzeln genommen." (70)

Die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital und damit die Verwandlung des Produktionsprozesses aus dem einfachen Arbeitsprozeß in einen wissenschaftlich organisierten Prozeß vollendet sich in dem Maße, wie "die einzelne Arbeit als solche überhaupt aufhört als produktiv zu erscheinen, vielmehr nur produktiv ist in den gemeinsamen die Naturgewalten sich unterordnenden Arbeiten und diese Erhebung der unmittelbaren Arbeit in gesellschaftliche als Reduktion der einzelnen Arbeit auf Hilflosigkeit gegen die im Kapital repräsentierte, konzentrierte Gemeinsamkeit erscheint." (71) Das Kapital entwickelt notwendig den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit; aber weil dieser gesellschaftliche Charakter durch den Wert sich erst geltend macht, verhalten sich die unmittelbaren Produzenten als Eigentümer ihrer Arbeitskraft und damit als vereinzelte Einzelne. "Als unabhängige Personen sind die Arbeiter Vereinzelte die in ein Verhältnis zu demselben Kapital, aber nicht zueinander treten." (72) Weil Arbeit nicht mehr als Tätigkeit eines isolierten Individuums existiert, kann von diesem Standpunkt aus keine Einsicht in die Verhältnisse erfolgen, in denen die Arbeit immer schon als gesellschaftliche gesetzt ist und die doch diese Isolierung täglich reproduzieren. "Die Erkennung der Produkte als seiner eignen und die Beurteilung der Trennung von den Bedingungen seiner Verwirklichung als einer ungehörigen, zwangsweisen – ist ein enormes Bewußtsein." (73) Da das Kapital Agens der Vergesellschaftung ist, ist es naheliegend, daß die unter das Kapital subsumierten Produzenten am ehesten in der Lage sind, ihre Arbeit als gesellschaftliche zu begreifen. (74)

Obwohl die Modifikation des Begriffs der produktiven Arbeit (Erweiterung und Verengung) durch die Subsumtion der Arbeit unter das Kapital noch nicht vollständig entwickelt ist, zeigt sich schon hier, wie problematisch der in der Theorie von der Bedeutung der wissenschaftlichen Intelligenz

schafft in gleichen Zeiträumen höhere Werte als die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit derselben Art... Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstags an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft." (Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, a.a.O., S. 337.)

69 Zur Unterscheidung von formeller und reeller Subsumtion vgl. ebda., S. 533; ferner: ders.: RESULTATE..., a.a.O., S. 45-64; ders.: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 654 f.

70 K. Marx: DAS KAPITAL Bd. 1, a.a.O., S. 531 f.

71 ders.: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 588.

72 ders.: DAS KAPITAL, Bd. 1, a.a.O., S. 352.

73 ders.: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 366 f.

74 Dieses Argument, das die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit relevant ist für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, muß später wieder aufgenommen werden.

im Klassenkampf verwandte Begriff der produktiven Arbeit ist. Die Verengung, daß nur die Arbeit produktiv ist, die dem Kapitalisten Mehrwert schafft, wird dort überhaupt nicht erwähnt. Damit wird die gesellschaftliche Formbestimmtheit der Arbeit ignoriert. Daß die historisch spezifische Form der Arbeit unberücksichtigt bleibt, bildet zugleich die Basis für die undifferenzierte Einschätzung der wissenschaftlichen Arbeit im Spätkapitalismus. Indem nur auf die Entwicklung des Gesamtarbeitskörpers eingegangen wird, kann jede konkret nützliche Arbeit der produktiven zugerechnet werden, und die Frage nach produktiv oder unproduktiv wird zur müßigen Frage nach dem nützlichen Charakter der Arbeit.

Dieselbe Begriffslosigkeit zeigt sich bei der inhaltlichen Bestimmung der Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit. Die Subsumtion der wissenschaftlichen Arbeit unter das Kapital ist kein Charakteristikum des Monopolkapitalismus. Die formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital ist eine Bestimmung des Begriffs des Kapitals im allgemeinen. Wenn diese Differenzierung zum Kriterium einer Periodisierung der historischen Entwicklung des Kapitalismus wird, so zeigt sich darin ein doppeltes: einerseits die bruchstückhafte Rezeption der Marx'schen Theorie, andererseits ein unkritisches Verständnis vom Verhältnis von Theorie und Empirie. Beides, die Ignoranz der Verengung und die Unzulänglichkeit in der Entwicklung der Erweiterung im Begriff der produktiven Arbeit, verweist auf die Problematik dieser Form von Gesellschaftskritik.

4. Produktive Arbeit im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion

Da der kapitalistische Produktionsprozeß nicht nur Produktion von Waren, sondern wesentlich Produktion von Mehrwert ist, ist nur die Arbeit produktiv, die sich unmittelbar gegen Kapital austauscht und deren Gebrauchswert für den Kapitalisten nicht in ihrer konkreten Nützlichkeit besteht, sondern in der Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem Wert des Arbeitsprodukts.

> "Produktive Arbeit ist nur ein abkürzender Ausdruck für das ganze Verhältnis und Art und Weise, worin das Arbeitsvermögen und die Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß figuriert. Sprechen wir also von p r o d u k t i v e r A r b e i t, so sprechen wir von g e s e l l s c h a f t l i c h b e s t i m m t e r A r b e i t, Arbeit, die ein ganz bestimmtes Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer von Arbeit einschließt." (75)

Es muß untersucht werden, ob sich eine Modifikation des Begriffs der produktiven Arbeit dadurch ergibt, daß im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion der Wert zwar in der Produktionssphäre entsteht, aber zu seiner Realisierung und zur Wiedererneuerung des ganzen Prozesses die Zirkulation durchlaufen muß.

In der kapitalistischen Warenproduktion, in welcher der gesellschaftliche Stoffwechsel durch die Metamorphosen der Waren vermittelt wird, setzt sich der gesamte Prozeß des sich bewegenden Kapitals aus Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß zusammen. Diese Prozesse bilden zwei Abschnitte, welche das Kapital in einer zeitlichen Reihenfolge durchlaufen muß. Es soll nun betrachtet werden, ob die Arbeit, die innerhalb des Zirkulationsprozesses aufgebracht werden muß, produktiv oder unproduktiv ist.

Der gesellschaftliche Stoffwechsel, der sich mit der Warenmetamorphose vollzieht, kann Bewegungen der Produkte von einem Ort zum andern erfordern. Diese Transporte werden Aufgabe einer besonderen Industrie welche auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion als Ursache von Zirkulationskosten erscheint. Die Transportkosten erscheinen nur als Zirkulationskosten, weil sie "aus Produktionsprozessen entspringen, die nur in der Zirkulation fortgesetzt werden, deren produktiver Charakter also durch die Zirkulationsform nur versteckt ist." (76) Der Gebrauchswert von Waren verwirklicht sich nur in der Konsumtion. Es kann daher, um eine Ware für den Konsumenten konsumtionsfähig zu machen, eine Ortsveränderung derselben nötig sein. Das geschieht in dem zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie. Zwar wird die vorhandene Produktenmasse durch den Transport nicht vermehrt, aber da es sich um einen Produktionsprozeß handelt, wird der Ware Wert zugesetzt durch Wertübertragung der in diesem Produktionsprozeß angewandten Arbeitsmittel und durch Wertzusatz vermittels der lebendigen Arbeit. "Die Transportindustrie bildet einerseits einen selbständigen Produktionszweig, und daher eine besondere Anlagesphäre des pro-

75 ders.: RESULTATE..., a.a.O., S. 69.

76 ders.: DAS KAPITAL Bd. 2, a.a.O., S. 138.

duktiven Kapitals. Andererseits unterscheidet sie sich dadurch, daß sie als Fortdauer eines Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses und für den Zirkulationsprozeß erscheint." (76a) Die in der Transportindustrie angewandte Arbeit enthält, wie alle Lohnarbeit in der kapitalistischen Produktion, Mehrarbeit und setzt Mehrwert zu. Sie ist produktive Arbeit.

Die Zirkulation bildet den Abschnitt im Prozeß des Kapitals, in dem kein Wert und somit auch kein Mehrwert geschaffen wird, der aber zur Wiedererneuerung der Produktion notwendig ist. Während der Zeit in der sich das Kapital in der Zirkulation befindet, kann es sich nicht in der Produktion befinden, es kann sich nicht selbstverwerten. Diese Zeit bildet die Umlauf- oder Zirkulationszeit, die Dauer seines Aufenthaltes in der Produktionssphäre seine Produktionszeit. "Die Expansion und Kontraktion der Umlaufszeit wirkt daher als negative Schranke auf die Kontraktion oder Expansion der Produktionszeit oder des Umfangs, worin ein Kapital von gegebener Größe als produktives Kapital fungiert." (77) Die Zirkulationszeit beeinflußt also die Wertschöpfung und Kapitalverwertung nur in negativer Weise, indem durch ihre Beschleunigung oder Verlangsamung nur die Zeit verkürzt oder verlängert wird, in der sich das Kapital nicht verwertet, d.h. keine produktive Arbeit anwenden kann. Die Zirkulation, in der die Metamorphosen der Waren vorsichgeht, beansprucht, um diesen Formwechsel zu bewerkstelligen, Arbeitskraft und verursacht damit Kosten. "Das allgemeine Gesetz ist, daß alle Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser letzteren keinen Wert hinzusetzen. Es sind bloß Kosten zur Realisierung des Werts oder zu seiner Übersetzung aus einer Form in die andre. Das in diesen Kosten ausgelegte Kapital (eingeschlossen die von ihm kommandierte Arbeit) gehört zu den faux frais der kapitalistischen Produktion. Der Ersatz derselben muß aus dem Mehrprodukt geschehn und bildet, die ganze Kapitalistenklasse betrachtet, einen Abzug von Mehrwert oder Mehrprodukt." (78) Die eigentlichen Zirkulationskosten können, da durch sie der Wert niemals vermehrt wird, nicht als Kosten für produktive Arbeit bestimmt werden. Werden die Funktionen des Kaufens und Verkaufens von einem Agenten durchgeführt, der vom Verkauf seiner Arbeitskraft zur Durchführung dieser Funktionen lebt, so verrichtet er zwar eine notwendige Funktion im Gesamtprozeß, der selbst unproduktive Arbeiten einschließt. Die Funktion dieses Agenten aber besteht nicht darin, Produkte und damit Wert zu schaffen, sondern darin, daß mit dieser Arbeitsteilung ein geringerer Teil der Arbeitskraft und Arbeitszeit für diese notwendigen, aber unproduktiven Funktionen aufgewandt werden muß. Wird nun dieser Agent vom Kapital angewandt, so vermindern sich die Zirkulationskosten für den Kapitalisten dadurch, daß auch dieser Agent, wie jeder Lohnarbeiter, nicht den vollen Wert seiner Arbeit, sondern nur den seiner Arbeitskraft erhält. Er leistet also als Lohnarbeiter Mehrarbeit für den Kapitalisten.

> "Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft soweit er, zum Teil unbezahlte, Arbeit verrichtet." (79)

Wird der Träger dieser Arbeit als Lohnarbeiter vom Kapitalisten angewandt, so werden die Zirkulationskosten des Kapitals durch die Nichtbezahlung der Mehrarbeit vermindert. Für den Kapitalisten "ist es ein positiver Gewinn, weil sich die negative Schranke der Verwertung seines Kapitals enger zieht." (80) Da die Zirkulationsarbeit keinen Mehrwert schafft, kann sie keine direkt produktive Arbeit sein, indem sie aber für den Kapitalisten die Zirkulationskosten durch Mehrarbeit und Beschleunigung des Zirkulationsprozesses vermindert, erscheint sie als indirekt produktive Arbeit.

In der kapitalistischen Produktionsweise wird mit der Arbeitsteilung die Ausführung der Funktionen der reinen Zirkulation verselbständigt. "Es findet also eine Verdopplung statt. Einerseits sind die Funktionen als Warenkapital und Geldkapital (daher weiter bestimmt als kommerzielles Kapital) allgemeine Formbestimmtheiten des industriellen Kapitals. Andererseits sind besondere Kapitale, also auch besondre Reihen von Kapitalisten, ausschließlich tätig in diesen Funktionen; und diese Funktionen werden so zu besondren Sphären der Kapitalverwertung." (81) Dadurch, daß

76a ebda., S. 153.
77 ebda., S. 127.
78 ebda., S. 150.
79 ders.: DAS KAPITAL Bd. 3 in: MEW Bd. 25, Berlin 1964, S. 311.
80 ders.: DAS KAPITAL Bd. 2, a.a.O., S. 134.
81 ders.: DAS KAPITAL Bd. 3, a.a.O., S. 312.

diese Funktionen nun ausschließlich von einzelnen Kapitalisten wahrgenommen werden, entsteht der Schein, als habe sich etwas an dem ursprünglichen Verhältnis geändert und als seien die allgemeinen Bestimmungen von produktiver Arbeit dadurch modifiziert. Die in der Zirkulation angewandte, indirekt produktive Arbeit erscheint für das kommerzielle Kapital unmittelbar produktiv.

> "Dem industriellen Kapital erscheinen und sind die Zirkulationskosten Unkosten. Dem Kaufmann erscheinen sie als Quelle seines Profits, der – die allgemeine Profitrate vorausgesetzt – im Verhältnis zur Größe derselben steht. Die in diesen Zirkulationskosten zu machende Auslage ist daher für das merkantile Kapital eine produktive Anlage. Also ist auch die kommerzielle Arbeit, die es kauft, für es unmittelbar produktiv." (82)

5. Produktive Arbeit und nicht-materielle Produktion

Bisher wurde der Zusammenhang von produktiver Arbeit und der geschichtlich bestimmten Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses betrachtet. Der kapitalistische Produktionsprozeß ist einerseits Produktionsprozeß der materiellen Existenzbedingungen wie andererseits in historisch spezifischen Produktionsverhältnissen vorsichgehender Prozeß der Aneignung der Natur. Wie in dem historisch spezifischen sozialen Lebensprozeß die materiellen Produkte produziert werden, so werden auch die Verhältnisse der Produktion reproduziert." ... das Ganze dieser Beziehungen, worin sich die Träger dieser Produktion zur Natur und zueinander befinden, worin sie produzieren, dies Ganze ist eben die Gesellschaft, nach ihrer ökonomischen Struktur betrachtet." (83) Es zeigte sich, daß die ökonomische Struktur der kapitalistischen Produktionsweise ein bestimmtes Verhältnis zur geistigen Produktion einschließt. Die Entwicklung der Wissenschaften ist gebunden an eine Entwicklungsstufe der vergesellschafteten Arbeit, wie andererseits die Anwendung dieser Wissenschaften auf den unmittelbaren Produktionsprozeß selbst wiederum eine bestimmte Stufe der materiellen Produktion voraussetzt. Was sich am Beispiel der Wissenschaft offenbart, gilt allgemein für den Zusammenhang von materieller und nicht-materieller Produktion.

> "Um den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten, vor allem nötig, die letztere selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmter historischer Form zu fassen. Also z.B. der kapitalistischen Produktionsweise entspricht eine andre Art der geistigen Produktion als der mittelaltrigen Produktionsweise. Wird die materielle Produktion selbst nicht in ihrer spezifischen historischen Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen." (84)

Wird von der ökonomischen Formbestimmtheit der materiellen Produktion abstrahiert, so ist damit die Basis zerstört, von wo aus allein "teils die ideologischen Bestandteile der herrschenden Klasse, teils die freie geistige Produktion dieser gegebenen Gesellschaftsformation" (85) bestimmt werden kann. Es muß jetzt untersucht werden, welche Form von Arbeit bei der geistigen Produktion produktiv ist.

Die moderne Wissenschaft der Technologie ist selbst Produkt wie Bedingung der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses und der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Das mit dieser Trennung gesetzte Verhältnis von wissenschaftlicher zu unmittelbarer Arbeit verändert sich im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung. Diese Veränderung im Arbeitsprozeß läuft auf eine Steigerung der Produktivität hinaus, schließt also eine Reduktion der notwendigen Arbeit ein. Die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Gesetze zwingen zu einer systematischen Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. Aber weil hier die Produktion von Mehrwert bestimmender Grund ist, kommt die in der Entwicklung der Produktivität begründete Verkürzung der notwendigen Arbeit nicht den unmittelbaren Produzenten zugute. Wächst zwar an sich mit der Vergesellschaftung der Arbeit die disponible Zeit, die den Individuen für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung zur Verfügung steht, so ist doch diese Entwicklung Moment der widersprüchlichen Natur des Kapitals. "In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klas-

82 ebda., S. 213. In dieser Bestimmung ist die Differenz der Betrachtungsweisen vom Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und des individuellen Kapitals eingeschlossen. Vgl. dazu ders.: DAS KAPITAL Bd. 2, a.a.O., S. 138 f.
83 ders.: DAS KAPITAL Bd. 3, a.a.O., S. 826 f.
84 ders.: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT Bd. 1, in: MEW Bd. 26, 1, Berlin 1965, S. 256 f.
85 ebda., S. 257.

se produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit." (86) Insofern hat das Kapital einerseits die Tendenz, die notwendige Arbeitszeit, und damit seine produktive Bevölkerung im Verhältnis zum Gesamtprodukt, auf ein Minimum zu reduzieren, und doch andererseits umgekehrt die Tendenz, zu akkumulieren und ein möglichst großes Quantum fremder Arbeit zu exploitieren. Es "sucht die Rate der notwendigen Arbeit herabzusetzen, aber zu der gegebnen Rate ein möglichst großes Quantum produktiver Arbeit anzuwenden." (87) Infolge der Verwandlung von Revenue in Kapital kann insofern "trotz der wachsenden Produktivität der Arbeit die Arbeiterbevölkerung stets wachsen" (88), allein aus der Vergesellschaftung der Arbeit und der Minimierung der notwendigen Arbeitszeit kann keine Verschiebung im Verhältnis von unproduktiver zu produktiver Bevölkerung und damit der Veränderung der nicht-materiellen gegenüber der materiellen Produktion abgeleitet werden. Freilich soll die relative Zunahme der vom materiellen Produktionsprozeß freigestellten Klassen, rsp. Klassenabteilungen, nicht bestritten werden. Jedoch bietet die Entwicklung der Produktivität nur die Möglichkeit für diese Freistellung, die Begründung für die reale Tendenz liefert eine andre Überlegung.

> "In den historischen Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise ... herrschen Bereicherungstrieb und Geiz als absolute Leidenschaften vor. ... Auf einer gewissen Entwicklungshöhe wird ein konventioneller Grad von Verschwendung, die zugleich Schaustellung des Reichtums und daher Kreditmittel ist, sogar zu einer Geschäftsnotwendigkeit des "unglücklichen" Kapitalisten. ... Obgleich daher die Verschwendung des Kapitalisten nie den bona fide Charakter der Verschwendung des flotten Feudalherren besitzt, in ihrem Hintergrund vielmehr stets schmutzigster Geiz und ängstlichste Berechnung lauern, wächst dennoch seine Verschwendung mit seiner Akkumulation, ohne daß die eine die andre zu beabbruchen braucht." (89)

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise expandiert die Sphäre der nicht-materiellen Produktion, wobei die dort verausgabte Zeit alle möglichen Beschäftigungen (Pfaffen, Ideologen, Literaten, Künstler und Wissenschaftler etc.) umfaßt. Indes wirkt die Dissoziation von geistigen und manuellen Potenzen im Produktionsporzeß auf die Sphäre der nicht-materiellen Produktion zurück, indem zunehmend Arbeit für Ausbildung und Wissenschaft aufgewandt werden muß. In dem Maße, wie sich die Herrschaft des Kapitals entwickelt, werden "auch die nicht auf die Schöpfung des materiellen Reichtums bezüglichen Produktionssphären immer mehr von ihm abhängig", wobei "namentlich die positiven Wissenschaften (Naturwissenschaften) als Mittel der materiellen Produktion dienstbar gemacht" (90) werden. Die nicht-materielle Produktion schließt Funktionen ein, die für den Reproduktionsprozeß notwendig sind. Die Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser Funktionen ändert aber nichts an der ökonomischen Formbestimmtheit der produktiven Arbeit.

> "Die Arbeit kann notwendig sein, ohne produktiv zu sein. Alle allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen der Produktion – solange ihre Herstellung durch das Kapital als solches, unter seinen Bedingungen noch nicht geschehen kann – werden daher bestritten aus einem Teil der Revenue des Landes – der Regierungskasse, und die Arbeiter erscheinen nicht als produktive Arbeiter, obgleich sie die Produktivkraft des Kapitals vermehren." (91)

Wenn geistige Arbeiter nicht unmittelbar an der Produktion des materiellen Reichtums beteiligt sind und sie ihre Arbeitskraft nicht gegen Geld als Kapital tauschen, werden sie aus Revenue bezahlt und sind daher unproduktiv.

Prinzipiell kann die sich expandierende Sphäre der nicht-materiellen Produktion für den Austausch betrieben werden. Jedoch steht die kapitalistische Produktionsweise gewissen Produktionszweigen dieser Sphäre feindlich gegenüber. (92) Bei der geistigen Produktion "findet kapitalistische Produktionsweise nur in geringem Umfang statt und kann daher der Natur der Sache nach nur in einigen Sphären stattfinden." (93) Selbst dort, wo die geistige Produktion unter kapitalistischer Regie betrieben wird, ist die Arbeit nur formell unter das Kapital subsumiert und dennoch kann in diesen Übergangsformen die Exploitation der Arbeitskraft am schärfsten sein. (94) Ferner sind "diese Erscheinungen der kapitalistischen Produktion ... so unbedeutend, verglichen mit dem Ganzen der Produktion, daß sie gänzlich unberücksichtigt bleiben können." (95)

Voraussetzung für die Darstellung des Verhältnisses von geistiger und materieller Produktion ist, daß die letztere in ihrer historisch spezifischen Form untersucht wird. Es hatte sich gezeigt, daß in der Theorie von der Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz im Spätkapitalismus die spezifisch gesellschaftliche Form der Produktion nicht entwickelt und insofern die ökonomische Formbestimmtheit der produktiven Arbeit ignoriert wurde. Diese Ignoranz ist die Quelle dafür, daß sie in der Bestimmung der Bedeutung geistiger Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise nur oberflächliche und falsche Schlüsse enthält. (96)

6. Produktive Arbeit und Kapitalismuskritik

Der Begriff der produktiven Arbeit ist bestimmt durch die spezifische gesellschaftliche Form der Aneignung der Natur. In der kapitalistischen Produktionsweise ist nur die Arbeit produktiv, die sich direkt in Kapital verwandelt, also Mehrwert setzt.

> "Bloß die bürgerliche Borniertheit, die die kapitalistischen Formen der Produktion für die absoluten Formen derselben hält – daher für ewige Naturformen der Produktion – kann die Frage, was produktive Arbeit vom Standpunkt des Kapitals aus ist, mit der Frage, welche Arbeit überhaupt produktiv ist oder was produktive Arbeit überhaupt ist, verwechseln." (97)

Die Borniertheit der bürgerlichen Ökonomie (98) findet ihr Pendant in der moralisierenden Kapitalismuskritik, wo die Frage nach der Nützlichkeit einer Arbeit zur Frage nach deren produktiven Charakter wird. Selbstverständlich muß die

> "Arbeit, damit sie Ware produziert, ... nützliche Arbeit sein, einen Gebrauchswert produzieren ... Und nur Arbeit, die sich in Ware darstellt, also in Gebrauchswerten, ist daher Arbeit, womit sich Kapital austauscht... Aber es ist nicht dieser konkrete Charakter der Arbeit, ihr Gebrauchswert als solcher... , was ihren spezifischen Gebrauchswert für das Kapital bildet, sie daher zur produktiven Arbeit im System der kapitalistischen Produktion stempelt. Was ihren spezifischen Gebrauchswert für das Kapital bildet, ist nicht ihr spezifischer nützlicher Charakter, sowenig wie die besonderen nützlichen Eigenschaften des Produkts, worin sie sich vergegenständlicht. Sondern ihr Charakter als das schöpferische Element des Tauschwerts, abstrakte Arbeit, und zwar nicht, daß sie überhaupt ein bestimmtes Quantum dieser allgemeinen Arbeit vorstellt, sondern ein größres Quantum, als in ihrem Preis, d.h. dem Wert des Arbeitsvermögens, enthalten ist." (99)

Wenn also aus dem bestimmten stofflichen Inhalt einiger Arbeiten, wie z.B. Rüstungs- und Luxusgüterproduktion und Werbung, ihr unproduktiver Charakter abgeleitet wird, so zeigt dies, wie we-

86 ders.: DAS KAPITAL Bd. 1, a.a.O., S. 552.
87 ders.: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 199.
88 ebda., S. 200.
89 ders.: DAS KAPITAL Bd. 1, a.a.O., S. 620
90 ders.: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 146.
91 ders.: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 432.
92 vgl. ders.: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 257.
93 ebda., S. 386, vgl. auch ders.: RESULTATE..., a.a.O., S. 73 f.
94 ders.: RESULTATE..., a.a.O., S. 73.
95 ders.: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 386.
96 Das vom Marxismus-Kollektiv gegen Marcuse gesetzte Postulat, daß "die Warenanalytischen Wertformtheoretischen und klassenanalytischen Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie durchzuhalten" seien, will man nicht den "revolutionstheoretischen Bestimmungen naturrechtliche und ethische Fundierungsmuster" unterstellen, gilt für es selbst. Vgl. Marxismus-Kollektiv..., a.a.O., S. XV.
97 K. Marx: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 368 f.
98 ders.: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 184: "Oder die modernen Ökonomen haben sich zu solchen Sykophanten des Bourgeois gemacht, daß sie demselben weismachen wollen, es sei produktive Arbeit, wenn einer ihm die Läuse auf dem Kopf sucht, oder ihm den Schwanz reibe, weil etwa die letztere Bewegung ihm den dicken Kopf – blockhead – den nächsten Tag aufgeräumter für das comtoir machen werde".
99 ders.: THEORIEN..., Bd. 1, a.a.O., S. 376.

nig das Wesen der kapitalistischen Produktion begriffen ist. Anhand zweier Beispiele moderner Gesellschaftskritik soll diese fragwürdige Bestimmung der produktiven Arbeit verdeutlicht werden. So schreibt W. Hoffmann:

> "Nicht-produktiv – wenngleich vom allgemeinen zivilisatorischen und kulturellen Stand der Gesellschaft, teilweise auch von Herrschaftsverhältnissen aus betrachtet n o t w e n d i g – ist die rein distributive Tätigkeit im Handel, die Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung, in künstlerischen, ärztlichen, wissenschaftlichen Berufen etc. Nicht-produktiv ist auch die materielle Produktion selbst, wenn sie der Erzeugung von Produkten dient, die nicht die persönlichen oder sachlichen Produktivkräfte erhalten oder vermehren (Luxusgüter, Rüstungsgüter)." (100)

P.A. Baran bestimmt unproduktive Arbeit als "all die Arbeit, die zur Produktion jener Güter und Dienstleistungen führt, nach denen eine Nachfrage nur innerhalb der besonderen Bedingungen und Verhältnisse des kapitalistischen Systems besteht, nicht aber in einer rational geordneten Gesellschaft." (101) An diesen Beispielen wird deutlich, daß die Bestimmung produktiver Arbeit in der Abstraktion vom kapitalistischen Charakter der Produktion festgesetzt wird und daß damit das Lamentieren über Verschwendung nicht zur Erkenntnis der Gesetze der historischen Form der Produktion beiträgt und die Kapitalismuskritik bloß moralisierend bleibt. Es zeigt sich, daß, wenn wissenschaftliche Arbeit, nur weil sie notwendig und nützlich ist, als produktive Arbeit bestimmt wird, ein verbreiteter Fehler vorliegt. Daher muß untersucht werden, aus welchen Quellen die Sucht herrührt, die produktive und die unproduktive Arbeit durch ihren stofflichen Inhalt zu bestimmen.

Nach Marx sind für diesen allgemeinen Fehler drei Momente maßgeblich:

> "1. Die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche, und aus ihrem Wesen entspringende fetischistische Anschauung, welche ö k o n o m i s c h e Formbestimmtheit, wie W a r e zu sein, p r o d u k t i v e Arbeit zu sein etc., als den stofflichen Trägern dieser Formbestimmtheiten oder Kategorien an und für sich zukommende Eigenschaft betrachtet.
> 2. Daß den Arbeitsprozeß als solchen betrachtet, die Arbeit nur p r o d u k t i v ist, die in einem P r o d u k t (materiellen Produkt, da es sich hier nur um materiellen Reichtum handelt) resultiert;
> 3. Daß im w i r k l i c h e n Reproduktionsprozeß – seine r e a l e n Momente betrachtet, ein großer Unterschied mit Bezug auf die Bildung etc. des Reichtums, zwischen der Arbeit, die sich in reproduktiven Artikeln und andrer, die sich in bloßen luxuries darstellt." (102)

Daß Nützlichkeit Kriterium der Unterscheidung wird, liegt daran, das produktive und unproduktive Arbeit nicht auf den ersten Blick als solche im Reproduktionsprozeß erkennbar sind, denn wie sich die Warenproduktion verallgemeinert mit der Ausweitung der Lohnarbeit, so verallgemeinert sich mit der Ausweitung der Warenproduktion die Form des Lohns. Die Lohnform affiziert auch zunehmend die nicht-substantiellen Arbeitsverausgabungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Gegenüber dem Kapitalverhältnis äußerliche und zufällige Formen der Arbeit erhalten den Schein von notwendigen und immanenten Formen.

> "Eine Masse von Funktionen und Tätigkeiten, die einen Heiligenschein um sich hatten, als Selbstzweck galten, gratis geschahen oder auf Umwegen bezahlt wurden (wie alle Professionals, Ärzte, barristers etc. in England, wo der barrister und der physician nicht auf Zahlung klagen konnten oder können), verwandeln sich einerseits direkt in L o h n a r b e i t e r, so verschieden ihr Inhalt und ihre Z a h l u n g sein mag. Andrerseits verfallen sie – ihre Wertschätzung, der P r e i s dieser verschiedenen T ä t i g k e i t von der Hure zum König – den G e s e t z e n, d i e d e n P r e i s d e r L o h n a r b e i t regeln." (103)

7. Produktive Arbeit und Klassenbewußtsein

In dem Maße, wie sich die kapitalistische Produktionsweise historisch entwickelt, unterliegen auch die unproduktiven Arbeiter den Gesetzen der Lohnarbeit. Daraus folgt: "Jeder produktive Arbeiter ist Lohnarbeiter, aber deswegen ist nicht jeder Lohnarbeiter produktiver Arbeiter." (104) Es muß jetzt grob skizziert werden, welche Bedeutung die Differenzierung zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern für die Bewegung von der Klasse an sich zur Klasse für sich, d.h. für die Entstehung des Klassenbewußtseins hat. (105)

Die Aufhebung des Kapitalverhältnisses ist selbst Produkt eines langwierigen Klassenkampfes, in dem sich erst das Bewußtsein von der historischen Gebundenheit der Trennung der lebendigen Arbeit von ihren Verwirklichungsbedingungen entwickelt. Die Möglichkeit des organisierten Kampfes und damit die Entwicklung eines solchen "enormen Bewußtseins" hängt von der Stellung der Produzenten im Reproduktionsprozeß ab, die durch die Differenzierung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit bestimmt wird. Der produktive Arbeiter, der direkt unters Kapital subsumiert ist, entwickelt selbst notwendig eine Gleichgültigkeit gegenüber der konkret nützlichen Form seiner Tätigkeit und erfährt die reale Vergesellschaftung im Arbeitsprozeß. Weil der gesellschaftliche Charakter der Arbeit vom Kapital gesetzt ist, steht der Arbeiter dem Kapital nicht als Einzelner gegenüber, sondern als Kollektiv, obwohl die Form des Lohns den Schein seiner Individualität als Warenbesitzer täglich reproduziert. Daß "der Arbeiter selbst absolut gleichgültig gegen die Bestimmtheit seiner Arbeit" (106) ist, daß sie bloß formelle Tätigkeit für ihn bleibt, ist die Basis dafür, daß der Konflikt von Lohnarbeit und Kapital rein herausgearbeitet werden kann. Durch die Lohnformen, die Hierarchisierung im Arbeitsprozeß und die unterschiedliche Qualifikation und Ausbildung der Glieder des Gesamtarbeiters kann diese vom Kapital gesetzte Abstraktion zeitweilig verdeckt werden. In welchem Maße die Gleichgültigkeit gegen den stofflichen Charakter der Arbeit und die Organisiertheit im Kampf um den Wert der Arbeitskraft historisch gegeben sind, hängt ab von der zyklischen Bewegung des Kapitals im nationalen Rahmen und auf dem Weltmarkt. Die politische Strategie muß von einer Klassenanalyse ausgehen, die den historischen Stand dieser Bewegung mitaufnimmt.

Dagegen ist bei den unproduktiven Arbeitern, die aus Revenue bezahlt werden und für die sich das Kapitalverhältnis nur indirekt geltend macht, in der Regel diese Gleichgültigkeit gegen die Bestimmtheit der Arbeit nicht gegeben. Zugleich ist ein Großteil dieser Arbeiten nicht unmittelbar vergesellschaftet und die damit gegebene Zersplitterung erschwert kollektives Handeln. Selbst wenn tendenziell der Wert dieser Arbeitskräfte den Gesetzen der Lohnarbeit unterworfen wird und ihre Funktionen den Schein der "höheren" Tätigkeit verlieren, soweit er überhaupt je gegeben war, bleiben die Ansätze von kollektivem Handeln auf Erhaltung bzw. Erhöhung des Anteils an der Revenue gerichtet. Obwohl die von den unproduktiven Produzenten ausgehenden Arbeitskämpfe Anlaß zu schwerwiegenden gesellschaftlichen Konflikten geben können, bleibt ihr Gegensatz zum Kapital nur vermittelt. Gegen die Versuche zur Organisierung von Lehrern, Krankenschwestern, Wissenschaftlern etc. spricht nichts, gegen die Verabsolutierung dieser Versuche im Rahmen einer revolutionären Strategie alles.

---

100 W. Hofmann: GRUNDELEMENTE DER WIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT, Hamburg 1969, S. 64.
101 P.A. Baran: POLITISCHE ÖKONOMIE DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS, Neuwied und Berlin 1966, S. 94; vgl. auch J.M. Gillman: PROSPERITÄT IN DER KRISE, Frankfurt 1968, S. 23
102 K. Marx: RESULTATE..., a.a.O., S. 72.
103 ebda., S. 67.
104 ebda., S. 66.
105 Eine Darstellung des Problems, die über bloße Andeutungen hinausgeht, unterstellt die Aufarbeitung einer Reihe von Zwischengliedern im System der Kritik der politischen Ökonomie, die bis jetzt nicht geleistet ist. Das impliziert nicht nur die Aufarbeitung der Marx'schen Theorie, sondern auch die Untersuchung gegenwärtiger empirischer Verhältnisse.
106 K. Marx: GRUNDRISSE..., a.a.O., S. 204.

Buchhandlung Karin Röhrbein ✱✱✱✱✱
Internationale linke Presse
Marxistische Erziehungswissenschaft
S o z i o l o g i e
P o l i t i k
★
1 Berlin 15 ● Ludwigkirchstr. 4 »» 881 46 59

das europäische buch

Zentralbuchhandlung für Bücher aus allen Verlagen der DDR. Besuchen Sie unser neues Geschäft in Berlin 12

K n e s e b e c k s t r . 3

(Nähe Technische Universität)

AUS DEM DIETZ VERLAG BERLIN BIETEN WIR AN:

Wörterbuch der Ökonomie -- Sozialismus
Herausgeber: Prof. Dr. Willi Ehlert, Prof. Dr. Heinz Joswig, Prof. Dr. Willi Luchterhand, Dr. Karl-Heinz Stiemerling
942 Seiten
Mit zahlreichen Abbildungen
Ganzleinen 14,80 M

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie
Herausgeber: Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn I, Prof. Dr. Erich Hahn, Prof. Dr. Günter Heyden, Dr. Manfred Puschmann, Prof. Dr. Robert Schulz, Dr. Horst Taubert
536 Seiten - Mit 3 Grafiken
Ganzleinen 10,80 M

Karl Marx/Friedrich Engels
Werke in 40 Bänden
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
Die bisher bedeutendste Ausgabe der Schriften und Briefe von Marx und Engels in deutscher Sprache umfaßt 40 Bände in 43 Büchern. Jeder Band durchschnittlich 800 Seiten mit Bildern und Faksimiles.
Gesamtpreis 488,50 DM.
Die Bände werden auch einzeln abgegeben.

Band 3 - 1845–1846
4. Auflage - Kunstleder 10,– M
Band 23 - Karl Marx: Das Kapital
Erster Band
4. Auflage - Kunstleder 10,– M
Band 24 - Karl Marx: Das Kapital
Zweiter Band
3. Auflage - Kunstleder 8,– M
Band 25 - Karl Marx: Das Kapital
Dritter Band
4. Auflage - Kunstleder 11,50 M
Band 26/1 - Karl Marx: Theorien über den Mehrwert - Erster Teil
1. Auflage - Kunstleder 10,– M
Band 26/2 - Karl Marx: Theorien über den Mehrwert - Zweiter Teil
1. Auflage - Kunstleder 10,– M
Band 26/3 - Karl Marx: Theorien über den Mehrwert - Dritter Teil
1. Auflage - Kunstleder 10,– M

Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR
904 Seiten mit 17 Grafiken und 21 Tabellen
Ganzleinen 12,80 M

Friedrich Engels/Karl Marx
Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik
247 S., mit Abb., Kld., 4,50 DM

Karl Marx/Friedrich Engels
Über Kunst und Literatur
Band I - Ganzleinen 12,50 M
Band II - Ganzleinen 12,50 M

W. I. Lenin
Staat und Revolution
139 S., Br., 2,– DM

W. I. Lenin
Werke in 40 Bänden
Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe. Die deutsche Ausgabe wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgt und umfaßt 40 Bände und zwei Registerbände. Jeder Band durchschnittlich 560 Seiten mit Bildern und Faksimiles.
Gesamtpreis einschließlich Registerbände 300,– DM.
Die Bände werden auch einzeln abgegeben.
Band 38 - Philosophische Hefte
3. Auflage - Kunstleder 7,50 M
Band 39 - Hefte zum Imperialismus
2. Auflage - Kunstleder 7,50 M

W. I. Lenin
Marx-Engels-Marxismus
584 S., Kld., 6,50 DM

W. I. Lenin
Materialismus und Empiriokritizismus
XII, 538 S., Kld., 6,50 DM

W. I. Lenin - Biographie
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU
860 Seiten mit 37 Bildern,
davon 3 farbigen und 5 Faksimiles
Ganzleinen 11,50 M

Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI x)

Neuere Imperialismustheorien

Über die leitenden Interessen der imperialistischen Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt sind in den neueren Imperialismustheorien sehr undifferenzierte und widersprüchliche Aussagen sowohl innerhalb einer theoretischen Position als auch beim Vergleich verschiedener Theorien anzutreffen. Dieser Aufsatz soll diese Mängel aufdecken und einen Beitrag zur Klärung des Problems liefern. Dabei werden zunächst die strukturellen Aspekte der sozioökonomischen Beziehungen zwischen Dritter Welt und kapitalistischen Industrieländern dargestellt und anschließend die Interessen der gesamten und der von Fraktionen der imperialistischen Bourgeoisie analysiert, wobei die Thesen der neueren Imperialismustheoretiker jeweils berücksichtigt werden.

I. Die sozioökonomischen Beziehungen zwischen Dritter Welt und kapitalistischen Industrieländern

Eine kurze Darstellung der Strukturen und Tendenzen der sozioökonomischen Beziehungen zwischen beiden Regionen ist notwendig, um die konkreten Interessen der imperialistischen Bourgeoisie nicht abgehoben, sondern jeweils vor dem Hintergrund der durch sie geschaffenen Weltwirtschaftsstrukturen zu diskutieren.

1. Die Handelsbeziehungen

Die Gesamtentwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt läßt sich aus der Tabelle 1 ablesen: (1)

Tabelle 1

Exportländergruppe		Anteil d. Gruppe am Weltexport %	Importländergruppe Kap. IL.	DW	Soz. L.
Kap. IL	1948	63,5	65	31	4
	1956	66	69	28,5	2,5
	1965	68,5	75	21	4
DW	1948	30	68	29	3
	1956	24	74	23	3
	1965	20	73	21	6
Soz. L.	1948	6,5	41,5	12	46,5
	1956	10	20	9	71
	1965	11,5	21,5	13,5	65

Während der Weltexportanteil der kapitalistischen Industrieländer von 1948 63,5 % auf 1965 68,5 % gestiegen ist, sank der Anteil der Dritten Welt von 30 % auf 20 %, obwohl absolut die Exporte der Dritten Welt von 17,3 Mrd. Dollar auf fob-Basis auf 36,71 Mrd. Dollar gestiegen sind. Dabei ist festzustellen, daß die Bedeutung der Dritten Welt als Absatzgebiet für die kapitalisti-

x) Klaus Busch, Rainer Kühn, Carla-Petra Müller, Peter Mühlhansel, Konstanze Pistor, Stephan Reeger, Holger Rohrbach, Rainer Schweers, Rolf Tolle.

1 Tabelle zusammengestellt nach Pierre Jalee: DIE DRITTE WELT IN DER WELTWIRTSCHAFT, Frankfurt/Main 1969, Tabelle V-1, S. 96.

schen Industrieländer an relativer Bedeutung verloren hat (1948: 31 %, 1965: 21 %), weil der interne Handel zwischen den kapitalistischen Industrieländern ständig gestiegen ist. (1948: 65 %, 1965: 75 %). Umgekehrt ist die Bedeutung der kapitalistischen Industrieländer als Absatzmarkt für die Dritte Welt gestiegen (1948: 68 %, 1965: 73 %), während der interne Handel der Dritten Welt relativ gesunken ist (1948: 29 %, 1965: 21 %).

Die Bestandteile des Warenexports der jeweiligen Ländergruppe sind Ausdruck ihres unterschiedlichen Industrialisierungsgrades:

Tabelle 2

Bestandteile des Exports der Kap IL und der DW (Jahresdurchschnittswerte 1960-1965): (2)

Warengruppe	Kap IL. in Mrd. Dollar	in %	DW in Mrd. Dollar	in %
Extraktive Industrie	29,2	30	24,3	83,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	13,9	14,3	8,4	28,9
Rohstoffe ohne mineralische Brennstoffe	11,6	11,9	6,8	23,5
Mineralische Brennstoffe	3,7	3,8	9,1	31,4
Nicht-Extraktive Industrie	68,0	70,0	4,7	16,2
Chemikalien	7,7	8,0	0,4	1,3
Maschinen- u. Transportgüter	28,5	29,3	0,3	0,9
Andere Güter d. verarbeitenden Ind.	30,6	31,5	3,9	13,6
Verschiedenes	1,2	1,2	0,1	0,4
Summe	97,1	100,0	29,0	100,0

Die kapitalistischen Industrieländer exportierten im genannten Zeitraum zu 70 % Fertigwaren, darunter 29,3 % Maschinen- und Transportgüter, während die Länder der Dritten Welt nur zu 16,2 % Fertigwaren exportierten, darunter 0,9 % Maschinen- und Transportgüter. Umgekehrt hatten die extraktiven Waren am Export der kapitalistischen Industrieländer einen Anteil von 30 %, darunter 3,8 % mineralische Brennstoffe, während der Anteil dieser Warengruppe am Export der Dritten Welt 83,8 %, darunter 31,4 % mineralische Brennstoffe ausmachte.

Die Austauschverhältnisse (terms of trade) der Dritten Welt haben sich von 1955 108 auf 1965 97, d.h. um 11 % verschlechtert (Basis 1958 = 100), während sich die terms of trade der kapitalistischen Industrieländer um 8 % verbesserten, d.h. von 1955 96 auf 1965 104 stiegen. (3) Diese Verschlechterung der terms of trade, die sich auf den gesamten Außenhandel der Dritten Welt bezieht, bedeutet für diese Länder allein für das Jahr 1965 einen Verlust von 4,04 Mrd. Dollar. Untersucht man ausschließlich die Verschlechterung der Austauschverhältnisse der Dritten Welt aus ihrem Außenhandel mit den kapitalistischen Industrieländern, dann stellt man eine Verschlechterung von 17 % fest, was einem Verlust von 4,481 Mrd. Dollar für 1965 gleichkommt. (4)

2 Harry Magdoff: "The Age of Imperialism", in: MONTHLY REVIEW, 1968, Nr. 5, S. 48. Siehe auch Pierre Jalee, a.a.O., S. 99.

3 Jalee, a.a.O., Tabelle V-6, S. 101.

Neu ab Mitte Juni: 2 wichtige Werke des Marxismus-Leninismus wieder greifbar

– Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Peking 1965)
660 S., ca. DM 14,–

– J. Stalin, Fragen des Leninismus (1939)
770 S., ca. DM 16,–

OBERBAUMVERLAG 1 Berlin 21 BUNDESRATUFER 11

Die schlechte Austauschsituation der Dritten Welt resultiert aus der Zerschlagung der Wirtschaftsstrukturen dieser Länder durch den Kolonialismus, der die abhängigen Gebiete auf die Produktion von Rohstoffen zuschnitt. Noch heute machen ein bis sechs Rohstoffe den größten Teil der Exporte dieser Länder aus. (5) Weil nun die Weltrohstoffmärkte zum überwiegenden Teil Käufermärkte sind, sind die dritten Länder gezwungen, ihre Produktivitätsfortschritte in Preisnachlässen weiterzugeben, während andererseits die von Oligopolen beherrschte Produktion von Fertigwaren in den kapitalistischen Industrieländern säkulare Inflationstendenzen zur Folge haben, so daß Produktivitätsfortschritte sich hier in Form höherer Profite auswirken:

> "Der internationale Handel zwischen Nationen auf unterschiedlicher industrieller Entwicklungsstufe beruht also weiterhin auf einem Tausch ungleicher Werte, wobei sich die industrialisierten Nationen einen Teil des in den armen Ländern produzierten Mehrwerts aneignen." (6)

2. Die Kapitalbeziehungen

Die Kapitalleistungen – öffentliche und private – der kapitalistischen Industrieländer an die Dritte Welt beliefen sich 1966 auf 10,8 Mrd. Dollar. Entwicklung und Struktur der Kapitalleistungen sind der folgenden OECD-Tabelle zu entnehmen:

4 Jalee, a.a.O., S. 77-81. Harry Magdoff zitiert eine Statistik der UNCTAD, in der die terms of trade-Verluste weitaus geringer sind, was z. T. daraus zu erklären ist, daß Jalee seinen Berechnungen das Preisniveau von 1955 zugrundelegt, während die UNCTAD von den Durchschnittspreisen in der Periode von 1953-1957 ausgeht: "Loss in purchasing power of exports from underdeveloped countries": (Millions of Dollars)

	Losses due to decline in terms of trade	Aid from developed countries	Losses as percent of aid
1961	- 1,824	4,996	36,5 %
1962	- 2,158	5,390	40,0 %
1963	- 2,109	5,914	35,7 %
1964	- 2,026	5,947	34,1 %
1965	- 2,519	6,203	40,1 %
1966	- 2,752	6,430	42,8 %
Total	- 13,388	34,880	38,4 %

Magdoff, M.R., 1968, Nr. 6, S. 61.

5 Magdoff, M.R., 1968, Nr. 5, S. 50/51 zitiert dazu eine Statistik aus der INTERNATIONAL FINANCIAL STATISTICS. Wir zitieren daraus einige Beispiele:
"Leading Export Commodities of underdeveloped Nations (based on 1967 trade data)"

Country	Number of leading export commodities	Export of leading c. as % of total exports	Leading export commodities
Argentinia	4	61	Meat, Wheat, Corn, Wool
Bolivia	1	63	Tin
Cameroon	3	65	Cocoa, Coffee, Aluminium
Congo, D.R.	4	74	Copper, Tin, Diamonds, Coffee
Gabon	4	86	Wood, Manganese, Oil, Uranium
Libya	1	99	Oil
Mauritania	1	91	Iron Ore
Venezuela	2	98	Oil, Iron Ore

6 Ernest Mandel: "Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt", in: FOLGEN EINER THEORIE, edition suhrkamp 226, S. 84.

Tabelle 3

Total net flows to less-developed countries in million US-Dollars: (7)

	1960	1963	1965	1966
DAC-Members: (8)				
Bilateral official	4320	5719	5761	5919
Bilateral private	2832	2394	3840	3421
Official to multilateral agencies	599	362	452	513
Private to multilateral agencies	174	– 12	233	11
Total DAC outflow	7926	8462	10288	9864
Non-DAC-Members	379	596	509	530
Net additional multilateral outflow	– 539	310	191	462
Total	7766	9368	10986	10853

Diesem capital-inflow stehen folgende Komponenten des capital-outflow gegenüber: Profittransfers, Schuldendienstleistungen, Verluste aus der Verschlechterung der terms of trade, Verluste durch liefergebundene Leistungen. Die Nettoabflüsse aus Direktinvestitionen in 58 Entwicklungsländern beliefen sich auf 1960 2685 Mill. Dollar, 1963: 3489 und 1965: 4400 Mill. Dollar. (9) Nach dem Jahresbericht der Weltbank von 1968 stiegen die Schuldendienstleistungen von 65 Entwicklungsländern von 1963: 2332 über 1965: 3146 auf 1967: 3753 Mill. Dollar. (10) Die OECD, die in ihren Statistiken eine größere Zahl von Entwicklungsländern erfaßt hat, gibt demgegenüber allein für 1965 einen Schuldendienst von 4150 Mill. Dollar an. (11) Welche Belastungen den Entwicklungsländern allein durch die Profittransfers und den Schuldendienst entstehen, ist folgender Tabelle zu entnehmen, die anzeigt, welcher Teil der Exporteinkommen der Dritten Welt durch diese beiden Faktoren des capital-outflow absorbiert wird: (12)

7 OECD: DEVELOPMENT ASSISTANCE EFFORTS AND POLITICS, 1967, Tabelle I, 1., S. 13.

8 DAC: DEVELOPMENT ASSISTANCE COMMITTEE.

9 Netto-Abfluß von Investitionseinkommen in Millionen Dollar aus 58 Entwicklungsländern:

1956	1931	1961	2996
1957	2137	1962	3263
1958	1891	1963	3489
1959	2302	1964	4039
1960	2685	1965	4400

zitiert nach: United Nations: THE EXTERNAL FINANCING OF ECONOMIC DEVELOPMENT. INTERNATIONAL FLOW OF LONG-TERM CAPITAL AND OFFICIAL DONATIONS 1962-1966, New York, Tabelle 29, S. 72-74.

10 JAHRESBERICHT DER WELTBANK 1968, S. 52.

11 OECD, a.a.O., S. 73: "Estimated Debt Service Payments by less-developed Countries", 1965: in Million of Dollars:

	Amortization	Interest	Total
DAC official bilateral loans	760	450	1210
Multilateral loans	200	140	340
Total	960	590	1550
Export Credits Guaranteed	900	400	1300
Export Credits Non-Guar.	450	150	600
Total	1350	550	1900
Other private long-term and unallocated	450	250	700
Total	2760	1390	4150

12 Magdoff, M.R. 1968, Nr. 6, S. 58

Tabelle 4

Land	Anteile der Exporteinkommen, die 1966 absorbiert wurden durch: Schuldendienst	Zinsen und Profittransfers	Total
Brasilien	9,4 %	13,8 %	23,2 %
Chile	10,8	19,8	30,6
Equador	6,0	19,6	25,6
Indien	11,3	15,6	25,9
Mexiko	29,3	30,4	59,7
Nigeria	4,5	26,2	30,7
Peru	4,8	15,5	20,3
Türkei	3,5	20,3	23,8
Venezuela	1,2	24,9	26,1

Durch die liefergebundenen Leistungen an die Länder der Dritten Welt verteuern sich deren Importe durchschnittlich um 20 bis 40 %, denn die Lieferbindung hindert die Dritte Welt daran, das billigste Angebot auf dem Weltmarkt kaufen zu können. E.S. Mason nimmt an, daß sich dadurch allein für 1963 Verluste von 6 bis 7 Mrd. Dollar für die Dritte Welt ergeben haben:

> "But I might hazard the guess that if it could be done, it would boil the nearly 9 billion in total flow of funds from the developed to the underdeveloped world to a figure in the range of 2 billion to 3 billion." (13)

Mason berücksichtigt bei dieser Schätzung die Preiserhöhungen durch Liefer- und transportgebundene Hilfe, aber auch die Auswirkungen auf das Preisniveau, die entstünden, wenn die USA gezwungen wäre, ihre nichtkommerziellen Exporte an Agrargütern zu kommerzialisieren.

Ein Vergleich des capital-inflow mit dem capital-outflow ergibt nun für 1965 folgendes Bild: capital-inflow: 10.9 Mrd. Dollar, capital-outflow: 2,519 Mrd. Dollar (4,5 Mrd. nach der Jalee-Schätzung) (14) durch Verschlechterung der terms of trade, 4,1 Mrd. Dollar Schuldendienst (15), 5 Mrd. Dollar Mason-Schätzung (6 bis 7 nach Mason allein für 1963, wir kürzen diese Zahl, weil der hier unter anderem berücksichtigte Faktor liefergebundene Hilfe auch in der terms of trade-Rechnung berücksichtigt wird), 4,4 Mrd. Dollar Profittransfers aus 58 Entwicklungsländern; ergibt insgesamt 16,02 (ca. 20 Mrd.) Mrd. Dollar jährlich. Der capital-outflow macht nach dieser Rechnung den eineinhalbfachen (zweifachen) Betrag des capital-inflow aus.

Die exakte Berechnung des Verhältnisses von capital-inflow zu capital-outflow ist in diesem Zusammenhang nicht wichtig, von Bedeutung ist allein die Tatsache, daß der Kapitalabfluß aus der Dritten Welt höher ist als der Kapitalzustrom, welche Berechnung auch immer man zugrundelegt. Die kapitalistischen Industrieländer eignen sich auf diese Weise einen Teil des Mehrprodukts der Länder der Dritten Welt an.

3. Die Rohstoffabhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von der Dritten Welt

Die Bedeutung der Rohstoffproduktion der Dritten Welt für die kapitalistischen Industrieländer ist nach dem zweiten Weltkrieg ständig gewachsen. Während die kapitalistischen Industrieländer 1958 noch 55,9 % der Weltrohstoffe produzierten, sank dieser Anteil bis 1965 auf 46,0 %, umgekehrt stieg der Anteil der Dritten Welt im gleichen Zeitraum von 18,8 % auf 25,5 %. (16)

Diese Tendenz wird auch aus dem Vergleich der Weltanteile einzelner in der Dritten Welt produzierter Rohstoffe für 1956 und 1964 deutlich: (17)

13 E.S. Mason: FOREIGN AID AND FOREIGN POLICY, New York 1964, S. 14, zitiert nach Magdoff, a.a.O., S. 35.

14 Die Zahlen in Klammern enthalten jeweils die höchsten Schätzungen.

15 Weil die OECD-Statistiken eine größere Anzahl von Entwicklungsländern berücksichtigen, ziehen wir sie der Weltbank-Statistik vor.

16 Jalee, a.a.O., Tabelle III-1, S. 45.

17 Jalee, a.a.O., Tabellen III-3 bis III-7, S. 47-51.

Tabelle 5

Anteile der Dritten Welt an der Weltproduktion in %:

Rohstoff	1956	1964
Rohöl	42	52
Eisenerz	ca. 13	23
Antimonerz	51-52	51-52
Bauxit	57	59
Chromerz	89	94
Kupfererz	42	44
Kobalt	69	72
Manganerz	42	45
Bleierz	29	25
Zinkerz	24	20-21
Phosphate	34	30

Bis auf Bleierz, Zinkerz und Phosphate, wo leichte Rückgänge zu verzeichnen sind, ist der Anteil der Dritten Welt an der Weltproduktion der genannten Rohstoffe gestiegen. Welcher Stellenwert dieser Produktion für die kapitalistischen Industrieländer zukommt, wird erst deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Produktion fast ausschließlich für den Export in die kapitalistischen Länder bestimmt ist, denn der Verbrauch der Dritten Welt ist aufgrund des geringen Industrialisierungsgrades dieser Länder äußerst gering.

Die wachsende Rohstoffabhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer soll hier exemplarisch an der Rohstoffsituation der USA verdeutlicht werden. Der Anteil der Nettoimporte am Rohstoffverbrauch der USA ist von 1937/39 (Jahresdurchschnitt) bis 1956 erheblich gestiegen: (18)

Tabelle 6

Verhältnis von Netto-Importen zum US-Verbrauch in %:

	1937-39	1956
Bauxit	53	78,1
Petroleum	0	13,5
Eisenerz	2,6	20,3
Kupfer	0	22,4
Blei	0,2	56,2
Zink	6,3	57,8
Flußspat	13,4	59,5
Wolfram	41,8	59,7
Mangan	–	82,7
Nickel	99,2	95,5

Während sich die USA noch kurz vor dem Zweiten Weltkrieg mit Petroleum, Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink und Mangan fast selbst versorgten, wuchs der Anteil der Nettoimporte dieser Rohstoffe am Gesamtverbrauch in der Mitte der Fünfziger Jahre bereits auf wenigstens 13,5 % (Petroleum) und höchstens 82,7 % (Mangan). Wie die folgende Tabelle zeigt, ist diese Rohstoffimportabhängigkeit zu Beginn der Sechziger Jahre bei einigen Produkten leicht gesunken (Bauxit, Blei, Flußspat, Zink, Wolfram), erreicht dafür aber bei den für moderne Industriezweige wie Atom-, Elektronische und Chemische Industrie wichtigen Rohstoffe 50 bis 100 % (Chrom, Kobalt, Mangan, Platin, Mica, Nickel, Kadmium, Mercury). (19)

18 Percy W. Bidwell: RAW MATERIALS, New York 1958, S. 5.
19 STATISTICAL ABSTRACTS OF THE US, 1966, Tabelle Nr. 1041, S. 706.

Tabelle 7

Nettoimporte in % des Gesamtverbrauchs:

	1960	61	62	63	64
Chrom	93	95	100	100	100
Kobalt	98	98	98	98	99
Eisenerz	23	20	25	22	24
Mangan	93	96	95	94	96
Nickel	85	87	87	86	85
Wolfram	36	24	39	43	42
Antimon	39	39	43	43	42
Kadmium	59	63	60	64	66
Kupfer	26	23	22	25	25
Blei	33	37	37	35	29
Mercury	34	24	50	59	52
Platin	87	87	82	86	88
Zinn	81	81	80	78	73
Zink	44	48	49	44	40
Asbest	94	92	93	91	88
Bauxit	47	43	46	41	42
Flußspat	70	72	75	76	58
Mica	94	94	97	99	98

Exemplarisch wird die Rohstoffabhängigkeit der USA von der Dritten Welt an dem Rohstoffbedarf zur Konstruktion einer Düsenmaschine deutlich:

Tabelle 8 (20)

C ritical Materials used for Jet Engine

	Pounds used in jet engine	Imports as % of Consumption	Where this material is produced
Tungsten	80 - 100	24 %	U.S. (30%) South Korea (19%) Australia (8%) Bolivia (8%) Portugal (7%)
Columbium	10 - 12	100 %	Brazil (54%) Canada (21%) Mozambique (18%)
Nickel	1.300 - 1.600	75 %	Canada (71%) New Caledonia (20%)
Chromium	2.500 - 2.800	100 %	South Africa (31%) Turkey (19%) S. Rhodesia (19%) Philippines (18%) Iran (5%)
Molybdenum	90 - 100	0	U.S. (79%) Canada (10%) Chile (9%)
Cobalt	30 - 40	100 %	Congo L. (60%) Morocco (13%) Canada (12%) Zambia (11%)

20 Tabelle zusammengestellt von Harry Magdoff, M.R. 1968, Nr. 2, S. 36.

Der Public Advisory Board for the Mutual Security empfiehlt angesichts dieser Rohstoffsituation der USA:

> "Es gibt nur eine Rohstoffpolitik, die einer adäquaten Versorgung unseres Landes und der Freien Welt in der Gegenwart und der Zukunft dient. Diese Politik sollte die inländische und ausländische Produktion ermutigen und für die Ausbeutung und Entwicklung inländischer und ausländischer Ressourcen sorgen. Die USA müssen der Produktionserweiterung im Ausland und der Beteiligung amerikanischer Unternehmen an diesen Entwicklungen zu gerechten Bedingungen jegliche Unterstützung geben." (21)

4. Die Interpretation der sozioökonomischen Beziehungen durch Pierre Jalee: (22)

Pierre Jalee stützt seine Imperialismustheorie auf die oben skizzierte Analyse der sozioökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt. Er leitet aus dieser Analyse das Interesse des Imperialismus an einer Stabilisierung der herrschenden Weltarbeitsteilung ab:

> In der Periode der völligen politischen Dekolonisierung wird die spezifisch imperialistische Form der internationalen Arbeitsteilung objektiv verstärkt, anstatt abgebaut. Das bedeutet: für die einen, Produktion von Roh- und Grundstoffen, die un- oder halbverarbeitet exportiert werden, und ein entsprechend unmenschlicher Lebensstandard, für die anderen, Fabriken, hochentwickelte Industrie und ein entsprechend hoher Lebensstandard." (23)

Die Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltarbeitsteilung stellt nach Jalee eine "Lebensnotwendigkeit" (24) für die kapitalistischen Industrieländer dar. Wenn sich die Dritte Welt industrialisiere und ihre Rohstoffe selber verwerte, ergäbe sich für den Imperialismus eine "unter Umständen unüberwindliche Krise" (25), denn er verliere damit sein Rückzugsgebiet:

> "Ohne die weiten Gebiete der Dritten Welt wäre der Imperialismus nur noch ein Imperialismus im Ghetto, und das ist mit seinem Selbstverständnis unvereinbar. Wir haben aufgezeigt, gesagt und unterstrichen, daß die Ausbeutung der Dritten Welt für den Imperialismus lebensnotwendig ist, eine Notwendigkeit für sein Funktionieren." (26)

Die Entwicklungshilfe erscheint Jalee nicht als Ausgleich für die Ausbeutung der unterentwickelten Welt, sie ist vielmehr in den Prozeß der Ausbeutung eingegliedert, denn sie verfolgt das Ziel, die Länder der Dritten Welt im imperialistischen Einflußbereich zu halten:

> "Da andererseits Geschäfte Geschäfte bleiben und da der Gier nach Profiten keine Grenzen gesetzt sind, führt sie durch projektgebundene bilaterale, durch internationale als auch durch Privatinvestitionen, die der Dritten Welt Jahr für Jahr das Dreifache des Kapitals entnehmen, das sie direkt in vorteilhafte Geschäfte investieren, zu neuen oder ausgeweiteten Märkten. Diese machen sich die imperialistischen Konkurrenten durch Überangebote an Exportkrediten streitig. Ausbeutungsobjekt und Objekt patriarchalischen Wohlwollens, das einzige aber, was bleibt, ist die Ausbeutung." (27)

Jalee verzichtet auf die Analyse bestimmter Interessenfraktionen innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie; die Analyse der Handels-, Kapital- und Rohstoffbeziehungen genügt ihm zur Bestimmung des Imperialismus. Daß dieser mehr strukturelle Ansatz die komplexe Widersprüchlichkeit der auf die Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt Einfluß nehmenden Interessen nicht in den Griff bekommt, soll die folgende Darstellung erweisen.

II. Die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie

Analytisch lassen sich 4 Interessen der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber der Dritten Welt unterscheiden: das Systemsicherungsinteresse der Gesamtbourgeoisie und die Interessen dreier Fraktionen der Bourgeoisie: der Exportmonopole, der extraktiven Monopole und der Leichtindustrie und Landwirtschaft.

---

21 Zitiert nach Olin T. Mouzon: INTERNATIONAL RESOURCES AND NATIONAL POLICY, New York 1959, S. 437, Übersetzung von den Verfassern.
22 Jalee, a.a.O., und DIE AUSBEUTUNG DER DRITTEN WELT, Frankfurt/Main 1968.
23 Jalee: AUSBEUTUNG..., S. 34.
24 Jalee: DRITTE WELT..., S. 132.
25 Jalee, a.a.O., S. 141.
26 Jalee, a.a.O., S. 141-142.
27 Jalee, a.a.O., S. 132.

1. Das Systemsicherungsinteresse

> "Ich brauche in diesem Kreis nicht näher auszuführen, warum etwa ein Dammbruch im Vertrauen der Völker, die sich keineswegs nur von unserem Geld, sondern auch von unseren fachlichen Fähigkeiten, unserer Freundschaft und nicht zuletzt auch von den Qualitäten unserer Waren Hilfe und Beistand versprechen, eine nichtwiedergutzumachende Bedrohung unserer politischen – und angesichts der Verflochtenheit und der Bewegungstendenzen der Weltwirtschaft – auch wirtschaftlichen Existenz wäre." (28)

Angesichts der weltweiten Konfrontation zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme bestätigt Scheel hier die Einschätzung Lin Biaos:

> "Der Imperialismus hat größte Angst davor, daß sich die Völker in verschiedenen Teilen der Welt zum Volkskrieg erheben, insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika... (er) sieht den Volkskrieg als eine tödliche Gefahr an." (29)

Der rationale Kern hinter dieser "Angst" vor revolutionären Befreiungsbewegungen ist in der sozioökonomischen Analyse der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt enthüllt worden, er besteht insbesondere in der Rohstoffabhängigkeit der kapitalistischen Länder. Um die "tödliche Gefahr" zu bannen, hat der Imperialismus nicht nur eine gigantische Kriegsmaschinerie gegenüber der Dritten Welt aufgebaut – diese hat sich in Vietnam als Papiertiger erwiesen – er bemüht sich auch um "innergesellschaftliche Teilreformen bürgerlich-kapitalistischen Charakters" (30), denn:

> "Durch das Wachstum der neuen Klassenkräfte in der Dritten Welt und durch die Notwendigkeit, innerhalb dieser Staaten lebensfähige ökonomische und politische Systeme aufzubauen, haben diese Völker nur zwei Möglichkeiten: entweder gehen sie den kapitalistischen oder den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit dem Ziel, den Sozialismus aufzubauen. Eines der wesentlichsten Ziele des Neokolonialismus ist es deshalb, diese Staaten davon abzuhalten, das sozialistische Entwicklungsmodell anzustreben. Da sie unfähig sind, die feudalen und halbfeudalen Gesellschaften als Hauptstütze ihres Einflusses zu stabilisieren, beabsichtigen die Imperialisten, den jungen Staaten das kapitalistische Entwicklungsmodell aufzuzwingen; sie unterstützen deshalb offen die kapitalistischen Schichten, die – wie sie hoffen – diese Aufgabe übernehmen werden, ohne so stark zu werden, daß sie ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus ein Ende machen können." (31)

Die Notwendigkeit dieser reformkapitalistischen Strategie wird von den Wortführern der Entwicklungspolitik der kapitalistischen Industrieländer eingesehen, mit scharfer Kritik an reformunwilligen Schichten in der Dritten Welt wird dabei nicht gespart (32):

---

28 Walter Scheel in einer Rede vor dem Arbeitskreis für Internationalen Kulturaustausch. Zitiert nach dem HANDBUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE, II A 30, 12. Lieferung (Juli 1962). Von W.W. Rostow ist eine ähnliche Äußerung bekannt: "Lage, Bodenschätze und die Bevölkerungen der unterentwickelten Gebiete haben eine derartige Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten die zweite Macht der Welt würden, sollten sie fest dem kommunistischen Block angeschlossen werden... Indirekt dürfte die Entwicklung der unterentwickelten Gebiete das Schicksal Westeuropas und Japans entscheiden und damit die Effektivität jener industrialisierten Regionen der Freien Welt, die wir uns zu führen verpflichtet haben. Wenn die unterentwickelten Gebiete unter kommunistischer Herrschaft geraten oder wenn sie eine Position fixierter Feindschaft dem Westen gegenüber einnehmen, wird die ökonomische und militärische Stärke Westeuropas und Japans vermindert, das Britische Commonwealth in seiner jetzigen Organisation beeinträchtigt und die Atlantische Gemeinschaft bestenfalls zu einem mißlichen Bündnis, das unfähig sein wird, wirksamen Einfluß über einen sehr begrenzten Raum hinaus auszuüben, was zugleich zu einem Verlust des Kräftegleichgewichts führen würde." Zitiert nach Magdoff: M.R. 1968, Nr. 2, S. 38, Übersetzung von den Verfassern.
29 Lin Biao: ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG, Peking 1965, S. 62.
30 Kurt Steinhaus: ZUR THEORIE DES INTERNATIONALEN KLASSENKAMPFES, Frankfurt/Main 1967, S. 46.
31 Jack Woddis: INTRODUCTION TO NEOCOLONIALISM, London 1968, S. 57.
32 So der damalige Bundesaußenminister Schröder in einer Rede über die "Grundlinien der deutschen Außenpolitik": "Hilfe ist nur dann sinnvoll, wenn die Regierungen einschneidende soziale, wirtschaftliche und landwirtschaftliche Reformen durchführen... Wir werden deshalb mit Vorrang solchen Regierungen Hilfe zukommen lassen, die gesetzliche Maßnahmen für eine gerechte wirtschaftliche und soziale Neuordnung treffen." Zitiert nach dem HAND-

"Weitverbreitete Armut ... führt zu einem Zusammenbruch der bestehenden politischen und sozialen Strukturen, was unvermeidlich das Vordringen des Totalitarismus in jedes schwache und instabile Gebiet herausfordert. Dies würde unsere Sicherheit und unseren Wohlstand gefährden." "Wir wären in einem großen Irrtum begriffen, wenn wir (die) Probleme (der ökonomisch schwach entwickelten Gesellschaften) allein mit militärischen Kategorien angehen wollten. Denn keine Zahl von Waffen und Armeen kann jene Regierungen stabilisieren, die unfähig oder nicht gewillt sind, soziale und wirtschaftliche Reformen und Entwicklung durchzusetzen." (33)

Die Dritte Welt ist langfristig nur dann in das kapitalistische Lager integrierbar, wenn durch innergesellschaftliche Reformen in diesen Ländern ein stabiler Bündnispartner der imperialistischen Bourgeoisie installiert wird, der versucht, die anstehenden sozioökonomischen Probleme zu lösen:

"Vorrangig ist die Heranbildung von Mittelschichten, die in den meisten Entwicklungsländern als stabilisierendes Element fehlen," (34) denn "das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer (setzt) eine neuerungsbereite, differenzierte, bewegliche und tragfähige Sozialstruktur" voraus. (35)

Aufgabe der sogenannten technischen Hilfe ist es, diese reformkapitalistische Strategie im Überbau abzusichern. Exemplarisch für diese Strategie ist insbesondere die Entwicklungspolitik Frankreichs, die, seitdem die EWG die Kapitalleistungen an Frankreichs ehemalige Kolonien in Afrika weitgehend übernommen hat, hauptsächlich aus technischer Hilfe besteht. (36) Durch seine dominierende Einflußnahme auf den Ausbildungssektor (Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung), auf die Ausbildung des Personals in den Massenmedien (Radio, Fernsehen) und auf die Ausbildung von sogenannten Fach- und Führungskräften in Verwaltung und Wirtschaft fällt es Frankreich leicht, die jetzigen wie auch die zukünftigen herrschenden Schichten in Nord-, West- und Äquatorialafrika auf die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ideologie zu verpflichten.

Danckwerts formuliert das so:

"Die Zielgruppen der Hilfe sind also die bestimmenden Gruppen der Entwicklung. Durch die Orientierung an Leitbildern, die von den Industriegesellschaften vermittelt werden, wird diese neue funktionale Mittelschicht zur privilegierten Gruppe im internationalen Rahmen, zur Korrespondenzgruppe der funktionalen Mittelschicht der Industriegesellschaften." (37)

Wenn der bürgerliche Staat als Sachwalter der langfristigen Interessen der gesamten Bourgeoisie aus Systemsicherungsinteressen eine reformkapitalistische Strategie gegenüber der Dritten Welt verfolgt, dann bleibt zu untersuchen, inwieweit diese Strategie den ökonomischen Interessen bestimmter Fraktionen der imperialistischen Bourgeoisie entspricht. Zu untersuchen sind die exportorientierten Monopole, die extraktiven Monopole, Leichtindustrie und Landwirtschaft.

BUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE, II A 30, 15. Lieferung 1962.
Ein anderes Beispiel kann aus der Rede Ministerialdirektor Sonnenhols auf dem Wesertag 1963 angeführt werden: "Hinzu kommt, daß die Privatinitiative vielfach durch feudalistische, oligarchische, ausbeuterische Schichten, die sich scharf antikommunistisch geben und häufig eng mit ähnlich gesonnenen ausländischem Kapital zusammenarbeiten, politisch so in Mißkredit geraten ist, daß es einige Zeit dauern wird, bis die heute in der Mehrzahl dieser Länder vorherrschende Militärverwaltungswirtschaft durch freiere Wirtschaftsformen ersetzt werden kann, die der privaten Initiative den ihr im Interesse einer raschen Entwicklung gebührenden freien Bewegungsraum zurückgeben." Zitiert nach HANDBUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE, a.a.O., 20. Lieferung 1963.

33 John F. Kennedy, zitiert nach Steinhaus, a.a.O., S. 49.

34 Walter Scheel in einer Rede vor dem Deutschen Überseetag in Hamburg. Zitiert nach dem HANDBUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE, a.a.O., 13. Lieferung 1962.

35 Walter Scheel in der bereits zitierten Rede vor dem Arbeitskreis für Internationalen Kulturaustausch.

36 Während Frankreich noch 1960 55,2 % seiner Hilfe in Form von Kapitalhilfe vergab und nur 17,7 % als Technische Hilfe, kehrte sich dieses Verhältnis 1966 auf 22,7 % zu 52,1 % um. Siehe Eberhard Stahn. "Die Entwicklungspolitik Frankreichs", in: ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT, Nr. 7 + 8, Juli und August 1968.

37 D. Danckwerts: "Entwicklungspolitik als interventionistische Außenpolitik", in: BZ F. POL, 1968, Nr. 3, S. 16.

2. Die Interessen der Exportmonopole

"Das System der indirekten Beherrschung – der Neo-Kolonialismus oder Neo-Imperialismus – ist nicht nur ein unvermeidliches Zugeständnis der Bourgeoisie der Mutterländer an die Kolonialbourgeoisie. Es entspricht auch bestimmten wirtschaftlichen Veränderungen in den Beziehungen zwischen diesen beiden Klassen. Die Industrialisierung der kolonialen und halbkolonialen Länder ist ein Prozeß, der sich nicht aufhalten läßt. Sie untergräbt jedoch einen der Pfeiler des alten Kolonialsystems: die Rolle der rückständigen Länder als Absatzmärkte für Konsumgüter. Der Export dieser Produkte aus den imperialistischen Ländern geht ständig zurück – zunächst relativ, dann auch in absoluten Zahlen. Daher ersetzt der Export von Investitionsgütern zunehmend den früheren Konsumgüterexport, da die kapitalistischen Länder die unterentwickelten Länder nach wie vor als Sicherheitsventil für die periodischen Überproduktionstendenzen, die der kapitalistischen Wirtschaft anhaften, benötigen. Diese Exporte sind durchaus mit einem größeren Grad politischer und sozialer Unabhängigkeit der Kolonialbourgeoisie gegenüber dem Imperialismus vereinbar. In gewissem Maße erfordern sie eine stärkere Einschaltung des Staates, der allein fähig ist, in den unterentwickelten Ländern große Unternehmen der Schwerindustrie zu schaffen. Innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie stoßen die Interessen derer, die die Industrialisierung der unterentwickelten Länder als die Stärkung eines potentiellen Konkurrenten auffassen, auf die Interessen jener, die in ihnen vor allem potentielle Kunden sehen. Im allgemeinen tendieren diese Konflikte dahin, zugunsten der zweiten Gruppe auszuschlagen, der Gruppe der großen Monopole der Investitionsgüterproduktion." (38)

Anders als Jalee und die Baran-Schule (s.u.), jedoch in Übereinstimmung mit Woddis sieht Mandel eine Industrialisierung der Dritten Welt mit den stärksten Interessen in den Metropolen vereinbar, gleichzeitig aber mit den Interessen der Konsumgüterindustrie kollidieren. Welchen Einfluß die insbesondere arbeitsintensiven Konsumgüterindustrien auf die Politik gegenüber der Dritten Welt nehmen, wird im übernächsten Abschnitt ausgeführt, an dieser Stelle sollen die Interessen der exportintensiven Investitionsgütermonopole – im folgenden kurz Exportmonopole genannt – näher untersucht werden.

Zur Wahrnehmung ihres Absatzinteresses sehen sich diese Exportmonopole einerseits zu Direktinvestitionen in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern andererseits zur massiven Einflußnahme auf die Entwicklungspolitik ihrer Regierungen gezwungen.

"Für alle expansiven Unternehmungen, besonders die exportintensiven unter ihnen, aber auch für die Hersteller solcher Erzeugnisse, von deren zukünftiger Marktgängigkeit in den Entwicklungsländern man überzeugt ist, gibt es so etwas wie die Sorge, man könnte bei dem run auf die aussichtsvoll erscheinenden Märkte zu spät kommen, wenn man sich nicht bald und nicht 'richtig' engagiere. Unter 'richtig' wird in klarer Erkenntnis der wirtschaftspolitischen Tendenzen in Entwicklungsländern vor allem die Aufnahme der Produktion verstanden, zumindest eines Teils derselben, entweder in eigener Regie, in einer gemischten Beteiligungsgesellschaft oder durch Übertragung von Fabrikationslizenzen auf einen bereits bestehenden Betrieb und Vermittlung des notwendigen 'Know how'." (39)

Diese Einschätzung Helmut Gieseckes wird durch die Arbeit von Matthias Schmitt: "Entwicklungshilfe als unternehmerische Aufgabe" bestätigt. Schmitt hat die Geschäftsberichte der wichtigsten exportorientierten bundesrepublikanischen Monopole analysiert und dabei festgestellt, daß als wesentliches Motiv für Direktinvestitionen dieser Monopole in der Dritten Welt das Bestreben zur Erschließung oder Absicherung der Märkte in diesen Regionen angegeben wird. So heißt es etwa im Geschäftsbericht der Daimler-Benz-AG von 1962:

"Als Folge der Industrialisierungsmaßnahmen in einer Reihe von Ländern sind Direktinvestitionen oft das einzige Mittel, die Verbindung zu diesen Märkten durch eine Produktion im Lande selbst zu erhalten." (40)

---

38 E. Mandel: MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Frankfurt/Main 1968, S. 499.

39 Helmut Giesecke: INDUSTRIEINVESTITIONEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN – RISIKEN UND CHANCEN, Hamburg 1963, S. 68.

40 Matthias Schmitt: ENTWICKLUNGSHILFE ALS UNTERNEHMERISCHE AUFGABE, 1965, S. 29.

Die Farbwerke Hoechst schreiben in ihrem 63er Geschäftsbericht:

> "Wir haben aus diesem Grunde in den vergangenen Jahren (in Lateinamerika) bedeutende Mittel aufgewendet und die Vertriebsorganisation stark ausgebaut. Außerdem wurden von uns im Zuge der Industrialisierungsbestrebungen dieser Länder und wegen der zunehmenden Importschwierigkeiten Produktionsstätten errichtet. Wir haben uns damit der in den Entwicklungsländern bestehenden wirtschaftspolitischen Tendenz angepaßt und Voraussetzungen geschaffen, unsere Marktposition zu halten." (41)

Rolf Thiessen, Mitarbeiter der Kreditanstalt für Wiederaufbau, hat den interessanten Versuch unternommen, die Direktinvestitionen der bundesrepublikanischen Monopole in der Dritten Welt nach der Größe der Märkte – gemessen nach der Bevölkerungszahl – aufzuschlüsseln. Ergebnis: In Märkten mit über 100 Mill. Einwohnern wurden 45 % aller Investitionen getätigt, in Märkten mit 50 bis 100 Mill. Einwohnern 33 %, in Märkten mit 10 bis 50 Mill. Einwohnern 14 % und in Märkten unter 10 Mill. Einwohnern nur 8 %. (42)

Die Exportmonopole sind auch die Fraktion der Bourgeoisie, die die Entwicklungshilfepolitik der kapitalistischen Industrieländer steuern. Vor der französischen Nationalversammlung sagte der damalige Ministerpräsident Pompidou 1964:

> "Die Industrieländer wollen ihre Absatzmärkte in den unterentwickelten Ländern ausdehnen. Die Erfahrung lehrt, daß wir die Kaufkraft der Abnehmerländer erhöhen müssen, um unsere Absatzmärkte vergrößern zu können; sei es dadurch, daß wir ihre Waren kaufen, ihnen Anleihen geben oder ihnen Geschenke machen." (43)

Walter Scheel, damaliger Entwicklungsminister, meinte 1966, die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik verstehe sich: "als Basisinvestition für den lebenswichtigen Außenhandel der deutschen Industrie." (44) Was Scheel mit dieser Formel zum Ausdruck bringen wollte, verdeutlichen einige strukturelle Aspekte der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik:

- Von den Krediten, die die Bundesrepublik Entwicklungsländern gewährt, fließen 80 % in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück. (45)
- Die mit Entwicklungshilfemitteln finanzierten Infrastrukturinvestitionen stellen nach Scheel das "Pre-Investment" für privatwirtschaftliche Investitionen dar. (46)

---

41 Schmitt: a.a.O., S. 32.

42 Rolf Thiessen: "Kapitalanlage im Ausland – Tendenzen und Motive", in: FÖRDERUNG PRIVATER INVESTITIONEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN, Wirtschaftstag anläßlich der Importausstellung "Partner des Fortschritts", Berlin 1965, S. 18.

43 "Discours sur la coopération prononcé par M. Pompidou, Premier Ministre,devant L'Assemblée Nationale", 10.6.64, herausgegeben von der Documentation Francaise, Nr. 758-6-64, S. 4.

44 Walter Scheel in einer Rede "Neue Wege Deutscher Entwicklungspolitik" am 8.6.66. Zitiert nach dem HANDBUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE, a.a.O., 30. Lieferung 1966. Ähnliche Formulierungen sind von Scheels Nachfolgern Wischnewski und Eppler bekannt: "Zweifellos liegen in den Ländern an der Schwelle zum industriellen Zeitalter für uns die entscheidenden Marktreserven der Zukunft, und zwar sowohl auf der Beschaffungs- wie auf der Absatzseite. Unsere Wirtschaft ist auf kaufkräftige Handelspartner angewiesen. Wenn die Entwicklungsländer bessere Kunden für uns werden sollen, dann müssen sie auch die Chance haben, die nötigen Devisen am Weltmarkt zu verdienen..." (Wischnewski in einer Antwort auf eine Große Anfrage zur Entwicklungspolitik vor dem Deutschen Bundestag, 28.6.67, zitiert nach dem HANDBUCH...", Lieferung 1967.
"Ich glaube, daß wir unser langfristiges Eigeninteresse mehr in den Vordergrund stellen sollten als unser kurzfristiges, und unser langfristiges Eigeninteresse ist zweifellos die Entwicklung neuer potenter Märkte für unsere Industrien in der Zukunft." (Eppler, zitiert nach: ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT, Nr. 12, Dezember 1968)

45 Nach Angaben Epplers, a.a.O., S. 5.

46 Walter Scheel vor einem Internationalen Management-Kongreß (CIOS) am 17.9.63: "Im Idealfall stellt die staatliche Hilfe das Pre-Investment für privatwirtschaftliche Interventionen dar." Zitiert nach dem HANDBUCH..., a.a.O., Lieferung 1963.

- Nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz erhalten die Exportmonopole der Bundesrepublik bei Investitionen in den Entwicklungsländern Steuerdarlehen und Steuerermäßigungen. (47)
- Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern werden staatliche Garantien gegen Enteignungen gewährt.
- Ebenso werden Exportkredite deutscher Unternehmen an Regierungen oder Unternehmen in Entwicklungsländern staatlich garantiert.
- Die Bundesregierung handelt bei den Entwicklungshilfeverhandlungen mit Regierungen der Dritten Welt Investitionsförderungsverträge und Doppelbesteuerungsabkommen aus.
- Die staatliche Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) unterstützt durch Beteiligungen und Darlehen Privatinvestitionen in der Dritten Welt und veräußert ihren Kapitalanteil an den privaten Investor, wenn sich das Unternehmen rentiert.

Auch in den USA hat die Entwicklungspolitik eine exportfördernde Funktion. E.R. Black, der frühere Weltbankpräsident und jetzige US-amerikanische Aid-Experte, bekennt:

> "Unser Hilfsprogramm für das Ausland stellt eine neue Quelle für Profite amerikanischer Geschäfte dar. Die drei wichtigsten Vorteile für die Wirtschaft:
> 1. Die Auslandshilfe öffnet sofort wichtige Märkte für amerikanische Waren und Dienstleistungen.
> 2. Die Auslandshilfe begünstigt die Entwicklung neuer überseeischer Märkte für die amerikanischen Unternehmen.
> 3. Die Auslandshilfe verschafft in Ländern, denen Hilfe gewährt wird, dem System der freien Unternehmung ein Übergewicht, das den amerikanischen Firmen eine gedeihliche Entwicklung gewährleistet." (48)

Der Vizepräsident der US Steel Corporation, Charles B. Baker, bestätigt Black:

> "... es ist weitgehend auf die Operationen unseres Auslandshilfeprogramms zurückzuführen, daß es unserer Stahlindustrie gelungen ist, den vollen Auswirkungen der Weltmarktkräfte zu entkommen. Wir schätzen, daß die Auslandshilfeaufträge für Stahlwerkprodukte der Vereinigten Staaten sich gegenwärtig auf 30 % des Wertes unserer Stahlproduktexporte – und zu einem noch größeren Prozentsatz der Schiffstonnage – vielleicht 40 % – belaufen." (49)

In Harvard Business Review haben Hyson und Strout eine Statistik veröffentlicht, die angibt, wieviel Prozent der Exporte ausgewählter US-amerikanischer Industriezweige durch das Aid-Programm 1965 finanziert wurden: (50)

Tabelle 9

Warengruppe	US-Exporte in Mill. $	durch Hilfe finanzierte US-Exporte in Mill. $	Prozent der Exporte durch Hilfe finanziert
Maschinen und Ausrüstungsgüter	6302	333	5,3
Eisen- und Stahlprod.	689	168	24,4
Chemikalien	2037	112	5,5
Autos und Lokomotiven nebst Ersatzteilen	1972	91	4,6
Düngemittel	230	70	30,4
Nichteisenmetalle	625	72	11,5
Gummiprodukte u. Gummi	344	33	9,6
Öl, Ölprodukte (außer Erdgas)	483	36	7,5
Textilien	571	31	5,4
Eisenbahntransport-Ausrüstungsgüter	146	43	29,5

---

47 Der private Investor kann nach dem EWH-Steuergesetz auf den in seiner inländischen Bilanz zu aktivierenden Wert der ausländischen Investitionen einen seinen steuerlichen Gewinn mindernden Bewertungsabschlag in Höhe von 15 % vornehmen. Außerdem kann er eine gewinnmindernde Rücklage in Höhe von 50 % des nach dem Bewertungsabschlag verbleibenden Werts bilden.

48 Zitiert nach Jalee, WELTWIRTSCHAFT..., a.a.O., S. 112-113.

49 Zitiert nach Magdoff, M.R. 1968, Nr. 6, S. 32. Übersetzung von den Verfassern.

50 Magdoff, a.a.O., S. 33.

Hyson und Strout kommentieren diese Tabelle:

> "Obwohl die Auslandshilfe nicht direkt in die Exportsubventionierung eingeschaltet ist, verschafft die Absatzpolitik der Vereinigten Staaten den US-Exporteuren indirekte Unterstützungen, denn einige unserer gebundenen Exporte würden nicht stattfinden, wenn sie nicht durch die Auslandshilfe finanziert würden. Das ist sehr leicht bei einer Reihe von amerikanischen Waren zu sehen, die über dem Weltmarktpreis liegen, aber dennoch exportiert werden, weil die Auslandshilfefonds liefergebunden sind. Die Kosten einiger Waren, die wir finanzieren, dürften beträchtlich über dem Weltmarktpreis liegen." (51)

Von einer Industrialisierung der Dritten Welt haben die Exportmonopole der kapitalistischen Industrieländer wachsende Absatzmärkte zu erwarten; ihre objektiven Interessen laufen deshalb auf eine Unterstützung der reformakapitalistischen Regierungen in der Dritten Welt hinaus,denn die Industrialisierung dieser Regionen setzt eine Beseitigung der reaktionären, objektiv entwicklungshemmenden Kompradorencliquen voraus.

Kurt Steinhaus argumentiert in diesem Zusammenhang, eine Unterstützung der ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt sei nicht zu erwarten, weil die kapitalistischen Industrieländer auf diese Weise ihre Absatzmärkte verlieren würden:

> "Der Aufbau einer Stahl-, Maschinen-, Elektro- und chemischen Industrie in Lateinamerika, Afrika und Asien hätte... zur Folge, daß diese Gebiete ihre Rohstoffe selbst verarbeiten könnten, damit aber als Absatzmärkte für eine Reihe von Waren ausfallen und eine ähnliche Angebotsstruktur aufweisen würden wie die kapitalistischen Industrieländer." (52)

Peter Müller weist demgegenüber in seiner Studie "Die Bedeutung der Industrialisierung unterentwickelter Länder für den deutschen Industrieexport" (53) eine zunehmende Bedeutung einer sich industrialisierenden Dritten Welt als Märkte für hochwertige Konsumgüter und Investitionsgüter nach:

> "Zusammenfassend läßt sich die Rolle der Importsubstitution im Industrialisierungsverlauf folgendermaßen charakterisieren:
>
> 1. Im industriellen Anfangsstadium ist die Importsubstitution als Kern der Industrialisierung anzusehen.
> 2. Die Importsubstitution erfaßt hauptsächlich Konsumgüter, in industriell schon weiter fortgeschrittenen Ländern zum Teil auch Halbfabrikate und Zwischenprodukte, bei komplizierten Produktivgütern ist sie unbedeutend.
> 3. Daraus folgt, daß die Importsubstitution eine um so geringere Rolle spielt, je weiter der industrielle Wachstumsprozeß voranschreitet.
> 4. Der Devisen freisetzende und einkommenserhöhende Effekt der Importsubstitution bewirkt eine Verschiebung der Importstruktur zugunsten von Produktivgütern und hochwertigen Konsumgütern.
> 5. Insgesamt ist nicht zu erwarten, daß die Importsubstitution zu einer Abnahme der Gesamtimporte führt, vielmehr wird der industrielle Fortschritt tendenziell mit einer Importsteigerung verbunden sein, deren Ausmaß in unterentwickelten Ländern typischerweise von der finanziellen Importkapazität determiniert wird." (54)

Von dieser Importsteigerung wird insbesondere die BRD profitieren, weil deren Exportstruktur einen überwiegenden Teil jener Güter aufweist, die im Laufe des Industrialisierungsprozesses zunehmende Bedeutung gewinnen:

Chemische Erzeugnisse, Maschinen und Transportgüter machten 1965 70 % der Gesamtexporte der BRD in die Entwicklungsländer aus, während die entsprechenden Waren am Export anderer Industrieländer einen geringeren Anteil hatten: Großbritannien 59,5 %, Frankreich 44 %, USA 49,3 %, Japan 47,5 %. (55)

Wenn bisher pauschal von der Beziehung Industrialisierung – Reformkapitalismus gesprochen wurde, so soll hier eine Differenzierung vorgenommen werden. Zu unterscheiden sind zwei Formen reformkapitalistischer Regierungen:

51 Magdoff, a.a.O., S. 35.
52 Steinhaus, a.a.O., S. 47.
53 erschienen in der Reihe des Deutschen Übersee-Instituts: "Probleme der Weltwirtschaft", Hamburg 1968.
54 Müller, a.a.O., S. 29-30.
55 Müller, a.a.O., S. 75-76.

- Regierungen, die eine primär eigenständige Industrialisierung ihrer Länder anstreben (so z.B. die Regierungen unter Getulio Vargas in den 30er und 40er Jahren und die unter Jango Goulart zu Beginn der 60er Jahre in Brasilien),
- Regierungen, die eine im wesentlichen vom Auslandskapital getragene Industrialisierung fördern (so z.B. die Regierungen unter Houphouet-Boigny in der Elfenbeinküste und unter Castello Branco in Brasilien).

Angesichts der in den meisten Ländern der Dritten Welt schwachen nationalen Industriebourgeoisie sind Mischformen zwischen beiden Regierungstypen kaum zu finden: entweder wird eine konsequente nationale Industrialisierungspolitik verfolgt oder die Wirtschaft des Landes ist sehr bald in Händen des Auslandskapitals. Dabei ist eine eigenständige Industrialisierung als die langfristig effektivere Industrialisierung anzusehen, weil den ökonomischen Bedürfnissen des Landes angepaßter (geringere Profittransfers, von ökonomischer Entwicklung in den Metropolen unabhängiger). Welche Form reformkapitalistischer Regierung und damit Industrialisierung durch die Politik der Exportmonopole begünstigt wird, wird im Teil III ausgeführt.

3. Die extraktiven Monopole

Während die westeuropäischen Industrieländer in der Dritten Welt überwiegend in der verarbeitenden Industrie investieren (von 1952-1968 gingen 73 % der bundesrepublikanischen Direktinvestitionen in der Dritten Welt in die verarbeitende Industrie und nur 13 % in die extraktive), gingen 1964 55 % der US-amerikanischen Investitionen in der Dritten Welt in die extraktiven Industrien, darunter allein 43,7 % in den Erdölsektor. (56) Die Ölfraktion der US-amerikanischen Bourgeoisie hat damit ein starkes Gewicht in der imperialistischen Politik der USA. Wesentliches Motiv für die Investitionen der extraktiven Monopole sind die außerordentlich hohen Profitraten in den Ländern der Dritten Welt. Das von Kurt Steinhaus zusammengestellte statistische Material erhellt diesen Zusammenhang: (57)

Tabelle 10

Gewinne aus privaten Direktinvestitionen der USA nach Regionen: (in %)

	Europa / Kanada	Afrika / Asien Lateinamerika	Afrika / Asien Lateinamerika (ohne Mittelost)
Wert der Gesamtanlagen in 1964	58	31	28
Gesamter Gewinn 1957-64	40	51	31
Verteilter Gewinn 1957/64	32	62	34
Reininvestierter Gewinn 1957-64	59	26	26

Während der Wert der Gesamtanlagen in Kanada und Europa fast doppelt so hoch ist wie der der Anlagen in Asien, Afrika und Lateinamerika, sind die in Asien, Afrika und Lateinamerika erzielten Gewinne um ein Viertel höher als die in Kanada und Europa erzielten, die verteilten Gewinne sind sogar fast doppelt so hoch. Berechnungen der Profitraten ergeben, daß die in der Dritten Welt erzielten Profitraten etwa das Vierfache der Profitraten in Kanada und Europa betragen; bei den Reinvestitionsraten ist das Verhältnis umgekehrt. Diese kolonialen Extraprofite werden vor allem im Mittleren Osten erzielt, wo das US-Kapital zu über 90 % in der Öl-Industrie investiert hat und eine Profitrate von mehr als 60 % erzielt. Die Extraprofite resultieren einerseits aus den sehr niedrigen Lohnkosten in der Dritten Welt, andererseits – und das ist der hauptsächliche Grund – aus der Preispolitik des Weltölkartells: Der Inlands-Rohöl-Preis der USA (genauer: cif Hafen am Golf von Mexiko) liegt der Preisregelung durch das Weltkartell zugrunde; da nun die durchschnittli-

56 Errechnet nach Tabelle VI-3 in Jalee: a.a.O., S. 126.
57 Steinhaus, a.a.O., S. 56-57.

chen Förderkosten in Nahost nur etwa ein Neuntel derjenigen in den USA betragen (58), erzielen die US-Ölgesellschaften im Nahen Osten außerordentlich hohe Profite. Wegen dieser hohen Profite sind die Erdölmonopole nicht bereit, Regierungen in der Dritten Welt zu tolerieren, die ihre Operationen in erheblichem Maße einschränken. Paul A. Baran leitet daraus die These ab, die extraktiven Monopole kollaborieren mit den reaktionären und entwicklungsfeindlichen Schichten in der Dritten Welt (Großgrundbesitzer, Händler, Industriemonopolisten) und widersetzen sich jeder Art reformkapitalistischer Regierung, weil von einer ökonomischen Entwicklung der Dritten Welt für die ausländischen Unternehmen Nationalisierungen, höhere Steuern, höhere Zölle und steigende Löhne zu erwarten seien:

> "Kein Wunder, daß das westliche Big-Business, das an der Erschließung der Rohstoffe stark beteiligt war, unter diesen Umständen nichts unversucht ließ, um die Entwicklung solcher sozialen und politischen Bedingungen in den Entwicklungsländern aufzuhalten, die deren wirtschaftlichem Wachstum förderlich sein könnten. Es benutzt seine ungeheure Macht, um die Kompradoren-Regierungen der rückständigen Gebiete zu stützen, die sozialen und politischen Bewegungen, die gegen sie opponieren, zu sprengen und zu korrumpieren und jede Regierung zu stürzen, wie immer sie zur Macht gelangt sei, die sich weigert, sich dem Willen ihrer imperialistischen Herren unterzuordnen." (59) So deutet dies nach Baran: "auf die Hauptaufgabe des Imperialismus in unserer Zeit hin: den wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer zu verhindern, wenn das unmöglich ist, zu hemmen und zu kontrollieren." (60)

Die von Baran genannten Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung in der Dritten Welt auf die extraktiven Monopole (Nationalisierungen, Höhere Löhne, Steuern und Zölle) lassen sich scheinbar auch auf die Direktinvestitionen der Exportmonopole im verarbeitenden Sektor übertragen, woraus gefolgert werden müßte, das gesamte Auslandskapital kollaboriere mit den entwicklungshemmenden Kompradoren. Im vorigen Abschnitt wurde jedoch nachgewiesen, daß die Exportmonopole reformkapitalistische Regierungen unterstützen. Dieser Widerspruch löste sich wie folgt: Während die extraktiven Monopole von einer wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt nicht profitieren, bildet diese Entwicklung die Basis für die erweiterte Reproduktion der Exportmonopole in der Dritten Welt. Überhaupt gleichzeitig ist die im Laufe des Entwicklungsprozesses mögliche Nationalisierung für die extraktiven Unternehmen eine realere Gefahr, weil die im Vergleich zu den Exportmonopolen weitaus höheren Profittransfers dieser Unternehmen (Siehe Teil III) eine ständige Belastung der Zahlungsbilanzen der unterentwickelten Länder darstellen und die extraktiven Sektoren dieser Länder insofern eine ökonomische Schlüsselposition haben, als deren Waren das Exportsortiment zu einem überwiegenden Teil bestimmen und oft auch die einzigen "modernen" Wirtschaftssektoren der schwach entwickelten Länder bilden. Während also die extraktiven Monopole nur negative Konsequenzen von einer ökonomischen Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu erwarten haben, sind die Exportmonopole auf diese Entwicklung unbedingt angewiesen, wobei gleichzeitig die Möglichkeit einer Nationalisierung ihrer Anlagen geringer ist als bei den extraktiven Monopolen.

Folgt hieraus ein unterschiedliches Verhältnis der beiden Interessengruppen zum Reformkapitalismus, so wird die Analyse dadurch um ein weiteres Moment kompliziert, daß dieser Widerspruch innerhalb wichtiger Industriezweige der kapitalistischen Industrieländer zu finden ist: Chemie- und Stahlindustrie sind sowohl an Direktinvestitionen zur Sicherung von Rohstofflagern als auch zur Sicherung von Absatzmärkten interessiert. Eine Bewegungsform erhält dieser Widerspruch nur in Gestalt reformkapitalistischer Regierungen des oben genannten zweiten Typs, Regierungen, die die kapitalistische Entwicklung ihrer Länder durch Begünstigungen des Auslandskapitals vorantreiben wollen, es deswegen mit Investitionsanreizen aller Art überschütten, von Investitionsförderungsverträgen bis zu Profittransfergarantien.

58 Ulrich Küntzel: DER DOLLAR-IMPERIALISMUS, Berlin 1968, S. 74. Bernd Schüngel: "Zur Frage der Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer von den Rohstoffen der Dritten Welt", in: DAS ARGUMENT 53, gibt folgende Vergleichszahlen über die Förderungskosten je Tonne in Dollar an: USA: 18-21, Venezuela, 5,5-7,5 und Naher Osten: 2,3-2,5.

59 Paul A. Baran: POLITISCHE ÖKONOMIE DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS, S. 310-311.

60 Baran, a.a.O., S. 309.

Die Thesen der Baran-Schule (61) sind deshalb nur für Regionen richtig, in denen das Auslandskapital im überwiegenden Maße im extraktiven Sektor investiert hat, z.B. für den Nahen Osten, wo die Erdölmonopole tatsächlich die Feudalcliquen unterstützen. Wo die Interessen von Exportmonopolen und extraktiven Monopolen aufeinanderstoßen, ist entweder die oben beschriebene Lösung möglich oder aber das jeweils regional (in der Dritten Welt) oder überregional (in der Einflußnahme auf die Entwicklungspolitik) stärkste Interesse setzt sich durch. In Westeuropa tendieren diese Konflikte zu einem Übergewicht der Exportmonopole, in den USA scheint der Einfluß beider Gruppen etwa gleich stark zu sein, wobei je nach Region und Land der Dritten Welt der jeweiligen Gruppe unterschiedliches Gewicht zukommt.

4. Die Interessen von Leichtindustrie und Landwirtschaft

Die Interessen der lohnintensiven Leichtindustrie und der an Überproduktionskrisen leidenden Landwirtschaft der kapitalistischen Industrieländer gegenüber der Dritten Welt sind vorwiegend protektionistische. Die Zoll- und Handelspolitik des hochentwickelten Kapitalismus benachteiligt dementsprechend insbesondere Importe von leichtindustriellen Waren und landwirtschaftlichen Produkten der gemäßigten Zone. Während die Einfuhr gewerblicher Waren durch die kapitalistischen Industrieländer durchschnittlich mit einer Zollhöhe von 15 % des Importwertes belastet wird, erreicht die Belastung der Hauptexportgüter der Dritten Welt – Produkte des Textilbereichs, Bodenbeläge, Schuhwerk, Artikel des Reise- und Sportbedarfs, Plastikwaren und Lederprodukte – nicht selten Höhen bis zu 40 % des Einfuhrwertes. (62) Auch bei den quantitativen Handelsrestriktionen werden die leichtindustriellen Produkte – hier insbesondere Textilien – der Dritten Welt am stärksten belastet. Ähnliches gilt für die Einfuhr landwirtschaftlicher Waren aus den gemäßigten Zonen, hier werden durch Zölle und quantitative Restriktionen vor allem die Entwicklungsländer Lateinamerikas und des Mittelmeerraumes benachteiligt. (63)

Eine weitere Benachteiligung erfahren die Länder der Dritten Welt durch das gegenwärtige progressiv gestaffelte Wertzollsystem. H. Bachmann hat in seinen Schriften an mehreren Rechenexempeln diese Benachteiligung nachgewiesen; er faßt seine Kritik wie folgt zusammen: (64)

> "Die Bedeutung dieser Berechnungen liegt darin, daß bei einem festen Zollsatz der protektionistische – und möglicherweise prohibitive – Effekt umso größer ist, je kleiner der Wertschöpfungsprozeß ist. Die unterentwickelten Länder, die mit dem Export von industriellen Halb- oder Fertigwaren beginnen wollen, haben die besten Erfolgsaussichten sowohl aus technischen als auch aus Kostengründen bei den einfachsten Produktionsstufen, insbesondere bei den ersten Verarbeitungsprozessen für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Bei diesen Produktionsstufen ist die Wertschöpfung am geringsten und gegen Waren dieser Art entwickelt die traditionelle progressive Zollpolitik ihre größten protektionistischen Effekte. Demgegenüber stoßen Exporte aus Industrieländern unter den progressiven Zollsätzen auf vergleichsweise geringe Protektionseffekte. Das Fazit, das fast schon ein ökonomisches Gesetz ist, lautet, das gegenwärtig in den Industrieländern ebenso wie in den Entwicklungsländern angewandte Zollsystem entwickelt höhere Protektionseffekte gegenüber Exporten aus Entwicklungsländern als gegenüber solchen aus Industrieländern."

Diese eindeutig entwicklungshemmenden Zoll- und Handelsstrukturen, die den Interessen von Leichtindustrie und Landwirtschaft dienen, stehen ebenso wie die Interessen der extraktiven Monopole mit denen der Exportindustrien in Widerspruch. Hier scheint sich nach der Welthandelskonferenz von Neu-Delhi 1968, wo beschlossen wurde, daß die kapitalistischen Industrieländer den dritten Ländern Zollpräferenzen gerade auch für industrielle Produkte einräumen sollen, die Tendenz zur Durchsetzung der Interessen der Exportmonopole anzubahnen. Jedoch bleibt mit Skepsis das Ergebnis der Verhandlungen der OECD-Staaten über die konkrete Form der Präferenzen abzuwarten.

61 Zur Baran-Schule sind zu zählen Kurt Steinhaus, Conrad Schuhler (Zur Politischen Ökonomie der Armen Welt), Bo Gustafsson (Versuch über den Kolonialismus), weil diese Autoren explizit die Baranschen Thesen übernehmen, und Ulrich Küntzel, weil seine Position der von Baran genau entspricht.

62 Dieter Jaeger: HANDELSPOLITIK ALS ENTWICKLUNGSPOLITIK, 1968, S. 84.

63 Jaeger, a.a.O. S. 86

64 Heinz Bachmann: THE EXTERNAL RELATIONS OF LESS-DEVELOPED COUNTRIES, A Manual of economic policies, New York 1968, S. 22. Übersetzung durch die Verfasser. Siehe auch Derselbe: ZOLLPOLITIK UND ENTWICKLUNGSLÄNDER, Tübingen 1965,

Die Leichtindustrie scheint ähnliche Tendenzen zu erwarten, jedenfalls ist sie seit geraumer Zeit verstärkt bemüht, ihre Produktion in die Länder der Dritten Welt auszulagern, um dort die billigeren Arbeitskräfte ausbeuten zu können (z.B. Textilunternehmen der Bundesrepublik in Kamerun, Nigeria, Tansania, Türkei, Tschad etc.). (65)

III. Die Vermittlung von Struktur- und Interessenanalyse

In diesem Abschnitt soll der Versuch unternommen werden, die in Teil I und II bloß nebeneinandergereihten für die Analyse der Interessenstrukturen des Imperialismus wichtigen Faktoren in ihrer Widersprüchlichkeit in Beziehung zu setzen. Als erste Annäherung können uns dabei die von Giovanni Arrighi und John S. Saul entwickelten Thesen dienen, die einen Wandlungsprozeß im Imperialismus vom extraktiven Imperialismus zum industriellen Imperialismus behaupten:

> "1. Es hat eine Vertiefung der kapitalistischen Interessen in den unterentwickelten Ländern stattgefunden, die auf ein direkteres Engagement der multinationalen Konzerne bei den Industrialisierungsprozessen in der Peripherie zurückzuführen ist. Diese relative Akzentverschiebung, die von den Strukturen des klassischen extraktiven Imperialismus wegführt (...), ist durch den starken Rentabilitäts- und Attraktivitätsverlust des agrarischen Sektors für überseeische Interessen verstärkt worden.
> 2. Durch die technische Revolution in der Nachkriegszeit haben sich die Faktoren, die den Kapitalexport der entwickelten kapitalistischen Zentren bestimmt haben, stark verschoben. Insbesondere hat die Ausbeutung der billigen überseeischen Arbeitskraft stark an Bedeutung verloren, statt dessen ist gegenwärtig der bedeutendste Faktor die Existenz einer relativ entwickelten und schnell expandierenden Industriestruktur, denn diese garantiert die reibungslose Tätigkeit kapitalistischer Unternehmen der verarbeitenden Industrien im Hinblick auf Absatzmärkte und Produktionsfaktoren. Andere Determinanten, wie z.B. die vorher erwähnten geringen Lohnkosten, günstiges politisches Klima, Profittransfermöglichkeiten, usw. sind wichtige Faktoren, aber ein äußerst ungenügender Ersatz für diesen dominierenden Faktor." (66)

Die am Reformkapitalismus orientierten Interessen der Exportmonopole und die vom bürgerlichen Staat in der Metropole verfolgten Systemsicherungsinteressen, beide instrumentalisiert in Gestalt der Kapital- und der technischen Hilfe, bilden zusammen den "spiritus rector" dieser zweiten Phase des Imperialismus. Hingegen repräsentieren die extraktiven Monopole und die Interessen von Leichtindustrie und Landwirtschaft den extraktiven Imperialismus. Die Widersprüche zwischen verschiedenen Fraktionen in der imperialistischen Bourgeoisie einerseits und zwischen langfristigen Interessen des Gesamtsystems und bestimmten Partialinteressen andererseits spiegeln sich in der Struktur der sozioökonomischen Beziehungen zwischen Metropole und Peripherie wider: Die sich verschärfende strukturell schwache handelspolitische Situation der Dritten Welt, die im wesentlichen Produkt der durch den Kolonialismus und klassischen Imperialismus installierten Weltarbeitsteilung ist, stellt ein entscheidendes Hemmnis für die entwicklungspolitischen Chancen reformkapitalistischer Kräfte dar. Gegenläufige Tendenzen – etwa in Gestalt der von Frankreich geforderten Organisierung der Weltrohstoffmärkte, der Ausgleichszahlungen für die Verluste aufgrund sinkender terms of trade durch die Industrieländer und der Zollpräferenzen für Industriewaren aus der Dritten Welt – setzen sich bislang nur allmählich durch (UNCTAD-Beschluß über Zollpräferenzen). In den Kapitalbeziehungen stehen den 1965 ca. 11 Mrd. Dollar Leistungen aus öffentlichemund privatem Kapital (wobei noch die insbesondere in dem Auslands-hilfeprogramm der USA überaus hohen Militärleistungen abgezogen werden müßten) ca. 16 bis 20 Mrd. Kapitalabflüsse gegenüber, so daß den reformkapitalistischen Kräften in der Dritten Welt ein erheblicher Teil des Mehrprodukts ihrer Länder entzogen wird. Dabei ist wiederum zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der Profittransfers durch die extraktiven Monopole, vor allem die Erdölindustrie, verursacht wird: 1964 hatten die Erdölmonopole einen Anteil von 43,7 % an den Privatinvestitionen der USA in der Dritten Welt, an den Profittransfers waren sie jedoch zu

65 Siehe: GESCHÄFTSBERICHTE DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT (DEG) 1966, 1967 und 1968.

66 Giovanni Arrighi und John S. Saul: "Nationalism and Revolution in Sub-Saharian-Africa", Vervielfältigtes Manuskript, S. 2. Übersetzung von den Verfassern.

72 % beteiligt, umgekehrt war der Anteil der Investitionen im Fertigwarensektor (Exportmonopole) 28 %, während diese Monopole nur zu 6 % am Gesamttransfer beteiligt waren. (67) Der durch die Liefergebundenheit der öffentlichen Leistungen verursachte Abzug des Mehrprodukts der Dritten Welt ist Ausdruck der Widersprüche zwischen den einzelnen nationalen Kapitalien des Imperialismus: Um Zugang zu den Märkten der Dritten Welt zu finden oder diese zu sichern, um ferner die Konkurrenz mit anderen kapitalistischen Industrieländern zu unterlaufen, bedienen sich die Exportmonopole dieses kurzfristig effizienten Instrumentariums.

Gegenläufige Tendenzen sind in den Kapitalbeziehungen allenfalls durch die Verbesserung der Kreditkonditionen durch die kapitalistischen Industrieländer zu erwarten, so daß die Schuldendienstleistungen nicht das katastrophale Ausmaß erreichen werden, das angesichts des jetzigen Schuldenbergs zu erwarten ist. Die Auswirkungen dieser Verbesserung auf das globale Verhältnis von capital-outflow und capital-inflow sind jedoch äußerst minimal. Eine effektive Steigerung der öffentlichen und privaten Leistungen durch die Metropole als potentielle Gegentendenz ist nicht zu erwarten, solange die kapitalistischen Industrieländer ihre Verwertungs- und Realisierungsprobleme einerseits durch das wirtschaftspolitische Instrumentarium des Staates andererseits durch einen Ausbau der Handelsbeziehungen untereinander bewältigen können.

Zusätzlich zu den bislang analysierten Widersprüchen zwischen Fraktionen der Bourgeoisie und Gesamtsysteminteressen und Partialinteressen ist eine weitere Widerspruchsebene in die Analyse einzufügen, die bereits in einigen Aspekten der Kapitalbeziehungen (Liefergebundenheit, Verschuldung) anklang. Gemeint ist der Widerspruch zwischen Zielen und Instrumenten in der Politik der Exportmonopole.

Die Exportmonopole sind die Fraktion innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie, die langfristig von einer Industrialisierung der Dritten Welt am stärksten profitiert. Daraus wurde abgeleitet, daß diese Interessengruppe den Reformkapitalismus in den schwach entwickelten Ländern unterstütze. Der für die Dritte Welt effektivste Reformkapitalismus, ist derjenige, der eine nationale Industrialisierung voranzutreiben versucht, was etwa G. Vargas zwischen 1930 und 1945 in Brasilien aufgrund der durch Weltwirtschaftskrise und zweiten Weltkrieg schwachen Bindung zwischen Metropole und Satellit im Ansatz gelang. Ein solches rasches Wachstum der nationalen Industrien in der Dritten Welt entspricht auch den langfristigen ökonomischen Interessen der Exportmonopole. Durch die Wahrnehmung ihrer konkreten Interessen hier und jetzt verhindern diese Monopole jedoch diese für den Kapitalismus rationalste Lösung. Die Direktinvestitionen der Exportmonopole führen dazu, daß bestehende Ansätze für eine nationale Industrialisierung entweder zunichte gemacht werden, wie in Brasilien nach Ende der Ära Vargas, oder aber gar nicht erst entstehen, wie in zahlreichen Ländern Afrikas, weil die überlegende Konkurrenz des Auslandskapitals sehr rasch zu deren vollständiger Herrschaft über die modernen Produktionssektoren führt und so die nationalen Industrien zurückdrängt oder nicht entstehen läßt. So sind in Brasilien ca. 72 %, (68) in der Elfenbeinküste mindestens 90 % (69) und im Senegal ca. 80 - 90 % (70) der verarbeitenden Industrien in Händen des Auslandskapitals:

> "Die metropolitane wirtschaftliche Unterjochung der lateinamerikanischen Industrie bedeutet unvermeidlich auch die Unterjochung der lateinamerikanischen industriellen Bourgeoisie. Die nationalistische Industrie – oder die industrielle Nationalpolitik der 30er und 40er Jahre gibt es nicht mehr; mehr und mehr wurden Lateinamerikas Industrielle – oder sie werden es in naher Zukunft – Verbündete, Partner, Bürokraten, Lieferanten und Klienten von gemischten, ausländisch-lateinamerikanischen Unternehmen und Gruppen, die die lateinamerikanischen nationalen Interessen verdunkeln und bemänteln und – was noch bedeutsamer ist – die zunehmend die wirtschaftlichen Interessen der individuellen lateinamerikanischen bourgeoisen Industriellen mit den metropolitanen neoimperialistischen Interessen ver-

67 Errechnet nach Jalee, a.a.O., Tabelle VI-3, S. 126.

68 Angaben aus: "Der Polizeimord an Carlos Marighella", in: RPK, Nr. 38, S. 9. Siehe auch den Aufsatz von R.P. Schilling in dieser SOPO sowie die abgedruckten Dokumente.

69 Samir Amin: LE DEVELOPPEMENT DU CAPITALISME EN COTE D'IVOIRE, Paris 1967.

70 M.A. Zajadatz: PROBLEME UND MÖGLICHKEITEN DER INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN SENEGAL, Dissertation, Köln 1962.

binden. Damit wurde die sogenannte (oder fälschlich genannte) lateinamerikanische nationale Bourgeoisie – die weit davon entfernt ist, stärker und unabhängiger bei der Entwicklung von Lateinamerikas Industrie unter metropolitaner Lenkung zu werden – schwächer und in jedem Jahr abhängiger." (71)

Dort, wo diese nationale Industriebourgeoisie noch nicht existierte, wie in weiten Teilen Afrikas, wird die Bourgeoisie durch die Dominanz des Auslandskapitals an ihre traditionellen Reproduktionsbasen gefesselt (Landwirtschaft, Handel, Staat und Militär), ohne diese in eine industrielle transformieren zu können. Dies wird vom Deutschen Industrie- und Handelstag ausdrücklich zugegeben:

"Dabei sollte man nicht davor zurückschrecken, die Interessen der Industrie- und der Kapitalausfuhrländer beim Namen zu nennen, etwa die notwendige Sicherung der Absatzmärkte und die im Zuge moderner Industrieentwicklung erforderliche Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungen in die Entwicklungsländer. Den Entwicklungsländern andererseits müßte man klarmachen, daß sich viele Wünsche nach Aufbau einer eigenen Industrie in absehbarer Zeit nicht erfüllen lassen, weil die finanziellen und technischen Voraussetzungen dafür fehlen. Demgegenüber sei es leichter, eine Industrie aufzubauen, deren Absatz in den Industrieländern gesichert ist. Dies könne am einfachsten und schnellsten durch Verlagerung von Teilen der Fertigung aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer geschehen." (72)

Die Politik der Exportmonopole schlägt auf diese Weise gegen ihre langfristigen Interessen zurück, denn die nationale Industrialisierung der Dritten Welt wird gehemmt zugunsten einer weniger effektiveren, vom Auslandskapital getragenen, und der einzig starke Bündnispartner der Exportmonopole, die nationale Industriebourgeoisie, eingeschränkt. Außerdem verschärfen sich durch diese imperialistische Beherrschung die Widersprüche zwischen Nationalbourgeoisie und Arbeiter- und Bauernmassen in der Dritten Welt, wodurch die Überlebenschance des Imperialismus eingeengt wird:

"Weil die Metropole einen zunehmenden Teil der profitabelsten lateinamerikanischen Geschäfte mit Beschlag belegt hat und den Rest in wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten treibt, verbleibt der lateinamerikanischen Bourgeoisie, die die profitablen Geschäfte aufgeben mußte, keine Wahl, sondern nur der Kampf um ihr Überleben – selbst wenn er auch vergeblich ist – durch eine Verstärkung der Ausbeutung ihrer abhängigen Arbeiter und Bauern, über Löhne und Preise, um einiges zusätzliches Blut aus dem Stein herauszuquetschen; und gelegentlich muß die lateinamerikanische Bourgeoisie zu direkter militärischer Gewalt Zuflucht nehmen." (73)

Durch die verschiedenen aufgezeigten Widersprüche innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie – Widersprüche zwischen Partialinteressen, Widersprüche zwischen Partial- und Systeminteressen, Widersprüche zwischen Zielen und Mitteln in der Politik eines Partialinteresses – vollzieht sich der von Arrighi und Saul aufgezeigte Wandlungsprozeß vom extraktiven zum industriellen Imperialismus äußerst langsam. Für die Länder der Dritten Welt bedeutet dies zweierlei: Entwicklung der Unterentwicklung und ökonomische Beherrschung durch die kapitalistischen Industrieländer.

IV. Andeutung einer Forschungsstrategie:

Die imperialistischen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den unterentwickelt gehaltenen Ländern werden – das sollte dieser Aufsatz verdeutlichen – durch weitaus komplexere und widersprüchlichere Strukturen und Interessen bestimmt als in den neueren Imperialismustheorien angenommen wird. Alle neueren Theoretiker zentrieren ihren Imperialismusansatz um nur einen Aspekt der Gesamtproblematik: Baran, Steinhaus, Schuhler, Gustafsson und Küntzel um die Interessen der extraktiven Monopole, Jalee und Magdoff um die Struktur der sozioökonomischen Beziehungen, Mandel und Woddis um die Interessen der Exportmonopole. Wenn deshalb eine erhebliche Modifizierung der modernen Imperialismustheorien als unumgänglich erscheint, sollte dabei gleichzeitig ein von den neuen Theorien erheblich abweichender methodischer Ansatz gewählt werden (das schließt eine Selbstkritik dieses Aufsatzes ein). Alle heutigen Imperialismustheorien gehen mehr oder minder von den Erscheinungsformen der Beziehungen zwischen

71 Andre Gunder Frank: KAPITALISMUS UND UNTERENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA, Frankfurt 1969, S. 307. Siehe auch die Rezension des Buches in dieser SOPO.
72 DIHT: TÄTIGKEITSBERICHT 1963.
73 Frank, a.a.O., S. 307-308.

kapitalistischen Industrieländern und ökonomisch schwach entwickelten Ländern aus, ohne den Imperialismus – wie es die klassischen Imperialismustheoretiker (Hilferding, Luxemburg, Lenin, Sternberg, Bucharin und Grossmann) noch versuchten – aus den ökonomischen Bewegungsgesetzen des Monopolkapitalismus abzuleiten. Kapitalistische Industrieländer und Dritte Welt müssen bei diesem Ansatz – das drückt schon das Wort "Dritte" Welt aus – auseinanderfallen, werden nicht mehr als zwei Seiten einer Sache, des Monopolkapitalismus, gesehen. Die z. Zt. nur in mageren Ansätzen vorhandene Analyse des Monopolkapitalismus ist folglich die erste Voraussetzung für eine methodisch korrekte Imperialismusanalyse. Für die Gesamtanalyse wären dann noch folgende Schritte notwendig:

1. Analyse der sozioökonomischen Beziehungen (Handel-, Kapital- und Rohstoffbeziehungen) zwischen Metropolen und Satelliten, wiederum mit einer regionalen Differenzierung sowohl in den Metropolen als auch in den Satelliten.

2. Ableitung der Interessen der Metropolen gegenüber den Satelliten aus der Monopolkapitalismusanalyse und aus der Auseinandersetzung zwischen den beiden antagonistischen Weltsystemen, wobei eine Differenzierung zwischen den USA, Westeuropa und Japan notwendig wäre.

3. Sozioökonomische Analyse der unterentwickelt gehaltenen Länder mit einer Differenzierung zwischen Asien, Afrika und Lateinamerika: Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie (Kompradorenschichten gegen industrielle Bourgeoisie), Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Arbeiter- und Bauernklasse, sozialistische Befreiungsbewegungen und deren Rückwirkung auf die Metropolen).

Zu allen genannten Punkten liegen bisher nur Fragmente vor, doch erst eine Vermittlung dieser vier Analysen könnte den Namen Imperialismus"theorie" beanspruchen.

SOZIALISTISCHE POLITIK 8
erscheint September 1970

SOZIALISTISCHE POLITIK 9
erscheint Dezember 1970

Fischer Bücherei

Zum 100. Geburtstag von Lenin.

Lenin Studienausgabe in 2 Bänden
Iring Fetscher (Hrsg.)
Bd. 6012/13. Je DM 5.80
Die wichtigsten Texte Lenins aus den Jahren 1894 bis 1922: „Die theoretische Orientierung der revolutionären Bewegung in Rußland. Die Konzeption einer sozialistischen Partei. Die revolutionäre Arbeit vor und während dem 1. Weltkrieg. Der Entwurf einer marxistischen Staatstheorie." Und viele andere Themen enthält diese Jubiläumsausgabe.

Marx/Engels · Iring Fetscher (Hrsg.)
Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts
Bd 1043. DM 3.80

Marx/Engels Studienausgabe 1–4
Bd. 764/765/766 767. Je DM 3.80

Leo Trotzki · Die permanente Revolution
Bd. 1095. DM 2.80

Die Deutsche Revolution 1918–1919
Susanne Miller / Gerhard A. Ritter (Hrsg.)
Bd. 879. DM 4.80

Paulo R. Schilling

Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf (Teil II)

Kubitschek: Entwicklung und Ausverkauf

Dann folgte die Regierung Kubitscheks, die von Caio Prado Junior so charakterisiert worden ist: "Von allen bisherigen brasilianischen Regierungen war sie die, die den größten Ausverkauf betrieben hat, und unter der die größte imperialistische Orgie in der brasilianischen Wirtschaft gefeiert worden ist."

Die Entwicklungspolitik Kubitscheks, die ihren Niederschlag im sogenannten Zielplan fand, war eine klare Politik des nationalen Ausverkaufs. "Die finanzielle Beteiligung des Auslands oder die ausländische Finanzierung, oder beide zusammen, müssen den größten Teil der geplanten neuen Investition decken." Die Theoretiker der "Entwicklungspolitik", Lucas Lopez und Roberto Campos (der später Planungsminister unter Castelo Branco wurde), ..bewegten die nordamerikanischen und europäischen Kapitalisten dazu, massiv an der Entwicklung der Industrie teilzunehmen, die die Importe überflüssig machen sollte und die sich in einer Phase des schnellen Aufschwungs befand. Dem internationalen Finanz- und Monopolkapital wurden in der Geschichte des Imperialismus beispiellose Vorteile geboten. Die Anweisung Nr. 113 der SUMOC war dazu das grundlegende Instrument, da sie es ermöglichte, das ausländische Kapital vom Zwang zur Deponierung von Devisen zu befreien, zu der die nationalen Unternehmer verpflichtet waren, wenn sie Maschinen und Ausrüstungen importieren wollten. Diese Ausrüstungen, zum großen Teil schon veraltete Maschinen aus USA und Europa (die Einfuhr von Alteisen zu astronomischen Preisen war so groß, daß die SUMOC selbst, die vollständig von den ausländischen Interessen kontrolliert wurde, schließlich die Einfuhr von Maschinen verbot, die älter als 25 Jahre waren), kamen als ausländisches Kapital und zu von den Eigentümern willkürlich festgesetzten Preisen ins Land herein. Und sie wurden auch als ausländisches Kapital für alle Zwecke und Rechte registriert.

Auf der anderen Seite wurden alle Arten von Vorteilen und Privilegien an die Industrien erteilt, die im Rahmen des Zielplanes errichtet wurden, besonders der Autoindustrie und dem Schiffbau. Im Rahmen dieser Politik wurde bei der Einfuhr von Autoteilen, die bei der Montage der "nationalen" Autos verwendet wurden, ein Vorzugsdevisenkurs geboten (der sogenannte Kostenkurs); die Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungen, und sogar die Einfuhr von Autozubehörteilen, wurde vom Zoll befreit; es gab sogar eine Befreiung von der Konsumsteuer, die viele nationale Industrieerzeugnisse stark belastete; und außerdem wurden die ausländischen Unternehmen von den öffentlichen Banken mit Umlaufkapital versorgt, denn sie hielten es natürlich nicht für notwendig, ihr Kapital aus dem Ausland selbst mitzubringen (es war in der Tat nicht notwendig). Das einzige, was sie brachten, waren veraltete Maschinen, altes Eisen, Schrott. Die Kredite der Nationalen Bank für die wirtschaftliche Entwicklung, deren Kapital allein durch die Abschöpfung der Ressourcen des gesamten brasilianischen Volkes gebildet worden war (Sondereinkommensteuer), gingen in erster Linie an ausländische Unternehmen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt wurden von einem gesamten Kreditvolumen von 9,1 Milliarden Cruzeiros 6,8 Milliarden an ausländische und nur 2,3 Milliarden an inländische Privatunternehmen vergeben. Außerdem wurde bei der Transferierung von Gewinnen, Zinsen und Abschreibungen ins Ausland ein bevorzugter Wechselkurs eingeräumt, denn es war so, wie Osvaldo Aranha sagte: "...das ausländische Kapital fordert Garantien, um ins Land zu kommen, größere Garantien, um im Land zu bleiben und noch viel größere dafür, daß es das Land wieder verlassen kann..."

Moacir Palixao errechnete, daß die Vorteile, Vergünstigungen und Privilegien, die die Regierung Kubitschek der Automobilindustrie in der Periode ihrer Entstehung einräumte, die Summe von 200 Milliarden Cruzeiros erreichte, eine Summe, die dem brasilianischen Bundeshaushalt in dieser Zeit entspricht.

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts erreichte die Zahl von 7% (in der Industrie 10 bis 16%), ein unzweifelhaft hohes Wachstum für ein kapitalistisches Land. Dieses Wachstum wurde jedoch mit einem hohen Preis bezahlt, sowohl vom sozialen Standpunkt als auch vom Standpunkt der nationalen Souveränität. Die Finanzierung der Entwicklung vermittels einer hohen Inflationsrate ist ein beliebtes Mittel der Regierungen unterentwickelter Länder, um den Rückstand aufzuholen. Es ist ein drastisches Medikament für eine dramatische Krankheit. Das gesamte Volk muß über höhere Lebenshaltungskosten (und damit verbunden, durch niedrigere Reallöhne) die schwere Last der Entwicklung tragen. Jeder Bürger, auch der einfachste Arbeiter und der armseligste Bauer, muß durch höhere Preise, die er für die Güter zahlen muß, die er konsumiert, seine "Investition" in den Entwicklungsindustrien leisten, die den Nutzen von den staatlichen Steuer- und Kreditvergünstigungen haben. Das gesamte Volk muß den Preis des Fortschritts zahlen. Die Früchte dieses Fortschritts gehen aber innerhalb des kapitalistischen Systems zum größten Teil an die herrschenden Klassen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Macht innehaben. Das ist ein anderer großer Widerspruch des kapitalistischen Systems: die von der Gesellschaft aufgebrachten Investitionen werden von der Bourgeoisie und den internationalen Monopolen angeeignet.

Vom nationalen Standpunkt aus erreichte die Situation unerträgliche Grenzen. Die "Entwicklung" Kubitscheks wurde auf Kosten einer Überfremdung eines Großteils der nationalen Wirtschaft erreicht. Die Entnationalisierung der Großindustrie, die durch die Anstrengungen und die Opfer aller Brasilianer schon entwickelt worden war, wurde von der Regierung unterstützt. Caio Prado Junior drückt die Ergebnisse dieser Politik sehr gut aus:

> Aus dieser Internationalisierung des brasilianischen Wirtschaftslebens ging eine große Zahl von Randsektoren hervor, die ausschließlich neben und um die großen internationalen Initiativen vegetieren, an denen das Land teilnehmen muß. Sie sind nicht von den Armen des Imperialismus umschlungen, weil sie im Moment uninteressant sind. Ihre Existenz ist dunkel und unsicher; sie sind wie jene kleinen Handwerksbetriebe, die immer neben der mächtigen und expansiven Fabrik überleben, auch wenn sie noch so veraltet sind. Entsprechend können sie natürlich nicht als autonom bezeichnet werden. Sie konzentrieren sich um die großen imperialistischen Achsen, die das Land durchkreuzen, und sie münden notwendig in diese Interessen. Sie dienen letztlich nur dem Imperialismus und müssen sich seinen Launen und Interessen unterwerfen.

Ein typisches Beispiel für diese Unterwerfung der noch bestehenden nationalen Zweige der Industrie unter die Interessen des internationalen Monopolkapitals ist die brasilianische Automobilersatzteilindustrie. Brasilien hatte mit nationalem Kapital, nationaler Technik und Initiative eine starke Autoersatzteilindustrie geschaffen. Der Eigenbedarf konnte durch sie praktisch voll gedeckt werden. Parallel dazu, auf Initiative von Vargas, war die Nationale Motorenfabrik aufgebaut worden. Es war also die Grundlage für eine nationale Automobilindustrie geschaffen worden. Es wäre nur noch notwendig gewesen, einige zusätzliche Maschinen einzuführen und die Koordinierung zwischen dem staatlichen Unternehmen und den unzähligen nationalen Privatunternehmen in der Ersatzteilindustrie herbeizuführen. Wir haben schon gesehen, daß nicht dieser Weg eingeschlagen wurde, sondern einige internationale Monopole (Volkswagen, Mercedes-Benz, General Motors, Ford u.a.) erhielten eine wahre Flut von Privilegien. In ihrem Streben nach einem maximalen Profit bei einem Minimum an Investitionen stellen diese ausländischen Organisationen nur wenige Grundbestandteile der Fahrzeuge her und nehmen die Montage vor. Tausende von Teilen und Zubehör werden weiterhin von der mittleren und kleinen nationalen Industrie

hergestellt. Diese Satellitenfabriken, durch eiserne Lieferverträge an die Automobiltrusts gefesselt, werden hart ausgebeutet. Sie stellen so etwas wie eine "proletarisierte Bourgeoisie" dar, denn sie bekommen von den Trusts nur das zum Überleben notwendige Minimum.

Am Ende der Regierung Kubitscheks hatten die wichtigsten Zweige der brasilianischen Wirtschaft die folgenden Anteile ausländischer Vorherrschaft (diese Anteile wurden auf der Grundlage verschiedener Quellen, jeweils der zuverlässigsten, berechnet, wobei allerdings zu bemerken ist, daß es sehr schwer ist, den Fortschritt des ausländischen Kapitals einigermaßen richtig zu verfolgen, da dies sich in den verschiedensten Formen einschleicht und sich meist gut zu tarnen weiß).

Elekrische Energie	72 %	Maschinenbau	70 %
Automobilindustrie	90 %	Werftindustrie	85 %
Mühlen und Distribution von Weizen	73 %	Pharmazeutische und kosmetische Industrie	85 %
Zementproduktion	63 %	Textilindustrie	50 %
Kautschukprodukte	90 %	Fleischkonserven	80 %
Erdölprodukte (Distribution)	95 %	Tabakwaren	85 %
Eisenindustrie	50 %	Chemische Industrie	50 %
Außenhandel	60 %	Kunststoffe	50 %

Ich habe hier sechzehn der wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft zitiert, einige wegen ihrer strategischen Bedeutung für die nationale Entwicklung, andere wegen ihrer ökonomischen Bedeutung. In allen ist die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals also nachgewiesen.
Es muß außerdem beachtet werden, daß in vielen Fällen eine Minderheitsbeteiligung von nicht mehr als 20 oder 30 % die Kontrolle über das Unternehmen ermöglicht, insbesondere der Aktiengesellschaften. Durch die Schaffung von Investmentgesellschaften stellten die ausländischen Gruppen den inländischen Kapitalmarkt in ihren Dienst. Die CRESCINCO (Rockefeller-Gruppe) war der erste dieser Fonds, der sich in Brasilien niederließ, und diesem folgten später viele andere. Durch das Angebot von Aktien an die Bevölkerung sammeln sie Kapital, das die ausländischen Unternehmen zur Verfügung stellen. Diese Investmentfonds haben die Herrschaft des ausländischen Monopolkapitals ohne neue Kapitalbeschaffung aus dem Ausland konsolidiert. Die ausländischen Monopole haben auch die Tatsache sehr gut auszunutzen gewußt, daß die Inflation, die eine jährliche Rate von 90 % erreichte, den Zinssatz auf dem brasilianischen Wertpapiermarkt negativ werden ließ.

Dazu kommt noch die Abhängigkeit vieler nationaler Industrien vom ausländischen "know-how", was oft allein schon ausreicht, um das nationale Unternehmen den ausländischen Monopolen zu unterwerfen. In diesen Fällen eignen sich die Monopole ohne jede finanzielle Beteiligung, gestützt allein auf oft schon ausgelaufene Patente und Fabrikationslizenzen oder durch die bloße Zurverfügungstellung eines bekannten Markennamens, unter der Form der Royalties einen beträchtlichen Teil des Mehrwerts an, den die nationale Bourgeoisie bei der Ausbeutung der Arbeiterklasse gewonnen hat.

Die Kontrolle und die Ausbeutung durch die ausländischen Monopole beschränkt sich indes in den letzten Jahren nicht mehr auf den privaten Sektor der brasilianischen Wirtschaft. Auch die staatliche Industrie, die Energieproduktion, das Verkehrs- und Nachrichtenübertragungssystem des Staates, sowie alle anderen Sektoren, die von der Regierung kontrolliert werden, produzieren Gewinne für die ausländischen Unternehmen. Die staatliche Grundindustrie, die von Vargas geschaffen wurde, hatte nie das Ziel, mit der Bourgeoisie zu konkurrieren. Sie wurde mit öffentlichen Mitteln geschaffen, weil die nationalen Unternehmen das notwendige Kapital nicht aufbringen konnten. Mit dem allmählichen Zerfall des bonapartistischen Staates und mit der unmittelbaren Kontrolle der Regierung durch die Bourgeoisie dienten diese Unternehmen immer mehr den Interessen dieser Klasse und wurden zu Extraquellen der Profitproduktion. Die staatlichen Unternehmen arbeiteten fast ohne Gewinne und oft sogar mit Verlusten, denn sie mußten der Privatindustrie billige Transportmittel, Rohstoffe und Energie zur Verfügung stellen. Die Gewinne, die diese staatlichen Unternehmen nicht erzielten, tauchten in den Bilanzen der nationalen Privatkapitalisten auf. Dies ist eine Abart der skandalösen Sozialisierung der Verluste. Mit der Übernahme des größten Teils der brasilianischen Großindustrie durch das ausländische Kapital begannen die öffentlichen Unternehmen jetzt eben für diese ausländischen Interessen zu arbeiten. Die Gewinne, die sie erzielen mußten und die für ihre Ausweitung und Modernisierung ebenso wie für die Förderung einer Ausdehnung der staatlichen Kontrolle über andere Sektoren der brasilianischen Wirtschaft notwendig wären, erscheinen jetzt eben in den Bilanzen jener Unternehmen, die ihre Ergebnisse in den Spezialpublikationen der New Yorker Wall Street bekanntgeben.

Die Folgen dieses Entwicklungsprozesses, der sich auf die Beteiligung des internationalen Monopolkapitals stützt, sind tragisch: eine ständige und zunehmende Aufsaugung der nationalen Wirtschaft durch das Auslandskapital; eine ständige und zunehmende Erschöpfung der Erzreserven Brasiliens; eine ständige und zunehmende Verarmung des brasiliani-

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR
UND DISKUSSION

Frankreich — Mai 1968 [Nr. 64]

André Glucksmann: Strategie und Revolution in Frankreich 1968 — André Gorz: Revolutionäre Organisation und studentische Bewegung — Ernest Mandel: Lehren des Mai — u. a.

Literatursoziologie II
Kritik an Lucien Goldmanns Methode [Nr. 71]

Redaktionsgespräch — Lucien Goldmann/Norbert Peters: „Die Katzen" von Baudelaire. Kritische Anmerkungen zur Interpretation von Jakobson und Lévi-Strauss — Lucien Goldmann u. a.: Interpretation der «Eloges III» von Saint-John Perse — Lucien Goldmann: Der genetische Strukturalismus in der Literatursoziologie — Miriam Glucksmann: Humanist oder Marxist? Eine kritische Studie zu Goldmanns Methode; u. a.

Literatursoziologie I [49 50] 2. Auflage, April 1970.

Fragen Sie nach Alternative in Ihrer Buchhandlung, oder bestellen Sie direkt beim Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V. Einzelnummer 3.- DM, Doppelnummer 5.- DM.

schen Volkes und eine ebenfalls ständige und zunehmende Unterordnung Brasiliens unter die Herrschaft der USA. Und alles dies hat der Imperialismus zu einem minimalen Preis erreicht. Oder besser, er hat es umsonst bekommen, denn während des Prozesses der Ein- und Ausfuhr von Investitionskapital und Krediten und anderen Finanzoperationen ist Brasilien ständig der Verlierer. Die folgende Tabelle, die Silvio Monteiro mit Zahlen der SUMOC erstellte, zeigt die "Vorteile" der ausländischen "Hilfe" im Entwicklungsprozeß eines unterentwickelten Landes:

BEWEGUNGEN VON KAPITAL, KREDITEN UND GEWINNEN AUSLÄNDISCHER UNTERNEHMEN

Periode 1947-60 — In Millionen US-Dollar

	EINFUHR				AUSFUHR		
Basisjahr	Investitionen	Reinvestitionen	Kredite	Gewinne	Abschreibungen	Diverse Dienstleistungen +)	Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr
1947	36	19	- 60		- 21		26
1948	25	42	- 108		- 29		70
1949	5	39	- 104		- 33		93
1950	3	36	- 112		- 31		104
1951	4	67	- 159		- 52		140
1952	9	85	- 125		- 37		68
1953	22	38	21	167	11	66	163
1954	11	40	32	144	4	63	128
1955	43	36	24	119	9	78	103
1956	89	50	131	143	40	108	21
1957	143	35	211	134	69	115	— 71
1958	110	18	223	110	146	104	9
1959	124	-	291	118	191	128	22
1960	99	-	216	149	236	157	227

+) Die Spalte DIVERSE DIENSTLEISTUNGEN schließt Leistungen ein, die in der öffentlichen Statistik nicht weiter spezifiziert werden. Es ist aber bekannt, daß im Durchschnitt 65 % davon Ausfuhren von Gewinnen des internationalen Finanzkapitals darstellen, das in Brasilien operiert. Nur diese 65 % sind in der obigen Tabelle aufgenommen.

Nur in einem Jahr, 1957, war also ein Überschuß der Kapitaleinfuhr über die Ausfuhr zu verzeichnen. In allen anderen Jahren überwogen die Ausfuhren. Obwohl die ausländischen Monopole in den angegebenen Jahren mehr als eine Milliarde Dollar mehr ausführten, als sie einführten, haben sie mit dem, was im Lande geblieben ist, die Kontrolle der wichtigsten Zweige der brasilianischen Wirtschaft übernommen. Diese Fähigkeit des ausländischen Kapitals zur Herrschaft ist fast unglaublich. Obwohl der Anteil des ausländischen Kapitals an den gesamten Investitionen unbedeutend ist, bemächtigt es sich schnell der wichtigsten Sektoren, und zwar deshalb, weil es immer nur in die dynamischsten und profitabelsten Zweige fließt, und dort meistens Monopole etabliert. Mit der Kontrolle dieser Sektoren kann es dann auch viele andere unterwerfen.

Quadros: der permanente Widerspruch

Die Regierung Janio Quadros (die 1961 der Regierung Kubitscheks folgte und nur sieben Monate dauerte) war völlig widersprüchlich. Sie war ein "ständiger Widerspruch". Durch die Akzeptierung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (Anweisung Nr. 204 der SUMOC) beendete sie die Entwicklungspolitik der vorhergehenden Regierung. Kubitschek hatte versucht, die Entwicklung um jeden Preis voranzutreiben, und daher die Assoziierung der nationalen Bourgeoisie mit den monopolistischen Gruppen des Auslandes unterstützt. Ausverkauf mit Entwicklung: das war seine Philosophie. Und daher sein Widerstand gegen den IWF. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik Quadros war aber dazu verurteilt, eine wirtschaftliche Stagnation hervorzurufen und somit die Abhängigkeit vom Ausland zu erhöhen. In diesem Fall gab es ebenfalls einen Ausverkauf, aber ohne Entwicklung. Die Anwendung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des IWF, die alle einen massenfeindlichen Charakter hatten, entzogen der Regierung die Möglichkeit starker Unterstützung durch die Massen, die sie aber andererseits zur Beibehaltung der unabhängigen, aber in sich widersprüchlichen Außenpolitik benötigt. In der Tat. Während Quadros auf einer Seite sich den ökonomischen und finanziellen Auflagen des internationalen Währungsfonds völlig unterwarf und daher äußerst antinationale und massenfeindliche Maßnahmen traf, begann er mit einer unabhängigen Außenpolitik, einer Politik, die in der Geschichte der brasilianischen Diplomatie nicht ihresgleichen hatte: totaler Widerstand gegen den Druck des State Department der USA; Aufnahme von diplomatischen und Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern; unnachgiebige Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes Kubas, und zwar in einem Augenblick, als die interventionistische Hysterie in den USA ihren Höhepunkt erreichte; Stärkung der Beziehungen zu den Völkern der Dritten Welt in der Absicht, einen Block zu schaffen, der sich effektiv der Übermacht der zwei großen Mächte widersetzen könnte. Höhepunkt seiner Außenpolitik aber war die spektakuläre und provokative Ehrung Che Guevaras, nachdem seine eigene Regierung in der Konferenz von Punta del Este das cubanische Regime verurteilt hatte. Als Opfer seiner eigenen Widersprüche (die nur die inneren gesellschaftlichen Widersprüche des Regimes und den Verfall des autoritären Staates widerspiegelten) stürzte Quadros, als er durch ein machiavellistisches Manöver, seine "Abdankung", versuchte, die absolute Macht zu bekommen. Die Regierung blieb in den Händen seiner militärischen Minister, die alle vollkommene Reaktionäre und Ausverkäufer waren, und die sich sofort der Regierungsübernahme durch den gesetzlichen Vizepräsidenten, Joao Goulart, widersetzten.

Goulart und das schädliche Gleichgewicht

Jango Goulart konnte aber dank der nationalistischen Volksbewegung, die von Prizola angeführt wurde (Demokratischer Widerstand), die Regierungsgewalt übernehmen. Er übernahm zwar die Regierungsgewalt, aber tatsächlich hat er nicht regiert. Auf einer Seite den nationalistischen Kräften verpflichtet, die ihn an die Macht gebracht hatten und ihn dort auch stützten (die nationalistischen Volkskräfte waren in spektakulärem Maße während der Krise von 1961 angewachsen), auf der anderen Seite an die Interessen der herrschenden Klassen und die internationalen Monopole gebunden, wurde Goulart neutralisiert. Der ständige Druck der verschiedenen Seiten auf diesen Präsidenten, dem jeglicher Charakter fehlte und der überhaupt keine Vorbereitung auf die Ausübung der Macht hatte, führte zu einem "schädlichen Gleichgewicht", das, weit davon entfernt, Stabilität herbeizuführen, vielmehr die akute Krise und den endgültigen Zerfall des autoritären Staates zum Ausdruck brachte.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde durch eine unendliche Reihe von kleinen Fortschritten und Rückschritten gekennzeichnet, die ihren Ursprung entweder im Druck des Volkes, der nationalistischen Interessen oder der oligarchisch-imperialistischen Interessen hatten. Im wesentlichen wurden die Auflagen des Internationalen Währungsfonds weiterhin erfüllt. Der Dreijahresplan, der von Santiago Dantas und Celso Furtado aufgestellt worden war, war ein Versuch der Koordinierung jener Normen des IWF unter der Maske einer fortschrittlichen Sprache. Nichtsdestotrotz überstand der Plan die Offensive der nationalistischen Kräfte nur drei Monate. Er wurde zusammen mit seinen Urhebern zu den Akten gelegt.

Ein typisches Beispiel für Goularts Regierungsunfähigkeit ist das Gesetz über die Ausfuhr von Gewinnen. Nach Jahren harten Kampfes erreichten die nationalistischen Kräfte im Kongreß einen großen Sieg: die Verabschiedung eines legalen Instruments, wenn auch nicht zur Abschaffung, so doch zumindest zur Eindämmung der gewaltigen Ausbeutung Brasiliens durch das internationale Monopolkapital. Die internationale Reaktion war gewaltig. Brasilien sei zum niederträchtigen Räuber des Eigentums der armen und hilflosen nordamerikanischen Bürger geworden, die, in ihrem guten Glauben betrogen, ihr Kapital in jenes Land gebracht und somit uneigennützig zu seiner Entwicklung beigetragen hätten. Es wurde sogar gefordert, daß die Marines dort landen sollten, um jene ruchlosen und unehrlichen Mestizen zur Vernunft zu bringen. Wo hatte es je eine solche Frechheit gegeben, dem Kapital eines befreundeten Landes Bremsen anzulegen? Wo bleibt denn die freie Initiative, jene Grundlage und Existenzberechtigung der westlichen und christlichen Zivilisation? ...

Der Präsident der Republik hatte eine Frist von zehn Tagen, um ein vom Kongreß (also von Kammer und Senat) angenommenes Gesetz zu unterschreiben, oder dagegen ganz oder teilweise sein Veto einzulegen. Es gab aber noch eine dritte, völlig opportunistische Möglichkeit: das Gesetz an den Senat zurückzugeben, um es durch den Präsidenten der Hohen Kammer unterschreiben und verkünden zu lassen. Goulart schlug diesen dritten Weg ein. Aber seine passive Haltung endete damit nicht. Um wirksamer zu werden, bedurfte das Gesetz von der Exekutive erlassener Ausführungsbestimmungen. Und der Präsident verschleppte diese Ausführungsbestimmungen eineinhalb Jahre lang, womit er alle einschlägigen Redorde schlug und außerdem illegal handelte. Als zu Beginn des Jahres 1964 der nationalistische Druck unwiderstehlich wurde, entschloß sich Goulart, die entsprechende Verordnung zu veröffentlichen. Wenige Tage später jedoch wurde das Gesetz unter dem heftigen Druck der oligarchisch-imperialistischen Kräfte von dem gleichen Goulart praktisch außer Kraft gesetzt. Die Anweisungen Nr. 263 und 264 der SUMOC, die den fast völlig liberalisierten Devisenhandel einführten, hoben sämtliche positiven Bestimmungen des Gesetzes über die Ausfuhr von Gewinnen auf. Ein anderer Fall zeigt ganz klar den harten Kampf zwischen den nationalistischen Kräften und den internationalen Monopolen. Es ist der Kampf um die öffentlichen Dienstleistungsunternehmen. Nach seiner Wahl zum Gouverneur des Staates Rio Grande do Sul (1959) hatte Brizola die lokale Tochtergesellschaft der Bond and Share (American Foreign Power), die die Entwicklung des Südens stark hemmte, enteignet. Da das Abkommen zwischen dem Staat und der Gesellschaft bald auslief, hielt es die Gesellschaft seit längerer Zeit nicht mehr für notwendig, irgendwelche Investitionen zu tätigen. Ihre Kraftwerke waren daher völlig veraltet. Außerdem steckte die Bond and Share riesige Gewinne durch die Distribution der Energie ein, die von der CEE (einem staatlichen Unternehmen) erzeugt wurde.

Es war die erste Enteignung eines ausländischen Unternehmens streng im Rahmen des Gesetzes. Nachdem ein von der Bundesregierung eingesetzter Stab von Technikern die ge-

samte Buchhaltung des Unternehmens überprüft hatte, wurde festgestellt, daß die Gewinne, die illegal ins Ausland geschickt worden waren, ein Mehrfaches des Wertes der enteigneten Anlagen betrugen. (Die brasilianische Gesetzgebung sieht einen garantierten Gewinn von 10 % auf das eingesetzte Kapital vor, da es sich um öffentliche Dienstleistungsunternehmen mit Monopolcharakter handelt. Wird diese Profitrate nicht erreicht, so wird eine Anpassung über höhere Preise herbeigeführt; im entgegengesetzten Fall werden die Unternehmen steuerlich höher belastet.) Es gab also nichts, was zu entschädigen gewesen wäre. Im Gegenteil: die Regierung forderte in einem Prozeß gegen die Firma Bond and Share die Herausgabe von 180 Millionen Dollar, also genau die festgestellte Differenz.

Anschließend enteignete Brizola die Rio-Grande-Tochtergesellschaft der ITT (International Telegraph and Telephone) der Morgan-Gruppe. Die heftige Kampagne der Trusts gegen diese legitimen Selbstverteidigungsmaßnahmen eines nationalistischen Gouverneurs fand ihren Höhepunkt in der Annahme des Foreign Aid Act durch den Kongress der USA Anfang 1963. Dieses Gesetz sah unmißverständlich vor, daß:

> jedem Land, das irgendeine Tochtergesellschaft eines nordamerikanischen Unternehmens ohne angemessene Entschädigung (als angemessen wurde das betrachtet, was in den Gesetzen der USA vorgesehen war) enteignet und nationalisiert, und das den Streit mit der Gesellschaft nicht innerhalb von sechs Monaten beilegt, jegliche Kredite, Hilfen und jeglicher Beistand verweigert werden.

Um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und gleichzeitig ein riesiges Geschäft zu machen (es war eine Kommission von 30 Millionen Dollar für die auf brasilianischer Seite verhandelnde Gruppe bereitgestellt worden), beschlossen einige Gruppen in der brasilianischen Regierung den Kauf der Tochtergesellschaften der Bond and Share, die in mehreren Bundesstaaten eine Niederlassung hatte (die sich aber alle in der gleichen Situation wie die in Rio Grande do Sul befanden, deren Verträge also bald abliefen und die daher kostenlos an den Staat übergehen würden), und zwar für die Summe von 150 Millionen Dollar. Es war ein derart skandalöses Geschäft, daß eine Zeitschrift, die die Meinung einflußreicher Wirtschaftskreise der USA vertritt, die Hanson's Latin-American Letter, in ihrem Kommentar zu diesem Geschäft schrieb, daß "indem Brasilien sich den Bedingungen der Bond and Share unterwarf, zum Clown des Kontinents geworden ist". Sie fügte hinzu, daß "nicht einmal die berühmten 'Bananenrepubliken' der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine solche Beraubung, einen solchen Überfall mit einer derartigen Passivität, mit einer derart ergebenen Resignation hingenommen hätten, wie Brasilien, als es dieser Transaktion zustimmte". Außerdem forderte Hanson's Latin-American-Letter die Washingtoner Regierung auf, "in dieses Geschäft einzugreifen, damit die nordamerikanische Bevölkerung nicht in einen derartigen Mißbrauch verwickelt wird, und damit die amerikanischen Gesellschaften, die anständig arbeiten, nicht unschuldige Opfer einer zukünftigen und gerechten Aktion gegen diese Maßnahmen der ITT und der AMFORP werden." Eine breite und heftige nationalistische Volkskampagne, die von Brizola geführt wurde, verhinderte den Abschluß dieses skandalösen Geschäftes und führte zum Sturz der Minister, die darin verwickelt waren.

Es war aber ein toter Punkt entstanden. Die zunehmende Bildung eines nationalistischen Bewußtseins durch die Massen und die Kampfbereitschaft der nationalistischen Avantgarden wurde zu einem unüberwindbaren Hindernis für die Ausverkaufspläne der Regierung. Es gab eine ständige nationalistische Wachsamkeit und die antinationalen Geschäfte wurden wirksam an die Öffentlichkeit gebracht (die nationalistische Bewegung verfügte über einen guten Informationsapparat, zu dem der Sender Radio Mairink Veiga gehörte, der im ganzen Land gehört werden konnte und 10 Millionen Hörer hatte). Die Nationalisten rechneten außerdem mit der Unterstützung der Mehrheit des Volkes, das sich in einem schnellen Prozeß der Politisierung befand. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Aggres-

sivität der ausländischen Monopole, die darauf bedacht waren, ihre Herrschaft über die brasilianische Wirtschaft auszudehnen. Sie hatten außerdem jetzt eine viel unverschämtere und offensichtlichere Unterstützung durch die harte Linie des Pentagon, das jetzt in der Person Johnsons an der Macht war, als während der Regierung Kennedy. Der versöhnliche Goulart, der sich immer aufs beste mit dem "versöhnlichen" Kennedy verstanden hatte, wurde nun wegen der einzigen positiven Eigenschaft seiner Regierung verurteilt, nämlich der Bewegungsfreiheit, die er den Volksbewegungen gegeben hatte. Es war bei der permanenten und wachsenden Mobilisierung der Massen und der Anwesenheit der nationalistischen Führer auf der politischen Bühne unmöglich, die vom nordamerikanischen Monopolkapital geplanten neuen Vorstöße zu konkretisieren. Nur eine Militärdiktatur, die mit Gewalt die nationalistische Wachsamkeit unterdrückte, konnte den Klagen des militärisch-industriellen Interessenkomplexes, der seinen Sitz in Washington hat, gerecht werden. Dies wurde am 1. April 1964 erreicht, und zwar mit unglaublicher Leichtigkeit, dank der Effizienz der Apparate des nordamerikanischen Imperialismus – Botschaft, CIA, USIS usw. – und der fast vollständigen Unterstützung der "nationalen" Bourgeoisie (die ihre Assoziierungsmöglichkeiten mit den internationalen Konzernen verringert sah) und der Großgrundbesitzer, die durch die Kampagne der Volkskräfte zur Durchführung der Agrarreform in Angst versetzt worden waren. Außerdem tauchte in der Krise ein neuer Verbündeter auf. Denn nachdem Goulart gesehen hatte, daß seine versöhnlerische Politik keinen Erfolg haben konnte, übergab er, bewußt und übereinstimmend mit seinen Klasseninteressen, die Macht der Reaktion. Und außerdem, weil den Volkskräften, die eine große Macht auf dem Feld der Agitation dargestellt hatten, kein Instrument zur Übernahme der Macht oder wenigstens zur Verteidigung der Legalität hatten: sie verfügten über keine revolutionäre Partei.

Imperialismus, Sub-Imperialismus und Integration

Aus dem unausbleiblichen Kampf zwischen den verschiedensten Siegergruppen ging dank der direkten Intervention der nordamerikanischen Regierung (wie es der frühere Gouverneur des Bundesstaates Goias und einer der Führer des Putsches, Mauro Borges, bestätigte) die Gruppe der Höheren Kriegsschule hervor, die vom Feldmarschall Castelo Branco angeführt wurde. Diese Schule war von der Militärmission der USA unter Verwendung einiger brasilianischer Generäle als Strohmänner, mit General Cordeiro de Farias an der Spitze, in dem Versuch gegründet worden, den anarchischen und widersprüchlichen Zielen der herrschenden Klassen Brasiliens eine ideologische Basis zu geben, die gleichzeitig auch den Interessen des Monopolkapitals entspräche. (...) Die wirklichen Ziele der Schule, die aufgrund ihrer Gründung eine getreue Reproduktion des War College ist, sind folgende:

a) Zusammenfassung von Zivil- und Militärpersonen, die den hohen Regierungsebenen und den höchsten Kreisen der "nationalen Bourgeoisie" angehören und die in der Lage sind, als mächtige Einflußgruppe inner- und außerhalb der Regierung die Interessen des nordamerikanischen Kapitals und dessen inländischer Verbündeter mit umfassenden Erfolgsaussichten zu verteidigen;
b) Lenkung der Aufgaben und Funktionen der Streitkräfte des Militärs, das durch die Veränderung der klassischen Kriegsvorstellung einen Bedeutungsverlust erlitten hat, auf ein neues Gebiet, das ebenfalls im Rahmen der Pläne der Globalstrategie des Imperialismus liegt.
c) Vorbereitung von zivilen und militärischen Gruppen für die eventuelle Machtübernahme, die den USA eine Alternative für den Fall bieten, daß die zivile Regierung einen Weg einschlägt, der den ausländischen Interessen nicht entspricht.

So wie sich in den USA aus der Zusammenarbeit der Militärs mit der monopolistischen Bourgeoisie der sogenannte militärisch-industrielle Komplex entwickelte, hat sich in der Höheren Kriegsschule die Einheit zwischen industriellen und militärischen Sektoren konsolidiert, aber nicht mehr im klassischen Sinn der Verteidigung, sondern in der antikommunistischen Allianz. Die traditionellen Streitkräfte gingen aus der doppelten Notwendigkeit hervor, die nationale Souveränität und die gesellschaftlichen Strukturen sowie die Privilegien der herrschenden Klassen jedes Landes zu sichern. Im Falle Brasiliens wurden die Streitkräfte seit ihrer Gründung auf das vorbereitet, was ihre große historische Mission in der internationalen Politik zu werden versprach: auf den Krieg gegen Argentinien. Erst der britische und später der nordamerikanische Imperialismus kultivierten mit viel Liebe auf beiden Seiten des Uruguay-Flusses die These der Unausweichlichkeit dieses Konfliktes. Mit der Teilung der Welt in zwei Lager nach dem Krieg und der absoluten Vorherrschaft der USA in einem davon verschwand jedoch das Interesse einer weiteren Aufrechterhaltung jener Feindseligkeit.

Die britische Strategie, die über ein Jahrhundert in Lateinamerika verfolgt wurde – teilen, um besser auszubeuten – wurde durch die Strategie der USA ersetzt, die die Interessen des Monopolkapitals reflektiert: integrieren, um besser auszubeuten. Entsprechend läßt sich vermuten, daß die Generalstäbe der Streitkräfte Brasiliens und Argentiniens Befehl erhalten haben, ihre gegenseitigen Invasionspläne endgültig zu den Akten zu legen.

Die Stärkung der sozialistischen Welt und das damit verbundene Kräftegleichgewicht haben für den Imperialismus aus dem Krieg eine gefährliche Angelegenheit werden lassen. Außerdem stellt der schnelle Prozeß der Bewußtseinsbildung der Massen in den unterentwickelten Ländern, die immer mehr bereit sind, für ihre Selbstbestimmung und gegen archaische Strukturen zu kämpfen, ein großes Hindernis für jede Art des traditionellen Krieges dar. Die Strategen des Imperialismus und die nationalen Oligarchien wissen genau, daß jeder Konflikt mit dem Ausland den unterdrückten Massen die lang erwartete Möglichkeit ihrer Befreiung bieten kann.

Die brasilianischen Militärs werden daher seit Jahren gelehrt (in den Offiziersschulen, in den Kursen des Generalstabes und in der Höheren Kriegsschule), daß der einzig mögliche und sogar unvermeidliche Krieg ein Krieg gegen den Kommunismus sein wird, der sowohl die UdSSR als die Volksrepublik China endgültig zerstört. Da dieser Krieg von den früheren völlig verschieden sein werde, da er ausschließlich mit Raketen und Atombomben geführt werde, haben die Streitkräfte der zurückgebliebenen Länder ihre Rolle auf internationaler Ebene verloren. Damit habe sich auch ihre Aufgabe teilweise gewandelt: sie hätten sich jetzt ausschließlich der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, dem Kampf gegen die Subversion und der Zerstörung der "Kommunistischen Hydra" zu widmen.

Ausgehend von dem militärischen Dogma der Einheit des Kommandos wurden die brasilianischen Militärs allmählich dazu gebracht, die undankbare Aufgabe zu übernehmen, die ihnen vom Pentagon in dessen globaler Strategie des antikommunistischen Kampfes (der alte Vorwand, der jedoch weiterhin vorzüglich wirkt) zugeteilt wurde. Die Idee eines unterentwickelten Militärstaates, der unter der Leitung des überlegenen Militärstaates die von den geopolitischen Theoretikern der USA geplante lateinamerikanische Integration zustandebringt, reifte so heran. So schrieb der große Lehrer Mr. Spykman:

> Alles was nicht der Schaffung einer Großraumwirtschaft dient, die den ganzen Kontinent auf der Grundlage einer geplanten Wirtschaft vereinigt, mit kontrollierter Produktion und zentralisierter Leitung des Außenhandels, wird nicht überleben können... Aber keiner der lateinameri-

kanischen Staaten wird von sich aus die notwendigen Veränderungen durchsetzen können, die eine derartige regionale Wirtschaftsstruktur erfordert... Allein die Eroberung des Kontinents durch die Vereinigten Staaten und die unbarmherzige Zerstörung der jetzt bestehenden regionalen Wirtschaften wird die notwendige Integration ermöglichen.

Sein brasilianischer Schüler, der General Golbery de Couto e Silva, erklärt:

> Die kleinen Nationen sehen sich über Nacht auf den bescheidenen Stand eines Pygmäenstaates reduziert und ihr trauriges Ende kann in den unvermeidlichen Plänen der regionalen Integration schon vorausgesehen werden. Die Gleichung der Macht in der Welt beschränkt sich auf einige wenige Faktoren, und in ihr sind bloß einige wenige Feudalherzogtümer festzustellen, die von Satelliten- und Vasallenstaaten umgeben sind... Wir haben keine andere Alternative als sie (die Großreichsintegrationspläne) zu akzeptieren, und sie bewußt zu akzeptieren...

Und ein anderer Schüler dieser Lehre, der Feldmarschall Castelo Branco, drückte sich folgendermaßen aus:

> In der jetzigen Konjunktur einer bipolaren Machtkonfrontation und der radikalen ideologischen und politischen Trennung der beiden Zentren setzt die Wahrung der Unabhängigkeit die Anerkennung einer bestimmten Abhängigkeit voraus, sei es auf militärischem oder auf politischem Gebiet.

Die Zeitung O Globo, die den offiziellen Standpunkt der Regierung Castelo Brancos vertrat, riet den Abgeordneten kurz vor der Abstimmung im Parlament über das Abkommen von Investitionsgarantien,

> ...sich von veralteten Interpretationen der Souveränität zu befreien... und die Theorie der absoluten Souveränität zu den Akten zu legen, weil sie mit den Prinzipien des internationalen, insbesondere des Völkerrechts unvereinbar ist... Die modernen Souveränitätslehren verurteilen den irrationalen Kult der Souveränität und stellen den Begriff der relativen Souveränität auf...

Dementsprechend behauptete der Außenminister der Regierung Castelo Branco, Vasco Leitao da Cunha:

> Die physischen Grenzen zwischen den amerikanischen Ländern sind veraltet; die heutige Zeit erfordert, daß ein Teil der nationalen Souveränität geopfert wird; die Interdependenz muß die Unabhängigkeit ersetzen.

Und der argentinische General Ongania:

> Wir müssen eine ideologische Grenze als präventive Maßnahme gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Agenten totalitärer Mächte schaffen, überall wo sie auftreten.

Aber die Sache ist nicht so einfach. Es müssen sehr tiefgreifende Gegensätze aufgehoben werden. Die These Golberys, die zur Strategie des brasilianischen Außenministers Itamaraty für Südamerika wurde, hat zwei Seiten:

> ...bewußt den Auftrag, sich der Politik der USA im Süd-Atlantik anzuschließen, zu akzeptieren...

und

> ...das Quasi-Herrschaftsmonopol in jenen Gebieten muß ausschließlich von Brasilien ausgeübt werden...

Es ist klar, daß dies wachsendes Unbehagen und Widerstand bei den argentinischen Militärs hervorruft.

Diese These vom brasilianischen Sub-Imperialismus fand sofort Sympathie bei der nationalen Bourgeoisie, die eine Existenz als assoziierte Bourgeoisie führt, und dürfte für sie das entscheidende Argument für die Unterstützung des Putsches vom 1. April 1964 gewesen sein. Das Gespenst der Depression und der zunehmenden ungenutzten Kapazität ihrer Anlagen versetzte die industrielle Bourgeoisie Brasiliens schon seit 1962 in Unruhe. Damals zeichneten sich zwei mögliche Lösungen für die bevorstehende Krise ab. Die erste, die von den nationalen Kräften unterstützt wurde, war die Agrarreform, die mehr als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung in den Konsummarkt eingliedern würde, denn dieser Teil der Bevölkerung steckt noch mitten im Elend des Großgrundbesitzes, in einem Zustand, der einer Naturalwirtschaft nicht sehr fern ist. Da jedoch die Bourgeoisie vollständig mit dem Großgrundbesitz verbunden ist (in der großen Mehrheit waren es aus dem Großgrundbesitz kommende Kapitalien und Kapitalisten, die die industrielle Revolution in Brasilien

unternahmen; der andere Teil der industriellen Bourgeoisie, der aus eingewanderten Handwerkern hervorgegangen war, versuchte ebenfalls auf dem Land Fuß zu fassen, um so einen aristokratischen Anstrich zu erhalten und seinen Aufstieg zu verhüllen), und weil sie nicht das Risiko einer Bresche in der Institution des Privateigentums in Kauf nehmen wollte, widersetzte sie sich gewaltsam den reformistischen Maßnahmen. Die andere Lösung, die von den politischen Vertretern der assoziierten Bourgeoisie, mit Juscelino Kubitschek an der Spitze (...), und von den Männern der Pariser Sorbonne vertreten wurde, bestand darin, die notwendigen Kunden außerhalb der nationalen Grenzen zu suchen. Brasilien sollte zur territorialen Basis der nordamerikanischen Monopole werden, die nach der Abschaffung der wirtschaftlichen Grenzen (durch einen Gemeinsamen Markt) Südamerika mit Industriewaren versorgen sollten. Damit würde sich auf kontinentaler Ebene die Erfolgserfahrung von Sao Paulo wiederholen, jener großen territorialen Basis des ausländischen Kapitals in Brasilien.

Die privilegierte Stellung des Staates von Sao Paulo innerhalb Brasiliens (ein Teil der Profite der internationalen Monopole, die diese in Randgebieten erzielen, bleiben in Sao Paulo) ist ein Muster für die privilegierte Stellung, die Brasilien innerhalb eines nach den nordamerikanisch-brasilianischen Plänen integrierten Südamerika haben würde.

Es kann nicht bestritten werden, daß Brasilien günstigere Bedingungen als Argentinien (der zweite Kandidat zum Großsatelliten) aufweist, sowohl aus geographischer, als auch aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht. Denn Brasilien stellt das dar, was im Rahmen der geopolitischen Auffassung als "äquidistante Zone" zwischen USA, Südamerika und Afrika definiert ist. Außerdem vereinigt es noch eine ganze Reihe weiterer Vorteile gegenüber Argentinien: seine Eisenerzreserven, die Vorkommen von Mangan und anderen strategischen Mineralien, die etwa 20 bis 30 % der bekannten Weltreserven darstellen; seine Eisenindustrie, die schon sehr entwickelt ist, sowie die unvergleichlichen Möglichkeiten, die die gemeinsame Ausnutzung der Mineralvorkommen von Urucum und des bolivianischen Erdgases für die Produktion des billigsten Stahls auf der Welt bieten würde; sein riesiges Stromerzeugungspotential; sein im Vergleich zum argentinischen viel weniger politisiertes und organisiertes Proletariat (die Gewerkschaftszugehörigkeit beträgt in der brasilianischen Industrie nur 15 %, während sie in Argentinien 90 % übertrifft); und nicht zuletzt die Existenz einer riesigen Reservearmee, die aus einem Subproletariat und einer halbbeschäftigten Landarbeitermasse besteht, und die bis zu 20 Millionen Arbeiter hergeben könnte.

Das Urteil zugunsten von Brasilien scheint von 80 Vertretern der großen wirtschaftlichen Gruppen der USA gefällt worden zu sein, als sie von Castelo Branco empfangen wurden, nachdem das Abkommen zur Garantie der Investitionen vom brasilianischen Kongreß ratifiziert worden war. Bei dieser Gelegenheit erklärten sie:

> Brasilien ist das günstigste Land für Investitionen internationaler Gesellschaften. Wir studieren sehr genau die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die intelligente Politik der Regierung Castelo Brancos...

Castelo Branco: der totale Ausverkauf

In der Tat war die "intelligente Politik der Regierung Castelo Brancos", die ich hier kurz analysieren werde, darauf gerichtet, die letzten Hindernisse für die vollständige wirtschaftliche Okkupation des brasilianischen Territoriums durch die nordamerikanischen Monopole zu beseitigen. Branco stellte ihre Operationsbasis her. Seine Tätigkeit kann mit dem Bau von Landebahnen mit Hilfe großer Erdbewegungsmaschinen auf einem für die Er-

richtung einer Militärbasis vorgesehenen Gelände verglichen werden. In diesem Fall waren jene Maschinen die Streitkräfte, die durch Unterdrückung die politischen und gesellschaftlichen Hindernisse, und die Technokraten, die die wirtschaftlichen und finanziellen Hindernisse aus dem Wege räumten. Betrachten wir einige Schritte zur "Vorbereitung des Terrains":

a) Aufhebung der öffentlichen Freiheiten und Ausschaltung aller Organisationen und Führer von der politischen Bühne, die das Gerüst der nationalistischen Wachsamkeit bildeten.

Dies wurde mit aller Effektivität und enormer Leichtigkeit nach dem Putsch des 1. April 1964 erreicht. Die organisatorische Schwäche und das niedrige ideologische Niveau der brasilianischen Linken, zusammen mit der Unfähigkeit einiger und dem ungehemmten Opportunismus anderer Führer der Volkskräfte, verhinderten den Widerstand gegen diesen Militärputsch. Die sich ihm anschließende Unterdrückung brachte die Tätigkeit der der Ausverkaufsoffensive entgegentretenden Kräfte praktisch zum Erliegen. Die brasilianische Wirtschaft war ohne Verteidigung ausgeliefert.

b) Das Militärabkommen zwischen Brasilien und den USA

Dieses Abkommen wurde am 29. Juli 1948 abgeschlossen. Es enthält derartige Verletzungen der nationalen Souveränität, daß es dem brasilianischen Volk mehrere Jahre lang verschwiegen wurde. Die Verfassung Brasiliens sieht vor, daß jedes internationale Abkommen vom Kongreß ratifiziert werden muß. Die damalige Regierung wagte es wegen seines schändlichen Inhalts nicht, dieses Militärabkommen zur Ratifizierung dem Parlament vorzulegen. Am 5. September 1956, acht Jahre später, hatte Kubitschek die Unverschämtheit, es zur Ratifizierung an die Kammer zu senden. Und obwohl die meisten Parlamentsabgeordneten mit den Interessen des ausländischen Kapitals verbunden waren, wagten sie es nicht, das Abkommen anzunehmen. Aber es blieb weiterhin in Kraft, jedoch illegal. Am 6. April 1964, also kaum vier Tage nach dem Sieg der "Revolution", ratifizierte es der Kongreß, der sich jetzt dem Willen der Militärs gebeugt hatte. Eine seiner Bestimmungen besagt:

> ...alle Mitglieder der (nordamerikanischen Militär-) Mission haben das Recht auf alle Ehren und Privilegien, die die Bestimmungen und Reglements des brasilianischen Heeres seinen Offizieren erteilt, (aber) das Personal der Mission wird den Bestimmungen des Heeres, der Marine und der Luftwaffe der USA unterstellt sein.

Diese herrliche doppelte Staatsangehörigkeit sichert den Mitgliedern der Mission das Recht auf Exterritorialität, so daß sie den brasilianischen Gesetzen nicht unterworfen sind. Im Artikel 21 verschwindet die Selbstbestimmung Brasiliens:

> Während der Gültigkeit dieses Abkommens verpflichtet sich die Regierung Brasiliens keine Dienste seitens des Personals irgendeiner anderen ausländischen Regierung zu irgendeinem Zwekke anzunehmen.

Die exklusivistische Einstellung der nordamerikanischen Monopole scheint hier die Männer des Pentagon angesteckt zu haben. Das Abkommen hat eine humoristische Note, die es zu einer tragikomischen Sache macht. Der Artikel 22 besagt:

> Kein Mitglied der Mission wird irgendeiner ausländischen Regierung oder wem auch immer in irgendeiner Weise geheime oder vertrauliche Informationen zukommen lassen, von denen es in Ausübung seines Dienstes als Mitglied der Mission Kenntnis erhalten hat.

Da für eine nordamerikanische Militärperson die Regierung der USA natürlich nicht eine ausländische Regierung sein kann, erfaßt also die Bestimmung die einzigen nicht, die für die Sicherheit Brasiliens gefährlich sein können: die Yankees.

c) Die Aufhebung des Gesetzes über die Ausfuhr von Gewinnen.

Die Aufhebung dieses Gesetzes war einer der ersten Akte der Diktatur. Dieses Gesetz, das faktisch schon durch die Anweisungen Nr. 263 und 264 der SUMOC neutralisiert war, stellte jedoch eine psychologische Barriere dar, die das zurückhaltendere ausländische Kapital "einschüchtern" konnte. Außerdem stellte es eine latente Gefahr dar, solange es nicht vom Parlament endgültig aufgehoben war. Die Auswirkungen der Aufhebung dieses Gesetzes können am besten mit Zahlen beschrieben werden:

Ausfuhr von Gewinnen, Zinsen, Royalties usw.:

1963	US-Dollar 196 Mill.
1964	US-Dollar 235 Mill.
1965	US-Dollar 405 Mill.
1966	US-Dollar 388 Mill. (unvollständige Zahlen)

(Quelle: Bericht der Zentralbank von Brasilien für das Jahr 1966)

d) Der Kauf der Tochtergesellschaften der Bond and Share in Brasilien.

Das Geschäft, das schon Goulart zu machen versucht hatte, das aber damals durch die Wachsamkeit der nationalistischen Kräfte vereitelt worden war, wurde nun von der Regierung Castelo Brancos abgeschlossen. Jedoch mit einem Unterschied: der Preis erhöhte sich auf das Dreifache. Die Diktatur kaufte das alte Eisen, das eigentlich schon brasilianisches Staatseigentum war, für fast 400 Millionen US-Dollar. Natürlich wuchs auch die Kommission der brasilianischen Vermittler an, obwohl eine der Fahnen der "Revolution" vom 1. April der Kampf gegen die Korruption war.

Nach dem Verkauf ihrer veralteten Anlagen begann die American Foreign Power damit, das Geld, das sie dafür erhalten hatte, in jene Zweige der Wirtschaft zu investieren, in denen keine Begrenzung der Gewinne gesetzlich vorgesehen ist und die große Expansionsmöglichkeiten boten. Bei jenen Kaufoperationen wendete der nordamerikanische Trust wieder seine bewährte Methode an: die Korruption. Wir können ein Beispiel zitieren. Die Zeitung Correio da Manha vom 28. Februar 1967 meldete die Übergabe der Aktien der Compania de Aceros Especiales (ACESIT, Gesellschaft für Spezialstahl), die sich beim Banco do Brasil befanden, an die Bond and Share zu dem lächerlichen Preis von 18 Mill. Dollar. Diese Transaktion bedeutete für die Bond and Share:

> Eine Fabrik zur Erzeugung von Spezialstahl, deren Wert auf mindestens 100 Mill. Dollar geschätzt wird; Eisenerzvorkommen, deren Wert auf 120 Mill. Dollar geschätzt wird (beim äußerst niedrigen Preis von einem Dollar pro Tonne Eisenerz); ein Kraftwerk, außerdem riesige Flächen von Eukalyptuswäldern sowie eine ganze Stadt...

e) Das Abkommen zur Garantie von Investitionen.

Um jede Versuchung zukünftiger Bundesregierungen oder Regierungen der einzelnen Bundesstaaten von vornherein auszuschalten, wurde dieses Abkommen unterschrieben, das den nordamerikanischen Gesellschaften, die im Lande operieren, eine Art von "Exterritorialität" gewährt. Im Falle irgendeiner künftigen Nationalisierung wird die enteignete Gesellschaft von der Regierung der USA entschädigt werden, und zwar entsprechend den Gesetzen der USA. Anschließend erhebt die Regierung der USA eine entsprechende Forderung an die Regierung Brasiliens. Und wir wissen ja alle, wie die Verhandlungen zwischen der Regierung der Metropole und den Regierungen der abhängigen Länder geführt werden.

f) Aerophotogrammetrische Aufnahme des brasilianischen Territoriums.

Die 10. Aerophotogrammetrische Abteilung der US-Luftwaffe unter dem Kommando von Oberst Charles C. Frions, die aus 125 Offizieren und Soldaten besteht, hat schon die Aufnahme der Hälfte des gesamten nationalen Gebietes beendet (sie haben sofort nach der "Revolution" 1964 begonnen). Also kennen die USA heute das brasilianische Territorium viel besser als die brasilianische Regierung selbst (die abschließenden Arbeiten der Entwicklung der Filme und der Zeichnung von Landkarten erfolgt in den USA). Sie kennen jedes kleinste Detail des brasilianischen Bodens, und was wichtiger ist, sie kennen die Lokalisierung der mineralischen Reichtümer unter der Erdoberfläche. Die nordamerikanischen Monopole werden also jetzt mit viel geringerem Risiko sich der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Brasiliens widmen können. Dies ist nur ein konkreter Fall jener militärisch-industriellen Zusammenarbeit im Rahmen der Theorie des Militärstaates. (Es ist hier zu bemerken, daß ähnlich wie in Brasilien solche aerophotogrammetrischen Aufnahmen fast in allen Ländern Südamerikas durchgeführt werden.)

g) Modifizierung der Arbeitsgesetzgebung.

Die Arbeitsgesetzgebung, die von Vargas der brasilianischen Arbeiterklasse gegeben wurde – und die eine der fortschrittlichsten der kapitalistischen Welt darstellt –, stellte ein großes Hindernis für die Politik der Integration dar; hauptsächlich deshalb, weil sie eine strenge Sicherung des Arbeitsplatzes und eine automatische Erhöhung der Löhne entsprechend dem Index der Lebenshaltungskosten vorsieht.. Schon 1948, unter der Regierung Dutra, hatte die Abbink-Mission, die von der Regierung der USA zur Erstellung eines Entwicklungsplanes für Brasilien entsandt worden war, die Ersetzung der Klausel über die Sicherheit des Arbeitsplatzes durch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung als Grundforderung aufgestellt. Damit sollten die Unternehmen die Arbeiter nach ihrem Belieben entlassen können und die Last eventueller Arbeitslosigkeit auf den Staat übertragen werden.

Latin America and the World, ein Wirtschafts-Bulletin, das eng mit nordamerikanischen Geschäftskreisen verbunden ist, berichtete in der letzten Woche des April 1966:

> Wichtige nordamerikanische Gruppen bereiten sich darauf vor, Investitionen in Brasilien zu tätigen; sie betrachten aber die Aufhebung des Gesetzes über die Sicherheit des Arbeitsplatzes als eine fundamentale Voraussetzung, um den Dollarfluß in das Land zu ermöglichen.

Die Arbeitslosenversicherung wurde eingeführt und den brasilianischen Arbeitern als "Wahl" angeboten. Es ist nicht norwendig darauf einzugehen, was "Wahl" für die Arbeiter in einem Land wie Brasilien bedeutet, angesichts der Millionen von Arbeitslosen und vor allem zu einem Zeitpunkt wirtschaftlicher Depression.

Durch das Dekret Nr. 15 liquidierte die Regierung Castelo Brancos das System der automatischen Lohnerhöhungen, die der autoritäre Staat eingeführt hatte. Die Löhne wurden nunmehr nicht nach der Erhöhung des Index der Lebenshaltungskosten erhöht, sondern nach einem "inflationären Residuum", das von der Regierung in ihrem Wirtschaftsprogramm selbst berechnet und festgelegt wird. Aber selbst diese Erhöhung, die von den Technokraten der Regierung festgelegt, und daher weit von den tatsächlichen Preiserhöhungen entfernt ist, kommt dann ganz oder teilweise nicht zur Anwendung, "wenn ein Unternehmen vor Gericht nachweist, daß es wirtschaftlich und finanziell nicht in der Lage ist, die sich daraus ergebenden Kostensteigerungen zu tragen." Somit wird die Last der Krise, der sich ausweitenden brachliegenden Kapazitäten der Industrie, die aus der antinationalen und massenfeindlichen Politik der Regierung resultiert, auf die Arbeiter abgewälzt. Da wir die enorme Fähigkeit der ausländischen Monopole und der "nationalen" Bourgeoisie zum Betrug kennen, ist es klar, daß sich in Zukunft sehr wenige Unternehmen in der Lage sehen werden, die Kostensteigerungen selbst zu tragen (...). Die Existenz einiger humanitärer Unternehmer voraussehend, die sich durch das zunehmende Elend ihrer Diener dazu bewogen fühlen könnten, diesen spontan Lohnerhöhungen zuzubilligen, bestimmt der Artikel 7 des Dekretes:

> Jede Erhöhung oder Anpassung des Lohnes an die Preiserhöhung, einschließlich jeder Art von Gratifikation oder höherer Einstufung in der Lohnskala sind vor Ablauf eines Jahres nach dem Abschluß des letzten Kollektivvertrages verboten...

h) Die Theorie des positiven Bankrotts

Eine der grundlegenden Bedingungen dafür, daß Brasilien als "privilegierter Satellit" akzeptiert wird, ist die Ausschaltung dessen, was noch von der hohen und mittleren nationalen Bourgeoisie übriggeblieben ist, also jenes kleinen Teils der brasilianischen Industriellen, der sich der Assoziierung mit ausländischen Monopolen widersetzt.

Castelo Branco hat während der drei Jahre seiner Regierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die diesen Sektor zur Kapitulation zwingen sollen. Ich werde die wichtigsten zitieren: die scharfe Kreditrestriktion (die die ausländischen Gruppen nicht getroffen hat, da diese sich gut über ihre Finanzierungsgesellschaften im Inland Kredit beschaffen können, und die außerdem noch im Extremfall von ihren ausländischen Reserven, über sog. Swap-Geschäfte, oder von direkten Krediten ihrer Muttergesellschaften Gebrauch machen können); die Korrektur der Schulden der nationalen Industriellen gegenüber dem Staat durch einseitige Festlegung seitens der Regierung sowie der Sozialversicherung; Steuererhöhungen (der Anteil der Steuereinnahmen der Bundesregierung am Inlandsprodukt erhöhte sich von 13 % 1963 auf 18 % 1966); die Lohnpolitik, die eine drastische Minderung der Kaufkraft der arbeitenden Klassen verursachte (in einer Untersuchung von Francisco Pedro do Couto und Roberto Carneiro, die am 15. Februar 1967 in der Zeitung Correio da Manha veröffentlicht wurde, wird,auf der Grundlage der offiziellen Angaben, gezeigt, daß ein Arbeiter, der den Mindestlohn erhält, 1964 zum Kauf einer bestimmten Anzahl von Nahrungsmitteln 2370 Minuten arbeiten mußte, während er 1966 4100 Minuten arbeiten mußte), daher auch eine ständige Zunahme der brachliegenden Kapazität der Industrie; die absichtliche Verzögerung von Zahlungen der Regierung an Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten und durchgeführt hatten, was dazu führte, daß dieser Sektor, der zu 100 % von brasilianischen Unternehmen kontrolliert wurde, nun zur Kapitulation gebracht wurde; usw.

Dies ist der Inhalt dessen, was die Technokraten, mit Roberto Campos an der Spitze, die "Theorie des positiven Bankrotts" nennen. Vom finanziellen Druck bis fast an die Grenze des Ruins gebracht, blieb den nationalen Gruppen nichts anderes übrig, als sich den ausländischen Monopolen bedingungslos zu unterwerfen. Die offizeillen Statistiken zeigen, daß der Wert der wegen Zahlungsunfähigkeit zu Protest gegebenen Wechsel in der Stadt Sao Paulo 1965 20,1 Mill. neue Cruzeiros betrug; 1966 erhöhte sich die Ziffer auf 68 Mill. neue Cruzeiros. Der Durchschnitt von Bankrotterklärungen erhöhte sich in der gleichen Periode von 140 auf 215 monatlich.

Fernando Gasparian, einer der wenigen Vertreter der großen nationalen Bourgeoisie, der die nationalistische Linie weiterhin vertritt, analysiert den Prozeß der Entnationalisierung:

Entnationalisierung durch Ersetzung: Es finden ständig Entnationalisierungen von Unternehmen durch Ersetzung auf dem betreffenden Sektor des Marktes statt. Z.B.: die nationalen Unternehmen müssen wegen des Drucks des Nachfragemangels auf dem Markt einerseits und andererseits wegen des Mangels an flüssigem Kapital und Kredit die Produktion einschränken und teilweise die Produktion völlig einstellen. Die ausländischen Unternehmen, die nicht an Mangel an Kredit oder flüssigem Kapital leiden, da ihnen beides durch die Anweisung Nr. 289 der SUMOC und die Swapgeschäfte gesichert ist, bemächtigen sich ganz einfach eines Teils des Marktes. Entnationalisierung durch Kauf: Durch den Kauf übernehmen ausländische Gruppen die Kontrolle über unzählige Unternehmen der Textilindustrie, der Garn-, Zement- und Autoersatzteilindustrie. Der Kauf der AMFORP, der von der Regierung als Beispiel ihrer "nationalistischen" Politik herausgestellt wird, gab diesem Unternehmen die Mittel, die jetzt für den Aufbau oder Kauf von Unternehmen in Sektoren hoher Rentabilität verwandt werden. Diese Mittel dienten sogar zur Schaffung einer Investitionsbank, vermittels derer sich das Eindringen der AMFORP ins Innere vieler nationaler Unternehmen vollzieht.

Selbst die Zeitschrift TIME gibt zu:

Die Gefahr einer Entnationalisierung der (brasilianischen) Wirtschaft ist nicht völlig eingebildet. Das Geld ist derart knapp, daß die Mehrheit der Unternehmen in Brasilien für Dollars zu bloß 40 % ihres realen Werts gekauft werden könnte... Der Anteil des ausländischen Privatkapitals in der privaten Industrie Brasiliens ist auf fast 50 v.H. gestiegen...

Ermirio de Morais, ein anderer "letzter Mohikaner" der nationalen Industrie, sagt:

Etwa 60 % der brasilianischen Industrie befindet sich bereits in den Händen von Ausländern, die durch die Anweisung Nr. 289 der SUMOC und die Swap-Geschäfte begünstigt werden. Wir haben schon den Punkt erreicht, wo die Führer der nationalen produzierenden Klassen überhaupt nicht mehr Gehör bei der Regierung finden, während die Vertreter der Hanna, der City Bank, von Ford und Rockefeller sofort empfangen werden. Dies wäre nicht schlimm, wenn die Regierung auf viele Vorschläge des Auslandes Nein zu sagen wüßte.

Aber die brasilianische Regierung weiß eben den Vertretern der internationalen Monopole nicht Nein zu sagen. Brasilien ist heute ein yes-country, das von yes-men regiert wird.

i) Die Liquidierung und die Übergabe des staatlichen Sektors

Das Eindringen des nordamerikanischen Kapitals beschränkt sich jedoch nicht auf den privaten Sektor. Der staatliche Sektor, der 38,5 % der nationalen Wirtschaft umfaßt, steht ebenfalls auf der Interessenliste der internationalen Trusts. Castelo Branco entschied, daß die staatliche Erdölgesellschaft Petrobras nicht unberührbar ist, und übergab das Filet Mignon der Erdölindustrie, die Petrochemie, den ausländischen Monopolen. Allein die Philipps Petroleum und die Union Carbide sind dabei, 60 bzw. 62,3 Mill. Dollar auf diesem Sektor zu investieren. Das Monopol der Ausbeutung des Schiefers wurde der Petrobras ebenfalls entzogen. Eine Konzession wurde der Compania de Rochas Betuminosas erteilt, einer Gesellschaft, die vom Planungsminister der Regierung Castelo Brancos, Roberto Campos organisiert wurde. Bei seinem Besuch in Moskau erhielt Roberto Campos einen Kredit von 80 Mill. Dollar für diese Gesellschaft.

Außerdem sind die Pläne zur Übergabe der Eisenindustrie weit fortgeschritten, und sie stützen sich auf die Pläne, die von der eigens hierzu beauftragten nordamerikanischen Firma Booz-Allen Hamilton International Company ausgearbeitet worden sind. Die Übergabe der Erze ist praktisch vollzogen. Der Sieg der Hanna war vollständig; sie erhielt die Konzession erneut zugeteilt, die von der Regierung Janio Quadros für beendet erklärt worden war, und damit sind die Eisenerzvorkommen des Paraopeba-Tals, eines der größten Vorkommen der Welt, deren Wert auf 200 Mill. Dollar geschätzt wird, erneut in ihrem Besitz, und ebenfalls die staatliche Genehmigung zum Bau eines eigenen Hafens (seit 1808, also schon vor der politischen Unabhängigkeit, waren alle Häfen allen befreundeten Nationen offen, was jetzt durch diese Konzession aufgehoben wird). Später fand ein heftiger Streit um den Besitz jener Vorkommen statt, was Carlos Laverda die Gelegenheit bot,

sich als Nationalist zu gebärden. Dieser Streit und der Nationalismus des Herrn Lacerda wurde damit beendet, daß die Hanna sich bereit erklärte, einen Teil ihrer Reserven sowie auch einen Teil ihrer Aktien an die Bethlehem Steel Corporation abzugeben.

Wenn der staatliche Sektor nicht in einem größeren Maße an die Privatkapitalisten weitergegeben wurde, so liegt das daran, daß die staatlichen Unternehmen, wie wir gesehen haben, in Übereinstimmung mit der These von der "Sozialisierung der Verluste" mit Defizit arbeiten, weil sie Rohstoffe, Energie und Transportmittel der privaten Wirtschaftsgruppen unter ihren Kosten liefern. Für die ausländischen Monopole ist es daher günstiger, diese Gratisquelle zusätzlicher Gewinne in den Händen des Staates zu lassen, als sie selbst zu übernehmen.

k) Die Geld- und Währungspolitik der Regierung

Das Devisengeschäft war für die Regierung in der Zeit der Mehrfachwechselkurse eine wichtige Einnahmequelle. 1960 erbrachte der Agio zwischen dem Wechselkurs, der für Importeure, und dem, der für Exporteure galt, mehr als 50 % der Einnahmen der Bundesregierung.

Mit der Unterwerfung der Regierung unter die Forderungen des Internationalen Währungsfonds, besonders unter den einheitlichen Wechselkurs, verwandelte sich jedoch diese Extraeinnahmequelle in einen Aderlaß der Bundesfinanzen. So wurde 1965 ein Verlust von (...) fast 40 % der Haushaltseinnahmen des Bundes registriert. Eine nichtinflationäre Quelle zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung verwandelte sich in die Hauptursache der Inflation. In der Tat. Denn trotz der enormen Erhöhung der Steuerlast, trotz der drastischen Kürzung der öffentlichen Ausgaben und der Kredite an den privaten Sektor, und trotz der Einfrierung der Löhne, mußte die Regierung Brancos zur Deckung des sich aus den Devisenoperationen ergebenden Defizits auf massive Geldemissionen zurückgreifen. Die Erhöhung der Umlaufsmenge des Geldes in drei Jahren zeigt die Folgen dieser "Währungsfonds"-Politik.

1963	683,8 Milliarden
1964	1155,8 Milliarden
1965	1729,9 Milliarden
1966	2357,4 Milliarden

Castelo Branco ließ in drei Jahren 245 % mehr Geld drucken als alle vorherigen Regierungen in den eineinhalb Jahrhunderten unabhängiger Geschichte zusammen.

Die ausländischen Investoren sind die großen Gewinner dieser Politik nach den Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Sie nutzen die Zeitpunkte der Abwertung der nationalen Währung zum Import ihres Kapitals in das Land aus. Anschließend nutzen sie die Politik der zeitweiligen Erhaltung der Stabilität des Dollar-Wechselkurses aus. Diese zeitweilige Einfrierung des Dollarkurses ist nämlich künstlich, da die innere Inflation weitergeht, und sogar wegen der letzten Abwertung in verstärktem Maße. Dies nutzen die ausländischen Kapitalisten zum Export von Gewinnen oder Kapital in die Ursprungsländer aus.

Ein praktisches Beispiel: im November 1965 wurde der Wechselkurs für den Dollar auf NCr. (Cruziero Novo) 2,20 und NCr. 2,22 (An- bzw. Verkauf) festgelegt; im Februar 1967 erhöhte eine erneute Wechselkursänderung diesen auf NCr. 2,70 und 2,715. In der

gleichen Periode erhöhte sich die Geldmenge im Umlauf um 55 %. Die Großhandelspreise stiegen ebenfalls in ähnlichem Verhältnis. Dies stellt eine wahre Goldmine für jeden ausländischen Investor dar. Stellen wir uns Mr. Johnson vor, einen beliebigen nordamerikanischen Bürger, der im November 1965 eine Million Dollar nach Brasilien gebracht hätte. Er hätte diese Million damals gegen NCr. 2,200.000 umgetauscht. Mit diesem Geld hätte er dann irgendetwas gekauft, z.B. bewegliches Eigentum oder Immobilien. Er verkaufte es nach einem Jahr (Mr. Johnson mußte natürlich gut darüber informiert sein, daß im Februar eine Abwertung des Cruzeiro stattfand, was ihm nicht schwergefallen wäre, da in den hohen Kreisen der internationalen Finanzwelt dergleichen bekannt ist, und zwar noch ehe es die Regierung weiß, da der Befehl zur Abwertung ja von außerhalb Brasiliens kommt) mit einem Gewinn von 55 %, also zu NCr. 3.410.000. Er kauft sich damit wieder Dollar zum Kurs von NCr. 2,22 je Dollar, und erhält somit 1.536.000 Dollar, und das ohne Risiko oder Arbeit. Am Tage nach der Abwertung könnte Mr. Johnson wieder seine Dollars in Cruzeiros umtauschen, zum Kurs von NCr. 2,70. Mit den NCr.4.147.000 (fast das Doppelte der anfänglichen Summe) kann er jetzt wieder den Zyklus beginnen.

Wer hat nun den rein spekulativen Gewinn des Mr. Johnson bezahlt?

Und wer hat die Extraprofite aller der ausländischen Finanzgruppen, die Industrie, Banken und Handel Brasiliens kontrollieren, bezahlt, die sie zusätzlich zu ihren "normalen" Gewinnen mittels der Inflation gemacht haben? Das brasilianische Volk, das zu inflationistischen Preisen alle lebensnotwendigen Waren kaufen mußte. Und dies alles aufgrund der Geldemissionen der Regierung, die nur das Ziel haben, den Export von Gewinnen und Kapitalien durch den künstlich niedrig gehaltenen Dollar-Wechselkurs zu subventionieren.

Für das internationale Finanz- oder Monopolkapital und auch für den mittleren oder kleinen Kapitalisten, der mit einer Brieftasche voll Dollars kommt, stellt Brasilien ein wahres Paradies dar. Die volle Freiheit des Gewinns, der Ausplünderung und jeder Art von Betrug wird dort heute von den Militärs garantiert. Und da wir diese Freiheiten nennen, können wir jenen in Venezuela "tätigen" nordamerikanischen Händler zitieren, der gegenüber der Zeitschrift TIME am 11. September 1953 folgendes erklärte:

> Hier haben Sie die Freiheit, mit ihrem Geld das zu tun, was ihnen gefällt: für mich bedeutet diese Freiheit mehr als alle politischen und bürgerlichen Freiheiten zusammen.

I) Die Senkung der Einkommensteuer für die nordamerikanischen Gesellschaften.

In den letzten Tagen seiner Regierung unterschrieb der Feldmarschall Castelo Branco ein Abkommen über die "Doppelbesteuerung" mit der Regierung der Vereinigten Staaten. Durch dieses Abkommen, das sogar den Widerspruch des bekannten Ausverkäufers Itamaraty hervorrief, wurde die Einkommensteuer für juristische Personen von 25 auf 20 bzw. 15 % herabgesetzt, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese juristische Personen die nordamerikanische Staatsangehörigkeit haben. Die brasilianischen juristischen Personen zahlen weiterhin 25 %. Hier sind Kommentare überflüssig! Ich könnte Bücher füllen, würde ich alle Maßnahmen der Regierung Castelo Brancos bei ihrer Ausverkaufspolitik anführen, aber wir müssen uns hier kurz fassen. Daher bleibt der Versuch unerwähnt, fast das ganze Amazonasgebiet zu verschenken ("Es gibt zweifellos große internationale Interessen, die auf das Amazonasgebiet einen Druck ausüben, angesichts des geringen Widerstandes, den wir leisten können. Man könnte sogar sagen, daß dieses Gebiet einem beschleunigten Prozeß der Aggression ausgesetzt ist", bekennt der General Albuquerque Lima, jetziger Innenminister); oder auch die Vergewaltigung des Bodens von Goias, Amazonas und Mato

Grosso durch die nordamerikanischen Großgrundbesitzer (die Haciendas mit einer Fläche bis zu einer Million Hektar besitzen); und ebenso der unverschämte Schmuggel, die illegale Suche und die Ausbeutung von Erzen durch nordamerikanische Staatsbürger (vor einiger Zeit berichteten die Zeitungen über ein solches illegales Lager dieser Neffen des Uncle Sam, an dessen Eingang ein Schild mit der Überschrift angebracht war: "Eintritt für Ausländer verboten", wobei unter "Ausländern" Brasilianer verstanden wurden); ich kann auch nicht über die wahre Invasion von nordamerikanischen Missionaren in allen Gegenden des Landes sprechen und deren Versuche, die Geburtenkontrolle in allen Regionen einzuführen, sogar mit dem Mittel der Sterilisierung (unter dem Motto: töte heute den Guerillero von morgen); noch vom MECUSAID-Abkommen, durch welches das brasilianische Erziehungswesen der nordamerikanischen Kontrolle unterstellt wird, noch über das Atomenergieabkommen und zahlreiche andere Schurkereien.

Der Zauber der Ziffern

Die offiziellen Statistiken der letzten Jahre zeigen, daß der Export von Gewinnen und Kapital und die Kreditrückzahlungen in immer größer werdendem Maße die Einfuhr derselben übertrifft. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Zahlen:

KAPITALBEWEGUNGEN, KREDITE UND GEWINNE AUSLÄNDISCHER UNTERNEHMEN

Zeitraum 1962-1966 — in Millionen US-Dollar

	1962	1963	1964	1965	1966[+)]
Autonome Kapitaleinfuhr (Insgesamt)	530	352	336	411	552
Investitionen	69	30	28	70	170
Reinvestitionen	63	57	58	84	-
Kredite	343	262	226	257	382
Andere	55	3	24	-	-
Autonome Kapitalausfuhr	310	364	278	344	442
Kapitalgewinne (Profite, Zinsen usw.)	202	147	191	268	250
Patente, Lizenzen, Royalties usw.	74	49	44	137	138
Kapitalausfuhr (Insgesamt)	586	560	513	749	830
Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr	56	208	177	338	278

[+)] Unvollständige Daten.

Die Tabelle, die auf Grund von Zahlen der brasilianischen Zentralbank zusammengestellt worden ist, zeigt natürlich nur die legalen Ausfuhren. Daneben gibt es aber unzählige Formen des illegalen Exports von Devisen, die ich in meinem Aufsatz "Brasilien für Auslän-

der" analysiert habe. Es kann hier nur der Bericht von Business Week über eine solche betrügerische Manipulation wiedergegeben werden.

> Eine große nordamerikanische Gesellschaft gibt zu, einige ihrer Tochtergesellschaften in Übersee dadurch zu schädigen, daß diese gezwungen werden, für Teile, die bei der Muttergesellschaft oder einer anderen Tochtergesellschaft gekauft werden, überhöhte Preise zu zahlen, wodurch der Gewinn des Konzerns erhöht wird. Einer der Direktoren dieses Unternehmens sagt: 'Wir machen dies in Ländern, in denen uns Schwierigkeiten bei der Überweisung der Gewinne gemacht werden. Wir müssen schließlich irgendwie unser Geld aus dem betreffenden Land herausholen können'.

Das unglaubliche an dieser ganzen Angelegenheit ist, daß, obwohl die Kontrolle über mehr als 60 % der Industrie, der Banken und des Handels Brasiliens an ausländische Monopole vergeben wurde, riesige Landgebiete verschenkt wurden, und obwohl Jahr für Jahr wachsende Dollarbeträge als Gewinne ins Ausland geschickt werden, die Verschuldung Brasiliens immer größer wird. Brasilien verkauft. Brasilien zahlt, aber die Schuld Brasiliens wird immer größer! Zum Schluß sollen dazu noch einige Zahlen gegeben werden:

Schuld an das Ausland (in konvertierbarer Währung):

31.12.1963:	US-Dollar 3.185,5 Mill.
1964:	US-Dollar 3.101,1 Mill.
1965:	US-Dollar 3.478,4 Mill.
1966:	US-Dollar 3.702,4 Mill.

(Zum Vergleich: die gesamten Ausfuhren Brasiliens im Jahr 1968 betrugen nach offiziellen Angaben 1.870 Mill. US-Dollar.)

Mit Sicherheit ist dies ein weiterer Effekt jenes "Zaubers der Zahlen", von dem Getulio Vargas sprach.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

Heft Nr. 3 soeben erschienen

Inhalt

Gerhard Danelius	**Die Ideen W. I. Lenins — Kampfbanner und Kompaß der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte**
Monika Schubbe	**Zur Bildung und Erziehung im staatsmonopolistischen Kapitalismus**
Wolfgang Gukelberger	**Mitbestimmung als Instrument des Klassenkampfes**
Wilgart Schuchardt	**Trotzkismus — linke Stütze der Bourgeoisie**
Wolf-Dieter Gudopp	**Was ist kleinbürgerlicher Revolutionarismus? (II)**
Bericht	
Wolfgang Bein	**Zur Lage der englischen Arbeiterklasse**

Herausgeber: Sozialistische Einheitspartei Westberlins — Kreisvorstand Zehlendorf
1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 84 56 14 ‹8 11 56 14›.
Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19
Verantwortlich: Heinz Thomaszik und Wolfgang Schmidt
KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft DM 1,50; Jahresabonnement DM 4,—.
Druck: Druckhaus Norden GmbH, Berlin 21 — Entwurf: A. W.

Dokumente und Materialien zum revolutionären Kampf in Brasilien

Brief von Carlos Marighella

Der Brief von Marighella an Candido Aragao erschien zuerst in PUNTO FINAL, Nr. 93 vom 9.12.1969. Die Botschaft von Marighella "An das brasilianische Volk" und das Interview mit Carlos Lamarca wurden zuerst in PUNTO FINAL, Nr. 88 vom 30.9.1969 abgedruckt.

Havanna, 28. September 1967

An den
Admiral Candido Aragao

Lieber Landsmann!

Als Fortführung unserer Gespräche und nach der gemeinsamen Prüfung der Probleme unseres Landes sende ich Ihnen diesen Brief, um Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihre Ansicht über die Einheit der revolutionären Kräfte Brasiliens vollkommen teile. Die von Ihnen geäußerten Ansichten über die Konferenz der OLAS (Lateinamerikanische Organisation der Solidarität), über eine revolutionäre Volksfront, über den bewaffneten Kampf und über andere Angelegenheiten können mit meiner Unterstützung rechnen.

Ich glaube, daß die Revolutionäre Brasiliens versuchen müssen, ihre Kräfte zu vereinigen. Ohne diese Einheit wird unser Volk sich von der imperialistischen Herrschaft und der Unterjochung durch die Gorillas, die unser Land seit dem April-Putsch regieren, nicht befreien können. Daher müssen alle, die mit dem jetzigen Zustand in unserem Lande unzufrieden sind, die Einheit der revolutionären Kräfte unterstützen.

Ich teile auch Ihre Ansicht, daß der Versuch, alle Anstrengungen auf den Beginn des Guerillakampfes als gemeinen Ausdruck des Volkskampfes zu richten, die beste Form ist, für die Vereinigung der revolutionären Kräfte Brasiliens zu arbeiten.

Dies ergibt sich schon aus der Konferenz der OLAS, die in ihrer „Allgemeinen Erklärung" folgendes proklamiert: „Das erste Ziel der Revolution auf dem Kontinent ist es, die Macht zu ergreifen, indem der bürokratische und der militärische Apparat des Staates abgeschafft und durch das bewaffnete Volk ersetzt wird, um das jetzige gesellschaftliche System zu verändern. Dieses Ziel kann nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden."

Das brasilianische Volk ist bereit, die revolutionären Kräfte zu unterstützen, sobald diese Kräfte sich zu vereinigen und zu organisieren verstehen, und sobald sie den richtigen und sicheren Weg zum Sturz der jetzigen Militärdiktatur und zur Vertreibung der Imperialisten aufzeigen. Die Regierung des nationalen Verrats des Gorilla Costa e Silva unterscheidet sich in keiner Weise von der früheren Regierung. Die Diktatur ist die gleiche, und sie stützt sich auf eine faschistische Verfassung, die die gleichen Terrormethoden gegen die Massen anwendet. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist ebenso unerträglich wie während der vorigen Regierung. Die Löhne der Arbeiter sind elend. Millionen von Landarbeitern haben kein Land, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, und immer häufiger werden ganze Familien aus ihren Wohngebieten vertrieben. Studenten werden auf offener Straße von der Polizei erschossen. Die Korruption der Regierenden wird immer größer.

Gegenüber einer solchen Situation bleibt kein anderer Ausweg als die Gewalt der Massen zu organisieren und den Sturz der Diktatur durch den bewaffneten Kampf zu erreichen. Der „Frente Amplio", der von dem faschistischen Führer Carlos Lacerda versucht wird, und in dem bezeichnenderweise jene Männer wiederzufinden sind, die derselbe Lacerda vorher diffamiert und zu Opfern der Diktatur gemacht hatte, hat allein das Ziel, den revolutionären Weg zu verhindern und die Revolution zu bremsen. Es ist eine Form mehr, das brasilianische Volk zu betrügen und dem Imperialismus in einer anderen Art zu dienen.

Es ist allen bekannt, daß die „Redemokratisierung" und die sogenannte Rückkehr zur Demokratie mit Wahlen und Pazifismus nur den Interessen der bürgerlichen Politiker dienen, denn sie führt nicht zur Veränderung der ökonomischen Struktur des Landes, sie räumt nicht mit dem Großgrundbesitz und mit der Ausbeutung des Landarbeiters auf und führt weder zur Vertreibung des Imperialismus noch zur Agrarrevolution.

In Brasilien herrscht ein circulus vitiosus. Die bürgerlichen Politiker predigen die „Redemokratisierung" und die Abhaltung von Wahlen, um so an die Regierung zu kommen, und sie versprechen Reformen und Freiheit. Dann kommt aber wieder ein Militärputsch unter dem Vorwand der „kommunistischen Gefahr". Und diese Komödie wiederholt sich in Form einer Tragödie, wie beim Sturz von Goulart 1964.

Es gibt nur eine Lösung gegen diesen circulus vitiosus: die Schaffung einer bewaffneten Macht des Volkes, um mit ihr die Streitkräfte der Reaktion zu besiegen.

Das Problem des brasilianischen Volkes ist nicht ein Problem eines „Frente Amplio". Vielmehr ist es notwendig, eine antiimperialistische oder eine revolutionäre Volksfront zu schaffen, ganz gleich unter welchem Namen. Was aber wichtig ist: diese Volksfront muß genau das Gegenteil vom „Frente Amplio" sein. Und sie muß das Ziel haben, die Massen zum bewaffneten Kampf zu führen, die Macht zu erobern und einen neuen Weg einzuschlagen, in welchem das Volk tatsächlich sein eigenes Schicksal bestimmen kann.

Wir, die brasilianischen Revolutionäre, müssen unsere Kräfte vereinigen, indem wir vom Guerillakrieg ausgehen. Wir müssen eine bewaffnete Zelle schaffen, deren Grundlage die Allianz von Stadt- und Landarbeitern ist, und die sich der militanten Studentenbewegung, den Intellektuellen, der Jugend, der brasilianischen Frau, den revolutionären Militärs innerhalb und außerhalb der Streitkräfte anschließt. Das hauptsächlichste Mittel hierzu ist die Organisierung der Massen von der Basis her, das Vertrauen auf die Massen und nicht auf bürgerliche Führer.

Dies heißt, die Brasilianer dazu aufzurufen, die Waffen bedienen zu lernen, sich vorzubereiten, sich in kleinen Untergrundgruppen zu organisieren und den Kampf zu beginnen.

Es ist der Moment gekommen, daß Geldmittel gesammelt werden, daß Waffen und Munition gekauft und erbeutet werden, daß sie geheim hergestellt werden, daß Kämpfer ausgebildet, Ärzte und Krankenschwestern vorbereitet, Medikamente, Wäsche, Schuhe und Nahrungsmittel gesammelt werden.

Wir müssen einen logistischen Apparat zur Unterstützung der Guerilla schaffen. Die Macht des Volkes – die einzige, die wir anerkennen – beginnt sich von dem Moment an zu bilden, in dem die Massen beginnen, sie durch die bewaffnete Gewalt zu erobern, und in dem sie die Aufgabe, sich hierzu zu organisieren, in Angriff nehmen.

Die Alternative ist: Unterjochung oder Rebellion; Pazifismus oder bewaffneter Kampf; das Volk für die legitime und notwendige Gewalt zu organisieren oder im Konformismus zu verbleiben, der den Rücken der Bourgeoisie stärkt.

Gegenüber diesem Dilemma haben wir unsere Position schon definiert. Wir sind für den bewaffneten Kampf und für die Einheit der revolutionären Kräfte, und deshalb sind wir zusammen.

Dies ist die Erklärung, die ich schriftlich in den Händen des angesehenen Landsmannes und Genossen niederlegen wollte, mit meinen Gedanken der Befreiung Brasiliens zugewandt und im Vertrauen, daß der Kampf um die Einheit der revolutionären und patriotischen Kräfte nicht umsonst sein wird.

Revolutionäre Grüße

Carlos Marighella

Dem brasilianischen Volk

Erklärung von Marighella – Verlesen im Sender Radio Nacional de Sao Paulo, am 15. August, während der zeitweiligen Übernahme des Senders durch ein bewaffnetes Kommando der revolutionären Kräfte.

Als Anhänger des revolutionären Krieges haben wir uns in Brasilien mit allen unseren Kräften diesem Krieg gewidmet. Die Polizei beschuldigt uns, Kriminelle und Räuber zu sein. Aber wir sind Revolutionäre, die mit Waffen gegen die jetzige brasilianische Diktatur und den nordamerikanischen Imperialismus kämpfen.

Unsere Ziele sind:

1. Die Militärdiktatur zu stürzen, alle ihre Maßnahmen und Gesetze seit 1964 zu annullieren und eine revolutionäre Volksregierung zu bilden.

2. Die Nordamerikaner aus dem Land hinauszuwerfen, alle ihre Firmen, Güter und allen ihren Landbesitz zu enteignen, und ebenfalls das Eigentum derjenigen zu enteignen, die mit ihnen zusammenarbeiten.

3. Die Großgrundbesitzer zu enteignen, mit dem Großgrundbesitz aufzuräumen, die Lebensbedingungen der Arbeiter, der Landarbeiter, Bauern und der Mittelschichten zu verändern und zu verbessern, und zugleich endgültig die Erhöhungen der Steuern, der Preise und der Mieten abzuschaffen.

4. Die Zensur aufzuheben, die Pressefreiheit, die Organisationsfreiheit und die Freiheit der Kritik einzuführen.

5. Brasilien aus dem Zustand eines Satelliten der Außenpolitik der USA zu befreien und gleichzeitig auf Weltebene zu einem unabhängigen Staat zu machen. Gleichzeitig werden wir die Beziehungen zu Cuba und zu allen anderen sozialistischen Staaten aufnehmen.

WAFFEN UND GELDMITTEL

Um die Militärdiktatur zu stürzen und um die obigen Ziele zu erreichen, erhalten wir vom Ausland weder Waffen noch Geld.

Die Waffen verschaffen wir uns im eigenen Land. Es sind Waffen, die bei Überfällen auf Polizeistationen erbeutet werden. Oder es sind Waffen, die revolutionäre Militärs der Revolution zur Verfügung stellen, indem sie aus dem Heer der Diktatur desertieren, wie das der Hauptmann Lamarca tat, ebenso wie die tapferen Unteroffiziere und einfachen Soldaten, die ihn beim Abzug aus der Kaserne von Quitauna begleitet haben. Wir hoffen, daß solche demonstrativen Akte weiterhin stattfinden, zur Verzweiflung und Demoralisierung der Gorillas, die unser Land regieren, und zur Stärkung der Revolution.

Was das Geld betrifft, so ist allgemein bekannt, daß die bewaffneten revolutionären Gruppen Banken des Landes überfallen und dabei jene enteignen, die sich durch die brutale Ausbeutung des brasilianischen Volkes bereichert haben. Die Legende des „Goldes aus Moskau, Peking oder Havanna" gibt es nicht mehr!

Die Bankiers können sich nicht beklagen. Allein im vorigen Jahr haben sie einen Gewinn von 400 Milliarden alte Cruzeiros gemacht. Auf der anderen Seite erhält ein Bankenangestellter einen Lohn auf dem Existenzminimum und muß 25 Jahre arbeiten, um das Doppelte dieses elenden Lohnes zu erhalten. Die Regierung hat ihrerseits auch kein Recht, etwas gegen die Enteignungen zu sagen, da ihre korrupten Minister, wie z.B. Andreaza, Appartments im Werte von einer Milliarde alte Cruzeiros besitzen und Provisionen von ausländischen Firmen erhalten.

AUGE UM AUGE, ZAHN UM ZAHN

Die Diktatur klagt uns an, Überfälle und Morde zu organisieren, aber sie sagt nicht, daß sie es war, die Edson Souto, Marco Antonio Braz Calvalho, „Escoteiro" Nelson, Jose de Almeida, den Gefreiten Lucas und viele andere Patrioten ermordet hat. Und sie sagt nichts über die Folterungen, die an den Häftlingen verübt werden, wie das „pau-de-arara" +), die Elektroschocks und andere, vor denen sich sogar die Nazis schämen würden.

Die barbarischen Mittel, die die Diktatur bei der Bekämpfung und Unterdrückung des Volkes anwendet, haben allein den Zweck, die Interessen der Militärs, die an der Macht sitzen, der großen Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und des Imperialismus der USA zu verteidigen. Im Gegensatz dazu stehen die Mittel, die die Revolutionäre in ihrem Kampf gegen die Militärdiktatur anwenden. Es sind legitime Mittel, die patriotischen Gefühlen entspringen.

DER KAMPF HAT SCHON BEGONNEN

Der Kampf hat schon begonnen. In einem Jahr haben die bewaffneten Gruppen es erreicht, den Feind hart zu bestrafen, und er beklagt schon viele Tote. Gegen seinen Willen sieht er sich gezwungen, die Existenz des revolutionären Krieges zuzugeben.

Seit dem Beginn ihrer Aktionen bis jetzt haben die bewaffneten Gruppen nationale und ausländische Banken sowie Versicherungsagenturen des Kapitals und der Banken enteignet und haben somit das brasilianische Banknetz stark gestört. Wir werden in Zukunft auch die großen Kaufleute, die imperialistischen Firmen, die Bundesregierung und die Regierungen der einzelnen Staaten enteignen. Innerhalb des Aktionsplanes wurde auch von den bewaffneten Gruppen die Guerillaoperation durchgeführt, die heldenhaft den Gefreiten Antonio Prestes und die anderen Genossen befreiten, die im Gefängnis Lemos de Brito, inmitten von Rio de Janeiro gefangen gehalten wurden. Die Hinrichtung des nordamerikanischen Hauptmanns Charles Chandler, eines Kriegsverbrechers des Vietnamkrieges, der als Spion des CIA nach Brasilien kam, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die bewaffneten Gruppen die Souveränität und die nationalen Interessen Brasiliens verteidigen. Die Demonstrationen gegen Rockefeller, die hauptsächlich in Rio, Sao Paulo und Brasilia stattfanden, und bei denen die Studenten eine hervorragende Rolle spielten, sind Zeugnis dafür, daß die Imperialisten in ganz Brasilien verachtet sind und daß sie nur bei der Militärdiktatur ihre Stütze finden. Dies ist eine Diktatur, die ihren Verrat an den nationalen Interessen so offen gezeigt hat, daß er auch von den Gorillas nicht mehr verdeckt werden kann.

+) Das „pau-de-arara" besteht darin, daß die Person an Händen und Füßen gefesselt und an einen langen Stock gehängt wird; der Kopf hängt dann nach unten. Die Person wird tagelang ohne Nahrung und ohne Flüssigkeit so hängengelassen, wobei durch Schläge, Ausreißen der Nägel, Verbrennungen, usw. verhindert wird, daß sie schlafen kann.

EIN LANGER KRIEG

Der revolutionäre Krieg, den wir jetzt führen, ist ein langer Krieg, und es ist notwendig, daß alle in ihm teilnehmen. Es ist ein unbarmherziger Kampf gegen den nordamerikanischen Imperialismus und gegen die brasilianische Diktatur, die nichts anderes ist als eine Agentur der USA innerhalb unseres Landes. Der revolutionäre Krieg ist die Fortsetzung des heldenhaften Kampfes von Che Guevara, der in Bolivien für die Befreiung ganz Lateinamerikas begonnen wurde. Es ist ein harter Kampf, dessen Ziel die vollständige Transformation der brasilianischen Gesellschaft ist.

Der Befreiungskampf des Volkes hat weder eine zu große Eile nötig, noch sind ihm irgendwelche Termine gesetzt. Er ist kein Staatsstreich, kein militärischer Putsch, und keine Farce, bei der bloß die Machthaber ausgewechselt werden, ohne daß die Klassenstruktur der brasilianischen Gesellschaft von Grund auf verändert wird. Alle bewaffneten revolutionären Gruppen, die jetzt den Kampf führen, müssen weiterhin in der Stadtguerilla bleiben, so wie wir es bisher systematisch gemacht haben. Wir müssen von allen Seiten angreifen, mit vielen verschiedenen bewaffneten Gruppen, mit kleinen organisierten Einheiten. Auch dann, wenn diese Gruppen untereinander nur schwach oder gar nicht verbunden sind. Dadurch werden die Kräfte der Diktatur zersplittert.

Wir müssen beständig und gleichmäßig die Unruhe vermittels der Stadtguerilla erhöhen, und zwar durch eine unendliche Reihe von unvorhersehbaren Aktionen. Die Truppen der Diktatur werden dann die Stadt nicht verlassen können, ohne das Risiko zu laufen, diese völlig ungeschützt den revolutionären Kräften zu überlassen. Dieser für die Diktatur unheilvolle Umstand wird es ermöglichen, den revolutionären Krieg auf dem Land zu entfachen, zugleich mit einem unkontrollierbaren Anschwellen des Aufstandes in der Stadt.

Bei unserem Versuch, die Massen für den Kampf gegen die Militärdiktatur und für die Befreiung des Landes von der imperialistischen Unterdrückung zu gewinnen, muß unser nächster Schritt der Kampf auf dem Lande sein.

DAS JAHR DER GUERILLA AUF DEM LAND

Dieses Jahr wird das Jahr der Landguerilla sein. Das ist der Augenblick und die Gelegenheit für alle Bauern und Landarbeiter, deren Kenntnis des Geländes, deren Beweglichkeit

gegenüber dem Feind, deren Kommunikationsfähigkeit mit allen Ausgebeuteten, Unterdrückten und Gedemütigten des ganzen Landes eine schreckliche Waffe der Revolution ist. In dieser zweiten Phase der Revolution werden wir das Land erschüttern. Wir werden den Großgrundbesitz beseitigen, die Großgrundbesitzer enteignen, ihre Plantagen verbrennen, ihr Vieh schlachten, um den Hunger der Hungernden zu stillen. Wir werden die Landgüter besetzen, die „grileiros" hinrichten, und ebenso die Nordamerikaner, die über diese „grileiros" ihre schmutzigen Geschäfte des Landkaufs abwickeln. Wir werden die gleiche Unruhe und die gleiche Angst auf die großen Landgüter bringen, die jetzt bei den Militärs, bei den Imperialisten und in den herrschenden Klassen in der Stadt existiert.

Ohne die Stadtguerilla zu verlassen, müssen die bewaffneten Gruppen vermittels ihres heldenhaften Kampfes die Entwicklung der Guerilla auf dem Land vorantreiben.

Unser Bestreben muß es sein, die Entwicklung und Festigung der bewaffneten Allianz zwischen Bauern und Landarbeitern einerseits und Stadtarbeitern andererseits und ihre Verbindung mit den Studenten, Intellektuellen, Angehörigen der Kirche und den brasilianischen Frauen zu erreichen. Diese Allianz ist die wesentliche Grundlage des Kampfes auf dem Land und der Guerilla in der Stadt. Aus dieser Allianz wird das revolutionäre Befreiungsheer des Volkes hervorgehen.

Alles für die Einheit des brasilianischen Volkes!

Nieder mit der Militärdiktatur!

Nieder mit den Imperialisten!
Carlos Marighella

Eine politisch-militärische Arbeit mit den Massen

Interview von Carlos Lamarca an „Punto Final"

F.: Welche Gründe haben Sie dazu bewogen, das brasilianische Heer zu verlassen?

A.: Ich bin einer der wenigen brasilianischen Offiziere, die aus der Arbeiterklasse kommen. Ich habe unter großen Opfern meiner Eltern studiert und bin in die Streitkräfte gegangen, weil ich dort die Bedingungen, zu der Entwicklung und Emanzipation meines Landes beizutragen, zu finden glaubte. Bald wurde ich aber enttäuscht. Das brasilianische Heer (seine höheren Ränge) ist die Avantgarde der Reaktion in Brasilien. Seine hauptsächlichste Funktion ist die I n n e n p o l i t i k. Es ist ein Instrument der herrschenden Klassen, die die riesige Mehrheit der Bevölkerung im Zustand der schrecklichsten Ausbeutung, des schrecklichsten Elends und Analphabetismus und der Krankheit hält. Die jungen Offiziere und Soldaten müssen sich täglich Predigten über „den inneren Feind der brasilianischen Demokratie" anhören. Und wer ist dieser Feind? Es sind die Arbeiter, die für die Erhöhung ihres elenden Lohnes und für die Organisationsfreiheit ihrer Klasse kämpfen. Es sind die Studenten, die um höhere Subventionen, mehr Ferien, kostenlose Ausbildung und Organisationsfreiheit kämpfen. Es sind die Intellektuellen und Künstler, Filmkünstler, Journalisten, die für die Freiheit der künstlerischen und wissenschaftlichen Arbeit kämpfen. Es ist das ganze brasilianische Volk, das freie Wahlen und bessere Arbeitsbedingungen fordert. Dieses Verlangen nach einer Veränderung, nach Beseitigung eines ungerechten Systems wird „kleinen Minderheiten" zugeschoben, die „im Dienste des internationalen Kommunismus" stehen.

Innerhalb der Streitkräfte sah ich Privilegien, eine völlige Verachtung des Volkes und unbeschreibliche Folterungen. Seit 1964 sah ich, daß es keine gewaltlose Lösung der brasilianischen Probleme geben könne. Während dieser Jahre suchte ich den Kontakt mit revolutionären Organisationen, die einen Weg für die brasilianische Revolution aufzeigten, der sich mit den Schlußfolgerungen deckte, zu denen ich gekommen war. Daher bildeten wir zwischen einigen Genossen, die ähnlich dachten, eine kleine Gruppe innerhalb meiner Kaserne.

Mitte 1968 überfiel eine Gruppe das Militärkrankenhaus und enteignete 9 FAL-Gewehre. Wir versuchten sofort, diese Gruppe ausfindig zu machen, da wir annahmen, daß derjenige, der sich für diese Art von Waffen interessierte, sich tatsächlich auf den Guerillakampf in Brasilien vorbereitete. Diese Gruppe war die VPR (Vanguardia Popular Revolucionaria), die auch für die Hinrichtung des nordamerikanischen Hauptmanns Chandler, eines Kriegsverbrechers aus Vietnam, in Sao Paulo verantwortlich war. Nach einer politischen Diskussion wurden meine Genossen und ich zu einer Zelle der VPR.

Die wichtigste Aufgabe unserer Zelle (die wir selbst vorgeschlagen hatten und von der Führung der VPR akzeptiert wurde) war es, eine große Aktion zur Enteignung von Waffen in der Kaserne von Quitauna in Sao Paulo, in der wir Dienst hatten, vorzubereiten und durchzuführen. Nach dieser Aktion würden wir das Heer mit dem Ziel verlassen, uns ausschließlich der Revolution zu widmen.

F.: Diese Aktion wurde erfolgreich abgeschlossen?

A.: Nein. Es war kaum ein Teilerfolg. Zwei Tage vor dem vorgesehenen Datum, das auf den 26. Januar 1969 festgelegt war, wurden vier unserer Genossen in Itapecerica de la Sierra, im Staat von Sao Paulo, verhaftet, als sie einen Lastwagen mit den Farben des brasilianischen Heeres anstrichen, mit dem die Waffen aus der Kaserne geholt werden sollten. Es sollten ungefähr 400 FAL-Gewehre, Maschinengewehre, Mörser und Munition sein. Soviel überhaupt möglich wäre. Wir wollten nicht alle Waffen für uns behalten, sondern einen Teil auch anderen Organisationen geben, die auch für den bewaffneten Kampf sind. Da diese vier verhafteten Genossen natürlich über den Plan genau informiert waren, beschloß die Zelle innerhalb der Kaserne, diese am nächsten Tag mit allem zu verlassen, was unter diesen Umständen mitgenommen werden konnte. Es waren 63 FAL-Gewehre, MG's, Munition, usw.

F.: Die brasilianischen Behörden behaupten, die VPR nach diesen Verhaftungen vernichtet zu haben. Stimmt das?

A.: Nein. In letzter Zeit hat sogar die Repression zugeben müssen, die VPR nicht vernichtet zu haben. Ihre eigenen Erklärungen sprechen von einer gut organisierten Gruppe. In der Tat führten die Verhaftungen vom Januar zu einer Kettenreaktion, z.T. wegen der Angaben eines der Verhafteten (die anderen drei zeigten eine hervorragende Haltung), z.T. wegen Mängel in unserer organisatorischen Struktur. Es wurden andere Genossen verhaftet, und dies endete erst im März. Es ist wichtig zu vermerken, daß die Reaktion uns als ihre Hauptfeinde betrachtet; die Behandlung der Verhafteten war barbarisch. Elektrofolter, „pau-de-arara" +), Anwendung des Schmelzrohres, Vergewaltigung der Genossinnen. Einige unserer Genossen haben diese Behandlung nicht überstanden.

+) Zur Erklärung dieser Folterung siehe die Fußnote zur Erklärung von Marghela.

Aber die nicht verhaftet worden sind, haben in einer ungeheuren Anstrengung die Organisation wiederaufgebaut, und haben sie qualitativ auf eine viel höhere Stufe gebracht. Im April 1969 hatten wir einen Kongreß, in welchem eine kritische Bilanz unserer vorhergehenden Aktionen gezogen wurde. Wir haben dort unsere politische Linie neu definiert und haben nach einer ausgiebigen Diskussion in allen Basen eine neue Führung gewählt.

F.: Es wird behauptet, daß sich inzwischen die VPR aufgelöst hat...

A.: Das ist richtig. Aber sie hat sich nur aufgelöst, um sich mit dem Kommando der Nationalen Befreiung (COLINA) zu vereinigen. Damit ist eine neue, stärkere und besser vorbereitete Organisation geschaffen worden, um den revolutionären Kampf in Brasilien zu führen. Der Name dieser neuen Organisation ist VAR-PALMARES (Vanguardia Armada Popular-Palmares). Diese Fusion kam aber nicht plötzlich. Seit fast zwei Jahren bestand eine Verbindung zum COLINA, das seinerseits aus der Spaltung der POLOP (Politica Operaia - jetzt POC, Partido Obrero Comunista) entstanden ist. Einige Mitglieder der POLOP waren ebenfalls nach dieser Spaltung in die VPR gegangen. Das frühere COLINA hat auch eine Krise durchgemacht. Es hat Kader, Material und Geld verloren. Es befand sich aber wieder in einer klaren Aufwärtsentwicklung.
Die Vereinigung der beiden Organisationen entspricht einer neuen Phase der linken Bewegung in Brasilien. Einem ständigen Prozeß der Fraktionierung, der 1960 begann, folgt der umgekehrte Prozeß des Zusammenschlusses verschiedener Gruppen, um die tatsächlichen politischen Möglichkeiten auszunutzen, die der Prozeß aufdrängt.

F.: Woher stammt der Name Palmares?

A.: Zum Andenken an den heldenhaften Kampf der brasilianischen Neger gegen die Sklaverei. Bevor die Sklaverei abgeschafft wurde, organisierten sich die brasilianischen Neger in sog. „Quilombos", von denen der bekannteste PALMARES hieß. In diesem Quilombo haben die Neger des brasilianischen Nordostens bis zum letzten Mann gekämpft. In ihrem Kampf organisierten sie die Kämpfer und deren Familien in kleinen Dörfern, in denen eine ziemlich entwickelte Form des Kollektivismus praktiziert wurde. Zum Quilombo Palmares kamen nicht nur frühere Sklaven, sondern auch Bauern und all jene, die von der kolonialen Justiz verfolgt wurden. Der Quilombo kämpfte fast hundert Jahre lang. In der Tat war es ein Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker und die erste Form eines Guerillakrieges in Brasilien.

F.: Wie sieht VAR-PALMARES die Revolution in Brasilien?

A.: Die Antwort auf diese Frage umschließt schwierige theoretische und politische Probleme, die im Rahmen dieses Interviews nicht erörtert werden können. Im allgemeinen ist aber unsere Sicht die folgende:
Das Land ist das „schwächste Glied" der imperialistischen Kette. Auf dem Land konzentrieren sich die schärfsten Widersprüche des brasilianischen Kapitalismus. Auf dem Land wohnt der größere Teil der brasilianischen Bevölkerung und die überwiegende Mehrheit der Ausgebeuteten. Um die brasilianische Agrarsituation zu verändern, ist es notwendig, das gesamte jetzige System der Produktion zu zerstören, das eben auf dem Elend unserer ländlichen Regionen begründet ist.

Auf dem Land werden wir die erste Guerillaabteilung aufbauen, als Gegensatz zur Macht der herrschenden Klassen und als Keim des zukünftigen Volksheeres. Der Aufbau eines solchen Volksheeres in Brasilien heißt indes nicht nur, daß diese Guerillaabteilung geschaffen werden muß. Vielmehr ist es notwendig, daß an allen wichtigen Orten des Landes unregelmäßige Guerillas entstehen. Es heißt, daß eine politisch-militärische Arbeit mit den Massen, insbesondere mit der Arbeiterklasse geleistet werden muß.

Die brasilianische Arbeiterklasse wird, obwohl ihr bisher eine lange Periode des Reformismus aufgezwungen, obwohl sie von der brasilianischen Diktatur geknebelt und unterdrückt wurde, eine lebenswichtige Rolle im revolutionären Prozeß Brasiliens haben.

F.: Ist der Hauptmann Lamarca ein kaltblütiger Mörder?

A.: Es ist die Diktatur, die kaltblütig unsere Genossen ermordet. Von Januar bis August sind fünf der Unseren gefallen: Juan Lucas Alves, der von der Polizei des Staates von Minas Gerais zu Tode gefoltert wurde; Severiano Viana Colon, der von der Polizei von Guanabara zu Tode gefoltert wurde; Ramilton Cunha, der niedergeschossen wurde, als er seine Arbeit kündigen wollte; Carlos Roberto Zanirato, der sich selbst umbrachte, weil er die Folterungen nicht mehr ertrug; Fernando de Paula Ferreira, der von der Polizei von Sao Paulo erschossen wurde.

Die Bilanz der Gewaltherrschaft der Diktatur ist erschreckend. Dutzende von Genossen, die derartige Folterungen erlitten, daß sie für ihr ganzes Leben physisch und psychisch gelähmt sind. Die Repression in Brasilien verhaftet ganze Familien und hält alte Frauen und sogar zweijährige Kinder als Geiseln fest.

VAR-PALMARES hat kein Interesse, dem Volk Opfer zu verursachen. In den einundzwanzig finanziellen Enteignungsaktionen, die durchgeführt wurden, wurden nur zwei Personen erschossen, aber nur in legitimer Verteidigung. In den Enteignungsaktionen von Waffen und anderer Ausrüstung mußten die Waffen nie gebraucht werden. Die Bankiers und Polizisten, die sich freiwillig ergaben, wurden nie belästigt. Denjenigen, die Widerstand leisteten, haben wir einen fairen Kampf geliefert.

Außerdem hat VAR-PALMARES die größte revolutionäre Enteignungsaktion durch Guerillas in Lateinamerika realisiert, ohne dabei Waffen zu gebrauchen. Nach langen Recherchen ermittelten wir den Verbleib eines Teils des berühmten „Kistchens" des ehemaligen Gouverneurs von Sao Paulo, Ademar de Barros, der sich in Dutzenden von Jahren der Korruption bereichert hatte. Dieses Geld war beim Tode Barros in der Hand seiner „Sekretärin". Diese Dame mußte den Inhalt des Koffers, in welchem das Geld lag, verheimlichen, weil es sich um illegal eingeführtes Geld handelte. Wir erbeuteten die Kiste mit 2,5 Millionen US-Dollar, was umgerechnet mehr als zehn Milliarden alte cruzeiros sind.

F.: Wie stehen Sie zum Terrorismus?

A.: Wir meinen, daß die Stunde gekommen ist, die Gewalt des Feindes mit der revolutionären Gewalt zu beantworten. So war z.B. die Hinrichtung des Hauptmanns Chandler ein Akt der revolutionären Justiz, und das gleiche gilt für die Bomben, die wir als Warnung bei den Unterdrückern der Arbeiterklasse in Belo Horizonte, dem militärischen Kommissar in den Gewerkschaften, hinterlegt haben. In einer ideologischen Gegenoffensive haben uns die herrschenden Klassen in Brasilien die Verantwortung für Terrorakte zugeschoben, die sie selbst mit ihrem CCC (Kommandos zur Jagd von Kommunisten) verübt haben, wie die Brandstiftung beim Fernsehsender in Sao Paulo, das Verbrennen eines Streifenwagens, in dem zwei Polizisten saßen, und die Bombe, die im Palast des Kardinals von Sao Paulo gelegt wurde.

F.: Wie fühlen Sie sich jetzt als berühmter Mann?

A.: Die Revolution wird nicht von einzelnen Männern geführt, sondern von der Avantgarde der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Ich bin ein Mitglied der VAR-PALMARES wie jeder andere, und mein Wunsch ist, die Waffen zur Befreiung Brasiliens zu gebrauchen. Die Männer und Frauen, die sich auf die Seite der Revolution stellen, tragen in den verschiedensten Formen zu ihr bei, indem sie namenlos für ihre Ideale kämpfen. Wird einer durch irgendwelche Umstände bekannter als die anderen, so ändert das nichts an seiner Bedeutung als Kader. Es sind die herrschenden Klassen, die die revolutionären Aktionen an eine Person zu fixieren suchen, um damit demoralisierend zu wirken und ihre angebliche „Effizienz" zu zeigen.

F.: Wollen Sie diesem Interview noch etwas hinzufügen?

A.: Die brasilianische Revolution ist ein Teil des Kampfes der Unterdrückten der ganzen Welt für ihre gesellschaftliche Befreiung. Sie ist insbesondere ein Teil der lateinamerikanischen Revolution. Der Kampf für die Befreiung des Kontinents vom nordamerikanischen Imperialismus und für ein gesellschaftliches System, welches unsere Probleme lösen wird, ist ein Kampf für den Sozialismus.

Wir befinden uns in Brasilien in der ersten Phase eines Krieges, der lang und schmerzhaft sein wird. Dies ist unsere Form der aktiven Solidarität mit der kubanischen Revolution und dem ruhmreichen Kampf des vietnamesischen Volkes. Wir sind sicher, daß unser Kampf Hand in Hand gehen wird mit dem Kampf in anderen Teilen der Welt, und wir werden unser Leben für die gleichen Ideale hingeben. Man muß den „Mut haben zu kämpfen, und den Mut haben zu siegen."

berliner EXTRA dienst

Zweimal in der Woche 16 Seiten voll von Informationen, Dokumentationen, Analysen, Reports . . . 16 Seiten Argumente für die Agitation.
Ein sozialistischer Informationsdienst ohne dogmatische Positionen, aber mit einem klaren Klassenstandpunkt. Wem das nicht paßt, sollte uns nicht abonnieren.
(Allerdings müssen viele Leute, denen das nicht paßt, EXTRA-Dienst lesen – einfach, um informiert zu sein, auch über sich selbst).
Linker Journalismus, kein pseudoobjektivistisches Gehabe (auch kein pseudo-revolutionäres). Wie gesagt: Zweimal in der Woche, jeweils mindestens 16 Seiten, fünf Mark im Monat inklusive Porto. Für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Soldaten und Wehrdienstverweigerer: vier Mark. Probeexemplare kostenlos.

(Telefon 86 21 89).
1 Berlin 31, Pfalzburger Str. 20

aus „Sozialistische Politik" 6A/70
Manifeste

Carlos Marighella

Minihandbuch des Stadtguerilleros

Die Zeitschrift TRICONTINENTAL, theoretisches Organ des Exekutivsekretariats der Organisation der Solidarität der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, veröffentlichte in ihrer Nummer 16 (Januar-Februar 1970) diese Arbeit über die Stadtguerilla in Brasilien. Ihr Autor ist Carlos Marighella, der am 4. November 1969 in Sao Paulo von der Polizei ermordet wurde. Dieser Text wurde im Juni 1969 geschrieben und in ihm schildert Marighella die Erfahrungen der Nationalen Befreiungsallianz (ALN), die diese in ihrem Kampf gegen die brasilianische Diktatur bis zu diesem Moment aufzuweisen hatte.

Marighella trat mit 18 Jahren in die Kommunistische Partei ein, die er knapp 40 Jahre später, nachdem er Mitglied der Exekutivkommission geworden war, verließ. Marighella war einer der bedeutendsten revolutionären Kämpfer des lateinamerikanischen Kontinents. Seine theoretischen Fähigkeiten schlagen sich in Dokumenten wie dem Brief an die KP Brasiliens, in dem er den Austritt aus der Partei bekanntgibt, sowie in Büchern wie WESHALB ICH DEM HAFTBEFEHL WIDERSTAND, DIE BRASILIANISCHE KRISE, DER INTERNE KAMPF, ERKLÄRUNG DER KOMMUNISTISCHEN GRUPPIERUNG VON SAO PAULO usw. nieder. Mit einer unbeugsamen kämpferischen Hingabe nahm er nicht nur an vielen Aktionen der Stadtguerilla teil, sondern schrieb auch über sie.

Seiner Hand entstammen "Operationen und Taktiken der Guerilla", dieses MINIHANDBUCH und andere Texte für die Praxis. Zu dem Zeitpunkt, als Marighella im Alter von 58 Jahren in einem Hinterhalt der Polizei erschossen wurde, war seine ganze Anstrengung darauf gerichtet, den revolutionären Krieg in Brasilien auf die zweite Stufe zu heben: den bewaffneten Kampf auf dem Lande. Sein MINIHANDBUCH ist einer genaueren Betrachtung wert, da es aus dem Blickwinkel der besonderen brasilianischen Erfahrung eine Reihe von Informationen bietet, die allgemeine Gültigkeit für ganz Lateinamerika haben. Das MINIHANDBUCH erlaubt es, einen taktischen Aspekt des revolutionären Krieges kennenzulernen, der heute Länder wie Brasilien, Uruguay und Guatemala erschüttert. Es ist eigentlich überflüssig, darauf zu verweisen, daß das MINIHANDBUCH dem politischen Kontext Brasiliens entspricht, einem Land also, in dem revolutionäre Kräfte gezwungen sind, wegen der faschistischen Diktatur den revolutionären Kampf in beschleunigter Form voranzutreiben.

Als Einleitung

Diese Arbeit möchte ich unseren Genossen Edson Souto, Marco Antonio Bras de Carvhalo, Nelson Jose de Almeida ('Escoteiro') und allen anderen heldenhaften Kämpfern und Stadtguerilleros widmen, die durch die Mörderhände der Militärpolizei, der Marine, der Luftwaffe und der DOPS (Abteilung für öffentliche und soziale Ordnung) fielen – jenen verhaßten Repressionsinstrumenten der Militärdiktatur. Ferner möchte ich sie widmen, jenen mutigen Kameraden und Kameradinnen, die in den mittelalterlichen Kerkern der brasilianischen Regierung verhaftet und dort Folterungen ausgesetzt sind, die in ihrer Grausamkeit denen der Nazipraktiken in nichts nachstehen.

Es ist unsere Pflicht, genau das zu tun, was jene unsere Kameraden, deren Andenken wir hochhalten, und jene, die im Kampf verhaftet wurden, getan haben: nämlich zu kämpfen. Jeder Genosse, der gegen die Diktatur ist und gegen sie kämpfen will, kann irgendetwas tun, kann irgendeine Aufgabe übernehmen, selbst wenn sie noch so bedeutungslos scheint. An jene, die dieses Minihandbuch lesen und beschließen, nicht länger ruhig zu bleiben, möchte ich appellieren, die Anweisungen zu befolgen, die hier gegeben sind, und sich von jetzt an dem Kampf anzuschließen. Ich tue dies, weil es unter allen Umständen die Pflicht eines jeden Revolutionärs ist, die Revolution zu machen.

Es ist eine wichtige Voraussetzung, daß dieses Handbuch nicht nur gelesen, sondern auch verbreitet wird. Verbreitung wird nur dann möglich sein, wenn jene, die mit seinem Inhalt einverstanden sind, dazu übergehen, dieses Minihandbuch hektographisch zu vervielfältigen oder es als Pamphlet zu drucken – auch dann, wenn dies die Anwendung von Waffen erfordert. Es bleibt noch zu sagen, daß meine Unterschrift unter diesem Minihandbuch seinen Grund darin hat, daß die hier geäußerten und zusammengefaßten Ideen die persönlichen Erfahrungen einer in Brasilien kämpfenden Gruppe von bewaffneten Männern widerspiegeln, der anzugehören ich die Ehre habe. Um

zu verhindern, daß bestimmte Personen den Inhalt dieses Minihandbuchs in Zweifel ziehen, die Tatsachen leugnen und weiterhin behaupten, die Bedingungen des Kampfes seien nicht gegeben, war es angebracht, die Verantwortung für das zu übernehmen, was gesagt und getan wird. Wichtig ist, daß es Patrioten gibt, die bereit und entschlossen sind, wie einfache Soldaten zu kämpfen – je größer ihre Zahl, desto besser.

Die Beschuldigung, ein Räuber oder Terrorist zu sein, hat heute nicht mehr die abschätzige Bedeutung, die ihr früher anhaftete. Sie hat ein neues Gewand, neue Farben erhalten, sie erschreckt nicht mehr, sie ist nicht mehr abfällig, im Gegenteil: sie ist geradezu zu einer Attraktion geworden. Ein Räuber und Terrorist zu sein, ist eine Eigenschaft, die jeden ehrlichen Menschen ehrt, denn sie bezeichnet genau die würdige Einstellung des Revolutionärs, der bewaffnet gegen die schändliche Militärdiktatur und ihre Ungeheuerlichkeiten kämpft.

Was ist ein Stadtguerillero?

Die chronische Strukturkrise, die die brasilianische Situation charakterisiert und die politische Instabilität hervorruft, hat das Entstehen des revolutionären Krieges in unserem Land bestimmt. Der revolutionäre Krieg äußert sich in der Stadtguerilla, im psychologischen Krieg und in der Landguerilla. Stütze der Stadtguerilla und des psychologischen Krieges in der Stadt ist der Stadtguerillero.

Der Stadtguerillero kämpft bewaffnet gegen die Militärdiktatur und wendet dabei unkonventionelle Mittel an. Als revolutionärer Politiker und leidenschaftlicher Patriot kämpft er für die Befreiung seines Landes; er ist ein Freund des Volkes und der Freiheit. Das Gebiet des Stadtguerillero ist das der großen brasilianischen Städte. In diesen Ballungszentren sind aber auch die Banditen tätig, die üblicherweise als 'Marginales' (1) bezeichnet werden. Oft werden die Überfälle dieser Banditen für Aktionen der Stadtguerilleros gehalten.

Der Stadtguerillero unterscheidet sich dennoch radikal von den 'Marginales'. Diese trachten in ihrer Aktivität nach einem persönlichen Vorteil und greifen an ohne Unterscheidung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Unter ihren Opfern befinden sich daher auch Männer und Frauen des Volkes. Der Stadtguerillero dagegen verfolgt ein politisches Ziel und greift nur die Regierung, die großen Kapitalisten und die ausländischen Imperialisten, insbesondere die nordamerikanischen, an. Ein anderes Element, das ebenfalls in den städtischen Gebieten tätig und nicht weniger schädlich als die "Marginales' ist, sind die Konterrevolutionäre von rechts, die Verwirrung stiften, indem sie Banken überfallen, Bomben legen, Entführungen organisieren, morden und furchtbare Verbrechen gegen die Stadtguerilleros, die revolutionären Priester, die Studenten und die antifaschistischen, freiheitliebenden Bürger begehen. Der Stadtguerillero ist ein unerbittlicher Feind der Regierung und führt daher systematisch Aktionen aus, die den Behörden und Männern, die das Land beherrschen oder die Macht ausüben, schaden. Die wichtigsten Aufgaben der Stadtguerilleros sind es, die Militärdiktatur und die Kräfte der Repression abzulenken, sie aufzureiben und zu demoralisieren; ferner hat er die Güter und Besitztümer der Nordamerikaner, anderer ausländischer Unternehmen und die der brasilianischen Großbourgeoisie zu überfallen und sie zu zerstören oder zu plündern.

Der Stadtguerillero ist entschlossen darauf bedacht, das bestehende ökonomische, politische und gesellschaftliche System Brasiliens zu entlarven und zu zerstören, sein Ziel ist es, die Landguerilla zu unterstützen und beim Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Struktur im Land mitzuhelfen, an deren Spitze das bewaffnete Volk steht.

Der Stadtguerillero muß sich ein Minimum an politischen Kenntnissen aneignen und daher versuchen, gedruckte oder in Form von Pamphleten abgezogene Arbeiten zu lesen, z.B. "Der Guerilla-Krieg" von Che Guevara. "Die Erinnerungen eines Terroristen", "Einige Fragen der Guerillas in Brasilien", "Aktionen und Taktiken der Guerillas", "Über strategische Probleme und Prinzipien", "Einige taktische Prinzipien für die Kameraden, die Guerillaaktionen durchführen", "Organisationsfragen", "O Guerilleiro", eine Zeitschrift der brasilianischen revolutionären Gruppe u.a.

Persönliche Eigenschaften des Stadtguerilleros

Der Stadtguerillero ist durch seinen Mut und seine Entscheidungskraft gekennzeichnet. Er muß ein guter Taktiker sein und gut schießen können. Er muß schlau und umsichtig sein, um damit die Tatsache zu kompensieren, daß er an Waffen, Munition und Ausrüstung nicht stark genug ist. Das Berufsmilitär und die Polizei, die der Regierung dient, verfügen über moderne Waffen und Fahrzeuge und können sich frei zu jedem beliebigen Ort bewegen, wobei sie alle Mittel der bestehenden Staatsmacht zur Verfügung haben. Der Stadtguerillero verfügt nicht über solche Mittel – seine Praxis ist die des Untergrunds. Oft liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor oder er ist schon verurteilt – und daher gezwungen, gefälschte Ausweise zu benutzen. Der Stadtguerillero hat dennoch einen Vorteil gegenüber dem Berufsmilitär und der Polizei. Militär und Polizei handeln auf der vom Volk verhaßten Seite des Feindes, während der Stadtguerillero eine gerechte Sache, nämlich die Sache des Volkes vertritt. An Waffen ist der Stadtguerillero dem Feind unterlegen, vom moralischen Standpunkt aus besitzt er aber eine nicht zu leugnende Überlegenheit. Diese moralische Überlegenheit ist die Stütze des Stadtguerillero, mit der er seine wichtigste Pflicht erfüllen kann, nämlich a n z u g r e i f e n u n d z u ü b e r l e b e n.

Der Stadtguerillero ist gezwungen, die Waffen des Gegners zu erbeuten. Da seine Waffen enteignet oder unter anderen Umständen in seine Hände gelangten, besitzt er keine einheitliche Bewaffnung und sieht sich vor dem Problem der Mannigfaltigkeit der Feuerwaffen und des Mangels an Munition. Er verfügt außerdem nicht über Ausbildungs- und Übungsplätze, auf denen Schieß- und Treffsicherheit geübt werden können. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden – und dazu muß der Stadtguerillero auf seinen E r f i n d u n g s g e i s t zurückgreifen, jene Fähigkeit, ohne die er nicht in der Lage wäre, seine revolutionäre Rolle auszuüben.

Die Eigenschaften des Stadtguerilleros sind Initiative, Einfallsreichtum, Flexibilität, Vielseitigkeit und Geistesgegenwart. Vor allem die Fähigkeit zur I n i t i a t i v e muß er in besonderem Maße besitzen. Es ist nicht möglich, alle Situationen vorauszusehen; trotzdem darf es nicht vorkommen, daß der Stadtguerillero nicht weiß, was zu tun ist, nur weil ihm entsprechende Anweisungen fehlen. Es ist seine Pflicht zu handeln, eine angemessene Lösung für jedes auftretende Problem zu finden und diesem nicht auszuweichen. Es ist besser, zu handeln und Fehler zu machen als nicht zu handeln, um Fehler zu vermeiden. Ohne Initiative gibt es keine Stadtguerilla. Weiter notwendige Fähigkeiten des Stadtguerilleros sind die folgenden: Er muß ein guter Läufer sein, muß Müdigkeit, Hunger, Regen und Hitze ertragen können, er muß Wache halten und sich verstecken, sich verkleiden und jeder Gefahr ins Auge sehen können. Er muß bei Tag und bei Nacht handeln, darf sich nicht überhasten, muß eine unbegrenzte Geduld haben. Er muß stets die Ruhe bewahren und seine Nerven auch unter ungünstigsten Bedingungen und in ausweglosen Situationen kontrollieren können. Niemals darf er Spuren oder Hinweise hinterlassen. Vor allem darf er sich nicht entmutigen lassen. Nicht selten desertieren oder entfernen sich Kameraden von der Stadtguerilla, wenn sie sich vor nahezu unüberwindbaren Schwierigkeiten gestellt sehen.

Die Aktion der Stadtguerilla ist aber nicht das Geschäft einer Handelsgesellschaft, die Tätigkeit an einem gewöhnlichen Arbeitsplatz oder die Vorführung eines Theaterstücks. Die Stadtguerilla ist – wie auch die Landguerilla – eine Verpflichtung, die der Guerillero sich selbst gegenüber auf sich nimmt. Wenn er nicht in der Lage ist, den Schwierigkeiten entgegenzutreten oder nicht über die notwendige Geduld verfügt, um abwarten zu können, ohne die Nerven zu verlieren, oder zu verzweifeln, dann ist es besser für ihn, von dieser Verpflichtung Abstand zu nehmen, fehlen ihm doch die in der Tat elementarsten Fähigkeiten, um ein Stadtguerillero zu werden.

Wie lebt und erhält sich der Stadtguerillero?

Der Stadtguerillero muß es verstehen, inmitten des Volkes zu leben, er muß darauf achten, nicht als Fremder zu erscheinen oder sich vom normalen Leben eines Durchschnittsbürgers zu unterscheiden. Er darf in seiner Kleidung nicht von der gewöhnlichen anderer Personen abweichen. Ausgefallene Kleidung und die neueste Mode für Männer und Frauen sind oft unangebracht, wenn der Stadtguerillero beauftragt ist, in Arbeiterbezirke oder dorthin zu gehen, wo eine solche Mode nicht üblich ist. Das gleiche muß beachtet werden, wenn der Guerillero sich im Land von Süden nach Norden oder umgekehrt begibt. Der Stadtguerillero muß von seiner normalen beruflichen Beschäftigung leben. Wird er jedoch von der Polizei gesucht, ist er ihr bekannt, schon verurteilt oder liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor, so muß er in den Untergrund gehen und oft versteckt leben. Auf keinen Fall darf der Stadtguerillero jemandem etwas über seine Aktivität mitteilen, zumal dies einzig und allein Sache der revolutionären Organisation ist, in der er arbeitet.

Der Stadtguerillero muß über eine gute Beobachtungsgabe verfügen, muß über alles gut informiert sein, vor allem über die Bewegungen des Feindes. Er muß sich gut orientieren können und das Gebiet, in dem er lebt, sich befindet oder in welchem er sich bewegen muß, genau kennen. Am wichtigsten und entscheidend für den Stadtguerillero ist aber, daß er mit der Waffe kämpft, was ihm oft nicht ermöglicht, seinem normalen Beruf nachzugehen, ohne identifiziert zu werden. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Enteignung deutlich. Für den Stadtguerillero ist es unmöglich, ohne den Enteignungskampf zu überleben. Der bewaffnete Kampf des Stadtguerilleros hat daher zwei wesentliche Ziele, die mit unaufhörlicher Verschärfung zu verfolgen sind:

a) die physische Beseitigung von Führern und untergeordneten Personen innerhalb der Streitkräfte und der Polizei;
b) die Enteignung der Regierung, der großen Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Imperialisten. Die kleineren Enteignungen dienen der individuellen Unterhaltung des Stadtguerilleros, die großen der Unterhaltung der Revolution.

Es ist klar, daß der bewaffnete Kampf des Stadtguerilleros auch andere Ziele hat, aber hier beziehen wir uns nur auf die beiden wesentlichen, von denen das der Enteignung vorrangige Bedeutung hat. Wichtig ist für jeden Stadtguerillero, sich jederzeit bewußt zu sein, daß er nur überleben kann, wenn er entschlossen ist, Polizisten und all jene zu töten, die der Repression als ausführende Organe dienen, und wenn er entschlossen ist, w i r k l i c h e n t s c h l o s s e n ist, die großen Kapitalisten, die Großgrundbesitzer und Imperialisten zu enteignen.

Eines der wichtigsten und wesentlichsten Merkmale der brasilianischen Revolution ist, daß sie sich von Anfang an durch die Enteignung der Großbourgeoisie, der Imperialisten und Großgrundbesitzer entwickelt hat, ohne Ausschluß der reichsten und mächtigsten Import- und Exporthändler. Die brasilianische Revolution versucht durch die Enteignung der gefährlichsten Feinde des Volkes diese in ihren lebenswichtigen Zentren zu treffen; sie greift daher vornehmlich und in systematischer Form das Banknetz an, d.h. sie versetzt dem Nervensystem des Kapitalismus ihre konzentriertesten Schläge.

Die von den brasilianischen Stadtguerilleros durchgeführten Überfälle auf Banken haben die großen Kapitalisten, wie z.B. Moreira Salles, getroffen. Desgleichen wurden die ausländischen Versicherungen und Rückversicherungsgesellschaften sowie das Bankkapital, die imperialistischen Firmen, die Bundesregierung und die Länderregierungen bis jetzt in systematischer Form enteignet.

Die Einnahmen aus diesen Enteignungen wurden für die Schulung und technische Perfektionierung der Stadtguerilleros verwendet, für den Kauf, die Herstellung und den Transport von Waffen und Munition für das städtische Gebiet, für den Sicherheitsapparat der Revolutionäre, für die tägliche Unterhaltung der Kämpfenden und jener, die durch bewaffnete Aktionen aus den Gefängnissen befreit, die verwundet oder von der Polizei verfolgt wurden; desgleichen, um solchen Problemen entgegentreten zu können, die entstehen, wenn einzelne Kameraden verhaftet, eingekerkert oder von der Polizei und den Militärs der Diktatur ermordet werden. Die erheblichen Ausgaben für den revolutionären Krieg müssen auf die großen Kapitalisten, die Imperialisten und Großgrundbesitzer abgewälzt werden, gleichzeitig aber auch auf die Regierung, sowohl die Bundesregierung als auch auf die Länderregierungen, denn sie alle sind Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes. Die Regierungsagenten, die Agenten der Diktatur und des nordamerikanischen Imperialismus haben für die gegen das brasilianische Volk begangenen Verbrechen zu zahlen.

Der Umfang und die Intensität der Aktionen, die von den Stadtguerilleros bereits durchgeführt und in deren Verlauf Menschen getötet, Sabotage betrieben, Waffen, Sprengstoff und Munition erbeutet, Banken überfallen und Gefangene befreit wurden, stellen ein bedeutendes politisches Gewicht dar und lassen keinen Raum für Zweifel an den tatsächlichen Zielen und der Entschlossenheit der Revolutionäre. Die Hinrichtung des CIA-Spions Charles Chandler, jenes nordamerikanischen Militärs, der aus dem Vietnam-Krieg hierher kam, um sich bei den brasilianischen Studenten einzuschleichen sowie die bei blutigen Zusammenstößen mit den Stadtguerilleros getöteten Häscher zeugen davon, daß wir uns inmitten des revolutionären Krieges befinden und daß der Kampf nur mit gewaltsamen Mitteln durchgeführt werden kann. Dies ist der Grund dafür, daß der Stadtguerillero zur bewaffneten Aktion übergeht und sich nur erhalten kann, wenn er seine Aktivität auf die physische Beseitigung der Agenten der Repression konzentriert und sich 24 Stunden am Tag der Enteignung der Enteigner des Volkes widmet.

Die technische Vorbereitung des Stadtguerillero

Niemand kann ein Stadtguerillero werden, der nicht seiner technischen Vorbereitung besondere Aufmerksamkeit widmet. Diese technische Vorbereitung reicht vom körperlichen Training bis zur Perfektionierung oder Erlernung von Berufen und Fähigkeiten aller Art, vor allem einer handwerklichen Geschicklichkeit.

Der Stadtguerillero kann nur dann eine gute physische Widerstandskraft haben, wenn er systematisch trainiert. Er kann kein guter Kämpfer sein, wenn er nicht die Kunst des Kämpfens erlernt hat. Er muß mehrere Formen des Kampfes, des Angriffes und der Selbstverteidigung erlernen und üben. Weitere sinnvolle Formen physischen Trainings sind Wanderungen, Zelten, Übungen im Dschungel, Besteigen von Bergen, Rudern, Schwimmen, Tauchen, Training als Froschmann, Fischen, Tiefseejagd, Jagd von Vögeln und anderer größerer und kleinerer Tiere. Wichtig ist, ein Auto fahren, ein

Flugzeug führen und Schiffe steuern zu können, sowohl Motor- als auch Segelschiffe; weiter Kenntnisse der Kraftfahrzeugmechanik und der Elektrotechnik zu besitzen, um z.B. Radios und Telefone reparieren zu können.

Von gleicher Wichtigkeit sind elementare Kenntnisse der Topographie sowie die Fähigkeit, sich mit Instrumenten und praktischen Mitteln orientieren, Entfernungen abschätzen, Landkarten und Lagepläne herstellen, eine Skala benutzen, Zeitrechnungen herstellen, mit dem Winkeltransporter, dem Kompaß usw. umgehen zu können. Kenntnisse der Chemie, die Mischung von Farben, die Herstellung von Stempeln, das Beherrschen der Schreibtechnik und Schriftfälschung sowie andere Fähigkeiten bilden einen Teil der technischen Vorbereitung des Stadtguerilleros, der gezwungen ist, Dokumente zu fälschen, um in einer Gesellschaft leben zu können, die er zerstören will.

Auf dem Gebiet der medizinischen Hilfe übt natürlich ein Arzt eine fundamentale Rolle aus; dennoch sind Kenntnisse der Medizin, der Krankenversorgung, der Apothekerkunst, Kenntnisse über Drogen, über Elemente der Chirurgie und der Ersten Hilfe unerläßlich.

Das Wichtigste bei der technischen Vorbereitung des Stadtguerilleros ist jedoch das Erlernen der Waffenhandhabung, z.B. des Maschinengewehrs, des Revolvers, der automatischen Gewehre, des FAL's, der verschiedenen Typen von Gewehren, Stutzen und Mörsern. Die Kenntnis der verschiedenen Waffenarten und Sprengkörper ist ein Punkt, der berücksichtigt werden muß, erfordert doch der Gebrauch von Feuerbomben, Rauchbomben und Bomben anderer Art notwendig Vorkenntnisse. Unter den Sprengstoffen muß besonders der Umgang mit Dynamit bekannt sein. Ein Stadtguerillero muß Waffen herstellen und reparieren, Molotowcocktails, Granaten, Minen und Eigenbau-Plastikbomben bauen können. Er muß Brücken zerstören und Eisenbahnschienen entfernen oder unbrauchbar machen können, da er diese Arbeiten nicht auf eine untergebene Ebene delegieren kann.

Die erste Stufe der technischen Vorbereitung des Stadtguerilleros wird im 'Zentrum zur technischen Perfektionierung' vermittelt, aber zu diesem Zentrum kann nur derjenige zugelassen werden, der schon ein 'Vorexamen' geleistet, d.h., die Feuerprobe in einer revolutionären Aktion, in der Auseinandersetzung mit dem Feind bestanden hat.

Die Waffen des Stadtguerilleros

Die Waffen des Stadtguerilleros sind leichte und leicht ersetzbare Waffen, die im allgemeinen vom Feind erbeutet, gekauft oder selbst hergestellt wurden. Leichte Waffen haben den Vorteil der schnellen Bedienung und des leichten Transports. Sie besitzen in der Regel einen kurzen Lauf, so wie viele automatischen Waffen. Die automatischen oder halbautomatischen Waffen vergrößern ganz erheblich die Feuerkraft des Stadtguerilleros. Der Nachteil dieser Waffen ist für uns ihre relativ schwierige Kontrolle, was sich in der Verschwendung und dem übermäßigen Verbrauch von Munition ausdrückt. Dies kann nur durch eine hohe Treffsicherheit ausgeglichen werden. Wenig geübte Männer verwandeln ein automatisches Gewehr in eine Munitionsmülltonne.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die für den Stadtguerillero am meisten geeignete Waffe das leichte Maschinengewehr ist. Diese Waffe ist außerordentlich wirkungsvoll, kann schnell in Stellung gebracht werden – bei Aktionen innerhalb des städtischen Gebietes von unschätzbarem Wert –, und flößt den Gegnern erheblichen Respekt ein. Der Stadtguerillero muß die Handhabung des Maschinengewehres, das jetzt ebenso populär wie unerläßlich in der brasilianischen Stadtguerilla geworden ist, genau kennen. Das ideale Maschinengewehr für den Stadtguerillero ist das 'Ina' mit dem Kaliber 45. Es können auch andere Maschinengewehre mit verschiedenen Kalibern verwendet werden, doch taucht hier das Problem der Munition auf. Es ist daher vorteilhaft, wenn die industrielle Logistik der Stadtguerilleros ein Maschinengewehr für die allgemeine Benutzung herstellt, so daß die verwendete Munition genormt werden kann. Jede Feuergruppe der Stadtguerilleros muß über ein Maschinengewehr verfügen, das von einem guten Schützen bedient wird. Die anderen Mitglieder der Gruppe sollten mit einem Revolver Kaliber 38 ausgerüstet sein. Wir haben auch einen Revolver Kaliber 32 verwandt, doch ist das Kaliber 38 vorteilhafter, da diese Munition den Feind im allgemeinen außer Gefecht setzt. Auch Handgranaten und konventionelle Rauchbomben können zu den leichten Waffen gezählt werden, da sie für die Defensivtaktik, bei der Deckung und beim Rückzug der Stadtguerilleros Verwendung finden.

Langläufige Waffen sind schwerer zu transportieren und fallen wegen ihrer Größe auf. Wichtige langläufige Waffen sind das FAL, die Mausergewehre, Winchester-Jagdbüchsen und andere. Die Jagdbüchsen können auf kurze Entfernung gut verwendet werden, auch von einem wenig trainierten Mann; dies vor allem in der Nacht, wenn eine Präzisionswaffe wenig ausrichten kann. Ein Luftgewehr kann vorteilhaft beim Üben der Treffsicherheit angewandt werden. Die Benutzung von Ba-

zookas und Mörsern erfordert es, entsprechende Bedingungen zu schaffen, da sie nur von geübten Leuten gehandhabt werden können. Die Aktionen der Stadtguerilleros dürfen aber nicht auf die Anwendung schwerer Waffen gestützt werden, da deren Nachteile zu groß sind für eine Kampfesart, in der wir durch Schnelligkeit unsere Mobilität und Bewegungsfreiheit sichern müssen. Eigenbauwaffen sind manchmal nicht weniger wirkungsvoll wie die besten einer spezialisierten Industrie und selbst ein Gewehr mit gekürztem Lauf ist eine ausgezeichnete Waffe für den Stadtguerillero. Wenn dieser gleichzeitig Waffenschmied ist, stellt er die beste Kombination dar, die es gibt. Der Waffenschmied verwahrt die Waffen, er weiß sie zu reparieren und ist in vielen Fällen in der Lage, eine Werkstatt einzurichten, um wirksame kleinere Waffen herzustellen. Der Metallarbeiter und der Dreher sind deshalb wichtige Elemente der Stadtguerilla und sie muß sich ihrer innerhalb ihrer industriellen Logistik, d.h., bei der Herstellung von Waffen, bedienen. Anfertigung von und Lehrgänge über die Anwendung von Explosivwaffen müssen organisiert werden. Die Rohstoffe für die praktischen Arbeiten bei dieser Ausbildung müssen zuvor besorgt werden, um eine unvollständige Schulung, d.h., einen Mangel an Möglichkeiten, selbst zu experimentieren, zu verhindern.

Molotowcocktails, Benzin, Eigenbauwaffen, Katapulte, Mörser, Knallkörper, aus Tuben und Büchsen hergestellte Granaten, Rauchbomben, Minen, konventionelle Sprengstoffe wie Dynamit und Kaliumchlorate, Plastikbomben, Gelantinekapseln und Munition aller Art sind für den Erfolg des Stadtguerilleros unverzichtbare Requisiten. Notwendige Materialien und Munition müssen durch Kauf oder durch Anwendung von Gewalt in gut geplanten und entsprechend durchgeführten Enteignungsaktionen besorgt werden. Der Stadtguerillero muß darauf achten, Explosivwaffen und andere Materialien, die Unfälle verursachen können, nicht zu lange aufzubewahren; er muß versuchen, sie sofort gegen die ins Auge gefaßten Ziele anzuwenden. Die Waffen des Stadtguerilleros sowie seine Fähigkeit, diese zu bedienen, bilden seine Feuerkraft. Indem er sich moderner Waffen bemächtigt und Neuerungen bei der Bewaffnung und in der Anwendung bestimmter Waffen berücksichtigt, kann er oft die Taktiken der Stadtguerilla verändern. Ein Beispiel hierfür sind die von den brasilianischen Stadtguerillas bei Banküberfällen eingesetzten Maschinengewehre. Wenn der massive Einsatz von gleichartigen Maschinengewehren möglich ist, wird die Stadtguerilla in unserem Land neue Taktiken anwenden können. Die Feuergruppe, die eine Vereinheitlichung ihrer Waffen und der entsprechenden Munition erreicht und gleichzeitig für eine vernünftige Lagerhaltung sorgt, hat den größtmöglichen Wirkungsgrad. Der Stadtguerillero ist umso wirkungsvoller, je größer seine Feuerkraft ist.

Das Schießen: Die Existenzbasis

Existenzbasis und unabdingbare Voraussetzung seines Handelns und seines Überlebens ist das Schießen. Gut schießen zu können ist die Notwendigkeit des Kampfes, in dem der Stadtguerillero sich befindet. Wird im konventionellen Krieg der Kampf in der Regel mit weitreichenden Waffen auf große Entfernungen geführt, so wird im unkonventionellen Krieg, der Kampfform der Stadtguerilla, auf kurze Entfernung operiert, manchmal sogar im Nahkampf. Will er nicht selbst getötet werden, so muß der Stadtguerillero als erster schießen, ohne das Ziel zu verfehlen. Dabei darf er weder Waffen leichtfertig aufs Spiel setzen noch Munition verschwenden, da er über beides nur in geringen Mengen verfügen kann. Verlorengegangene Waffen und verschwendete Munition können bei den in kleinen Gruppen kämpfenden Guerilleros nicht kurzfristig ersetzt werden, da jeder zunächst auf sich zu achten hat. Der Stadtguerillero muß ein gutes Reaktionsvermögen haben und in der Lage sein, blitzartig zu schießen.

Eine grundsätzliche Regel, die wir nicht genügend betonen und in ihrer Wichtigkeit hervorheben können, ist die, daß der Stadtguerillero nicht durch fortwährendes Schießen seine Munition erschöpfen darf. Falls der Feind in einem solchen Fall das Feuer nicht erwidert und wartet, bis der Guerillero seine Munition verschossen hat, liegt dieser dann – ohne die Möglichkeit zu finden, sich neu zu munitionieren – in einem Kugelhagel des Feindes und kann getötet oder verhaftet werden. Obgleich er sich oftmals der Überraschung bedient und daher seine Waffen meist nicht anzuwenden braucht, kann sich der Stadtguerillero nicht den Luxus leisten, den Kampf aufzunehmen, ohne schießen zu können. Während des Kampfgeschehens muß er immer wieder einen Standortwechsel vornehmen, damit er kein ruhendes Ziel bietet, das leicht zu treffen ist. Das Leben des Stadtguerilleros ist abhängig von seiner Schießkunst, von seiner Fähigkeit, die vorhandenen Waffen optimal einzusetzen und selbst nicht getroffen zu werden. Wenn wir von Schießen reden, so ist davon untrennbar die Treffsicherheit. Diese muß so lange geübt werden, bis das Schießen und das Treffen für den Stadtguerillero zu einer Reflexreaktion geworden ist. Um gut und treffsicher schießen zu können, muß er systematisch trainieren und dabei die verschiedensten Methoden anwenden. Er hat jede Gelegenheit zu Schießübungen auszunutzen, auch auf Rummelplätzen und zu Hause mit einem

Luftgewehr. Treffsicheres Schießen ist für ihn so lebenswichtig wie Wasser und Luft. Die letzte Stufe der perfekten Schießkunst stellt eine besondere Form des Stadtguerilleros dar: den Heckenschützen – einen einsamen Kämpfer, der unablässig Einzelaktionen durchführt. Er beherrscht das Schießen auf kurze und lange Distanz und seine Waffen sind für beides eingerichtet.

Die Feuergruppe

Um Aktionen durchführen zu können, muß der Stadtguerillero in kleinen Gruppen organisiert sein. Sie umfaßt nicht mehr als 4 bis 5 Männer und heißt Feuergruppe. Mindestens zwei von ihnen, rigoros unterteilt und von einer oder zwei Personen organisiert und koordiniert, bilden eine Feuermannschaft. Zwischen den Mitgliedern einer Feuergruppe muß unbedingtes Vertrauen herrschen. Wer die Schießkunst am besten beherrscht und das Maschinengewehr am besten zu bedienen weiß, liefert bei den Operationen letztlich die Deckung. Die Feuergruppe plant und führt die Aktionen der Stadtguerilla aus, verschafft und versteckt ihre Waffen und studiert und korrigiert die angewandten Taktiken. Sind Aufgaben zu erfüllen, die vom strategischen Kommando entwickelt worden sind, so haben diese unbedingten Vorrang. Dennoch kann es keine Feuergruppe ohne eigene Initiative geben. Damit ein Maximum an Initiative für die einzelnen Feuergruppen gewährleistet ist, ist es notwendig, jede rigide Organisationsform zu vermeiden.

Die alte Hierarchie und der Stil der traditionellen Linken ist in unserer Organisation liquidiert. Das bedeutet, daß mit Ausnahme der den strategischen Interessen untergeordneten und deshalb vorrangigen Aufgaben jede Feuergruppe einen Banküberfall, eine Entführung, eine Hinrichtung – sei es die eines Agenten der Diktatur, einer genau identifizierten Person der Reaktion oder eines nordamerikanischen Spions – beschließen und durchführen und jede Art von Propaganda und Nervenkrieg gegen den Feind führen kann, ohne vorher das strategische Kommando zu konsultieren. Eine Feuergruppe darf nie in Erwartung von Befehlen passiv bleiben. Ihre Pflicht ist es, zu handeln. Jeder einzelne Stadtguerillero, der eine Feuergruppe bilden und in die Organisation eintreten will, kann dies tun und sich in die Organisation integrieren. Diese Form des Vorgehens beseitigt die Sorgen darüber, von wem Aktionen durchgeführt werden, denn die Initiative ist frei. Was zählt, ist der wachsende Umfang der Guerilla-Aktivität, die die Regierungsmacht aufreibt und sie zwingt, sich in eine Defensivstellung zurückzuziehen.

Die Feuergruppe ist das Instrument der organisierten Aktion. In ihr werden die Unternehmungen und Taktiken der Guerillas geplant und durch sie wird es möglich, sie erfolgreich auszuführen. Das allgemeine Kommando muß allerdings auf die Feuergruppen für die Ausführung strategisch wichtiger Aufgaben in jedem Teil des Landes zurückgreifen können. Auf der anderen Seite hilft das Kommando den Feuergruppen bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten und bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Die Organisation ist ein unzerstörbares Netz von Feuergruppen, sie funktioniert auf einfache und praktische Weise, mit einem allgemeinen Kommando, das ebenfalls am Kampf teilnimmt, denn was nicht reine und einfache revolutionäre Aktion ist, wird in einer solchen Organisation nicht geduldet.

Die Logistik der Stadtguerilla

Die konventionelle Logistik kann durch die Formel ausgedrückt werden N-K-A-M, d.h., N (Nahrungsmittel), K (Kraftstoff), A (Ausrüstung), M (Munition). Die konventionelle Logistik bezieht sich auf Versorgungsprobleme eines Heeres oder regulärer Streitkräfte und verfügt über Fahrzeuge mit festen Basen und eine industrielle Logistik.

Der Stadtguerillero dagegen verfügt nicht über ein Heer, sondern über kleine bewaffnete Gruppen und eine kleine Organisation, die bewußt fragmentarisch ist. Er besitzt weder Fahrzeuge noch feste Basen. Seine industrielle Logistik ist mangelhaft und wenig entwickelt. Sie kann, selbst wenn es notwendig sein sollte, nicht immer aufgebaut werden, nicht einmal unter dem rudimentären Aspekt einer Waffenindustrie innerhalb eines Hauses.

Während die konventionelle Logistik zum Ziel hat, Mittel für den Krieg gegen die Guerilla zu beschaffen, Mittel, die für die Unterdrückung der städtischen und ländlichen Rebellion benötigt werden, ist die Logistik des Stadtguerillero dazu bestimmt, Operationen und Taktiken zu unterstützen, die einem nicht-konventionellen, von der Militärdiktatur ausgelösten und gegen die nordamerikanische Herrschaft im Land gerichteten Krieg inhärent sind.

Die Logistik des Stadtguerillero, der bei Null anfängt und zunächst über keine Stütze verfügt, kann mit der Formel M-G-W-M-S beschrieben werden, die folgendes ausdrückt: M (Motorisierung), G (Geld), W (Waffen), M (Munition), S (Sprengkörper und Sprengstoff). Eine der Säulen revolutionä-

rer Logistik ist die Motorisierung, die aber ihrerseits untrennbar ist vom Fahrpersonal. Der Stadtguerillero, der ein Auto fahren kann, ist genau so wichtig, wie einer, der ein Maschinengewehr bedient. Ohne einen von beiden haben die Maschinen keine Funktion, Auto und Maschinengewehr werden zu toten Gegenständen. Da man nicht von heute auf morgen aus einer unerfahrenen Person einen Kraftfahrzeugfahrer machen kann, ist es notwendig, früh mit der Ausbildung zu beginnen. Jeder gute Stadtguerillero ist gezwungen, ein guter Kraftfahrer zu sein. Das benötigte Fahrzeug selbst wird der Stadtguerillero notwendigerweise enteignen müssen. Verfügt er schon über Mittel, so kann er die Enteignung mit anderen Arten von Beschaffungsmitteln kombinieren.

Der Zwang zur Enteignung von Geld, Waffen, Munition, Explosivwaffen, und Fahrzeugen bedeutet für den Stadtguerillero, Banken und Waffenlager zu überfallen und sich der Munition und Explosivwaffen zu bemächtigen, wo immer er sie findet.

Keine dieser Operationen beschränkt sich auf nur einen Zweck. Bei der Beschaffung von Geld müssen auch die Waffen der Wachen mitgenommen werden. Die Enteignung ist die erste Stufe in der Organisation unserer Logistik, sie hat einen bewaffneten Charakter und setzt ständige Mobilität voraus. Der nächste Schritt des Stadtguerillero ist die Stabilisierung und Erweiterung seiner Logistik, er wendet Hinterhalte und Täuschungsmanöver an, um den Feind zu überraschen und seine Waffen, Munition, Fahrzeuge und anderes zu erbeuten. Verfügt er über größere Mengen von Waffen Munition und Sprengstoffen, so tritt in der Logistik des Guerilleros das ernsteste Problem auf, nämlich jederzeit und überall Verstecke für sein Material sowie Transportmittel zu finden, um es dort zu lagern, wo es benötigt wird. Dies muß sogar dann möglich sein, wenn der Feind schon aufmerksam geworden ist und die Wege blockiert. Die Kenntnis des Terrains und der benutzten und benutzbaren Verstecke sowie die hierfür speziell ausgebildeten und rekrutierten Führer bilden die Grundelemente für die Lösung dieses immer wiederkehrenden Problems der Logistik des Revolutionärs.

Die Technik des Stadtguerilleros

Im allgemeinsten Sinne ist Technik die Zusammenfassung aller Mittel, deren der Mensch sich zur Durchführung irgendwelcher Aktivitäten bedient. Die Aktivität des Stadtguerilleros ist die des psychologischen Krieges in der Stadt und daher ist seine Technik die der Stadtguerilla und die des psychologischen Krieges.

Diese Technik umfaßt fünf wichtige Komponenten:
a) jenen Teil, der die besonderen, die Technik beinhaltenden Merkmale umfaßt;
b) einen Teil, der sich auf die mit diesen Merkmalen harmonisierenden Erfordernisse bezieht, nämlich solche, die durch eine Reihe von ursprünglichen Vorteilen repräsentiert werden, ohne die der Stadtguerilleros nicht erfolgreich handeln kann;
c) einen Teil, der sich auf die bestimmten und definierten Ziele der von den Stadtguerilleros unternommenen Aktionen bezieht;
d) einen Teil, der sich auf die Typen und die Natur der verschiedenen Aktionsformen der Stadtguerilleros bezieht;
e) einen Teil, der sich mit den Durchführungsmethoden dieser Aktionen beschäftigt.

Merkmale der Technik der Stadtguerilleros

Die Technik der Stadtguerilleros zeigt die folgenden Merkmale:
a) Sie ist eine aggressive Technik, d.h., sie hat offensiven Charakter. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die Offensive der offenen Feldschlacht mit dem Feind für uns den sicheren Tod bedeuten würde, da wir dem Feind an Feuerkraft und Ausrüstung unterlegen sind und einem konzentrierten Angriff der Gorillas nicht begegnen könnten. Dies ist auch der Grund dafür, daß unsere Technik nicht die der Einrichtung und Verteidigung fester Basen sein kann, auch nicht die, an einem bestimmten Ort die Umzingelung der Reaktion abzuwarten, um diese dann zu durchbrechen.
b) Es ist eine Technik, die Angriff und Rückzug kombiniert und so unsere Kräfte schont.
c) Es ist eine Technik zur Entfaltung der Stadtguerilla, deren Funktion darin besteht, feindliche Kräfte aufzureiben, zu demoralisieren und auseinanderzureißen. Damit ermöglicht sie den Aufbau und die Erhaltung der Stadtguerilla, die berufen ist, innerhalb des revolutionären Krieges eine entscheidende Rolle zu übernehmen.

Die ursprünglichen Vorteile des Stadtguerillero

Die Dynamik der Stadtguerilla besteht im gewaltsamen Zusammenstoß mit militärischen und polizeilichen Kräften der Diktatur. Bei einem solchen Zusammenstoß liegen die Vorteile zunächst auf

Seiten der Polizei, die Nachteile auf Seiten der Stadtguerilleros. Die Paradoxe liegt in der Tatsache, daß der schwächere Stadtguerillero den Angriff ausführen muß. Die Kräfte der Polizei und des Militärs beantworten diesen Angriff, indem sie erheblich größere Mittel in der Verfolgung der Stadtguerilleros mobilisieren und konzentrieren. Einer Niederlage kann er nur entgehen, wenn er ursprüngliche Vorteile auf seiner Seite buchen und diese bis zum Ende ausnutzen kann und damit seine materielle Schwäche und Unterlegenheit ausgleicht.

Ursprüngliche Vorteile sind:
1. die Überraschung des Feindes;
2. die bessere Kenntnis des Gebietes, in dem die Aktion durchgeführt wird;
3. eine größere Beweglichkeit und Schnelligkeit als die Polizei und die übrigen Kräfte der Repression;
4. ein Informationsapparat, der besser ist als der des Feindes;
5. eine Entschlossenheit und Geistesgegenwart, die alle auf unserer Seite Kämpfenden stimuliert und nicht schwanken läßt, die feindliche Seite entmutigt und paralysiert, damit zur Gegenwehr unfähig macht.

Die Überraschungstaktik

Um seine allgemeine Schwäche und seine Überlegenheit an Waffen gegenüber dem Feind auszugleichen, bedient sich der Stadtguerillero der Überraschungstaktik. Dem hat der Feind nichts entgegenzusetzen, er ergibt sich ohne Gegenwehr oder wird vernichtet. Seit Beginn des bewaffneten Stadtkampfes in Brasilien zeigt sich, daß der Stadtguerillero immer die Überraschungstaktik angewandt hat, um erfolgreich zu sein. Die Technik der Überraschung ist begründet auf vier wesentliche Voraussetzungen:
a) Während wir die Situation des anzugreifenden Feindes im allgemeinen durch umfassende Information und gründliche Beobachtung genau kennen, weiß der Feind nichts über den vorbestehenden Angriff und die Situation des Angreifers.
b) Während uns die Kräfte des anzugreifenden Feindes bekannt sind, bleiben ihm unsere eigenen unbekannt.
c) Durch den Überraschungsangriff sparen und erhalten wir unsere Kraft, während der Feind diese Möglichkeit nicht hat und den Ereignissen ausgeliefert ist.
d) Wir bestimmen Zeitpunkt und Ort des Angriffes, seine Dauer und seine Ziele. Der Feind befindet sich darüber in Unkenntnis.

Die Kenntnis des Terrains

Der Stadtguerillero hat im Terrain seinen besten Alliierten und ist daher bestrebt, dieses genau kennenzulernen. Als Alliierter muß das Terrain intelligent in seinen Unebenheiten, Höhenunterschieden und Unregelmäßigkeiten, in seinen normal zugänglichen und geheimen Orten, verlassenen Gegenden, Buschwerken usw. bei der Aktion eingesetzt werden. All diese Dinge sind mit Nutzen für den Erfolg der bewaffneten Aktion, für die Flucht, den Rückzug, die Deckung und die Tarnung heranzuziehen, Verengungen, Sackgassen, Straßenarbeiten, Polizeikontrollen, Militärzonen, Sperrzonen, vom Feind schließbare Tunneleingänge, unbedingt zu benutzende Straßen und von Polizei oder Ampel kontrollierte Kreuzungen müssen in allen Einzelheiten bekannt und studiert sein, damit fatale Fehler vermieden werden.

Unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu finden und genau zu wissen, wohin und wie wir uns zurückziehen können, um dabei den Feind in ein Gebiet zu locken, dessen Geländeverhältnisse er nicht kennt. Indem der Stadtguerillero sich mit Alleen, Straßen, Gassen, Kurven und Kreuzungen der Städte mit all ihren Brücken, der Kanalisation usw. vertraut macht, ist er später in der Lage, sich in unbewegsamen und schwierigem Gelände sicher und ohne Schwierigkeiten zu bewegen, das der Polizei nicht bekannt ist und wo diese in einen Hinterhalt oder eine Falle gelockt werden kann. Beherrscht der Stadtguerillero das Terrain, so kann er sich dort zu Fuß, mit dem Fahrrad, im Auto, Jeep oder Lastwagen bewegen, ohne jemals ertappt zu werden. Da er in einer kleinen Gruppe handelt, kann er diese jederzeit an vereinbarten Orten treffen und neue Guerilla-Aktionen vorbereiten oder aus der Umzingelung der Polizei entkommen und diese mit einer für den Feind unfaßbaren Kühnheit demoralisieren. Für die Polizei ist es im Labyrinth der großen Städte ein unlösbares Problem, zu fangen, was nicht zu sehen, zu unterdrücken, was nicht zu fangen und zu umzingeln, was nicht zu finden ist.

Die Erfahrung lehrt, daß der ideale Stadtguerillero der ist, der innerhalb seiner eigenen Stadt mit der genauen Kenntnis ihrer Straßen, Vororte, Verkehrsprobleme und übrigen Eigentümlichkeiten agiert. Der von außerhalb in eine Stadt kommende Guerillero ist, wenn er die dortigen Verhältnis-

se nicht kennt, ein schwacher Punkt und kann, wenn er neu an einer bestimmten Operation teilnimmt, diese in Gefahr bringen. Um schwerwiegende Fehler zu vermeiden, ist es notwendig, die Stadt genau kennenzulernen und über die Verkehrsdichte auf den Straßen zu den verschiedenen Tageszeiten genau im Bilde zu sein.

Mobilität und Schnelligkeit

Um eine Mobilität und Schnelligkeit zu erreichen, der die Polizei nichts entgegenzusetzen hat, muß der Stadtguerillero die folgenden Voraussetzungen schaffen: a) Motorisierung, b) Kenntnis des Gebietes, c) Vernichtung oder Störung der Kommunikations- und Transportmittel des Feindes, d) leichte Bewaffnung.

Der Stadtguerillero muß sich nach den systematischen, nur wenige Minuten dauernden Operationen sofort mit Kraftfahrzeugen vom Ort entfernen und beim Rückzugskampf die Verfolgung verhindern. Er muß den einzuschlagenden Weg in allen Einzelheiten kennen und den vorher vereinbarten Zeitablauf genau trainieren, um zu verhindern, daß er in Sackgassen, Straßenstockungen oder von Ampel aufgehalten wird. So bleibt der Polizei sein Fluchtweg unbekannt und sie verfolgt ihn blind; während der Stadtguerillero sich schnell von dem Ort entfernen kann, da er das Gelände genau kennt, verliert die Polizei die Spur und muß die Verfolgung aufgeben.

Der Stadtguerillero führt seine Aktionen weit entfernt von den logistischen Basen der Polizei durch. Diese Form der Operation hat den ursprünglichen Vorteil, daß wir uns in optimaler Entfernung von den Basen der Verfolger befinden und leichter fliehen können. Über diese Vorsichtsmaßnahme hinaus muß das Kommunikationssystem des Feindes berücksichtigt werden. Das Telefon ist dabei erstes Zielobjekt der Technik, die Kommunikation des Feindes zu verhindern. Auch dann, wenn der Feind über die Guerilla-Aktion informiert wurde, hängt seine logistische Unterstützung in hohem Maße von den modernen Transportmitteln ab, die im dichten Straßenverkehr bewußt aufgehalten werden können. Es ist klar, daß eine Verkehrsstörung sowohl für den Feind als auch für uns nachteilig sein kann, wenn wir uns nicht gleichzeitig einen Vorsprung verschaffen. Wenn wir einen größeren Sicherheitsfaktor benötigen und bleibende Spuren vermeiden wollen, können wir folgende Mittel anwenden:

a) die Polizei mit anderen Kraftfahrzeugen bewußt aufhalten, technische Mängel oder Pannen vortäuschen – doch dürfen in diesem Fall die verwendeten Fahrzeuge keine echten Nummernschilder tragen;
b) den Weg mit umgestürzten Bäumen, mit Steinen oder durch Gräben und falsche Verkehrszeichen versperren oder umleiten – andere Mittel müssen in der jeweiligen Situation mit viel Phantasie entwickelt werden;
c) den Weg der Polizei verminen oder mit verschüttetem Kraftstoff oder Molotowcocktails die Fahrzeuge in Brand setzen;
d) mit Maschinengewehren und anderen Waffen, wie z.B. dem FAL auf Motor und Reifen der verfolgenden Fahrzeuge schießen.

Entsprechend der typischen Arroganz und Feigheit der Polizei und der faschistischen Militärbehörden versucht der Feind, uns mit schweren Waffen und Ausrüstungen sowie mit bis an die Zähne bewaffneten Männern zu bekämpfen. Dies muß der Stadtguerillero durch leichte und einfach zu transportierende Waffen ausgleichen, damit er stets mit größter Schnelligkeit fliehen kann, ohne jemals den offenen Kampf aufnehmen zu müssen. Der Stadtguerillero hat keine andere Aufgabe als anzugreifen und sich zurückzuziehen.
Wir würden eine schreckliche Niederlage riskieren, wenn wir uns mit schweren Waffen und dem furchtbaren Gewicht ihrer Munition überladen, denn damit verlieren wir unsere wertvolle Beweglichkeit. Sind wir motorisiert, so haben wir gegenüber einem mit Kavallerie verfolgenden Feind keinen Nachteil. Ein Auto ist schneller als ein Pferd. Zudem können wir den berittenen Polizisten vom Fahrzeug aus beschießen und ihn mit dem Maschinengewehr, dem Revolver oder durch Molotowcocktails oder Granaten zum Sturz bringen. Auch ein Stadtguerillero, der zu Fuß ist, kann ohne Mühe auf einen berittenen Polizisten schießen. Murmeln, Kronenkorken und über die Straße gespannte Seile sind ebenfalls sehr wirksam und bringen Pferd und Reiter zu Fall. Der große Nachteil der Kavallerie ist, daß sie dem Stadtguerillero zwei hervorragende Ziele bietet: Pferd und Reiter.
Obgleich ein Hubschrauber schneller als die Kavallerie ist, bietet er bei der Verfolgung keine größeren Vorteile. Im Vergleich zum Auto ist die Kavallerie zu langsam und der Hubschrauber zu schnell. Da er sich mit einer Geschwindigkeit von 200 km/h bewegt, ist er nicht in der Lage, ein sich innerhalb der Massen und Fahrzeuge auf der Straße verlierendes Ziel zu treffen. Er kann auch nicht inmitten der Straße landen, um irgendjemanden zu verfolgen. Zudem ist er beim Versuch eines Niedrigfluges den Schüssen der Stadtguerilleros ausgeliefert.

Die Information

Die Möglichkeit der Regierung, Stadtguerilleros zu entdecken und zu vernichten, ist umso geringer, je größer und konzentrierter das Potential von Feinden der Diktatur in den Volksmassen ist. Diese Konzentration der Opposition gegen die Diktatur erfüllt eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Beschaffung von Informationen über die Schritte der Polizei und Regierungsagenten und verhindert die Bekanntgabe unserer Aktivität an diese. Darüber hinaus kann der Feind durch falsche Informationen irregeführt werden, was für ihn wegen des großen Verschleisses besonders nachteilig ist. Auf jeden Fall sind die potentiellen Informationsquellen der Stadtguerilleros größer als die der Polizei. Der Feind wird beobachtet, weiß aber nicht, daß jemand aus dem Volke dem Stadtguerillero Informationen liefert. Militär und Polizei sind wegen ihrer gegen das Volk begangenen Ungerechtigkeit und Gewalttätigkeiten verhaßt und dies erleichtert es, Informationen aus dem Volk zu erhalten, mit denen man den Aktivitäten der Regierungsagenten schaden kann. Die Information aus dem Volk, die für den Feind praktisch nicht ins Gewicht fällt, da er keine bekommt, bedeutet ein unschätzbares Potential in den Händen der Stadtguerilleros. Dennoch ist es für uns wichtig, einen Informationsapparat zu schaffen und zu organisieren. Dem Stadtguerillero muß das Nötige über Pläne und Bewegungen des Feindes, seinen Aufenthaltsort, die Transporte der Bankmittel, die Kommunikationsmittel und geheimen Maßnahmen der Regierung bekannt sein. Die zuverlässigen Informationen, die den Stadtguerillero erreichen, ermöglichen ihm sichere Schläge gegen das System der Diktatur. Diese kann gegen solche Informationen, durch die ihre Interessen geschädigt und unsere vernichtenden Angriffe erleichtert werden, nichts unternehmen. Der Feind versucht natürlich, Erfahrungen über unsere Schritte zu sammeln, um uns zu vernichten oder unsere Handlungsfähigkeit einzuschränken. In diesem Zusammenhang ist die Gefahr des Verrats ständig vorhanden, der Feind unterstützt ihn fortwährend und schleust Spione in die Organisation ein. Diese Technik des Feindes beantwortet der Stadtguerillero mit der Denunzierung der Verräter, Spione, Informanten und Provokateure gegenüber dem Volk.

Da unser Kampf den Massen bekannt ist und man mit ihrer Sympathie rechnen kann, während der Feind wegen seiner Grausamkeit, Korruption und Unfähigkeit unbeliebt ist, werden Verräter, Polizeispitzel und andere Informanten vom Volk bekämpft, sie erhalten keine Unterstützung und werden dem Stadtguerillero ausgeliefert; in vielen Fällen erhalten sie die verdiente Strafe. Der Stadtguerillero darf sich nicht seiner Pflicht entziehen, Spione und Informanten, die bekannt geworden sind, physisch zu beseitigen. Dieses Vorgehen ist gerecht, wird vom Volk begriffen und unterstützt und vermindert erheblich die Gefahr der Infiltration und der feindlichen Spionage.

Für einen vollständigen Sieg im Kampf gegen Spione und Denunzianten ist es notwendig, einen Apparat der Gegenspionage und Gegeninformation aufzubauen. Das Problem der Information beschränkt sich aber nicht nur auf die Kenntnis der feindlichen Vorhaben und die Verhinderung der feindlichen Infiltration. Die Information muß weitreichend sein und selbst scheinbar unbedeutende Dinge umfassen. Der Stadtguerillero muß die vorhandenen Möglichkeiten, an Informationen zu gelangen, beherrschen. Die Technik besteht darin, jemanden auf vollkommen natürliche und unverfängliche Weise auszuhorchen – so, als ob man ein ganz normales Gespräch führt. Da der Stadtguerillero sich inmitten des Volkes befindet und bewegt, hat er auf alle möglichen Unterhaltungen und menschlichen Beziehungen zu achten, dabei aber mit viel Phantasie und Geschicklichkeit seine eigenen Interessen zu verbergen. Am Arbeits-, Studien- und Wohnort kann er unzählige Informationen über Zahlungen, Geschäfte, Pläne, Standpunkte, Meinungen, persönliche Stimmungen, Reisen, Gebäude, Geschäftsräume, Säle, Operationszentren usw. sammeln. Beobachtungen, Nachforschungen, Aufklärungsaktionen und Geländeuntersuchungen sind weiter ausgezeichnete Informationsquellen. Ein Stadtguerillero wird niemals unaufmerksam und ohne die Wachsamkeit des Revolutionärs irgendeinen Ort passieren, er ist immer auf der Suche nach Möglichkeiten für eine Aktion. Sein Gedächtnis nimmt alles, was für die Aktivität des Kämpfers sofort oder zukünftig wichtig sein kann, auf, er hat ständig offene Augen und Ohren und hellwache Sinne. Die genaue Lektüre der Zeitungen, das Verfolgen der übrigen Massenkommunikationsmittel, das Ordnen der gesammelten Daten, die Weiterleitung von Nachrichten und allem, was Aufmerksamkeit erregt, ständige Eigeninformation und die Informierung anderer Revolutionäre – dies alles umfaßt der riesige und schwer durchschaubare Komplex der Informationstechnik, der dem Stadtguerillero einen entscheidenden Vorteil verschafft.

Die Entscheidungsfähigkeit

Es genügt für den Stadtguerillero nicht, die Überraschung, Schnelligkeit, Geländekenntnis und Informationen auf seiner Seite zu wissen. Er muß zusätzlich Entscheidungsfreude und -fähigkeit besitzen, denn ohne diese sind die anderen Vorteile wertlos. Selbst eine gut geplante Aktion kann

nicht durchgeführt werden, wenn sich der Guerillero unentschlossen, unsicher und wankelmütig verhält. Auch eine anfänglich erfolgreiche Aktion kann scheitern, wenn während der praktischen Durchführung plötzlich Entscheidungswille und -fähigkeit ausfallen; ist beides nicht vorhanden, dann wird die entstandene Leere gewöhnlich durch Wankelmut und Angst gefüllt. Der Feind wird diese Schwäche nutzen und uns vernichten.

Der Geheimnis der erfolgreichen Aktion, einer leichten oder schwierigen, einfachen oder komplizierten, besteht darin, daß man auf entschlossene Männer zählen kann. In der Tat gibt es keine leichten Aktionen, denn jede muß mit den gleichen Vorkehrungen durchgeführt werden, die man bei den schwierigsten trifft, angefangen bei der Wahl der teilnehmenden Personen. Diese müssen entscheidungswillige und -fähige Leute sein, die ihre Eigenschaften einmal unter Beweis gestellt haben. Es kann schon vorher gesagt werden, ob eine Aktion erfolgreich sein wird oder nicht, wenn man in der Vorbereitungszeit die Verhaltensweisen der ausführenden Personen beobachtet. Wenn sie zu spät kommen, Kontakte verlieren, leicht zu verwirren sind, Dinge vergessen und niedrigste Arbeitsnormen nicht erfüllen, handelt es sich möglicherweise um wenig entschlossene Menschen, die Schaden anrichten können. Es ist besser, sie nicht in die Aktion einzubeziehen. Sich entscheiden zu können bedeutet Entschlossenheit, Kühnheit und nicht zu erschütternde Standfestigkeit bei der Durchführung des vorgesehenen Planes.

Aktionsziele der Stadtguerilleros

In seiner entwickelten Technik stützt sich der Stadtguerillero bei den Aktionsformen auf den Angriff, der seinerseits im brasilianischen Fall zum Ziel hat:

a) das Lebensdreieck des brasilianischen staatlichen Systems und der nordamerikanischen Herrschaft in Brasilien zu erschüttern, ein Dreieck, dessen Ecken Rio, Sao Paulo und Belo Horizonte sind und dessen Basis die Achse Rio-Sao Paulo ist und in dem sich ein gigantischer industrieller, finanzieller, ökonomischer, politischer, kultureller, militärisch-polizeilicher Komplex befindet, der die ganze Entscheidungsmacht des Landes in sich vereinigt;

b) das lokale und nationale Sicherheitssystem zu schwächen, indem wir die Gorillas angreifen und sie in die Verteidigung drängen, wodurch die Regierung in eine Defensivposition gerät und ihre Truppen aus Angst vor einem Angriff auf ihre nervlichen und strategischen Zentren, auf die Verteidigung dieses nationalen Lebenskomplexes konzentrieren muß, ohne jemals zu wissen, woher, wie und wann ein solcher Angriff kommen wird;

c) von verschiedenen Seiten mit einer großen Zahl von bewaffneten Gruppen anzugreifen, die untereinander nur eine lose oder überhaupt keine Verbindung aufweisen – mit dem Ziel, die Kräfte der Regierung bei der Verfolgung einer fragmentarischen Organisation auseinanderzureißen statt ihr die Möglichkeit zu bieten, ihren Repressionsapparat auf die Zerschlagung einer geschlossenen Organisation auf nationaler Ebene zu konzentrieren;

d) Proben unserer Kampfbereitschaft, Entschlossenheit, Beharrlichkeit, Zielstrebigkeit und Ausdauer im Angriff gegen die Militärdiktatur zu geben, damit alle Unzufriedenen die Möglichkeit sehen, unserem Beispiel folgend die Taktiken des Stadtguerilleros anzuwenden; die Regierung verliert dadurch Zeit und Energien und wird ständig in Atem gehalten, denn sie ist unfähig, die Guerilla-Aktionen in der Stadt zu unterbinden und so gezwungen, vor den Banken, Industrieanlagen, Waffenläden, Garnisonen, Gefängnissen, öffentlichen Büros, Radio- und Fernsehstationen, nordamerikanischen Firmen, Gaswerken, Raffinerien, Schiffen, Flugzeugen, Häfen, Flughäfen, Krankenhäusern, Blutbanken, Kaufhäusern, Garagen, Botschaften, Wohnungen hoher Persönlichkeiten des Regimes und der Minister und Generäle, Polizeistationen sowie anderen Stationen der offiziellen Organe ihre Truppen zu postieren;

e) graduell die Aktivität der Stadtguerilla in einer unablässigen Folge unvorhersehbarer Aktionen so zu verstärken, daß die Truppen der Regierung das städtische Gebiet nicht zur Verfolgung der Guerillas im Innern des Landes verlassen können, ohne die Gefahr ungeschützter Städte und wachsender Rebellion im Küstengebiet und im Innern auf sich zu nehmen;

f) durch einen ständigen Alarmzustand und eine wachsende nervliche Spannung in Erwartung eines Angriffs bzw. bei der Suche nach Spuren, die wie Rauch verschwinden, dem Heer und der Polizei, eingeschlossen die Kommandanten und untergeordneten Führer, den relativen Komfort und die relative Ruhe der Garnisonen und Routinefreizeiten nicht genießen zu lassen;

g) offene Kämpfe und entscheidende Schlachten mit der Regierung zu vermeiden, indem wir uns auf kurze und schnelle Angriffe beschränken und dabei blitzartig Erfolge erzielen;

h) dem Stadtguerillero eine maximale Bewegungsfreiheit zu verschaffen, ohne daß wir dabei jemals auf die Anwendung bewaffneter Gewalt verzichten, weiter mit Entschlossenheit an der Entfaltung der Guerilla auf dem Land zu arbeiten und sie bei der Bildung eines nationalen Befreiungsheeres zu unterstützen;

Über Arten und Natur der Aktionsformen des Stadtguerilleros

Damit er die vorher aufgezählten Ziele erreichen kann, ist der Stadtguerillero gezwungen, Aktionsarten verschiedenster Natur und möglichst vielseitiger Art anzuwenden. Es ist nicht Sache der willkürlichen Entscheidung, ob zu dieser oder jener Art der Aktion gegriffen wird. Einige der Aktionen sind einfach, andere sind komplizierter. Der unerfahrene Stadtguerillero muß bei Aktionen und Operationen eingesetzt werden, die zunächst einfach sind und dann immer schwieriger werden. Er beginnt mit kleinen Missionen und Aufgaben und wird nach und nach zu einem erfahrenen und vollkommenen Stadtguerillero.

Vor dem Beginn jeder Aktion hat der Stadtguerillero an die Mittel und die Mannschaft zu denken, die er für die Durchführung benötigt. Operationen und Aktionen, deren Ausführung einer technischen Vorbereitung bedürfen, können niemandem übertragen werden, dem diese Vorbereitung fehlt. Wenn dies beachtet wird, können wir die folgenden Aktionsarten des Stadtguerilleros aufzählen: a) Überfälle, b) Eindringen in feindliche Objekte, c) Besetzungen, d) Hinterhalte, e) Straßentaktiken, f) Streiks und Arbeitsunterbrechungen, g) Desertionen, Waffenumleitung, Fang und Enteignung von Waffen, Munition und Explosivwaffen, h) Befreiung von Gefangenen, i) Hinrichtungen, j) Entführungen, k) Sabotage, l) Terrorismus, m) bewaffnete Propaganda, n) Nervenkrieg.

Überfälle

Der Überfall ist ein bewaffneter Angriff mit dem Ziel, Mittel zu enteignen, Gefangene zu befreien, Explosivwaffen, Maschinengewehre und andere Waffen und Munition zu erbeuten. Überfälle können am hellichten Tag und in der Nacht durchgeführt werden; am Tag jene, deren Ziel zu anderen Zeitpunkten nicht erreicht werden kann, wie z.B. bei Geldtransporten der Banken, die nachts nicht stattfinden. Nachtüberfälle können bei anderen Objekten für den Stadtguerillero vorteilhafter sein. Der Überfall bei Nacht ist ideal, da das Überraschungsmoment stärker zur Wirkung kommt und die Dunkelheit bei der Flucht und der Tarnung hilft. Der Stadtguerillero muß dennoch darauf vorbereitet sein, in jeder Situation bei Tag und bei Nacht zu handeln. Bei folgenden Objekten führen Überfälle am ehesten zum Erfolg: a) Kreditinstitute, b) Handels- und Industrieunternehmen, einschließlich der Waffen- und Sprengstofflager, c) Militäranlagen, d) Polizeistationen, e) Gefängnisse, f) Regierungsgebäude, g) Anlagen der Massenkommunikationsmittel, h) nordamerikanische Firmen und ihr Eigentum, i) Fahrzeuge der Regierung, des Militärs, der Polizei, und zwar auch Lastwagen, gepanzerte Fahrzeuge, Geldtransporte, Züge, Schiffe und Flugzeuge.

Überfälle auf Gebäude sind immer gleicher Natur, da wir uns vor Anlagen befinden, die feste Angriffsziele bieten. Solche Überfälle werden als Guerilla-Operationen geplant und den Erfordernissen entsprechend vorbereitet, je nach dem, ob es sich um Banken, Handelshäuser, Industrieanlagen, Polizeistationen, Gefängnisse, Radiostationen, Kaufhäuser von Imperialisten usw. handelt. Überfälle auf Fahrzeuge, Geldtransporte, gepanzerte Fahrzeuge, Züge, Schiffe, Flugzeuge sind wegen der beweglichen Ziele anderer Natur. Die Natur der Operation hat sich der jeweiligen Situation und Gegebenheit anzupassen, d.h., jenachdem, ob der Überfall einem fahrenden oder einem stationären Objekt gilt. Gepanzerte Fahrzeuge, auch die des Militärs sind durch Minen verwundbar. Hindernisse auf den Wegen, Hinterhalte, Fallen, Aufhalten durch andere Fahrzeuge, Molotowcocktails, Einsatz schwerer Waffen – das alles sind wirksame Mittel bei Überfällen auf Fahrzeuge. Schwere Fahrzeuge, Flugzeuge am Boden und Schiffe vor Anker können übernommen, die Besatzung und die Wachen überrumpelt werden. Flugzeuge in der Luft können zur Kursänderung gezwungen werden, sowohl durch Gruppen- als auch durch Einzelaktionen. Schiffe und Züge in Fahrt können Gegenstand von Guerilla-Operationen werden, um uns der Waffen und der Munition zu bemächtigen oder den Transport von Truppen zu verhindern.

Der Banküberfall, populärste Art des Überfalls

Banküberfälle sind zu der populärsten Art von Überfällen geworden. In Brasilien hat die Stadtguerilla damit begonnen, den Banküberfällen als einer ihrer Operationen organisierten Charakter zu verleihen. Diese Überfallart wird heute weitestgehend benutzt und dient dem Stadtguerillero als eine Art Vorexamen, in dem die Technik des revolutionären Krieges erlernt werden kann. Die Technik des Banküberfalles hat inzwischen bedeutende Verbesserungen erfahren, durch die Flucht, Erbeutung des Geldes und unerkanntes Entkommen garantiert werden. Dazu hat insbesondere beigetragen die Zerstörung der Fahrzeugreifen, um die Verfolgung zu verhindern; die Personen in die Toilettenbank einsperren oder sie zwingen, sich auf den Boden zu setzen, die Bankwachen fesseln und entwaffnen, sie zwingen, Geldkassetten und Panzerschränke zu öffnen, die Benutzung von Verkleidungen auf unserer Seite.

Versuche, Alarmanlagen in den Banken zu installieren, sie mit Wachen und nordamerikanischen elektronischen Geräten auszurüsten, führen zu keinem Erfolg, wenn es ein politischer Überfall ist und dieser entsprechend der Taktik des Stadtguerilleros ausgeführt wird. Dieser versucht, mit neuen Mitteln die taktischen Verbesserungen des Feindes aufzuheben und ihnen zu begegnen. Diese Technik wendet eine täglich wachsende, arglistiger werdende und mehr wagende Feuerkraft an und setzt jedesmal eine größere Anzahl von Revolutionären ein. Dadurch wird der Erfolg von bis ins letzte Detail geplanten Aktionen gesichert.

Der Banküberfall ist eine typische Enteignungsaktion, bei der – wie bei jeder bewaffneten Enteignungsaktion – der Revolutionär mit einer doppelten Konkurrenz zu rechnen hat: a) die des 'Marginale', b) die des rechten Konterrevolutionärs. Diese Konkurrenz ist ein Faktor, der das Volk verunsichert. Um dies zu verhindern, muß der Stadtguerillero zwei Dinge beachten:

a) Er muß auf die Technik der 'Marginales' verzichten, d.h., er darf nicht unnötige Gewalt anwenden und die Güter und Sachen des Volkes nicht antasten.
b) Der Überfall muß schon während der Ausführung als Mittel der Propaganda genutzt werden, und zwar durch das Verteilen von Rundschreiben und Briefen, die über Ziele und Zwecke der Aktionen des Stadtguerilleros und den Sinn der Enteignung aufklären.

Eindringen in feindliche Objekte

Dieses Eindringen ist eine Art von schnellen Angriffen auf Anlagen in Vororten und auch im Stadtzentrum, auf kleinere militärische Stationen, Polizeistationen, Krankenhäuser usw. mit dem Ziel, Schaden anzurichten, Waffen zu erbeuten, den Feind zu terrorisieren, Repressalien auszuüben oder verwundete, gefangene und unter Polizeiaufsicht stehende Personen zu befreien. Diese Aktion wird auch mit dem Ziel durchgeführt, in Garagen und Depots Fahrzeuge und Anlagen zu zerstören, vorwiegend die der nordamerikanischen Firmen. Sie ist ebenso auf Autobahnen und und Landstraßen in entfernten Gebieten sinnvoll, um den Feind zu kostspieligen Bewegungen zu zwingen, die für ihn völlig nutzlos sind, da er dort niemanden mehr finden wird, den er bekämpfen könnte. Wird sie gegen bestimmte Wohnungen, Büros, Archive und öffentliche Büros angewendet, so dient sie der Entwendung geheimer Dokumente und Papiere zur Aufdeckung von Betrügereien, Abmachungen und der Korruption der Regierungsbeamten sowie, um ihre schmutzigen Geschäfte und kriminellen Transaktionen mit Nordamerikanern nachweisen zu können. Erfolgversprechend ist ein Eindringen in feindliche Objekte bei Nacht.

Besetzungen

Besetzungen werden als Angriffsart von den Stadtguerilleros durchgeführt und angewandt, um bestimmte Anlagen und Orte zur Durchführung einer Propagandaaktion in die Hand zu bekommen. Dem Feind wird dabei nur für die Zeit der Besetzung Widerstand geleistet. Fabriken und Schulen werden bei Streiks und in anderen Situationen besetzt, um zu protestieren oder die Aufmerksamkeit des Feindes von anderen Aktionen abzulenken. Rundfunkstationen werden zum Zwecke der Propaganda besetzt. Die Besetzung hat als Aktion große Bedeutung; damit aber in unseren Reihen keine persönlichen und materiellen Verluste auftreten, ist stets eine Rückzugsmöglichkeit offenzuhalten, die entsprechend zu planen und im gegebenen Augenblick durchzuführen ist. Besetzungen haben immer nur vorübergehenden Charakter, je überraschender sie erfolgen, desto besser sind sie.

Der Hinterhalt

Beim Hinterhalt, einem typischen Überraschungsangriff, wird der Feind, während er eine Landstraße überquert, bei einer Polizeirazzia oder beim Umzingeln eines Hauses oder größeren Grundstückes überfallen. Der Feind kann mittels einer falschen Nachricht in eine Falle gelockt und so in den Hinterhalt geraten.

Sein wichtigstes Ziel ist die Erbeutung von Waffen und die Vernichtung des Feindes, doch können in einem organisierten Hinterhalt auch Personenzüge zu Zwecken der Propaganda angehalten werden; handelt es sich aber um einen Truppentransportzug, so sind die Truppen zu vernichten und ihre Waffen zu erbeuten. Der zum Heckenschützen ausgebildete Stadtguerillero ist für diese Kampfesart besonders geeignet, da er sich in den Geländeunebenheiten, auf Dächern, Baugelände und in Zimmerfluchten leicht verstecken und von dort das ausgesuchte Zielobjekt sicher treffen kann. Im Hinterhalt werden dem Feind schwere Schäden zugefügt, er wird entnervt, verunsichert und verängstigt.

Die Straßentaktik

Straßentaktiken werden angewandt, um die Massen in Straßenkämpfe mit dem Feind mit hineinzuziehen. 1968 haben brasilianische Studenten solche Taktiken hervorragend gegen Truppen und Polizei eingesetzt, z.B., als die Demonstranten entgegengesetzt der Verkehrsrichtung liefen und gegen die Kavallerie Schleudern und Murmeln als Waffen benutzten. Andere Straßentaktiken bestehen darin, Barrikaden zu bauen, Pflastersteine aus der Straße zu reißen und mit ihnen die Polizei bewerfen, Gegenstände wie Flaschen, Ziegelsteine, Mülleimer und ähnliche Projektile aus Fenstern von Gebäuden und Büros auf die Polizei werfen. Im Bau befindliche Gebäude können für die Flucht, als Versteck und als Stützpunkt für Überraschungsangriffe benutzt werden.

Wir müssen den Taktiken des Feindes antworten können. Schützt die Polizei sich mit Schildern gegen Wurfgeschosse, dann müssen wir in zwei Gruppen, eine von vorn und eine von hinten, angreifen. Tritt eine von beiden dann in Aktion, hat sich die andere zurückzuziehen, damit sie nicht selbst getroffen wird. Ebenso wichtig ist es, der Einkreisung durch die Polizei zu begegnen. Sind einige Polizisten beauftragt, in die Menge einzudringen, um Demonstranten zu verhaften, müssen sie von einer größeren Gruppe Stadtguerilleros umzingelt, entwaffnet und bestraft werden; gleichzeitig erhält der zu Verhaftende Zeit zur Flucht. Diese Operation der Stadtguerilleros nennen wir U m z i n g e l u n g i n n e r h a l b d e r U m z i n g e l u n g.

Wenn die Polizei Lehranstalten, Fabriken, Versammlungsorte und andere Punkte umstellt, darf sich der Guerillero nicht überraschen lassen und sich nicht ergeben. Der Feind ist hierbei darauf angewiesen, Polizisten in Privatfahrzeugen zu transportieren und auf den Staßen strategisch wichtige Punkte einzunehmen, um in das Gebäude oder das Lokal einzudringen. Ein Stadtguerillero darf aber niemals ein Gebäude oder Lokal betreten oder sich dort mit anderen treffen, ohne vorher zu wissen, wie der Fluchtweg aussieht, wie der Umzingelung zu entkommen ist, welche strategisch wichtigen Punkte von der Polizei besetzt werden können, und welche Wege unweigerlich in einer Umzingelung enden; er muß andere strategisch wichtige Punkte besetzen können, von denen aus er den Feind schlagen kann. Wege und Parkplätze, die von der Polizei benutzt werden müssen, sind zu verminen, damit die Fahrzeuge in die Luft gesprengt werden. Den Polizisten müssen verlustreiche Fallen gestellt werden, in denen sie Opfer eines Hinterhaltes sind. Die Einkreisung muß durch Fluchtwege umgangen werden können, die der Polizei unbekannt sind. Die alles umfassende Planung des Rückzuges ist die beste Garantie, um Einkreisungsversuche des Feindes zu verhindern. An Orten, die nicht den Bedingungen des Fluchtplanes entsprechen, müssen Versammlungen und Zusammenkünfte vermieden werden, da der vom Feind versuchten Umzingelung vielleicht nicht zu entkommen ist.

Bei diesen Straßentaktiken hat sich der Typ eines neuen Stadtguerilleros herausgebildet, der an Massendemonstrationen teilnimmt und ihn nennen wir den demonstrierenden Stadtguerillero. Er nimmt an Märschen und anderen Demonstrationsarten des Volkes mit spezifischen und genau definierten Aufgaben teil. Diese bestehen darin, Steine und andere Projektile zu werfen, mit Benzin Feuer zu legen, auf Polizisten zu schießen und ihre Waffen zu erbeuten, Agenten des Feindes und Provokateure zu entführen, daneben mit absoluter Treffsicherheit auf Häscher, Folterknechte und Polizeichefs, die, um nicht erkannt zu werden, in Privatwagen mit falschen Nummern fahren, zu schießen. Er hat weiter die Taktik der Umzingelung in der Umzingelung anzuwenden, Regierungs- und Polizeifahrzeuge nach Waffen und Geld zu durchsuchen und solche Dinge sich anzueignen, die Fahrzeuge umzustürzen und anzuzünden.

Heckenschützen üben in Zusammenarbeit mit den demonstrierenden Stadtguerilleros eine wichtige Funktion aus. An strategisch wichtigen Punkten versteckt, setzen sie den Feind mit Jagdgewehren, Maschinengewehren usw. außer Gefecht.

Streiks und Arbeitsunterbrechungen

Der Streik als Aktionsform wird vom Stadtguerillero in Arbeits- und Lehranstalten angewandt, um durch Arbeits- und Studienunterbrechungen den Feind zu schädigen. Der Streik ist eine der gefürchtesten Waffen der Ausgebeuteten und Unterdrückten und daher wendet der Feind gegen sie eine große Feuerkraft und abscheuliche Gewalttaten an. Streikende werden in Gefängnisse gesteckt, brutal mißhandelt und oftmals ermordet. Ein Streik ist so vorzubereiten, daß niemals Spuren die Führer dieser Aktion verraten können. Er ist dann am erfolgreichsten, wenn er über kleine Gruppen organisiert wird, die darauf achten, ihn geheim und mit größter Vorsicht vorzubereiten.

Waffen, Munition, Molotowcocktails, Eigenbauwaffen – das alles muß vorhanden sein, bevor dem Feind entgegengetreten werden kann. Eine gleichzeitig durchgeführte, gut geplante Sabotageaktion

richtet überall großen Schaden an, der dem Feind aber auch schon durch kurze Arbeits- und Studienunterbrechung zugefügt wird. Dabei genügt es, an verschiedenen Ortsteilen gleichzeitig aufzutreten, das tägliche Leben zu stören und nach Guerillataktik ständig die Standorte zu wechseln.

Bei Streiks und einfachen Arbeitsunterbrechungen kann der Stadtguerillero Lokale besetzen oder in sie eindringen. Dabei kann er Geiseln fangen und feindliche Agenten entführen, die gegen verhaftete Streikende ausgetauscht werden können. Streiks und Arbeitsunterbrechungen dienen auch der Vorbereitung von Fallen und Hinterhalten, in denen Polizisten physisch beseitigt werden, die wegen ihrer grausamen Foltermethoden bekannt sind. Wichtig ist, daß dem Feind materielle und moralische Schäden zugefügt werden und er sich dadurch abnutzt.

Desertion, Waffenumleitung, Fang und Enteignung von Waffen, Munition und Sprengstoffen

Desertion und Waffenumleitung werden gegenwärtig in Kasernen, Militärkrankenhäusern, auf Schiffen usw. praktisch durchgeführt. Ein Stadtguerillero, der gleichzeitig Militärangehöriger ist, muß im geeigneten Augenblick desertieren und dabei moderne Waffen und Munition mitnehmen, die der brasilianischen Revolution zur Verfügung gestellt werden. Ein solcher Augenblick ist gegeben, wenn er einen Guerillakameraden verfolgen und bekämpfen soll. Statt den Befehlen der Gorillas zu folgen, schließt er sich den Revolutionären an und übergibt ihnen die in den Kasernen vorgefundenen Waffen und Munition. Diese Methode hat den Vorteil, daß die Revolutionäre Waffen und Munition von Heer, Marine, Luftwaffe, Militärpolizei, Zivilpolizei oder Feuerwehr in die Hände bekommen – und das noch mit den Transportmitteln der Regierung.

Der Militärguerillero muß stets auf alle möglichen Situationen in den Kasernen gefaßt sein. Im Falle von Nachlässigkeit der Befehlsstäbe, von bürokratischem und lässigem Dienst seitens des untergeordneten und inneren Personals muß der Militärguerillero sofort die Organisation in Kenntnis setzen und allein oder begleitet desertieren. Dabei hat er alles mitzunehmen, was ihm in die Hände fällt. Aufgrund der Information und Teilnahme durch den Militärguerillero kann zwecks Waffenerbeutung in Kasernen und militärische Anlagen eingedrungen werden. Wenn bei der Desertion keine Möglichkeit vorhanden ist, Waffen und Munition mitzunehmen, muß er durch Sabotage Waffen- und Munitionslager anzünden und zur Explosion bringen. Diese Technik der Desertion unter Mitnahme von Waffen und Munition, das Eindringen und die Sabotage in Kasernen ist eine wirksame Methode, um die Gorillas zu verwirren, zu demoralisieren und in Verzweiflung zu bringen.

Der Waffenfang wird vom Stadtguerillero durchgeführt, um sich der Waffen zu bemächtigen, die vom Feind individuell mitgeführt werden. Sie sind meist im Besitz von Wachen und Personen mit ähnlichen Aufgaben und werden durch Gewaltanwendung, eine Arglist oder eine Falle erbeutet. Nach der Entwaffnung ist der Feind immer gründlich nach weiteren Waffen zu durchsuchen, sonst wendet er eine nicht gefundene Waffe gegen den Stadtguerillero an. Die Methode des Waffenfanges ermöglicht es, uns die wichtigste Waffe der Stadtguerilla, das Maschinengewehr, anzueignen. Die Ausbeute kleinerer Aktionen kann für den persönlichen Gebrauch, die Bewaffnung und Versorgung der Feuergruppen verwandt werden.

Wegen der unbedingten Notwendigkeit, den Stadtguerillero zu bewaffnen, sind wir gezwungen, einzelne Waffen zu kaufen oder bei Aktionen zu erbeuten. Unsere Kraft basiert auf unserer Entschlossenheit und Kühnheit und wird durch den Waffenbesitz multipliziert. Bei Banküberfällen müssen die Waffen der Wachen, die aus den Panzerschränken und die des Kassierers oder Bankdirektors mitgenommen werden. Um weitere Waffen zu erhalten, können wir auf die Taktik des Hinterhalts, in den Polizisten mit ihren Fahrzeugen gelockt werden, zurückgreifen sowie in Polizeistationen eindringen. Der Militärguerillero kann Waffen, Munition und Sprengstoff enteignen, indem er Waffengeschäfte, Industrien und Waffenfabriken überfällt.

Befreiung verhafteter Stadtguerilleros

Verhaftete Stadtguerilleros werden durch eine bewaffnete Aktion befreit. Die Gefahr einer Verhaftung und Verurteilung zu vielen Jahren Zuchthaus ist beim täglichen Kampf gegen den Feind vorhanden. Das Gefängnis beendet aber nicht den revolutionären Kampf des Guerilleros, er bereichert seine Erfahrung, die er auch in seinem Kerker anwendet. Der verhaftete Stadtguerillero betrachtet das Gefängnis als ein Gelände, das er zwecks einer befreienden Guerillaoperation genau kennen muß. Auf keiner Insel und in keiner Stadt gibt es ein Gefängnis, das nicht mit Kühnheit, Arglist und Feuerkraft der Revolutionäre eingenommen werden könnte. Für den freien Stadtguerillero ist das feindliche Zuchthaus ein Terrain, in dem unvermeidlich bewaffnete Aktionen durch-

geführt werden müssen. Die Aktion der Gefangenenbefreiung ist gekennzeichnet durch die Kombination: freier Stadtguerillero und verhafteter Stadtguerillero. Zur Befreiung können die folgenden Guerillaoperationen durchgeführt werden:

a) Aufstände in den Zuchthausanstalten der sogenannten Rehabilitierungskolonien und -inseln sowie an Bord der Gefangenentransporte;
b) Überfälle auf Stadt- und Landgefängnisse, Polizeistationen, Gefangenenlager und andere Zuchthäuser, in denen sich die Gefangenen vorübergehend oder ständig aufhalten;
c) Überfälle auf Züge und andere Fahrzeuge, die dem Gefangenentransport dienen;
d) Eindringen in Gebäude, in denen Gefangene festgehalten werden;
e) Hinterhalte auf dem Weg der Gefangenentransporte.

Die Hinrichtung

Durch die Hinrichtung werden nordamerikanische Spione, Agenten der Diktatur, Polizisten, die wegen ihrer Foltermethoden bekannt sind, faschistische Persönlichkeiten der Regierung, die Patrioten verfolgt und ermordet haben oder daran beteiligt waren, Verräter, Polizeiinformanten und -provokateure getötet. Alle, die aus eigenem Antrieb bei der Polizei Guerilleros anklagen, denunzieren oder Hinweise geben, die zur Erkennung von Guerilleros führen, müssen vom Stadtguerillero hingerichtet werden, sobald sie in seinen Händen sind. An der immer geheimen Aktion einer Hinrichtung nehmen nur die unbedingt notwendigen Stadtguerilleros teil. Oft genügt ein einziger Heckenschütze, der einsam und unbekannt, aber geduldig und kaltblütig im Untergrund wartet und handelt.

Die Entführung

Bei der Entführung werden Polizeiagenten, nordamerikanische Spione, politische Persönlichkeiten und notorische und gefährliche Feinde der revolutionären Bewegung gefangengenommen, an einen geheimen Ort gebracht und bewacht. Ziel ist, sie gegen gefangene revolutionäre Kameraden auszutauschen oder deren Folterungen in den Kerkern der Militärdiktatur ein Ende zu setzen.
Die Entführung bekannter, aber unpolitischer Persönlichkeiten des künstlerischen Lebens, des Sports und anderer Berufe kann der Propaganda für die patriotischen und revolutionären Ziele des Stadtguerilleros dienen, jedoch hat sie unter besonderen Umständen zu erfolgen und muß vom Volk begriffen und verstanden und gut aufgenommen werden. Die Entführung von Nordamerikanern, die hier wohnen oder sich zu Besuch aufhalten, stellt einen Protest gegen das imperialistische Eindringen und Beherrschen unseres Landes durch die Vereinigten Staaten dar.

Die Sabotage

Die Sabotage hat einen zerstörenden Charakter und kann von wenigen Personen, manchmal von einer einzigen, durchgeführt werden. Die erste Phase beim Übergang zur Sabotage ist die isolierte Sabotage, der die Phase der verallgemeinerten, vom Volk ausgeführten Sabotage folgt. Soll sie erfolgreich sein, so erfordert sie ein genaues Studium, eine detaillierte Planung und eine sehr sorgfältige Ausführung. Charakteristische Formen der Sabotage sind Dynamitexplosionen, Brände und Verminungen. Etwas Sand im Getriebe, kleine Lecks im Kraftstofftank, falsche Ölung, entfernte Schrauben, Kurzschlüsse, Holz- und Eisenstücke können nicht zu reparierende Schäden anrichten.

Durch die Sabotage werden lebenswichtige Anlagen des Feindes beschädigt, zerstört und unbrauchbar gemacht. Zielobjekte können sein:

a) die Wirtschaft des Landes;
b) die landwirtschaftliche oder industrielle Produktion;
c) das Transport- und Kommunikationssystem;
d) das Militär- und Polizeisystem einschließlich der Anlagen und Lager;
e) das Unterdrückungssystem von Militär und Polizei;
f) Unternehmen und Besitz der Nordamerikaner, die sich im Land befinden.

Der Stadtguerillero muß die Wirtschaft des Landes vor allem unter dem finanziellen Aspekt schädigen, dabei u.a. das innere und äußere Handelsnetz, Banksystem, das Devisengeschäft, die Steuereinnahme. Leichte Sabotageobjekte sind öffentliche Büros, Dienstleistungsbetriebe und Lager der Regierung. Wenn der Guerillero gut über die lokale Situation informiert ist, kann die landwirtschaftliche und industrielle Produktion vor seinen Sabotageaktionen nicht geschützt werden. Stadtguerilleros erfüllen als Industriearbeiter hervorragend die Bedingungen der Sabotage. Sie sind es, die im Gegensatz zu einem nicht Eingeweihten genau wissen, welche Industrieanlagen, Maschinen und Maschinenteile zu zerstören sind, um einen ganzen Wirtschaftszweig lahmzulegen.

Das Transport- und Kommunikationssystem des Feindes angefangen beim Eisenbahnnetz, ist systematisch zu sabotieren. Doch dürfen dabei keine Passagiere getötet werden, vor allem nicht bei den Stadt- und den Landzügen. Die großen Sabotageziele sind Lastwagen und das übrige fahrende und stehende Material, um Militärtransporte zu verhindern. Dazu können Schienen und Schwellen beschädigt oder entfernt werden, durch Explosionen verschüttete Tunneleingänge der Eisenbahn sowie durch entgleiste Wagen blockierte Tunnel verursachen große Schäden. Durch die Entgleisung eines Zuges, der Kraftstoff transportiert, wird der Feind an einer wunden Stelle getroffen. Das gleiche erreicht man mit gesprengten Brücken. Wegen Größe und Gewicht des rollenden Materials dauert die Wiederherstellung Monate. Landstraßen können mit umgestürzten Bäumen, quergestellten Fahrzeugen, Gräben, durch Explosionen gelockerte Sockel, und zerstörte Brücken blockiert werden. Schiffe können an Ankerplätzen der Küsten- und Binnenhäfen und in den Docks beschädigt werden. Flugzeuge können auf dem Boden durch Sabotage zerstört werden. Telefonleitungen können systematisch durch Umlegen der Stangen und Beschädigen der Kabel unbrauchbar gemacht werden. Transport- und Kommunikationsmittel müssen von jetzt an sabotiert werden, denn der revolutionäre Krieg hat in Brasilien schon begonnen, und der Feind muß daran gehindert werden, Truppen, Waffen und Munition frei zu bewegen.

Ölleitungen, Kraftstofftanks, Bomben- und Munitionslager, Pulvermagazine und Arsenale, Kasernen und Polizeistationen müssen zu den beispielgebenden Sabotageobjekten werden; Fahrzeuge der Polizei und des Militärs, vor allem Lastwagen, müssen überall dort, wo sie vorgefunden werden, zerstört werden. Die polizeilichen und militärischen Unterdrückungszentren sowie deren spezifische Organe sind vom sabotierenden Stadtguerillero genau und sehr aufmerksam zu beobachten. Unternehmen und Besitztümer der Nordamerikaner müssen mit einer Aktivität sabotiert werden, die die Aktionen gegen die anderen lebenswichtigen Punkte des Feindes weit übertrifft.

Der Terrorismus

Bei der Ausübung des Terrorismus werden Bomben und andere Sprengkörper dort zur Zündung gebracht, wo ihre Wirkung nicht mehr gutzumachende Schäden anrichtet. Der Terrorismus erfordert vom Stadtguerillero theoretische und praktische Vorkenntnisse bei der Herstellung von Sprengkörpern. Obwohl er scheinbar leicht durchzuführen ist, unterscheidet er sich nicht von den übrigen Aktionen, deren Erfolg von der genauen Planung abhängt. Während der Aktion muß sich der Stadtguerillero außerordentlich kaltblütig, ruhig und entschlossen verhalten. Wird der Terrorismus zunächst mit Bomben und Explosionen in Verbindung gebracht, so kann dennoch auch die Hinrichtung und die Brandstiftung in Anlagen, Besitz und Lagern der nordamerikanischen Firmen usw. eine seiner Formen sein. Die Wichtigkeit von Bränden, der Herstellung von Brandbomben und der Benutzung von Kraftstoff für die revolutionäre Technik des Terrorismus muß betont werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sind Plünderungen, zu denen der Stadtguerillero die durch die Gewinnsucht der großen Händler verarmten und in Not geratenen Massen verleiten kann.

Auf den Terrorismus als Waffen kann der Revolutionär niemals verzichten.

Die bewaffnete Propaganda

Jede einzelne und die Gesamtheit der bewaffneten Aktionen des Stadtguerilleros sind Formen der bewaffneten Propaganda. Die Berichterstattung über die mit genau festgelegten Zielen durchgeführten Aktionen in den Massenkommunikationsmitteln wird unweigerlich zur Propaganda, wie auch Banküberfälle, Hinterhälte, Desertionen, Waffenumleitungen, Gefangenenbefreiung, Hinrichtungen, Entführungen, Sabotage, Terrorismus und der Nervenkrieg. Flugzeugentführung und überfallene und unter Kontrolle gebrachte Schiffe können manchmal reine Propagandaaktionen der Revolutionäre sein.

Dennoch kann der Stadtguerillero nicht auf eine Untergrunddruckerei, Vervielfältigungsmaschinen und ähnlichem zur Herstellung von kleinen Untergrundzeitungen, Pamphleten, Flugblättern und anderem Propagandamateriel gegen die Diktatur verzichten. Der als Drucker arbeitende Stadtguerillero erleichtert in erheblichem Maße die Einbeziehung von Teilen des Volkes in den revolutionären Kampf, die nicht als revolutionärer Einzelkämpfer ihr Leben aufs Spiel setzen, dennoch aber in der revolutionären Propaganda ständig mitarbeiten wollen. Dem Erfindungsgeist des Stadtguerilleros ist die Entwicklung von Katapulten, Mörsern und anderen Geräten überlassen, mit denen das Propagandamaterial aus entfernten Positionen an bestimmte Orte geschleudert werden können. Andere Formen der Propaganda sind Tonbandaufnahmen, Besetzungen von Radiostationen und Lautsprecherzentralen, Bemalen von Hauswänden und anderen, kaum zu erreichenden Flächen. Ihre Anwendung verlangt den Charakter einer bewaffneten Aktion. Mit Briefen, die an bestimmte Anschriften gerichtet sind und die Ziele der bewaffneten Aktionen erklären, kann auf bestimmte Bevölkerungsgruppen Einfluß genommen werden. Unsere Anstrengungen können jedoch nicht erreichen, daß durch Propaganda für die Aktionen der Stadtguerilleros die Unterstützung aller gewonnen werden kann. Es genügt, durch die Popularisierung der folgenden Losung die Unterstützung eines Teils zu gewinnen: "Wer nichts zugunsten der Revolutionäre unternehmen will, soll nicht gegen sie arbeiten."

Der Nervenkrieg

Der Nervenrkieg oder psychologische Krieg ist eine aggressive Technik, bei der durch die Massenkommunikationsmittel und mündliche weitergegebene Nachrichten die Regierung demoralisiert werden soll. Beim psychologischen Krieg ist die Regierung von vornherein im Nachteil. Sie übt bei den Massenkommunikationsmitteln die Zensur aus und befindet sich in der Defensive, wenn sie verhindern will, daß eine für sie schädliche Nachricht die Zensur umgeht. Diese Defensive läßt sie verzweifeln und widersprüchlich werden. Sie verliert Ansehen, Zeit und Energien bei einer entnervenden Kontrolle, die jederzeit durchbrochen werden kann. Ziel des Nervenkrieges ist es, durch Lügen über Behörden falsche Informationen zu geben. Wenn dies die ganze Bevölkerung tut, wird in der Regierung ein nervöser Zustand der Diskreditierung, der Unsicherheit, der Ungewißheit und der Beunruhigung geschaffen.

Der Stadtguerillero kann im Nervenrkrieg auf die folgenden Mittel zurückgreifen:

a) über Telefon und Post an Polizei und Regierung falsche Hinweise über die Stadtguerilla geben, einschließlich der Bomben- und Terrorismusdrohungen an öffentliche Büros und Lokale, Entführungs- und Morddrohungen usw.; indem die Behörden diesen falschen Informationen Glauben schenken, werden sie abgenutzt;
b) falsche Pläne in die Hände der Polizei kommen lassen, um sie abzulenken;
c) durch Verbreitung von Gerüchten innerhalb der Regierung Unruhe auslösen;
d) durch die verschiedensten Mittel die Irrtümer, Entgleisungen und Korruptionen der Regierung ausbeuten, um sie zu zwingen, durch Selbstdarstellungen und Berichtigungen in den Massenkommunikationsmitteln sich selbst zu demaskieren;
e) bei ausländischen Botschaften, der UNO, dem apostolischen Nuntius, den internationalen Menschenrechts- und Pressefreiheitskommissionen Anklage zu erheben gegen jeden tatsächlichen Gewaltakt und jede Verletzung internationaler Rechte, dabei klarstellen, daß der revolutionäre Krieg fortschreiten und vor keinem Feind des Volkes haltmachen wird;

Die Durchführungsmethode der Aktion

Der Stadtguerillero, der seine Ausbildung durchlaufen hat und nun zum Handeln übergeht, muß bei der Aktion der Durchführungsmethode große Aufmerksamkeit widmen, ihm darf bei ihr kein Fehler unterlaufen. Jede Nachlässigkeit bei der Erlernung und Anwendung der Methode bedeutet ein sicheres Unheil, wie die tägliche Erfahrung zeigt. Die 'marginales' machen wegen der von ihnen angewandten Methode oft Fehler; der Stadtguerillero muß sich daher stets bemühen, die revolutionäre Technik und nicht die der Banditen anzuwenden. Es hat niemand den Namen Stadtguerillero verdient, der die revolutionäre Handlungsmethode nicht kennt oder darauf verzichtet, sie bei der Planung und Ausführung der Aktion genau zu beachten. Den Riesen erkennt man an seinen Fingern. Gleiches können wir vom Stadtguerillero sagen, den man von weitem durch die korrekte Anwendung der Methode und die Zuverlässigkeit seiner Mittel erkennen kann. Die revolutionäre Vorgehensweise bei der Aktion verlangt zwangsläufig die obligatorische Aneignung und Anwendung der folgenden Elemente:

a) Nachforschungen und Information; b) Beobachtung und Wachsamkeit; c) Durchsuchung und Aufklärung des Gebietes; d) Studium und Probemessung des geplanten Zeitablaufes; e) Planung; f) Motorisierung; g) Auswahl und notfalls Ablösung des Personals; h) Auswahl der Feuerkraft; i) Studium und Übung der Ausführung; j) Ausübung; k) Deckung; l) Rückzug; m) Zerstreuung; n) Befreiung; o) Beseitigung von Spuren; p) Rettung der Verwundeten.

Einige Bemerkungen über die Methode

Wenn Aktionen nicht aufgrund von Informationen erfolgen, so können Beobachtungen, Nachforschungen und Nachrichten von beobachtenden Leuten die Grundlage sein. Auch diese Methode zeigt gute Ergebnisse. In allen Fällen ist es notwendig, die Objekte sorgfältig zu überwachen, auch dann, wenn schon eindeutig Informationen vorliegen, die dann überprüft werden können. Aufklärung und Erforschung des Geländes, Studium und Aufstellung von Zeitplänen sind sehr wichtig,

ohne sie würde man gleichsam einen Sprung in die Dunkelheit riskieren. Im allgemeinen wird die Bedeutung der Motorisierung für die Durchführung von Aktionen unterschätzt und oft leichtsinnig an den Schluß der Vorbereitung gestellt. Die Motorisierung muß ernsthaft bedacht und lange vor Beginn der Aktion gesichert werden; sie erfordert eine rigorose Planung und dies beginnt bereits mit den ersten Beobachtungen und Überwachungen, damit sie mit Sorgfalt und Vorsicht durchgeführt werden kann. Das Verbergen, Reparieren, Überprüfen und Umfrisieren der enteigneten Fahrzeuge sind wesentliche Bestandteile der Motorisierung. Gelingt sie nicht planmäßig, dann ist damit die wichtigste Aktion gefährdet, was schwerwiegende materielle und moralische Konsequenzen für den Stadtguerillero nach sich zieht. Bei der Auswahl des Personals ist sorgfältig darauf zu achten, daß Unentschlossene und Schwankende nicht eingesetzt werden, denn ihr Verhalten könnte sich auf die anderen Teilnehmer übertragen.

Der Rückzug ist mindestens ebenso wichtig wie die Operation an sich. Das geht sogar so weit, daß er auch für einen möglichen Fehlschlag geplant werden muß. Dabei ist zu verhindern, daß Rettungsaktionen oder das Umsteigen auf bestimmte Fahrzeuge durch die Mitnahme von Kindern oder auffälligen Dingen erschwert werden. Es empfiehlt sich, Umsteigeaktionen mit größter Selbstverständlichkeit durchzuführen, und zwar an Stellen, an denen das Gelände schwer eingesehen werden und durch sehr schmale Engpässe das Begegnen mit anderen Fahrzeugen vermieden werden kann. Spurenbeseitigung ist eine zwangsläufige Notwendigkeit; dabei sind vor allem Fingerabdrükke und andere für den Feind wichtige Hinweise zu beseitigen. Mangelhafte Spurenbeseitigung ruft in unseren Reihen Nervosität hervor und ist oft vom Feind ausgenutzt worden.

Die Rettung von Verwundeten

Das Problem der Verwundeten in der Stadtguerilla verdient besondere Beachtung. Während der Operationen der Stadtguerilla kann es schon einmal vorkommen, daß einer unserer Kameraden von der Polizei verwundet oder angeschossen wird. Wenn sich innerhalb einer Feuergruppe ein Guerillero mit Kenntnissen in Erster Hilfe befindet, so kann dieser den Verwundeten sofort behandeln. Der verwundete Stadtguerillero darf unter gar keinen Umständen am Kampfort oder in Händen des Feindes zurückgelassen werden.

Wir müssen daher darauf achten, daß wir kleinere Kurse in Erster Hilfe für Frauen und Männer durchführen, in denen der Stadtguerillero die elementare Technik der Ersten Hilfe erlernt. Der Stadtguerillero, der zugleich entweder Arzt oder Medizin-Student, Krankenhelfer, Pharmazeut ist oder einfach sonst Kenntnisse über Erste Hilfe besitzt, ist eine der Notwendigkeiten des modernen revolutionären Kampfes. Von denen, die aufgrund ihrer Kenntnisse dann in der Lage sind, ist ein Handbuch der Ersten Hilfe für den Stadtguerillero zu verfassen, das dann in hektographierten Blättern verteilt wird.

Bei der Planung und Ausführung der bewaffneten Aktion darf der Stadtguerillero auf keinen Fall die Organisation der ärztlichen Logistik vergessen. Dieses Problem kann durch ein bewegliches Poliklinikum gelöst werden, desgleichen kann eine ambulante Behandlungsstelle in einem Kraftfahrzeug von Nutzen sein. Eine andere Lösung ist die, daß Kameraden und Kameradinnen, die Krankenhelfer sind, in einem bestimmten Haus oder an einem bestimmten Ort mit ihren Instrumenten warten und die Verwundeten dann dorthin zur Behandlung gebracht werden. Das Ideale wäre, wenn wir eine gut ausgerüstete Klinik besäßen – aber dies würde sehr viel Geld kosten, es sei denn, wir könnten enteignetes Material verwenden.

Wenn die oben genannten Mittel nicht ausreichen, dann ist es oft notwendig, auf legale Kliniken zurückzugreifen, und dafür müssen eventuell die Waffen angewandt werden, um die Ärzte zu zwingen, unsere Verwundeten zu behandeln. Für den Fall, daß auf Blutbanken zurückgegriffen werden muß, um Blut oder Plasma zu kaufen, dürfen keine richtigen Adressen und noch viel weniger, jene Adressen hinterlassen werden, unter denen die Verwundeten, die sich in unserer Obhut befinden, tatsächlich gefunden werden können. Es dürfen auch niemals sonstige Adressen von Mitgliedern der Organisation, die sich bereits durch ihre Untergrundarbeit kompromittiert haben, an die Krankenhäuser und Krankenanstalten gegeben werden, in die wir unsere Verwundeten zur Pflege bringen. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind unerläßlich, wenn wir auch die kleinste Spur und den geringsten Hinweis beseitigen wollen.

Die Häuser, in denen die Verwundeten untergebracht werden, dürfen niemandem bekannt sein mit Ausnahme der kleinsten Gruppe von Kameraden, die die Aufgabe hat, sie zu verpflegen und zu transportieren. Laken, blutige Verbände, Arzneien und irgendein anderer Hinweis auf die Behandlung, der im Kampf gegen die Polizei verwundeten Kameraden müssen anschließend unbedingt von dem Ort, an dem diese Kameraden ärztlich behandelt worden sind, weggeschafft werden.

Die Sicherheit des Guerilleros

Der Stadtguerillero lebt in ständiger Gefahr, weil immer die Möglichkeit besteht, entdeckt oder angezeigt zu werden. Das wichtigste Problem der Sicherheit ist, die Garantie zu haben, daß wir gut versteckt und gut geschützt sind, und mit Sicherheit verhindert werden kann, daß die Polizei bis zu unserem Unterkunftsort oder unserem Aufenthaltsort kommt. Der schlimmste Feind des Stadtguerillero und die größte Gefahr, der er ausgesetzt ist, ist die Unterwanderung der Organisation durch Spione oder andere Personen, die der Polizei Hinweise über uns geben. Der Spion, der innerhalb unserer Organisation gefaßt wird, muß mit dem Tod bestraft werden. Das gleiche geschieht mit jenen, die desertieren und der Polizei erzählen, was sie wissen.

Ein gutes Sicherheitssystem gibt das Bewußtsein, daß der Feind keine Spione und Agenten innerhalb unserer Mitte hat und daß er keine Informationen über uns erhalten kann, auch nicht auf indirektestem und entferntestem Wege. Die wichtigste Maßnahme, um dies sicherzustellen, ist die sorgfältige Prüfung von neuen Mitgliedern bei ihrer Aufnahme in die Organisation.

Es kann auch nicht zugelassen werden, daß sich alle gegenseitig kennen und jeder alles weiß. Jeder darf nur das kennen, was sich auf seine Arbeit bezieht. Diese Regel ist ein weiterer wesentlicher Punkt für die Sicherheit des Stadtguerilleros. Unser Kampf gegen den Feind ist ein schwerer und schmerzlicher Kampf, denn es handelt sich um einen Klassenkampf. Jeder Klassenkampf ist eine Sache von Leben oder Tod, wenn die Klassen antagonistische Klassen sind. Der Feind möchte uns vernichten und er sucht hartnäckig, uns zu entdecken und uns niederzuschlagen, da unsere große Waffe gegen ihn darin besteht, daß wir uns vor ihm verstecken und ihn überraschend angreifen.

Besonders ärgerlich ist es, wenn ein Stadtguerillero sich aus mangelnder Vorsicht selbst verrät oder sich durch fehlende Aufmerksamkeit entdecken läßt. Es ist daher unzulässig, daß der Stadtguerillero seine eigenen oder irgendeine andere Untergrundadresse dem Feind gibt oder daß er ganz allgemein zu viel spricht. An den Rand von Zeitungen geschriebene Bemerkungen, vergessene Dokumente, Visitenkarten, Briefe oder Geldscheine sind Spuren, die die Polizei niemals verachten wird. Die Adressenbücher und die Terminkalender, in denen Adressen und Telefonnummern aufgeschrieben werden, müssen abgeschafft werden und es dürfen keine Papiere geschrieben oder aufgehoben werden. Aufstellungen von legalen oder illegalen Namen, biographische Hinweise, Stadtpläne, Straßen, Lagepläne oder Landkarten dürfen ebenfalls nicht aufgehoben werden. Die Treffpunkte dürfen nicht aufgeschrieben, sondern nur im Gedächtnis aufgehoben werden. Der Stadtguerillero, der diese Normen nicht einhält, muß von dem ersten, der die Übertretung bemerkt, darauf hingewiesen werden und im Fall der Wiederholung ist die weitere Zusammenarbeit mit ihm zu meiden.

Die Notwendigkeit für den Stadtguerillero, sich ständig zu bewegen, und zwar in relativer Nähe zur Polizei, da diese die Stadt an strategischen Punkten umzingeln kann, bedingt die Einführung von flexiblen Sicherheitsmaßnahmen, die von den Bewegungen des Feindes abhängen. Hierzu ist es notwendig, ein tägliches Informationssystem über die beobachtbaren Bewegungen des Feindes zu besitzen, also über plötzliche Razzien und Umzingelungen der Polizei und über die Punkte und Engpässe, die von dieser kontrolliert werden. Die tägliche Lektüre der Polizeiberichte in den Zeitungen ist dafür eine optimale Informationsquelle. Das oberste Prinzip für die Sicherheit des Guerilleros ist, daß wir unter keinen Umständen auch nur die geringsten Anzeichen von Nachlässigkeit oder Trägheit bei der Erfüllung der Sicherheitsmaßnahmen und der Wachsamkeitsregeln zulassen dürfen.

Die Sicherheitsmaßnahmen des Stadtguerilleros müssen gerade auch im Fall einer Festnahme eingehalten werden. Der verhaftete Guerillero darf der Polizei nichts verraten, was die Organisation schädigen könnte. Er darf nichts sagen, was die Festnahme von anderen Kameraden, die Entdeckung von Adressen und Verstecken, den Verlust von Waffen und Munition usw. zur Folge haben könnte.

Die sieben Sünden des Stadtguerilleros

Auch dann, wenn der Stadtguerillero mit großer Exaktheit die revolutionäre Technik anwendet und die Sicherheitsregeln genau erfüllt, ist er nicht vor Fehlern gefeit. Es gibt keinen perfekten Stadtguerillero. Das einzige, was getan werden kann, ist, sich zu bemühen, den Spielraum der Fehler möglichst klein zu halten, denn die Perfektion kann nicht erreicht werden. Ein Mittel, das wir bei der Einengung des Fehlerspielraums anwenden können, besteht darin, die sieben Sünden des Stadtguerilleros zu kennen und sie zu bekämpfen. Die erste Sünde des Stadtguerilleros ist die Unerfahrenheit. Der Stadtguerillero, der diese Sünde begeht, glaubt, daß der Feind dumm ist, unterschätzt seine Intelligenz, glaubt, daß die Aktionen einfach durchzuführen sind und hinterläßt Spuren mit katastrophalen Folgen. Infolge seiner Unerfahrenheit kann der Stadtguerillero die Kräfte des Feindes auch überschätzen und ihn daher für stärker halten, als er tatsächlich ist. Läßt er sich von dieser Annahme irreleiten, dann kann er sich leicht einschüchtern lassen und wird unsicher und unentschlossen, gelähmt und ohne Initiative.

Die zweite Sünde des Stadtguerilleros ist die, mit den von ihm ausgeführten Aktionen anzugeben und sie in alle vier Himmelsrichtungen auszuposaunen.

Die dritte Sünde des Stadtguerilleros ist die, daß ihm der Kamm schwillt. Der Stadtguerillero, der dieser Sünde erliegt, versucht die Probleme der Revolution dadurch zu lösen, daß er Aktionen in der Stadt auslöst, ohne sich dabei um den Beginn und das Überleben der Guerillera auf dem Land zu kümmern. Von den erreichten Erfolgen geblendet, organisiert er eine Aktion, die er für entscheidend hält, und in der er alle Mittel und Kräfte der Organisation aufs Spiel setzt. Da die Stadt ein Gebiet innerhalb der strategischen Umzingelung durch die Kräfte der Repression ist, die wir verhindern oder durchbrechen können, wenn die Landguerilla noch nicht entfaltet oder für den Sieg stark genug ist, dann wird der fatale Fehler begangen, der dem Feind den entscheidenden Angriff auf uns erlauben wird.

Die vierte Sünde des Stadtguerillero ist es, seine eigenen Kräfte zu überschätzen und daher Aktionen durchführen zu wollen, deren Voraussetzungen er noch nicht erfüllen kann, da er noch nicht über eine geeignete Infrastruktur verfügt.

Die fünfte Sünde des Stadtguerillero ist die Voreiligkeit. Der Stadtguerillero, der dieser Sünde erliegt, verliert die Geduld, wird nervös, kann nicht abwarten und wirft sich daher stürmisch in die Aktionen, in denen er notgedrungen unerwartete Rückschläge erleiden muß.

Die sechste Sünde des Stadtguerilleros ist, den Feind dann anzugreifen, wenn dieser gerade besonders gereizt und wütend ist.

Die siebte Sünde des Stadtguerilleros besteht darin, die Aktionen nicht genau zu planen und sich auf die Improvisation zu verlassen.

Die Unterstützung des Volkes

Es muß eine ständige Sorge des Stadtguerilleros sein, sich mit der Sache des Volkes zu identifizieren, um dessen Unterstützung zu gewinnen. Wo sich die Handlungsweise der Regierung als korrupt entpuppt, darf der Stadtguerillero mit seinem Auftreten nicht zögern, und er muß zeigen, daß er die Regierung bekämpft, um so die Symphatien der Massen zu gewinnen. Die jetzige Regierung erlegt dem Volk schwere finanzielle Forderungen auf und verlangt die Zahlung von hohen Steuern. Der Stadtguerillero muß das System der Steuereinziehung angreifen und die Aktivität der Finanzbehörden behindern, indem er gegen sie das gesamte Gewicht der revolutionären Gewalt richtet. Aber der Stadtguerillero wendet sich nicht nur gegen die Steuern und das Einziehungssystem. Es ist genauso wichtig, daß die revolutionäre Gewalt auch die für die Erhöhung der Preise zuständigen Organe der Regierung, die für diese Organe verantwortlichen Personen wie auch die reichsten in- und ausländischen Händler und Grundstücksbesitzer erreicht; die Gewalt muß also gegen alle angewendet werden, die riesige Gewinne aus der Verteuerung der Lebenshaltung, durch die Hungerlöhne, durch die Preiserhöhungen und durch die Mieterhöhungen scheffeln.

Die ausländischen Trust, wie z.B. die Besitzer von Kühlanlagen, und die nordamerikanischen Unternehmen, die die Herstellung und Verteilung der Nahrungsmittel monopolisieren, müssen vom Stadtguerillero systematisch angegriffen werden. Die Rebellion des Stadtguerilleros und seine ständige Parteinahme in den Angelegenheiten des Volkes, sind die besten Mittel, die Unterstützung des Volkes für unsere Sache zu gewinnen. Wir wiederholen und betonen nochmals: es ist die beste Form, die Unterstützung des Volkes zu gewinnen. Von dem Augenblick an, von dem ein angemessener Teil der Bevölkerung ernsthaft an den Aktionen des Stadtguerilleros teilzunehmen beginnt, ist der Erfolg gesichert.

Für die Regierung gibt es keine andere Wahl als ihre Unterdrückungsmaßnahmen zu verstärken. Polizeirazzien, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen von Unschuldigen und Verdächtigen, Absperren von Autobahnen und Landstraßen machen das Leben in der Stadt unerträglich. Die Militärdiktatur beginnt eine massive politische Verfolgung. Die politischen Morde und der Polizeiterror werden zu einer Routineerscheinung. Trotzdem scheitert die Polizei ständig. Die Kräfte des Heeres, der Marine und der Luftwaffe werden mobilisiert, um von nun ab die Polizeifunktionen zu übernehmen. Aber dennoch gelingt es ihnen nicht, Spuren zu finden, die Operationen der Stadtguerilleros zu unterbinden oder die revolutionäre Organisation zu zerschlagen, da diese in kleine Gruppen unterteilt ist, die sich innerhalb des nationalen Gebietes ständig bewegen und den Brand ständig weiter entfachen.

Das Volk weigert sich, mit den Behörden zu kollaborieren, und es entsteht ein allgemeines Gefühl der Empörung über die Ungerechtigkeit der Regierung und ihre Unfähigkeit, den Schwierigkeiten nicht mit anderen Mitteln beikommen zu können als dadurch, ihre Opponenten physisch zu liquidieren. Die politische Situation des Landes verwandelt sich in eine militärische, in der die Gorillas sich immer mehr als die Verantwortlichen für die Fehlschläge und für die Anwendung von Gewalt herauskristallisieren, während gleichzeitig die Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes katastrophale Ausmaße annimmt.

Aber jetzt tauchen die Beschwichtiger auf, die es immer in den herrschenden Klassen gibt, und die rechten Opportunisten, die für den friedlichen Kampf sind. Sie sehen die Militärs und die Diktatur am Rande des Abgrunds und fürchten nun die Folgen des revolutionären Krieges, der sich dann schon auf einer entwickelten und nicht mehr rückgängig zu machenden Stufe befindet. Hinter den Kulissen beginnen sie mit ihren Machenschaften und bitten die Henker um Wahlen, um eine "Redemokratisierung", um Verfassungsreformen und andere Zutaten, die die Massen betrügen und den revolutionären Kampf der Städte und des Landes bremsen sollen. Aber das Volk hat jetzt seinen Blick auf die Revolutionäre gerichtet und es versteht nun, daß es eine Farce ist, an Wahlen teilzunehmen, deren einziges Ziel ist, das Weiterleben der Militärjunta zu garantieren und ihre Morde zu sanktionieren. Mit dem offenen Angriff auf die Wahlfarce und die sogenannte "politische Öffnung", die den Opportunisten so sehr gefällt, muß der Stadtguerillero noch aggressiver und gewalttätiger werden, und unaufhörlich auf Sabotage, Terrorismus, Enteignung, Überfälle, Entführungen, Hinrichtungen usw. zurückgreifen. Dies vereitelt jeden Versuch, die Massen durch die "Öffnung" des Kongresses und durch die Reorganisierung von Parteien – der sowohl die Regierung als auch die Opposition zustimmt – zu betrügen, zumal gerade das Parlament und diese Parteien dazu berufen sind, nur im Rahmen von Gnade und Erlaubnis der Militärdiktatur zu funktionieren, ein grandioses gemischtes Spektakel aus Marionettentheater und dressierten Hunden.

Um das Volk zu gewinnen, muß der Stadtguerillero weiterkämpfen und dabei die Interessen der Massen berücksichtigen; gleichzeitig muß er die Umstände für die Regierung immer unerträglicher machen. Diese für die Diktatur auswegslose Situation erlaubt den Revolutionären, die Guerilla auf dem Land zu entfalten, während in der Stadt die Rebellion für die Gorillas immer weniger kontrollierbar wird. Der Stadtguerillero führt die revolutionäre Aktion zugunsten des Volkes aus, sucht durch sie Massen für den Kampf gegen die Militärdiktatur und für die Befreiung des Landes vom Joch der USA zu gewinnen. Indem wir von der Stadt ausgehen und die Unterstützung des Volkes dort gewinnen, wird die Stufe der Landguerilla schnell erreicht und deren Infrastruktur sorgfältig aufgebaut, während in den Städten die Rebellion weitergeht.

Die Stadtguerilla, Auswahlschule des Guerilleros

Die Revolution ist ein gesellschaftliches Ereignis, das von Menschen, Waffen und Material abhängt. Waffen und Material sind im Lande vorhanden und können erbeutet werden, aber dazu ist man auf Menschen angewiesen. Ohne sie haben weder Waffen noch irgendwelches Material irgendeinen Sinn. Die Menschen müssen ihrerseits in jedem Fall zwei wesentliche Voraussetzungen erfüllen: a) sie müssen eine politisch-revolutionäre Handlungsmotivation haben; b) sie müssen eine geeignete technisch-revolutionäre Ausbildung besitzen.

Wir finden Männer mit politisch-revolutionärer Handlungsmotivation im riesigen unverkennbaren Kontingent der Feinde der Diktatur und der Herrschaft des US-Imperialismus überall im Land. Diese Männer kommen fast täglich in die Stadtguerilla, und das ist der Grund dafür, daß die Reaktion nicht mehr täglich die Vernichtung der revolutionären Gruppen meldet, um am nächsten Tag nicht erneut zugeben zu müssen, daß sie gegen sie kämpfen muß. Die besttrainierten und erfahrensten Männer, die gleichzeitig an der Stadt und an der Landguerilla teilnehmen, bilden das Rückgrat des revolutionären Krieges und somit der brasilianischen Revolution. Aus diesem Rückgrat entwickelt sich der Kern des revolutionären Heeres der Nationalen Befreiung, das aus der Guerilla hervorgeht.

Es ist dies ein innerer Kern, in dem Bürokraten und Opportunisten, die sich in den Apparaten verstecken, leere Schwätzer und Schreiberlinge von Resolutionen, die auf dem Papier bleiben, keinen Platz finden. Dieser Kern besteht aus Kämpfern. Er besteht aus den Männern und Frauen, die vom ersten Moment an zu allem entschlossen und bereit waren, die persönlich an den revolutionären Aktionen teilnehmen, die weder schwanken noch leere Worte machen. Es ist ein geschulter und disziplinierter Kern, der eine große strategische und taktische Übersicht besitzt, die sich auf die Anwendung der marxistischen Theorie, der Theorie des Leninismus und der Theorien von Castro und Che Guevara auf die konkreten Verhältnisse der brasilianischen Realität gründet. Dieser Kern führt die Rebellion durch die Etappe der Guerilla. Aus ihm werden Männer und Frauen mit einer politisch-militärischen Bildung, die von nun an eine unzertrennliche Einheit bildet, hervorgehen, und sie werden in der Zukunft die Aufgabe übernehmen, nach dem Sieg der Revolution den Aufbau der neuen brasilianischen Gesellschaft zu führen.

Unter den Frauen und Männern, die die Stadtguerilla von nun an auswählt, sind Arbeiter, 'campesinos', die die Stadt als Arbeitskräfte angezogen hat, und die sowohl in politischer als auch technischer Hinsicht vorbereitet aufs Land zurückkehren, Studenten, Intellektuelle und Geistliche. Dies ist das Material, mit dem, ausgehend von der Stadtguerilla, die bewaffnete Allianz von Arbeitern und Bauern, Studenten, Intellektuellen und Geistlichen aufgebaut wird.

Die Arbeiter besitzen die notwendigen Kenntnisse über die industrielle Sphäre, und sie sind daher für revolutionäre Aufgaben in der Stadt optimal geeignet. Der Arbeiter-Stadtguerillero nimmt am jetzigen Kampf durch die Herstellung von Waffen teil, durch die Sabotage und die Vorbereitung von Sabotage- und Dynamitaktionen, durch die persönliche Teilnahme an den bewaffneten Aktionen oder durch die Organisierung von Streiks und Arbeitsniederlegungen mit Anwendung von Gewalt auf der Seite der Massen in Fabriken, Werken oder anderen Arbeitsstätten.

Die 'campesinos' besitzen eine hervorragende Intuition für das Terrain, die Schlauheit, dem Feind zu begegnen und die Verfassung und Einstellung, die notwendig ist, mit den Massen der Gedemütigten zu kommunizieren. Der 'campesinos'-Guerillero nimmt schon an unserem Kampf teil, und er ist es, der die Guerillaachsen darstellt, der Stützpunkte auf dem Land errichtet, Verstecke für Personen, Waffen und Munition sowie Nahrungsmittel ausfindig macht, die Saat und die Einbringung von Getreide für den Bedarf der Guerillas organisiert, der die Orte auswählt, an denen das Vieh gezüchtet und die Reittiere ausgebildet und einsatzbereit gemacht werden, der die Führer für die Guerilleros aus der Stadt aussucht und der ein Informationssystem auf dem Land herstellt.

Die Studenten bringen schon von sich aus genügend politische Schroffheit und Rohheit mit, um sämtliche Tabus zu zerstören. Wenn sie sich der Stadtguerilla anschließen, wie es jetzt in großem Maße der Fall ist, dann zeigen sie spezielles Talent für die Ausübung der revolutionären Gewalt, und sie erreichen gewöhnlich einen hohen politisch-militärischen Ausbildungsstand. Die Studenten verfügen über viel Freizeit, da sie systematisch durch die Diktatur von ihren Schülern getrennt, zeitweilig oder ganz relegiert werden, und diese Zeit kann in sehr vorteilhafter Weise der Revolution zur Verfügung gestellt werden.

Die Intellektuellen stellen die zentrale Säule des Widerstandes gegen die Willkür, gegen die gesellschaftliche Ungerechtigkeit und gegen die unmenschliche Inkongruenz der Gorilladiktatur. Sie geben der Revolution ständig neue Impulse und sie haben ein riesiges Kommunikationspotential und einen großen Einfluß auf das Volk. Der intellektuelle Stadtguerillero oder der Künstler-Stadtguerillero sind die neuesten Bereicherungen des revolutionären Krieges in Brasilien.

Die Geistlichen, d.h., die Pfarrer und Priester der verschiedensten Hierarchien und Konfessionen stellen einen Sektor mit einer besonderen Kommunikationsfähigkeit zum Volk dar, insbesondere zu den Arbeitern, den Bauern und den Frauen. Der geistliche Stadtguerillero ist ein sehr aktives Mitglied des brasilianischen revolutionären Krieges und er stellt eine mächtige Waffe im Kampf gegen die militärische Macht und die Macht des nordamerikanischen Imperialismus dar.

Die Teilnahme der brasilianischen Frauen am revolutionären Krieg und hauptsächlich ihre Teilnahme an der Stadtguerilla ist durch unübertreffliche Kampfbereitschaft und Ausdauer gekennzeichnet, und daher ist es nicht zufällig, warum so viele Frauen wegen ihrer Teilnahme an Guerillaaktionen gegen Banken, Kasernen usw. angeklagt worden sind, sich viele von ihnen in den Kerkern befinden und viele von der Polizei gesucht werden.

Die Stadtguerilla ist eine Schule der Selektion, und sie bildet sowohl Männer als auch Frauen aus – beide müssen in ihr die gleiche Verantwortung und das gleiche Effizienzniveau erreichen; sie müssen die gleichen Gefahren teilen, indem sie für die Versorgung der Stadtguerilla sorgen, indem sie als Kuriere, als Kraftfahrer, Matrosen oder Flugzeugführer agieren, indem sie geheime Informationen beschaffen, indem sie Propagandaarbeit leisten und an der politischen Schulung teilnehmen.

Juni 1969

Carlos Marighella

---

1 Marighella benutzt hier den Begriff 'marginales' im eingeschränkten Sinne. Zunächst ist er nichts als eine klassifizierende Bezeichnung für den in lateinamerikanischen Großstädten vorfindbaren Typ des Lumpenproletariats, denen Soziologen den Namen 'marginale' gegeben haben, weil sie 'am Rande' der Gesellschaft und des 'Wirtschaftsprozesses' stehen, d.h., diesen nicht 'zugeordnet' werden können. (Übersetzer)

Zur Methodik der Konjunkturanalyse

Am 8. Mai fand in Berlin eine Diskussion über die Methodik der Konjunkturanalysen statt. Grundlage der Diskussion war einmal der Aufsatz von Elmar Altvater, veröffentlicht in der SOZIALISTISCHEN POLITIK Heft 5, und zum andern zwei Kritiken zu diesem Aufsatz. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß die Versuche einer Aufarbeitung der empirischen ökonomischen Prozesse letztlich Vermittlungsglieder für die Bestimmung der verschiednen Formen von Klassenbewußtsein sind und daß von daher allein der Stellenwert einer Konjunkturanalyse bestimmt ist. Im Mittelpunkt der Diskussion stand einerseits das Problem der Ableitung der notwendigen, äußeren Erscheinungsformen des Kapitals aus seinen allgemeinen Tendenzen und andrerseits die Schwierigkeit des Auffindens dieser notwendigen Erscheinungsformen in den empirisch gegebnen Verhältnissen. Sowohl in den vorliegenden Texten als auch in den Diskussionsbeiträgen konnten diese Probleme nur allgemein formuliert werden, ohne daß Lösungen angeboten werden konnten. Von den vielen Punkten, die in dem Aufsatz und den Kritiken berührt wurden, sind nur zwei ausführlicher erörtert worden, die Frage der Indikatoren und der Zusammenhang von Lohnsteigerungen und Preiserhöhungen.

Das Problem der Auswahl von Indikatoren stellt sich notwendig bei jeder Konjunkturanalyse, weil der Reproduktionsprozeß sich für die Produktionsagenten schon immer in verkehrter Form darstellt. Dies transponierte Bewußtsein schlägt sich bei der Quantifizierung der ökonomischen Beziehungen durch die bürgerliche Wissenschaft in jeder Maßzahl nieder. Insofern können die Bestimmungen des allgemeinen Begriffs vom Kapital nicht unmittelbar in die gegebene Bewegung der realen Kapitale übersetzt werden. Bei der Analyse der wirklichen Verhältnisse muß vielfach auf Indikatoren zurückgegriffen werden, jedoch können mit diesen Indikatoren und ihrer Bewegung keine kausalen Zusammenhänge aufgedeckt werden. Dieses Problem ist zum Teil in den vorliegenden Texten unzureichend reflektiert worden.

Die methodische Schwierigkeit gegenwärtiger Untersuchungen, einerseits am Wertbegriff festzuhalten und doch zugleich die reale ökonomische Bewegung zu erklären, zeigte sich deutlich in der Diskussion des Zusammenhanges von Lohnerhöhungen und Preissteigerungen. Nahezu unbestritten war in der Auseinandersetzung, daß Löhne nicht preisbestimmendes Moment sind. Die Wertgröße, und damit auch der Preisausdruck, ist allgemein bestimmt durch das Quantum der verausgabten Arbeitszeit nicht durch das Quantum an Arbeitszeit, das der Arbeiter vergütet erhält. Freilich gilt diese Bestimmung nicht unmittelbar für das Einzelkapital, sondern nur, wie die Wertbestimmung überhaupt, für das gesellschaftliche Gesamtkapital. Unbestritten war in der Diskussion gleichfalls, daß, wenn sich die Arbeiterklasse in bestimmten Phasen des industriellen Zyklus einen Teil am Mehrprodukt erkämpfen kann, diese Lohnerhöhung unter Umständen zu einer Vergrößerung der Nachfrage nach Lebensmitteln führen kann, was wiederum den kapitalistischen Produzenten der entsprechenden Sphäre die Möglichkeit zu Preissteigerungen bieten würde. Der Zusammenhang von Lohnsteigerungen und Preisbewegungen ist in den vorliegenden Texten zum Teil ebenfalls unzureichend formuliert und entwickelt worden. Obwohl auch die Kritiken, sowie eine Replik von Elmar Altvater, nach dieser Diskussion in einigen wichtigen Punkten überarbeitet oder doch ergänzt werden müßten, sollen sie hier veröffentlicht werden, um anderen Gruppen die Möglichkeit zu geben, diese Diskussion verfolgen zu können.

Ein Ergebnis der Diskussion war, daß die Bewegung der Profitrate bloß Ausdruck des industriellen Zyklus ist und diesen selbst nicht erklärt. Die ausführliche Ableitung der Bewegung der Profitrate aus den allgemeinen Bewegungsgesetzen des Kapitals wäre allerdings erst noch zu leisten. Die Lösung dieser Frage steht indes im Zusammenhang der notwendigen Untersuchung einer Reihe weiterer Probleme. Die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Konjunkturpolitik müßten noch näher bestimmt werden. Eine solche Analyse ist wiederum Voraussetzung für die Klärung der Frage, warum der industrielle Zyklus in der BRD nach dem Krieg diese eigentümliche Form aufweist, d.h. warum die durch relative Überakkumulation ausgelöste zyklische Kontraktion der Stufenleiter der Produktion bisher nicht aufgetreten ist. Die Lösungen dieser Fragen sind Bausteine für eine grundlegende Darstellung des Zusammenhanges von Krisen und der zyklischen Bewegung des industriellen Kapitals. Die Teilnehmer der Diskussion haben beschlossen, künftig eine Reihe von Arbeitskonferenzen zu organisieren, auf denen diese und andere Probleme der politisch-ökonomischen Theorie weiter erörtert werden sollen.

Anmerkungen zu dem Aufsatz von E. Altvater: "Zur Konjunkturlage der B R D Anfang 1970" (1)

I

Die B R D befindet sich gegenwärtig in der Spätphase des Booms ihres fünften Wachstumszyklus (2). Wenn Altvater "mit großer Sicherheit den baldigen Umschwung der Konjunkturentwicklung" (3) prognostiziert, so können gegenüber dieser Einschätzung wohl kaum Vorbehalte geltend gemacht werden. Zwar ist der erwartete Umschwung in der Aufwärtstendenz beim Auftragseingangsindex der Investitionsgüterindustrie im Laufe der ersten Monate 1970 nicht eingetreten, obgleich die Wachstumsraten zu fallen beginnen (4), dennoch sprechen eine Reihe von Überlegungen für die Annahme eines Konjunkturumschlags Anfang 1971. Selbst ein Teil der bürgerlichen Ökonomie bestreitet nicht, daß es wahrscheinlich zu diesem Konjunkturrückgang kommen wird (5). Auch die bürgerliche Nationalökonomie als Dolmetscher der Vorstellungen von den in die bürgerliche Produktion verfangnen Agenten kann insgesamt nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in der B R D in regelmäßigen, zyklischen Schwankungen vollzieht, obgleich ihr die Ursachen für dieses Phänomen eines drei- bis vierjährigen industriellen Zyklus rätselhaft bleiben (6). Dennoch weiß sie, "daß aller Erfahrung nach eine Konjunkturüberhitzung eine zumindest leichte Abkühlung nach sich zieht" (7) und durch diese Konjunkturabschwächung ein neuer Wachstumszyklus eingeleitet wird. "Es gibt einige Mechanismen, die dafür sorgen, daß sich ein Boom nicht grenzenlos fortsetzt." (8) So bestimmt der Sachverständigenrat bereits im Herbst 1969 in Übereinstimmung mit anderen Konjunkturforschern für 1970 / 1971 das Ende des fünften Wachstumszyklus: "Diese Entwicklungen, die schon in der Spätphase der Hochkonjunktur die Wende einleiten, können wieder zu einer Rezession führen." (9) Ob der Konjunkturrückgang zu einer ähnlich spürbaren Rezession wie 1966 / 67 führen wird, hängt nach dem Sachverständigenrat vornehmlich davon ab, ob die restriktive Kredit- und Haushaltspolitik rechtzeitig aufgegeben wird und ob durch Arbeitskämpfe und Lohnerhöhungen die rückläufige Investitionsneigung der Unternehmer noch verstärkt wird (10). Selbst wenn diese beiden Momente nicht wirksam werden sollten, so existieren für den Übergang zum sechsten Wachstumszyklus relativ ungünstige Bedingungen. Der Konjunkturrückgang in der B R D fällt nämlich zusammen mit der Abnahme des wirtschaftlichen Wachstums in den größeren kapitalistischen Staaten, was einen relativen Rückgang im Volumen des Welthandels zur Folge haben wird. "Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich im Laufe des Jahres 1970 verlangsamen, weil sich die nordamerikanische Konjunktur weiterabschwächen und in der zweiten Jahreshälfte auch in Westeuropa die Nachfrage etwas langsamer als bisher expandieren wird" (11), wobei das "Nachlassen des Aufschwungs in den großen Ländern

1 Elmar Altvater: "Zur Konjunkturlage der BRD Anfang 1970" in: SOZIALISTISCHE POLITIK, Nr. 5, März 1970.
2 Vgl.: JAHRESGUTACHTEN 1969/70 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: IM SOG DES BOOMS, Stuttgart und Mainz 1969 (im folgenden als JG abgekürzt); zu den verschiednen Wachstumszyklen vgl. auch: Rüdiger Hopp: SCHWANKUNGEN DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS IN WESTDEUTSCHLAND, Meisenheim 1969.
3 Elmar Altvater: l.c., S. 45.
4 ib., S. 34; ferner: DER VOLKSWIRT, 24. Jg., Nr. 15, S. 5.
5 DER VOLKSWIRT, 24. Jg., Nr. 16, schreibt: "Zwar ist noch immer ungeklärt, welche Entwicklung die Konjunktur bis Ende 1970/Anfang 1971 nehmen wird. Die einen erwarten, die in der Bundesrepublik und bei fast allen wichtigen Handelspartnern fest angezogenen Konjunkturbremsen brächten die Expansion zum Stillstand oder sogar die Vollbeschäftigung in Gefahr." (S. 6) Dagegen S. 12: "Die Verfasser des Notenbankberichts glauben nicht daran, daß der derzeitige Konjunkturzyklus bereits auslaufe."
6 Vgl. dazu: Winfried Vogt: DIE WACHSTUMSZYKLEN DER WESTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT, Tübingen 1968 und Rüdiger Hopp: l.c.
7 JG, S. 72.
8 Winfried Vogt: l.c., S. 9.
9 JG, S. 72.
10 ib., zur Bedeutung der Arbeitskämpfe ferner S. 59.
11 ib., S. 59; vgl. Elmar Altvater l.c., S. 19.

auch in einzelnen kleineren Volkswirtschaften zu einem Rückgang im Auslastungsgrad" (12) führen könnte. Eine Gleichzeitigkeit des Konjunkturabschwungs bedeutet verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt und damit Rückgang der Exportmöglichkeiten, wovon die westdeutsche Industrie wegen des hohen Anteils des Auslandsumsatzes an ihrem Gesamtumsatz besonders betroffen würde. Jedenfalls dürfte die Auslandsnachfrage unter solchen Bedingungen nicht gleichermaßen zentraler Faktor für die Wiederbelebung sein, wie im Anschluß an die Rezession von 1966 / 67 (13). Eben weil "die Konjunktur Westdeutschlands ohne Rekurs auf die Konjunktur der wichtigsten Länder der Weltwirtschaft (14) nicht zu analysieren ist, hängt die Prognose über das Ausmaß der Konjunkturabschwächung in der Tat von einer präzisen Einschätzung der Entwicklungen auf dem Weltmarkt ab. Auch dieser in Altvaters Konjunkturanalyse enthaltenen These dürfte kaum widersprochen werden. Nicht die Einschätzung, daß der fünfte Wachstumszyklus ausläuft und daß der Übergang zum sechsten Zyklus möglicherweise durch eine scharfe Rezession markiert wird, ist strittig; denn selbst ein Teil der bürgerlichen Konjunkturforscher kann, wie oben angedeutet, mit dieser Diagnose der Trends in der Spätphase der Hochkonjunktur übereinstimmen. Problematisch sind dagegen diejenigen Aspekte des Versuchs einer marxistischen Konjunkturanalyse, die die Erklärung und Interpretation dieser empirischen Bewegung mit marxistischen Kategorien leisten sollen.

II

Die Marxsche Theorie sprengt den Rahmen der Fachökonomie, insofern sie durch die Analyse der im Kapitalverhältnis eingeschlossenen Stufenfolge einer Fetischisierung und Mystifikation die Hypostasierung ökonomischer Formbestimmtheiten unterläuft und die Verkehrung von Subjekt und Objekt, die Versachlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse als notwendig ableiten kann. Die Kritik der politischen Ökonomie wäre daher "als reine, kritische Wissenschaft" (15) schon immer mißverstanden. Weil die Marxsche Theorie in der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft die Welt des Scheins durchstößt, sie die Distinktion der äußeren und notwendigen Erscheinungen von ihren inneren Ursachen mitmacht und daher die verkehrte Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs im Bewußtsein der Produktionsagenten erklären kann, ist sie die einzige Grundlage für das Begreifen der wirklichen Bewegung der Kapitale, sowie für theoretische Fundierung revolutionärer Strategie.

Das gründliche Studium des KAPITALS ist nun nicht gleichzusetzen mit der Untersuchung der realen Kapitale.

> "Immer deutlicher tritt hervor, daß das Kapital auf einer Abstraktionsebene verfaßt wurde, **welche es nicht erlaubt, u n m i t t e l b a r zur Untersuchung des existierenden Kapitalismus überzugehen, sondern selbst noch verlangt, daß man** sich durch die Vergegenwärtigung der **Implikationen dieser Verfahrensweise Rechenschaft** abzulegen hat über den methodischen **Abstand zwischen der Darstellung des "allgemeinen Begriffs"** und der Analyse der realen **Verhältnisse." (16)**

Auch Altvater berücksichtigt diesen methodischen Zusammenhang. Er geht davon aus, daß es gerade in Bezug auf die Diskussion revolutionärer Strategien im Spätkapitalismus nicht mit der Feststellung getan sein kann, "daß im Kapitalismus notwendig immer wieder Krisen produziert werden ... Denn es muß auch angegeben werden können, wann und wie diese Krisen konkret produziert werden." (17) Insofern umfasse die Rekonstruktion der politisch-ökonomischen Theorie neben der Aneignung der Marxschen Theorie auch die Erstellung konkreter Analysen. "Denn nur als Einheit von theoretischer Reflexion der verwendeten Kategorien und deren konkreter Anwendung in aktuellen Analysen kann sie (die politische Ökonomie – J.B.) ihrer Aufgabe gerecht werden, als revolutionäre Theorie zum Moment revolutionärer Praxis zu werden." (18) Trotz dieser prinzipiellen An-

12 JG, S. 59.
13 ib., S. 7; Elmar Altvater: l.c., S. 19.
14 JG, S. 18.
15 Elmar Altvater, l.c., S. 45, Anmerkung 103.
16 **Helmut Reichelt: "Zur marxschen Werttheorie und deren Interpretation bei Werner Hofmann", in: SOZIALISTISCHE POLITIK, Nr. 2, S. 22; 'unmittelbar' im Original nicht hervorgehoben. Vgl. weiter zu dieser** Problematik: Roman Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN 'KAPITAL', Frankfurt 1968.
17 Elmar Altvater, l.c., S. 9 f.
18 ib., S. 3.

erkennung der methodischen Differenz zwischen der Darstellung des 'Kapitals im Allgemeinen' und der Analyse der wirklichen Bewegung finden sich in Altvaters Versuch einer marxistischen Konjunkturanalyse einige Ungereimtheiten, die man wohl doch auf eine mangelnde Reflexion der Implikationen dieser methodischen Differenz zurückführen muß.

Die Problematisierung einiger Aspekte der Konjunkturanalyse soll die Schwierigkeiten beim Übergang von der Darstellung des 'Kapitals im Allgemeinen' zu konkreten Analysen aufzeigen, wodurch freilich die Konjunkturanalyse nicht unmittelbar verbessert wird, da diese Ausführungen nur ein Beitrag zur Verbesserung der "Methodik der Konjunkturanalysen" (19) sein können.

III

Die kapitalistische Produktionsweise ist eine spezifisch ökonomische Form der Abpressung der Mehrarbeit von den unmittelbaren Produzenten. Die historisch besondere Distribution der Produktionsbedingungen, die Trennung des Arbeiters von den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit, schließt allerdings ein, daß sich die Aneignung von Surplusarbeit nicht mehr unmittelbar als Zwangsarbeit darstellt. Im Gegensatz zu vorkapitalistischen Produktionsweisen, wo die Herrschaft der produktionsbedingungen über die Produzenten direkt als Herrschafts- und Knechtsschaftsverhältnis erscheint, ist in der kapitalistischen Form der Produktion ihre "ökonomische Hörigkeit .. zugleich vermittelt und zugleich versteckt" (20). Wenn auch das Kapital wesentlich als Kommando über unbezahlte Arbeit begriffen werden muß, "ist es jedoch nicht in dieser Form, daß sich die Sache der Produktionsagenten, den Trägern der verschiednen Funktionen des Produktionsprozesses darstellt, sondern vielmehr in verkehrter Form." (21) Die Darstellung des Kapitalverhältnisses muß daher die Erklärung einschließen, woraus notwendig diese Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse und das falsche Bewußtsein der Produktionsagenten resultiert.

Wenn Altvater in Bezug auf die Verdinglichung der Produktionsverhältnisse behauptet, daß "hier .. der Fetischismus nicht bloße Ideologie, falsche Verhüllung der wirklichen Bewegungen, sondern ein wichtiges Moment der falschen Realität selbst" sei, und dazu erläutert, daß "die Begründung für diese Aussage .. im konkreten Teil" (22) erfolge, also nicht im Rahmen der "theoretischen Vorüberlegungen", dann zeigt sich – hier noch in einfacher Form – eine unkritische Auffassung im Verhältnis von den Bestimmungen des 'allgemeinen Begriffs' und den realen Kapitalen. Denn wie sich die "Welt des Scheins" der bürgerlichen Gesellschaft etabliert und welche Bedeutung sie für die kapitalistische Produktionsform hat, erbringt keine Analyse der Bewegung der realen Kapitale, sondern ergibt sich aus den Bestimmungen des Kapitals im Allgemeinen. Diese mangelhafte Reflexion des Zusammenhangs zwischen der Sphäre des Scheins und der des Wesens als Folge einer Unterschätzung der methodischen Differenz zwischen dem 'allgemeinen Begriff' und den realen Kapitalen zeigt sich bald als Quelle neuer Konfusion. Altvater vermag zumindest in Bezug auf die Bewegung des Arbeitslohns im Rahmen des industriellen Zyklus die Welt des Scheins nicht mehr zu durchstoßen und nimmt folglich die erste empirische Erscheinungsform der Sache als ihren Grund an.

IV

An mehreren Stellen seiner Konjunkturanalyse vertritt Altvater folgende These:

> "In den im Verlauf eines jeden Booms steigenden Lohnkosten drückt sich das Prinzip der Einschränkung von Profitmasse und -rate durch den Konkurrenzdruck der Kapitalisten selbst und den Kampf der Lohnarbeiter aus. Die daher permanent erhöhten Preise drücken das kapitalistische Prinzip aus, sich die Profite 'auf dem Markt zu holen', wenn sie in der Produktionssphäre durch steigende Löhne eingeengt werden." (23)

19 ib., S. 10.
20 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, in: MEW Bd. 23, Berlin 1962, S. 603.
21 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, in: MEW Bd 25, Berlin 1964, S. 830.
22 Elmar Altvater: l.c., S. 13; hier zeigt allein die Sprache die begriffliche Unsicherheit. Die Verhüllung der Realität muß noch zur falschen Verhüllung gestempelt werden, als gäbe es eine richtige. Zugleich soll die falsche Hülle wichtiges Moment der falschen Realität sein, als ließe sich die richtige und falsche Realität auseinanderdividieren.
23 ib., S. 26; ferner auch S. 5, 25, 27 und S. 29.

Diese These, daß eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohns auf ein Steigen der Warenpreise hinausläuft, ist von Marx entschieden als "theoretisch falsch und praktisch gefährlich" (24) bekämpft worden. Nur wenn man "an der äußerlichsten Oberfläche der Erscheinung" (25) kleben bleibt, kann man sagen, daß der Arbeitslohn preisbestimmendes Moment ist. Die Kapitalisten werden dagegen unabhängig von der Lohnhöhe versuchen, auf dem Markt zu holen, was zu holen ist; Lohnerhöhungen sind nicht Ursache sondern Folge dieser Preiserhöhungen. "Wenn es in der Hand der kapitalistischen Produzenten stünde, beliebig die Preise ihrer Waren zu erhöhn, so könnten und würden sie das tun auch ohne das Steigen des Arbeitslohns. Der Arbeitslohn würde nie steigen bei sinkenden Warenpreisen." (26) Wenn also die Arbeiterklasse sich in den Prosperitätsphasen des industriellen Zyklus einen größeren Anteil an dem für die individuelle Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Gesamtprodukts erkämpfen kann, so ist dies nur Ausdruck der Tatsache, daß in diesen Phasen allgemein die Marktpreise über den Produktionspreisen stehen. Das Mißverhältnis zwischen Nachfrage nach Arbeitskräften und dem Angebot infolge der gesteigerten Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals führt zu einem Steigen der Löhne, was seinerseits nochmals eine erneute Steigerung der Preise bestimmter Waren hervorrufen kann. "Was hier wieder erfahren wird, ist die Existenz eines Zusammenhangs zwischen dem Arbeitslohn und dem Preis der Waren; aber die Ursache kann als Wirkung, und die Wirkung als Ursache sich darstellen, wie dies auch bei der Bewegung der Marktpreise der Fall ist." (27) Will man aus dieser oberflächlichen Erfahrung nicht das Dogma ableiten, daß der Kapitalist die "sich einstellende Beschränkung der Abpressung von Mehrarbeit ... durch Preiserhöhung der Waren zu kompensieren" (28) sucht, muß konsequent am Wertbegriff als der einzig rationalen Basis der politischen Ökonomie festgehalten werden. Dann zeigt sich:

> "Es sind diese absoluten Bewegungen in der Akkumulation des Kapitals, welche sich als relative Bewegungen in der Masse der exploitablen Arbeitskraft widerspiegeln und daher der eignen Bewegung der letztren geschuldet scheinen. Um mathematischen Ausdruck anzuwenden: die Größe der Akkumulation ist die unabhängige Variable, die Lohngröße die abhängige, nicht umgekehrt." (29)

Der Schein des Umgekehrten, daß Arbeitslohn preisbestimmendes Moment ist, muß sich um so mehr befestigen, als in der Tat eine Veränderung im Arbeitslohn zwar nicht die Werte, aber die Produktionspreise der verschiednen Waren affiziert, je nach der Durchschnittszusammensetzung des Kapitals in den entsprechenden Produktionssphären. Bei einer Erhöhung des Preises der Ware Arbeitskraft bleibt für die Kapitale von gesellschaftlicher Durchschnittskomposition der Produktionspreis unverändert, während er sich bei Kapitalen mit niedriger Zusammensetzung erhöht und bei Kapitalen mit hoher Zusammensetzung vermindert. Diese Bewegung der Preise ist bloß Ausdruck des Ausgleichsprozesses zur Durchschnittsprofitrate, auch hier kommt dem Arbeitslohn an sich keine preisbestimmende Wirkung zu. (30) Der Schein, Arbeitslohn sei Quelle von Wert, wird ferner dadurch erzeugt, daß lokale Lohnsteigerungen zu entsprechenden Preissteigerungen führen können, was aber gleichfalls nur als Moment der Ausgleichung der besondren Profitraten zur allgemeinen begriffen werden kann. Gerade dies letztere Moment muß mißverstanden werden, weil hier die Kapitalisten unter bestimmten Bedingungen die "Erhöhung des Arbeitslohns benutzen (können), um die Warenpreise in viel höherem Grade zu erhöhn, also größeren Profit einzustecken." (31)

Geht man von solch lokalen Phänomenen aus, befindet man sich zwar im Einklang mit der "alltäglichen Erfahrung, die nur den täuschenden Schein der Dinge wahrnimmt" (32), kommt aber notwendig zu falschen Verallgemeinerungen. Mit der These, daß Arbeitslohn preisbestimmendes Moment oder selbst Quelle von Wert sei, wird insgeheim der Wertbegriff aufgelöst und, wie bei der Vulgärökonomie, bloß transponiertes Bewußtsein dargestellt. Wenn Altvater aber bei der Betrachtung der Fluktuationen des Preises der Ware Arbeitskraft im Rhythmus des industriellen Zyklus

24 Karl Marx: LOHN, PREIS UND PROFIT, in: MEW Bd. 16, Berlin 1962, S. 103.
25 Karl Marx, Brief an F. Engels vom 20.5.1865, in: MEW Bd. 31, Berlin 1965, S. 123.
26 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 2, in: MEW Bd. 24, Berlin 1963, S. 341.
27 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., S. 876.
28 Elmar Altvater: l.c., S. 27.
29 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c. S. 648.
30 Vgl.: Ders.; DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., Kapitel 11.
31 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 341.
32 Ders.: LOHN, PREIS UND PROFIT, l.c., S. 129.

dem Schein aufsitzt, dann muß jetzt gefragt werden, inwieweit seine Erklärung der zyklischen Bewegung des Reproduktionsprozesses akzeptiert werden kann.

V

Altvater geht davon aus, daß der "zyklische Verlauf der kapitalistischen Reproduktion .. durch den zyklischen Charakter des Verwertungsprozesses infolge der aus ihm sich entwickelnden Widersprüche erzeugt" (33) wird. Weil die Profitrate treibende Macht der kapitalistischen Produktionsweise ist, und nur produziert wird, wenn mit Profit produziert werden kann, wird die Zyklizität immer wieder durch die Profitrate als dem bewegenden Prinzip des Kapitalismus entfacht. Zu Beginn des Zyklus ist bei hoher Profitrate eine große Investitionsneigung gegeben. Indes "stellen sich dem Verwertungsprozeß des Kapitals vom Arbeitsprozeß her – und zwar sowohl von seiten der quantitativen und der qualitativen Dimension des Gesamtarbeiters als auch von seiten der Kapazität der Produktionsmittel her – objektiv gezogene Grenzen, an die das Kapital im Wirtschaftsaufschwung immer wieder notwendig stößt." (34) In dem Moment, wo der Kapitalist die Lohnsteigerungen nicht mehr durch Preissteigerungen weitergeben kann (35), wird notwendig die Profitmasse gedrückt.

Dieselbe Tendenz zur Profitminderung ergibt sich aus der "Ausdehnung des Fixkapitals sowie .. (den) tendenziell größer werdenden Umschlagszeiten" (36). Gerade weil das Kapital durch Investitionen die Beschränkungen des Produktionspotentials aufheben will, vergrößert es zugleich damit tendenziell die Wertzusammensetzung zugunsten des konstanten Kapitalteils und bewirkt letztlich einen Fall der Profitrate. Diese für den Verwertungsprozeß gegenläufige Tendenz wird ferner nach Altvater zur Ursache für den sich verschärfenden Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion sowie für die Disproportionen im Reproduktionsprozeß. Obwohl auch diese letzteren Momente der Erklärung des industriellen Zyklus fragwürdig sind, sollen hier nur die Argumente für die Minderung in der Profitrate diskutiert werden. Anschließend wäre zu fragen, ob die Bewegung der Profitrate infolge der widersprüchlichen Tendenzen wirklich Ursache des industriellen Zyklus oder nicht vielmehr selbst nur Ausdruck des Zyklus ist.

Das Kapital soll im Verlauf der Konjunktur mit den objektiven Möglichkeiten des Produktionsprozesses in Widerspruch geraten. Daß das Akkumulationsbedürfnis des Kapitals das Angebot an Arbeitskräften übersteigen kann, was zu einem Steigen der Löhne führt, und daß dieses Steigen der Arbeitslöhne die Profitmasse beschränkt und sich lähmend auf die Akkumulationsrate auswirkt, ist unbestreitbar. Falsch ist dagegen die Behauptung – wie oben gezeigt –, der Kapitalist könne bis zum Ende des Booms diese Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen auffangen.

Durch die Akkumulation, soweit sie bloß quantitative Erweiterung der Stufenleiter der Produktion ist, verändert sich die Profitrate nicht. Es ist daher problematisch, die Wirkung von "Kapazitätserweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen" (37) gleichzusetzen. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung verkürzen sich aber die Phasen, "worin die Akkumulation als bloße Erweiterung der Produktion auf gegebner technischer Grundlage wirkt" (38). Es ist die allgemeine Tendenz des Kapitals, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln, um durch die so bewirkte Verwohlfeilerung der Waren die notwendige Arbeitszeit zu verkürzen und die Surplusarbeitszeit zu verlängern. Das Motiv zur Steigerung ist der Extramehrwert für das Einzelkapital, der mit der Verallgemeinerung der ausnahmsweisen Produktivkraft verschwindet. Dieser immanente Trieb des Kapitals drückt sich in einem fortwährenden Wechsel seiner Wertzusammensetzung aus. Die Zunahme des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen als Ausdruck gesteigerter Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit stellt sich für den Kapitalisten dar als Abnahme der Profitrate, da er den abgepreßten Mehrwert nicht auf das variable, sondern auf das gesamte vorgeschossene Kapital bezieht. Der bestimmte Gebrauchswertcharakter einiger Arbeitsmittel bringt es nun mit sich, daß sie zwar voll in den Arbeitsprozeß, aber nur bruchstückweise in den Zirkulationsprozeß eingehn. Durch die-

33 Elmar Altvater, l.c., S. 23.
34 ib., S. 32.
35 Das Argument der Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen ist oben diskutiert worden.
36 Elmar Altvater, l.c., S. 32.
37 ib., S. 29.
38 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 658.

se eigentümliche Weise der Wertzirkulation ist das fixe Kapital bestimmt. Schließt die Zunahme des konstanten gegenüber dem variablen Kapital schon an sich die Zunahme des fixen Kapitals ein, so wird dessen Vergrößerung noch dadurch verstärkt, daß mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft bei den Arbeitsmitteln die Differenz zwischen wertbildendem und produktbildendem Element zunimmt. Entspringt so aus der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie einerseits die Tendenz zunehmender Verlängerung der Funktionszeit der Produktionsmittel und damit die Vergrößerung der Umschlagszyklen, so ergibt sich andrerseits umgekehrt die Tendenz der Verkürzung ihrer Funktionsdauer. Da das fixe Kapital erst im Laufe mehrerer Jahre seinen Wert insgesamt auf das Produkt überträgt, ist es besonders anfällig für Wertrevolutionen. Kann dieselbe oder verbesserte Maschinerie mit weniger Arbeit hergestellt werden, verliert auch die noch im Produktionsprozeß fungierende Maschinerie einen Teil ihres Werts. Aus Furcht vor dieser Depretiation versucht der Kapitalist durch Schichtarbeit, Erhöhung der Maschinengeschwindigkeit etc. den Umschlagszyklus des fixen Kapitals so gering wie möglich zu halten. Wenn daher Altvater im Verlauf des industriellen Zyklus nur eine Ausdehnung der Umschlagszeiten des fixen Kapitals in Rechnung stellt, so trifft dies gleichfalls nicht die widersprüchliche Natur des kapitalistischen Produktionsprozesses.

> "Die Arbeitsmittel werden großenteils beständig umgewälzt durch den Fortschritt der Industrie. Sie werden daher nicht in ihrer ursprünglichen Form ersetzt, sondern in der umgewälzten Form. Einerseits bildet die Masse des fixen Kapitals, die in einer bestimmten Naturalform angelegt ist und innerhalb derselben eine bestimmte Durchschnittslebenszeit anzudauern hat, einen Grund der nur allmählichen Einführung neuer Maschinen etc., und daher ein Hindernis gegen die rasche allgemeine Einführung der verbesserten Arbeitsmittel. Andererseits zwingt der Konkurrenzkampf, namentlich bei entscheidenden Umwälzungen, die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch die neuen zu ersetzen." (39)

Diese Verengung in Altvaters Darstellung ist umso befremdlicher, als auch er davon ausgeht, daß mit dem fixen Kapital die materielle Grundlage der periodischen Krisen gegeben ist. Der bloße Verweis auf die Bedeutung des fixen Kapitals bringt nichts, wenn nicht zugleich die Notwendigkeit der stufenweisen Verkürzung des Umschlags gezeigt wird. Allein daraus kann erklärt werden, warum der ursprünglich zehn- bis elfjährige Zyklus sich auf eine Zeitdauer von drei bis vier Jahren in der B R D verkürzt hat (40). Marx schreibt in einer Anmerkung zur autorisierten französischen Ausgabe des KAPITALS:

> "Bis jetzt ist die periodische Dauer solcher Zyklen zehn oder elf Jahre, aber es gibt keinerlei Grund, diese Zahl als konstant zu betrachten. Im Gegenteil, aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktion, wie wir sie eben entwickelt haben, muß man schließen, daß sie variabel ist, und daß die Periode der Zyklen sich stufenweise verkürzen wird." (41)

Daß die periodischen Krisen ihre materielle Grundlage im Umschlag des fixen Kapitals haben, und aus diesem Zusammenhang auch die Verkürzung abzuleiten ist, mag nochmals anhand zweier Zitate über das Maß der jährlichen Wertübertragung (Abschreibungen) verdeutlicht werden. Engels schreibt Marx auf die Frage nach der durchschnittlichen Lebensdauer der Maschinerie:

> "Das sicherste Kriterium ist die percentage, die jeder Fabrikant jährlich auf seine Maschinerie für Verschleiß und Reparatur abschreibt, also in einer bestimmten Zeit seine Maschinen ganz herausverdient hat. Diese percentage ist gewöhnlich 7 1/2 %, wonach die Maschinerie in 13 1/3 Jahren durch das vom Nutzen jährlich Abgeschriebne gedeckt wird, also ohne Schaden ganz erneuert werden kann." (42)

Im "Volkswirt" heißt es über die Geschäftspolitik der August Thyssen-Hütte AG: "Im Thyssen-Konzern gilt der Grundsatz, daß neue Großanlagen in viereinhalb Jahren abgeschrieben werden

39 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 171.
40 Die These von der Verkürzung des Krisenzyklus ist in der marxistischen Theorie sehr umstritten. Es ist bezweifelt worden, ob in der monopolistischen Phase des Kapitalismus der industrielle Zyklus überhaupt noch auftritt. (Friedrich Engels: "Vorwort zur englischen Ausgabe des **Kapitals**", **Bd. 1, l.c., S.** 40; ferner: Ders.: in **einer Fußnote im dritten** Band des Kapitals, **l.c., S. 506, Anmerkung** 8) Oder ob nicht die **zehn- oder vierjährigen** Zyklen Überlagerungen **auf einem langwelligen** Handelszyklus sind, **welcher mehrere** normale Zyklen einschließt. **(dazu Ernest Mandel**: "The Economics of **Neo-Capitalism**", in: THE SOCIALIST REGISTER, Bd. 1, London 1964).
41 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 662.
42 Friedrich Engels: Brief an Karl Marx vom 4.3.1858, in: MEW, Bd. 29, Berlin 1963, S. 293.

müssen, damit die dynamische Vorwärtsentwicklung durchgehalten werden kann und das Unternehmen sich immer auf dem technisch modernsten Stand befindet." (43)

Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung ergibt sich keine Verlängerung der Umschlagszeiten des fixen Kapitals sondern eine Verkürzung. Aber durch den Umschlag des fixen Kapitals wird nicht der Zyklus insgesamt erklärt. "Die Durchschnittszeit, worin die Maschinerie erneuert wird, ist ein wichtiges Moment in der Erklärung des mehrjährigen Zyklus, den die industrielle Bewegung durchläuft." (44) Der Umschlag erklärt nur, warum der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise periodisch aufbricht, die Krise selbst erklärt er nicht. Diese Überlegung liegt – wenn auch nicht explizit – dem Versuch einer marxistischen Konjunkturanalyse zugrunde. Altvater erklärt die Krise aus der notwendig sich aus dem Verwertungsprozeß ergebenden Bewegung der Profitrate. Weil "die Profitrate von allen Seiten her im Konjunkturverlauf gedrückt wird" (45), schwächt sich das wirtschaftliche Wachstum ab. Wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß durch steigende Löhne und Kreditverteuerungen der Prosperitätsphase der Profit des industriellen Kapitalisten beschränkt wird – die Veränderung der organischen Zusammensetzung durch Neubeschäftigung von technisch verbesserten Arbeitsmitteln hat nicht so sehr innerhalb eines Zyklus als vielmehr in der Stufenfolge der Zyklen Bedeutung –, so ist doch fragwürdig, ob diese Phänomene mehr sind als bloße Symptome der Wechselperioden des industriellen Zyklus.

Mit der Maschinerie als der technischen Grundlage gewinnt die kapitalistische Betriebsweise "eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet" (46). Daß die moderne Industrie Phasen mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation durchläuft, hängt eben von dieser Elastizität ab. "Die ungeheure, stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauf folgende Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt." (47) Die modernen technischen Bedingungen des Arbeitsprozesses erlauben einerseits die rasche Verwandlung von Surplusprodukten in neue Produktionsmittel und garantieren andererseits eine vom natürlichen Wachstum der Arbeiterbevölkerung unabhängige Vermehrung des disponiblen Menschenmaterials.

> "Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größern oder geringern Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Ihrerseits rekrutieren die Wechselfälle des industriellen Zyklus die Übervölkerung und werden zu einem ihrer energischsten Reproduktionsagenten." (48)

Der Zusammenhang, warum die ruckweise Expansion der Stufenleiter der Produktion abrupte Kontraktionen nachsichzieht, soll hier etwas näher skizziert werden.

Die Krise beseitigt durch Entwertung des Kapitals und Stillegungen von Kapazitäten momentan das Mißverhältnis zwischen fiebriger Anspannung des Produktionsprozesses und beschränkter Konsumtionskraft der Massen, zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung. Damit wird zugleich die Basis für die Wiederbelebung gelegt. Durch Modernisierung des Produktionsapparates sucht der einzelne Kapitalist einen Vorteil gegenüber den Konkurrenten und damit eine Verbesserung der eignen Geschäftslage herbeizuführen. "Es sind hauptsächlich Katastrophen, Krisen, die solche vorzeitige Erneuerung des Betriebsgeräts auf größerer gesellschaftlicher Stufenleiter erzwingen." (49) Würden die Neuanlagen von Kapital gleichmäßig gestreut über mehrere Jahre erfolgen, fiele die charakteristische Bewegungsform des wirtschaftlichen Wachstums fort. "Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage." (50) Dieser Prozeß der Wiederbelebung erweitert sich aus sich selbst heraus, denn es wird "diese Reproduktion des Kapitals von erweiterter individueller Konsumtion (also Nachfrage) der Arbeiter begleitet sein, da er durch die

43 DER VOLKSWIRT, 24. Jg., Nr. 17, S. 120.
44 Karl Marx: Brief an Friedrich Engels vom 2.3.1858, in: MEW, Bd. 29, Berlin 1963, S. 291 f.
45 Elmar Altvater: l.c., S. 32.
46 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 474.
47 ib., S. 476.
48 ib., S. 661.
49 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 171.
50 ib., S. 186.

produktive Konsumtion eingeleitet und vermittelt ist." (51) Die so in Gang gesetzte Ausdehnung der Produktion erreicht ihren Höhepunkt in der Prosperität und im Verlauf dieser Entwicklung löst die expandierende Nachfrage wegen des beschränkten Angebots eine Reihe von Preissteigerungen aus. "Es kommt jetzt auch hinzu die große Ausdehnung des fixen Kapitals in allen Formen und die massenhafte Eröffnung neuer weitreichender Unternehmungen." (52) Wegen der Verselbständigung bestimmter Kapitalfunktionen (Warenhandlungs- und Geldhandlungskapital) kann auf dem Höhepunkt der Konjunktur innerhalb gewisser Grenzen "der Reproduktionsprozeß auf derselben oder erweiterter Stufe vorgehn, obgleich die aus ihm ausgestoßnen Waren nicht wirklich in die individuelle oder produktive Konsumtion eingegangen sind." (53) Diese Verselbständigung kann den realen Zustand des Reproduktionsprozesses eine Zeit lang verschleiern. "Daher scheint immer das Geschäft fast übertrieben gesund gerade unmittelbar vor dem Krach." (54) Diese relative Verselbständigung des kommerziellen Kapitals erklärt auch, warum die Krise nicht zunächst im Detailhandel, sondern in der Sphäre des Großhandels sichtbar wird, also sich nicht in der Abnahme der Nachfrage für die individuelle Konsumtion, sondern in der Abnahme des Austauschs von Kapital gegen Kapital ausdrückt. Die dem Krach folgende Phase ist durch Freisetzung der Arbeitskräfte, damit Lohnsenkungen, und enorme Kreditverteuerung gekennzeichnet, bis durch die Kapitalvernichtung der Ausgangspunkt wiederhergestellt ist.

Der Zusammenbruch des Reproduktionsprozesses ist nur die momentane Lösung der konfligierenden allgemeinen Tendenzen des Kapitals, einerseits soviel wie möglich Arbeitskraft zu exploitieren und andererseits die notwendige Arbeit und daher auch die von ihm beschäftigte Arbeiteranzahl auf ein Minimum zu reduzieren. Dieser "Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, ... während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat". (55)

Die Profitrate entfacht nicht die Zyklizität des kapitalistischen Produktionsprozesses, ihre Bewegung ist selbst Ausdruck des industriellen Zyklus. Die periodischen Krisen müssen erklärt werden aus den sich widersprechenden allgemeinen Tendenzen des Kapitals, der mit der modernen Industrie gebebnen Elastizität des Produktionsprozesses und dem Umschlagszyklus des fixen Kapitals. Daß bei differenzierender Betrachtung eine Reihe zusätzlicher Momente die Entwicklung des Weltmarkts, Verschärfung der Krisen durch kommerziellen Kredit, Entwicklung des öffentlichen Kredits etc., hinzukommen müssen, versteht sich von selbst. Es konnte hier nicht versucht werden, eine verbesserte Konjunkturanalyse zu entwickeln. Diese Bemerkungen zu Altvaters Versuch sollen nur verdeutlichen, daß bei der Untersuchung der empirischen Verhältnisse die gründliche Reflexion der Kategorien Voraussetzung ist, will man nicht dem Schein der Verhältnisse aufsitzen und Symptom und Ursache verwechseln. Diese Verwechslung ist heute umso leichter gegeben, als die Enden der Wachstumszyklen nicht mehr durch einen scharfen Krach, eine Rezession markiert sind. Es muß so scheinen, als wäre die periodische Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und daher auch die Reduktion der Profitrate nicht schon immer vermittelt über relative Überakkumulation, sondern als wäre die Bewegung der Profitrate selbst die Ursache. Dann kann behauptet werden, daß der Verwertungsprozeß mit den objektiven Möglichkeiten des Produktionspotentials in Widerspruch gerät.

> "Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltnen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebnen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen." (56)

51 ib., S. 81.
52 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., S. 505.
53 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 80.
54 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., S. 501.
55 ib., S. 259.
56 ib., S. 268.

Jede Untersuchung des gegenwärtigen Konjunkturverlaufs muß entweder erklären, warum diese Wirtschaftszyklen nach dem zweiten Weltkrieg in der B R D ihre eigentümliche Form angenommen haben, oder aber muß zumindest des damit gegebne Problem aufzeigen. Eine unproblematische Übertragung begrifflicher Zusammenhänge auf die gegenwärtige Struktur des Reproduktionsprozesses geht an den modernen Verhältnissen vorbei. Bei allen Versuchen marxistischer Konjunkturanalyse muß der methodische Abstand zwischen dem 'allgemeinen Begriff' und der wirklichen Bewegung gewahrt werden, umso mehr als Marx selbst ausdrücklich die Darstellung des industriellen Zyklus aus der Darstellung des Kapitals als solchen ausgeschlossen hat. (57)

Joachim Bischoff

---

57 Vgl.: ib., S. 370 und S. 372.

Im Editorial, das dem Aufsatz von E. Altvater in der letzten Nummer der SOZIALISTISCHEN POLITIK vorangeht, heißt es:

> "Die Beiträge dieser Ausgabe stellen Resultat von Diskussionen dar, die naturgemäß vorläufigen Charakter besitzen und ihrerseits erneut Diskussionen initiieren und strukturieren sollen."

Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir auf die Konjunkturanalyse von Altvater antworten. Es geht uns nicht darum, Einzelergebnisse, mißverständliche Formulierungen oder die Entwicklung bestimmter Begriffe zu kritisieren. Wir haben grundsätzliche Bedenken gegenüber seiner Theorie und seiner Methode von Konjunkturanalysen. Um unsere Position klar zu umreißen, wollen wir die Gegensätze zu Altvater bewußt scharf darstellen.

1. Zur Theorie und Methode

Altvater beginnt seinen Aufsatz mit einigen Bemerkungen zur Notwendigkeit einer marxistischen Konjunkturanalyse, gegen die in dieser Form wohl nicht viel einzuwenden ist. Dann geht er sofort auf ein Problem einer solchen Analyse ein, indem er schreibt:

> "Was nun die Konjunkturanalyse angeht, so ergibt sich dabei eine große Schwierigkeit: Sie beginnt mit den Erscheinungsformen, in denen sich das Heranreifen der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und deren "Bereinigung" in der Krise ausdrückt. Die Zyklizität kapitalistischer Entwicklung, die Schwankungen zwischen Aufschwung, Boom, Krise und Depression in mehr oder weniger starker Ausprägung... sind als Erscheinungsbilder jedoch nicht ohne Rückgriff auf die sie hervorrufenden inneren Widersprüche selbst zu begreifen." (S. 4)

Nun folgt aber Altvater in seiner Analyse nicht dem Weg, den er oben beschrieben hat. Er beginnt nicht mit den Erscheinungsformen, sondern erklärt, weshalb beide Seiten der kapitalistischen Widersprüche, nämlich ihre abstrakten Gesetze sowie ihre konkreten Erscheinungsformen berücksichtigt werden müssen. Wir stimmen mit ihm völlig darin überein, daß in der Tat beides berücksichtigt werden muß, wir hätten aber mehrere Einwände gegen seine Begründung vorzubringen. Dies scheint uns aber vorerst nicht so wichtig. Vielmehr ist es wichtig festzuhalten, daß Altvater nach einigen Begründungen für diese Notwendigkeit und einigen Erörterungen über die "Entschärfung der Krisen" und dem "Widerspruch" zwischen der bürgerlichen Statistik und den marxistischen Kategorien, unter dem Anspruch fortfährt, eine die kapitalistischen Widersprüche berücksichtigende Methode zur Konjunkturanalyse zu entwickeln. Er schreibt:

> "Der Doppelcharakter des Produktionsprozesses als Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß und sein dadurch bedingter repressiver Charakter, sowie der Zirkulationsprozeß des Gesamtkapitals... sind demnach die entscheidenden Momente für die Konjunkturerklärung." (S. 10)

Diese Bewegungsmomente sind bei Altvater als widersprüchlich dargestellt. Und nun versucht er, diese Widersprüche auf den Konjunkturablauf zu beziehen. Das tut er vermittels der Analyse der Profitrate:

> "Dieses Herangehen (das marxistische, d.Verf.) an die Erscheinungen der Konjunktur ergibt sich notwendig aus der Struktur der kapitalistischen Realität, deren Dynamik durch ein Prinzip gesteuert wird, das immer wieder die Zyklizität entfacht: die Bewegung der Profitrate, die "synthetischer Ausdruck" zweier Tendenzen ist, nämlich der Tendenz der Ausbeutungsrate und der Tendenz des vorgeschossenen und vorzuschiessenden Kapitals." (S. 11)

Und anschließend:

> **"Eine hohe Profitrate bedingt zugleich auch hohe Investitionsmöglichkeiten und -neigungen... und folglich eine (relativ) hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts... Eine niedrige Profitrate... dagegen verursacht und ist gleichzeitig verursacht durch den umgekehrten Zusammenhang."** (S. 11)

Analysieren wir den ersten Teil des Zitates. Dort wird gesagt, daß die Dynamik der kapitalistischen Realität durch ein Prinzip gesteuert wird, das in sich nur als widersprüchlich zu verstehen ist. Dieses "Prinzip" ist bei Altvater die "Bewegung der Profitrate". Nun sagt er, daß die Profitrate ein "synthetischer Ausdruck" zweier Tendenzen ist. Statt aber jetzt die konkrete Erscheinungsform dieser zwei Tendenzen zu e n t w i c k e l n und sie im einzelnen darzustellen, geht er unvermittelt zur Behauptung über, die Konjunktur sei von der Profitrate abhängig. Die Profitrate hat er aber vorher eine Maßzahl (1) für die Verwertung des Kapitals genannt. Es wäre also jetzt anzunehmen, daß Altvater den Konjunkturablauf nun aus den Widersprüchen der Verwertungsbedingungen des Kapitals, die er oben abstrakt dargestellt hat, erklärt. Stattdessen geht er von einer g e g e b e n e n (hohen bzw. niedrigen) Profitrate aus und erklärt von dieser gegebenen Profitrate den Konjunkturablauf. Damit fallen alle von Altvater über mehrere Seiten dargestellten abstrakten Widersprüche der Verwertungsbedingungen des Kapitals unter den Tisch. Altvater hat damit das Problem der Konjunkturanalyse allein auf das Problem der statistischen Ermittlung der Profitrate zurückgeführt.

> "Wären wir also in der Lage, die Bewegungen der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und der Profitraten der vielen Einzelkapitalien... genau zu verfolgen und zu prognostizieren, so wären wir auch in der Lage, Schlüsse auf die künftige Konjunkturentwicklung zu ziehen." (S. 11-12)

Es kommt bei ihm jetzt "nur" darauf an, genaue statistische Daten zu haben, um auf die zukünftige Konjunkturentwicklung zu schließen. (2) Allerdings erkennt Altvater dabei ein Problem: wir können solche Schlüsse nicht ziehen, denn

> "genau dies... läßt die zur Verfügung stehende Statistik nicht zu, da ihre Daten zur Erfassung der Profite nicht aufbereitet sind; und so zeigt sich auch hier wieder, daß wir uns mit Indikatoren zufrieden geben müssen und es kommt nun darauf an, welche Indikatoren wir auswählen." (S. 12)

2. Zum Problem der Indikatoren

Nun könnte man meinen, daß zwar die Aussage Altvaters, daß eine genauere Statistik der Profitraten eine genauere Voraussage der Konjunktur ermögliche, nicht richtig ist, daß er selbst aber sowieso einen ganz anderen Weg in seiner Analyse gehe, nämlich daß er sich auf "Indikatoren" beziehe, die einen weiteren Zusammenhang aufdecken. Altvater sagt, man müsse auf geeignete "Indikatoren" zurückgreifen, da es keine statistische Daten der Profitraten gibt. Nachdem er aber erklärt hat, daß die Konjunktur von den Profiten bzw. Profitraten der Kapitalisten abhängt, müßten wir nun erwarten, daß er seinerseits die Bewegungsgesetze der Profitraten erklärt. Erfüllen aber nicht gerade diese "Indikatoren" diese Funktion, die Bewegungen der Profite zu erklären? Sie erfüllen sie in der Tat nicht, sondern sie bestätigen das schon von ihm formulierte Prinzip, daß die Konjunktur von den Verwertungsbedingungen des Kapitals abhängt. Statt also das "Prinzip" zu erklären und konkret zu beweisen, wird das Prinzip durch Indikatoren nur neu formuliert. Sehen wir uns diese "Indikatoren" im einzelnen an.

Obwohl die Exporte nicht direkt als Indikator betrachtet werden, so steht doch die Analyse der Exporte in seinem Aufsatz an einer Stelle, an der jeder Leser den konkreten Nachweis seines in den

---

1 "Der Zweck der Produktion im Kapitalismus ist ausschließlich die Verwertung des Kapitals, die sich an der Größe der Profitrate auf das vorgeschossene Kapital bemißt." (S. 10)

2 Wäre es tatsächlich nur ein Problem von statistischen Zahlen, dann wäre es leicht möglich, für England gute Konjunkturprognosen aufzustellen, da dort regelmäßig von FINANCIAL TIMES Zahlen über die Profitraten der verschiedenen Branchen einzelner Produktionszweige und deren Veränderung veröffentlicht werden!

theoretischen Vorüberlegungen formulierten "Prinzips" erwartet. Dort aber schreibt Altvater sinngemäß folgendes: für die westdeutsche Wirtschaft sind die Exporte wichtig, weil ein großer Teil der Produktion im Ausland verkauft wird. Wenn nun die Exporte wegfallen, dann entsteht ein Realisierungsproblem, die Verwertung des Kapitals verschlechtert sich also, daher entsteht u.U. eine Rezession. Er sagt: wären die Exporte in der Rezession 66/67 ausgeblieben, so wäre die Rezession noch viel stärker gewesen. Oder:

> "Vergleicht man die Indexreihen des Auftragseingangs der gesamten Industrie aufgegliedert nach Eingängen aus dem Inland und dem Ausland, so zeigt es sich, daß in der Rezessionsphase 1966/67 die Inlandsaufträge zurückgingen, während die Auslandsaufträge sehr steil anstiegen... Nur darauf ist es zurückzuführen, daß die Kurve der gesamten Auftragseingänge nicht stärker zurückging, als es tatsächlich im Verlauf des Jahres 1966 der Fall gewesen ist." (S. 15)

Wir meinen, daß Altvater hier ein unzulässiges Verfahren anwendet. Er teilt den Index der Auftragseingänge der Industrie nach In- und Ausland und sagt: wenn wir den einen Teil nicht berücksichtigen, dann sieht man, daß der gesamte Index mehr als t a t s ä c h l i c h gefallen ist. Dies ist logisch falsch, denn entweder bringt der gesamte Index den Verlauf der Auftragseingänge zum Ausdruck oder er bringt ihn nicht. Und wenn wir ihn in zwei Teile zerlegen, so ändert sich daran natürlich nichts. Dennoch hat diese Teilung bei Altvater einen ganz bestimmten Zweck, nämlich ihm als Beweis zu dienen, daß ein Rückgang der Exporte dem westdeutschen Kapital Schwierigkeiten machen würde. Er sagt dies am Ende des Abschnittes ganz deutlich:

> "Ein Rückgang der Exportmöglichkeiten, d.h. eine Verringerung der "Realisierungschancen" eines großen Teils des westdeutschen Wertprodukts – der durchschnittliche Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie insgesamt betrug 1967 18,7 v.H. und 1968 schon 19,8 v.H.! (3) – auf dem Weltmarkt würde auch diese Verwertung des in Westdeutschland fungierenden Kapitals betreffen. In dieser Tatsache liegt die Bedeutung der Exporte. Bisher wurde durch die Realisierung auf dem Weltmarkt die im Verhältnis zum inneren Markt latente Überproduktion nicht manifest, d.h. der Widerspruch zwischen steigender Produktionskraft und retardierender Konsumtionskraft konnte durch die Exporte sehr wirksam zurückgedämmt werden." (S. 19-20)

Hier ist also erneut das formuliert, was vorher im theoretischen Teil gesagt wurde: die Konjunktur ist abhängig von der Verwertung des Kapitals, und bei dieser Verwertung spielen die Exporte eine große Rolle. Das bedeutet, daß ein Rückgang der Exporte die Kapitalverwertung erschwert, also eine konjunkturelle Rezession eintritt. Es handelt sich also nicht um eine E r k l ä r u n g, sondern um eine U m f o r m u l i e r u n g des Problems. Ganz trival ausgedrückt sagt Altvater in diesem Abschnitt folgendes: die Exporte sind für die Konjunktur von Bedeutung, fallen sie weg, so hat das einen Einfluß auf die Konjunktur. (Wir werden sehen, daß das bei den anderen "Indikatoren" ähnlich ist.) Die wichtige Frage, nämlich wann und unter welchen Bedingungen die Exporte ausbleiben, – die ist bei ihm nur gestellt, als letzter Satz im Abschnitt. Wir halten es nicht für ausreichend, daß einfach gesagt wird, daß es "durchaus wahrscheinlich ist, daß der nächste unvermeidliche Konjunkturabschwung wieder wie 1958 "synchron" erfolgt." (S. 19) Nun wollen wir uns die "Indikatoren" für den unmittelbaren Verwertungsprozeß ansehen und untersuchen, ob hier nicht doch eine Erklärung für die Änderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals gegeben wird. Altvater schreibt:

> "Der Weltmarkt als Realisierungssphäre erweist sich somit wohl als ein wichtiger Faktor für den konkreten Verlauf der Konjunktur (langsame oder schnelle Erholung), kann aber auf keinen Fall zur Erklärung der U r s a c h e n der konjunkturellen Bewegung dienen. Zu diesem Zweck (also wohl zur Erklärung der Ursachen der konj. Bewegung, d.Verf.) muß auf die Verwertungsbedingungen des fungierenden Kapitals rekurriert werden... Die Schwierigkeiten der Konjunkturanalyse fangen, wie schon prinzipiell ausgeführt, gerade beim Rekurs auf den Verwertungsprozeß an und so sind wir auch hier gezwungen, auf möglichst aussagekräftige Indikatoren zurückzugreifen." (S. 20)

---

3 Wir würden davor warnen, zwischen den beiden Ziffern einen großen Unterschied sehen zu wollen. Die statistische Ermittlung solcher Größen wie gerade der Gesamtumsatz erheblichen Fehlern ausgesetzt ist. Eine Abweichung von +/- 5 v.H. und noch mehr dürfte kein seltener Fall sein, auch dann, wenn wie hier auf die Steuererklärungen zurückgegriffen werden kann. Schon die Aufaddierung im Computer bewirkt erhebliche Abweichungen.

Uns scheint hier ganz klar zum Ausdruck zu kommen, was wir am ganzen Ansatz Altvaters für falsch halten. Er schreibt, daß die Exporte nicht zu den Ursachen der Konjunktur gehören, woraus man den Schluß ziehen müßte, daß man andere Ursachen suchen und erklären muß. Das macht er auch, und zwar sagt er, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals die Ursache der konjunkturellen Bewegung ist. Statt jetzt aber die Schwankung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu untersuchen und zu erklären, geht Altvater zur Analyse von "Indikatoren" über. E r v e r l ä ß t d a s P r o b l e m, s o b a l d e r e s f o r m u l i e r t h a t. Denn die Schwierigkeit besteht doch gerade darin, zu erklären, weshalb und wodurch sich die konkreten Verwertungsbedingungen des Kapitals verändern und damit Schwankungen des Produktionsumfangs hervorrufen. Und wir wiederholen noch einmal, daß Altvater keine Erklärungen für die Veränderung der Verwertungsbedingungen gibt, sondern er genau wie davor bei den Exporten, wir möchten sagen fast tautologisch, auch hier wieder seine schon formulierte These in andere Worte kleidet. Wir wollen dies an Hand der folgenden Beispiele belegen. Er schreibt:

> "Der Produktionsprozeß ist nicht einfach Verwertungsprozeß, sondern... auch Arbeitsprozeß ... Wenn die produzierten Waren nicht verkauft, d.h. die in ihnen steckenden Werte nicht realisiert werden können, oder aber der in der Produktion erzielte Mehrwert nicht hoch genug ist, d.h. also: der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Erzielung von Profit, nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden kann, dann wird das Mittel der Verwertung, der Arbeitsprozeß, von Kapitalisten stillgelegt oder aber eingeschränkt, da seine Inganghaltung ja Kosten verursacht. So sind die Veränderung der Auslastungsgrade der sachlichen Produktionskapazitäten und des Gesamtarbeiters untrügliche Indikatoren für die Verwertung des Kapitals." (S. 20)

So formuliert wie hier scheint die Sache sehr einfach zu sein, denn wir haben ja Statistiken, die E. Altvater auch selbst verwendet, und wir brauchen die Statistiken über die Auslastung der Produktionsanlagen nur etwas zu interpretieren, um einen "untrüglichen Indikator" für die Verwertung des Kapitals zu haben, wobei wir bei der Interpretation einige Vorsicht gelten lassen müssen, da, wie Altvater sagt, man "diese Indikatoren nicht als absolute" nehmen darf. Was können wir aber mit diesen Statistiken anfangen, auch wenn wir meinen, daß sie ein Ausdruck der Verwertung des Kapitals sind? Wir können höchstens schließen, daß, wenn die Auslastungsgrade hoch sind, es deshalb der Fall ist, weil die Verwertungsbedingungen des Kapitals gut sind, oder umgekehrt, daß sie niedrig sind, weil die Verwertungsbedingungen des Kapitals schlecht sind. Können wir aber erklären, warum denn die Verwertungsbedingungen gut oder schlecht sind? Nein, es sei denn, wir würden im Zirkel schließen. Wenn wir also die "Indikatoren" analysieren, so haben wir noch lange keine Ursachen für eine gute oder schlechte Verwertung des Kapitals analysiert.

E. Altvater schreibt daher auch im gleichen Abschnitt:

> "Hier zeigt sich, daß die Begrenztheit der Mittel des Verwertungsprozesses in Konflikt geraten kann mit dem Ziel der Verwertung und nicht nur das Ziel umgekehrt mit dem Mittel konfligiert." (S.23)

Man mag darüber streiten, ob Altvater das tatsächlich gezeigt hat. Bei der Erklärung der U r s a c h e n der Konjunktur geht es aber nicht darum zu zeigen, daß der Verwertungsprozeß in Konflikt mit dem Ziel der Verwertung (Mehrwertauspressung) geraten kann, sondern w a r u m dieser Widerspruch die Zyklizität entfacht. Und außerdem kommt es nicht nur darauf an, zu zeigen, daß beide in Konflikt geraten "können", sondern unter welchen konkreten Umständen sie in Konflikt geraten. Und wenn wir uns Altvaters Analyse anschauen, dann finden wir, daß dort eben nur im Zirkel geschlossen werden kann, was wahrhaftig recht unproduktiv ist.

Mit seinen Ausführungen über Löhne und Profite sieht es leider auch nicht anders aus. Er schreibt dort:

> "Hier haben wir wieder den Widerspruch, der die kapitalistische Konjunktur bestimmt, in seiner sichtbarsten Erscheinungsform. Der Einzelkapitalist versucht durch Preissteigerung die in steigender Beschäftigung und steigenden Nominallöhnen zum Ausdruck kommende "wachsende Prosperität" der Arbeiterklasse, die ja für ihn die Erscheinungsform höherer Produktionskosten nimmt, zu unterlaufen... Im Widerspruch und der gleichzeitigen absoluten Interdependenz von Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen im Konjunkturzyklus – verflacht als Lohnpreis oder Preislohnspirale... – drückt sich der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital konkret in seinen zyklischen Bewegungen aus." (S. 26)

E. Altvater hat hier sehr richtig und klar eine (übrigens modernere) konkrete Erscheinungsform des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit dargestellt. Aber dieser Widerspruch ist die Ursache nicht nur für die konjunkturelle Bewegung der Produktion, sondern letztlich die Ursache aller Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, und wir haben wahrlich wenig damit gewonnen, die Konjunktur auf diesen Widerspruch zurückzuführen.

Nun sagt Altvater etwas danach:

> "Hier zeigt sich folgendes sehr deutlich: In der ersten Aufschwungsphase entschärft die Schwäche der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit und natürlich auch durch "konzertierte Aktion" die Konkurrenz der Kapitale untereinander, da die Auspressung von Mehrwert für jedes Einzelkapital profitabel genug vonstatten geht. In späteren Phasen des Aufschwungs aber verschärft sich notwendig die Konkurrenz der Einzelkapitale, da zusätzliche Auspressungen der Arbeitskraft immer schwieriger werden und der Kampf um den möglichst großen Anteil an der vom gesellschaftlichen Gesamtarbeiter erzeugten gesellschaftlichen Mehrwertmasse geführt wird. Durch die Konkurrenz aber wird die Mehrwertmasse nicht um eine unbezahlte produktive Arbeitsstunde vergrößert..." (S. 27)

In diesem Abschnitt werden von E. Altvater außerordentlich wichtige Fragen aufgeworfen, und wir meinen, die wichtigsten seines Aufsatzes überhaupt. Dennoch müssen wir sein Vorgehen kritisieren. Denn er sagt: in der ersten Phase der Konjunktur sind die Arbeiter schwach, das Kapital hat keine größeren Schwierigkeiten, sie auszubeuten; wenn aber die Konjunktur steigt, dann wird es dem Kapital immer schwieriger, die Arbeiter auszubeuten, also beginnt der Krieg zwischen den Kapitalisten untereinander. Wir stimmen damit vollständig überein, aber ging es nicht darum, eben gerade die Ursachen für steigende bzw. fallende Konjunktur herauszufinden? Und dies wäre hier umso wichtiger, als ja gerade Altvater die Stärke der Arbeiter als von der Konjunktur abhängig betrachtet und darstellt. Es wird bestimmt nicht wenige gegenteilige Meinungen geben, daß nämlich die Konjunktur von der Stärke der Arbeiter abhängig ist. Wir meinen, daß sie sich gegenseitig bedingen, und daß eine richtige Konjunkturanalyse eben diesen Zusammenhang herausarbeiten müßte, und dazu wird es nötig sein, nicht von einer bestimmten Phase auszugehen, wie Altvater, sondern das Entstehen der Phasen zu erklären.

Wir könnten ähnliche Einwände gegen den Abschnitt über die Bedeutung des fixen Kapitals vorbringen, wir wollen aber, da wir unsere Kritik nicht ins Uferlose treiben wollen, den Abschnitt über die Disproportionen im Konjunkturverlauf analysieren, zumal auch dort auf den ersten Blick Erklärungen von Ursachen für die Konjunktur gegeben zu werden scheinen. Altvater sagt dort, daß es mehrere Arten von Disproportionen gibt, daß es aber auf die "sich herausbildenden wertmäßigen und naturalförmigen Disproportionen zwischen Industriezweigen und insbesondere zwischen den Abteilungen I ... und Abteilung II ..." ankommt. Bei seiner Erklärung, weshalb diese Disproportionen auftreten, greift Altvater zu dem in der bürgerlichen Theorie als Akzelerator bekanntem Gesetz, wonach eine Veränderung der Nachfrage nach Konsumtionswaren auch eine Veränderung der Nachfrage nach Produktionsmitteln führt, und erklärt dessen Wirkung auf die Kapazität der einzelnen Produktionszweige. Er selbst sagt aber, daß diese Veränderung der Nachfrage nur zu einer bestimmten Zeit Disproportionen des Produktionsapparats hervorrufen, daß man also mehrere Faktoren berücksichtigen muß. Die entscheidende Frage stellt er aber nicht: was bedingt die Veränderung der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und wann bewirkt sie eine solche Disproportion des Produktionsapparates, daß eine Rezession eintritt? Er schreibt daher, nachdem er einzelne Faktoren angedeutet hat, die auf die Kapazitäten einen Einfluß haben:

> "Dennoch retardieren infolge verschiedener Faktoren die Zuwachsraten (des Auftragsindex, d.Verf.) (Aufwertung, Preissteigerung), so daß ein Umschwung in der Aufwärtstendenz im Laufe der ersten Monate 1970 durchaus möglich ist. Das Ifo-Institut sieht darin bereits einen Indikator (neben anderen) für eine mögliche "Tendenzwende" der Konjunktur. Die Ursache für die bezeichneten Disproportionen ist der relative und absolute Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft." (S. 34)

Hier kommt wieder das zum Ausdruck, was wir schon oben bemängelt haben. Wenn es nur "möglich" ist, daß ein Abschwung eintritt, wenn man nur eine "mögliche Tendenzwende" voraussagen kann, wie kann dann so unvermittelt behauptet werden, daß die Disproportionen aus dem im Kapitalismus ständig vorhandenen und nur vorübergehend aufgehobenen Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft hervorgeht? Uns scheint Altvater hier wesentliche Vermittlungskategorien auszulassen und daher eine Erklärung vorzutäuschen, die er in der Tat nicht liefert. Er bringt dann eine Tabelle, aus der er daher auch äußerst triviale Schlüsse zieht, wie z.B.:

> "Der relativ kontinuierliche Anstieg der Produktion in der "Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie" erklärt sich allein aus der Tatsache, daß in diese Kategorie die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung fallen, die als "Wachstumsbranchen" auch in der Krise die Produktionsrückfälle der anderen diesem Zweig subsumierten Zweige... überkompensieren konnten." (S. 34)

Die Erklärung ist also die, daß der Anstieg der Produktion eines Produktionszweiges dadurch erklärt wird, daß einzelne Branchen in diesem Sektor zu den "Wachstumsbranchen" gehören. Die Produktion steigt, weil die Industrien zu den "Wachstumsbranchen" gehören. E. Altvater wird bestimmt zugeben, daß er sich hier ganz trivial im Kreis gedreht hat.

3. Zusammenfassung

Damit unsere Kritik nicht mißverstanden wird, wollen wir betonen, daß wir den Aufsatz von Elmar Altvater als einen wichtigen Beitrag zum Problem einer Konkretisierung von abstrakten Marxschen Kategorien auf den konkreten, heutigen kapitalistischen Produktionsprozeß betrachten. Altvater betont sehr richtig, daß die heutigen Erscheinungen nicht verstanden werden können, wenn der Widerspruch zwischen Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals, also die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nicht berücksichtigt werden. Trotzdem meinen wir, daß der Aufsatz einen falschen Anschein von Erklärungen gibt. Wenn nämlich gesagt wird, daß die Konjunktur von den Verwertungsbedingungen des Kapitals, also von den verschiedenen Profitraten abhängt, so ist damit nichts geklärt. Der Zusammenhang ist nämlich nicht so einfach. Profitrate und Konjunktur bedingen sich gegenseitig, und beide sind der A u s d r u c k der Vielfalt von Widersprüchen im Kapitalismus, die erst einmal einzeln untersucht werden müssen, damit man überhaupt eine Übersicht erhält. Wenn wir nur daran denken, wie unbefriedigend die Diskussion über das Problem der Aufwertung war, in welchem viele Mitglieder der sozialistischen Bewegung die Ankündigung einer allgemeinen kapitalistischen Krise witterten, so scheint doch der richtige Weg unserer zukünftigen Arbeit der zu sein, uns erst allmählich durch die Untersuchung einzelner Bereiche der heutigen Probleme des Kapitalismus an eine allgemeinere Analyse heranzuarbeiten, statt einen globalen Erklärungsanspruch aufzustellen und global die zukünftige Krise als "unvermeidbar" zu proklamieren. Und gerade die Konsequenzen, die Altvater aus seinem Aufsatz ableitet, zeigen uns, wie wenig er vorwärtsgekommen ist. Denn was kann man davon sagen, wenn er schreibt:

> "Wenn wir die gegenwärtige Konjunkturlage insgesamt beurteilen wollen, so können wir auf dem Hintergrund unserer Analyse mit großer Sicherheit den baldigen Umschwung der Konjunkturentwicklung voraussagen. Es hängt allerdings von vielen Faktoren ab, ob der Umschwung sich wie in der ersten Hälfte des Jahres 1967 in eine Rezession fortsetzt oder nicht." (S. 45)

Welches sind aber diese Faktoren, von denen es abhängt, ob eine Rezession "eintritt oder nicht"? E. Altvater gibt uns hierzu keine Antwort, und aus seiner Analyse geht auch keine Antwort hervor. Wir sehen: wir haben die Erklärung der Konjunktur auf einen Nenner gebracht, nämlich auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem besteht vielmehr darin, eben die Erscheinungen und die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht auf dieses allgemeine Gesetz zu beziehen, sondern die Ursache der Veränderung eben dieser Erscheinungen und dieser Bedingungen zu erklären.

(Wir müßten eigentlich noch darauf eingehen, daß der Anspruch, der im Aufsatz von Altvater stillschweigend enthalten ist, (daß es überhaupt möglich ist, eine allumfassende Konjunkturprognose aufzustellen) nicht erfüllt ist, daß aber im Grunde schon mit dieser Einsicht viel gewonnen wäre, wenn damit Hand in Hand expliziert worden wäre, daß die Konjunkturanalyse als Hilfsmittel revolutionärer Politik ihrem Wesen nach von nur r e l a t i v e r Bedeutung ist, i.e. nicht der sehnlichst erwartete "deus ex machina", den einige der revolutionären Gruppierungen nun anbeten und Wunderdinge erwarten mögen, als hätten sie damit den archimedischen Punkt, von dem aus sie die kapitalistische Welt aus den Angeln heben können. Denn auch die Zyklizität der kapitalistischen Produktion ist eben nur e i n e Erscheinung bestimmter Verhältnisse (des Kapitalismus), e i n e Erscheinungsform ihres Grundwiderspruchs, die mehr oder weniger bedeutsam ist, was allerdings (politisch) begründet werden müßte, warum sie besonders bedeutsam ist.)

Klaus Grenzdörffer/Alex Schubert

Replik zur Kritik von K. Grenzdörffer und A. Schubert x)

Klaus Grenzdörffer und Alex Schubert formulieren als einen zentralen Einwand gegen die Konjunkturanalyse in der SOPO 5, daß zwar von den Verwertungsbedingungen des Kapitals als den Ursachen für die zyklische Bewegung gesprochen werde, diese selbst aber nur anhand einiger 'Indikatoren' beschrieben, nicht aber erklärt würden. Dieser Einwand, das muß von vornherein zugegeben werden, ist berechtigt und signalisiert gerade die großen Probleme, vor denen jede Konjunkturanalyse steht, die mehr als bloße "Symptomatik" (Henryk Grossmann über die bürgerliche Konjunkturforschung) sein will. Allerdings scheint mir in der Kritik als Problem nicht voll erkannt zu sein, daß die objektiven Momente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses das 'Indikatorenproblem' aufwerfen. Dazu drei kurze Anmerkungen.

1. Das Problem der Auswahl sinnvoller Indikatoren für die Bewegung der Akkumulation des Kapitals ist in der Konjunkturanalyse mißverständlich formuliert. Denn es handelt sich dabei nicht um die 'Transformation' von Begriffen der bürgerlichen Ökonomie in marxistische Begriffe – dies würde ja voraussetzen, daß die unterschiedlichen Begriffe gleiches zu erfassen versuchten –, sondern um das reale Verhältnis der Kategorien des Kapitalverwertungsprozesses und deren Erscheinungsformen an der Oberfläche des Kapitalverhältnisses. In der bürgerlichen Konjunkturforschung und Statistik, deren man sich wohl oder übel bedienen muß, wird mit Begriffen wie Volkseinkommen, Sozialprodukt, Investitionen, Verbrauch, Produktionspotential operiert. In der Beschreibung und Analyse der Bewegungen dieser 'Faktoren' bleibt die Konjunkturforschung reine 'Symptomatik', die die Ursachen der Bewegungen dieser Faktoren nicht zu erklären weiß, da sie ja keinen Begriff davon hat, daß z.B. das Produktionspotential ("Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials", schreibt der Sachverständigenrat, JG 68/69, Ziff. 31) nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung ist und Verbrauch, Investitionen oder Volkseinkommen nicht nur 'Nachfragefaktoren', die für die Realisierung bedeutsam sind, darstellen, sondern unmittelbare Momente des Kapitalverwertungsprozesses sind. Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geben nur die Symptome der konjunkturellen Entwicklung an; sie lassen keinen Schluß auf die Ursache dieser Schwankungen zu, auch wenn die statistischen Methoden, mit denen diese Faktoren analysiert werden, noch so sehr verfeinert sind. Die Konjunkturbewegung kann also nur erklärt werden, wenn sie aus den Widersprüchen des Kapitals selbst erklärt wird. Dies bedeutet, daß eine Konjunkturanalyse, will sie systematisch vorgehen, eigentlich nicht bei der gegebenen Konjunkturlage ansetzen darf, sondern gerade von den allgemeinen Widersprüchen des Kapitalverhältnisses auszugehen hat, da der zyklische Charakter des Akkumulationsprozesses nur als Prozeß der permanenten Erzeugung von Widersprüchen und deren Lösung verstanden werden kann. In diesem Sinne ist auch Marx zu verstehen, wenn er die Krise als eine Phase des Akkumulationsprozesses bezeichnet, in der die aufgehäuften Widersprüche zeitweise und gewaltsam gelöst werden. Und daraus ist ebenfalls zu begründen, warum die Gesetzmäßigkeiten der Akkumulation notwendig den zyklischen Charakter des Gesamtprozesses des Kapitals produzieren.

Für das "Indikatorenproblem" ergibt sich daraus, daß es nicht auf eine bloße 'Transformation' von theoretischen Begriffen aus verschiedenen begrifflichen Zusammenhängen ankommt, sondern um des Begreifen des realen Zusammenhangs zwischen den – vereinfacht ausgedrückt – inneren Gesetzen der Kapitalverwertung und den im Kapitalverhältnis notwendig produzierten Erscheinungsformen. In der Konjunkturanalyse kommt es zusätzlich darauf an, wie sich die Widersprüche des Akkumulationsprozesses jeweils in den empirischen Zeitreihen der 'Angebots- und Nachfragefaktoren', für die uns die bürgerliche Statistik das Material liefert, ausdrücken und wie umgekehrt von diesen empirisch vorgefundenen Zeitreihen auf die zyklische Tendenz der Akkumulation zurückgeschlossen werden kann. Nur in diesem Sinne können 'Investitionen', 'Verbrauch', 'Löhne' usw. als Indikatoren dienen. Mit anderen Worten: Zur Lösung des Indikatorenproblems brauchen wir keine irgendwie zustandegekommene Konvention, wie sich etwa 'Investitionen' und 'Akkumulation des Kapitals' zueinander verhalten, sondern die theoretische Klärung der Genesis der Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses aus diesem selbst. Nur dadurch wird es möglich sein, 'Indikatoren' sinnvoll zu interpretieren und aus deren Entwicklung den Konjunkturverlauf zu prognostizieren.

Unter diesem Aspekt scheint mir ein Teil der Kritik von Grenzdörffer und Schubert am Problem ein wenig vorbeizugehen. Denn einmal war gar nicht beabsichtigt, durch Analyse der 'Indikatoren' die U r s a c h e n für eine gute oder schlechte Verwertung des Kapitals zu analysieren, sondern aus den Erscheinungen der Akkumulation des Kapitals auf die diesen Erscheinungen zugrundeliegenden Verwertungsbedingungen des Kapitals selbst zurückzuschließen – was wohl kaum als 'fast tautologisch' bezeichnet werden kann. Denn bei diesem Schritt in der Analyse handelt es sich um einen ersten, aber notwendigen Abschnitt, wenn überhaupt beabsichtigt wird, aus dem konkreten, empirischen Material etwas über die Tendenz der konjunkturellen Entwicklung zu erfahren. Diese Tendenzen lassen sich analysieren, bevor sie etwa als Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit manifest werden.

2. Wenn Grenzdörffer und Schubert zu der Voraussage der Krise meinen, dieses sei Ausdruck eines falschen Anspruchs auf "globale Erklärung", der unbefriedigend sein müsse, so haben sie meines Erachtens einen wunden Punkt in der theoretischen Arbeit der Linken bezeichnet. Es soll daher begründet werden, warum in der Konjunkturanalyse von SOPO 5 überhaupt von dem möglichen Eintreten der Krise gesprochen worden ist. (a) Die Analyse des zyklischen Charakters kapitalistischer Entwicklung in der Vergangenheit und die Analyse der außergewöhnlich günstigen Reproduktionsbedingungen des Kapitals in der Rekonstruktionsperiode nach dem zweiten Weltkrieg zeigen, daß der Kapitalismus im Weltmaßstab weit davon entfernt ist, Krisen entschärft zu haben. Im Gegenteil, es ist eher wahrscheinlich, daß sich tiefere ökonomische Krisen in naher Zukunft herausbilden, als daß eine konjunkturelle Mittellage durch staatliche Regulierung gehalten werden könnte. (b) Überhaupt ist für die theoretische Arbeit der Sozialisten zu sagen, daß es fruchtbarer sein dürfte, die besonderen historischen Bedingungen zu analysieren, die dafür verantwortlich sind, daß schwere Krisen nach dem zweiten Weltkrieg nicht stattgefunden haben, als die Krisen als besondere Umstände eines sich normalerweise krisenfrei entwickelnden Kapitalismus anzusehen. Nicht die Krise ist abnormal, sondern die relative Krisenfreiheit, wenn man die konjunkturelle Entwicklung meint. (c) Die Analyse der zyklischen Bewegung zeigt auch, daß einer konjunkturellen Lage wie in den ersten Monaten 1970 der Umschlag der Konjunktur n o t w e n d i g folgen muß. Dies läßt sich theoretisch begründen und selbst den Prognosen der bürgerlichen Konjunkturforschung entnehmen. Allerdings – und dies ist der Grund für die vorsichtige Formulierung auf S. 45, die Grenzdörffer und Schubert zitieren – müssen für Aussagen über den konkreten historischen Charakter dieses Umschlags eben diese besonderen Umstände analysiert werden, was allerdings außerhalb der Möglichkeiten bei der Konjunkturanalyse in SOPO 5 stand. Grenzdörffer und Schubert hätten zum Beleg ihrer Ansicht, die Krise nicht konstatieren zu können oder zu sollen, die besonderen Umstände zumindest erwähnen müssen, die dazu führen können, daß ein notwendiger konjunktureller Umschlag nach der augenblicklichen Hochkonjunktur keine Rezession, sondern nur eine zeitweise Verringerung der Wachstumsraten mit sich bringen dürfte. Es lassen sich nämlich dafür tatsächlich Argumente anführen, etwa die anhaltende Expansion auf dem Weltmarkt, die Möglichkeit eines sogenannten Zwischenhochs, durch das die 'Talfahrt' gebremst wird, ein funktionierendes Mitspielen der Arbeiter beim Versuch der staatlich regulierten Profitsicherung, einen 'Kambodscha-Boom', an dem auch Westdeutschland sich mästen könnte usw. (d) Mit der Konjunkturanalyse war natürlich auch eine politische Absicht in der Weise verbunden, dabei mitzuhelfen, das innerhalb der Linken grassierende Gerede von der möglichen Krisenentschärfung und den Möglichkeiten des Sozialstaates zur Manipulation von Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch zu destruieren.

3. Nun stellt sich also immer noch die Frage, wie die konjunkturelle Entwicklung zu erklären ist. Grenzdörffer und Schubert meinen, daß dazu gerade analysiert werden müsse, w a r u m Ziel der Verwertung und Mittel (Arbeitsprozeß) in Konflikt miteinander geraten. Hier haben wir allerdings, wie ich meine, den Ansatz einer in eine – bezüglich unserer Zwecksetzung – falsche Richtung weisenden Fragestellung. Im Kapitalismus stehen Verwertungs- und Arbeitsprozeß i m m e r, in jeder Konjunkturphase in Widerspruch zueinander und die Frage nach dem "warum" verweist auf die Notwendigkeit der jeder Konjunkturanalyse vorausgehenden Analyse der Widersprüche des Kapi-

x) Die Kritik Joachim Bischoffs hat mir zu spät vorgelegen, als daß eine kritische Verarbeitung in dieser Replik möglich gewesen wäre.

talverhältnisses überhaupt. Darüber kann es gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Für die Konjunkturbewegung selbst aber sind gerade die Art und Weise relevant, wie dieser Widerspruch sich historisch ausprägt und auf den 'Stachel' der kapitalistischen Produktion, die Profitrate, wirkt. Eine konkrete Analyse muß daher über dieses "warum" hinausgehen und nach dem "wie" fragen. Entsprechend diesen Überlegungen müssen gerade solche theoretisch nichtssagenden Ansätze wie "Profitrate und Konjunktur bedingen sich gegenseitig" abgelegt werden. Denn die Konjunktur bedingt gar nichts. Die Widersprüche, die die zyklische Bewegung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses hervorrufen und die aus dem Charakter kapitalistischer Akkumulation resultieren, bedingen im Konjunkturverlauf die zyklische Bewegung der Profitrate. Sie ist also zugleich Resultante der "widerstreitenden Agentien" und als solche A u s d r u c k der Verwertungsbedingungen und mal als spitzer, mal als stumpfer Stachel die Voraussetzung für beschleunigte oder stockende Akkumulation.

Elmar Altvater

Bisher erschienene Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK

1/69 (April) 2. Aufl	J. Agnoli: Parlamentarismus-Diskussion / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft I / E. Hobsbawm: Imperialismusdebatte / W. Müller: Arbeitswerttheorie bei Habermas / B. Rabehl: Rätedemokratie
2/69 (Juni) 2. Aufl.	E. Altvater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung / B. Tibi: Fanons Gewalttheorie
3/69 (Okt.) 2. Aufl.	B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauff: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien / Literatur zur technischen Intelligenz
4/69 (Dez.)	A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern
5/70 (März)	E. Altvater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / P. R. Schilling: Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert: Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Ausführlicher Index zu SOPO 1-4/69 über den Verlag zu erhalten.

Zur Auseinandersetzung mit dem Zionismus

Der seit einem Jahr innerhalb der westdeutschen und westberliner Linken geführten Auseinandersetzung mit dem Zionismus ist durch das in deutscher Übersetzung erschienene Buch von dem arabischen Israeli S. Geries und dem jüdischen antizionistischen Israeli E. Löbel ein wichtiger Beitrag geliefert worden (1). Damit werden die bisherigen Ergebnisse, die bei der Auseinandersetzung mit den Implikationen der Verwirklichung des zionistischen Gedankens gewonnen wurden, in zweifacher Weise ergänzt: die von S. Geries in detaillierter Arbeit dargestellte sozio-ökonomische u. politische Lage der palästinensischen Araber in Israel seit der Staatsgründung fügt sich bruchlos in die von der zionistischen Besiedlung in den 20er und 30er Jahren im Palästina des britischen Mandats betriebenen Zerschlagung der sozio-ökonomischen Struktur der palästinensischen Araber ein: Der Kern der umfangreichen Einleitung von E. Löbel wiederum zeigt, daß die nach dem Junikrieg in Israel geführten Auseinandersetzungen zwischen "Territorialisten" und "Demographen" lediglich interne zionistische Streitereien um die richtige Anwendung des zionistischen Gedankens sind und damit nichts anderes als eine Fortsetzung auf anderer Ebene der bereits in den 20er und 30er Jahren geführten Auseinandersetzung zwischen dem "Arbeiterflügel" und den mehr bürgerlichen Elementen der zionistischen Bewegung über den Boykott oder den billigen Gebrauch der arabischen Arbeitskräfte. Das Wesentliche, nämlich der Aufbau bzw. das Aufrechterhalten des zionistischen Staates wurde jedoch weder damals noch heute angetastet und so wenig wie damals bestehen heute die entscheidenden Unterschiede nicht innerhalb des zionistischen Lagers, sondern zwischen Z i o n i s t e n (gleich welcher Färbung) und A n t i z i o n i s t e n. Die Alternative der konsequent antizionistischen "Israeli Socialist Organisation (besser bekannt unter dem Namen ihrer Zeitschrift MATZPEN) zum Zionismus aufgezeigt zu haben, gibt dem Beitrag von E. Löbel darüberhinaus eine wichtige Aussagekraft für die Auseinandersetzung der Linken mit dem palästinensischen Widerstand und insbes. mit den beiden gegenwärtig wichtigsten Bewegungen, der in ihren Zielen klei derstand und insbes. mit den beiden gegenwärtig wichtigsten Bewegungen, der in ihren Zielen kleinbürgerlich nationalistischen, in ihrer Perspektive sich auf Palästina beschränkenden Al Fatah und der eine sozialistische Perspektive für die Lösung der Probleme im Nahen Osten insgesamt anbietenden FDPLP. (Front Democratic Populaire pour la Liberation de Palestine) Ehe auf den Wert dieser beiden Beiträge für die interne theoretische Auseinandersetzung der Linken näher eingegangen werden soll, erscheint es zweckmäßig, den bisherigen Stand der Zionismusanalyse kurz zu rekapitulieren und damit denjenigen, die wegen der bisher nur geringen Veröffentlichungen die Ergebnisse solcher Diskussionen nicht kennen, die Möglichkeit zum Einstieg in die Diskussion zu geben.

Der 1897 auf einem Kongreß in Basel sich konstituierende politische Zionismus mit seinen Haupttheoretikern Th. Herzl und Max Nordau war die Antwort auf die bedrängte wirtschaftliche und soziale Lage der jüdischen Kleinbourgeoisie und auf die antisemitische Pogrome der nicht jüdischen Kleinbourgeoisie (die ebenfalls durch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung in ihrer Existenz bedroht war) in Mittel- und Osteuropa (2). Der Gedanke, die in Europa durch die kapitalistische Entwicklung sich stellende Judenfrage mit der Errichtung eines nationalen jüdischen Staates (3) durch Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes lösen zu wollen, war selbst wiederum

---

1 Sabri Geries, Eli Löbel: DIE ARABER IN ISRAEL, München, Trikont Verlagskooperative, 1970. Sämtliche Seitenangaben beziehen sich auf die französische Ausgabe.

2 Zur Problematik des Antisemitismus vgl. die glänzende Analyse von Abraham Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE DE LA QUESTION JUIVE (Paris 1946 u. 1969).

3 Der Anspruch des Zionismus, die Judenfrage lösen zu können, wurde bereits 1914 von Karl Kautsky in seiner Schrift RASSE UND JUDENTUM auf ideologischer Ebene widerlegt. Später ebenso von I. Rennap: ANTI-SEMITISM AND THE JEWISH QUESTION (London, 1942) und von A. Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE...

Produkt der beiden politischen Phänomene, die sich mit der kapitalistischen Gesellschaft in Europa entwickelten: nämlich des Nationalismus und Kolonialismus (4). Damit impliziert die Verwirklichung des zionistischen Gedankens zwei wesentliche Konsequenzen, die, wie historisch leicht nachzuweisen ist, von Anbeginn bis heute wirken: da nämlich die Welt von dem Imperialismus bereits aufgeteilt war, mußte sich der Zionismus in seiner Intention, ein Siedlungsgebiet zu bekommen, notwendigerweise mit dem Imperialismus verbünden; andererseits mußte die zionistische Zielsetzung, einen eigenen nationalen jüdischen Staat mit eigener Klassenstruktur, insbesondere mit einer eigenen Arbeiterklasse, zu schaffen, die Verdrängung der in dem Siedlungsgebiet lebenden einheimischen Bevölkerung nachsichziehen. Hierin zeigt sich der wesentliche Unterschied zwischen dem Zionismus und den meisten anderen kolonialen Bewegungen der modernen Zeit: während diese daran interessiert waren, die billige Arbeitskraft der "Eingeborenen" auszubeuten und damit zwangsläufig die einheimische Bevölkerung in eine Proletarierklasse einer neuen kapitalistischen Gesellschaft verwandelte, wollte der Zionismus das Land als solches, um einen neuen Nationalstaat zu schaffen, d.h. er wollte nicht Ausbeutung der einheimischen Arbeitskraft, sondern ihre Ersetzung, nicht nur ihre Ersetzung, sondern die Beseitigung jeglicher einheimischen Konkurrenz aus dem zu errichtenden jüdischen Wirtschaftssektor. (5) Diese Konsequenzen liegen in der Verwirklichung des zionistischen Gedankens als solchem, sie hätten für jedes Gebiet und seine Bevölkerung gegolten, das die Zionisten besiedelt hätten, für Mosambique ebenso wie für Uganda und Palästina, die zu Anfang dieses Jahrhunderts alle erwogen wurden; daß es schließlich Palästina und die Palästinenser waren, die getroffen wurden, war lediglich das Ergebnis eines Beschlusses auf dem 7. zionistischen Kongreß von 1905, wo die sogenannten "Territorialisten" (zu denen auch Herzl gehört hatte und die keine Priorität für ein bestimmtes Gebiet hatten) bei einer Abstimmung der anderen Richtung unterlagen, die mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle der osteuropäischen Juden Palästina als Zielobjekt für den Gedanken eines jüdischen Staates für das geeignetste Gebiet hielten. Seitdem richteten sich die Bemühungen der Zionisten bei den imperialistischen Mächten auf den Erwerb Palästinas.

Die bei der Verwirklichung des zionistischen Gedankens angelegten Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung fanden bei der zionistischen Besiedlung Palästinas in den 20er und 30er Jahren ihre Instrumentalisierung in 3 wichtigen Parolen: "jüdischer Boden", "jüdische Arbeit", "jüdische Ware" und ihren zugehörigen Institutionen "Keren Kajemet" (Jüdischer Nationalfond), Histadrut (Konföderation jüdischer Arbeiter Palästinas) und der "Tnouva" (Kooperative Verkaufsgesellschaft). (6) Die Anwendung der Slogan schaffte es, bis zum Ende der Mandatszeit die sozioökonomische Struktur des palästinensischen Volkes weitgehend zu deformieren bzw. zu zerschlagen. Unter der Parole "jüdischer Boden" wurden weite Teile des Bodens von den Effendis gekauft, wodurch die auf dem Grundbesitz arbeitenden Bauern ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden und in die Stadt gehen mußten, um eine Arbeit zu suchen. Hier aber wurden sie gleich mit zwei Hindernissen konfrontiert: aufgrund einer nur sehr geringen kapitalistischen palästinensischen Wirtschaftsentwicklung (Resultat der jahrhundertelangen Osmanenherrschaft und des seit einigen Jahrzehnten etablierten britischen Imperialismus) konnten die Bauern keine Arbeit im arabischen Sektor finden; der jüdische Sektor war ihnen verschlossen, da unter der Kampagne der "jüdischen Arbeit" alle zionistischen Betriebe der arabischen Arbeitskraft verschlossen waren. (7) Dies lag in der inneren Logik der zionistischen Absicht, eine eigene Arbeiterklasse zu schaffen. Ihres Bodens beraubt, daran gehindert, sich zu einer Arbeiterklasse zu entwickeln, wurden die palästinensischen Bauern mehr und mehr zum Lumpenproletariat der Städte, abgesehen von den wenigen, die das Glück hatten, in der Verwaltung der britischen Mandatsmacht irgendwelche Dienste versehen zu können. Die arabischen Händler wurden in gleicher Weise betroffen: unter dem Slogan "jüdische Ware" wurde ein systematischer Boykott gegenüber den arabischen Produkten ausgeübt, der sehr

4 Vgl. Analyse der Israel Socialist Organisation (I.S.O.), erschienen in SOPO 2/1969, pp. 57-58.
5 Vgl. ebda, pp. 58-59; sowie Nathan Weinstock: LE ZIONISME CONTRE ISRAEL (Paris, Maspero, 1969), p. 143.
6 Vgl. Weinstock, 10. Kapitel "Le mouvement ouvrier palestinien de 1918 - 1939", pp. 183-200.
7 Vgl. SOPO 2, p. 59; sowie Weinstock, a.a.O., S. 184.

bald viele arabische Händler u. Kaufleute zugrunde gehen ließ. (8) Daß sich unter der Konkurrenz des mit technischen know how und mit Kapital ausgerüsteten zionistischen Wirtschaftssektor und der gleichzeitigen Etablierung des britischen Imperialismus unter dem Decknamen einer "Mandatsmacht" keine nationale palästinensische Bourgeoisie entwickeln konnte, die ihre historische Aufgabe, eine kapitalistische Wirtschaftsentwicklung einzuleiten, hätten durchführen können, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Die Deformierung bzw. Zerschlagung der sozio-ökonomischen Struktur des palästinensischen Volkes war die notwendige Folge des zionistischen Gedankens, einen jüdischen Nationalstaat zu errichten. Es geht nicht darum, ob die Zionisten dies oder jenes hätten vermeiden können, es geht nicht darum, daß es innerhalb des zionistischen Lagers Auseinandersetzungen über die eine oder andere Frage gegeben hat. Daß es damals Zionisten gab (und heute noch gibt), die sich subjektiv als Sozialisten begreifen, und mit all ihren guten Intentionen werben, darf nicht verwirren; dadurch, daß sie sich nicht gegen die Beraubung des Bodens der Bauern, gegen den Ausschluß der Arbeiter und gegen den Boykott der Händler aufgelehnt haben (9), ja, sogar die eifrigsten Verfechter der Slogan vom "jüdischen Boden", "jüdischer Arbeit" und "jüdischer Ware" gegen die bürgerlichen Elemente des Zionismus waren, haben sie ihren vermeintlichen Sozialismus selbst ad absurdum geführt. Keiner der "sozialistischen" Zionisten setzte sich dem kolonialen Status des Landes zur Wehr, sie begaben sich sogar noch unter seinen Schutz – der koloniale Status nämlich war ebenso wie die strikte Apartheidpolitik die Basis für die Errichtung eines nationalen jüdischen Staates. (10)

8 Vgl. Weinstock, a.a.O., S. 187.
9 Vgl. Tony Cliff: THE STRUGGLE IN THE MIDDLE EAST (International Socialism Pamphlet), London 1967.
10 Im Gegensatz zu diesen "sozialistischen" Zionisten haben die jüdischen kommunistischen Einwanderer schon in den 20er Jahren erkannt, daß sie Bestandteil einer nationalistischen und kolonisatorischen Gesellschaft waren, die zu jeder antiimperialistischen und internationalistischen Politik im Widerspruch stand. Viele haben deshalb Palästina wieder verlassen. Vgl. Weinstock, a.a.O.,

Theorie und Praxis Heft 1/70

J. Bunzl: Antizionismus und Palästinafrage
A. Orr: Zionismus und die Palästinenser
B. T.: Zionismus und Antisemitismus
P. M. Sweezy: Israel und der Imperialismus
H. Schneider: Al Fatah und die Revolution
J. Majdalany: Antirassismus, Zionismus und die Araber
und andere Beiträge

Theorie und Praxis / Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik. Herausgeber: VSSTÖ, 1010 Wien, Werdertorgasse 6. Abo.: S 50,– / DM 10,–. Probeexemplar frei.

THEORIE UND PRAXIS
bringt in den nächsten Heften:
MÄRZ/APRIL
Koritschoner: JÄNNERSTREIK 1918
Zur Geschichte der Streikbewegung
M. Siegert: SOZIALISMUS UND IMPERIALISMUS
W. Burian: SITUATION UND TENDENZEN IN DER ÖSTERREICHISCHEN LINKEN
MAI/JUNI (Doppelnummer)
PSYCHOANALYSE/AUTORITÄT UND FAMILIE
SEPTEMBER/OKTOBER
KRITIK DER LITERATUR
(Arbeitstitel)

In diesem Kontext lassen sich die vielen Einzelheiten, die S. Geries in seiner Arbeit über die sozio-ökonomische und politische Lage der Araber in Israel seit der Staatsgründung bringt, auf einen gemeinsamen Nenner bringen: sie sind das Ergebnis der konsequenten Fortführung der zionistischen Politik während der Mandatszeit. Ist der Zionismus erst einmal in seinem Wesen erkannt, dann wird auch der Stellenwert der Arbeit von S. Geries für die weitere Auseinandersetzung der Linken mit dem Zionismus und der Befreiungsbewegung in Palästina (11) deutlich: die detaillierte Darstellung zeigt nämlich, daß sich 1948 für die palästinensischen Araber, die in dem israelischen Staatsgebiet verblieben, kein Bruch vollzogen hat hinsichtlich der Deformierung ihrer sozio-ökonomischen und politischen Struktur, sondern daß diese bis heute von dem zionistischen Staat fortgesetzt wird. Damit fügt sich die Arbeit von S. Geries in die bereits in den 20er und 30er Jahren geleisteten empirischen Darstellungen, ein, die mit ihrem reichen statistischen Material in dem bereits mehrfach zitierten Buch von N. Weinstock, LE ZIONISM CONTRE ISRAEL, auf dessen notwendige deutsche Übersetzung in diesem Zusammenhang hingewiesen werden soll, verarbeitet wurden. Die Bodenpolitik der Zionisten, die in der Mandatszeit durch den Kauf des Bodens von den Großgrundbesitzern betrieben wurde, konnte natürlich im zionistischen Staat selbst dann mit anderen, direkteren Mitteln durchgeführt werden: denn wie jeder andere Staat besaß auch der zionistische jetzt die Mittel der Gesetzgebung und des Militärs. Die in den 20er und 30er Jahren eingesetzte Proletarisierung der palästinensischen Bauern und Händler, die jedoch aufgrund der oben genannten spezifischen Bedingungen keine Proletarisierung im Sinne der europäischen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung war, dauerte auch nach der Staatsgründung fort: die nach 1948 durch Gesetze und Gewalt von ihrem Boden vertriebenen arabischen Bauern in Israel, schwanken in ihrem Status zwischen Gelegenheitsarbeitern und Lumpenproletariat hin und her. (12) In den Kontext des Zionismus als kolonialer Bewegung mit seinen aufgezeigten Charakteristika fügt sich auch die Konsequenz ein, daß eine solche Bewegung jede eigenständige geistige, kulturelle und politische Entwicklung der einheimischen Bevölkerung unterbinden muß und schließlich, nachdem es nicht gelungen war, sie bis zur Staatsgründung vollkommen zu verdrängen, sie durch eine Militärverwaltung (13) und durch Notstandsgesetze permanent unter Kontrolle zu halten. Kontrolle aus "Staatssicherheitsgründen" fügt sich bruchlos in eine koloriale Gesellschaft ein, deren Existenz auf der Negation der nationalen Existenz der Kolonisierten beruht.

Der Stellenwert des Beitrages von E. Löbel für die Beschäftigung der Linken mit dem Zionismus liegt darin, daß er durch die Analyse der internen zionistischen Auseinandersetzungen nach dem Junikrieg zwischen "Territorialisten" und "Demographen" aufzeigt, daß sich Israel als zionistischer Staat weder von seiner Verbindung und Abhängigkeit vom Imperialismus lösen noch bei konsequenter Anwendung des zionistischen Anspruchs und Zieles, das gesamte jüdische Volk im "Heiligen Land" zu sammeln, ohne Expansion auskommen kann. Hier zeigt sich, daß die beiden wesentlichen Konsequenzen der Verwirklichung des zionistischen Gedankens bis heute fortwirken. (14) Die Auseinandersetzungen innerhalb des zionistischen Lagers können nur darum gehen, wie man die "befreiten Gebiete" am adäquatesten im Sinne des zionistischen Gedankens verwertet: durch

11 Um bei der Unterstützung der Befreiungsbewegung eines kolonisierten Volkes eine konsequente internationalistische Haltung einnehmen zu können, ist es erforderlich, die Klassenstruktur und das daraus resultierende politische Bewußtsein dieses Volkes genau zu kennen. Nur so wird es möglich sein, zu erkennen, ob die Richtung zu unterstützen ist, die objektiv auf die Bedürfnisse des Volkes eine Antwort gibt oder ob die, die den eigenen Befreiungskampf in die Perspektive der sozialistischen Weltrevolution hineinstellt und sich deshalb als marxistisch-leninistische Avantgarde an die Spitze des Befreiungskampfes stellen will, um diesen von einem nationalen in einen sozialistischen zu tranformieren.

12 Der Bluff, den die zionistische Bürokratie durch die Zulassung der arabischen Arbeiter zur Histradut im Jahre 1959 machte, wird von S. Geries durch die Offenlegung der dahinter steckenden Ziele entlarvt, so daß deutlich wird, daß auch diese Maßnahme sich in das Gesamtgebäude der Kontinuität einfügt.

13 Die von der zionistischen Propaganda in aller Welt verkündete Aufhebung der Militärverwaltung 1966 verbirgt nichts anderes als die Übertragung der gleichen Rechte auf die Polizei.

14 In diesem Kontext lassen sich dann auch leicht Interviews und Erklärungen israelischer Militärs und Politiker in der hebräischen Presse begreifen, in denen expressis verbis gesagt wird, daß es sich bei dem Krieg von 1967 entgegen aller zionistischen Propaganda keineswegs um einen Überlebungskrieg gehandelt habe. (S. Beitrag von E. Löbel, pp. 17-19.)

Ausbeutung der billigen arabischen Arbeitskräfte (mit der Gefahr, sehr bald zu einem Südafrika oder Rhodesien zu werden) und dabei aber den jüdischen Charakter des Staates zu gefährden, oder durch "Säuberung" des Gebietes von Arabern, um den jüdischen Charakter des Staates nicht zu gefährden. Diese Widersprüche aber sind nur Nebenwidersprüche eines Kolonialvolkes. Der Hauptwiderspruch ist der zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten. Hierin zeigt sich, daß die wesentlichen Fronten in Israel nicht innerhalb des zionistischen Lagers verlaufen, sondern zwischen Zionisten und Antizionisten. Dies klarzulegen und zugleich den Juden in der Diaspora und der hebräischen Nation in Israel die Alternative zum Zionismus aufzuzeigen, macht den Beitrag von Elli Löbel für die Diskussion über Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung so wichtig. In Anlehnung an die Analyse von A. Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE DE LA QUESTION JUIVE, zeigt er auf, daß der Antisemitismus eine spezifische Erscheinungsform der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung ist (im 19. Jahrhundert materialisiert in Ost- und Mitteleuropa) und daß die Judenfrage nicht im Rahmen der Gesellschaft, die sie hervorbringt, zu lösen ist, (pp. 55, 56) daß im Gegenteil der Zionismus verursacht hat, die Judenfrage im internationalen Maßstab zu verfestigen. (p. 85) Die notwendige Verbindung des Zionismus mit dem Imperialismus gegen jegliche emanzipatorischen Bestrebungen in der arabischen Welt und damit die Verbindung mit der heute objektiv reaktionärsten gesellschaftlichen Kraft sowie die pro-imperialistische Orientierung der jüdischen Gemeinden, wiederum bedingt durch die Existenz Israels, bedeutet für die Juden in der ganzen Welt eine ungeheure Gefahr (p. 88). Das Schicksal der Juden in ihrer Gesamtheit ist dadurch mit dem im Niedergang begriffenen Weltimperialismus verbunden. (p. 88)

> "Das Erwachen des palästinensischen Volkes und die neue internationale Situation schaffen die Vorzeichen einer radikalen Umwälzung. Das Aufrechterhalten der Judenfrage im internationalen Maßstab... und die Identifizierung der organisierten jüdischen Kräfte mit dem imperialistischen Lager geben uns (jüdischen und nicht-jüdischen Internationalisten, S.M.) eine internationale Aufgabe." (85) "Der Kampf gegen den Zionismus muß auf internationaler Ebene geführt werden... das heißt internationale ... Unterstützung für den Kampf, der sich für ein vereinigtes, jüdisch-arabisches, ravolutionäres Palästina einsetzt... (p. 86)

Dies bedeutet zugleich die Anerkennung des Rechts auf Widerstand für ein unterdrücktes und erobertes Volk und des Rechts auf Selbstbestimmung für die hebräische Nation nach Dezionisierung des heutigen zionistischen Staates Israel. (p. 89)

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
Kritische Literatur · Poster & Grafik
Fachbücher · Buchversand

NEUES FORVM

Internationale Zeitschrift für den Dialog

Im Eigentum der Redakteure

1966 . . . 3 000 Expl., 1969 . . . 15 000 Expl. Auflage

Kritisches Christentum.
Kritischer Sozialismus.
Solidarität mit der Dritten Welt.

... beste deutschsprachige Zeitschrift (Süddeutscher Rundfunk) ... erste Namen und überzeugende Beiträge (Presse) ... keine Verbrüderung, sondern sachliche Diskussion (Arbeiter-Zeitung) ... ausgezeichnet (Neue Zürcher) ... Baedekersterne für optimales Gelingen (Süddeutsche) ... lesenswertest (Welt) ... eine der wenigen wahren Hoffnungen (Frankfurter Allgemeine) ... Tribüne des Dialogs (Kierunke, Warschau) ... führende Zeitschrift (Woprossy Literatury, Moskau) ... une des publications les plus vivantes (Le Monde) ... one of the most hopeful (Erich Fromm) ... dialogisches Aktionszentrum (Ernst Bloch) ... Zentralorgan der revisionistischen Internationale (Neues Deutschland) ... ehrliches Christentum (Tempo Brasileiro) ...

Einzelheft:
DM 2,40 / sfr 2,50

Jahresabonnement:
DM 38,– / sfr 40,–

Ermäßigung für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten

In allen Buchhandlungen, Kiosken, Bahnhöfen, Hochschulen sowie

A 1070 Wien, Museumstraße 5

Kuba: 10 Millionen Tonnen

Der Imperialismus hat am 17. April erneut seine Söldner nach Kuba geschickt. Ein Dutzend dieser Kanaillen landeten in der Nähe der Stadt von Baracoa, ausgerüstet mit den modernsten Waffen des USA-Heeres, den gleichen Waffen, die im Vietnam-Krieg angewendet werden. Aber neben den Waffen, Medikamenten, Radioapparaten und Nahrungsmitteln brachten sie ihre eigentlichen "Produktionsmittel": Material zur Sabotage. Neun Jahre zuvor, am 19. April 1961, hatten nordamerikanische Söldner ebenfalls in der Schweinebucht zu landen versucht. Damals wurde die gesamte kubanische Bevölkerung gegen die Angreifer mobilisiert, und sie brachte ihnen eine vernichtende Niederlage bei. Mehr als tausend Söldner, deren oberster Auftraggeber J.F. Kennedy gewesen war, wurden gefangengenommen. Jedes Jahr war anläßlich dieses Sieges der 19. April in Kuba gefeiert worden. Dieses Jahr, 1970, sollte es aber anders sein. Bei der Trauerfeier für die fünf Angehörigen der kubanischen Miliz, die im Kampf gegen die neuen Invasoren, welche sofort nach ihrer Landung durch die Miliz geortet und bekämpft worden waren, gefallen sind, sagte Fidel Castro:

> "Dieses Jahr wollten wir keine Feier (zum 19. April) durchführen, und zwar deshalb, weil sich unser Volk gegenwärtig vollständig der Ernte der 10 Millionen widmet – und alles, was in irgendeiner Form bedeutete, dieser Aufgabe auch nur eine einzige Minute zu nehmen, wurde von uns vermieden. Daher sollte sogar der feierliche Akt zum Andenken des Sieges von Giron (Schweinebucht) nicht durchgeführt werden. Dennoch haben wir uns gezwungen gesehen, diesen Gedenkakt durchzuführen, denn genau an einem Tag wie diesem, am 19. April, aber neun Jahre später, haben wir die traurige Pflicht, fünf tapfere Kämpfer zu begraben, die ebenfalls im Kampf gegen eine söldnerische Aggression gefallen sind."

Wer sich über die Ziele der Söldner informieren wollte, hatte nur die Sendungen der "Voice of America" zu verfolgen, in denen die konterrevolutionäre Organisation "Alpha 66" regelmäßig zu Wort kommt: Sie werde das kubanische Volk vom kommunistischen Diktator Castro befreien. Dazu werde diese Organisation, wie es die Zeitschrift "US News and World Report" genannt hat – "Konflikte zwischen den Militärs und Castro" ausnutzen. Castro, so diese Zeitschrift, versuche sich mit der Ernte der 10 Millionen Tonnen (t) Zucker verzweifelt gegen die Militärs zu behaupten. Er stürze das Land in ein ökonomisches Chaos, da 'er' alle Mittel einzig und allein dazu einsetzen muß, dieses 'irrationale', nur von seiner schwachen Position aus zu verstehende, Ziel zu erreichen.

> "Heute war die Absicht dieser Söldner, die 10 Millionen-Ernte zu stören", sagte Fidel zur erwähnten Trauerfeier.

Der Verzweifelte ist aber nicht Fidel, sondern der Imperialismus. Nachdem das kubanische Volk gezeigt hat und ständig neue Beispiele dafür gibt, daß es trotz der kriminellen imperialistischen Blockade die sozialistische Gesellschaft aufbauen kann, und sich die materiellen Grundlagen Kubas enorm entwickeln, greift der Imperialismus zu seiner bekannten Waffe, der Sabotage. Denn die Ernte der 10 Millionen Tonnen Zucker wird Kuba nicht in ein Chaos stürzen, sondern bedeutet vielmehr einen riesigen Sprung vorwärts, sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet.

Die folgenden kurzen Ausführungen (1) sollen auf diesen Sprung vorwärts in einigen Bereichen der Produktion und seiner Bedeutung für die ökonomische und ideologische Entwicklung Kubas hinweisen. Der Informationsmangel innerhalb der westeuropäischen Linken und die idealistisch illusionären Vorstellungen über die kubanische Revolution, wie sie von falschen Freunden Kubas vertreten werden, lassen dies gerade zum augenblicklichen Zeitpunkt notwendig werden.

---

1 Der Verfasser stützt sich auf die folgenden Veröffentlichungen: mehrerer Nummern von BOHEMIA, mehreren Berichten aus Kuba, die in verschiedenen Nummern von PUNTO FINAL (Santiago-Chile) erschienen sind, verschiedene Nummern von GRANMA, der Zeitschrift CUBA, sowie auch auf mehrere Analysen, Kommentare, Interviews und Berichte von RADIO HABANA-CUBA.

Die 10 Millionen-Ernte

Die Vorbereitung dieser historischen Ernte begann im Jahr 1968. Damals betrug die mit Zuckerrohr bepflanzte Fläche etwas über eine Million Hektar (ha). 1968 und 69 wurden eine weitere halbe Million bebaut, und zwar frühere Sumpfgebiete und Grasflächen. Die Leitung und Organisation dieser allein für sich schon großen Leistung hatte DAP (Desarrollo Agropecuario), ein Institut, das für die integrale Entwicklung der Landwirtschaft durch den Bau von Dämmen, Straßen, Kanalisationsanlagen usw. sorgt. Die Größe dieser Anbaufläche allein würde aber nicht ausreichen, um 10 Millionen Tonnen zu ernten, wenn sie nicht sorgfältig bearbeitet, sämtliche schädlichen Insekten und Plagen beseitigt, von Unkraut vollständig gesäubert und ausreichend mit Dünger versorgt würde. Aus dieser Notwendigkeit heraus ist Kuba zu einem Land geworden, das im Verbrauch von Düngemitteln pro ha mit an der Spitze der Welt steht, und die Schädlingsbekämpfung konsequent durchgeführt hat. Flugzeuge und Hubschrauber der kubanischen Luftwaffe erfüllen dabei eine wesentliche Aufgabe, viele Forschungsanstalten der Universitäten arbeiten an der Entwicklung von speziellen Vertilgungsmitteln. Der gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern, und nicht nur gegenüber diesen, riesige Vorsprung in der Anwendung von Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist nur deshalb möglich gewesen, weil in Kuba seit Jahren am Aufbau einer leistungsfähigen chemischen Industrie gearbeitet wird. Durch sie soll es möglich werden – teilweise ist es schon jetzt möglich – aus dem Zuckerrohr selbst sowohl Düngemittel als auch Grundstoffe für die Kunststoffindustrie zu gewinnen.

Gleichzeitig werden riesige Düngemittelkombinate aufgebaut. Im nächsten Jahr wird eines dieser Kombinate, das gegenwärtig noch mit Hilfe der Sowjetunion bei Cienfuegos aufgebaut wird, seine volle Produktionskapazität (jährlich 600.000 t) erreichen – und damit einen großen Teil an Eigenversorgung ermöglichen.

Dies ist aber nur eine Seite des Problems. Das Zuckerrohr muß nicht nur angepflanzt, vor Schädlingen geschützt und unter anderem gut mit Wasser versorgt werden, sondern es muß, will man eine Ernte von 10 Millionen erreichen, zu e i n e r g a n z b e s t i m m t e n Zeit geschnitten und verarbeitet werden. Als die revolutionären Kräfte die Macht eroberten, sahen sie sich vor das Problem gestellt, daß alle Zuckerverarbeitungsfabriken (Centrales) völlig veraltet waren. Zwei von ihnen stammten sogar noch aus dem vorigen Jahrhundert, ohne daß sie in irgendeiner Weise modernisiert worden waren. Aber nicht nur das. Es gab fast überhaupt keine Transport- und Hafenanlagen, die die Verschiffung des unverpackten Zuckers ermöglicht hätten. Er mußte daher in Säcken verpackt, dann verschifft und am Ankunftsort wieder umgepackt werden. Für die nordamerikanischen Imperialisten und deren Marionetten in Kuba vor dem Sieg der Rebellion lohnte es sich natürlich nicht die hohen, aber auf lange Sicht devisensparenden Investitionen für den Bau der Hafenanlagen vorzunehmen. Die revolutionäre Regierung sah sich daher gezwungen, sowohl die Hafenanlagen als auch die entsprechenden Transportwege von den Centrales zu diesen Häfen zu bauen. Während der Riesenernte werden 50 % des Zuckers unverpackt (a granel) exportiert, und zwar hauptsächlich über die Anlagen von Cienfuegos – den größten der Welt – die sich noch teilweise in Bau befinden. Im Jahre 1969 wurde allein auf diesem Sektor eine Investition in Höhe von 70 Mill. Pesos (1 Peso = 1 Dollar) getätigt.

Wir sagten soeben, daß das angepflanzte Zuckerrohr zu einer ganz bestimmten Zeit geschnitten und verarbeitet werden muß, damit man eine Ernte von 10 Millionen erreicht. Denn das Zuckerrohr weist eine bestimmte Produktivitätskurve auf, und es muß versucht werden, es genau dann zu verarbeiten, wenn es den höchsten Punkt erreicht hat. Dies wirft ganz besondere Probleme der Ernte (des Schneidens des Zuckerrohrs), der Einbringung, Säuberung, Zerkleinerung und letztlich der Verarbeitung (des Mahlens) in den Centrales auf. Nachdem das Zuckerrohr geschnitten ist, wird es in sogenannten "Centros de Acopio" gebracht, eine Sammelstelle, wo es zerkleinert, gesäubert und dann in die Centrales weitertransportiert wird. Da jeder Tag, den das Zuckerrohr nach dem Schnitt unverarbeitet liegt, eine Minderung von 20 bis 30 % seines Zuckergehaltes bedeutet, hängt es weitgehend von der Funktionsweise dieser "Centros de Acopio"ab, welche Menge Zucker produziert wird. Diese "Centros de Acopio" sind eine Neuerung der kubanischen Revolution. Sie haben

zu riesigen Erhöhungen der Produktivität geführt, da alles daran gesetzt wurde, sie im starken Maße zu mechanisieren. Allerdings betrug der Anteil Zuckerrohr, den sie an die Fabriken geliefert haben, 1969 erst 16 %, da bis dahin erst 190 vorhanden waren. Die Regierung hat aber den Bau von 300 weiteren pro Jahr geplant.

Die Produktivität hängt außer von diesen "Centros de Acopio" also auch vomschnellen Transport des Zuckerrohrs von den Ernteplätzen zu den Fabriken ab, und hier hat die kubanische Revolution erstaunliches geleistet. Das "Allgemeine Kommando der Ernte" hat einen groß angelegten Plan erarbeitet, der für einen optimalen Ablauf der Ernte sorgt. Das Zuckerrohr wird plangemäß geschnitten, und dann mittels eines präzise durchdachten Transportsystems in jene Fabriken gebracht, die Kapazitäten zum Mahlen zur Verfügung haben. Es ist das erste Mal in der Geschichte Kubas, daß in diesen Ausmaßen das Zuckerrohr von einem Central zum anderen transportiert wird. Dazu waren umfangreiche Vorbereitungen und große Investitionen notwendig. Allein im Eisenbahnsektor wurden im Jahre 1968-69 mehr als 100 Mill. Pesos investiert. Insgesamt zählt das Ernte-Transportsystem 600 Dampf- und 200 Diesel-Lokomotiven, 6.000 Zugmaschinen, 12.000 Breitspurenwagen, ungefähr 40.000 Anhänger und tausende von Lastwagen.

In der Landwirtschaft, dem Transport und der Zuckerindustrie hat Kuba im Jahr 1969 800 Mill. Pesos investiert. Die Kapazität der Zuckerraffinerien wurde dadurch um 25 % erhöht, und die Verarbeitungskapazität der Centrales stieg von 550.000 t Zuckerrohr 1965 auf 670.000 t 1969. Ende Januar begannen 13 völlig modernisierte Fabriken zu arbeiten, die nach anfänglichen Schwierigkeiten eine Kapazität von über einer Million täglich erreicht haben. (Bei vielen Investitionen gab es anfänglich Schwierigkeiten. So entstanden zum Beispiel bei einer der größten Fabrik mit den aus der CSSR gelieferten Generatoren große Probleme, die bis heute noch nicht ganz behoben sind.)

Bei der Mechanisierung der Ernte haben kubanische Techniker und Ingenieure Aufgaben gelöst, die von internationalen Spezialisten für unlösbar gehalten wurden. Sie entwickelten z.B. eine Maschine, die täglich mehr als 20.000 arrobas (1 arroba = 25 Pfund) schneiden kann, was der durchschnittlichen Arbeitsleistung von 50 Zuckerrohrschneidern (macheteros) entspricht. Diese Maschine, die den Namen ihres kubanischen Erfinders "Henderson" trägt, wird ständig weiterentwickelt. Während der laufenden Ernte wird sie von den Revolutionären Streitkräften (FAR) betrieben. Der FAR unterstehen auch die 500, ebenfalls von kubanischen Technikern entwickelten kombinierten Maschinen, die den Namen "Libertadora" (Befreierin) tragen. In der Tat ist in Kuba die Entwicklung solcher Maschinen als die Ankündigung der Befreiung des Menschen von der schweren Arbeit des Zuckerrohrschneidens aufgenommen worden. Die revolutionäre Regierung setzt daher alle Mittel ein, um die Herstellung solcher Maschinen, die vollständig in Kuba selbst gefertigt werden, zu beschleunigen. Noch im vorigen Jahr konnten es sich Huberman und Sweezy leisten, mit der für Sweezy typischen Arroganz zu behaupten, daß die Entwicklung dieser Maschinen angesichts des "kubanischen Enthusiasmus für Neuerungen, die keine Ergebnisse zeigen" niemanden zu Optimismus verleiten solle (2). Heute sind diese Maschinen zu einem üblichen Bild in der Ernte geworden, und während des Jahres 1970 werden 600 und ab 1971 tausend Hendersons jährlich hergestellt werden. Damit wird innerhalb von fünf Jahren das Schneiden des Zuckerrohrs in Kuba v o l l s t ä n d i g mechanisiert sein.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Ernte

Trotz dieser Maschinen und trotz der Einfuhr von 10.000 Zugmaschinen allein im Jahr 1969 sehen sich noch hunderttausende von Kubanern gezwungen, die schwere Arbeit der Zuckerernte zu leisten. Vor der Revolution war die Arbeit in den Centrales die einzige Einnahmequelle für tausende von Kubanern, die miteinander in einen scharfen Konkurrenzkampf traten, wenn die Ernte begann. Nach ihrem Abschluß waren sie dann monatelang arbeitslos. Die Revolutionäre Regierung hat schon in den ersten Jahren nach dem Sieg der Rebellion diesen Zustand radikal aufgehoben, und aus dem Überfluß an Arbeitskräften wurde nun ein Mangel. Die Ernte von 10 Millionen könnte daher nie erreicht werden, wenn nicht tausende von Freiwilligen an ihr teilnähmen. Neben diesen

2 Vgl. Leo Huberman-Paul Sweezy: Socialism in Cuba. Monthly-Review-Press, New York 1969; S. 191.

dem Schein aufsitzt, dann muß jetzt gefragt werden, inwieweit seine Erklärung der zyklischen Bewegung des Reproduktionsprozesses akzeptiert werden kann.

V

Altvater geht davon aus, daß der "zyklische Verlauf der kapitalistischen Reproduktion .. durch den zyklischen Charakter des Verwertungsprozesses infolge der aus ihm sich entwickelnden Widersprüche erzeugt" (33) wird. Weil die Profitrate treibende Macht der kapitalistischen Produktionsweise ist, und nur produziert wird, wenn mit Profit produziert werden kann, wird die Zyklizität immer wieder durch die Profitrate als dem bewegenden Prinzip des Kapitalismus entfacht. Zu Beginn des Zyklus ist bei hoher Profitrate eine große Investitionsneigung gegeben. Indes "stellen sich dem Verwertungsprozeß des Kapitals vom Arbeitsprozeß her – und zwar sowohl von seiten der quantitativen und der qualitativen Dimension des Gesamtarbeiters als auch von seiten der Kapazität der Produktionsmittel her – objektiv gezogene Grenzen, an die das Kapital im Wirtschaftsaufschwung immer wieder notwendig stößt." (34) In dem Moment, wo der Kapitalist die Lohnsteigerungen nicht mehr durch Preissteigerungen weitergeben kann (35), wird notwendig die Profitmasse gedrückt.

Dieselbe Tendenz zur Profitminderung ergibt sich aus der "Ausdehnung des Fixkapitals sowie .. (den) tendenziell größer werdenden Umschlagszeiten" (36). Gerade weil das Kapital durch Investitionen die Beschränkungen des Produktionspotentials aufheben will, vergrößert es zugleich damit tendenziell die Wertzusammensetzung zugunsten des konstanten Kapitalteils und bewirkt letztlich einen Fall der Profitrate. Diese für den Verwertungsprozeß gegenläufige Tendenz wird ferner nach Altvater zur Ursache für den sich verschärfenden Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion sowie für die Disproportionen im Reproduktionsprozeß. Obwohl auch diese letzteren Momente der Erklärung des industriellen Zyklus fragwürdig sind, sollen hier nur die Argumente für die Minderung in der Profitrate diskutiert werden. Anschließend wäre zu fragen, ob die Bewegung der Profitrate infolge der widersprüchlichen Tendenzen wirklich Ursache des industriellen Zyklus oder nicht vielmehr selbst nur Ausdruck des Zyklus ist.

Das Kapital soll im Verlauf der Konjunktur mit den objektiven Möglichkeiten des Produktionsprozesses in Widerspruch geraten. Daß das Akkumulationsbedürfnis des Kapitals das Angebot an Arbeitskräften übersteigen kann, was zu einem Steigen der Löhne führt, und daß dieses Steigen der Arbeitslöhne die Profitmasse beschränkt und sich lähmend auf die Akkumulationsrate auswirkt, ist unbestreitbar. Falsch ist dagegen die Behauptung – wie oben gezeigt –, der Kapitalist könne bis zum Ende des Booms diese Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen auffangen.

Durch die Akkumulation, soweit sie bloß quantitative Erweiterung der Stufenleiter der Produktion ist, verändert sich die Profitrate nicht. Es ist daher problematisch, die Wirkung von "Kapazitätserweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen" (37) gleichzusetzen. Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung verkürzen sich aber die Phasen, "worin die Akkumulation als bloße Erweiterung der Produktion auf gegebner technischer Grundlage wirkt" (38). Es ist die allgemeine Tendenz des Kapitals, die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln, um durch die so bewirkte Verwohlfeilerung der Waren die notwendige Arbeitszeit zu verkürzen und die Surplusarbeitszeit zu verlängern. Das Motiv zur Steigerung ist der Extramehrwert für das Einzelkapital, der mit der Verallgemeinerung der ausnahmsweisen Produktivkraft verschwindet. Dieser immanente Trieb des Kapitals drückt sich in einem fortwährenden Wechsel seiner Wertzusammensetzung aus. Die Zunahme des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen als Ausdruck gesteigerter Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit stellt sich für den Kapitalisten dar als Abnahme der Profitrate, da er den abgepreßten Mehrwert nicht auf das variable, sondern auf das gesamte vorgeschossene Kapital bezieht. Der bestimmte Gebrauchswertcharakter einiger Arbeitsmittel bringt es nun mit sich, daß sie zwar voll in den Arbeitsprozeß, aber nur bruchstückweise in den Zirkulationsprozeß eingehn. Durch die-

33 Elmar Altvater, l.c., S. 23.
34 ib., S. 32.
35 Das Argument der Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen ist oben diskutiert worden.
36 Elmar Altvater, l.c., S. 32.
37 ib., S. 29.
38 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 658.

se eigentümliche Weise der Wertzirkulation ist das fixe Kapital bestimmt. Schließt die Zunahme des konstanten gegenüber dem variablen Kapital schon an sich die Zunahme des fixen Kapitals ein, so wird dessen Vergrößerung noch dadurch verstärkt, daß mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft bei den Arbeitsmitteln die Differenz zwischen wertbildendem und produktbildendem Element zunimmt. Entspringt so aus der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie einerseits die Tendenz zunehmender Verlängerung der Funktionszeit der Produktionsmittel und damit die Vergrößerung der Umschlagszyklen, so ergibt sich andrerseits umgekehrt die Tendenz der Verkürzung ihrer Funktionsdauer. Da das fixe Kapital erst im Laufe mehrerer Jahre seinen Wert insgesamt auf das Produkt überträgt, ist es besonders anfällig für Wertrevolutionen. Kann dieselbe oder verbesserte Maschinerie mit weniger Arbeit hergestellt werden, verliert auch die noch im Produktionsprozeß fungierende Maschinerie einen Teil ihres Werts. Aus Furcht vor dieser Depretiation versucht der Kapitalist durch Schichtarbeit, Erhöhung der Maschinengeschwindigkeit etc. den Umschlagszyklus des fixen Kapitals so gering wie möglich zu halten. Wenn daher Altvater im Verlauf des industriellen Zyklus nur eine Ausdehnung der Umschlagszeiten des fixen Kapitals in Rechnung stellt, so trifft dies gleichfalls nicht die widersprüchliche Natur des kapitalistischen Produktionsprozesses.

> "Die Arbeitsmittel werden großenteils beständig umgewälzt durch den Fortschritt der Industrie. Sie werden daher nicht in ihrer ursprünglichen Form ersetzt, sondern in der umgewälzten Form. Einerseits bildet die Masse des fixen Kapitals, die in einer bestimmten Naturalform angelegt ist und innerhalb derselben eine bestimmte Durchschnittslebenszeit anzudauern hat, einen Grund der nur allmählichen Einführung neuer Maschinen etc., und daher ein Hindernis gegen die rasche allgemeine Einführung der verbesserten Arbeitsmittel. Andererseits zwingt der Konkurrenzkampf, namentlich bei entscheidenden Umwälzungen, die alten Arbeitsmittel vor ihrem natürlichen Lebensende durch die neuen zu ersetzen." (39)

Diese Verengung in Altvaters Darstellung ist umso befremdlicher, als auch er davon ausgeht, daß mit dem fixen Kapital die materielle Grundlage der periodischen Krisen gegeben ist. Der bloße Verweis auf die Bedeutung des fixen Kapitals bringt nichts, wenn nicht zugleich die Notwendigkeit der stufenweisen Verkürzung des Umschlags gezeigt wird. Allein daraus kann erklärt werden, warum der ursprünglich zehn- bis elfjährige Zyklus sich auf eine Zeitdauer von drei bis vier Jahren in der B R D verkürzt hat (40). Marx schreibt in einer Anmerkung zur autorisierten französischen Ausgabe des KAPITALS:

> "Bis jetzt ist die periodische Dauer solcher Zyklen zehn oder elf Jahre, aber es gibt keinerlei Grund, diese Zahl als konstant zu betrachten. Im Gegenteil, aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktion, wie wir sie eben entwickelt haben, muß man schließen, daß sie variabel ist, und daß die Periode der Zyklen sich stufenweise verkürzen wird." (41)

Daß die periodischen Krisen ihre materielle Grundlage im Umschlag des fixen Kapitals haben, und aus diesem Zusammenhang auch die Verkürzung abzuleiten ist, mag nochmals anhand zweier Zitate über das Maß der jährlichen Wertübertragung (Abschreibungen) verdeutlicht werden. Engels schreibt Marx auf die Frage nach der durchschnittlichen Lebensdauer der Maschinerie:

> "Das sicherste Kriterium ist die percentage, die jeder Fabrikant jährlich auf seine Maschinerie für Verschleiß und Reparatur abschreibt, also in einer bestimmten Zeit seine Maschinen ganz herausverdient hat. Diese percentage ist gewöhnlich 7 1/2 %, wonach die Maschinerie in 13 1/3 Jahren durch das vom Nutzen jährlich Abgeschriebne gedeckt wird, also ohne Schaden ganz erneuert werden kann." (42)

Im "Volkswirt" heißt es über die Geschäftspolitik der August Thyssen-Hütte AG: "Im Thyssen-Konzern gilt der Grundsatz, daß neue Großanlagen in viereinhalb Jahren abgeschrieben werden

39 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 171.
40 Die These von der Verkürzung des Krisenzyklus ist in der marxistischen Theorie sehr umstritten. Es ist bezweifelt worden, ob in der monopolistischen Phase des Kapitalismus der industrielle Zyklus überhaupt noch auftritt. (Friedrich Engels: "Vorwort zur englischen Ausgabe des **Kapitals**", **Bd. 1, l.c., S.** 40; ferner: Ders.: in **einer Fußnote im dritten** Band des Kapitals, **l.c., S. 506, Anmerkung** 8) Oder ob nicht die **zehn- oder vierjährigen** Zyklen Überlagerungen **auf einem langwelligen** Handelszyklus sind, **welcher mehrere** normale Zyklen einschließt. **(dazu Ernest Mandel**: "The Economics of **Neo-Capitalism**", in: THE SOCIALIST REGISTER, Bd. 1, London 1964).
41 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 662.
42 Friedrich Engels: Brief an Karl Marx vom 4.3.1858, in: MEW, Bd. 29, Berlin 1963, S. 293.

müssen, damit die dynamische Vorwärtsentwicklung durchgehalten werden kann und das Unternehmen sich immer auf dem technisch modernsten Stand befindet." (43)

Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung ergibt sich keine Verlängerung der Umschlagszeiten des fixen Kapitals sondern eine Verkürzung. Aber durch den Umschlag des fixen Kapitals wird nicht der Zyklus insgesamt erklärt. "Die Durchschnittszeit, worin die Maschinerie erneuert wird, ist ein wichtiges Moment in der Erklärung des mehrjährigen Zyklus, den die industrielle Bewegung durchläuft." (44) Der Umschlag erklärt nur, warum der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise periodisch aufbricht, die Krise selbst erklärt er nicht. Diese Überlegung liegt – wenn auch nicht explizit – dem Versuch einer marxistischen Konjunkturanalyse zugrunde. Altvater erklärt die Krise aus der notwendig sich aus dem Verwertungsprozeß ergebenden Bewegung der Profitrate. Weil "die Profitrate von allen Seiten her im Konjunkturverlauf gedrückt wird" (45), schwächt sich das wirtschaftliche Wachstum ab. Wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß durch steigende Löhne und Kreditverteuerungen der Prosperitätsphase der Profit des industriellen Kapitalisten beschränkt wird – die Veränderung der organischen Zusammensetzung durch Neubeschäftigung von technisch verbesserten Arbeitsmitteln hat nicht so sehr innerhalb eines Zyklus als vielmehr in der Stufenfolge der Zyklen Bedeutung –, so ist doch fragwürdig, ob diese Phänomene mehr sind als bloße Symptome der Wechselperioden des industriellen Zyklus.

Mit der Maschinerie als der technischen Grundlage gewinnt die kapitalistische Betriebsweise "eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet" (46). Daß die moderne Industrie Phasen mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und Stagnation durchläuft, hängt eben von dieser Elastizität ab. "Die ungeheure, stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauf folgende Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion Lähmung eintritt." (47) Die modernen technischen Bedingungen des Arbeitsprozesses erlauben einerseits die rasche Verwandlung von Surplusprodukten in neue Produktionsmittel und garantieren andererseits eine vom natürlichen Wachstum der Arbeiterbevölkerung unabhängige Vermehrung des disponiblen Menschenmaterials.

> "Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größern oder geringern Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Ihrerseits rekrutieren die Wechselfälle des industriellen Zyklus die Übervölkerung und werden zu einem ihrer energischsten Reproduktionsagenten." (48)

Der Zusammenhang, warum die ruckweise Expansion der Stufenleiter der Produktion abrupte Kontraktionen nachsichzieht, soll hier etwas näher skizziert werden.

Die Krise beseitigt durch Entwertung des Kapitals und Stillegungen von Kapazitäten momentan das Mißverhältnis zwischen fiebriger Anspannung des Produktionsprozesses und beschränkter Konsumtionskraft der Massen, zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung. Damit wird zugleich die Basis für die Wiederbelebung gelegt. Durch Modernisierung des Produktionsapparates sucht der einzelne Kapitalist einen Vorteil gegenüber den Konkurrenten und damit eine Verbesserung der eignen Geschäftslage herbeizuführen. "Es sind hauptsächlich Katastrophen, Krisen, die solche vorzeitige Erneuerung des Betriebsgeräts auf größerer gesellschaftlicher Stufenleiter erzwingen." (49) Würden die Neuanlagen von Kapital gleichmäßig gestreut über mehrere Jahre erfolgen, fiele die charakteristische Bewegungsform des wirtschaftlichen Wachstums fort. "Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage." (50) Dieser Prozeß der Wiederbelebung erweitert sich aus sich selbst heraus, denn es wird "diese Reproduktion des Kapitals von erweiterter individueller Konsumtion (also Nachfrage) der Arbeiter begleitet sein, da er durch die

43 DER VOLKSWIRT, 24. Jg., Nr. 17, S. 120.
44 Karl Marx: Brief an Friedrich Engels vom 2.3.1858, in: MEW, Bd. 29, Berlin 1963, S. 291 f.
45 Elmar Altvater: l.c., S. 32.
46 Karl Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., S. 474.
47 ib., S. 476.
48 ib., S. 661.
49 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 171.
50 ib., S. 186.

produktive Konsumtion eingeleitet und vermittelt ist." (51) Die so in Gang gesetzte Ausdehnung der Produktion erreicht ihren Höhepunkt in der Prosperität und im Verlauf dieser Entwicklung löst die expandierende Nachfrage wegen des beschränkten Angebots eine Reihe von Preissteigerungen aus. "Es kommt jetzt auch hinzu die große Ausdehnung des fixen Kapitals in allen Formen und die massenhafte Eröffnung neuer weitreichender Unternehmungen." (52) Wegen der Verselbständigung bestimmter Kapitalfunktionen (Warenhandlungs- und Geldhandlungskapital) kann auf dem Höhepunkt der Konjunktur innerhalb gewisser Grenzen "der Reproduktionsprozeß auf derselben oder erweiterter Stufe vorgehn, obgleich die aus ihm ausgestoßnen Waren nicht wirklich in die individuelle oder produktive Konsumtion eingegangen sind." (53) Diese Verselbständigung kann den realen Zustand des Reproduktionsprozesses eine Zeit lang verschleiern. "Daher scheint immer das Geschäft fast übertrieben gesund gerade unmittelbar vor dem Krach." (54) Diese relative Verselbständigung des kommerziellen Kapitals erklärt auch, warum die Krise nicht zunächst im Detailhandel, sondern in der Sphäre des Großhandels sichtbar wird, also sich nicht in der Abnahme der Nachfrage für die individuelle Konsumtion, sondern in der Abnahme des Austauschs von Kapital gegen Kapital ausdrückt. Die dem Krach folgende Phase ist durch Freisetzung der Arbeitskräfte, damit Lohnsenkungen, und enorme Kreditverteuerung gekennzeichnet, bis durch die Kapitalvernichtung der Ausgangspunkt wiederhergestellt ist.

Der Zusammenbruch des Reproduktionsprozesses ist nur die momentane Lösung der konfligierenden allgemeinen Tendenzen des Kapitals, einerseits soviel wie möglich Arbeitskraft zu exploitieren und andererseits die notwendige Arbeit und daher auch die von ihm beschäftigte Arbeiteranzahl auf ein Minimum zu reduzieren. Dieser "Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, ... während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat". (55)

Die Profitrate entfacht nicht die Zyklizität des kapitalistischen Produktionsprozesses, ihre Bewegung ist selbst Ausdruck des industriellen Zyklus. Die periodischen Krisen müssen erklärt werden aus den sich widersprechenden allgemeinen Tendenzen des Kapitals, der mit der modernen Industrie gebebnen Elastizität des Produktionsprozesses und dem Umschlagszyklus des fixen Kapitals. Daß bei differenzierender Betrachtung eine Reihe zusätzlicher Momente die Entwicklung des Weltmarkts, Verschärfung der Krisen durch kommerziellen Kredit, Entwicklung des öffentlichen Kredits etc., hinzukommen müssen, versteht sich von selbst. Es konnte hier nicht versucht werden, eine verbesserte Konjunkturanalyse zu entwickeln. Diese Bemerkungen zu Altvaters Versuch sollen nur verdeutlichen, daß bei der Untersuchung der empirischen Verhältnisse die gründliche Reflexion der Kategorien Voraussetzung ist, will man nicht dem Schein der Verhältnisse aufsitzen und Symptom und Ursache verwechseln. Diese Verwechslung ist heute umso leichter gegeben, als die Enden der Wachstumszyklen nicht mehr durch einen scharfen Krach, eine Rezession markiert sind. Es muß so scheinen, als wäre die periodische Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und daher auch die Reduktion der Profitrate nicht schon immer vermittelt über relative Überakkumulation, sondern als wäre die Bewegung der Profitrate selbst die Ursache. Dann kann behauptet werden, daß der Verwertungsprozeß mit den objektiven Möglichkeiten des Produktionspotentials in Widerspruch gerät.

> "Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltnen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebnen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen." (56)

51 ib., S. 81.
52 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., S. 505.
53 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 2, l.c., S. 80.
54 Ders.: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., S. 501.
55 ib., S. 259.
56 ib., S. 268.

Jede Untersuchung des gegenwärtigen Konjunkturverlaufs muß entweder erklären, warum diese Wirtschaftszyklen nach dem zweiten Weltkrieg in der B R D ihre eigentümliche Form angenommen haben, oder aber muß zumindest des damit gegebne Problem aufzeigen. Eine unproblematische Übertragung begrifflicher Zusammenhänge auf die gegenwärtige Struktur des Reproduktionsprozesses geht an den modernen Verhältnissen vorbei. Bei allen Versuchen marxistischer Konjunkturanalyse muß der methodische Abstand zwischen dem 'allgemeinen Begriff' und der wirklichen Bewegung gewahrt werden, umso mehr als Marx selbst ausdrücklich die Darstellung des industriellen Zyklus aus der Darstellung des Kapitals als solchen ausgeschlossen hat. (57)

Joachim Bischoff

---

57 Vgl.: ib., S. 370 und S. 372.

Im Editorial, das dem Aufsatz von E. Altvater in der letzten Nummer der SOZIALISTISCHEN POLITIK vorangeht, heißt es:

> "Die Beiträge dieser Ausgabe stellen Resultat von Diskussionen dar, die naturgemäß vorläufigen Charakter besitzen und ihrerseits erneut Diskussionen initiieren und strukturieren sollen."

Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir auf die Konjunkturanalyse von Altvater antworten. Es geht uns nicht darum, Einzelergebnisse, mißverständliche Formulierungen oder die Entwicklung bestimmter Begriffe zu kritisieren. Wir haben grundsätzliche Bedenken gegenüber seiner Theorie und seiner Methode von Konjunkturanalysen. Um unsere Position klar zu umreißen, wollen wir die Gegensätze zu Altvater bewußt scharf darstellen.

1. Zur Theorie und Methode

Altvater beginnt seinen Aufsatz mit einigen Bemerkungen zur Notwendigkeit einer marxistischen Konjunkturanalyse, gegen die in dieser Form wohl nicht viel einzuwenden ist. Dann geht er sofort auf ein Problem einer solchen Analyse ein, indem er schreibt:

> "Was nun die Konjunkturanalyse angeht, so ergibt sich dabei eine große Schwierigkeit: Sie beginnt mit den Erscheinungsformen, in denen sich das Heranreifen der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und deren "Bereinigung" in der Krise ausdrückt. Die Zyklizität kapitalistischer Entwicklung, die Schwankungen zwischen Aufschwung, Boom, Krise und Depression in mehr oder weniger starker Ausprägung... sind als Erscheinungsbilder jedoch nicht ohne Rückgriff auf die sie hervorrufenden inneren Widersprüche selbst zu begreifen." (S. 4)

Nun folgt aber Altvater in seiner Analyse nicht dem Weg, den er oben beschrieben hat. Er beginnt nicht mit den Erscheinungsformen, sondern erklärt, weshalb beide Seiten der kapitalistischen Widersprüche, nämlich ihre abstrakten Gesetze sowie ihre konkreten Erscheinungsformen berücksichtigt werden müssen. Wir stimmen mit ihm völlig darin überein, daß in der Tat beides berücksichtigt werden muß, wir hätten aber mehrere Einwände gegen seine Begründung vorzubringen. Dies scheint uns aber vorerst nicht so wichtig. Vielmehr ist es wichtig festzuhalten, daß Altvater nach einigen Begründungen für diese Notwendigkeit und einigen Erörterungen über die "Entschärfung der Krisen" und dem "Widerspruch" zwischen der bürgerlichen Statistik und den marxistischen Kategorien, unter dem Anspruch fortfährt, eine die kapitalistischen Widersprüche berücksichtigende Methode zur Konjunkturanalyse zu entwickeln. Er schreibt:

> "Der Doppelcharakter des Produktionsprozesses als Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß und sein dadurch bedingter repressiver Charakter, sowie der Zirkulationsprozeß des Gesamtkapitals... sind demnach die entscheidenden Momente für die Konjunkturerklärung." (S. 10)

Diese Bewegungsmomente sind bei Altvater als widersprüchlich dargestellt. Und nun versucht er, diese Widersprüche auf den Konjunkturablauf zu beziehen. Das tut er vermittels der Analyse der Profitrate:

> "Dieses Herangehen (das marxistische, d.Verf.) an die Erscheinungen der Konjunktur ergibt sich notwendig aus der Struktur der kapitalistischen Realität, deren Dynamik durch ein Prinzip gesteuert wird, das immer wieder die Zyklizität entfacht: die Bewegung der Profitrate, die "synthetischer Ausdruck" zweier Tendenzen ist, nämlich der Tendenz der Ausbeutungsrate und der Tendenz des vorgeschossenen und vorzuschiessenden Kapitals." (S. 11)

Und anschließend:

> **"Eine hohe Profitrate bedingt zugleich auch hohe Investitionsmöglichkeiten und -neigungen... und folglich eine (relativ) hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts... Eine niedrige Profitrate... dagegen verursacht und ist gleichzeitig verursacht durch den umgekehrten Zusammenhang."** (S. 11)

Analysieren wir den ersten Teil des Zitates. Dort wird gesagt, daß die Dynamik der kapitalistischen Realität durch ein Prinzip gesteuert wird, das in sich nur als widersprüchlich zu verstehen ist. Dieses "Prinzip" ist bei Altvater die "Bewegung der Profitrate". Nun sagt er, daß die Profitrate ein "synthetischer Ausdruck" zweier Tendenzen ist. Statt aber jetzt die konkrete Erscheinungsform dieser zwei Tendenzen zu e n t w i c k e l n und sie im einzelnen darzustellen, geht er unvermittelt zur Behauptung über, die Konjunktur sei von der Profitrate abhängig. Die Profitrate hat er aber vorher eine Maßzahl (1) für die Verwertung des Kapitals genannt. Es wäre also jetzt anzunehmen, daß Altvater den Konjunkturablauf nun aus den Widersprüchen der Verwertungsbedingungen des Kapitals, die er oben abstrakt dargestellt hat, erklärt. Stattdessen geht er von einer g e g e b e n e n (hohen bzw. niedrigen) Profitrate aus und erklärt von dieser gegebenen Profitrate den Konjunkturablauf. Damit fallen alle von Altvater über mehrere Seiten dargestellten abstrakten Widersprüche der Verwertungsbedingungen des Kapitals unter den Tisch. Altvater hat damit das Problem der Konjunkturanalyse allein auf das Problem der statistischen Ermittlung der Profitrate zurückgeführt.

> "Wären wir also in der Lage, die Bewegungen der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und der Profitraten der vielen Einzelkapitalien... genau zu verfolgen und zu prognostizieren, so wären wir auch in der Lage, Schlüsse auf die künftige Konjunkturentwicklung zu ziehen." (S. 11-12)

Es kommt bei ihm jetzt "nur" darauf an, genaue statistische Daten zu haben, um auf die zukünftige Konjunkturentwicklung zu schließen. (2) Allerdings erkennt Altvater dabei ein Problem: wir können solche Schlüsse nicht ziehen, denn

> "genau dies... läßt die zur Verfügung stehende Statistik nicht zu, da ihre Daten zur Erfassung der Profite nicht aufbereitet sind; und so zeigt sich auch hier wieder, daß wir uns mit Indikatoren zufrieden geben müssen und es kommt nun darauf an, welche Indikatoren wir auswählen." (S. 12)

2. Zum Problem der Indikatoren

Nun könnte man meinen, daß zwar die Aussage Altvaters, daß eine genauere Statistik der Profitraten eine genauere Voraussage der Konjunktur ermögliche, nicht richtig ist, daß er selbst aber sowieso einen ganz anderen Weg in seiner Analyse gehe, nämlich daß er sich auf "Indikatoren" beziehe, die einen weiteren Zusammenhang aufdecken. Altvater sagt, man müsse auf geeignete "Indikatoren" zurückgreifen, da es keine statistische Daten der Profitraten gibt. Nachdem er aber erklärt hat, daß die Konjunktur von den Profiten bzw. Profitraten der Kapitalisten abhängt, müßten wir nun erwarten, daß er seinerseits die Bewegungsgesetze der Profitraten erklärt. Erfüllen aber nicht gerade diese "Indikatoren" diese Funktion, die Bewegungen der Profite zu erklären? Sie erfüllen sie in der Tat nicht, sondern sie bestätigen das schon von ihm formulierte Prinzip, daß die Konjunktur von den Verwertungsbedingungen des Kapitals abhängt. Statt also das "Prinzip" zu erklären und konkret zu beweisen, wird das Prinzip durch Indikatoren nur neu formuliert. Sehen wir uns diese "Indikatoren" im einzelnen an.

Obwohl die Exporte nicht direkt als Indikator betrachtet werden, so steht doch die Analyse der Exporte in seinem Aufsatz an einer Stelle, an der jeder Leser den konkreten Nachweis seines in den

---

1 "Der Zweck der Produktion im Kapitalismus ist ausschließlich die Verwertung des Kapitals, die sich an der Größe der Profitrate auf das vorgeschossene Kapital bemißt." (S. 10)

2 Wäre es tatsächlich nur ein Problem von statistischen Zahlen, dann wäre es leicht möglich, für England gute Konjunkturprognosen aufzustellen, da dort regelmäßig von FINANCIAL TIMES Zahlen über die Profitraten der verschiedenen Branchen einzelner Produktionszweige und deren Veränderung veröffentlicht werden!

theoretischen Vorüberlegungen formulierten "Prinzips" erwartet. Dort aber schreibt Altvater sinngemäß folgendes: für die westdeutsche Wirtschaft sind die Exporte wichtig, weil ein großer Teil der Produktion im Ausland verkauft wird. Wenn nun die Exporte wegfallen, dann entsteht ein Realisierungsproblem, die Verwertung des Kapitals verschlechtert sich also, daher entsteht u.U. eine Rezession. Er sagt: wären die Exporte in der Rezession 66/67 ausgeblieben, so wäre die Rezession noch viel stärker gewesen. Oder:

> "Vergleicht man die Indexreihen des Auftragseingangs der gesamten Industrie aufgegliedert nach Eingängen aus dem Inland und dem Ausland, so zeigt es sich, daß in der Rezessionsphase 1966/67 die Inlandsaufträge zurückgingen, während die Auslandsaufträge sehr steil anstiegen... Nur darauf ist es zurückzuführen, daß die Kurve der gesamten Auftragseingänge nicht stärker zurückging, als es tatsächlich im Verlauf des Jahres 1966 der Fall gewesen ist." (S. 15)

Wir meinen, daß Altvater hier ein unzulässiges Verfahren anwendet. Er teilt den Index der Auftragseingänge der Industrie nach In- und Ausland und sagt: wenn wir den einen Teil nicht berücksichtigen, dann sieht man, daß der gesamte Index mehr als t a t s ä c h l i c h gefallen ist. Dies ist logisch falsch, denn entweder bringt der gesamte Index den Verlauf der Auftragseingänge zum Ausdruck oder er bringt ihn nicht. Und wenn wir ihn in zwei Teile zerlegen, so ändert sich daran natürlich nichts. Dennoch hat diese Teilung bei Altvater einen ganz bestimmten Zweck, nämlich ihm als Beweis zu dienen, daß ein Rückgang der Exporte dem westdeutschen Kapital Schwierigkeiten machen würde. Er sagt dies am Ende des Abschnittes ganz deutlich:

> "Ein Rückgang der Exportmöglichkeiten, d.h. eine Verringerung der "Realisierungschancen" eines großen Teils des westdeutschen Wertprodukts – der durchschnittliche Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie insgesamt betrug 1967 18,7 v.H. und 1968 schon 19,8 v.H.! (3) – auf dem Weltmarkt würde auch diese Verwertung des in Westdeutschland fungierenden Kapitals betreffen. In dieser Tatsache liegt die Bedeutung der Exporte. Bisher wurde durch die Realisierung auf dem Weltmarkt die im Verhältnis zum inneren Markt latente Überproduktion nicht manifest, d.h. der Widerspruch zwischen steigender Produktionskraft und retardierender Konsumtionskraft konnte durch die Exporte sehr wirksam zurückgedämmt werden." (S. 19-20)

Hier ist also erneut das formuliert, was vorher im theoretischen Teil gesagt wurde: die Konjunktur ist abhängig von der Verwertung des Kapitals, und bei dieser Verwertung spielen die Exporte eine große Rolle. Das bedeutet, daß ein Rückgang der Exporte die Kapitalverwertung erschwert, also eine konjunkturelle Rezession eintritt. Es handelt sich also nicht um eine E r k l ä r u n g, sondern um eine U m f o r m u l i e r u n g des Problems. Ganz trival ausgedrückt sagt Altvater in diesem Abschnitt folgendes: die Exporte sind für die Konjunktur von Bedeutung, fallen sie weg, so hat das einen Einfluß auf die Konjunktur. (Wir werden sehen, daß das bei den anderen "Indikatoren" ähnlich ist.) Die wichtige Frage, nämlich wann und unter welchen Bedingungen die Exporte ausbleiben, – die ist bei ihm nur gestellt, als letzter Satz im Abschnitt. Wir halten es nicht für ausreichend, daß einfach gesagt wird, daß es "durchaus wahrscheinlich ist, daß der nächste unvermeidliche Konjunkturabschwung wieder wie 1958 "synchron" erfolgt." (S. 19) Nun wollen wir uns die "Indikatoren" für den unmittelbaren Verwertungsprozeß ansehen und untersuchen, ob hier nicht doch eine Erklärung für die Änderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals gegeben wird. Altvater schreibt:

> "Der Weltmarkt als Realisierungssphäre erweist sich somit wohl als ein wichtiger Faktor für den konkreten Verlauf der Konjunktur (langsame oder schnelle Erholung), kann aber auf keinen Fall zur Erklärung der U r s a c h e n der konjunkturellen Bewegung dienen. Zu diesem Zweck (also wohl zur Erklärung der Ursachen der konj. Bewegung, d.Verf.) muß auf die Verwertungsbedingungen des fungierenden Kapitals rekurriert werden... Die Schwierigkeiten der Konjunkturanalyse fangen, wie schon prinzipiell ausgeführt, gerade beim Rekurs auf den Verwertungsprozeß an und so sind wir auch hier gezwungen, auf möglichst aussagekräftige Indikatoren zurückzugreifen." (S. 20)

---

3 Wir würden davor warnen, zwischen den beiden Ziffern einen großen Unterschied sehen zu wollen. Die statistische Ermittlung solcher Größen wie gerade der Gesamtumsatz erheblichen Fehlern ausgesetzt ist. Eine Abweichung von +/- 5 v.H. und noch mehr dürfte kein seltener Fall sein, auch dann, wenn wie hier auf die Steuererklärungen zurückgegriffen werden kann. Schon die Aufaddierung im Computer bewirkt erhebliche Abweichungen.

Uns scheint hier ganz klar zum Ausdruck zu kommen, was wir am ganzen Ansatz Altvaters für falsch halten. Er schreibt, daß die Exporte nicht zu den Ursachen der Konjunktur gehören, woraus man den Schluß ziehen müßte, daß man andere Ursachen suchen und erklären muß. Das macht er auch, und zwar sagt er, daß die Verwertungsbedingungen des Kapitals die Ursache der konjunkturellen Bewegung ist. Statt jetzt aber die Schwankung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu untersuchen und zu erklären, geht Altvater zur Analyse von "Indikatoren" über. E r v e r l ä ß t d a s P r o b l e m, s o b a l d e r e s f o r m u l i e r t h a t. Denn die Schwierigkeit besteht doch gerade darin, zu erklären, weshalb und wodurch sich die konkreten Verwertungsbedingungen des Kapitals verändern und damit Schwankungen des Produktionsumfangs hervorrufen. Und wir wiederholen noch einmal, daß Altvater keine Erklärungen für die Veränderung der Verwertungsbedingungen gibt, sondern er genau wie davor bei den Exporten, wir möchten sagen fast tautologisch, auch hier wieder seine schon formulierte These in andere Worte kleidet. Wir wollen dies an Hand der folgenden Beispiele belegen. Er schreibt:

> "Der Produktionsprozeß ist nicht einfach Verwertungsprozeß, sondern... auch Arbeitsprozeß ... Wenn die produzierten Waren nicht verkauft, d.h. die in ihnen steckenden Werte nicht realisiert werden können, oder aber der in der Produktion erzielte Mehrwert nicht hoch genug ist, d.h. also: der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Erzielung von Profit, nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden kann, dann wird das Mittel der Verwertung, der Arbeitsprozeß, von Kapitalisten stillgelegt oder aber eingeschränkt, da seine Inganghaltung ja Kosten verursacht. So sind die Veränderung der Auslastungsgrade der sachlichen Produktionskapazitäten und des Gesamtarbeiters untrügliche Indikatoren für die Verwertung des Kapitals." (S. 20)

So formuliert wie hier scheint die Sache sehr einfach zu sein, denn wir haben ja Statistiken, die E. Altvater auch selbst verwendet, und wir brauchen die Statistiken über die Auslastung der Produktionsanlagen nur etwas zu interpretieren, um einen "untrüglichen Indikator" für die Verwertung des Kapitals zu haben, wobei wir bei der Interpretation einige Vorsicht gelten lassen müssen, da, wie Altvater sagt, man "diese Indikatoren nicht als absolute" nehmen darf. Was können wir aber mit diesen Statistiken anfangen, auch wenn wir meinen, daß sie ein Ausdruck der Verwertung des Kapitals sind? Wir können höchstens schließen, daß, wenn die Auslastungsgrade hoch sind, es deshalb der Fall ist, weil die Verwertungsbedingungen des Kapitals gut sind, oder umgekehrt, daß sie niedrig sind, weil die Verwertungsbedingungen des Kapitals schlecht sind. Können wir aber erklären, warum denn die Verwertungsbedingungen gut oder schlecht sind? Nein, es sei denn, wir würden im Zirkel schließen. Wenn wir also die "Indikatoren" analysieren, so haben wir noch lange keine Ursachen für eine gute oder schlechte Verwertung des Kapitals analysiert.

E. Altvater schreibt daher auch im gleichen Abschnitt:

> "Hier zeigt sich, daß die Begrenztheit der Mittel des Verwertungsprozesses in Konflikt geraten kann mit dem Ziel der Verwertung und nicht nur das Ziel umgekehrt mit dem Mittel konfligiert." (S.23)

Man mag darüber streiten, ob Altvater das tatsächlich gezeigt hat. Bei der Erklärung der U r s a c h e n der Konjunktur geht es aber nicht darum zu zeigen, daß der Verwertungsprozeß in Konflikt mit dem Ziel der Verwertung (Mehrwertauspressung) geraten kann, sondern w a r u m dieser Widerspruch die Zyklizität entfacht. Und außerdem kommt es nicht nur darauf an, zu zeigen, daß beide in Konflikt geraten "können", sondern unter welchen konkreten Umständen sie in Konflikt geraten. Und wenn wir uns Altvaters Analyse anschauen, dann finden wir, daß dort eben nur im Zirkel geschlossen werden kann, was wahrhaftig recht unproduktiv ist.

Mit seinen Ausführungen über Löhne und Profite sieht es leider auch nicht anders aus. Er schreibt dort:

> "Hier haben wir wieder den Widerspruch, der die kapitalistische Konjunktur bestimmt, in seiner sichtbarsten Erscheinungsform. Der Einzelkapitalist versucht durch Preissteigerung die in steigender Beschäftigung und steigenden Nominallöhnen zum Ausdruck kommende "wachsende Prosperität" der Arbeiterklasse, die ja für ihn die Erscheinungsform höherer Produktionskosten nimmt, zu unterlaufen... Im Widerspruch und der gleichzeitigen absoluten Interdependenz von Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen im Konjunkturzyklus – verflacht als Lohnpreis oder Preislohnspirale... – drückt sich der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital konkret in seinen zyklischen Bewegungen aus." (S. 26)

E. Altvater hat hier sehr richtig und klar eine (übrigens modernere) konkrete Erscheinungsform des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit dargestellt. Aber dieser Widerspruch ist die Ursache nicht nur für die konjunkturelle Bewegung der Produktion, sondern letztlich die Ursache aller Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, und wir haben wahrlich wenig damit gewonnen, die Konjunktur auf diesen Widerspruch zurückzuführen.

Nun sagt Altvater etwas danach:

> "Hier zeigt sich folgendes sehr deutlich: In der ersten Aufschwungsphase entschärft die Schwäche der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit und natürlich auch durch "konzertierte Aktion" die Konkurrenz der Kapitale untereinander, da die Auspressung von Mehrwert für jedes Einzelkapital profitabel genug vonstatten geht. In späteren Phasen des Aufschwungs aber verschärft sich notwendig die Konkurrenz der Einzelkapitale, da zusätzliche Auspressungen der Arbeitskraft immer schwieriger werden und der Kampf um den möglichst großen Anteil an der vom gesellschaftlichen Gesamtarbeiter erzeugten gesellschaftlichen Mehrwertmasse geführt wird. Durch die Konkurrenz aber wird die Mehrwertmasse nicht um eine unbezahlte produktive Arbeitsstunde vergrößert..." (S. 27)

In diesem Abschnitt werden von E. Altvater außerordentlich wichtige Fragen aufgeworfen, und wir meinen, die wichtigsten seines Aufsatzes überhaupt. Dennoch müssen wir sein Vorgehen kritisieren. Denn er sagt: in der ersten Phase der Konjunktur sind die Arbeiter schwach, das Kapital hat keine größeren Schwierigkeiten, sie auszubeuten; wenn aber die Konjunktur steigt, dann wird es dem Kapital immer schwieriger, die Arbeiter auszubeuten, also beginnt der Krieg zwischen den Kapitalisten untereinander. Wir stimmen damit vollständig überein, aber ging es nicht darum, eben gerade die Ursachen für steigende bzw. fallende Konjunktur herauszufinden? Und dies wäre hier umso wichtiger, als ja gerade Altvater die Stärke der Arbeiter als von der Konjunktur abhängig betrachtet und darstellt. Es wird bestimmt nicht wenige gegenteilige Meinungen geben, daß nämlich die Konjunktur von der Stärke der Arbeiter abhängig ist. Wir meinen, daß sie sich gegenseitig bedingen, und daß eine richtige Konjunkturanalyse eben diesen Zusammenhang herausarbeiten müßte, und dazu wird es nötig sein, nicht von einer bestimmten Phase auszugehen, wie Altvater, sondern das Entstehen der Phasen zu erklären.

Wir könnten ähnliche Einwände gegen den Abschnitt über die Bedeutung des fixen Kapitals vorbringen, wir wollen aber, da wir unsere Kritik nicht ins Uferlose treiben wollen, den Abschnitt über die Disproportionen im Konjunkturverlauf analysieren, zumal auch dort auf den ersten Blick Erklärungen von Ursachen für die Konjunktur gegeben zu werden scheinen. Altvater sagt dort, daß es mehrere Arten von Disproportionen gibt, daß es aber auf die "sich herausbildenden wertmäßigen und naturalförmigen Disproportionen zwischen Industriezweigen und insbesondere zwischen den Abteilungen I ... und Abteilung II ..." ankommt. Bei seiner Erklärung, weshalb diese Disproportionen auftreten, greift Altvater zu dem in der bürgerlichen Theorie als Akzelerator bekanntem Gesetz, wonach eine Veränderung der Nachfrage nach Konsumtionswaren auch eine Veränderung der Nachfrage nach Produktionsmitteln führt, und erklärt dessen Wirkung auf die Kapazität der einzelnen Produktionszweige. Er selbst sagt aber, daß diese Veränderung der Nachfrage nur zu einer bestimmten Zeit Disproportionen des Produktionsapparats hervorrufen, daß man also mehrere Faktoren berücksichtigen muß. Die entscheidende Frage stellt er aber nicht: was bedingt die Veränderung der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und wann bewirkt sie eine solche Disproportion des Produktionsapparates, daß eine Rezession eintritt? Er schreibt daher, nachdem er einzelne Faktoren angedeutet hat, die auf die Kapazitäten einen Einfluß haben:

> "Dennoch retardieren infolge verschiedener Faktoren die Zuwachsraten (des Auftragsindex, d.Verf.) (Aufwertung, Preissteigerung), so daß ein Umschwung in der Aufwärtstendenz im Laufe der ersten Monate 1970 durchaus möglich ist. Das Ifo-Institut sieht darin bereits einen Indikator (neben anderen) für eine mögliche "Tendenzwende" der Konjunktur. Die Ursache für die bezeichneten Disproportionen ist der relative und absolute Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft." (S. 34)

Hier kommt wieder das zum Ausdruck, was wir schon oben bemängelt haben. Wenn es nur "möglich" ist, daß ein Abschwung eintritt, wenn man nur eine "mögliche Tendenzwende" voraussagen kann, wie kann dann so unvermittelt behauptet werden, daß die Disproportionen aus dem im Kapitalismus ständig vorhandenen und nur vorübergehend aufgehobenen Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft hervorgeht? Uns scheint Altvater hier wesentliche Vermittlungskategorien auszulassen und daher eine Erklärung vorzutäuschen, die er in der Tat nicht liefert. Er bringt dann eine Tabelle, aus der er daher auch äußerst triviale Schlüsse zieht, wie z.B.:

> "Der relativ kontinuierliche Anstieg der Produktion in der "Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie" erklärt sich allein aus der Tatsache, daß in diese Kategorie die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung fallen, die als "Wachstumsbranchen" auch in der Krise die Produktionsrückfälle der anderen diesem Zweig subsumierten Zweige... überkompensieren konnten." (S. 34)

Die Erklärung ist also die, daß der Anstieg der Produktion eines Produktionszweiges dadurch erklärt wird, daß einzelne Branchen in diesem Sektor zu den "Wachstumsbranchen" gehören. Die Produktion steigt, weil die Industrien zu den "Wachstumsbranchen" gehören. E. Altvater wird bestimmt zugeben, daß er sich hier ganz trivial im Kreis gedreht hat.

3. Zusammenfassung

Damit unsere Kritik nicht mißverstanden wird, wollen wir betonen, daß wir den Aufsatz von Elmar Altvater als einen wichtigen Beitrag zum Problem einer Konkretisierung von abstrakten Marxschen Kategorien auf den konkreten, heutigen kapitalistischen Produktionsprozeß betrachten. Altvater betont sehr richtig, daß die heutigen Erscheinungen nicht verstanden werden können, wenn der Widerspruch zwischen Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals, also die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nicht berücksichtigt werden. Trotzdem meinen wir, daß der Aufsatz einen falschen Anschein von Erklärungen gibt. Wenn nämlich gesagt wird, daß die Konjunktur von den Verwertungsbedingungen des Kapitals, also von den verschiedenen Profitraten abhängt, so ist damit nichts geklärt. Der Zusammenhang ist nämlich nicht so einfach. Profitrate und Konjunktur bedingen sich gegenseitig, und beide sind der A u s d r u c k der Vielfalt von Widersprüchen im Kapitalismus, die erst einmal einzeln untersucht werden müssen, damit man überhaupt eine Übersicht erhält. Wenn wir nur daran denken, wie unbefriedigend die Diskussion über das Problem der Aufwertung war, in welchem viele Mitglieder der sozialistischen Bewegung die Ankündigung einer allgemeinen kapitalistischen Krise witterten, so scheint doch der richtige Weg unserer zukünftigen Arbeit der zu sein, uns erst allmählich durch die Untersuchung einzelner Bereiche der heutigen Probleme des Kapitalismus an eine allgemeinere Analyse heranzuarbeiten, statt einen globalen Erklärungsanspruch aufzustellen und global die zukünftige Krise als "unvermeidbar" zu proklamieren. Und gerade die Konsequenzen, die Altvater aus seinem Aufsatz ableitet, zeigen uns, wie wenig er vorwärtsgekommen ist. Denn was kann man davon sagen, wenn er schreibt:

> "Wenn wir die gegenwärtige Konjunkturlage insgesamt beurteilen wollen, so können wir auf dem Hintergrund unserer Analyse mit großer Sicherheit den baldigen Umschwung der Konjunkturentwicklung voraussagen. Es hängt allerdings von vielen Faktoren ab, ob der Umschwung sich wie in der ersten Hälfte des Jahres 1967 in eine Rezession fortsetzt oder nicht." (S. 45)

Welches sind aber diese Faktoren, von denen es abhängt, ob eine Rezession "eintritt oder nicht"? E. Altvater gibt uns hierzu keine Antwort, und aus seiner Analyse geht auch keine Antwort hervor. Wir sehen: wir haben die Erklärung der Konjunktur auf einen Nenner gebracht, nämlich auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem besteht vielmehr darin, eben die Erscheinungen und die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht auf dieses allgemeine Gesetz zu beziehen, sondern die Ursache der Veränderung eben dieser Erscheinungen und dieser Bedingungen zu erklären.

(Wir müßten eigentlich noch darauf eingehen, daß der Anspruch, der im Aufsatz von Altvater stillschweigend enthalten ist, (daß es überhaupt möglich ist, eine allumfassende Konjunkturprognose aufzustellen) nicht erfüllt ist, daß aber im Grunde schon mit dieser Einsicht viel gewonnen wäre, wenn damit Hand in Hand expliziert worden wäre, daß die Konjunkturanalyse als Hilfsmittel revolutionärer Politik ihrem Wesen nach von nur r e l a t i v e r Bedeutung ist, i.e. nicht der sehnlichst erwartete "deus ex machina", den einige der revolutionären Gruppierungen nun anbeten und Wunderdinge erwarten mögen, als hätten sie damit den archimedischen Punkt, von dem aus sie die kapitalistische Welt aus den Angeln heben können. Denn auch die Zyklizität der kapitalistischen Produktion ist eben nur e i n e Erscheinung bestimmter Verhältnisse (des Kapitalismus), e i n e Erscheinungsform ihres Grundwiderspruchs, die mehr oder weniger bedeutsam ist, was allerdings (politisch) begründet werden müßte, warum sie besonders bedeutsam ist.)

Klaus Grenzdörffer/Alex Schubert

Replik zur Kritik von K. Grenzdörffer und A. Schubert x)

Klaus Grenzdörffer und Alex Schubert formulieren als einen zentralen Einwand gegen die Konjunkturanalyse in der SOPO 5, daß zwar von den Verwertungsbedingungen des Kapitals als den Ursachen für die zyklische Bewegung gesprochen werde, diese selbst aber nur anhand einiger 'Indikatoren' beschrieben, nicht aber erklärt würden. Dieser Einwand, das muß von vornherein zugegeben werden, ist berechtigt und signalisiert gerade die großen Probleme, vor denen jede Konjunkturanalyse steht, die mehr als bloße "Symptomatik" (Henryk Grossmann über die bürgerliche Konjunkturforschung) sein will. Allerdings scheint mir in der Kritik als Problem nicht voll erkannt zu sein, daß die objektiven Momente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses das 'Indikatorenproblem' aufwerfen. Dazu drei kurze Anmerkungen.

1. Das Problem der Auswahl sinnvoller Indikatoren für die Bewegung der Akkumulation des Kapitals ist in der Konjunkturanalyse mißverständlich formuliert. Denn es handelt sich dabei nicht um die 'Transformation' von Begriffen der bürgerlichen Ökonomie in marxistische Begriffe – dies würde ja voraussetzen, daß die unterschiedlichen Begriffe gleiches zu erfassen versuchten –, sondern um das reale Verhältnis der Kategorien des Kapitalverwertungsprozesses und deren Erscheinungsformen an der Oberfläche des Kapitalverhältnisses. In der bürgerlichen Konjunkturforschung und Statistik, deren man sich wohl oder übel bedienen muß, wird mit Begriffen wie Volkseinkommen, Sozialprodukt, Investitionen, Verbrauch, Produktionspotential operiert. In der Beschreibung und Analyse der Bewegungen dieser 'Faktoren' bleibt die Konjunkturforschung reine 'Symptomatik', die die Ursachen der Bewegungen dieser Faktoren nicht zu erklären weiß, da sie ja keinen Begriff davon hat, daß z.B. das Produktionspotential ("Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials", schreibt der Sachverständigenrat, JG 68/69, Ziff. 31) nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung ist und Verbrauch, Investitionen oder Volkseinkommen nicht nur 'Nachfragefaktoren', die für die Realisierung bedeutsam sind, darstellen, sondern unmittelbare Momente des Kapitalverwertungsprozesses sind. Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geben nur die Symptome der konjunkturellen Entwicklung an; sie lassen keinen Schluß auf die Ursache dieser Schwankungen zu, auch wenn die statistischen Methoden, mit denen diese Faktoren analysiert werden, noch so sehr verfeinert sind. Die Konjunkturbewegung kann also nur erklärt werden, wenn sie aus den Widersprüchen des Kapitals selbst erklärt wird. Dies bedeutet, daß eine Konjunkturanalyse, will sie systematisch vorgehen, eigentlich nicht bei der gegebenen Konjunkturlage ansetzen darf, sondern gerade von den allgemeinen Widersprüchen des Kapitalverhältnisses auszugehen hat, da der zyklische Charakter des Akkumulationsprozesses nur als Prozeß der permanenten Erzeugung von Widersprüchen und deren Lösung verstanden werden kann. In diesem Sinne ist auch Marx zu verstehen, wenn er die Krise als eine Phase des Akkumulationsprozesses bezeichnet, in der die aufgehäuften Widersprüche zeitweise und gewaltsam gelöst werden. Und daraus ist ebenfalls zu begründen, warum die Gesetzmäßigkeiten der Akkumulation notwendig den zyklischen Charakter des Gesamtprozesses des Kapitals produzieren.

Für das "Indikatorenproblem" ergibt sich daraus, daß es nicht auf eine bloße 'Transformation' von theoretischen Begriffen aus verschiedenen begrifflichen Zusammenhängen ankommt, sondern um des Begreifen des realen Zusammenhangs zwischen den – vereinfacht ausgedrückt – inneren Gesetzen der Kapitalverwertung und den im Kapitalverhältnis notwendig produzierten Erscheinungsformen. In der Konjunkturanalyse kommt es zusätzlich darauf an, wie sich die Widersprüche des Akkumulationsprozesses jeweils in den empirischen Zeitreihen der 'Angebots- und Nachfragefaktoren', für die uns die bürgerliche Statistik das Material liefert, ausdrücken und wie umgekehrt von diesen empirisch vorgefundenen Zeitreihen auf die zyklische Tendenz der Akkumulation zurückgeschlossen werden kann. Nur in diesem Sinne können 'Investitionen', 'Verbrauch', 'Löhne' usw. als Indikatoren dienen. Mit anderen Worten: Zur Lösung des Indikatorenproblems brauchen wir keine irgendwie zustandegekommene Konvention, wie sich etwa 'Investitionen' und 'Akkumulation des Kapitals' zueinander verhalten, sondern die theoretische Klärung der Genesis der Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses aus diesem selbst. Nur dadurch wird es möglich sein, 'Indikatoren' sinnvoll zu interpretieren und aus deren Entwicklung den Konjunkturverlauf zu prognostizieren.

Unter diesem Aspekt scheint mir ein Teil der Kritik von Grenzdörffer und Schubert am Problem ein wenig vorbeizugehen. Denn einmal war gar nicht beabsichtigt, durch Analyse der 'Indikatoren' die U r s a c h e n für eine gute oder schlechte Verwertung des Kapitals zu analysieren, sondern aus den Erscheinungen der Akkumulation des Kapitals auf die diesen Erscheinungen zugrundeliegenden Verwertungsbedingungen des Kapitals selbst zurückzuschließen – was wohl kaum als 'fast tautologisch' bezeichnet werden kann. Denn bei diesem Schritt in der Analyse handelt es sich um einen ersten, aber notwendigen Abschnitt, wenn überhaupt beabsichtigt wird, aus dem konkreten, empirischen Material etwas über die Tendenz der konjunkturellen Entwicklung zu erfahren. Diese Tendenzen lassen sich analysieren, bevor sie etwa als Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit manifest werden.

2. Wenn Grenzdörffer und Schubert zu der Voraussage der Krise meinen, dieses sei Ausdruck eines falschen Anspruchs auf "globale Erklärung", der unbefriedigend sein müsse, so haben sie meines Erachtens einen wunden Punkt in der theoretischen Arbeit der Linken bezeichnet. Es soll daher begründet werden, warum in der Konjunkturanalyse von SOPO 5 überhaupt von dem möglichen Eintreten der Krise gesprochen worden ist. (a) Die Analyse des zyklischen Charakters kapitalistischer Entwicklung in der Vergangenheit und die Analyse der außergewöhnlich günstigen Reproduktionsbedingungen des Kapitals in der Rekonstruktionsperiode nach dem zweiten Weltkrieg zeigen, daß der Kapitalismus im Weltmaßstab weit davon entfernt ist, Krisen entschärft zu haben. Im Gegenteil, es ist eher wahrscheinlich, daß sich tiefere ökonomische Krisen in naher Zukunft herausbilden, als daß eine konjunkturelle Mittellage durch staatliche Regulierung gehalten werden könnte. (b) Überhaupt ist für die theoretische Arbeit der Sozialisten zu sagen, daß es fruchtbarer sein dürfte, die besonderen historischen Bedingungen zu analysieren, die dafür verantwortlich sind, daß schwere Krisen nach dem zweiten Weltkrieg nicht stattgefunden haben, als die Krisen als besondere Umstände eines sich normalerweise krisenfrei entwickelnden Kapitalismus anzusehen. Nicht die Krise ist abnormal, sondern die relative Krisenfreiheit, wenn man die konjunkturelle Entwicklung meint. (c) Die Analyse der zyklischen Bewegung zeigt auch, daß einer konjunkturellen Lage wie in den ersten Monaten 1970 der Umschlag der Konjunktur n o t w e n d i g folgen muß. Dies läßt sich theoretisch begründen und selbst den Prognosen der bürgerlichen Konjunkturforschung entnehmen. Allerdings – und dies ist der Grund für die vorsichtige Formulierung auf S. 45, die Grenzdörffer und Schubert zitieren – müssen für Aussagen über den konkreten historischen Charakter dieses Umschlags eben diese besonderen Umstände analysiert werden, was allerdings außerhalb der Möglichkeiten bei der Konjunkturanalyse in SOPO 5 stand. Grenzdörffer und Schubert hätten zum Beleg ihrer Ansicht, die Krise nicht konstatieren zu können oder zu sollen, die besonderen Umstände zumindest erwähnen müssen, die dazu führen können, daß ein notwendiger konjunktureller Umschlag nach der augenblicklichen Hochkonjunktur keine Rezession, sondern nur eine zeitweise Verringerung der Wachstumsraten mit sich bringen dürfte. Es lassen sich nämlich dafür tatsächlich Argumente anführen, etwa die anhaltende Expansion auf dem Weltmarkt, die Möglichkeit eines sogenannten Zwischenhochs, durch das die 'Talfahrt' gebremst wird, ein funktionierendes Mitspielen der Arbeiter beim Versuch der staatlich regulierten Profitsicherung, einen 'Kambodscha-Boom', an dem auch Westdeutschland sich mästen könnte usw. (d) Mit der Konjunkturanalyse war natürlich auch eine politische Absicht in der Weise verbunden, dabei mitzuhelfen, das innerhalb der Linken grassierende Gerede von der möglichen Krisenentschärfung und den Möglichkeiten des Sozialstaates zur Manipulation von Wirtschaft und Gesellschaft theoretisch zu destruieren.

3. Nun stellt sich also immer noch die Frage, wie die konjunkturelle Entwicklung zu erklären ist. Grenzdörffer und Schubert meinen, daß dazu gerade analysiert werden müsse, w a r u m Ziel der Verwertung und Mittel (Arbeitsprozeß) in Konflikt miteinander geraten. Hier haben wir allerdings, wie ich meine, den Ansatz einer in eine – bezüglich unserer Zwecksetzung – falsche Richtung weisenden Fragestellung. Im Kapitalismus stehen Verwertungs- und Arbeitsprozeß i m m e r, in jeder Konjunkturphase in Widerspruch zueinander und die Frage nach dem "warum" verweist auf die Notwendigkeit der jeder Konjunkturanalyse vorausgehenden Analyse der Widersprüche des Kapi-

x) Die Kritik Joachim Bischoffs hat mir zu spät vorgelegen, als daß eine kritische Verarbeitung in dieser Replik möglich gewesen wäre.

talverhältnisses überhaupt. Darüber kann es gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Für die Konjunkturbewegung selbst aber sind gerade die Art und Weise relevant, wie dieser Widerspruch sich historisch ausprägt und auf den 'Stachel' der kapitalistischen Produktion, die Profitrate, wirkt. Eine konkrete Analyse muß daher über dieses "warum" hinausgehen und nach dem "wie" fragen. Entsprechend diesen Überlegungen müssen gerade solche theoretisch nichtssagenden Ansätze wie "Profitrate und Konjunktur bedingen sich gegenseitig" abgelegt werden. Denn die Konjunktur bedingt gar nichts. Die Widersprüche, die die zyklische Bewegung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses hervorrufen und die aus dem Charakter kapitalistischer Akkumulation resultieren, bedingen im Konjunkturverlauf die zyklische Bewegung der Profitrate. Sie ist also zugleich Resultante der "widerstreitenden Agentien" und als solche A u s d r u c k der Verwertungsbedingungen und mal als spitzer, mal als stumpfer Stachel die Voraussetzung für beschleunigte oder stockende Akkumulation.

Elmar Altvater

Bisher erschienene Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK

1/69 (April) 2. Aufl	J. Agnoli: Parlamentarismus-Diskussion / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft I / E. Hobsbawm: Imperialismusdebatte / W. Müller: Arbeitswerttheorie bei Habermas / B. Rabehl: Rätedemokratie
2/69 (Juni) 2. Aufl.	E. Altvater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung / B. Tibi: Fanons Gewalttheorie
3/69 (Okt.) 2. Aufl.	B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauff: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien / Literatur zur technischen Intelligenz
4/69 (Dez.)	A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern
5/70 (März)	E. Altvater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / P. R. Schilling: Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert: Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Ausführlicher Index zu SOPO 1-4/69 über den Verlag zu erhalten.

Zur Auseinandersetzung mit dem Zionismus

Der seit einem Jahr innerhalb der westdeutschen und westberliner Linken geführten Auseinandersetzung mit dem Zionismus ist durch das in deutscher Übersetzung erschienene Buch von dem arabischen Israeli S. Geries und dem jüdischen antizionistischen Israeli E. Löbel ein wichtiger Beitrag geliefert worden (1). Damit werden die bisherigen Ergebnisse, die bei der Auseinandersetzung mit den Implikationen der Verwirklichung des zionistischen Gedankens gewonnen wurden, in zweifacher Weise ergänzt: die von S. Geries in detaillierter Arbeit dargestellte sozio-ökonomische u. politische Lage der palästinensischen Araber in Israel seit der Staatsgründung fügt sich bruchlos in die von der zionistischen Besiedlung in den 20er und 30er Jahren im Palästina des britischen Mandats betriebenen Zerschlagung der sozio-ökonomischen Struktur der palästinensischen Araber ein: Der Kern der umfangreichen Einleitung von E. Löbel wiederum zeigt, daß die nach dem Junikrieg in Israel geführten Auseinandersetzungen zwischen "Territorialisten" und "Demographen" lediglich interne zionistische Streitereien um die richtige Anwendung des zionistischen Gedankens sind und damit nichts anderes als eine Fortsetzung auf anderer Ebene der bereits in den 20er und 30er Jahren geführten Auseinandersetzung zwischen dem "Arbeiterflügel" und den mehr bürgerlichen Elementen der zionistischen Bewegung über den Boykott oder den billigen Gebrauch der arabischen Arbeitskräfte. Das Wesentliche, nämlich der Aufbau bzw. das Aufrechterhalten des zionistischen Staates wurde jedoch weder damals noch heute angetastet und so wenig wie damals bestehen heute die entscheidenden Unterschiede nicht innerhalb des zionistischen Lagers, sondern zwischen Z i o n i s t e n (gleich welcher Färbung) und A n t i z i o n i s t e n. Die Alternative der konsequent antizionistischen "Israeli Socialist Organisation (besser bekannt unter dem Namen ihrer Zeitschrift MATZPEN) zum Zionismus aufgezeigt zu haben, gibt dem Beitrag von E. Löbel darüberhinaus eine wichtige Aussagekraft für die Auseinandersetzung der Linken mit dem palästinensischen Widerstand und insbes. mit den beiden gegenwärtig wichtigsten Bewegungen, der in ihren Zielen klei derstand und insbes. mit den beiden gegenwärtig wichtigsten Bewegungen, der in ihren Zielen kleinbürgerlich nationalistischen, in ihrer Perspektive sich auf Palästina beschränkenden Al Fatah und der eine sozialistische Perspektive für die Lösung der Probleme im Nahen Osten insgesamt anbietenden FDPLP. (Front Democratic Populaire pour la Liberation de Palestine) Ehe auf den Wert dieser beiden Beiträge für die interne theoretische Auseinandersetzung der Linken näher eingegangen werden soll, erscheint es zweckmäßig, den bisherigen Stand der Zionismusanalyse kurz zu rekapitulieren und damit denjenigen, die wegen der bisher nur geringen Veröffentlichungen die Ergebnisse solcher Diskussionen nicht kennen, die Möglichkeit zum Einstieg in die Diskussion zu geben.

Der 1897 auf einem Kongreß in Basel sich konstituierende politische Zionismus mit seinen Haupttheoretikern Th. Herzl und Max Nordau war die Antwort auf die bedrängte wirtschaftliche und soziale Lage der jüdischen Kleinbourgeoisie und auf die antisemitische Pogrome der nicht jüdischen Kleinbourgeoisie (die ebenfalls durch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung in ihrer Existenz bedroht war) in Mittel- und Osteuropa (2). Der Gedanke, die in Europa durch die kapitalistische Entwicklung sich stellende Judenfrage mit der Errichtung eines nationalen jüdischen Staates (3) durch Kolonisierung eines unterentwickelten Gebietes lösen zu wollen, war selbst wiederum

---

1 Sabri Geries, Eli Löbel: DIE ARABER IN ISRAEL, München, Trikont Verlagskooperative, 1970. Sämtliche Seitenangaben beziehen sich auf die französische Ausgabe.

2 Zur Problematik des Antisemitismus vgl. die glänzende Analyse von Abraham Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE DE LA QUESTION JUIVE (Paris 1946 u. 1969).

3 Der Anspruch des Zionismus, die Judenfrage lösen zu können, wurde bereits 1914 von Karl Kautsky in seiner Schrift RASSE UND JUDENTUM auf ideologischer Ebene widerlegt. Später ebenso von I. Rennap: ANTI-SEMITISM AND THE JEWISH QUESTION (London, 1942) und von A. Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE...

Produkt der beiden politischen Phänomene, die sich mit der kapitalistischen Gesellschaft in Europa entwickelten: nämlich des Nationalismus und Kolonialismus (4). Damit impliziert die Verwirklichung des zionistischen Gedankens zwei wesentliche Konsequenzen, die, wie historisch leicht nachzuweisen ist, von Anbeginn bis heute wirken: da nämlich die Welt von dem Imperialismus bereits aufgeteilt war, mußte sich der Zionismus in seiner Intention, ein Siedlungsgebiet zu bekommen, notwendigerweise mit dem Imperialismus verbünden; andererseits mußte die zionistische Zielsetzung, einen eigenen nationalen jüdischen Staat mit eigener Klassenstruktur, insbesondere mit einer eigenen Arbeiterklasse, zu schaffen, die Verdrängung der in dem Siedlungsgebiet lebenden einheimischen Bevölkerung nachsichziehen. Hierin zeigt sich der wesentliche Unterschied zwischen dem Zionismus und den meisten anderen kolonialen Bewegungen der modernen Zeit: während diese daran interessiert waren, die billige Arbeitskraft der "Eingeborenen" auszubeuten und damit zwangsläufig die einheimische Bevölkerung in eine Proletarierklasse einer neuen kapitalistischen Gesellschaft verwandelte, wollte der Zionismus das Land als solches, um einen neuen Nationalstaat zu schaffen, d.h. er wollte nicht Ausbeutung der einheimischen Arbeitskraft, sondern ihre Ersetzung, nicht nur ihre Ersetzung, sondern die Beseitigung jeglicher einheimischen Konkurrenz aus dem zu errichtenden jüdischen Wirtschaftssektor. (5) Diese Konsequenzen liegen in der Verwirklichung des zionistischen Gedankens als solchem, sie hätten für jedes Gebiet und seine Bevölkerung gegolten, das die Zionisten besiedelt hätten, für Mosambique ebenso wie für Uganda und Palästina, die zu Anfang dieses Jahrhunderts alle erwogen wurden; daß es schließlich Palästina und die Palästinenser waren, die getroffen wurden, war lediglich das Ergebnis eines Beschlusses auf dem 7. zionistischen Kongreß von 1905, wo die sogenannten "Territorialisten" (zu denen auch Herzl gehört hatte und die keine Priorität für ein bestimmtes Gebiet hatten) bei einer Abstimmung der anderen Richtung unterlagen, die mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle der osteuropäischen Juden Palästina als Zielobjekt für den Gedanken eines jüdischen Staates für das geeignetste Gebiet hielten. Seitdem richteten sich die Bemühungen der Zionisten bei den imperialistischen Mächten auf den Erwerb Palästinas.

Die bei der Verwirklichung des zionistischen Gedankens angelegten Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung fanden bei der zionistischen Besiedlung Palästinas in den 20er und 30er Jahren ihre Instrumentalisierung in 3 wichtigen Parolen: "jüdischer Boden", "jüdische Arbeit", "jüdische Ware" und ihren zugehörigen Institutionen "Keren Kajemet" (Jüdischer Nationalfond), Histadrut (Konföderation jüdischer Arbeiter Palästinas) und der "Tnouva" (Kooperative Verkaufsgesellschaft). (6) Die Anwendung der Slogan schaffte es, bis zum Ende der Mandatszeit die sozioökonomische Struktur des palästinensischen Volkes weitgehend zu deformieren bzw. zu zerschlagen. Unter der Parole "jüdischer Boden" wurden weite Teile des Bodens von den Effendis gekauft, wodurch die auf dem Grundbesitz arbeitenden Bauern ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden und in die Stadt gehen mußten, um eine Arbeit zu suchen. Hier aber wurden sie gleich mit zwei Hindernissen konfrontiert: aufgrund einer nur sehr geringen kapitalistischen palästinensischen Wirtschaftsentwicklung (Resultat der jahrhundertelangen Osmanenherrschaft und des seit einigen Jahrzehnten etablierten britischen Imperialismus) konnten die Bauern keine Arbeit im arabischen Sektor finden; der jüdische Sektor war ihnen verschlossen, da unter der Kampagne der "jüdischen Arbeit" alle zionistischen Betriebe der arabischen Arbeitskraft verschlossen waren. (7) Dies lag in der inneren Logik der zionistischen Absicht, eine eigene Arbeiterklasse zu schaffen. Ihres Bodens beraubt, daran gehindert, sich zu einer Arbeiterklasse zu entwickeln, wurden die palästinensischen Bauern mehr und mehr zum Lumpenproletariat der Städte, abgesehen von den wenigen, die das Glück hatten, in der Verwaltung der britischen Mandatsmacht irgendwelche Dienste versehen zu können. Die arabischen Händler wurden in gleicher Weise betroffen: unter dem Slogan "jüdische Ware" wurde ein systematischer Boykott gegenüber den arabischen Produkten ausgeübt, der sehr

4 Vgl. Analyse der Israel Socialist Organisation (I.S.O.), erschienen in SOPO 2/1969, pp. 57-58.
5 Vgl. ebda, pp. 58-59; sowie Nathan Weinstock: LE ZIONISME CONTRE ISRAEL (Paris, Maspero, 1969), p. 143.
6 Vgl. Weinstock, 10. Kapitel "Le mouvement ouvrier palestinien de 1918 - 1939", pp. 183-200.
7 Vgl. SOPO 2, p. 59; sowie Weinstock, a.a.O., S. 184.

bald viele arabische Händler u. Kaufleute zugrunde gehen ließ. (8) Daß sich unter der Konkurrenz des mit technischen know how und mit Kapital ausgerüsteten zionistischen Wirtschaftssektor und der gleichzeitigen Etablierung des britischen Imperialismus unter dem Decknamen einer "Mandatsmacht" keine nationale palästinensische Bourgeoisie entwickeln konnte, die ihre historische Aufgabe, eine kapitalistische Wirtschaftsentwicklung einzuleiten, hätten durchführen können, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Die Deformierung bzw. Zerschlagung der sozio-ökonomischen Struktur des palästinensischen Volkes war die notwendige Folge des zionistischen Gedankens, einen jüdischen Nationalstaat zu errichten. Es geht nicht darum, ob die Zionisten dies oder jenes hätten vermeiden können, es geht nicht darum, daß es innerhalb des zionistischen Lagers Auseinandersetzungen über die eine oder andere Frage gegeben hat. Daß es damals Zionisten gab (und heute noch gibt), die sich subjektiv als Sozialisten begreifen, und mit all ihren guten Intentionen werben, darf nicht verwirren; dadurch, daß sie sich nicht gegen die Beraubung des Bodens der Bauern, gegen den Ausschluß der Arbeiter und gegen den Boykott der Händler aufgelehnt haben (9), ja, sogar die eifrigsten Verfechter der Slogan vom "jüdischen Boden", "jüdischer Arbeit" und "jüdischer Ware" gegen die bürgerlichen Elemente des Zionismus waren, haben sie ihren vermeintlichen Sozialismus selbst ad absurdum geführt. Keiner der "sozialistischen" Zionisten setzte sich dem kolonialen Status des Landes zur Wehr, sie begaben sich sogar noch unter seinen Schutz – der koloniale Status nämlich war ebenso wie die strikte Apartheidpolitik die Basis für die Errichtung eines nationalen jüdischen Staates. (10)

8 Vgl. Weinstock, a.a.O., S. 187.
9 Vgl. Tony Cliff: THE STRUGGLE IN THE MIDDLE EAST (International Socialism Pamphlet), London 1967.
10 Im Gegensatz zu diesen "sozialistischen" Zionisten haben die jüdischen kommunistischen Einwanderer schon in den 20er Jahren erkannt, daß sie Bestandteil einer nationalistischen und kolonisatorischen Gesellschaft waren, die zu jeder antiimperialistischen und internationalistischen Politik im Widerspruch stand. Viele haben deshalb Palästina wieder verlassen. Vgl. Weinstock, a.a.O.,

Theorie und Praxis Heft 1/70

J. Bunzl: Antizionismus und Palästinafrage
A. Orr: Zionismus und die Palästinenser
B. T.: Zionismus und Antisemitismus
P. M. Sweezy: Israel und der Imperialismus
H. Schneider: Al Fatah und die Revolution
J. Majdalany: Antirassismus, Zionismus und die Araber
und andere Beiträge

Theorie und Praxis / Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik. Herausgeber: VSSTÖ, 1010 Wien, Werdertorgasse 6. Abo.: S 50,– / DM 10,–. Probeexemplar frei.

THEORIE UND PRAXIS
bringt in den nächsten Heften:
MÄRZ/APRIL
Koritschoner: JÄNNERSTREIK 1918
Zur Geschichte der Streikbewegung
M. Siegert: SOZIALISMUS UND IMPERIALISMUS
W. Burian: SITUATION UND TENDENZEN IN DER ÖSTERREICHISCHEN LINKEN
MAI/JUNI (Doppelnummer)
PSYCHOANALYSE/AUTORITÄT UND FAMILIE
SEPTEMBER/OKTOBER
KRITIK DER LITERATUR
(Arbeitstitel)

In diesem Kontext lassen sich die vielen Einzelheiten, die S. Geries in seiner Arbeit über die sozio-ökonomische und politische Lage der Araber in Israel seit der Staatsgründung bringt, auf einen gemeinsamen Nenner bringen: sie sind das Ergebnis der konsequenten Fortführung der zionistischen Politik während der Mandatszeit. Ist der Zionismus erst einmal in seinem Wesen erkannt, dann wird auch der Stellenwert der Arbeit von S. Geries für die weitere Auseinandersetzung der Linken mit dem Zionismus und der Befreiungsbewegung in Palästina (11) deutlich: die detaillierte Darstellung zeigt nämlich, daß sich 1948 für die palästinensischen Araber, die in dem israelischen Staatsgebiet verblieben, kein Bruch vollzogen hat hinsichtlich der Deformierung ihrer sozio-ökonomischen und politischen Struktur, sondern daß diese bis heute von dem zionistischen Staat fortgesetzt wird. Damit fügt sich die Arbeit von S. Geries in die bereits in den 20er und 30er Jahren geleisteten empirischen Darstellungen, ein, die mit ihrem reichen statistischen Material in dem bereits mehrfach zitierten Buch von N. Weinstock, LE ZIONISM CONTRE ISRAEL, auf dessen notwendige deutsche Übersetzung in diesem Zusammenhang hingewiesen werden soll, verarbeitet wurden. Die Bodenpolitik der Zionisten, die in der Mandatszeit durch den Kauf des Bodens von den Großgrundbesitzern betrieben wurde, konnte natürlich im zionistischen Staat selbst dann mit anderen, direkteren Mitteln durchgeführt werden: denn wie jeder andere Staat besaß auch der zionistische jetzt die Mittel der Gesetzgebung und des Militärs. Die in den 20er und 30er Jahren eingesetzte Proletarisierung der palästinensischen Bauern und Händler, die jedoch aufgrund der oben genannten spezifischen Bedingungen keine Proletarisierung im Sinne der europäischen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung war, dauerte auch nach der Staatsgründung fort: die nach 1948 durch Gesetze und Gewalt von ihrem Boden vertriebenen arabischen Bauern in Israel, schwanken in ihrem Status zwischen Gelegenheitsarbeitern und Lumpenproletariat hin und her. (12) In den Kontext des Zionismus als kolonialer Bewegung mit seinen aufgezeigten Charakteristika fügt sich auch die Konsequenz ein, daß eine solche Bewegung jede eigenständige geistige, kulturelle und politische Entwicklung der einheimischen Bevölkerung unterbinden muß und schließlich, nachdem es nicht gelungen war, sie bis zur Staatsgründung vollkommen zu verdrängen, sie durch eine Militärverwaltung (13) und durch Notstandsgesetze permanent unter Kontrolle zu halten. Kontrolle aus "Staatssicherheitsgründen" fügt sich bruchlos in eine koloriale Gesellschaft ein, deren Existenz auf der Negation der nationalen Existenz der Kolonisierten beruht.

Der Stellenwert des Beitrages von E. Löbel für die Beschäftigung der Linken mit dem Zionismus liegt darin, daß er durch die Analyse der internen zionistischen Auseinandersetzungen nach dem Junikrieg zwischen "Territorialisten" und "Demographen" aufzeigt, daß sich Israel als zionistischer Staat weder von seiner Verbindung und Abhängigkeit vom Imperialismus lösen noch bei konsequenter Anwendung des zionistischen Anspruchs und Zieles, das gesamte jüdische Volk im "Heiligen Land" zu sammeln, ohne Expansion auskommen kann. Hier zeigt sich, daß die beiden wesentlichen Konsequenzen der Verwirklichung des zionistischen Gedankens bis heute fortwirken. (14) Die Auseinandersetzungen innerhalb des zionistischen Lagers können nur darum gehen, wie man die "befreiten Gebiete" am adäquatesten im Sinne des zionistischen Gedankens verwertet: durch

11 Um bei der Unterstützung der Befreiungsbewegung eines kolonisierten Volkes eine konsequente internationalistische Haltung einnehmen zu können, ist es erforderlich, die Klassenstruktur und das daraus resultierende politische Bewußtsein dieses Volkes genau zu kennen. Nur so wird es möglich sein, zu erkennen, ob die Richtung zu unterstützen ist, die objektiv auf die Bedürfnisse des Volkes eine Antwort gibt oder ob die, die den eigenen Befreiungskampf in die Perspektive der sozialistischen Weltrevolution hineinstellt und sich deshalb als marxistisch-leninistische Avantgarde an die Spitze des Befreiungskampfes stellen will, um diesen von einem nationalen in einen sozialistischen zu tranformieren.

12 Der Bluff, den die zionistische Bürokratie durch die Zulassung der arabischen Arbeiter zur Histradut im Jahre 1959 machte, wird von S. Geries durch die Offenlegung der dahinter steckenden Ziele entlarvt, so daß deutlich wird, daß auch diese Maßnahme sich in das Gesamtgebäude der Kontinuität einfügt.

13 Die von der zionistischen Propaganda in aller Welt verkündete Aufhebung der Militärverwaltung 1966 verbirgt nichts anderes als die Übertragung der gleichen Rechte auf die Polizei.

14 In diesem Kontext lassen sich dann auch leicht Interviews und Erklärungen israelischer Militärs und Politiker in der hebräischen Presse begreifen, in denen expressis verbis gesagt wird, daß es sich bei dem Krieg von 1967 entgegen aller zionistischen Propaganda keineswegs um einen Überlebungskrieg gehandelt habe. (S. Beitrag von E. Löbel, pp. 17-19.)

Ausbeutung der billigen arabischen Arbeitskräfte (mit der Gefahr, sehr bald zu einem Südafrika oder Rhodesien zu werden) und dabei aber den jüdischen Charakter des Staates zu gefährden, oder durch "Säuberung" des Gebietes von Arabern, um den jüdischen Charakter des Staates nicht zu gefährden. Diese Widersprüche aber sind nur Nebenwidersprüche eines Kolonialvolkes. Der Hauptwiderspruch ist der zwischen den Kolonisierenden und den Kolonisierten. Hierin zeigt sich, daß die wesentlichen Fronten in Israel nicht innerhalb des zionistischen Lagers verlaufen, sondern zwischen Zionisten und Antizionisten. Dies klarzulegen und zugleich den Juden in der Diaspora und der hebräischen Nation in Israel die Alternative zum Zionismus aufzuzeigen, macht den Beitrag von Elli Löbel für die Diskussion über Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung so wichtig. In Anlehnung an die Analyse von A. Leon: LA CONCEPTION MATERIALISTE DE LA QUESTION JUIVE, zeigt er auf, daß der Antisemitismus eine spezifische Erscheinungsform der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung ist (im 19. Jahrhundert materialisiert in Ost- und Mitteleuropa) und daß die Judenfrage nicht im Rahmen der Gesellschaft, die sie hervorbringt, zu lösen ist, (pp. 55, 56) daß im Gegenteil der Zionismus verursacht hat, die Judenfrage im internationalen Maßstab zu verfestigen. (p. 85) Die notwendige Verbindung des Zionismus mit dem Imperialismus gegen jegliche emanzipatorischen Bestrebungen in der arabischen Welt und damit die Verbindung mit der heute objektiv reaktionärsten gesellschaftlichen Kraft sowie die pro-imperialistische Orientierung der jüdischen Gemeinden, wiederum bedingt durch die Existenz Israels, bedeutet für die Juden in der ganzen Welt eine ungeheure Gefahr (p. 88). Das Schicksal der Juden in ihrer Gesamtheit ist dadurch mit dem im Niedergang begriffenen Weltimperialismus verbunden. (p. 88)

> "Das Erwachen des palästinensischen Volkes und die neue internationale Situation schaffen die Vorzeichen einer radikalen Umwälzung. Das Aufrechterhalten der Judenfrage im internationalen Maßstab... und die Identifizierung der organisierten jüdischen Kräfte mit dem imperialistischen Lager geben uns (jüdischen und nicht-jüdischen Internationalisten, S.M.) eine internationale Aufgabe." (85) "Der Kampf gegen den Zionismus muß auf internationaler Ebene geführt werden... das heißt internationale ... Unterstützung für den Kampf, der sich für ein vereinigtes, jüdisch-arabisches, ravolutionäres Palästina einsetzt... (p. 86)

Dies bedeutet zugleich die Anerkennung des Rechts auf Widerstand für ein unterdrücktes und erobertes Volk und des Rechts auf Selbstbestimmung für die hebräische Nation nach Dezionisierung des heutigen zionistischen Staates Israel. (p. 89)

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
Kritische Literatur · Poster & Grafik
Fachbücher · Buchversand

NEUES FORVM

Internationale Zeitschrift für den Dialog

Im Eigentum der Redakteure

1966 . . . 3 000 Expl., 1969 . . . 15 000 Expl. Auflage

Kritisches Christentum.
Kritischer Sozialismus.
Solidarität mit der Dritten Welt.

... beste deutschsprachige Zeitschrift (Süddeutscher Rundfunk) ... erste Namen und überzeugende Beiträge (Presse) ... keine Verbrüderung, sondern sachliche Diskussion (Arbeiter-Zeitung) ... ausgezeichnet (Neue Zürcher) ... Baedekersterne für optimales Gelingen (Süddeutsche) ... lesenswertest (Welt) ... eine der wenigen wahren Hoffnungen (Frankfurter Allgemeine) ... Tribüne des Dialogs (Kierunke, Warschau) ... führende Zeitschrift (Woprossy Literatury, Moskau) ... une des publications les plus vivantes (Le Monde) ... one of the most hopeful (Erich Fromm) ... dialogisches Aktionszentrum (Ernst Bloch) ... Zentralorgan der revisionistischen Internationale (Neues Deutschland) ... ehrliches Christentum (Tempo Brasileiro) ...

Einzelheft:
DM 2,40 / sfr 2,50

Jahresabonnement:
DM 38,– / sfr 40,–

Ermäßigung für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten

In allen Buchhandlungen, Kiosken, Bahnhöfen, Hochschulen sowie

A 1070 Wien, Museumstraße 5

Kuba: 10 Millionen Tonnen

Der Imperialismus hat am 17. April erneut seine Söldner nach Kuba geschickt. Ein Dutzend dieser Kanaillen landeten in der Nähe der Stadt von Baracoa, ausgerüstet mit den modernsten Waffen des USA-Heeres, den gleichen Waffen, die im Vietnam-Krieg angewendet werden. Aber neben den Waffen, Medikamenten, Radioapparaten und Nahrungsmitteln brachten sie ihre eigentlichen "Produktionsmittel": Material zur Sabotage. Neun Jahre zuvor, am 19. April 1961, hatten nordamerikanische Söldner ebenfalls in der Schweinebucht zu landen versucht. Damals wurde die gesamte kubanische Bevölkerung gegen die Angreifer mobilisiert, und sie brachte ihnen eine vernichtende Niederlage bei. Mehr als tausend Söldner, deren oberster Auftraggeber J.F. Kennedy gewesen war, wurden gefangengenommen. Jedes Jahr war anläßlich dieses Sieges der 19. April in Kuba gefeiert worden. Dieses Jahr, 1970, sollte es aber anders sein. Bei der Trauerfeier für die fünf Angehörigen der kubanischen Miliz, die im Kampf gegen die neuen Invasoren, welche sofort nach ihrer Landung durch die Miliz geortet und bekämpft worden waren, gefallen sind, sagte Fidel Castro:

> "Dieses Jahr wollten wir keine Feier (zum 19. April) durchführen, und zwar deshalb, weil sich unser Volk gegenwärtig vollständig der Ernte der 10 Millionen widmet – und alles, was in irgendeiner Form bedeutete, dieser Aufgabe auch nur eine einzige Minute zu nehmen, wurde von uns vermieden. Daher sollte sogar der feierliche Akt zum Andenken des Sieges von Giron (Schweinebucht) nicht durchgeführt werden. Dennoch haben wir uns gezwungen gesehen, diesen Gedenkakt durchzuführen, denn genau an einem Tag wie diesem, am 19. April, aber neun Jahre später, haben wir die traurige Pflicht, fünf tapfere Kämpfer zu begraben, die ebenfalls im Kampf gegen eine söldnerische Aggression gefallen sind."

Wer sich über die Ziele der Söldner informieren wollte, hatte nur die Sendungen der "Voice of America" zu verfolgen, in denen die konterrevolutionäre Organisation "Alpha 66" regelmäßig zu Wort kommt: Sie werde das kubanische Volk vom kommunistischen Diktator Castro befreien. Dazu werde diese Organisation, wie es die Zeitschrift "US News and World Report" genannt hat – "Konflikte zwischen den Militärs und Castro" ausnutzen. Castro, so diese Zeitschrift, versuche sich mit der Ernte der 10 Millionen Tonnen (t) Zucker verzweifelt gegen die Militärs zu behaupten. Er stürze das Land in ein ökonomisches Chaos, da 'er' alle Mittel einzig und allein dazu einsetzen muß, dieses 'irrationale', nur von seiner schwachen Position aus zu verstehende, Ziel zu erreichen.

> "Heute war die Absicht dieser Söldner, die 10 Millionen-Ernte zu stören", sagte Fidel zur erwähnten Trauerfeier.

Der Verzweifelte ist aber nicht Fidel, sondern der Imperialismus. Nachdem das kubanische Volk gezeigt hat und ständig neue Beispiele dafür gibt, daß es trotz der kriminellen imperialistischen Blockade die sozialistische Gesellschaft aufbauen kann, und sich die materiellen Grundlagen Kubas enorm entwickeln, greift der Imperialismus zu seiner bekannten Waffe, der Sabotage. Denn die Ernte der 10 Millionen Tonnen Zucker wird Kuba nicht in ein Chaos stürzen, sondern bedeutet vielmehr einen riesigen Sprung vorwärts, sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet.

Die folgenden kurzen Ausführungen (1) sollen auf diesen Sprung vorwärts in einigen Bereichen der Produktion und seiner Bedeutung für die ökonomische und ideologische Entwicklung Kubas hinweisen. Der Informationsmangel innerhalb der westeuropäischen Linken und die idealistisch illusionären Vorstellungen über die kubanische Revolution, wie sie von falschen Freunden Kubas vertreten werden, lassen dies gerade zum augenblicklichen Zeitpunkt notwendig werden.

---

1 Der Verfasser stützt sich auf die folgenden Veröffentlichungen: mehrerer Nummern von BOHEMIA, mehreren Berichten aus Kuba, die in verschiedenen Nummern von PUNTO FINAL (Santiago-Chile) erschienen sind, verschiedene Nummern von GRANMA, der Zeitschrift CUBA, sowie auch auf mehrere Analysen, Kommentare, Interviews und Berichte von RADIO HABANA-CUBA.

Die 10 Millionen-Ernte

Die Vorbereitung dieser historischen Ernte begann im Jahr 1968. Damals betrug die mit Zuckerrohr bepflanzte Fläche etwas über eine Million Hektar (ha). 1968 und 69 wurden eine weitere halbe Million bebaut, und zwar frühere Sumpfgebiete und Grasflächen. Die Leitung und Organisation dieser allein für sich schon großen Leistung hatte DAP (Desarrollo Agropecuario), ein Institut, das für die integrale Entwicklung der Landwirtschaft durch den Bau von Dämmen, Straßen, Kanalisationsanlagen usw. sorgt. Die Größe dieser Anbaufläche allein würde aber nicht ausreichen, um 10 Millionen Tonnen zu ernten, wenn sie nicht sorgfältig bearbeitet, sämtliche schädlichen Insekten und Plagen beseitigt, von Unkraut vollständig gesäubert und ausreichend mit Dünger versorgt würde. Aus dieser Notwendigkeit heraus ist Kuba zu einem Land geworden, das im Verbrauch von Düngemitteln pro ha mit an der Spitze der Welt steht, und die Schädlingsbekämpfung konsequent durchgeführt hat. Flugzeuge und Hubschrauber der kubanischen Luftwaffe erfüllen dabei eine wesentliche Aufgabe, viele Forschungsanstalten der Universitäten arbeiten an der Entwicklung von speziellen Vertilgungsmitteln. Der gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern, und nicht nur gegenüber diesen, riesige Vorsprung in der Anwendung von Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist nur deshalb möglich gewesen, weil in Kuba seit Jahren am Aufbau einer leistungsfähigen chemischen Industrie gearbeitet wird. Durch sie soll es möglich werden – teilweise ist es schon jetzt möglich – aus dem Zuckerrohr selbst sowohl Düngemittel als auch Grundstoffe für die Kunststoffindustrie zu gewinnen.

Gleichzeitig werden riesige Düngemittelkombinate aufgebaut. Im nächsten Jahr wird eines dieser Kombinate, das gegenwärtig noch mit Hilfe der Sowjetunion bei Cienfuegos aufgebaut wird, seine volle Produktionskapazität (jährlich 600.000 t) erreichen – und damit einen großen Teil an Eigenversorgung ermöglichen.

Dies ist aber nur eine Seite des Problems. Das Zuckerrohr muß nicht nur angepflanzt, vor Schädlingen geschützt und unter anderem gut mit Wasser versorgt werden, sondern es muß, will man eine Ernte von 10 Millionen erreichen, zu e i n e r g a n z b e s t i m m t e n Zeit geschnitten und verarbeitet werden. Als die revolutionären Kräfte die Macht eroberten, sahen sie sich vor das Problem gestellt, daß alle Zuckerverarbeitungsfabriken (Centrales) völlig veraltet waren. Zwei von ihnen stammten sogar noch aus dem vorigen Jahrhundert, ohne daß sie in irgendeiner Weise modernisiert worden waren. Aber nicht nur das. Es gab fast überhaupt keine Transport- und Hafenanlagen, die die Verschiffung des unverpackten Zuckers ermöglicht hätten. Er mußte daher in Säcken verpackt, dann verschifft und am Ankunftsort wieder umgepackt werden. Für die nordamerikanischen Imperialisten und deren Marionetten in Kuba vor dem Sieg der Rebellion lohnte es sich natürlich nicht die hohen, aber auf lange Sicht devisensparenden Investitionen für den Bau der Hafenanlagen vorzunehmen. Die revolutionäre Regierung sah sich daher gezwungen, sowohl die Hafenanlagen als auch die entsprechenden Transportwege von den Centrales zu diesen Häfen zu bauen. Während der Riesenernte werden 50 % des Zuckers unverpackt (a granel) exportiert, und zwar hauptsächlich über die Anlagen von Cienfuegos – den größten der Welt – die sich noch teilweise in Bau befinden. Im Jahre 1969 wurde allein auf diesem Sektor eine Investition in Höhe von 70 Mill. Pesos (1 Peso = 1 Dollar) getätigt.

Wir sagten soeben, daß das angepflanzte Zuckerrohr zu einer ganz bestimmten Zeit geschnitten und verarbeitet werden muß, damit man eine Ernte von 10 Millionen erreicht. Denn das Zuckerrohr weist eine bestimmte Produktivitätskurve auf, und es muß versucht werden, es genau dann zu verarbeiten, wenn es den höchsten Punkt erreicht hat. Dies wirft ganz besondere Probleme der Ernte (des Schneidens des Zuckerrohrs), der Einbringung, Säuberung, Zerkleinerung und letztlich der Verarbeitung (des Mahlens) in den Centrales auf. Nachdem das Zuckerrohr geschnitten ist, wird es in sogenannten "Centros de Acopio" gebracht, eine Sammelstelle, wo es zerkleinert, gesäubert und dann in die Centrales weitertransportiert wird. Da jeder Tag, den das Zuckerrohr nach dem Schnitt unverarbeitet liegt, eine Minderung von 20 bis 30 % seines Zuckergehaltes bedeutet, hängt es weitgehend von der Funktionsweise dieser "Centros de Acopio"ab, welche Menge Zucker produziert wird. Diese "Centros de Acopio" sind eine Neuerung der kubanischen Revolution. Sie haben

zu riesigen Erhöhungen der Produktivität geführt, da alles daran gesetzt wurde, sie im starken Maße zu mechanisieren. Allerdings betrug der Anteil Zuckerrohr, den sie an die Fabriken geliefert haben, 1969 erst 16 %, da bis dahin erst 190 vorhanden waren. Die Regierung hat aber den Bau von 300 weiteren pro Jahr geplant.

Die Produktivität hängt außer von diesen "Centros de Acopio" also auch vomschnellen Transport des Zuckerrohrs von den Ernteplätzen zu den Fabriken ab, und hier hat die kubanische Revolution erstaunliches geleistet. Das "Allgemeine Kommando der Ernte" hat einen groß angelegten Plan erarbeitet, der für einen optimalen Ablauf der Ernte sorgt. Das Zuckerrohr wird plangemäß geschnitten, und dann mittels eines präzise durchdachten Transportsystems in jene Fabriken gebracht, die Kapazitäten zum Mahlen zur Verfügung haben. Es ist das erste Mal in der Geschichte Kubas, daß in diesen Ausmaßen das Zuckerrohr von einem Central zum anderen transportiert wird. Dazu waren umfangreiche Vorbereitungen und große Investitionen notwendig. Allein im Eisenbahnsektor wurden im Jahre 1968-69 mehr als 100 Mill. Pesos investiert. Insgesamt zählt das Ernte-Transportsystem 600 Dampf- und 200 Diesel-Lokomotiven, 6.000 Zugmaschinen, 12.000 Breitspurenwagen, ungefähr 40.000 Anhänger und tausende von Lastwagen.

In der Landwirtschaft, dem Transport und der Zuckerindustrie hat Kuba im Jahr 1969 800 Mill. Pesos investiert. Die Kapazität der Zuckerraffinerien wurde dadurch um 25 % erhöht, und die Verarbeitungskapazität der Centrales stieg von 550.000 t Zuckerrohr 1965 auf 670.000 t 1969. Ende Januar begannen 13 völlig modernisierte Fabriken zu arbeiten, die nach anfänglichen Schwierigkeiten eine Kapazität von über einer Million täglich erreicht haben. (Bei vielen Investitionen gab es anfänglich Schwierigkeiten. So entstanden zum Beispiel bei einer der größten Fabrik mit den aus der CSSR gelieferten Generatoren große Probleme, die bis heute noch nicht ganz behoben sind.)

Bei der Mechanisierung der Ernte haben kubanische Techniker und Ingenieure Aufgaben gelöst, die von internationalen Spezialisten für unlösbar gehalten wurden. Sie entwickelten z.B. eine Maschine, die täglich mehr als 20.000 arrobas (1 arroba = 25 Pfund) schneiden kann, was der durchschnittlichen Arbeitsleistung von 50 Zuckerrohrschneidern (macheteros) entspricht. Diese Maschine, die den Namen ihres kubanischen Erfinders "Henderson" trägt, wird ständig weiterentwickelt. Während der laufenden Ernte wird sie von den Revolutionären Streitkräften (FAR) betrieben. Der FAR unterstehen auch die 500, ebenfalls von kubanischen Technikern entwickelten kombinierten Maschinen, die den Namen "Libertadora" (Befreierin) tragen. In der Tat ist in Kuba die Entwicklung solcher Maschinen als die Ankündigung der Befreiung des Menschen von der schweren Arbeit des Zuckerrohrschneidens aufgenommen worden. Die revolutionäre Regierung setzt daher alle Mittel ein, um die Herstellung solcher Maschinen, die vollständig in Kuba selbst gefertigt werden, zu beschleunigen. Noch im vorigen Jahr konnten es sich Huberman und Sweezy leisten, mit der für Sweezy typischen Arroganz zu behaupten, daß die Entwicklung dieser Maschinen angesichts des "kubanischen Enthusiasmus für Neuerungen, die keine Ergebnisse zeigen" niemanden zu Optimismus verleiten solle (2). Heute sind diese Maschinen zu einem üblichen Bild in der Ernte geworden, und während des Jahres 1970 werden 600 und ab 1971 tausend Hendersons jährlich hergestellt werden. Damit wird innerhalb von fünf Jahren das Schneiden des Zuckerrohrs in Kuba v o l l s t ä n d i g mechanisiert sein.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Ernte

Trotz dieser Maschinen und trotz der Einfuhr von 10.000 Zugmaschinen allein im Jahr 1969 sehen sich noch hunderttausende von Kubanern gezwungen, die schwere Arbeit der Zuckerernte zu leisten. Vor der Revolution war die Arbeit in den Centrales die einzige Einnahmequelle für tausende von Kubanern, die miteinander in einen scharfen Konkurrenzkampf traten, wenn die Ernte begann. Nach ihrem Abschluß waren sie dann monatelang arbeitslos. Die Revolutionäre Regierung hat schon in den ersten Jahren nach dem Sieg der Rebellion diesen Zustand radikal aufgehoben, und aus dem Überfluß an Arbeitskräften wurde nun ein Mangel. Die Ernte von 10 Millionen könnte daher nie erreicht werden, wenn nicht tausende von Freiwilligen an ihr teilnähmen. Neben diesen

2 Vgl. Leo Huberman-Paul Sweezy: Socialism in Cuba. Monthly-Review-Press, New York 1969; S. 191.

Freiwilligen, die in der Zahl von 100.000 von der Central de Trabajadores de Cuba (Arbeitergewerkschaft) mobilisiert wurden, nehmen noch 50.000 Jugendliche im Alter von 16 bis 22 Jahren an der Ernte teil. Auf dem Land geht der Lehrbetrieb für diese Jugendlichen weiter, und er findet je nach Lage vor oder nach der Arbeit auf den Zuckerrohrfeldern statt. Die Regierung hat auch hier einen groß angelegten Plan zur integralen Erziehung der Jugend entwickelt. Die Jugendlichen wohnen auf dem Land in modernen Gebäuden, in denen auch der Lehrbetrieb durchgeführt wird. Es werden politische und kulturelle Veranstaltungen organisiert, und jede Gruppe führt ein umfangreiches Sportprogramm durch. Sie erhalten freie Unterkunft, freie Verpflegung und alle Lehrmittel frei. Auch Kleidung und alles, was sie sonst benötigen wird ihnen frei zur Verfügung gestellt.

Auch die freiwilligen Arbeiter erhalten kostenlose Unterkunft und Verpflegung. In den Dörfern werden Veranstaltungen politischer, kultureller und sportlicher Art organisiert. Sämtliche Wohnsiedlungen sind mit Freizeiträumen (Fernsehgeräten, Schach, Tischtennis usw.) und einer Bibliothek ausgerüstet. Für die Arbeiter, die jedes Wochenende zu tausenden auf die Felder strömen, um an der Ernte teilzunehmen, sind ähnliche Bedingungen geschaffen worden.

Die Ernte der 10 Millionen ist so zum Mittelpunkt der ideologischen Mobilisierung der kubanischen Gesellschaft geworden. Sie hat das Bewußtsein geschaffen, daß ganz Kuba eine Einheit bildet, und zwar eine produzierende Einheit. Dieses Bewußtsein entsteht nicht nur durch den unmittelbaren Zusammenhang aller Arbeiten, wie er von der Ernte selbst zur Notwendigkeit gemacht wird. Es ist ganz klar, daß sich bei all jenen Arbeitern, deren Arbeiten direkt voneinander abhängen, ein Bewußtsein der Gemeinsamkeit entwickelt. So ist für den Zuckerrohrschneider der Zusammenhang seiner Arbeit mit der des Arbeiters in der Zuckerfabrik seines Central usw. schon seit längerer Zeit klar. Heute hat aber jede Arbeit in Kuba einen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter, der nicht nur ideell besteht, sondern eine ganz reale Grundlage hat. Es werden täglich die Ergebnisse der Arbeit aller Centrales veröffentlicht, und jede Arbeitsgruppe weiß genau über den Stand der Arbeit der anderen Bescheid. Der Transport von Zuckerrohr von einem Central zum anderen erfolgt ohne das Dazwischentreten von Geld. Sämtliche Transportmittel stehen den Centrales ohne Zahlung zur Verfügung. Auch die Versorgung mit Stromenergie und anderen Hilfsmitteln sowie mit Rohstoffen geschieht ohne Geld.

Noch bis zum Jahr 1965 ging die Diskussion in Kuba entscheidend darum, welche Form des Marktes, also letztlich welche Produktionsverhältnisse, kurzfristig entwickelt werden sollten. Es fand damals eine Kontroverse statt hauptsächlich zwischen Che Guevara auf der einen Seite, der Industrieminister war, und Marcelo Fernandez, der damals Vorsitzender der Nationalbank war und heute Außenhandelsminister ist, und Alberto Mora, dem damaligen Außenhandelsminister, auf der anderen Seite (3). Che Guevara war für die Beseitigung der Warenproduktion, zumindest im staatlichen Sektor, und für die Einführung des sogenannten Haushaltsmäßigen Finanzierungssystems, während Fernandez und Mora mit ihnen eine ganze Reihe von hohen Mitgliedern der Revolutionären Regierung, für die Beibehaltung des Marktes und der finanziellen Selbständigkeit der Unternehmen eintraten. Es wurde wiederholt behauptet, der Grund dafür, daß Che Guevara Kuba verlassen habe, sei der gewesen, daß er sich mit seinen Ideen nicht habe durchsetzen können. Dieser, der imperialistischen Propaganda sehr genehme Unsinn entbehrt nur zu offensichtlich einer realen Grundlage. Denn schon zur Zeit, als Che Guevara Industrieminister war, war das Haushaltsmäßige Finanzierungssystem in der gesamten Industrie Kubas eingeführt worden. Seitdem ist es nun auch zu dem geworden, was sich Che Guevara darunter vorgestellt hatte: nämlich zu einem umfassenden System der Produktion und Verteilung in Kuba. Die gesamte Ernte der 10 Millionen wird auf der Grundlage dieses Systems durchgeführt, und sie geht darüber noch hinaus, indem sie die Zirkulation von Waren und damit von Geld, auch aus der Sphäre des Endkonsums verdrängt hat. Denn wir haben ja erwähnt, daß hunderttausende von Arbeitern an der Ernte freiwillig teilnehmen, also ohne Lohn zu beziehen, daß ihnen aber alles Notwendige, und darunter fällt auch die berufliche Fortbildung, frei zur Verfügung steht.

3 Die Diskussion wurde zum großen Teil ins Deutsche übersetzt. Vgl. dazu: Bettelheim, Castro, Guevara, Mandel, Mora: "Wertgesetz, Planung und Bewußtsein – Die Planungsdebatte in Cuba", Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1969. Die Texte von Che Guevara erschienen in einem Sammelband in Wagenbach Verlag – Berlin unter dem Titel: "Ökonomie und neues Bewußtsein", Rotbuch Nr. 8.

Die Einführung des Haushaltsmäßigen Finanzierungssystems wurde ermöglicht durch die ungeheure politische Mobilisierung der Massen, doch ebenso hat das System diese Mobilisierung erst ermöglicht. Dieses System schafft das Profitstreben der einzelnen Unternehmen ab, da es in ihm erstens keine selbständigen Betriebe und Unternehmen gibt, und zweitens der Begriff des Unternehmens ein ganz anderer als der übliche ist. Ein Unternehmen umfaßt nun ein ganzes Bündel von Betrieben und Produktionseinheiten, die entweder regional oder durch die Produktion selbst verbunden sind. Sämtliche "Käufe" und "Verkäufe" des Unternehmens werden von diesem rein rechnerisch erfaßt, von ihm fließen weder Geldmittel ab noch fließen ihm irgendwelche Geldmittel zu. Allein die Nationalbank macht eine zentrale Buchführung. Ein Unternehmen macht somit nie einen Profit und auch keinen Verlust.

Hand in Hand mit der Einführung dieses Systems mußte daher bei der Bevölkerung ein gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein geschaffen werden, da die Anwendung des Haushaltsmäßigen Finanzierungssystems die Anwendung von materiellen Anreizen in der Produktion unmöglich macht. Statt materieller Anreize mußte in der Bevölkerung ein moralischer Anreiz zur Produktion geschaffen werden, eine Aufgabe, die umso schwieriger war (und ist), als Kuba vor dem Sieg der Rebellion ein völlig unterentwickeltes Land war, also ein Land, dessen Bevölkerung den Druck der geordneten kapitalistischen Arbeit nie gekannt hat. Sie kannte zwar den Druck und das Elend der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, nicht aber die geordnete Arbeit. Es mag auf den ersten Blick widersprüchlich scheinen, daß die Arbeitsvorgänge heute in Kuba, insbesondere jetzt während der Ernte, einen zum großen Teil "militärischen" Anschein erhalten, während im Gegenteil bei ihrer Durchführung das Gewicht hauptsächlich auf die freiwillige Arbeit von hunderttausenden von Arbeitern gelegt wird. Der Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer. Denn sowohl der Appell an freiwillige Arbeit, und an die gesellschaftliche Moral als auch die Schaffung einer neuen Einstellung zum Inhalt und zu der Form der Arbeit, hängen unmittelbar voneinander ab. Kein Appell an die gesellschaftliche Moral wird auf die Dauer sich durchsetzen können, wenn die Produktivkräfte nicht voll entwickelt werden. Diese können aber nicht entwickelt werden, wenn im kubanischen Arbeiter nicht eine völlig neue Haltung gegenüber der Arbeit, um es in Ches Worten auszudrücken, geschaffen wird. Diese neue Haltung besteht aber nicht nur darin, daß die Arbeit als eine Möglichkeit der Realisierung der menschlichen Fähigkeiten empfunden wird, sondern daß sie zu einer Notwendigkeit wird. Und das erfordert den Bruch mit der Anarchie. Mit jener für alle lateinamerikanischen Länder typischen gesellschaftlichen Anarchie, die durch die jahrhundertelange Ausbeutung erst der spanischen Kolonialmacht und danach des nordamerikanischen Imperialismus verursacht worden ist.

Wir sehen also, daß sich die Ernte der 10 Millionen als ein Mittel darstellt, im kubanischen Volk das Bewußtsein zu schaffen, daß die Zukunft jedes einzelnen von der Arbeit aller anderen abhängt, und daß sie gleichzeitig in der arbeitenden Bevölkerung eine neue Haltung gegenüber der Arbeit hervorruft. Die Ernte ist eben nicht ein isolierter Akt, nicht eine Tätigkeit wie jede andere, sondern in ihr werden alle Tätigkeiten Kubas zusammengefaßt. Wer in der Zuckerernte eine "wahnsinnige Einseitigkeit" sieht, der ist eben blind, denn sie wird von einer riesigen Anstrengung auf allen Sektoren der Ökonomie begleitet. Eine solche Ernte erfordert die Koordinierung von tausenden von Arbeiten. Dies wird ganz besonders auf dem Sektor des Gesundheitswesens klar. Vor der Ernte wurde in Kuba eine Kampagne gestartet, die darin bestand, daß sich sämtliche Arbeiter einer Reihe von medizinischen Tests, Untersuchungen und Schutzimpfungen gegen die verschiedensten Krankheiten unterziehen mußten. Um aber tatsächlich alle Arbeiter zu erreichen, auch die in den entlegensten Gebieten, mußten tausende von Ärzten, Studenten der Medizin und Krankenhelfer im Lande mobilisiert werden. Ebenso mußte die Kommunistische Partei die Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und deren Familien leisten, um das durch die Geschichte von Jahrhunderten eingeprägte Mißtrauen des Volkes gegenüber der Hygiene und der medizinischen Behandlung zu brechen. Dieses Mißtrauen, das einem Europäer vielleicht nicht verständlich sein mag, hat seine historische Berech-

tigung. Man denke nur daran, daß h e u t e noch z.B. in Brasilien die Methode angewendet wird, die Indianer durch vergiftete Nahrungsmittel und durch tödliche Einimpfungen auszurotten oder deren Frauen zu tausenden durch Operationen, über die sie nicht aufgeklärt werden, zu sterilisieren.

Jeder kubanische Arbeiter, der heute an der Ernte teilnimmt, hat einen "Gesundheitspaß". Aber die medizinische Versorgung hört natürlich hier nicht auf. Sämtliche Wohnsiedlungen auf dem Lande verfügen über kleinere oder größere ständige Polikliniken, und dort, wo diese nicht zur Verfügung stehen, werden die Arbeiter durch Ärzte und Studenten der Medizin untersucht, die in Abständen von maximal sieben Tagen j e d e n Ort der Ernte erreichen. Sämtliche sanitären Anlagen werden ebenfalls durch Spezialeinheiten des Ministeriums für öffentliche Gesundheit regelmäßig desinfiziert, und auch die Nahrungsmittel unterstehen einer strengen Kontrolle.

Gerade auf dem Gesundheitssektor hat Kuba beispielhafte Fortschritte gemacht. Es wurden nicht nur Dutzende von modernen Krankenhäusern erbaut, sondern es wurde auch ein weitreichendes System von Vorbeugeuntersuchungen entwickelt. So hat z.B. das Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit den Comités de Defensa de la Revolución (CDR=Komitees zur Verteidigung der Revolution) 1966 ein Programm der frühzeitigen Entdeckung von Krebs bei Frauen gestartet. Seit 1967 umfaßt dieses Programm das ganze Land. Bis 1970 sind mehr als 250.000 Frauen untersucht worden, wobei in 882 Fällen Frühkrebs entdeckt wurde. Diese Frauen wurden sofort einer weiteren ärztlichen Behandlung unterzogen. Aber noch viel eindrucksvoller sind die jährlichen Impfkampagnen gegen die Poliomyelitis (Kinderlähmung), die gerade in diesem Jahr massiv durchgeführt wurde. Alle Kinder, die unter vier bzw. genau neun Jahre alt sind, wurden geimpft. Anfang April d.J. wurden allein an e i n e m Tag 800.000 Kinder geimpft, und an den zwei darauffolgenden Tagen die restlichen 200.000. Diese Impfaktionen werden auch vom Gesundheitsministerium und den CDR durchgeführt – und wenn man bedenkt, daß alle Kinder erfaßt werden, und daß in vielen ländlichen Gebieten dies am Wohnort geschieht, so wird klar, daß nur ein genau durchdachter, ausgezeichnet funktionierender gesellschaftlicher Apparat dies ermöglichen kann. Kuba hat als einziges Land in ganz Amerika die fürchterliche Krankheit der Kinderlähmung ausgerottet (seit 1965 hat es keinen Polio-Fall in Kuba gegeben), die in den anderen Ländern jährlich tausende von Opfern fordert und tausende von Kindern zu Krüppeln macht, wie das jüngst wieder in tragischer Form in Argentinien klar wurde, wo eine neue Epidemie viele Leben kostete.

Die anderen Zweige der Produktion werden auch entwickelt

Wir haben schon erwähnt, daß die Ernte der 10 Millionen auf vielen anderen Sektoren eine Anstrengung notwendig machte, wie die der Mechanisierung in der Herstellung von Schneidemaschinen, im Sektor der Chemie und der Biologie, der Be- und Entwässerungsanlagen, des Transports usw. Diese Übersicht bliebe aber unvollständig, würden wir jene Sektoren vergessen, die zwar zur gleichen Zeit, aber nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der historischen Ernte der zehn Millionen entwickelt werden. Es sind dies die Produktion von Reis, Zitrusfrüchten, Vieh, Milch, Fischfang, Erdöl, Nickel, Staudämmen, Aufforstung, die Durchführung der Elektrifizierung und des Straßenbaus, um nur die zu nennen, in denen die Erfolge im letzten Jahr spektakulär waren.

Zusammen mit der Ernte der 10 Mill. wurde die größte Reissaat der Geschichte Kubas in Angriff genommen. Mußte Kuba noch bis vor zwei Jahren mehr als 40 Mill. Dollar jährlich für die Einfuhr von Reis ausgeben, da der Konsum fast ausschließlich durch Import gedeckt wurde, so wird es mit dieser Mammuternte von 1970-71 schon in der Lage sein, Reis zu exportieren. Allein im Monat April wurden rund 44.000 ha neu angepflanzt, von insgesamt 115.000 ha. Bis Ende April waren schon 70.000 ha gesät. Die genaue Menge Reis, die geerntet werden wird, ist noch nicht bekannt, sie wird aber auf 700.000 bis 900.000 t geschätzt. Da eine halbe Million für den eigenen Verbrauch bestimmt sein wird, bleiben mindestens 200.000 für den Export. Vorläufig ist der Konsum von Reis noch eingeschränkt, und zwar auf drei Kilo monatlich pro Person. (Die Quote ist vor einigen Monaten von 2 auf 3 Kilo erhöht worden.) Aber die Zeiten sind nicht fern, in denen jeder Kubaner soviel Reis essen kann, wie ihm beliebt.

Ähnlich sieht es mit der Milchproduktion aus. Heute ist der Konsum von Milch noch hauptsächlich auf Kinder unter sieben Jahren und auf ältere Personen beschränkt, und diese erhalten eine Quote von einem Liter täglich. Die Verteilung der Milch erfolgt im allgemeinen in den Schulen und an anderen Aufenthaltsorten der Kinder. Dank einer hauptsächlich von Fidel initiierten Kreuzung zweier Rinderrassen sind auf diesem Gebiet Erfolge erzielt worden, die die internationalen Experten das Staunen gelehrt haben. Die Kreuzung heißt F-1 und F-2, und es sind Exemplare gezüchtet worden, die eine Leistung von mehr als 30 Liter Milch täglich haben. Insgesamt ist die durchschnittliche Produktivität der Kühe von 2 Litern täglich auf 10 Liter gestiegen, so daß in näherer Zukunft eine wesentlich bessere Milchversorgung zu erwarten ist. (Ungelöst ist zum Teil noch das Problem eines geeigneten Transports der Milch von den Produktionszentren zu den Konsumenten, da dies spezialisierter Transportmittel bedarf, über die Kuba nicht verfügt.) Auch in der Produktion von Eiern und Geflügel wurde im letzten Jahr ein Erfolg verbucht: 1969 erreichte die Eierproduktion 1,2 Milliarden Stück, und sie soll 1970 auf 1,4 Mia. steigen.

Sensationell ist der Zuwachs an künstlich bewässerter Fläche. Während in ganz Lateinamerika Anstrengungen in die Richtung gemacht werden, die gesamte bewässerte Fläche bis 1975 jährlich um 200.000 ha zu erhöhen, wurde allein in Kuba im letzten Jahr ein Zuwachs von 300.000 ha erzielt. Das heißt, daß Kuba allein jährlich 50 % mehr Fläche neu bewässert als ganz Lateinamerika zusammen. Gerade durch die weite Ausdehnung der künstlichen Bewässerung konnte 1968 der Regionalplan "Victoria de Giron" innerhalb des Nationalen Zitrus-Plans mit Erfolg in Angriff genommen werden. Allein zwischen Jovellanos, Jaguey, Colón und Nueva Paz sollen mehr als 80.000 ha Zitrusfrüchte, insbesondere Apfelsinen der verschiedensten Sorten angepflanzt werden. Fast 20 Millionen Bäume sollen dort wachsen, und dazu bedarf es mehr als 38 Tonnen Samen. Die Produktion von Apfelsinen und Mandarinen wird auf 2 Mill. t jährlich geschätzt. Zum ersten Mal soll dort auch ein künstliches Bewässerungssystem eingeführt werden, das aus unterirdischen Kunststoffrohren besteht, von denen aus die Bäume bespritzt werden. Das Wasser wird durch elektrische Pumpen in die Rohre gepumpt, so daß die Bewässerung automatisch erfolgen kann.

Allein im vorigen Jahr wurden in Kuba mehr als 130.000 ha mit Zitrusbäumen angepflanzt, also mehr als in allen Jahren vor der Revolution! Mit diesen Flächen, die mehr als 230.000 ha betragen, und mit den laufenden Plänen, wird Kuba innerhalb von drei Jahren die Ausfuhren Israels übertreffen und zum ersten Ausfuhrland der Welt von Zitrusfrüchten werden.

Innerhalb weniger Jahre wird Kuba auch zum ersten Produzenten von Nickel in der Welt werden. Heute nimmt es den dritten Platz mit einer Produktion von etwa 40.000 t jährlich ein, aber die Erweiterungsanlagen für eine konzentrierte Ausbeutung des Nickels befinden sich im beschleunigten Bau. Berücksichtigt man, daß auf dem Weltmarkt die Tonne Nickel ungefähr 1.200 Pf.Sterling beträgt, so kann die Bedeutung der Nickelproduktion für die zukünftige Industrialisierung Kubas einsichtig werden.

Vor dem Sieg der Rebellion besaß Kuba praktisch überhaupt keine Fischerei-Flotte. Noch 1958 betrug der Fischfang nur 22.000 t Fisch, obwohl in ihm 10.000 Fischer beschäftigt waren. Das bedeutet also eine Produktivität von nur 2 t pro Fischer jährlich. Mit dem Sieg der revolutionären Kräfte wurde die Grundlage für die Bildung von Genossenschaften geschaffen. Aber nicht nur das. Heute besitzt Kuba außerdem eine beachtliche Flotte, die best ausgerüstete und effizienteste des karibischen Raumes. Der Fischfang stieg im Jahre 1968 auf 78.000 t, und im laufenden Jahr wird die Fischproduktion, wenn erst die modernsten Schiffe, die in Schweden, Frankreich und Spanien gekauft wurden, eingesetzt worden sind, die Höhe von 175.000 t erreichen. Kuba besitzt auch eine speziell ausgerüstete Flotte zum Fang von Krebstieren. Sie werden noch auf hoher See verarbeitet und tiefgekühlt. Durch diese Flotte konnte die Produktion von Krebstieren von 21.000 t im Jahre 1958 auf 80.000 t im Jahr 1969 erhöht werden. Auf beiden Sektoren hat Kuba anspruchsvolle Pläne, die es auch durch den eigenen Bau von Schiffen zu erfüllen versucht.

Am Ende dieser Übersicht der vielen Erfolge, die gleichzeitig mit der Ernte der 10 Millionen erzielt, und der Aufgaben, die zusammen mit ihr in Angriff genommen wurden, müssen noch kurz zwei Punkte erwähnt werden: der Straßenbau und die Wiederaufforstung. Es ist bekannt, in welchem desolaten Zustand sich sowohl der Straßenbau als auch die Wiederaufforstung, wenn überhaupt von einer solchen die Rede sein kann, im Rest Lateinamerikas befindet. In vielen Ländern gibt es überhaupt nur eine gut ausgebaute Straße, die anderen sind oft kaum befahrbar. Zehntausende von Menschen wohnen von den Verkehrszentren völlig isoliert, einfach deshalb, weil ihre Dörfer keine Straße zu diesen Zentren haben. Der gleiche Zustand war auch in Kuba vor der Rebellion vorhanden. Heute ist natürlich noch nicht alles getan, was auf diesem Gebiet geleistet werden muß, aber viele Ortschaften wurden erst seit dem Sieg der revolutionären Kräfte durch Straßen mit dem übrigen Land verbunden. Dies kommt in den Ziffern des Straßenbaus zum Ausdruck: in der ganzen Geschichte Kubas zusammen wurden insgesamt kaum 10.000 km Straßen, in den 10 Jahren der Revolution wurden mehr als 5.000 km gebaut.

Dies ist aber im Vergleich zu den Erfolgen bei der Wiederaufforstung nur bescheiden. Heute ist es noch in anderen Teilen Lateinamerikas üblich, die Wälder einfach durch das Legen von Feuer zu roden, damit ein x-beliebiger Großgrundbesitzer seine wenigen Schafe irgendwo weiden lassen kann. Auf diese Art verschwinden jährlich tausende von Hektar Wälder – was in vielen Fällen sogar zu einer Veränderung des Klimas geführt hat. Neben dieser Folge tritt gleichzeitig eine große Gefahr für viele Ortschaften ein. Durch das kriminelle Roden durch Feuer werden ganze Berge zu kahlen Landschaften, von denen in der Regenzeit die Erde in riesigen Massen heruntergeschwemmt wird. Dabei werden nicht selten ganze Ortschaften wegradiert (so sind z.B. im Süden Chiles, in der Provinz von Aysen, wo diese Methode seit Jahrzehnten angewandt wird, ohne daß jemals auch nur ein Grundbesitzer bestraft worden wäre, 1968 viele tausend Menschen ums Leben gekommen, weil ihre Ortschaften vom Schlamm begraben wurden, der aus den umliegenden Bergen durch den Regen angeschwemmt kam. Die Situation war auch in dieser Hinsicht in Kuba vor der Revolution nicht anders. Denn von 1900 bis 1958 waren in Kuba nur 10 Mill. Bäume angepflanzt worden – eine lächerliche Anzahl, wenn man bedenkt, daß Kuba seit seiner Entdeckung durch die Spanier sein Holz für den Schiffbau der spanischen Marine und die teuren Möbel der europäischen Aristokratie, und später für die europäische und nordamerikanische Bourgeoisie hat hergeben müssen. Damit hat aber die Revolution, wie auf so vielen anderen Sektoren, ebenso radikal gebrochen: allein in den 10 Jahren wurden mehr als 300 Millionen Bäume angepflanzt. Es sind einige Naturparks entstanden, darunter der auf der Halbinsel von Guanahacabibes und der Große Waldpark von Escambray, in denen schon fast ausgestorbene Vogel- und Tierarten neu gezüchtet werden (z.B. Rotwild und Fasane). Alle Wiederaufforstungsprogramme stehen unter der Leitung des Kubanischen Instituts der Entwicklung und Nutzung von Wäldern, und sie sind nur ein weiterer Beweis für die Ernsthaftigkeit und die Konsequenz, mit denen das kubanische Volk die Aufgabe des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in Angriff genommen hat.

Kurze Anmerkung zur Ideologie der kubanischen Revolution

Nachdem wir gesehen haben, auf welchen Sektoren der materiellen Entwicklung Kuba riesige Erfolge in kurzer Zeit errungen hat (und wir müssen betonen, daß hier nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird, da z.B. auf eine Analyse der kubanischen Industrie, die sich in den Anfangsschuhen befindet, verzichtet wurde), und wir ebenfalls gesehen haben, daß die Kommunistische Partei Kubas die Massen mobilisiert hat, um diese Erfolge möglich zu machen, können wir erkennen, daß nur ein Verleumder oder Blinder behaupten kann, die KP befinde sich in einem "desolaten" Zustand. Der Kursbuch-Herausgeber H.M. Enzensberger kann sich aussuchen, ob er das eine oder das andere genannt werden möchte. Aber für ihn trifft genau die Rede Fidels vom

22. April (Vgl. das Editorial zu diesem Heft) zu. Aus seiner Feder spricht der Unverstand desjenigen, der mit "lächerlichen Idealisierungen" in ein Land geht und meint, dort ein Paradies vorzufinden, dann aber in der Tat ein Volk vorfindet, das für die abstrakten theoretischen Spielereien eines europäischen "linken Intellektuellen" kein Verständnis aufbringt, weil es sich in der Arbeit befindet, um aus der Not herauszukommen, in die es durch die jahrhundertandauernde imperialistische Ausbeutung gedrängt wurde.

Die gesamte Ernte der 10 Mill. t, alle anderen gleichzeitigen regionalen Pläne, alle Aufgaben auf dem Sektor der Gesundheit und der Erziehung, alle Pläne zur industriellen Weiterentwicklung Kubas, die sich auch in Ausführung befinden, alles dies wird von der Kommunistischen Partei geleitet und bei ihrer Verwirklichung stehen überall die Kader der Partei an der Spitze. Die Partei existiert überhaupt nur, indem sie vollkommen mit den produktiven Aufgaben verschmilzt. Es gibt keinen bürokratischen Apparat, der einen Enzensberger oder einen Sweezy, oder einen ähnlich gearteten Intellektuellen, auf dem Flugplatz von Havanna wie einen König empfangen und ihm die "Wunder" Kubas vor Augen führen könnte. Gerade deshalb, weil es einen solchen Apparat in Kuba nicht gibt, gibt es in der Tat Wunder. Aber es sind Wunder im Vergleich zu früheren Zeiten, im Vergleich zum Rest von Lateinamerika, im Vergleich zu der vom Imperialismus ausgebeuteten Welt. Es sind aber keine Wunder, die den Kubanern heute erlauben könnten, sich zur Ruhe zu begeben und nicht mehr hart zu arbeiten. Zwar ist die Viehproduktion enorm gestiegen, mehr als in irgendeinem lateinamerikanischen Land, aber dennoch bleibt das Fleisch rationiert, eben deshalb, weil die Imperialisten vor der Revolution das Vieh geschlachtet haben, ohne sich einen Dreck um das Volk zu kümmern. Und ähnlich ist es mit dem Weizen, der Milch, den Eiern, dem Gemüse usw. Einem "linken" europäischen Intellektuellen, der sich täglich an zwölf verschiedenen Käsesorten ergötzt, scheint die ideologische Mobilisierung der Massen unter den Bedingungen der Einschränkung sogar von lebenswichtigen Nahrungsmitteln schier eine Unmöglichkeit zu sein. Dem Kubaner, der am Aufbau seiner neuen Gesellschaft arbeitet, ist es aber eine Selbstverständlichkeit. Denn was er heute spart, das spart er für sich, nicht für einen Kapitalisten, der in Miami, New York, Paris oder Frankfurt sitzt. Das ist eben der große Unterschied!

Nicht minder kleinlich sind aber jene, die in der großzügigen Militärhilfe der Sowjetunion den "Beweis" sehen, daß Kuba "endgültig revisionistisch" ist. Diese Superrevolutionäre sähen offenbar lieber, daß Kuba durch die Angriffe der Imperialisten unterginge, als daß die Sowjetunion in Kuba zeigt, daß es zur solidarischen sozialistischen Hilfe durchaus bereit ist, und dies in unvergleichbar generöser Weise. Denn neben der Militärhilfe hat die Sowjetunion Kuba große Kredite eingeräumt. Daß diese Kredite pünktlich zurückbezahlt werden, ist im übrigen, wie Fidel sagte, "eine Ehrensache" für Kuba.

Die großen Unterschiede zwischen der Position der Kommunistischen Partei Kubas und der Sowjetunion liegen auf ganz anderem Gebiet. Auch die Position Kubas gegenüber den revolutionären Bewegungen Lateinamerikas ist von der der Sowjetunion grundsätzlich verschieden, ja sie stehen sogar im Widerspruch zueinander. Die Ideologie der Kommunistischen Partei Kubas ist die Ideologie der lateinamerikanischen Revolution, daran hat sich nichts geändert und es wird sich nichts ändern. Wer in dieser Hinsicht irgendwelche Zweifel hegt, der lese die Rede von Fidel vom 22. April 1970!

Alex Schubert

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Zur Rolle der Nationalbourgeoisie in Lateinamerika

Erst seit relativ kurzer Zeit ist in und für Lateinamerika eine theoretische Klärung der Rolle der nationalen Bourgeoisien, und überhaupt die Klärung der Natur der herrschenden Klassen notwendig geworden. Dies läßt sich einigermaßen leicht verstehen, wenn wir bedenken, daß erst der Sieg der kubanischen Rebellion dem Klassenkampf in Lateinamerika endgültig einen revolutionären Charakter aufgeprägt hat. Dies will nicht heißen, daß in Lateinamerika die revolutionären Bewegungen neu wären. Schon seit der Kolonisierung Amerikas durch die Spanier entwickelte sich dort ein unaufhörlicher Kampf der unterdrückten Massen. Dieser Kampf, deren Geschichte erst jetzt ganz allmählich wieder entdeckt und verstanden wird, wurde hauptsächlich von Indianern und Schwarzen gegen die Spanier und Portugiesen geführt, die sich in Amerika niedergelassen hatten und durch eine ungeheuerliche Ausbeutung dieser Menschen den Reichtum des Kontinents plünderten.

Eine Klärung der Natur der herrschenden Klassen in Lateinamerika müßte natürlich hier beginnen, nämlich mit dem genauen Studium ihrer Entstehungsgeschichte. Es müßten die genauen Beziehungen zwischen diesen Spaniern und Portugiesen in Amerika zu ihren Metropolen und den herrschenden Klassen in Spanien und Portugal dargestellt werden, und zwar von Anfang an, also vom Beginn des 16. Jahrhunderts. Es ist dennoch nicht verwunderlich, wenn gerade dies ein unerforschtes Gebiet ist und heute am anderen Ende begonnen wird.

Weshalb ist es aber möglich, daß trotz eines jahrhundertelangen Kampfes der unterdrückten Klassen gegen die in Lateinamerika herrschenden Oligarchien, der nicht selten in der Ausrottung von tausenden von Menschen endete, bis vor wenigen Jahren eine weitreichende Unkenntnis über die Natur eben dieser Unterdrücker bestehen konnte? Liegt es daran, daß die kämpfenden Massen nur sporadisch gegen einzelne Zustände und nicht gegen eine Klasse gekämpft haben? Nur ein sehr oberflächlicher Betrachter könnte diesem zustimmen. Oder liegt es daran, daß die kämpfenden Massen ihre Erfahrungen vergessen haben und sie ihren Kampf immer auf der gleichen Stufe wieder neu beginnen? Auch diese Antwort ist falsch, wie das genauere Studium der lateinamerikanischen Geschichte, insbesondere das der letzten Jahrzehnte zeigt. Die Antwort liegt vielmehr darin, daß die Massen in ihrem Kampf keine sie zusammenhaltende Organisation haben bilden können. Und wenn sie in ihrem Kampf Organisationen gebildet hatten, so waren es immer solche, die Teile der Unterdrückten ausschlossen. Dies gilt insbesondere für die kommunistischen Parteien. Diese Parteien haben es nicht verstanden, in ihren Reihen neben den Interessen der städtischen Arbeiter auch die der Bauern und Landarbeiter zu repräsentieren. Sie haben sich daher nicht nur im Gegensatz zu der herrschenden Klasse gebildet, sondern auch im Gegensatz zu großen Teilen der unterdrückten Klassen. Nicht also der Charakter des Klassenkampfes ist dafür verantwortlich, daß heute noch Zweifel über den Charakter der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, in Lateinamerika bestehen, sondern der Charakter der die unterdrückten Massen bis vor einiger Zeit repräsentierenden Organisationen.

Dieser Beitrag bezieht sich im wesentlichen auf die folgenden Bücher:

A. Gunder Frank: KAPITALISMUS UND UNTERENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1969.
A.G. Frank, Che Guevara, M. Marini, L. Vitale u.a.: KRITIK DES BÜRGERLICHEN ANTI-IMPERIALISMUS, Rotbuch 15, Berlin: Wagenbach 1969.

Nach dem Sieg der kubanischen Rebellion sind jedoch wesentliche Veränderungen eingetreten. Der Kampf in Kuba wurde hauptsächlich von den Bauern und Landarbeitern in Allianz mit der städtischen Arbeiterklasse geführt, aber unter der Führung der ersten. (Auf die Albernheiten einzelner Phantasten, die im Guerillakrieg den Kampf einzelner Helden sehen wollen, gehen wir natürlich nicht ein). Der Sieg und die sich ihm direkt anschließende Konfrontation mit dem Imperialismus hat dann in Kuba keinen Zweifel mehr daran gelassen, auf wessen Seite die Bourgeoisie stand. War in den ersten Monaten des Sieges die Lage noch nicht ganz geklärt, so erfolgte die endgültige Klärung doch recht bald. Die Bourgeoisie ging direkt zur Konterrevolution über, und als sie sich endgültig verloren sah, griff der Imperialismus direkt ein, ein Vorgang, der in Kuba eine geschichtliche Tradition hatte. Dort, wo die siegenden Klassen sich dem Imperialismus entgegengestellt hatten, zeigte sich die wahre Natur der nationalen Bourgeoisie: sie entpuppte sich als unlöslich verbunden mit den imperialistischen Interessen.

Der Kampf in Kuba mußte natürlich zu einer Solidarisierung Kubas mit den anderen revolutionären Bewegungen in Lateinamerika führen: mit den Bewegungen in Kolumbien, Venezuela und Guatemala. Aber diese Bewegungen standen ihrerseits nicht nur im Gegensatz zu den herrschenden Klassen, sondern auch zu den traditionellen Arbeiterorganisationen, den kommunistischen Parteien und den Gewerkschaften. Und in dem Maße, wie Kuba für diese Bewegungen Partei ergriff und sie solidarisch unterstützte, geriet Kuba jetzt auf internationaler Ebene in Auseinandersetzung nicht nur mit dem Imperialismus, sondern auch mit eben diesen Organisationen. Wie wir wissen, war das Ergebnis eine außerordentlich scharfe Polemik zwischen den beiden Seiten.

Gleichzeitig aber entlarvte diese Auseinandersetzung Kubas mit dem Imperialismus und den traditionellen Arbeiterorganisationen eine Fraktion der Bourgeoisie, die, vom Imperialismus unterstützt, in der unterdrückten Klasse erhebliche Verwirrung zu stiften begann: nämlich die angeblich reformistische Fraktion der Bourgeoisie, die sich hauptsächlich um die christlich-demokratischen Kräfte gruppierte. Diese Fraktion, die von den kommunistischen Parteien wegen des eigenen ideologischen Standpunktes nicht entlarvt werden konnte (der beste Beweis dafür waren die chilenischen

Zwei neue Bände aus der
sammlung dialog

Th. W. Adorno, H. Albert u. a.
Soziologie zwischen Theorie und Empirie
Hrsg. W. Hochkeppel. Band 39. Etwa 240 Seiten
Paperback DM 14,80

Hans Axel Holm
Bericht aus einer Stadt in der DDR
Aus dem Schwedischen. sammlung dialog. feldstudie
Band 40. Etwa 240 Seiten. Paperback DM 18,80

Sonderprospekt sammlung dialog auf Anforderung

nymphenburger

Wahlen 1964), trat als Vertreterin der "nationalen", "antiimperialistischen" und reformistischen Interessen auf. Aber so wie Kuba die Organisation Amerikanischer Staaten als Marionette und die "Allianz für den Fortschritt" als Machenschaft des Imperialismus denunziert hatte, so denunzierte es auch diese angeblichen Reformer als imperialistische Agenten. (Dies führte sogar so weit, daß der chilenische Präsident Frei Fidel Castro zum Duell aufforderte, worauf Fidel antwortete, er würde sich mit derart lächerlichen Figuren nicht duellieren. Tomic, der jetzige Präsidentschaftskandidat der Christ-Dem. in Chile ist schon lange von Fidel als Papagei des Imperialismus bezeichnet worden).

Aber nicht nur aus dieser Konfrontation zwischen Kuba und dem Imperialismus sowie der kubanischen Solidarität mit den revolutionären Bewegungen hat sich die unbedingte Notwendigkeit einer genaueren theoretischen Bestimmung der Natur der Bourgeoisie ergeben. Vielmehr sind es die sich verschärfenden Widersprüche innerhalb der lateinamerikanischen Gesellschaft selber und die ständig an Härte zunehmenden Klassenkämpfe. Während heute noch z.B. die Kommunistischen Parteien Brasiliens (PCB) und Guatemalas (PGT) schlankweg leugnen, daß der revolutionäre Kampf der Guerillas Klassencharakter habe, geht die von diesen Parteien als "im Wesen nationalistisch" betrachtete Bourgeoisie offen über zur Ausrottung und Niedermetzelung von allem, was auch nur den Anschein einer revolutionären Bewegung hat. Während die kommunistischen Parteien die nationalen Bourgeoisien bei ihrem "antifeudalen" Kampf unterstützen wollen, und daher zur "revolutionären Geduld" auffordern und diese auch selbst praktizieren, entstehen in Lateinamerika faschistische Militärdiktaturen, deren einzige Stütze der nordamerikanische Imperialismus ist.

Diese endgültige Polarisierung der herrschenden Klassen um den nordamerikanischen Imperialismus ist aber nur der Ausdruck der völligen Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, in Lateinamerika die Produktivkräfte so zu entwickeln, daß die materiellen Grundlagen dieser Gesellschaften, wenn schon nicht erweitert, so doch zumindest erhalten bleiben. Diese Unfähigkeit, die sich in der tragischen Not von Millionen von Menschen äußert, die ständig unterernährt und von allen Fortschritten der Zivilisation unberührt gelassen werden, weil die einzige Funktion, die sie haben, die ist, ausgebeutet zu werden, wird aber den Massen allmählich immer klarer – und zwar deshalb, weil sich revolutionäre Organisationen entwickeln, die den lokalen Kämpfen des unterdrückten Volkes den Charakter der Allgemeinheit geben. Die Guerillabewegung ist eben nur die Form, worin heute die Allgemeinheit des revolutionären Kampfes, der eine Geschichte von Jahrhunderten hat, zum Ausdruck kommt. Gerade der Vorwurf des Voluntarismus, des Partikularismus usw. gegen die Guerillabewegung, sowohl die der Städte als auch die auf dem Land, verkennt, daß eben jene Organisationen wie Gewerkschaften und Kommunistische Parteien, die der Erscheinung nach von allgemeinem Charakter sind, nur partikulare Interessen vertreten und historisch auch vertreten haben, während die Guerillabewegung ein Krieg des gesamten unterdrückten Volkes gegen die herrschenden Klassen ist. Die lateinamerikanischen Guerillas schließen keinen Teil der unterdrückten Massen aus ihrer revolutionären Bewegung aus; natürlich auch nicht das städtische Proletariat oder die traditionell recht gut organisierten Minenarbeiter. So wurde z.B. der letzte Nationale Kongreß der bolivianischen Minenarbeiter (April 1970) mit der Lektüre einer Botschaft des Nationalen Befreiungsheeres (ELN) an die Teilnehmer eröffnet, in welcher "Chato" Peredo, der Führer der ELN, die Minenarbeiter aufforderte, den revolutionären Kampf zu unterstützen und an ihm teilzunehmen. Oder man denke an die unlösliche Verbindung des städtischen und ländlichen Kampfes der FAR Guatemalas, unter der Leitung von César Montes und Yon Sossa. Oder die uruguayische Bewegung der Tupamaros, die sich aus dem Kampf der Landarbeiter um ihre demokratischen Rechte unter der Leitung von Raul Sendic entwickelte, der jahrelang für die Organisierung der Landarbeiter gekämpft hatte. Und gerade an dieser revolutionären Organisation wird es klar, wie gut die Vereinigung der revolutionären Kräfte gelungen ist. (Es wäre in diesem Zusammenhang interessant, näher darauf einzugehen, daß gerade die Tupamaros selbst gesagt haben, daß ihre Praxis sich auf der konkreten Anwendung der Theorie Che Guevaras auf die Verhältnisse Uruguays gründet. Vgl. den Artikel von Carlos Nuñez in TRICONTINENTAL Nr. 10, sowie mehrere Artikel in PUNTO FINAL, Santiago. Gerade dies sollte von jenen berücksichtigt werden, für die die Beschäftigung mit der Theorie Che Guevaras und Regis Debrays nicht eine Sache der politischen Praxis, sondern der theoretischen Sandkastenspielerei aus sicherer Entfernung ist.)

Beim Ausschluß breiter Teile der unterdrückten Massen aus angeblich revolutionären Organisationen hat besonders die Ideologie von der "dualen Struktur" Lateinamerikas eine wichtige Funktion eingenommen. Diese Ideologie beruht auf der völligen Verkennung des Charakters der Ausbeutung der Bauern und Landarbeiter durch das Kapital. Diese Ausbeutung, die die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft verhindert hat, hat dort die Beibehaltung von Verhältnissen verursacht, die einem entwickelten System der Produktion nicht entsprechen. Diese Verhältnisse haben zur Ansicht geführt, daß der landwirtschaftliche Sektor Lateinamerikas "feudal" sei, und daß dieser Sektor die Entwicklung des anderen, des "fortschrittlichen" kapitalistischen Sektors hemme. Dieser "Dualismus" mache daher eine antifeudale Revolution notwendig, um die breiten Massen des Landes in die Gesellschaft zu "integrieren". Daher müsse die Bourgeoisie unterstützt werden, da sie die einzige sei, die im Moment diese "antifeudale" Revolution durchführen könne. Durch diese Ideologie haben die kommunistischen Parteien ihre völlige Vernachlässigung der Bauern und Landarbeiter jahrzehntelang gerechtfertigt.

Hand in Hand mit der sich entwickelnden und an Kraft immer zunehmenden revolutionären Bewegungen geht nun eine Rekonstruktion der Geschichte Lateinamerikas. Man beginnt, eine Theorie der Revolution neu zu entwickeln, die eine genauere Beschreibung der verschiedenen Klassen gibt. Es ist nicht zufällig, daß dabei der Bourgeoisie das Hauptinteresse gewidmet ist, geht doch diese neue Theorie direkt aus der Auseinandersetzung zwischen Kuba und den revolutionären Bewegungen einerseits und den traditionellen Kommunistischen Organisationen andererseits hervor. Am Beispiel des Buches von Gunder Frank und der Aufsätze, die in "Kritik des bürgerlichen Antiimperialismus" erschienen sind, wird dies sehr klar. Es wird dort versucht zu zeigen, daß die Unterentwicklung Lateinamerikas eine Folge der kolonialen und später der imperialistischen Ausbeutung ist; und da beide Formen der Ausbeutung innerhalb eines kapitalistischen Systems stattfinden, ist diese Unterentwicklung eine Folge des kapitalistischen Systems. Nicht die "feudale" Rückständigkeit der Landwirtschaft bremst die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern die Tatsache, daß die Oligarchien sowohl das Land als auch die Industrie und das gesamte Bankwesen kontrollieren und dabei unlöslich mit dem Imperialismus verbunden sind. Es kann daher keinen "bürgerlichen Antiim-

Agit 883 KREUZBERG 618 4801

IMPRESSUM: Verantwortlich: Redaktionskollektiv "883":

Eva-Maria Albrecht, Thomas Bauer, Wulf Blume, Günther Langer, Thomas Knauf, Dirk Schneider u. a.
DRUCK: Zahl-Wienen, 686 48 o8

Für namentlich gezeichnete Artikel ist der Verfasser verantwortlich.
Flugschrift für Agitation und soz. Praxis, 1- 36, Adalbertstr. 21, Tel.: 61 6o 5o (Kreuzberger Vereinshaus)

PschKto.: "Gruppe A"221 241 Bln.-W.
Redaktionsschluß Dienstag abends
Kleinanzeigen (2,-) können auch in den Briefkasten in der TU-Mensa deworfen werden. "883" hat eine Auflage von 6 ooo Exemplaren. 883 kann abonniert werden, das kostet 1o,- DM pro Vierteljahr.

perialismus" geben, weil die Bourgeoisie ein P r o d u k t des Kapitalismus ist, sich selbst also nicht gegen das imperialistische Kapital auflehnen kann, da sie damit die gegenwärtige Grundlage ihrer Existenz selbst angreifen würde. Die Erklärung der 1. Konferenz der Organisation der Lateinamerikanischen Solidarität OLAS (Havanna, August 1967) bringt dies klar zum Ausdruck:

> "Es hat nicht einen einzigen direkten oder indirekten Interventionsakt des Imperialismus in unseren Ländern gegeben – seit dem vorigen Jahrhundert bis heute – den die lateinamerikanische Bourgeoisie nicht gerechtfertigt und unterstützt hätte. Sie ist innerlich gehindert, sich dem Imperialismus entgegenzustellen. Mehr noch: Sie ist dessen willige Dienerin und dessen Vermittlerin. Die Probleme, die diese verwickelte und geronnene antipopuläre, antinationale und reaktionäre Interessenstruktur aufwirft, die sich auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gründet, die nur durch die Gewalt erhalten wird und dessen Hauptnutznießer der nordamerikanische Imperialismus ist, der sie hervorruft und bedingt, können nicht durch die akademischen Formeln der "Strukturänderung" und der "tatsächlichen Ausübung der repräsentativen Demokratie" gelöst werden. Der einzig wahre Weg, sie zu lösen, ist der revolutionäre Kampf der Völker."

In seiner Theorie greift Gunder Frank auf den Baranschen Begriff des "Surplus" zurück und konstruiert dann ein System von Widersprüchen von Metropolen-Satelliten, sowohl auf internationaler wie auf nationaler Ebene. Es ist nicht schwer zu zeigen, daß Gunder Frank sich durch diese Konstruktion den Weg zur Erklärung einer Reihe von geschichtlichen Ereignissen versperrt, und daher seine Theorie ihre Schwächen hat. Er ist aber auf jeden Fall der erste gewesen, der das Problem der Natur der nationalen Bourgeoisien Lateinamerikas theoretisch klargestellt und unmißverständlich formuliert hat, und der erste, der erneut den richtigen dialektischen Gesamtzusammenhang der Entwicklung Lateinamerikas zumindest im Prinzip richtig dargestellt hat. Er hat die Abhängigkeit der herrschenden Klassen von der internationalen Entwicklung des Kapitalismus aufgezeigt und auf deren unauflösliche Verbindung mit diesem hingewiesen. Wenn er es auch nicht gezeigt hat, so geht doch aus seinem Buch implizit hervor, daß die Bourgeoisie in Lateinamerika im Gegensatz zu den europäischen Bourgeoisien eine v e r m i t t e l t e Bourgeoisie ist, die sich nicht im Kampfe gegen andere Klassen entwickelt hat, sondern als "fertiges" Produkt nach Lateinamerika transportiert wurde, und die sich von ihren Abhängigkeitsverhältnissen nie gelöst hat. (G.F. bezieht sich speziell auf die Fälle Brasilien und Chile, doch lassen sich zu anderen Ländern Lateinamerikas leicht Parallelen ziehen).

Es läßt sich unschwer voraussagen, daß bei weiteren Forschungen nicht mehr auf das recht mechanistische System von Widersprüchen zurückgegriffen werden wird, das Gunder Frank in seiner Theorie zur Erklärung der Unterentwicklung Lateinamerikas und der Abhängigkeit der nationalen Bourgeoisien benutzt. Doch diese gewisse Schwäche ist nicht das Bestimmende in Franks Untersuchung. Vielmehr ist es seine ständige Betonung des Gesamtzusammenhangs zwischen der Entwicklung in Europa während und nach der Kolonisierung und der Entwicklung in Lateinamerika. Wenn dieses Problem erst einmal etwas klarer wird, dann wird es auch vielleicht möglich werden, den umgekehrten Zusammenhang befriedigender als bisher darzustellen. Insofern ist Gunder Franks Buch nicht nur für Lateinamerika von Bedeutung.

Alex Schubert

Da wir nicht a l l e SOPO-Bezieher persönlich kennen können, bitten wir darum, bei Überweisungen den vollen Namen und die Adresse anzugeben.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder von diesen Klassen wieder besondere Abstufungsgrade. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei grosse feindliche Lager, in zwei grosse, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. Aus den Leibeigenen gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; daraus entwickelten sich Elemente der Bourgeoisie. Die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas schufen der Bourgeoisie neues Terrain. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonien, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waren überhaupt gaben dem Handel, der Schiffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung und damit dem revolutionären Element in der zerfallenden feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung. Die bisherige feudale oder zünftige Betriebsweise der Industrie reichte nicht mehr aus für den mit neuen Märkten anwachsenden Bedarf. Die Manufaktur trat an ihre Stelle. Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den industriellen Mittelstand; die Teilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Korporationen verschwand vor der Teilung der Arbeit in der einzelnen Werkstatt selbst. Aber immer wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. Auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus. Da revolutionierten Dampfmaschinen die industrielle Produktion. An die Stelle der Manufaktur trat die moderne grosse Industrie, an die Stelle des industriellen Mittelstandes traten die industriellen Millionäre, die Chefs ganzer industrieller Armeen, die modernen Bourgeois. Die grosse Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schiffahrt, den Landkommunikationen eine unermessliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Masse, wie Industrie, Handel, Schiffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Masse entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund. Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist. Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziation in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie, Hauptgrundlage der grossen Monarchien überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der grossen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschliessliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet. Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose »bare Zahlung«. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spiessbürgerlichen Wehmut in den eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat alle bisher geachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt. Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäusserung, die im Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge. Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen. Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumation aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum grossen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füssen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. Die Bourgeoisie reisst durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schlägt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde. Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in sehr hohem Grade vermehrt und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisiertesten, die Bauernvölker von den Bourgeoisievölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht. Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen, fast nur zollweise verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und einer Nation, einer Regierung, einem Gesetz, einem nationalen Klasseninteresse, einer Douanenlinie. Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktivkräfte schlummerten im Schoss der gesellschaftlichen Arbeit? Sie haben also gesehen: Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlagen sich die Bourgeoisie herausbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlagen sich die Bourgeoisie entsprachen die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigentumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in ebensoviele Fesseln. Sie mussten zerrissen werden, sie sind zerrissen worden. An ihre Stelle trat die freie Konkurrenz mit der ihr entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisklasse. Unter unseren Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschworen hat. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der gesamten bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein grosser Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmässig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen so nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden gehemmt; sobald sie diese Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die zwangsweise Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst. Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier, d. h. die Klasse, welche sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital, entwickelt, in demselben Masse entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur solange leben, als sie Arbeit finden, und diese auch ausüben können, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware, wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmässig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt. Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast ausschließlich auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Ware also, auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Masse also, in dem die Arbeit widerlicher, nimmt daher der Lohn ab. Noch mehr, in demselben Masse, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Masse nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw. Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, die in der Fabrik zusammengedrängt werden, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisklasse, von der Bourgeoisklasse, der Bourgeoisstaat, er täglich und stündlich geknechtet, knechtet ihn die Maschine, von dem Aufseher und vor allem von dem einzelnen fabrizierenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so kleinlicher, gehässiger, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert. Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftanstrengung einschließt, d. h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen. Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, dass er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw. Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, dass ihr kleines Kapital für den Betrieb der grossen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den grösseren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, dass ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung. Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz. In einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des Arbeiters des Mittelalters wieder zu erringen. Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenstellen der Arbeiter ist nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung sondern die der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muss und es einstweilen noch kann. Auf dieser Stufe bekämpfen die Proletarier also nicht ihre Feinde, sondern die Feinde ihrer Feinde, die Reste der absoluten Monarchie, die Grundeigentümer, die nichtindustriellen Bourgeois, die Kleinbürger. Die ganze geschichtliche Bewegung ist so in den Händen der Bourgeoisie konzentriert; jeder Sieg, der so errungen wird, ist ein Sieg der Bourgeoisie. Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in grösseren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Zuweilen siegt die Arbeit, in der Regel aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie geschaffen werden und die die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf nur dieser Verbindung, um die vielen lokalen, überall gleichartigen Kämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf. Und die Einigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande. Diese Organisation der Proletarier zu einer Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England. Die Kollisionen der alten Gesellschaft gestalten den Entwicklungsgang des Proletariats vielfach fördernd. Es befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie, später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht es sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureissen. Sie selbst führt also dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, d. h. Waffen gegen sich selbst, zu. Es werden ferner, wie wir sahen, durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Masse Bildungselemente zu. In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, dass ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschliesst, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen

Ein Gespenst geht um in Europa .....

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874

trikont verlagskooperative

E. Lobel / S. Gerries

DIE ARABER IN ISRAEL

Der in Israel lebende Palästinenser Gerries gibt eine Darstellung der ökonomischen und sozialen Unterdrückung der Araber innerhalb Israels und schildert ihre systematische Vertreibung und Einschüchterung nach der Staatsgründung. Der Israeli Lobel gibt in seinem umfangreichen Vorwort eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der zionistischen Ideologie und Realität, die die Ursachen für die Lage der Araber sind.

Paperback ca. DM 12,–

P. Cinanni

Emigration und Imperialismus
Zur Problematik der Gastarbeiter

Dieser Text ist die erste umfassende Analyse der Emigration, exemplifiziert vor allem am EWG-Bereich. Herausgearbeitet werden die katastrophalen Konsequenzen der Auswanderung für die Emigrationsländer, ebenso wie der Profit der Imigrationsländer durch diese Verfestigung neo-kolonialer Strukturen. Eine besonders auf die Probleme der Ausländer spezialisierte Betriebsgruppe kritisiert Cinanni's, der KPI entsprechenden, strategische Überlegungen.

Paperback DM 7,–

Gérard Chaliand
Bewaffneter Kampf in Afrika

Anhang: Gérard Chaliand „Nationale Unabhängigkeit und Revolution".
Paperback, 180 S. ..... DM 9.80

C. Schuhler
Zur politischen Ökonomie der Armen Welt
Soziale Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in den sogenannten Entwicklungsländern

Paperback, 184 S. ..... DM 9.80

SOCIALIST REVOLUTION

The purpose of SOCIALIST REVOLUTION is to help build the theoretical comprehension of advanced capitalism which is prerequisite to the development of mass socialist consciousness.

SOCIALIST REVOLUTION begins publication in November. The first issue will contain:

- An editorial outlining our political perspective
- A critique of recent developments within SDS
- The Fiscal Crisis of the State by James O'Connor
- The underdevelopment of socialism in advanced industrial society by James Weinstein
- The facade of equality in liberal theory by Richard Lichtman
- The relevance on internationalism and the irrelevance of internationals by Isaac Deutscher

Future issues will contain articles by Martin Sklar, Robert Fitch, David Horowitz, David Eakins, James Gilbert, Stanley Aronowitz, Naomi Weisstein, James Petras, John Seeley and others.

SOCIALIST REVOLUTION will publish bi-monthly. The price will be $1.50 for single issues and $6.00 per year (six issues). Joint subscription with RADICAL AMERICA ($5.00/year alone) will be $9.00.

pensamiento crítico

Director
- Fernando Martínez

Consejo de Dirección
- Aurelio Alonso
- José Bell Lara
- Jesús Díaz
- Thalia Fung

Diseño y Emplane
- Balaguer

Ilustraciones:
- Hernán H.

suscripción anual $ 4.80

Redacción / Calle J. No. 556, Vedado, Habana, Cuba. Telf. 32-2343 ● **Precio del ejemplar** / 0.40 centavos ● **Circulación** / Distribuidora Nacional de Periódicos y Revistas, Virtudes 257. Teléfono 6-6765 ● SUSCRIPCIONES ● **En el extranjero a** / Departamento de Exportación del Instituto del Libro / 19 No. 1002, Vedado / La Habana, Cuba ● **Precio de la suscripción anual** / Correo marítimo 5.00 dólares canadienses / Correo aéreo / para Latinoamérica y Estados Unidos: 10.00 dólares canadienses / para Europa: 25. dólares canadienses.

Punto Final

Precio del ejemplar en todo el país: E° 5.—

Revista quincenal de asuntos políticos, informativos y culturales que publica Ediciones Punto Final Ltda., Unión Central 1010, oficina 1108, Santiago de Chile, teléfono 63290.

CONSEJO DE REDACCION Mario Díaz, Augusto Olivares, Manuel Cabieses Donoso, Jaime Faivovich, Carlos Jorquera Tolosa, Hernán Uribe Ortega, Augusto Carmona Acevedo y Hernán Lavín Cerda. DIRECTOR: Hernán Uribe Ortega. GERENTE: Alejandro Pérez Arancibia. Dibujos: Eduardo de la Barra (Jecho). Secretaria del Consejo de Redacción: Inés Moreno. Secretaria Administrativa: Haydée Moreno. Presentación gráfica: Enrique Cornejo (Penike).

Colaboradores nacionales: Jaime Barrios, Julio Huasi, Mario Cerda, Clotario Blest, Melitón Herrera (Click), Fernando Mires, Víctor Vaccaro.

Colaboradores extranjeros: Régis Debray, Jean Paul Sartre, Nicolás Guillén, Roberto Fernández Retamar, Francois Maspero, Giangiacomo Feltrinelli, Rogelio García Lupo, Ricardo Gadea, Angel Rama, Andrés Camino, Héctor Béjar, Mario V. Guzmán Galarza, Servicios Especiales de Prensa Latina. Representaciones exclusivas: Editorial Maspero (París), Editorial Feltrinelli (Italia), Instituto del Libro (La Habana), Pensamiento Crítico (La Habana), Revista "Casa de las Américas" (La Habana), Revista "Por Qué" (México).

Suscripciones dentro del país:
6 meses ..... E° 60.—
1 año ..... E° 120.—

Suscripciones en el extranjero (vía aérea).

Latinoamérica y EE.. UU.:
6 meses ..... 12 dólares
1 año ..... 24 dólares

Europa, Asia y Africa:
6 meses ..... 15 dólares
1 año ..... 30 dólares

Las suscripciones deben solicitarse adjuntando cheque cruzado o giro a nombre de Ediciones Punto Final Ltda., o personalmente en nuestras oficinas.

Los artículos firmados por PF representan la línea editorial de la revista. PF es una tribuna del pensamiento revolucionario y acepta, por ende, colaboraciones que no coincidan necesariamente con la posición de la revista.

PUNTO FINAL acepta y ofrece canje a publicaciones periódicas de similar carácter, tanto nacionales como extranjeras. Nuestros artículos y documentos pueden reproducirse libremente con la sola mención de su origen.

IMPRESORES: Prensa Latinoamericana S. A. — Root N° 537, Santiago-Chile.

Vierteljahresschrift Kritische Justiz

Im Abonnement jährlich 20 DM
für Studenten und Referendare jährlich 16 DM
Zustellgebühr jährlich 2 DM
Einzelheft 6 DM
Prospekte und Bestellungen beim Verlag

Die »Kritische Justiz« wendet sich an Juristen, die die gesellschaftlichen und politischen Bezüge ihrer Tätigkeit erfassen wollen.
Sie will nicht Recht und Justiz »politisieren«, sondern die ohnehin vorhandenen politischen Elemente und Wirkungen deutlich machen.
Die »Kritische Justiz« hat es sich zum Ziel gesetzt, nicht nur den Bereich zu bearbeiten und zu entschlüsseln, der den Justizjuristen interessiert, sondern darüber hinaus die Frage nach der Bedeutung (oder Bedeutungslosigkeit) der Justiz für die Gesellschaft zu stellen. Untersucht wird in den Beiträgen auch, inwieweit die rechtsförmige Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse zunehmend durch andere Regelungsmechanismen ersetzt wird.

Aus dem Inhalt von Heft 1/70

Arbeitsgruppe	Nationalsozialismus und Recht
A. Götz v. Olenhusen	Recht auf geistiges Eigentum und Raubdrucke
R. Hoffmann	Menschenwürde und Arbeitswelt
R. Schmid	Versuch über Gustav Radbruch

Aus dem Inhalt von Heft 2/70

R. Wiethölter	Zur politischen Funktion des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb
L. Unterseher	Gewerkschaftlicher Legalismus
H. J. Koch	Zum Sozialideal des Bundesarbeitsgerichts
Arbeitsgruppe	Berufsbildungsgesetz: Ausbeutung statt Ausbildung

Die »Kritische Justiz« ist ein Wagnis, weil sie die in Deutschland übliche Linie der Fachzeitschriften verläßt, auf die Fassade des EINERSEITS – ANDERERSEITS verzichtet und es sich offen zur Aufgabe macht, das Beharrungsvermögen und obrigkeitliche und standesmäßige Denkweise, die unsere Justiz beherrschen, durch Kritik und Polemik abzubauen . . . Die Herausgeber haben erkannt, daß die Demokratisierung der Justiz und der Abbau autoritärer Fixierungen der Richter und Staatsanwälte weder mit generellen Argumenten noch mit gutem Zureden noch mit rein äußerlichen Reformen zu fördern ist, sondern daß nur die Kritik am Einzelfall, die Analyse von Entscheidungen und Entscheidungsgründen Wirkung und Einsicht verspricht.

Richard Schmid in »Gewerkschaftliche Monatshefte«

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt (Main) 70
Metzlerstraße 25

Achten Sie auf Reihe Hanser

Günter Kunert
Warnung vor Spiegeln
Gedichte. Band 33/5.80 DM.

Guntram Vesper
Kriegerdenkmal ganz hinten
Prosa. Band 34/5.80 DM.

Günter Bruno Fuchs
Handbuch für Einwohner
Band 35/5.80 DM.

Johann Benjamin Erhard
Über das Recht des Volks zu einer Revolution und andere Schriften
Herausgegeben von Hellmut G. Haasis. Band 36/ Ca. 7.80 DM.

Karel Michal
Gespenster für den Alltag
Geschichten. Band 37/ 7.80 DM.

Horst Bienek
Bakunin, eine Invention
Band 38/Ca. 5.80 DM.

Karl Heinz Bohrer
Die gefährdete Phantasie, oder Surrealismus und Terror
Band 40/Ca. 5.80 DM.

Svetozar Stojanović
Kritik und Zukunft des Sozialismus
Band 41/Ca. 9.80 DM.

Guerrilleros, Partisanen
Theorie und Praxis
Herausgegeben von Joachim Schickel. Band 42/ Ca. 7.80 DM.

Alfred Jarry
König Ubu, Ubu Hahnrei, Ubu in Ketten
Band 43/7.80 DM.

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 80, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41
POSTFACH

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr. .....

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 20,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

Name: **Vorname:**

Postleitzahl **Ort:** **Straße:**

Datum: **Unterschrift:**

SOPO 1974:

28 Mai 74	**29** Juli 74	**30** Sept. 74	**31** Dez. 74
Arbeiterklasse und Mitbestimmung	**Kultur und Bildung**	**Ideologischer Kampf**	**Produktion und Arbeiterklasse**

Bezugsbedingungen: Ab Heft 28/1974 gelten folgende Preise: Einzelheft DM 6,–; Jahresabonnement (4 Nummern) DM 20,–; incl. Porto, Einzelheft innerhalb des Abos DM 5,–.
Für die vorhergehenden vorrätigen Hefte der SOPO, Nummer 11 bis 27 gelten weiterhin folgende Preise: Einzelheft DM 4,–, Abo (6 Nummern) DM 20,–. Die Lieferung wird nach Eingang der Zahlung aufgenommen. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Zahlung durch Bankscheck oder Überweisung auf Postscheckkonto Berlin West 62010-107. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.